C 21734 D



Antiautoritäre Kindererziehung Beilage

Arbeiterkampf

Jg 7, Nr. 106, 13.6.77 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes DM 1,–

Unsere Krankenhäuser: Strahlenverseucht!

„In Krankenhäusern und bei praktischen Ärzten laufen die Patienten Gefahr, gesundheitsgefährdende Strahlenüberdosen zu erleiden" („Frankfurter Rundschau", 1.6.77). *„68% der Röntgengeräte deutscher Ärzte und Krankenhäuser sind für Patienten und Personal gefährlich"* („Hamburger Morgenpost", 2.6.77). *„Schwere Mängel wie beispielsweise mangelhafter baulicher Strahlenschutz, wurden bei knapp neun Prozent aller Geräte festgestellt"* („Hamburger Abendblatt", 2.6.77).

Zu diesen alarmierenden Ergebnissen kommt eine Untersuchung der Vereinigung der technischen Überwachungsvereine (VdTÜV) aus dem Jahre 1976. Strahlenschutzexperten hatten bei einer Untersuchung von fast 13.000 Apparaten festgestellt, daß nicht einmal ein Drittel der Anlagen in Krankenhäusern ohne Mängel waren, bei den praktischen Ärzten nur zu 37,8%, bei den Zahnärzten 50%, ebenso bei den Industriebetrieben („FR", 1.6.77).

In einem Krankenhaus des Ruhrgebiets wurde *„einer der schockierendsten Fälle"*, wie die „Frankfurter Rundschau" schrieb (1.6.77), entdeckt. „Die dortige Therapieanlage war in einem völlig strahlenunsicheren Raum aufgestellt. In der darüberliegenden Operationsabteilung (!!!) wurde infolgedessen eine starke Strahlenverseuchung festgestellt. Der TÜV-Sachverständige maß in den OP-Räumen 600 Milliröntgen pro Stunde... Das bedeutet bei einer Einschaltquote von monatlich 30 Stunden eine Überschreitung der höchstzulässigen Strahlendosis um das 450-fache!" („FR", 1.6.77).

In einem anderen Krankenhaus fand man an einem Röntgengerät gleich 15 erhebliche (!) Mängel: kein geeigneter Patientenschutz, keine Kontrolle über den Austritt der Stahlung, kein Zeitmesser etc. Die hauptsächlichen Mängel wurden bei den Filterungen der Röntgenstrahlen festgestellt. *„Eine schwache Filterung der Strahlen bedeutet eine höhere Strahlendosis für den Patienten als vorgesehen. Ferner fehlt es häufig an ‚Gonadenschutzmitteln', die bei diagnostischen Untersuchungen einen Schutz für die Keimzellen bieten sollen"* (erläuterte Rolf Jantzen, Leiter der Meßstelle für Strahlenschutz in Hamburg, nach „Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt", 12.6.77).

Bei fehlerhafter örtlicher Bestrahlung können laut Jantzen *„Hautrötungen und Geschwüre, die krebsig entarten könnten (!), entstehen"*. Und bei falscher Ganzkörperbestrahlung ist *„die Erbsubstanz ... gefährdet, es können Mißbildungen auftreten"*.

Dabei besteht nach Jantzen *„ein kleines (?!) Leukämierisiko sowie das Risiko von Magen-Darm-Störungen ... bei j e d e r Strahlenbehandlung, wobei durch defekte Geräte das Risiko erhöht wird"* (Hervorhebungen von uns, ebenda, 12.6.77).

Diese Zustände sind nur ein – wenn auch sehr krasser – Ausdruck kapitalistisch organisierter Gesundheitspolitik.

Die Anlagen „auf Stand zu halten", ist teuer. Zu teuer, denn die „Dämpfung" der Kosten im Gesundheitsbereich wird groß geschrieben. Die „Sorge um das Wohl der Patienten", auf die die Ärzte ihren Eid ablegen müssen, ist dabei offenbar Nebensache...

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

gleich 15 erhebliche (!) Mängel: KB/Gruppe Hamburg

Geisel"befreiung" 8 Tote

Helmut Schmidt gratuliert...



Keine Geisel war bis zu dieser blutigen „Befreiungs"aktion von den südmolukkischen „Terroristen" verletzt oder gar getötet worden. Vielmehr hatten die Geiselnehmer immer wieder neue Zugeständnisse an die niederländischen Behörden gemacht und die Mehrzahl ihrer Geiseln freigelassen, obwohl auf keine ihrer Forderungen eingegangen worden war!

Am frühen Morgen des 11. Juni griffen Militäreinheiten der niederländischen Armee mit Starfightern (!), Panzern, Granaten, Raketen und Maschinenwaffen sowohl den Zug in Assen als auch die Schule in Bovensmilde an, wo die Südmolukker von den ursprünglich 165 Geiseln noch 55 festhielten (siehe hierzu auch AK 105).

Zwei der Geiseln überlebten diesen Angriff nicht. Sechs der neun südmolukkischen Geiselnehmer im Zug wurden an ihren Schlafplätzen von Raketen und Maschinengewehren zerfetzt. Es gab zahlreiche Verletzte, darunter einen Südmolukker, der in Lebensgefahr schwebt.

„... eine Mischung von Stuka-Angriff und Entebbe-Sturm"

So kommentiert Springers „Welt am Sonntag" (12.6.) befriedigt die Bürgerkriegsaktion.

Um 3.55 Uhr MEZ beschossen sechs Starfighter aus dem Tiefflug

Um 3.55 Uhr MEZ beschossen sechs Starfighter aus dem Tiefflug den Zug mit ihren Bordwaffen und Raketen. Der Boden erzitterte noch in einem Kilometer Entfernung von der Detonation der Einschläge, berichtete ein AP-Reporter: *„Sie schießen sehr konzentriertes Feuer. Alle Menschen hier, Reporter, Fotographen, Polizei und Soldaten sind hinter Panzern in Deckung gegangen."*

Unmittelbar nach dem Starfighterangriff gingen Soldaten und Panzer gegen den Zug vor, darunter 100 Soldaten der Marine-Infanterie („Elite-Truppe"), die sich bereits zuvor in hundert Meter Entfernung vom Zug eingegraben hatten. Die Tür des Ma-

schinenwagens, in dem der größte Teil der Südmolukker geschlafen hat-

schinenwagens, in dem der größte Teil der Südmolukker geschlafen hatte, wurde gesprengt – wer noch darin überlebt hatte, mit Maschinengewehren niedergemacht.

Nach diesem Angriff war der Zug von Tausenden von Kugeln durchsiebt, teilweise ganze Teile aus den Waggons herausgesprengt.

Minutengleich mit dem Beginn der Geisel„befreiung" am Zug wurde auch die Schule in Bovensmilde, wo noch vier Lehrer festgehalten wurden, angegriffen: Drei mit schweren Maschinengewehren bestückte Panzerspähwagen und ein Kettenfahrzeug rollten, aus allen Rohren schießend, auf die Schule zu. Einer der Panzer durchbrach die vordere Hauswand – rund 25 Marine-Infanteristen sprangen, mit ihren Maschinenpistolen um sich feuernd, in das Schulinnere. – Ein Wunder, daß bei diesem Wahnsinnsakt keiner verletzt wurde.

Der Terrorangriff war schon lange beschlossen

Der Angriff war schon Tage zuvor, als die Südmolukker noch mit Verhandlungen hingehalten wurden, beschlossen!

Über die Angehörigen der Kaserne von Assen hatte das „Verteidigungs"-ministerium eine Urlaubssperre für das Wochenende (11./12.6.) verhängt. Schon am Donnerstag waren diese Einheiten auf volle Stärke gebracht worden. Am Freitag flogen

diese Einheiten auf volle Stärke gebracht worden. Am Freitag flogen

die Militärhubschrauber auf ihren stündlichen Patrouillenflügen über dem Zug näher heran als an den vorangegangenen Tagen. Ein Major erklärte gegenüber AP, hochstehende Militärs seien am Freitag „zu Beratungen" zusammengekommen. Eben-

Fortsetzung auf Seite 2

Volksentscheid gegen AKW

Basel (12. Juni, ap): Um die „größte Zusammenballung von Atomkraftwerken auf der Welt" im Dreiländereck (Schweiz, Frankreich, BRD) zu verhindern, hat die „Volksinitiative zum Schutz der Bevölkerung vor Atomkraftwerken" in der Schweiz einen Volksentscheid angestrengt und mit „überraschend großer Mehrheit" gewonnen. Die Schweizer Behörden sollen damit verpflichtet werden, „mit allen zur Verfügung stehenden rechtlichen und staatlichen Mitteln", den Bau von AKWs in der Nord-Schweiz und in der „Nachbarschaft" zu verhindern. Bei einer Stimmbeteiligung von 45% wurden 47.633 Ja- und nur 14.816 Nein-Stimmen abgegeben. In einem Umkreis von höchstens 80 Kilometer von Basel sind (in der Schweiz, der BRD und Frankreich) in Betrieb, im Bau oder geplant 14 Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 15.000 Megawatt.

Dieser Baseler Volksentscheid war der erste, der in Europa über das Problem der Atomkraftwerke stattfand. Er soll eine weitere Volksabstimmung in der Schweiz einleiten, für die bereits über 125.000 Bürger mit ihrer Unterschrift gestimmt haben. Damit soll eine Änderung der Schweizer Bundesverfassung erreicht werden, so daß die Gemeinden und Kantone ein größeres Mitspracherecht bei Genehmigungsverfahren für AKWs erhalten.

SPD/FDP beschließt "Anti-Terror-Paket"

Im Windschatten der bürgerlichen Propaganda nach der Buback-Erschießung beschloß das Bundeskabinett am 18. Mai „Sofortmaßnahmen zur Anti-Terrorismusbekämpfung". Dafür sollen bis 1980 knapp 60 Mio. DM bereitgestellt werden, außerdem wird der Personalbestand des Verfassungsschutzes und der Polizei aufgestockt.

Darüber hinaus arbeitete die SPD-Bundestagsfraktion in mehreren Sitzungen an einem Katalog von Maßnahmen zur „Inneren Sicherheit". Diese Maßnahmen ermöglichen im wesentlichen eine bessere Überwachung der gesamten Bevölkerung.

Die 60 Mio. DM, die neben der mittelfristigen Finanzplanung für die „Innere Sicherheit" z u s ä t z l i c h bereitgestellt werden sollen, dienen folgenden Zielen: *„Frühes Erkennen einer Gefahr, schneller Zugriff und zügige Aburteilung"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 25.5.77). Die beschlossenen Maßnahmen im einzelnen:

- Der Verfassungsschutz soll ausgebaut werden.
- Das Informationssystem der Polizei „INPOL" soll erweitert werden (INPOL ist ein Verbund von Datenbänken – Computern – dessen Fäden alle im Zentralcomputer im Bundeskriminalamt (BKA) in Wiesbaden zusammenlaufen. An diese Zentrale wiederum sind 215 Polizeidienst- und Grenzübergangsstellen angeschlossen, die jeden Verdächtigen in Sekundenschnelle überprüfen können. Es soll ein Teleskopieverbund zwischen den Kommandozentralen der Polizei errichtet werden: BKA-Wiesbaden, BKA-Außenstelle Bonn, Bundesamt für Verfassungsschutz und dem Bundesminister des Innern.
- Der Schutz- und Begleitdienst für Exponenten des bürgerlichen Staates soll erweitert werden.
- Die Kriminaltechnik zur Analyse von Sprengstoffen, Schriftstücken und KFZ-Merkmalen soll perfektioniert werden.
- Der Fahndungsapparat wird durch die Installierung eines Langwellen-Rundsendenetzes angekurbelt.

Damit soll das In-Gang-Setzen einer bundesweiten Fahndung und deren zentrale Lenkung in Minuten möglich sein.

- Die Bereitschaftspolizei soll für den Einsatz im Gelände (Schutz von AKWs!) mit mehr Funkgeräten ausgerüstet werden sowie mit mehr „Beweissicherungsgeräten" (Kameras etc.).
- 141 Spezialdienststellen sollen bei der Polizei eingerichtet werden.
- 19 zusätzliche Stellen werden bei der Bundesanwaltschaft eingerichtet.

(„Welt", 20.5.77; „Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 20.5.1977).

In den SPD-Fraktionssitzungen zum Thema „Innere Sicherheit" wurden noch weitergehendere Forderungen aufgestellt. So tritt der Vorsitzende des Bundestagsinnenausschusses, Wernitz (SPD), zusammen mit Kanzler Schmidt und Justizminister

Fortsetzung auf Seite 2

»High noon« in Hamburgs SPD

62 SPD-Mitgliedern, die sich in einem gemeinsam unterzeichneten Brief mit dem geschaßten Juso-Vorsitzenden Benneter und dessen Positionen solidarisiert hatten, droht jetzt der Ausschluß. Sie müssen sich innerhalb von 14 Tagen, bis zum 21. Juni („12 Uhr mittags"), von dem Papier distanziert haben, anderenfalls werden sie ausgeschlossen!

Alle 62 sind Funktionäre in der SPD oder in den Gewerkschaften, oder beides. Sie sind zu 80 Prozent GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft)-Mitglieder, darunter 2 Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses des Landesvorstandes, eine Reihe von Personalräten usw. Die meisten Unterzeichner werden dem „Stamokap"-Flügel bei den Jusos zugerechnet.

Fortsetzung auf Seite 2

Geisel"befreiung"

Fortsetzung von Seite 1

falls am Freitag besichtigte der Staatssekretär im Haager Gesundheitsministerium, Jo Hendriks, die Räume in der Groninger Universitätsklinik, in die die Geiseln nach ihrer „Befreiung" eingeliefert werden sollten, er wollte sich *„davon überzeugen, daß alles in optimaler Bereitschaft ist, wenn die Patienten vom Zug eingeliefert werden"* („aplal", 11.6.). Im Laufe der Nacht vor dem Angriff wurden sämtliche vom Zug und der Schule nach Groningen führenden Straßen abgesperrt, um den erwarteten zahlreichen Sanitätsfahrzeugen den Weg freizuhalten.

Spezialdemokraten

Nach der Aktion erklärte Ministerpräsident Den Uyl (Sozialdemokrat) in brutaler Offenheit, daß die Regierung nie die Absicht gehabt hätte, den Geiselnehmern das Verlassen des Landes zu gestatten oder ihren ursprünglichen Forderungen nachzugeben.

„Wir mußten Gewalt anwenden, um Schlimmeres zu verhüten", so Den Uyl; leibliche und geistige Gesundheit der Geiseln seien in „äußerster Gefahr" gewesen. Diese in den 20 Tagen der Geiselnahme oft gebrauchte Behauptung wird auch durch die Wiederholung nicht wahrer. Den einzigen wirklichen Schaden haben die Kinder davongetragen, denen auf Anweisung der niederländischen Regierung mit Darmkrankheitserregern infiziertes Essen in die Schule gebracht wurde. Die Kinder mußten tagelang mit schweren Magenleiden im Krankenhaus liegen!

Während der 20 Tage sind die Süd-Molukker mehr und mehr von ihren Forderungen abgerückt, haben zuerst die Kinder freigelassen, dann mehrere erkrankte oder gesundheitlich gefährdete Geiseln.

Den Uyl wäre jedoch nicht der überaus gewiefte Sozialdemokrat, als der er sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat, wenn er neben dem Einstehen für die militärische Aktion nicht auch noch eine (Krokodils)träne parat gehabt hätte: Die Anwendung von Gewalt sei eine *„Niederlage"* für die niederländische Regierung gewesen, der Tod der Gei-

Den Uyl wäre jedoch nicht der überaus gewiefte Sozialdemokrat, als der er sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt hat, wenn er neben dem Einstehen für die militärische Aktion nicht auch noch eine (Krokodils)träne parat gehabt hätte: Die Anwendung von Gewalt sei eine *„Niederlage"* für die niederländische Regierung gewesen, der Tod der Gei-

sein wie der der „Terroristen" sei zu betrauern. So wollte er sich von vornherein der zu erwartenden Kritik, auch aus dem „eigenen Lager", entziehen.

Ohne solche Anwandlungen von „Mitgefühl" gratulierte Bundeskanzler H. Schmidt seinem Amtskollegen Joop den Uyl: In einem Telegramm sprach Schmidt der Haager Regierung *„trotz des blutigen Endes der Geiselnahmen von Assen und Bovensmilde seine Anerkennung für die geduldige und umsichtige Haltung"* (nach „Ap/id"-Meldung, 11.6.) aus.

Auf dem Weg nach rechts

Nach dem Wahlergebnis vom 25. Mai (s. AK 105), das eine Stärkung der großen bürgerlichen Parteien bei teilweise katastrophalen Einbußen der radikal-demokratischen und linken Parteien erbrachte, wodurch die zukünftige Regierungskoalition in jedem Fall weiter nach rechts ausgerichtet sein wird als die bisherige Koalition, stellt der Bürgerkriegseinsatz der niederländischen Regierung gegen die Süd-Molukker einen weiteren Schritt in Richtung auf ein „Modell Deutschland" dar. Zwar sind in den letzten Jahren schon häufiger brutale Übergriffe von Militär und Polizei etwa auf Hausbesetzer, auf Molukkersiedlungen etc. vorgekommen, dies stellte jedoch bisher eher die Ausnahme von der Regel in diesem *„liberalsten Land Westeuropas"* (NDR II) dar. Trotz – im Vergleich zur BRD – breit entwickelter und starker demokratischer Bewegung steht dieser Entwicklung die revolutionäre Linke in den Niederlanden in einer sehr schwachen Position gegenüber.

Wir rufen die niederländischen Demokraten und die Linke auf, den Versuchen der Regierung, ein „Modell Deutschland" auch für sich zu übernehmen, mit aller Kraft zu bekämpfen.

Wir verurteilen mit Abscheu den Bürgerkriegseinsatz der niederländischen Regierung, der zwei Niederländern und sechs Süd-Molukkern das Leben gekostet hat.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

übernehmen, mit aller Kraft zu bekämpfen.

Wir verurteilen mit Abscheu den Bürgerkriegseinsatz der niederländischen Regierung, der zwei Niederländern und sechs Süd-Molukkern das Leben gekostet hat.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

SPD/FDP beschließt "Anti-Terror-Paket"

Fortsetzung von Seite 1

Vogel für das Abhören von Gesprächen zwischen politischen Gefangenen und ihren Verteidigern ein; so tritt er für eine noch reibungslosere Zusammenarbeit von BKA und Landeskriminalämtern ein. Zum Beispiel soll das BKA ohne Rückfragen bei den Landesämtern Fahndungsbilder sofort und eigenständig veröffentlichen können. Außerdem fordert Wernitz, den Personalbestand des BKA aufzustocken („Bild", 30.4. 1977).

Nach SPD-Vorschlägen sollen Banken per Gesetzesänderung verpflichtet werden, technische Sicherungen wie automatische Kameras einzubauen – andernfalls verlieren sie den Versicherungsschutz („Hamburger Morgenpost", 28.5.77).

Der Münchner Polizeipräsident Schreiber fordert eine Verschärfung des Demonstrationsrechtes, wonach in Zukunft jeder als Krimineller verurteilt werden sollte, der sich nach Aufforderung durch die Polizei nicht aus einer „gewaltsamen" Demonstration (wie in Brokdorf oder Grohne) entfernt („Welt", 25.5.77).

Der Obmann für „Innere Sicherheit" bei der SPD-Bundestagsfraktion, Heinz Pensky, fordert den Einsatz von Polizeibeamten als Agenten. Hierzu sollen Polizisten durch Änderung des § 163 StPO vom „Legalitätsprinzip" befreit werden; d. h. sie sollen von der Pflicht entbunden werden, Straftaten zu verhindern oder sofort zu verfolgen, um als Polizeispitzel nicht aufzufallen („PPP", 16.5.77).

Darüber hinaus sollen Bullen straffrei bleiben, wenn sie, in „Terroristen- und Rauschgiftbanden" eingeschleust, selbst Verbrechen begehen („Bild", 24.5.77). Innenminister Maihofer „hat bereits eine wohlwollende Prüfung zugesagt" („Stern" vom 8.6.77).



Der Chef des Bundeskriminalamtes, Horst Herold, setzte sich vor der SPD-Fraktion dafür ein, die „Anti-Terror-Truppe" GSG 9 des Bundesgrenzschutzes in Zukunft verstärkt einzusetzen, da sie bisher „zu wenig" eingesetzt werde! („Stern", 8.6.77).

Im übrigen stellte Herold einen ganzen Katalog von Forderungen auf:

- Melde- und Ausweispflicht für Hotelgäste;
- Anmeldepflicht für Wohnungsvermieter;
- fälschungssicheres Papier für Ausweise;
- fälschungssichere Kraftfahrzeug-Kennzeichen;
- Ausweis-Hinterlegung beim Automieten;
- Autobahn-Kontrollstellen der Polizei;
- Unterstützung der Polizei durch Telefonämter, Post- und Geldboten sowie Mitarbeiter der Stadtwerke („Hamburger Morgenpost", 28.5.77).

Herold findet sich in wesentlichen Punkten in Einklang mit der CDU, schießt allerdings mit seiner letzten Forderung den Vogel ab: Die Ausweitung der Telefon-Abhörpraxis auf Massenüberprüfungen, der Einsatz von Post- und Geldboten als Hilfspolizisten und Polizeispitzel sowie die Verpflichtung der Zählerkontrolleure von den Elektrizitäts- und Gaswerken, im Auftrag der Polizei in Wohnungen herumzuschnüffeln. Bis zum „Blockwart" der Nazi-Diktatur wäre dann nur noch ein kleiner Schritt!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Druckerstreik gegen Verlegerwillkür

Bremen: Seit dem 2. Juni erscheinen in Bremen die beiden Zeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" nicht mehr. Der Besitzer der beiden Zeitungen, Hermann Rudolf Meyer, übte sich mal wieder in seiner

– Im Frühjahr 1974 wollte er Redakteuren und Technikern die Zulagen streichen. Ein kurzer Streik bewirkte die Rücknahme.
– Vor fast genau einem Jahr rechnete er den Arbeitern ihre Zulagen

Ein gelungener Versuch der Entrechtung der Unternehmensleitung würde nicht nur uns treffen, sondern beispielhaft weitreichende politische Folgen für die gesamte Wirtschaft haben. Wenn mit einem wilden Streik,

Druckerstreik gegen Verlegerwillkür

Bremen: Seit dem 2. Juni erscheinen in Bremen die beiden Zeitungen „Weser-Kurier" und „Bremer Nachrichten" nicht mehr. Der Besitzer der beiden Zeitungen, Hermann Rudolf Meyer, übte sich mal wieder in seiner Lieblingsrolle als Provokateur gegenüber der Belegschaft. Wie bereits vor einem Jahr bei den Technikern beider Betriebe, versuchte er in diesem Jahr den Angestellten und Redakteuren den Lohn zu kürzen.

Die 6,6% Tariferhöhung rechnete er auf die übertariflichen Leistungen an. Als am 31. Mai die Gehaltsabrechnungen vorlagen, mußten die meisten feststellen, daß bei fast 70 % der Angestellten zwischen 30 DM und 170 DM der übertariflichen Zulage gestrichen waren. Bei den besser verdienenden Redakteuren gab es Anrechnungen von 150 DM - 200DM!

Diese Kürzung hatte Meyer sorgfältig vorbereitet. Bereits Ende April hätte die Erhöhung auf der Abrechnung stehen müssen. Meyer zahlte die alten Löhne und Gehälter aus und versprach, in den ersten beiden Mai-Wochen nachzuzahlen. Als auch das nicht geschah, redete er sich mit Schwierigkeiten bei der EDV-Anlage raus, um dann Ende Mai das „Geheimnis" zu lüften: Gehaltskürzungen.

Auf Drängen der Belegschaft berief der Betriebsrat für den 2. Juni eine Betriebsversammlung ein, die die Geschäftsleitung ablehnte. Sie wurde trotzdem durchgeführt. Dort beschlossen die Kollegen ihre Forderungen:

1. **Zurücknahme sämtlicher Streichungen im übertariflichen Bereich**
2. **Gleichstellung der Angestellten mit den Technikern, die im letzten Jahr die vertragliche Festschreibung der übertariflichen Leistungen erstreikt hatten.**
3. **30 DM mehr für alle Kollegen.**

Die Arbeiter waren mit den Angestellten solidarisch.

Der Betriebsrat sollte die Forderungen dem Verleger vorlegen. Die Belegschaften warteten in der Kantine auf die Antwort. Meyer lehnte ab und stellte ein Ultimatum: in weniger als einer halben Stunde wird die Arbeit aufgenommen oder Aussperrung. Ab 17.30 Uhr sperrte er dann aus.

Am nächsten Tag erschienen dann keine Zeitungen, wohl aber Flugblätter des Verlegers, in denen er behauptete, die Belegschaft sei in einen „wilden Streik" getreten.

Verleger Meyer: Napoleon auf Provokationskurs

Das Vorgehen Meyers ist nicht neu:

– Im Frühjahr 1974 wollte er Redakteuren und Technikern die Zulagen streichen. Ein kurzer Streik bewirkte die Rücknahme.
– Vor fast genau einem Jahr rechnete er den Arbeitern ihre Zulagen auf die Lohnerhöhung von 6% an.

Nach drei Tagen Streik erkämpften die Drucker einen Teilerfolg – ihre Zulagen wurden vertraglich abgesichert, allerdings behielt sich die Geschäftsleitung vor, Kürzungen im Einzelfall vorzunehmen.

Meyer befristete die Aussperrungen auf drei Tage. Danach erklärten ihrerseits die Kollegen den Streik. Zu Verhandlungen mit der IG Drupa kam es erst am 9.6. Meyer ließ sie allerdings nach 15 Minuten platzen, da angeblich gegen die Verhandlungen eine anonyme Bombendrohung ausgesprochen worden war. Die „Bereitschaft" zu Verhandlungen hatte Meyer am 8.6. mit einem Aushang bekundet. Dort bot er u.a. an:

– Aussetzung der Anrechnungen bis 31.7.
– aber kein Verzicht auf die Anrechnungen.

Gleichzeitig ging er gegen die Kollegen wieder in die Vollen. Wer weiterstreike, muß damit rechnen:

1. Volle Haftung ... für Produktionsausfall und sonstige Streikschäden ... Jeder streikende Arbeitnehmer haftet vielmehr für den gesamten ... Schaden.
2. Fristlose Entlassung wegen beharrlicher Arbeitsverweigerung
3. Keine Bezahlung der Streikzeit ...
4. Kein Urlaub und kein Urlaubsgeld während der Streikdauer
5. Keine Arbeitslosenunterstützung
6. Keine gewerkschaftliche Streikunterstützung
7. Abmeldung bei der Krankenkasse ... kein Anspruch auf Krankenkassenleistungen".

Erfreulich ist, daß daraufhin beispielsweise Bremer Ärzte ihre Bereitschaft zur kostenlosen Behandlung von Streikenden erklärten!

Die Drohung verfehlte allerdings ihre Wirkung. Der Streik ging weiter.

Am 11.6. tritt Meyer wieder mal mit einem Hetzflugblatt an „seine" Leser ran. Darin erklärt er die höheren Ziele seines Kampfes. Er will das ganze System verteidigen und retten: Was steht hinter dem Streik? *„Unter dem Vorwand des Lohnkampfes wollen die Streikenden mit ungesetzlichen Mitteln die Entrechtung der Unternehmensleitung betreiben. Alles, was von der Streikmannschaft unter ihren Anführern gegen uns unternommen wurde und wird, insbesondere die Lahmlegung der Produktion als gezieltes Druckmittel und die tagtägliche Behinderung aller Arbeitswilligen, ist Nötigung und Anwendung von Gewalt. Ein gelungener Versuch der Entrechtung der Unternehmensleitung würde nicht nur uns treffen, sondern beispielhaft weitreichende politische Folgen für die gesamte Wirtschaft haben. Wenn mit einem wilden Streik, also ungesetzlich und unter Zuhilfenahme betriebsfremder Elemente, alles erreicht werden könnte, was sich irgendwer ausdenkt, würde am Ende die Zerstörung aller rechtsstaatlichen Grundlagen unseres Staates stehen".*

Laut Aussagen der Kollegen in ihrem Info Nr. 4 hat Meyer gesagt: *„Der Ausgang des Konflikts wird auch für die Freiheit oder Unfreiheit der Presse von entscheidender Bedeutung sein ... Meine Streikkasse reicht für ein halbes Jahr ... Ich gehe bis zur Einstellung beider Zeitungen".*

Bedenkt man, daß Aussperrung und Streik den Verleger schon Millionen DM gekostet haben, mit denen er ohne weiteres die gestrichenen Zulagen über Jahre im voraus hätte bezahlen können, gibt es für das Verhalten Meyers zwei Möglichkeiten:
– hier handelt es sich um eine besonders extravagante Ausgabe eines kapitalistischen Napoleon, der sich in die Schlacht von Waterloo stürzt, mit dem missionarischen Gedanken – ohne mich der Weltuntergang – oder er versucht über derartig bewußt herbeigeführte Provokationen der Belegschaft für noch härtere Auseinandersetzungen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Immerhin hat er vor drei Jahren die „Bremer Nachrichten" aufgekauft und versucht, die beiden Blätter zu fusionieren. Seine Absicht, nur noch eine Zeitung herauszugeben, hat er immer noch nicht aufgegeben. So wurde durch Rationalisierungen die Belegschaft in beiden Betrieben im selben Zeitraum von 1650 auf 1030 verringert.

Vermutlich handelt es sich bei Meyers Motiven um beides.

Solidarität notwendig

Neben einer trotz der schwierigen Situation hohen Widerstandsbereitschaft für Streik, organisierten die Drucker-Kollegen am 4. Juni eine Demonstration in der Bremer Innenstadt, an der sich 800 Drucker, Familienangehörige und viele, die sich solidarisch erklärten, beteiligt haben. Mittlerweile sind über 150 Solidaritätsadressen bei den Kollegen eingetroffen, etwa 20.000 DM wurden zur Unterstützung bisher gesammelt. Um den Kampf gegen Verleger Meyer durchzustehen, ist Solidarität notwendig. Unterstützt die Bremer Drucker:

Solidaritätsspenden auf das Konto:
Bank für Gemeinwirtschaft Bremen
Kontonummer 1093 90 90 00.

KB/Gruppe Bremen

"High noon" in Hamburgs SPD

Fortsetzung von Seite 1

In ihrem Papier hatten sie die Parteiordnungsverfahren gegen Benneter und andere kritisiert (*„inhaltlich nicht gerechtfertigt und in der Methode für undemokratisch parteischädigend"*) und die Benneter-Äußerungen (die Mitgliedschaft in der SPD sei „kein Dogma"; CDU/CSU seien Parteien des Klassenfeindes, Kommunisten politische Gegner) gebilligt. Die Kampagne gegen Benneter solle *„nur ablenken von a) einer falschen Wirtschafts- und Sozialpolitik, mit der – unter Verantwortung der SPD – den abhängig Beschäftigten ... die Lasten der kapitalistischen Krise aufgenötigt werden; b) der Verstrickung in Korruption und Lüge, der Vermischung von Funktion und Geschäft ...; c) der Gefahr, die viele etablierte Genossen für ihre Funktion ... und persönliche Macht sehen, wenn die konsequent demokratisch-sozialistischen Kräfte in der Partei weiter an Boden gewinnen (???).*

Die Unterzeichner ... werden einer solchen Politik und solchen parteiinternen schlimmen Manövern ihren Widerstand entgegensetzen" („Hamburger Abendblatt", 8.6.77).

Der Hamburger SPD-Landesvorstand bezeichnete die Resolution als „diffamierend und sachlich unzutreffend" und verfügte – mit Rückendeckung des SPD-Bundesvorstandes die oben erwähnten Zwangsmaßnahmen.

Bei einigen der Unterzeichner – zumal bei den führenden Juso-Strategen (wie Detlev Albers) – zeigten sich bald nach den Drohungen der SPD-Oberen erste Zurückweich-Tendenzen.

So wird in der Presse behauptet, Albers habe überhaupt nicht unterschreiben wollen, sei zur Unterschrift gezwungen worden. Dann wird erklärt, der Protestbrief datiere schon vom 10.Mai, sei irgendwie an eine Nachrichtenagentur gelangt und über diesen Weg beim Hamburger Landesvorstand gelandet. Schließlich wird behauptet, *„daß Albers zur Zeit versucht, die 62 Unterzeichner für eine Distanzierung von der allzu platten Solidarität mit Benneter und für eine etwas differenziertere Argumentation (!) zu erwärmen"* („Frankfurter Rundschau", 11.6.77).

Dem entgegen steht, daß sich die Hamburger Juso-Landeskonferenz (11.6.) mit den 62 Unterzeichnern solidarisch erklärt und die Inhalte des Briefes unterstützt haben soll.

„High noon" ist am 21 Juni! Man darf gespannt sein . . .

SPD-Kommission

16 SPD-Linke traten aus

In **Hamburg** sind 16 SPD-Mitglieder, überwiegend Jungsozialisten, aber auch der ehemalige Vorsitzende des SPD-Distrikts Blankenese und drei Kreisdelegierte, aus der SPD ausgetreten. Die Genossen kritisieren nach Presseberichten den „innerlichen Entfremdungsprozeß", die „verfehlte Regierungspolitik" und das Parteiverfahren gegen Benneter („Welt" und „Bild", 2.6.; eine authentische Stellungnahme lag uns leider nicht vor). Offensichtlich wird unter den Ausgetretenen diskutiert, eine „Sozialistische Arbeitsgruppe" zu bilden, ähnlich wie es die vor kurzem ausgetretenen Buchholzer Jusos gemacht haben.

SPD-Kommission



Brokdorf-Prozeß gegen KB ausgesetzt

Am 6.Juni wurde vor dem Amtsgericht Itzehoe der Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KOMMUNISTISCHEN BUNDES fortgesetzt. Zur Erinnerung: Es geht dabei um eine angebliche Beleidigung der Polizei durch ein Flugblatt des KB, das den brutalen Polizeieinsatz gegen die Besetzer des Bauplatzes Brokdorf am 30.10.76 kritisierte.

Wie berichtet, war bereits der erste Verhandlungstag eine rechtsstaatliche Farce (siehe AK 105). Der zweite Verhandlungstag war eine rechtsstaatliche Posse. Der Termin endete mit einer Bankrotterklärung des Gerichts und vor allem der Staatsanwaltschaft. Der Prozeß mußte vom Gericht ausgesetzt werden, weil die Verteidigung dem Gericht nachweisen konnte, daß nicht einmal die einfachsten Prozeßvoraussetzungen erfüllt waren. Den Ausgang dieses zweiten Prozeßtages hatten sich Staatsanwalt Tiskatis und Richter Geng offensichtlich anders vorgestellt. „Mit dieser Entscheidung hatte ich nicht gerechnet", schimpfte der Staatsanwalt und schleuderte dem Richter die Ermittlungsakte quer über den Tisch.

Auch am 2. Verhandlungstag wurde die Öffentlichkeit wieder massiv behindert, wurde das Gericht von bewaffneter Polizei abgeriegelt. Anträge auf Herstellung ungehinderter Öffentlichkeit wurden abgewürgt,
bewaffneter Polizei abgeriegelt. Anträge auf Herstellung ungehinderter Öffentlichkeit wurden abgewürgt,
Tonbandaufzeichnungen nur beschränkt gestattet.

Besonders peinlich für die „Würde der Justiz" führte sich wieder der Staatsanwalt Tiskatis auf. Bereits am ersten Prozeßtag war ihm eindeutige Parteilichkeit nachgewiesen worden: Als amtierender Staatsanwalt des Prozesses ist er zugleich Mitglied einer von der Landesregierung gegen die Brokdorf–Demonstranten eingesetzten „Sonderermittlungskommission". Er hat der Verteidigung Beweismaterial vorenthalten und konnte nicht einmal beweisen, ob die Beleidigungsklage überhaupt von einem zuständigen Beamten der Polizei gestellt worden war. Er hatte die Polizei erst eigenhändig dienstlich „ersucht", die Anzeige zu stellen. Er ließ wegen „Verleumdung" und „übler Nachrede" ermitteln (was an Tatsachen bewiesen werden muß). Den Strafantrag stellte er aber nur wegen „Formal"-Beleidigung aus (was ohne „Wahrheitsbeweis" abgehen kann). Am zweiten Prozeßtag stellte sich heraus, daß weder der Richter noch der Staatsanwalt es für nötig gehalten hatten, einen diesbezüglichen Befangenheitsantrag der Verteidigung an die Oberstaatsanwaltschaft weiterzuleiten. Stattdessen behauptete der Richter, das selbst entscheiden zu können.

Am ersten Verhandlungstag hatte die Verteidigung wegen der mangelnden Prozeßvoraussetzungen Einstellung des Verfahrens beantragt (Kein ordnungsgemäßer Strafantrag, Befangenheit des Staatsanwalts, offensichtliche Richtigkeit der im Flugblatt inkriminierten Behauptungen). Der Antrag war abgelehnt worden. Stattdes-
liche Richtigkeit der im Flugblatt inkriminierten Behauptungen). Der Antrag war abgelehnt worden. Stattdes-
sen versuchte das Gericht sich mit der Ladung des Polizisten Fleischfresser zu retten. Er sollte beweisen, daß er berechtigt war, im Namen der „beleidigten Beamten" die Anzeige zu stellen.

Fleischfresser legitimierte sich zwar als Gesamt–Einsatzleiter der Polizeiaktion vom 30.10. Er mußte aber zugeben, nicht zu wissen, welche Polizei–Einheiten die Platzräumung vorgenommen haben. Er mußte zugeben, daß sein Untergebener Müller (mit dem die Besetzer wegen eines „Waffenstillstandsabkommens" verhandelt hatten) für die Durchführung der Räumung völlig selbständige Entscheidungen traf. Er wußte nicht, welche Mannschaften ihm noch unterstanden, als das Flugblatt verteilt wurde. Mit anderen Worten: Er konnte keineswegs angeben, w e l c h e Beamten sich „beleidigt" gefühlt haben sollen! Er konnte also den Strafbefehl leider nicht nachträglich legitimieren wie geplant. Peinlich, peinlich!

So in Widersprüche verwickelt, verriet Fleischfresser, er sei nur auf die Frage „präpariert", ob er Einsatzleiter gewesen sei oder nicht. Das Gericht gab dann plötzlich an, Fleischfresser habe überhaupt nur eine begrenzte Aussagegenehmigung. Das sei „telefonisch" mit „jemandem" abgesprochen. Eine Auskunft, wer der „jemand" sei, wurde verweigert. Auf Anfrage, ob denn wenigstens eine Aktennotiz zu dem „jemand" existiere, antwortete der Richter: „Nein, ich weiß es aber". Diese Faxen des Gerichts kosteten fast eine halbe Stunde.

Trotz seiner „Präparation" hat Fleischfresser ein paar Kleinigkeiten verraten, die die AKW-Gegner heiß interessieren:

- So sagte er, er sei zugleich Oberkommandierender der „NWK–Ordnungskräfte" (also der „Werkschutz"–Truppe) gewesen.
- So sagte er, ein besonderer Einsatzbefehl für Art, Umfang und
– So sagte er, ein besonderer Einsatzbefehl für Art, Umfang und
Zeitpunkt des Einsatzes (ob chemical mace, wieviele Bullen und wann sie eingesetzt würden) sei überflüssig gewesen: „Das war nicht mehr nötig" – das sei schon einen Tag vor dem Einsatz festgelegt worden!
- So gab er zwar zu, daß der Einsatz wie von uns beschrieben verlaufen sei, aber ob die Kritik an dem Einsatz eine Beleidigung sei, das sei eben eine „subjektive Einschätzung"!

Da der Einsatzleiter Fleischfresser seine Kompetenz für die Anzeige nicht belegen konnte, wurde das Gericht trickreich: Man könnte ja noch andere Beamte vorführen, etwa einen Untereinsatzleiter Schmidtke. Notfalls könnte man nachträglich auch einen aktiv an der Räumung beteiligten Bullen finden, der sich „beleidigt" gefühlt habe!

Zu allem Überfluß erwies sich nicht einmal die örtliche Zuständigkeit des Itzehoer Gerichts als richtig ermittelt. Nach dem Pressegesetz ist der Ort der Herstellung des Flugblatts für den Prozeßort maßgebend, nicht aber irgendein Ort der Verbreitung. Hier flippte der Richter total aus. Trotz unzweideutiger Gesetze, einschließlich der ihm vorgehaltenen Kommentare, meinte er: „Ich habe die Gesetze auch gelesen. Ich bin da eben anderer Auffassung". – Schallendes Gelächter auf den Zuschauerrängen und der Pressebank einschließlich des Gerichtspersonals!

Die Verteidigung verlangte auf Grund erwiesenermaßen fehlender Rechtsgrundlage für das Verfahren erneut die Einstellung. Das Gericht setzte aber lediglich die Verhandlung aus, um den Staatsanwalt Gelegenheit zu geben, seine „Ermittlungen" nachzuholen.

Die Aussetzung des Verfahrens ist trotzdem ein Teil–Erfolg gegen die Absicht der Landesregierung, in einem der ersten Anti–AKW-Prozesse eine exemplarische Verurteilung durchzupeitschen. Die Schlampigkeit der staatsanwaltlichen „Ermittlungen" geht ja nicht nur auf Unfähigkeit zurück, sondern beweist
mittlungen" geht ja nicht nur auf Unfähigkeit zurück, sondern beweist
auch, wie sicher sich Landesregierung, NWK und Strafverfolgungsbehörden der „unabhängigen Justiz" wähnten. Unsere Verteidigung hat gegenüber diesem Gericht die einfachsten Grundsätze bürgerlich-demokratischer Prozeßführung durchsetzen müssen und zunächst können.


Kai Ehlers (l.)

Berufsverbot für AKW-Gegnerin

Stade. Eine Kollegin aus der „Stader Initiative gegen AKWs", die im DRK-Kindergarten in Stade als Kinderpflegerin arbeitete, wurde zum 31.3. fristgerecht und am 14.3. fristlos gekündigt. In der fristgerechten Kündigung wurde vom DRK (Deutsches Rotes Kreuz) bekanntgegeben, daß die Entlassung aus „Personaleinsparungsgründen" vorgenommen werden müsse.

Daß tatsächlich politische Gründe zur Entlassung geführt hatten, erwies sich in einem Gespräch zwischen DRK-Verantwortlichen, Kolleginnen und der gekündigten Kinderpflegerin: Ihr wurde vorgeworfen, im Kindergarten ein Info der „Initiative gegen AKWs" verfielfältigt zu haben und außerdem einen Aufruf zur Demonstration am 19.2. nach Brokdorf verteilt zu haben. Beides sei „parteipolitische Betätigung" und im DRK-Kindergarten verboten.

Die Kollegin verfaßte hierzu eine persönliche Erklärung, in der sie u.a. von einem faktischen Berufsverbot spricht, denn sie wird in Stade und Umgebung wohl kaum noch Arbeit finden, da der DRK-Vorsitzende gleichzeitig Direktor des Arbeitsamts ist.

Nachdem nun die Stader Initiative gegen AKWs ein Flugblatt gegen diese Disziplinierungsmaßnahme verteilt hatte, erhielt die Kollegin die zweite Kündigung. Diesmal eine fristlose und noch Hausverbot!

„Gründe":
- Weitergabe von Informationen an die Bürgerinitiative;
- Bezichtigung „einer schwerwiegenden Amtsverletzung" gegen örtlichen DRK-Vorsitzenden (wegen der Behauptung des Berufsverbots im Zusammenhang mit dem „Nebenjob" beim Arbeitsamt).

Die Kollegin ging daraufhin zum Arbeitsgericht. Aber bereits bei der ersten Gerichtsverhandlung wurde klar, wo der Zug hingeht. Der Richter verkündete schon das Urteil, als er meinte, auch bei Gewinn des Prozesses sei eine Weiterbeschäftigung nicht gewährleistet, da das „Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer" gestört sei! Er berief sich auf § 9 des Kündigungsschutzgesetzes. Für das DRK war dieser Ausspruch der „Wink mit dem Zaunpfahl". Am 26.4. stellte der Vorstand des DRK den Auflösungsantrag des Arbeitsverhältnisses nach § 9! Somit war die Sache klar:
Das Gericht lehnte zwar die „offiziellen" Kündigungsgründe allesamt als unbegründet ab, löste aber trotzdem das Arbeitsverhältnis wegen „Zerrüttung des Vertrauensverhältnisses" auf, da die Kollegin den DRK-Boß zu Recht für das faktische Berufsver-
tung des Vertrauensverhältnisses" auf, da die Kollegin den DRK-Boß zu Recht für das faktische Berufsver-
bot verantwortlich gemacht hatte!

Die Kollegin will zwar in die Berufung gehen, was jedoch nach dieser „Kündigung" gegen sie durchgesetzt wurde, ist das Berufsverbot! Sie ist jetzt schon 3 Monate ohne Arbeit!

KB-Gruppe Stade

Prozesse und Verfahren gegen die AKW-Gegner

Insgesamt wurden 500 Verfahren aufgrund der drei Brokdorf-Demonstrationen angestrengt. Von diesen wurden bisher 230 eingestellt. Fünf Strafbefehle sind bisher ausgestellt worden, gegen einen wurde kein Widerspruch eingelegt, d.h. eine rechtskräftige Verurteilung liegt in diesem Fall schon vor.

Von den 27 bekannten Ermittlungsverfahren nach dem 19.3. (Grohnde) wurde bisher eins eingestellt.

Die am 20.3. ausgestellten Haftbefehle gegen Christian aus Hannover und Bernd aus Hamburg wurden am 9.5. bzw. am 13.5. aufgehoben. Die Vorwürfe des „versuchten Totschlags" konnten nicht länger aufrechterhalten werden. Die Vorwürfe des „schweren Landfriedensbruchs", der mit sechs Monaten Mindesstrafe Haft bedroht ist, bestehen aber noch weiter.

Als weitere Teilerfolge können wir es ansehen, daß Jens Pommerenke sämtliche Verfahren beim Arbeitsgericht gegen den TÜV gewonnen hat und auch noch beim TÜV arbeitet. Dies jedoch mit einer Einschränkung, er arbeitet nicht mehr in seiner alten Abteilung. Ebenso, daß der Ausschlußantrag gegen den AKW-Gegner Peter H. aus dem Betriebsrat der Dresdner Bank Hamburg vom Arbeitsgericht zurückgewiesen wurde.

- Gegen Fritz Storim (Hamburg) gilt immer noch die Einstweilige Verfügung des Landgerichts Hamburg vom 18.2. Darin wird ihm bei einer Geldstrafe bis zu 500.000 DM untersagt, die Ziele der BIs zum Kampf gegen das AKW Brokdorf konkret selbst in Worten und Taten zu vertreten oder zu unterstützen. Außerdem läuft gegen ihn immer noch ein Ermittlungsverfahren wegen „Aufrufs zu strafbaren Handlungen", aufgrund seiner presserechtlichen Verantwortlichkeit für den Aufruf der Bundeskonferenz zum 19.2. nach Brokdorf.
- Gegen Jens Scheer („KPD") laufen Ermittlungsverfahren wegen Aufruf zu „strafbaren Handlungen" und „Anstiftung zu schwerem Landfriedensbruch". Zusätzlich wird gegen ihn wegen „Hausfriedensbruch" ermittelt.

Stand der bisherigen Ermittlungen

- Der erste Prozeß zum 30.10. (Brokdorf 1) endete am 25.5. nach drei Verhandlungstagen mit einer Verurteilung. Johann wurde wegen „versuchter Sachbeschädigung" mit sieben Tagessätzen à 27 DM bestraft, von dem Vorwurf des schweren Hausfriedensbruches jedoch „mangels Tatbewußtsein" freigesprochen.
- Nach zwei Verhandlungstagen wurde der Prozeß gegen Kai Ehlers, KB, auf unbestimmte Zeit ausgesetzt (siehe Artikel in diesem AK).
- Gegen zwei Bergedorfer KBWler sind Strafbefehle wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung in Höhe von 600 bzw. 1.050 DM ergangen. Sie wurden am 30.10. in Bergedorf bei einem Polizeieinsatz gegen einen Infostand verhaftet, da sie Megafone benutzt hatten. Die ersten Verhandlungen am 6.6.77 und 8.6. sind geplatzt, da die Polizeizeugen im Urlaub sind. Der eine Prozeß findet am 16.6. um 12.15 Uhr im Amtsgericht Bergedorf statt, der andere ist auf unbestimmte Zeit vertagt.
- Auch gegen eine AKW-Gegnerin aus Eckernförde soll ein Prozeß wegen Hausfriedensbruch laufen. Hier liegen jedoch keine weiteren Informationen vor.

Bußgeldbescheide und Ermittlungsverfahren

- Ein Mitglied der BI Celle weigerte sich am 19.3., sich von der Parole „Keine AKWs" zu distanzieren. Diese Parole stand an der Grohnder Kirche und der Pastor fragte ihn danach, als er zufällig vorbeikam. Jetzt ist gegen den AKW-Gegner ein Verfahren eingeleitet worden.
- In Itzehoe und Flensburg wurden Bußgeldbescheide gegen Plakatkleber verhängt. In Itzehoe wegen Plakaten zum 19.2. zweimal 150 DM, da „öffentlicher Verkehrsraum widerrechtlich in Anspruch genommmen" worden sei.
- In Hamburg gibt es mindestens zehn Ermittlungsverfahren gegen Plakatkleber.
- In Itzehoe ist wohl der erste Bußgeldbescheid (in Höhe von 200 DM) aufgrund von Verteilen von Flugblättern, die zum 19.2. nach Brokdorf mobilisierten, ergangen. Begründung: „Die Demonstration war zu diesem Zeitpunkt verboten"!
- Gegen neun AKW-Gegner aus Hamburg laufen Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch. Sie waren bei einer zweiten „Begleitdemonstration" zur Solidarität mit Bernd L. nach einem Polizeiüberfall festgenommen worden.
- Gegen etliche Teilnehmer der Grohnde-Demonstration am 19.3. soll ein Prozeß wegen Amtsanmaßung, Nötigung und Eingriff in den Straßenverkehr geführt werden.
- Busfahrer, die uns nach Grohnde gefahren haben, erhielten Bußgeldbescheide wegen Überschreitung der zulässigen Arbeitszeit. Die Polizei überprüfte – soweit dies möglich war – sämtliche Fahrtenschreiber.
- Wegen Aufruf zu strafbaren Handlungen laufen drei Ermittlungsverfahren, begründet mit Verteilen und/oder Unterzeichnen von Flugblättern, die zum 19.2. nach Brokdorf mobilisierten.
- Dem presserechtlich Verantwortlichen des Flugblatts, das zum Ostermarsch der Flensburger BI aufrief, soll demnächst der Prozeß gemacht werden. Begründung: Aufruf zu einer verbotenen Demonstration, wahrscheinlich sogar Auslegung nach § 88a (Aufforderung zur Gewalt).
- Wegen Beleidigung der Polizei wird gegen den presserechtlich Verantwortlichen der Lübecker BI „ermittelt". In einem Flugblatt wurde ein Polizeieinsatz am 12.3. in der Lübecker Innenstadt dargestellt und kritisiert.
- Vor kurzem wurden zwei Bremer AKW-Gegner zu mehreren tausend DM Geldstrafe wegen Beleidigung des Oberkreisdirektors Bernhard verurteilt. Sie hatten ein Lied gesungen, in dem eine mögliche Schiebung von Grundstücken zugunsten der NWK, die auch Bernhard mit vorgenommen haben soll, geschildert wurde.

IKAH („Arbeiterhilfe")
Hamburg



Nachrichten vom Widerstand



Riesige Anti-AKW-Fete im JZ-Glückstadt

Am 4.6.77 fand mit 500 Leuten die größte Fete statt, die je im Jugendzentrum Glückstadt veranstaltet worden ist. Träger der Veranstaltung war die „Atomenergie-AG" des Jugendzentrums, die aus ca. 20 Jugendlichen besteht. Das großartige Mobilisierungsergebnis kommt dadurch zustande, daß in Glückstadt selbst viel Wirbel gemacht wurde (Verteilen von Flugblättern vor den Schulen, in der Stadt; Plakate in vielen Läden) und daß man durch die umliegenden Orte und Dörfer gefahren war, um die Jugendlichen zur Anti-AKW-Fete einzuladen. Dementsprechend wurden mit dieser Veranstaltung überwiegend Jugendliche (zum großen Teil 13 – 16 Jahre alt) erreicht, die bisher noch nie auf einer Anti-AKW-Veranstaltung gewesen waren.

Das Programm war sehr bunt:

- Eine Musikgruppe aus dem Jugendzentrum mit eigenen Liedern,
- Eine Diaserie zur Gefährlichkeit von AKW's
- Sketchen von Jugendlichen aus Glückstadt
- Das Hamburger Aufstandsorchester
- ‚Hau-Ruck' aus Elmshorn
- Schraubstock
- King Harvey, Rockgruppe aus Glückstadt

und zwischendurch kurze Redebeiträge. Die Stimmung war von Anfang bis Ende sehr gut (Sprechchöre, viele haben mitgesungen usw.). Von daher ist zu erwarten, daß die Fete zur Verbreiterung der Anti-AKW-Bewegung beiträgt und sich insbesondere in Glückstadt noch mehr Jugendliche an der „Atomenergie-AG" beteiligen.

Erfolgreiche Aktion gegen das AKW Neupotz

Am 4./5.6. wollte das Pfalzplenum, ein Zusammenschluß der BIs gegen das AKW Neupotz, eine Veranstaltung auf dem Gelände des geplanten AKWs durchführen. Das Betreten des Bauplatzes wurde trotz Einspruchs mit der hahnebüchenden Begründung verboten, „ ... *da eine unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit besteht. Diese Gefahr wird darin gesehen, daß das von ihnen als Veranstaltungsort vorgesehene Gelände im Naturschutzgebiet ‚Pfälzische Rheinauen' liegt,* ..." Deshalb müßten die BIs auf einen Ausweichplatz gehen.

Bis zu 250 Menschen beteiligten sich am 4.6. an dem Programm. Es wurde ein Fußballturnier organisiert, Folkgruppen spielten, etc. Leider gab es auch einen Beschluß, welcher es politischen Organisationen versagte, ihre Literatur anzubieten.

So wurde die BI Bergzabern angemacht, weil sie die Broschüre „Warum kämpfen wir gegen Atomkraftwerke" (Herausgeber: Kommunistischer Bund) anbot. Schließlich konnte diese aber doch verkauft werden.

Am 5.6. wurden morgens in den umliegenden Dörfern Flugblattaktionen gemacht. Am Spaziergang zum geplanten AKW Bauplatz beteiligten sich dann trotz schlechten Wetters noch 80 – 100 Personen.

Insgesamt ein gelungener Anfang für die noch junge Anti-AKW-Bewegung in der Pfalz.

KB Genossen aus Bad Bergzabern.

Gerstheim immer noch besetzt

Seit vier Monaten halten Teile der badischen und elsässischen Bevölkerung den Bauplatz des geplanten AKWs Gerstheim besetzt.

Obwohl es in letzter Zeit etwas „stiller" um den Platz geworden ist, ist der Widerstand ungebrochen. Das sieht man z.B. an den Besucherzahlen der obligatorischen Sonntagsveranstaltungen, oder am Plan für die Platzwache, auf dem sich weit über 70 (!) Gemeinden – hauptsächlich aus dem Elsaß – für die Besetzung haben einteilen lassen. Mittlerweile kommen sogar die Bürgermeister und Gemeinderäte von Eschau, Plobsheim, Nordhouse und mehrere andere Dörfer zur Platzwache. Durch diese aktive Unterstützung der Bevölkerung aus den umliegenden Dörfern konnte ein Abflachen der Bewegung verhindert werden. (aus: „Was Wir Wollen", Besetzerzeitung der badisch-elsässischen BIs).

Rotenburg/Wümme: Am 10.6. fanden im Jugendzentrum zwei Veranstaltungen gegen AKWs statt. Es wurde der Film „Was lange gärt ..." zu Brokdorf und Grohnde gezeigt. Nachmittags kamen etwa 25 Besucher, am Abend waren es dann 50 Jugendliche. Auch in Rotenburg werden die Anti-AKW-Aktivitäten verstärkt. Der Abend endete mit der Ankündigung des Zeltlagers in Esensham zu dem von Rotenburg aus eine Fahrt organisiert wird.

Veranstaltung gegen Angriffe auf AKW-Gegner

Kiel: Am 10. Juni fand in Kiel eine von ca. 140 Menschen besuchte Veranstaltung des Ermittlungsausschusses statt.

Es wurde über die laufenden Prozesse und insgesamt über die Angriffe gegen AKW-Gegner informiert. Als direkt Betroffene von Strafverfahren waren eingeladen: Fritz Storim, gegen ihn läuft ein Strafverfahren und Berufsverbot, Kai Ehlers, als Presseverantwortlicher des KB (Strafverfahren wegen Beleidigung der Polizei in einem Flugblatt), Bernd Löwe (Ermittlungsverfahren wegen „Tot-

Bremen, an dem ca. 130 – 140 Jugendliche teilnahmen, wurde folgende Resolution mit großer Mehrheit verabschiedet:

„*Resolution gegen die Kriminalisierung der Anti-AKW-Bewegung*

Gegen das Atomprogramm der Atomindustrie und der Bundesregierung haben sich immer mehr Menschen in unserem Land zusammengeschlossen und in Bürgerinitiativen organisiert. Diese Bewegung ist den AKW-Betreibern ein Dorn im Auge. Deshalb versucht der Staat im Auftrag der Atomindustrie durch Polizei, Bundesgrenzschutz, Justiz und Presse die Anti-AKW-Bewegung zu verfolgen, zu kriminalisieren und letzten Endes zu zerschlagen. Dafür stehen die willkürlichen Polizeiübergriffe von Mobilen Einsatzkommandos am 19.2. in Brokdorf auf wehrlose AKW-Gegner, die zügellose Hetzkampagne der Presse, die die AKW-Gegner in gewalttätige und friedliche spalten will, sowie zahlreiche Prozesse, die gegen AKW-Gegner aus dem gesamten Bundesgebiet verhängt worden sind. Auch die Gewerkschaftsführer reihen sich mit Gewerkschaftsausschlußverfahren wie gegen Heinz Brandt in diese Verfolgung von AKW-Gegnern ein. Diesen Versuchen der Kriminalisierung muß die Anti AKW-Bewegung geschlossen entgegentreten und sich mit den verfolgten AKW-Gegnern solidarisieren. Nur dadurch kann die Anti-AKW-Bewegung weiter an Stärke gewinnen. Die Teilnehmer des Pfingstlagers von BDP/NFJ solidarisieren sich mit solchen verfolgten AKW-Gegnern wie Kurt Sommer, Jens Scheer, Bernd und Werner aus Bremen, mit Fritz Storim, Kai Ehlers und Jochen P. aus Hamburg sowie allen anderen verfolgten AKW-Gegnern.

Wir fordern:

SOFORTIGE EINSTELLUNG ALLER PROZESSE UND ERMITT-

Die Behörden und die Polizei hatten zwar erklärt, sie würden das Lager tolerieren, wenn die Veranstalter eine Wiese finden, aber andererseits war alles getan worden, um zu verhindern, daß eine Wiese gefunden werden konnte. Auch der Festplatz wurde verweigert, das Gericht erklärte ihn zu „Privatgrund". So beschlossen diejenigen, die dann zum Lager gekommen waren, kurzerhand erst einmal auf den Weserwiesen zu lagern. Dort wuchs dann das Lager, von ab und zu vorbeifahrenden Polizeifahrzeugen beobachtet, bis auf zeitweise 700 Leute an. Mit Musik, Referaten und einer Demo von ca. 350 Leuten zum AKW Grohnde war das Lager ein schöner Erfolg.

Straßenfest der BI St. Georg verboten

Für den 25.6.77 hatte in Hamburg die Bürgerinitiative St. Georg bei der Behörde ein Straßenfest angemeldet, an dem sich auch andere Initiativen des Stadtteils beteiligen wollten. Das Straßenfest wurde mit der provokatorischen Begründung verboten, daß wegen mehrerer beantragter Informationsstände „*hauptsächlich eine Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe und nicht ein Stadtteilfest durchgeführt werden soll*" – und eine Informationsverstaltung könne eben nicht genehmigt werden – basta, es seien nur einzelne Informationsstände erlaubt (aus dem Schreiben des zuständigen Beamten). Dazu muß gesagt werden, daß bereits mehrfach Info-Stände der BI von den Bullen abgeräumt wurden. Es ist nur allzu offensichtlich, daß hier Anti-AKW-Informationen unterdrückt bzw. illegalisiert werden sollen.

Die Bürgerinitiative kündigte an, sie werde sich in jedem Falle dort auf dem beantragten Platz treffen, und gegen das Verbot mit allen zur Verfügung stehenden juristischen Mitteln angehen.

Anti-AKW-Aktionstage am 17./18./19. Juni

Esensham: Die BBA-Bremerhaven und eine Reihe anderer nordwestdeutscher Anti-AKW-Initiativen veranstalten ein gemeinsames Zeltlager in Overwarfe, nahe Esensham vom 16.6.77 – 19.6.77.

Vom Lager aus soll eine intensive Öffentlichkeitsarbeit unter der umliegenden Bevölkerung durchgeführt werden. Die AKW-Gegner aus den örtlichen Initiativen wollen die Gelegenheit nutzen, eine verstärkte regionale Zusammenarbeit einzuleiten. Geplant ist im Zuge des Zeltlagers auch eine Lagerfete, eine Anti-AKW-Festveranstaltung und als Abschluß eine Demonstration zum AKW in Esensham. Die BBA Bremen hat auf ihrem Plenum am 10.6. die Unterstützung des Lagers beschlossen.

Phillipsburg: In Phillipsburg (bei Karlsruhe) soll es am 17.6. zu einer Kundgebung gegen das AKW am Ort kommen. Der Veranstalter ist die Bürgeraktion Umweltschutz Waghäusl. Die Kundgebung, die um 14.oo Uhr beginnt, wird unterstützt von der KKW NEIN Initiativgruppe Karlsruhe.

Hanau: Auch hier ist am 17.6. eine Informationsveranstaltung und Kundgebung geplant. In einem Flugblatt der Initiativgruppe Umweltschutz Hanau werden dazu alle Atomanlagen in Hanau und Umgebung aufgezählt:

- die Nukem und drei ihrer Tochtergesellschaften, die Brennelemente für Leichtwasserreaktoren, Hochtemperaturreaktoren und für „Schnelle Brüter" herstellen,
- in der Nähe von Hanau der Atomreaktor Kahl, der erste in der BRD
- die Atomruine Großwelzheim, der nach kurzer Betriebsdauer wegen Überhitzung der Brennstäbe außer Betrieb gesetzt wurde,
- die Transportfirma Transnuklear, die ihr Geld damit verdient, möglichst unauffällig die hochgefährlichen Stoffe durch die Gegend zu „karren".

Daneben existieren noch zwei militärische Anlagen:

- Abschußrampe Kilianstädten. Neben dieser Abschußrampe für nukleare Sprengköpfe haben die US Streitkräfte hier auch unbekannte Mengen von Atomsprengkörpern deponiert.
- chemische und biologische Waffen haben die US Streitkräfte in Wolfgang gelagert.

Mit dieser Ansammlung gehört Hanau zu den Städten Europas, die die größte Konzentration an lebensgefährlichen Materialien haben.

Dem muß entgegengetreten werden! Deshalb Kundgebung am 17.6. um 13.oo Uhr.

Biblis: Während das Genehmigungsverfahren für den Block C des AKW Biblis weiter läuft, findet am 28. Juni ein Erörterungstermin statt. Gegen den Bau von Block C haben inzwischen nahezu 50.000 Menschen Einspruch erhoben, das ist nach Wyhl die zweithöchste Zahl an Einsprüchen gegen ein AKW in der BRD. Auf dem Erörterungstermin soll nun den Einwändern die Möglichkeit gegeben werden, ihre Einwände zu begründen. Die im Raum Rhein-Main-Neckar zusammenarbeitenden BI's haben auf den letzten Koordinierungstreffen beschlossen, zu dem Erörterungstermin eine breite Mobilisierung zu starten. Sie soll sich gegen den weiteren Ausbau des AKW Biblis sowie gegen weitere AKW's im Rhein-Main-Neckar Raum richten.

Es wurden folgende Aktionen vereinbart: Vom 24.6. – 27.6. ist ein Zeltlager geplant zu dem verschiedene Gruppen, Schülerverbände und Vertretungen, Jugendzentren usw. eingeladen werden. Das Programm wird aus Redebeiträgen, Dia-Vorträgen, Musik und Theater bestehen. Während des Zeltlagers findet am 25. Juni ein Aktionstag statt. An diesem Tag soll nochmal für die am darauffolgenden Tag stattfindende Demonstration und natürlich den Erörterungstermin selber mobilisiert werden. Es soll mit Veranstaltungen und Info-Ständen an die Öffentlichkeit gegangen werden. Am 26.6. findet dann eine zentrale Demonstration in Biblis statt mit anschließendem Fest im Zeltlager. So werden die AKW-Gegner für den am 28.6. stattfindenden Erörterungstermin sicher gut gerüstet sein.



Besetzertreffen in Gerstheim

schlags"), Peter Hass als wegen seiner AKW-Gegnerschaft angegriffener Betriebsrat und noch einige mehr. Als der KBW bei der im Anschluß stattfindenden Diskussion mit seinem altbekannten Schwachsinn kam, daß die einfachen Polizisten ja eigentlich auch auf unserer Seite stehen, verließen die meisten der Teilnehmer den Saal.

Zweite Konferenz der bayerischen Initiativen gegen Atomanlagen geplant

Die Nürnberger Initiative gegen Atomkraftwerke schlägt die Durchführung einer zweiten Regionalkonferenz der bayerischen Initiativen in Nürnberg vor. Unterstützt wird dieser Vorschlag bisher von Vertretern aus München, Landshut, Schweinfurt, Würzburg, Bamberg und Erlangen. Als Termin wird der 17./18.6. vorgeschlagen.. Laut Einladungsschreiben der Nürnberger Initiative sollen die **Ziele der Konferenz sein:**

- *Aktionen und Erfahrungen der letzten Zeit auszuwerten*
- *örtliche und regionale Aktivitäten für die nächste Zeit zu diskutieren*
- *möglichst breit und vielfältig Informationen der einzelnen Initiativen auszutauschen*
- *eine noch breitere Einheit und Zusammenarbeit unter den bayerischen AKW-Gegnern herzustellen."*

Pfingstlager in der Nähe von Bremen

Auf diesem von dem BDP-Bremen, Naturfreundejugend und dem Antimilitaristischen Arbeitskreis

LUNGSVERFAHREN!
WEG MIT DEM ATOMENERGIE-PROGRAMM!

Berichtigung zum Aktionstag um Kalkar

Die Veranstaltung am 28.5. in Kleve wurde nicht, wie irrtümlich berichtet, von der BI Duisburg unterstützt, sondern nur von einigen Mitgliedern der BI Duisburg und einer Musikgruppe aus Duisburg.

Sternfahrt zum AKW-Zwentendorf

Österreich: Am 12.6. planen die in der „Initiative österreichischer Atomkraftwerksgegner" (IÖAG) zusammengeschlossenen Verbände und Organisationen eine Sternfahrt zum AKW Zwentendorf bei Wien. Am 11.6. findet ein Rahmenprogramm mit Information und kulturellen Beiträgen statt.

Für das AKW-Zwentendorf planen die Betreiber die Durchführung eines Probebetriebs. Gleichzeitig haben in Allensteig die zweiten Probebohrungen für eine Atommülldeponie begonnen. Die österreichischen AKW-Betreiber versuchen so, ihr Programm zu beschleunigen. Die anwachsende Anti-AKW-Bewegung stellt sich u.a. mit der Aktion in Zwentendorf darauf ein.

Grohnde

In der Nähe von Grohnde fand ein dreitägiges Pfingstlager statt, das von verschiedenen Bürgerinitiativen (BIs) des Weserberglandes beschlossen worden war.

„Deutschland braucht Kernseife"

Dieser Slogan zierte unversehens den Propagandabus, den die „Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen" seit einigen Wochen quer durch die Dörfer Lüchow-Dannenbergs rollen läßt. Nur eine geringfügige Änderung der Originalaufschrift („Deutschland braucht Kernenergie") führte zu diesem schönen Resultat. Die Folge: zur „Beseitigung des Schadens" mußte der Bus für einige Tage ausrangiert werden. Auch bzw. gerade, wenn die Oberschweine vom DKW-Vorstand behaupten, diese Korrektur stände „*im Widerspruch zu der bisher fairen und sachlichen Auseinandersetzung bei der Diskussion um den Bau des Deutschen Entsorgungszentrums*", ist diese Aktion nachahmenswert!

KB/Gruppe Lüneburg

KBÖ auf AKW-Supermächte-Trip

Österreich: Der KBW-Bruder KBÖ, der offensichtlich im Koordinationskomitee für die Demonstration in Zwentendorf sitzt, benutzte diese Position, um der Bewegung seinen besonderen Stempel der „Supermächte"-Theorie aufzudrücken. In den offiziellen Aufruf der IÖAG schmuggelte der KBÖ folgenden Passus ein, der nicht Grundlage der IÖAG ist:

„*Die Lieferung und Anreicherung des Reaktorbrennstoffes werden von den USA und der Sowjetunion kontrolliert. Gerade diese beiden Mächte rüsten heute fieberhaft auf. Sie bereiten sich auf einen Krieg vor und versuchen dabei, sich die Kontrolle über die Energieversorgung anderer Länder zu sichern. Eine größere Abhängigkeit von ihnen verstärkt nur die Gefahr, von ihnen erpreßt und in einen solchen Krieg hineingezogen zu werden*" (zitiert nach „rotfront", Juni 1977).

Von hier zur „Vaterlandsverteidigung" ist es kein weiter Schritt mehr. Die österreichische Anti-AKW-Bewegung tut gut daran, sich schleunigst von derartigen Positionen zu distanzieren, will sie glaubwürdig bleiben.

Fortsetzung auf Seite 5

Nachrichten vom Widerstand

Fortsetzung von Seite 4

Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv

Hamburg: Rund 120 AKW-Gegner versammelten sich am 11.6.77 zu einer Protestkundgebung vor dem Luftschutzbunker in der Bramfelder Straße, der durch Umbauten gerade „strahlensicher" gemacht werden soll.

Die BUU-Stadtteilgruppen Barmbek, Dulsberg, Hamm, Uhlenhorst und Wandsbek/Farmsen hatten zur Vorbereitung dieser Kundgebung gemeinsam eine Aktionswoche mit Informationsschriften über den „Schutz"-bunker, mit Ständen und Hausagitation durchgeführt.

Breiteres Aufsehen erregte ein Schreiben der „Bunkerbehörde" der „Unfreien Hansestadt Hamburg", unterzeichnet vom neuernannten „Bunkersenator" Stark (nicht zu verwechseln mit Innensenator Staack ...), in dem es u.a. heißt:

„ ... Leider kann dieser Strahlenschutzbunker nur 1.700 Menschen Platz bieten. Natürlich viel zu wenig für die gesamte Bevölkerung im Einzugsgebiet (vorsorglich werden hohe Persönlichkeiten ausgeflogen).

Wir sehen uns daher leider gezwungen, eine Auswahl unter den Barmbekerinnen und Barmbekern zu treffen und vorsorglich die Plätze heute schon aufzuteilen. Wir sind dabei auf Ihre Mithilfe angewiesen: – Geben Sie bitte eine Person in Ihrer Familie oder Nachbarschaft an, der Sie einen Platz zukommen lassen würden. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Person im zeugungsfähigen Alter und im Besitz ihrer geistigen und körperlichen Kräfte sein muß. – Die von Ihnen benannte Person muß unter Angabe einer sachlichen Begründung bis zum 30. Juni 1977 dem Ortsamt ... bekanntgegeben werden (Name, Anschrift, Alter, Geschlecht, Beruf, weitere gesellschaftliche Tätigkeiten, Gesundheitszustand, politische Gesinnung, Familienstand) ..."

Die Angabe der Telefonnummer des Ortsamtes in dem Schreiben erwies sich als sehr vorsorglich: Wie aus dem Ortsamt zu erfahren war, standen dort die Telefone einen Tag lang nicht mehr still. Die Bunkerbehörde (oder war es die Innenbehörde?) ließ über Rundfunk verbreiten, daß es sich bei dem Schreiben um eine Fälschung" handele, gegen deren Verbreiter man „Strafanzeige" erstatten werde.

Die zahlreichen beunruhigten Anrufe aus der Bevölkerung und das recht lächerliche Dementi der Innenbehörde zeigen jedoch, daß das satirische Schreiben von der Wirklichkeit gar nicht weit entfernt ist: Für 160.000 Barmbeker stehen 1.700 „Schutz"-plätze für den Fall atomarer Verseuchung zur Verfügung, für 250.000 Wandsbeker 5.000 Plätze.

Bei der Kundgebung am 11.6. schützten 20 Bullen wacker den „Schutz"-bunker vor einem „Angriff der (heute!) gar nicht stattfinden sollte. Die Teilnehmer der Kundgebung fanden es sowohl vergnüglicher, eine Reihe von Anti-AKW-Liedern kräftig zu schmettern und Spiele zu machen wie auch sinnvoller, weitere Informationen über die „Schutz"-maßnahmen zu hören und untereinander zu diskutieren.

Bezirksgruppen Barmbek und Wandsbek
KB/Gruppe Hamburg



Am 11.6. vor dem Barmbeker "Schutz"-Bunker

Paradoxe Urteilsbegründung in Grafenrheinfeld:

Berstschutz „gefährdet" die Sicherheit!

Ende Mai wurde die Urteilsbegründung im Prozeß gegen das AKW Grafenrheinfeld nachgereicht. Das Gericht hatte die Klage der Stadt Schweinfurt und der Gemeinde Bergrheinfeld gegen den Bau des AKW's kostenpflichtig abgewiesen.

Im Gegensatz zum Freiburger Gericht, das den Bau des AKW's Wyhl verboten hatte, hält das Würzburger Verwaltungsgericht einen Berstschutz für den Reaktordruckbehälter des bereits teilweise fertiggestellten AKW's für nicht notwendig. Als Gründe werden die *„verbesserte Qualitäts- und Sicherheitsprüfungen"* angeführt. Ein Bersten sei demnach *„nach menschlichem Ermessen unwahrscheinlich"*.

Dazu muß man wissen, daß die Bayernwerke AG unmittelbar nach Erteilung der Baugenehmigung in pausenloser Tag- und Nachtschicht von ca. 1.000 Arbeitern den Bau fortgesetzt haben. Mittlerweile sind von den geplanten 1,5 Millarden schon 600 Mio. verbaut. So werden Fakten geschaffen, die das Gericht entsprechend beeinflussen sollen – mit Erfolg, wie man sieht.

Das Urteil des Würzburger Gerichts schließt sich in seiner Urteilsbegründung ausdrücklich der Stellungnahme der Reaktorsicherheitskommission (als „Beweismittel") an. Die Bundesregierung hatte ihren Wunsch nach dem erfolgten Ausgang des Verfahrens durch ein Telegramm an das Gericht zum Ausdruck gebracht, in dem die Meinung der Reaktorsicherheitskommission, die für die Bundesregierung arbeitet, dem Gericht bekanntgegeben wurde.

Schon vorher hatte die Bundesregierung mitteilen lassen, daß sie mit dem entsprechenden Gutachten ihrer Kommission auch den Prozeß um den Bau von AKW's in Wyhl in 2. Instanz zu gewinnen gedenkt.

Zu dem Urteil muß man folgendes wissen:

- In Großbritannien sind wegen der Gefahr des Berstens Druckwasserreaktortypen überhaupt verboten!
- Die neuen Werkstoffe, die das Gericht (!) anzupreisen wußte, können ebenfalls spröde werden und somit bersten.
- Ausdrücklich wurde im Urteil behauptet, daß Risse, die zum Bersten des Reaktors führen könnten, mit Sicherheit festgestellt würden.

In der Tat wird davon ausgegangen, daß der Reaktorbehälter rissig werden könnte, genau dies ist auch die Begründung dafür, daß ein Berstschutz unerwünscht ist. Denn bei einem Berstschutz muß die Betonaussenwand des AKW's direkt an den Druckbehälter anschließen, während derzeit ein Zwischenraum für Kontrollen des Druckbehälters gelassen wird, an dessen Sicherheit offensichtlich nicht einmal die AKW-Betreiber glauben wollen. So schrieb auch der TÜV im Gutachten zum AKW Esensham:

„Die Gutachter weisen daraufhin, daß bei vorliegenden Bedingungen (dickwandige Elemente, schwere Zugänglichkeit bei Wiederholungsprüfungen usw.) die Prüfverfahren nicht erprobt sind und der Nachweis der Durchführbarkeit und ausreichender Zuverlässigkeit noch erbracht werden muß ... Wiederholungsprüfungen des Reaktordruckbehälters sind nach Angaben des Herstellers zur Zeit nur von innen möglich ... in der Praxis kann nicht damit gerechnet werden, daß ein fehlerfreier Wirkstoff vorliegt" (nach Strohm, Friedlich in die Katastrophe, S. 162).

Hauptinteresse der AKW-Betreiber war es, bei diesem Prozeß den Berstschutz möglichst vom Tisch zu bringen. Für sämtliche anderen Einwände erklärte sich das Gericht nicht „zuständig", so für den Standort, die Entsorgung, Sabotage, Kriegsfall und Wiederaufbereitung – was das Gericht natürlich nicht hinderte, dem Bau zuzustimmen.

Das Würzburger Urteil macht deutlich, daß die Gerichte lediglich die Funktion übernehmen, bei massiven Protesten AKW-Bauten v o r ü b e r g e h e n d zu stoppen. Da in Grafenrheinfeld weniger Proteste gegen den Bau als in Wyhl zu erwarten waren, wurde entsprechend erst einmal in Grafenrheinfeld dem Weiterbau von seiten des Gerichts zugestimmt.

KB/Gruppe Nürnberg

WSL und Faschismus: Selbstdarstellung

In verschiedenen AKs, zuletzt in AK 102, davor im "Antifaschistischen Steckbrief Nr.3", wurden im und um den "Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL) herum rechtsradikale Umtriebe nachgewiesen.

So gibt es z.B. verschiedene Kontakte führender WSL-Aktivisten zu dem Faschisten-Kreis um die faschistische Roeder-Christophersen-Bande. In der Vergangenheit haben solche offenkundigen Verbindungen zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt und dem WSL den Vorwurf eingebracht, eine "neofaschistische Tarnorganisation" zu sein.

Natürlich ist dem in der Anti-AKW-Bewegung aktiven WSL der KB nicht unbekannt. Zu einem Gespräch zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen in Bodenwerder am 28.3.77 lud denn der WSL-Vertreter H. Gründler auch extra den KB ein. Eine Reaktion auf unsere Fragen an den WSL, wie er es mit den Faschisten halte, konnte also nicht lange ausbleiben. Inzwischen liegen uns verschiedene Stellungnahmen vor.

Ein Brief vom westdeutschen WSL-Präsidenten Werner G. Haverbeck (9.März) eröffnete die Selbstdarstellungsreihe. Hauptsächlich zeichnet sich das Schreiben dadurch aus, daß es auf unseren Vorwurf, der WSL sei ein Verband "brauner Rattenfänger" (was s o sicher nicht stimmte) überhaupt nicht eingeht. Haverbeck:*"Wir haben die Meinung. daß es Wichtigeres gibt, als sich innerhalb der Bürgerbewegung für Umweltschutz gegenseitig zu befehden. Wir hatten, einfach gesagt, keine Zeit uns mit solchen Querelen zu beschäftigen."* Zu konkreten Einzelheiten, was das Treiben von Faschisten im WSL betrifft meint Haverbeck: *"Wenn sie heute noch auf solche Zusammenhänge hinweisen, dann sind Sie leider 2 1/2 Jahre hinter der Zeit zurück."*

(Hier sei eine Anmerkung gestattet: eine WSL-Schrift, in der der Faschist G. Schwab, Gründer und "Papst" des WSL bis heute, hochgejubelt wird und aus der wir zitierten, ist offenbar selbst Haverbeck zu kompromittierend. Aber, schreibt er, da sie im ö s t e r r e i c h i s c h e n WSL-Verlag "Verein für Lebenskunde" erschienen ist, was kann er als Präsident der Sektion B R D des WSL da schon machen...? Sollte Haverbeck beim Abfassen seines Briefes ganz vergessen haben, daß er, zusammen mit eben diesem Schwab, bei Erscheinen der erwähnten WSL-Schrift in der Schriftleitung des WSL-Organs "Lebensschutz" saß, das in eben diesem Verlag "Verein für Lebenskunde" erscheint? Und da soll kein Einfluß möglich gewesen sein?).

Generell heißt es dann: Der WSL/BRD nehme die parteipolitische *"Neutralität sehr ernst und arbeitet daher mit allen Gruppen zusammen, die die Notwendigkeit des Umwelt- und Lebensschutzes erkannt haben und s o l i d a r i s c h mit anderen Verbänden und Gruppen der Widerstandsbewegung zusammenstehen."* So ganz zufriedenstellend kann das auch vom WSL selbst nicht erachtet worden sein, zumal im AK durch Benennung neuer, aktueller Fakten die Haverbeck'sche Position "Alles Schnee vom vergangenen Jahr" nicht mehr so ganz stichhaltig erscheinen konnte.

Anders als Haverbeck geht H. Gründler (siehe oben) in einem Brief vom 8.April auf konkrete Punkte ein: zu "rechten Tendenzen" im WSL habe er zunächst gesagt:*"Na und? Warum sollen denn nicht einige Bundesgenossen 'rechts' stehen, so wie andere halt 'links'?"* Er führt dann einige (aus dem AK bekannte, z.T. aber auch zusätzliche) Fakten an, z.B., daß *"kürzlich als Beilage an alle Empfänger des WSL-Organs 'LSI = Lebensschutz-Informationen'"* das faschistenfreundliche Blättchen "VgM - Heiße Eisen" verschickt wurde.(Darin wird u.a. für die faschistischen Zeitungen "Mut","Deutsche Wochenzeitung","Nation Europa" und "Unabhängige Nachrichten" geworben; im Beirat des "VgM"-Blattes sitzt übrigens ex-WSL-Präsident Bruker. Dingdong!). Dazu Gründler: all das habe ihn "alarmiert". Um nicht ins "Zwielicht" zu geraten, d. h. zur Vermeidung des Eindrucks, der WSL identifiziere sich mit Faschisten, müsse doch vom WSL aus *"sehr rasch und sehr genau Klarheit (ge)schaffen werden, öffentlich(...), notfalls mit gerichtlichen Schritten."* Beherzigenswerte Worte!

Es folgte am 11. Mai ein Brief vom WSL-Präsidiumsmitglied Frau Haverbeck-Wetzel.

Ausdrücklich als Antwort *"auf Ihre Fragen an den WSL"* (gemeint sind die unbequemen aus AK 102) bezeichnet, geht das Schreiben nicht mit einer Silbe darauf ein, sondern bringt, wieder einmal, "grundsätzliche Überlegungen"! Und die sehen dann z.B. so aus: *"In der ersten Deutschen Republik gab es zwei Parteien, die sich besonders unerbittlich bekämpften, Kommunisten und Nationalsozialisten. Dies ist ein historisches Faktum. Nachdem die eine der beiden Parteien 1933 durch allgemeine Wahlen an die Regierungsmacht kam, wurde die Situation für die andere Partei katastrophal, sie wurde verboten, ihre Anhänger verschwanden im Ausland, Untergrund oder in Konzentrationslagern. Es muß allerdings angenommen werden, daß dies im umgekehrten Fall, also bei Machtübernahme durch die Kommunisten, für die unterlegene Partei der Nationalsozialisten genau solche Folgen gehabt hätte.*

Nach dem 2. Weltkrieg - nach Untergang des '3.Reiches' - wurden jedenfalls die noch lebenden Nationalsozialisten ebenfalls verfolgt, verurteilt und zum Teil hingerichtet. Die Mitläufer und die Kinder wurden 'umerzogen'. Heute gibt es als zugelassene Partei nur noch die Kommunisten." Frau Haverbeck, so ist zu lesen, findet es bedauerlich, daß sich Kommunisten und Faschisten *"gegenseitig verteufeln"* .Im WSL jedenfalls sei für beide Platz.



Der WSL-Vorsitzende Haverbeck am 12.3.77 in Gorleben

Der Selbstdarstellungen noch nicht genug: Am 22. Mai schrieb uns Baldur Springmann, WSL-Landesvorsitzender von Schleswig-Holstein und ständiger Inserent in der Zeitschrift "Bauernschaft" des Faschisten Christophersen. Christophersen ist u.a. Verfasser der antisemitischen Hetzschrift "Auschwitz-Lüge", in der der Völkermord der Nazis an den Juden geleugnet und die KZ's als reine Idylle dargestellt werden. Dazu schreibt uns Herr Springmann:*"Die in der 'Bauernschaft' vertretenen Ansichten sind teilweise nicht die meinen, besonders nicht das, was ich für antiquiert und unnötig aggressiv halte. Thies Christophersen aber schätze ich als aufrechten Menschen."* Ansonsten ruft auch Springmann zur "Aktionseinheit" zwischen Faschisten und Kommunisten auf:*"Gegenseitige Faschisten- und Kommunistenhetze nützt ausschließlich den Trägern und Nutznießern solcher Verhältnisse, an deren Veränderung wir ein gemeinsames Interesse haben. Ich würde es ausgesprochen gut finden, wenn ihr weniger Antifaschismus, dafür aber mehr pro vita* ("für das Leben" - Anm.AK) *bringen würdet."* Ja, seit wann ist das ein W i d e r s p r u c h ?

Vorläufig letzte Selbstdarstellung: ein kurzes und im Ton etwas barsches Schreiben des WSL-Landesvorstands Hamburg vom 3. Juni:*"... wenn es so weitergeht, ist es egal ob rot oder braun: überleben werden wir es nicht...Bei aller Anerkennung Ihrer Umweltschutzaktivitäten, die Sie auch ruhig auf Staaten östlicher Feldpostnummer ausdehnen sollten, würde uns allen ein wenig mehr Verständnis füreinander gut tun. Ich habe jedenfalls keine Lust, weiter auf Dinge einzugehen, die es bei uns nicht gibt, und sehe daher die Sache als erledigt an."*

Aber dazu gehören immer z w e i. Und wir sehen die Sache keineswegs als erledigt an. Der einheitliche Tenor der uns vorliegenden Briefe ist etwa d e r , daß der WSL gar keinen Grund sieht, sich von Faschisten zu distanzieren, da er gut mit ihnen zusammenarbeitet und sie z.T. als "aufrechte Menschen schätzt". Darüber hinaus vertritt der WSL die "Aktionseinheit von Faschisten und Kommunisten" auch noch als besondere Theorie. Fakt ist: W i r haben weder "Toleranz" noch "Verständnis", wenn etwa die millionenfachen Opfer der Nazi-Tyrannei von einem Christophersen, Roeder oder sonst einem dieser Schweine verhöhnt werden. Wir haben auch kein Verständnis für ein kumpelhaftes Verhältnis zu solchen Leuten. Da hört für uns der Spaß auf, und wir werden diese Kumpelei weiter bekämpfen. Als Material dafür sind die Briefe von den verschiedenen WSL'lern gut geeignet. Wir werden sie daher demnächst allesamt als Dokumentation im Wortlaut veröffentlichen.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg





Der Massenmörder Rosenbaum, dem mindestens 148 eigenhändige grausame Morde an jüdischen Gefangenen nachgewiesen werden konnten, muß in seinem Kurort die Koffer packen und zurück in den Knast.

Am 9.6.77 hob der Hamburger Senat die Entscheidung der „Gnaden-Kommission" vom 14.12.76 wieder auf, durch die Rosenbaum für ein halbes Jahr „probeweise" in Freiheit gesetzt worden war. Erst in zwei Jahren soll eine erneute Gnadenentscheidung für ihn möglich sein.

Diese Entscheidung ist beachtlich, wenn man zum einen bedenkt, daß der Senat zunächst ganz offensichtlich auf eine endgültige Freilassung Rosenbaums zugesteuert hatte und daß es abgesehen vom Kommunistischen Bund und der jüdischen Journalistin Peggy Parnass kaum öffentlichen Protest gegen dieses Vorhaben gegeben hat. Zu der Entscheidung
schen Bund und der jüdischen Journalistin Peggy Parnass kaum öffentlichen Protest gegen dieses Vorhaben gegeben hat. Zu der Entscheidung
des Senats mag das provokatorische und halsbrecherische Vorgehen von Rosenbaum selbst beigetragen haben, der im Überschwang der Gefühle nach seiner vorübergehenden Haftentlassung und schon von Kopf bis Fuß auf „Resozialisierung" eingestellt, gleich mehrere Prozesse gegen alle anstrengte, die ihn noch einen Nazi-Mörder nennen wollen:

– So gegen Peggy Parnass wegen eines Artikels, den sie in „konkret" und im Westberliner „extra-dienst" veröffentlicht hatte und den auch der AK abdruckte.
– So auch gegen den Gefängnisarzt Dr. Mendel Friedland (Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde in Hamburg), der über Rosenbaum zutreffend bemerkt hatte: „Wenn er so viel Mitleid, das er für sich selbst aufbringt, für seine Opfer aufgebracht hätte, dann würden sie noch alle leben".
– So schließlich eine ganze Reihe von Klagen und Verfahren gegen den Kommunistischen Bund. Insbesondere wollte Rosenbaum uns verbieten lassen, seinen Namen in Zusammenhang mit seinen Verbrechen zu nennen. Dies sei, so ließ Rosenbaum seinen Rechtsanwalt mitteilen, seiner „Resozialisierung" abträglich. Außerdem hat er uns verbieten lassen – und ist damit bisher auch beim Gericht durchgekommen – über seine Begünstigung im Knast zu berichten.

Ein Nazi-Mörder, der sich nicht mit der geschenkten Freiheit begnügt, sondern auch noch wild in der Gegend herumprozessiert und die Gerichte und Politiker womöglich in Verlegenheit bringt – das war dem Hamburger Senat denn wohl doch etwas zu heiß.

Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft mitgeteilt, daß sie ein von Rosenbaum gegen den KB angestrengtes Strafermittlungsverfahren eingestellt hat. Rosenbaum hatte Anzeige wegen Beleidigung u.a. gestellt, weil in einem Plakat des KB Rosenbaums Verbrechen in Zusammenhang mit seinem Namen und Adresse veröffentlicht worden waren. In seinem Schreiben an Rosenbaum meint Staatsanwalt Steffen, es *„ist Ihnen insoweit Recht zu geben, daß die von dem Beschuldigten gegen Sie erhobenen Vorwürfe schwer wiegen. Diese Vorwürfe sind jedoch nicht isoliert zu werten, sondern an dem gegen Sie ergangenen Urteil zu messen. Dann jedoch kommt man nicht umhin, festzustellen, daß Sie wegen Mordes an mindestens 148 Menschen, begangen durch 18 selbständige Handlungen, rechtskräftig verurteilt worden sind..."*.

In der Tat – da hatte der Rosenbaum sich einfach zuviel vorgenommen mit seiner „Resozialisierung". Aber immerhin laufen ,noch einige der Verfahren Rosenbaums gegen den KB und wahrscheinlich auch
men mit seiner „Resozialisierung". Aber immerhin laufen ,noch einige der Verfahren Rosenbaums gegen den KB und wahrscheinlich auch
noch gegen Peggy Parnass und Dr. Friedland. Wir werden darüber im nächsten AK berichten und ebenso über die Begünstigung von NS-Verbrechern im Knast.

Klammheimlich: Nazi-Mörder Krahner soll frei bleiben

Daß für die Rückholung Rosenbaums in den Knast nicht prinzipielle Erwägungen, sondern die Umstände dieses Vorgangs und speziell das dumm-freche Auftreten von Rosenbaum selbst ausschlaggebend waren, geht klar daraus hervor, daß der Hamburger Senat im s e l b e n Arbeitsgang zugunsten eines anderen Nazi-Mörders entschied: Max Krahner, zu lebenslanger Haft verurteilter SS-Hauptsturmführer, bleibt vorerst frei. Seine bisher schon in aller Stille unterbrochene Haft soll für mindestens ein weiteres Jahr ausgesetzt werden!

Krahner war als Chef des „Sonderkommandos 1005" verantwortlich für die Ermordung von mindestens 500 russischen Zwangsarbeitern. Verurteilt wurde er 1968 (zu lebenslanger Haft plus 15 Jahre) lediglich wegen gemeinschaftlichen Mordes an Juden in drei Fällen und wegen Beihilfe zum Mord in sieben Fällen.

Bei der jetzt erneuerten Strafaussetzung soll das „Alter" und der „Gesundheitszustand" des Nazi-Verbrechers eine Rolle gespielt haben. Selbst der Prozeß wurde herangezogen: *„Krahner habe bei seinen Taten unter dem Eindruck gestanden, er müsse die Verbrechen begehen"* („Bild", 8.6.77) – so schon das Gericht 1968.

Und w i r stehen unter dem Eindruck, daß dieser Verbrecher ebenso wie Rosenbaum zurück in den Knast gehört!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Roeder in den Knast!

Gegen den faschistischen Ex–Rechtsanwalt Roeder („Deutsche Bürgerinitiative") und seine Freunde Christophersen („Die Bauernschaft") und Schönborn („Kampfbund Deutscher Soldaten") sind mehr als 50 Strafermittlungsverfahren im Sande verlaufen, nur in ein paar Fällen wurde wenigstens eine Geldstrafe verhängt. Zu den Taten dieser Nazi–Bande gehören u.a. mehrere Überfälle auf Ausstellungen über das KZ Auschwitz, Verherrlichung des Nationalsozialismus und Verwendung nationalsozialistischer Kennzeichen, ständige antisemitische Hetze.

Der Antifaschistische Arbeitskreis Hamburg (2 Hmb.36, Postlagerkarte 087869 A) hat sich das Ziel gesetzt, umfassend die Informationen über Roeder, Christophersen, Schönborn und ihre Verbindungen zu sammeln und eine Dokumentation herauszubringen, die als Grundlage für eine Kampagne „Roeder in den Knast!" dienen soll. Die Vorbereitungen sind inzwischen soweit gediehen, daß am 18./19 Juni in Frankfurt ein Treffen des Arbeitskreises mit allen Interessenten stattfinden soll. Im Folgenden geben wir auszugsweise eine Erklärung des „Arbeitskreises" vom 10.6.77 wieder.


Nazi Roeder

Sind Roeder und Co „Spinner "?

In einem gewissen Sinne sind diese Nazis tatsächlich „Spinner", nämlich daß sie – wie alle anderen Faschisten – mit der alten Ideologie des Hitlerfaschismus hausieren gehen. Sie wärmen da eine Ideologie auf, mit der aufgrund der Erfahrungen, die die Völker Europas mit dem NS-Terror gemacht haben, bestimmt nicht mehr „ ein Staat zu machen" ist.

Aber Roeder und Co sind in einem anderen Sinne eine Gefahr . Sie sind in der faschistischen Szene die ideologischen Provokateure, die – allen anderen voran – offen und unverhüllt die Beseitigung von Demokratie und die Errichtung einer faschistischen Diktatur propagieren.

Nun leugnen oder verharmlosen Faschisten verschiedenster Coleur schon seit 1945 die NS – Verbrechen – nur eben nicht so frech und unverschämt wie Roeder, Christophersen und Schönborn. So schreibt Christophersen in seinem „Erlebnisbericht" („Die Auschwitz–Lüge") mit nicht zu überbietendem Zynismus, was er als SS–Mann im KZ Auschwitz gesehen haben will, und schildert das Leben der Häftlinge als eine wahre „Idylle".

„Mir fiel auf, wie elegant unsere Häftlinge gekleidet waren..... Lippenstift, Puder und Schminke gehörten mit zu den Utensilien der weiblichen Häftlinge" „Ich habe während meiner Zeit in Auschwitz nicht die geringsten Anzeichen von Massenvergasungen bemerkt. Auch der Geruch von verbranntem Fleisch, der oft über dem Lager gelegen haben soll, ist eine glatte Lüge. In der Nähe des Hauptlagers war eine große Beschlagschmiede. Der Geruch von dem Einbrennen der Hufeisen war natürlich nicht angenehm ....." (S.27). Christophersen weiß natürlich sehr genau, daß er mit seinem „Erlebnisbericht" in Faschistenkreisen nichts „Neues" sagt– dafür gibt viel „wissenschaftlicher" gehaltener Machwerke, die die Verbechen des Hitlerfaschismus leugnen sollen Christophersen will provozieren. Ein enger Freund von diesem Altnazi, ein gewisser Dr. Wilhelm Stäglich, bringt es so auf den Punkt, daß Chr.'s „Erlebnisbericht" eben „wegen seines 'ketzerischen' Inhalts bereits weltweites Aufsehen erreichte..." („Das Institut für Zeitgeschichte – eine Schwindelfirma?", S.5).

Offen gegen Demokratie – für Faschismus!

Offen gegen Demokratie – für Faschismus!

Ebenso 'ketzerisch' hetzen Roeder und Co gegen jede Form von Demokratie – wiederum offener und frecher als ihre Gesinnungsfreunde von der NPD, dem „Deutschen Kulturwerk Europäischen Geistes" (DkEG) usw.:

– „Die Demokraten müssen weg. Wenn sie nicht mit uns reden, werden sie eines Tages die Gewalt zu spüren bekommen. Wir werden dafür sorgen, daß sie verschwinden" – so ROEDER („FR", 29.8.75)
– CHRISTOPHERSEN „bekennt": „Ich bin kein Demokrat – ich bin ein Rassist" (Sonderdruck der „Bauernschaft", Hetzorgan von Chr.).
– ROEDER: „Ich bekenne mich stolz zum Dritten Reich" („Neue Revue". 28.7.75).
– „Wir sind Nationalsozialisten, und wir bleiben Nationalsozialisten" bestätigt Erwin SCHÖNBORN („die tat", 26.4.75).
– Und CHRISTOPHERSEN gibt das „Kampfziel" bekannt: „Ob ich heute noch Nationalsozialist bin? Ja, ...Adolf Hitler ist gewesen – er kommt nicht wieder. Für uns gilt es, das Vierte Reich aufzubauen" („Bauernschaft", Nr.4/75).

Dieses Trio und ihr Anhang machen entsprechende Aktionen, fordern die Freilassung von Heß (Hitlers „Stellvertreter") unter dem Motto „Ich bereude nichts!", veranstalten NSDAP – Gründungsfeiern und laden zu „Reichstagen" usw.

„Gemäßigte", also auf Tarnung bedacht (aus taktischen Gründen) Faschisten machen heute solche Sprüche nicht. Dadurch sind Roeder und Co in die Lage versetzt, sich bei alten und neuen Nazis, die die Politik z.B. der NPD als zu „schlapp" empfinden, als aktionskräftige „Alternative" zu präsentieren. Röder und Anhang propagieren heute „ketzerisch", was andere Faschisten zwar auch im Innersten ihres Herzen vertreten, aber nicht offen sagen, weil sie sich ein „demokratisches" Mäntelchen umlegen.

Dieses Trio ist der politisch führende „Kopf" im der militanten Faschistenbewegung und setzt durch Aktionen einiges in Bewegung. Sie sind es, die durch ihr provokatorisches Auftreten anderen braunen Terrorgruppen den „Weg weisen":

– Wenn Roeder sagt „Die Demokraten müssen weg" („FR",28.7.75), dann sagt Hoffmann: „Dieser ganze uferlose Parlamentarismus muß weg" („die tat–Extrablatt",Febr.77). Und die „Wehrsportgruppe" des Hoffmann schreitet zur Tat: Am 4.11.76 drosch sie auf Antifaschisten in Tübingen mit Knüppeln, Totschlägern und Tränengas ein („Arbeiter–kampf" 95).
– Eine Schülertheatergruppe aus Uelzen hatte ein Theaterstück eines NS–Literaten aus dem „Tausendjährigen Reich" aufgegriffen und überarbeitet, um nachzuweisen, daß die Nazis Geschichtsklitterung betreiben. Roeder mit Anhang verhinderte unter Prügeleien die Aufführung und erzwang eine „Diskussion" mit ihm. Von solchen Aktionen ermutigt, traten in den folgenden Tagen mehrere örtliche Faschisten mit einer Leserbriefkampagne auf und forderten ebenso einen Stop der Theateraufführung. Als dasselbe Stück in Hamburg aufgeführt werden sollte, wiederholten nähere oder entferntere Gesinnungsfreunde dieses Spektakel.

Roeder – ein „Einzelgänger"?

Roeder – ein „Einzelgänger"?

Die Anzahl der in der „Deutschen Bürgerinitiative" (ROEDER), der „Bauern– und Bürgerinitiative" (CHRISTOPHER–SEN) und dem „ Kampfbund Deutscher Soldaten" (SCHÖNBORN) organisierten Faschisten ist nicht sonderlich. Aber darauf richtet das Trio auch nicht sein Hauptaugenmerk.

Wie sie zum einen die Rolle der „Ketzer" (im Sinne einer politisch-ideologischen Ausrichtung) in der militanten faschistischen Bewegung spielens so sind sie zum andern politische Reisekader", die ihr offen faschistisches Gedankengut in die braune Szenerie hineintragen. Die Veranstaltungen, auf denen sie „Schulung" mit oben beschriebenen Inhalten betreiben, sind derartig zahlreich, daß es an dieser Stelle unmöglich ist, hier alle aufzuzählen. Exemplarischen Charakter trägt jedoch die von Christophersen einberufene „NSDAP – Gründungsfeier" im Hamburger „Haus des Sports", auf der der Chef der US – amerikanischen NSDAP/Auslandsorganisation, die Rede „Warum der Amerikaner noch Adolf Hitler verehrt" hielt.

Auf derartigen Hetzveranstaltungen knüpfen sie ihre Verbindungen zu anderen Faschisten. Ohne zu übertreiben, kann man sagen, daß die Drei zu allen wesentlichen militanten Terrorgruppen in der BRD enge Kontakte unterhalten: Hoffmanns „Wehrsportgruppe (WSG), „Bund Heimattreuer Jugend", „Wiking– Jugend" (WJ), „BundVolkstreuer Jugend", „Arbeitskreis Volkstreuer Verbände", „Deutsch – Völkische Gemeinschaft", „Faschistische Front", „Freundeskreis der NSDAP", „Stahlhelm", „NPD", „DKEG", „Gesellschaft für freie Publizistik", diverse „NS – Kampfgruppen" u.a. aus Mainz,Essen und Freiburg – und nicht zuletzt die NSDAP/AO (Aufbauorganisation und/oder Auslandsorganisation), die bundesweit durch Hakenkreuz–Plakate bekannt wurde.

Aber auch im Ausland sind sie aktiv. Insbesondere Christophersen und Roeder haben häufig „Schulungsreisen" unternommen; Südafrika, die USA, Österreich, die Schweiz, Frankreich, Schweden und Dänemark sind nachweislich ihre Reiseziele gewesen – unter ihnen Gruppierungen, deren Bezeichnungen schon alles sagen: „Nordiska Rikspartei" (Nordische Reichspartei, Schweden) und „Danmarks Nationalsocialistiske Ungdom" (Nationalsozialistische Jugend Dänemarks – häufiger Vertriebsnebenstelle für den Fall, daß doch einmal irgendwelche Hetzschriften von Christophersen in der BRD verboten werden). Jedoch besonders sticht Christophersens Mitgliedschaft in der „Technischen Kommission" der „Europäischen Neuordnung" (ENO) hervor. Mitglieder der ENO, einer faschistischen „Internationale", sind u.a. die italienische „Ordine nero" und die französische „Ordre nouveau" (beide: „Neue Ordnung"), die durch grausame Bombenanschläge das Leben vieler Antifaschisten und Demokraten auf dem Gewissen haben.(....)

Selbsthilfe ist das Gebot!

Angesichts solcher Umtriebe der Banden um Roeder, Christophersen und Schönborn, die relativ ungestört ihr Unwesen treiben können, ist es notwendig, daß sich Antifaschisten unabhängig von ihren politischen Ansichten zusammenschließen und zur Aktion gegen die neofaschistischen Gruppen schreiten.

Wir müssen eine breite Öffentlichkeit über Roeder und Co schaffen und so Druck auf die Gerichte und den Staat
Wir müssen eine breite Öffentlichkeit über Roeder und Co schaffen und so Druck auf die Gerichte und den Staat
ausüben. Denn ohne breiten Druck werden die Staatsbehörden gar nichts gegen die Faschisten unternehmen.

„Nur wenn das 'demokratische Image' der BRD vor der Öffentlichkeit (vor allem vor der internationalen demokratischen Öffentlichkeit) total unglaubwürdig zu werden droht, ist ein gewisses Einschreiten von Staatsseite zu erwarten. Im wesentlichen wird allerdings der Spielraum, den die Faschisten für ihre Aktivitäten haben, sowie die Möglichkeit ihrer Förderung durch Polizei und Gerichte nur durch Proteste der Bevölkerung eingeschränkt werden können" (aus unserem Januar–Aufruf). Deswegen wird es notwendig sein, daß Antifaschisten selbst den Aktionsradius der Nazis einschränken bzw. wir ihnen gar nicht erst die Möglichkeit geben, ihren braunen Sud öffentlich auszuschütten und entsprechende Aktionen zu machen. Die Faschisten verstehen nur eine Sprache: den entschlossenen Kampf aller Antifaschisten (und das schließt militante Aktionen ein!) gegen ihre Umtriebe und ihre Existenz überhaupt.(...)


Polizei schützt die Roeder – Truppe (vorn im Bild) vor antifaschistischen Demonstranten. Pfeil: Roeder.

Antifa-aktuell

Pfingst-Treffen der Revanchisten

Die Pfingsttreffen der schlesischen und sudeten„deutschen" Landsmannschaften dieses Jahres in Essen und in Wien waren wieder ein Stelldichein für alle Kräfte, die den Traum vom „Großdeutschen Reich" noch nicht ausgeträumt haben. In Essen verkündete „Schlesier"-Chef Hupka (von der SPD zur CDU übergetreten): „*Die deutsche Frage ist offen und muß offengehalten werden... Schlesien ist nicht Ausland... Das letzte Wort über Schlesien ist noch nicht gesprochen*" (nach „tat", 3.6.77). Unbekümmert um die 'Ostverträge' teilte Strauß in einem Grußtelegramm seine Ansicht mit, „*Schlesien gehört zu Deutschland*". Kohl hatte telegrafiert, die CDU/ CSU wolle auch für die Deutschen außerhalb der Bundesrepublik eintreten, „*sei es in Ostpreußen oder Schlesien, sei es in Brandenburg oder Thüringen*".

Das Treffen wurde von der Stadt Essen mit 10.000 Mark und vom Land Niedersachsen mit 20.000 Mark bezuschußt. Dafür durfte Ministerpräsident Albrecht (genannt „Der Grinser von Grohnde") als Redner auf der Eröffnungsveranstaltung auftreten.

Die Sudeten„deutschen" konnten erstmals seit 1959 wieder in Wien zusammenkommen. Bundeskanzler Kreisky (SPÖ) hatte alle Proteste der CSSR gegen dies Revanchisten-Treffen eiskalt abgewiesen: „*Überflüssiges kommunistisches Geschrei*" (lt. „Welt", 23. 5.).

Die Sudeten (das ist ein Gebiet im Westen der heutigen CSSR) gehörten übrigens niemals zu Deutschland – außer in Hitlers „Großdeutschem Reich" nach der gewaltsamen Annektion! Dies hinderte Sudeten-Chef Becher (CSU, vorher NSDAP) nicht, zu verkünden, für ihn seien „*Prag und Karlovy Vary immer noch deutsche Städte*", und das „Münchner Abkommen" über die Annektion der westlichen Tschechoslowakei sei „*die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts*" (nach „tat", 3.6.).

Illustre „Ehrengäste" ließen sich auch in Wien sehen: Minister Ertl, Bayerns Ministerpräsident Goppel, ein österreichischer Minister (der die Grüße seiner Regierung überbrachte). Für das geistliche Wohl sorgte Wiens Erzbischof Kardinal König, der reichlich Segen spendete.

SPD-Rechte wollen Partei gründen

Propagiert vom rechtsradikalen „Deutschland-Magazin" will die „Sozialdemokratische Union" (SDU) des Braunschweiger Oberstadtdirektors Weber, eine rechte Abspaltung der SPD, am 17./18. 6.77. ihren Gründungsparteitag abhalten.

Angeblich sollen schon ca. 150 Ortsverbände dieses Vereins existieren. Ganz offensichtlich klappt es mit den Übertritten aus der SPD aber nicht ganz so, wie es sich diese Vögel erhofft hatten. Zumindest in Braunschweig sind 26 CDU-Mitglieder ihrem Freund Weber zur Hilfe geeilt, um der neuen StrauSS-Zutreiber-Partei den Anschein von Gewicht zu verleihen.

„Deutschland-Stiftung" verteilt „Adenauer-Preise"

Während in den vergangenen Jahren die Verleihung der „Konrad-Adenauer-Preise" immer in Verbindung stand mit einer reaktionären Kampagne (so z.B. 1974, als die führenden Propagandisten der „4. Partei" „ausgezeichnet" wurden), traf sich diesmal die reaktionäre Korona um Strauß und „seine" Deutschlandstiftung im kleinen Familienkreis: Hans Habe, Helmut Schelsky und Otto von Habsburg erhielten diesmal den mit 10.000 DM dotierten Preis.

Die Preisreden hielten Strauß, Matthias Walden und Maier (CSU-Kultusminister), die Preisverleihung übernahm Alt-Nazi Helmut Lemke; das Schlußwort hatte Gerhard Löwenthal – wie gesagt, man war unter sich.

* * *

Strauß ist ein Rüpel

Laut Gericht darf man jetzt in aller Öffentlichkeit den CSU-Vorsitzenden StrauSS als „CSU-Rüpel" bezeichnen.

Der DKP-Sekretär für Öffentlichkeitsarbeit in Bayern, Schuhler, hatte im Zusammenhang mit einer Passauer StrauSS-Rede den sicherlich etwas zu milden Ausdruck „Rüpel" in einem Flugblatt gewählt.

Er und ein Flugblattverteiler waren daraufhin angezeigt worden. Der Staatsanwalt forderte für beide Geldstrafen. Der Richter sprach beide frei, da sie in berechtigten Interessen gehandelt hätten, denn, wer wie StrauSS in der Politik mit harten Bandagen kämpfe, müsse sich gefallen lassen, daß die Gegenseite das gleiche tue. Der Staatsanwalt legte Berufung ein.

* * *

Frey vor Gericht: Wieder mal davongekommen?

In einem Revisionsverfahren vor dem Landgericht München I wurde am 2. Juni Nazi-Frey, Chef der „National-Zeitung" (NZ) und der „Deutschen Volksunion", wieder einmal freigesprochen: In erster Instanz war er letztes Jahr – zusammen mit dem verantwortlichen Redakteur des Frey-Blattes, Wetzel – verurteilt worden. Die „NZ" hatte ein Buch des SS-Obersten Skorzeny angepriesen, für das als „jugendgefährdende Schrift" nicht geworben werden darf. Die Indizierung dieses einen Buches ist natürlich ein Witz, angesichts der Unzahl von SS- und sonstiger Nazi-Schriften, für welche die gesamte Faschistenpresse Woche für Woche wirbt (s. z.B. die „NZ" vom 3.6. für Skorzenys Buch „Meine Kommandounternehmen"). Auch die „Strafe" in Höhe von 1.500 Mark für Frey und 840 Mark für Wetzel spricht für sich. Das Gericht hatte Frey/Wetzel auch nicht als „vorsätzliche" Täter erkennen wollen, sondern hatte sich entschlossen, sie lediglich wegen „fahrlässigen" Werbens für die SS-Schrift zu belangen.

Vom Landgericht wurde nun jedoch herausgefunden, Frey und Wetzel hätten weder „vorsätzlich" noch „fahrlässig" gehandelt. – Die Oberstaatsanwaltschaft in München hat Revision angekündigt.

* * *

„Politischer Gefangener" aus der DDR als Nazi-Schmierer

„*Zu drei Wochen Arrest in einem Fall sowie Geldbußen von 300 und 2.500 DM verurteilte das Landgericht Karlsruhe zwei Angehörige der neofaschistischen 'Kampfgruppe Priem'* " („die tat", 10.6.77), die durch Schändung eines antifaschistischen Mahnmals aufgefallen waren und beim Parolen-Schmieren („Heil Hitler", „Juda verrecke", NSDAP jetzt") erwischt worden waren.

Ihr Anführer, Arnulf Priem, ehemaliger NPD-Landtagskandidat, ist noch nicht verurteilt, weil er und ein anderer Kumpan leugnen, an den Schmier-Aktionen beteiligt gewesen zu sein....

Übrigens: Priem hat in der DDR wegen ähnlicher Aktionen im Gefängnis gesessen.

„*Die Bundesregierung hatte sich für seine Freilassung als politischer Häftling eingesetzt*" („die tat", 10. 6.77).

* * *

Eine gute Frage...

Der bayrische Landtagsabgeordnete Geys (SPD) hat an die CSU-Regierung eine schriftliche Anfrage zu den Umtrieben der faschistischen paramilitärischen Hoffman-„Wehrsportgruppe" aus der Gegend von Nürnberg gerichtet. Die CSU-Regierung soll sagen:

– Wieviele Personen hat die Hoffmann-Bande bisher ausgebildet?
– Wieviele und welche Waffen besitzt sie?
– Woher stammt das Geld der Faschisten?
– Was gedenkt die Regierung dagegen zu tun?

Gute Fragen; an die richtige Adresse? Auf die Antwort darf man gespannt sein!



Nazi-Schmierereien und Provokationen

Ende Mai wurde der jüdische Friedhof in Cham (Oberpfalz) zerstört. Eine Woche später wurde die zehn Kilometer entfernte KZ-Gedenkstätte in Wetterfeld bei Roding ebenfalls verwüstet, hölzerne Gedenktafeln für die Opfer der Nazi-Herrschaft wurden aus der Verankerung gerissen und verbrannt („UZ", 7.6.77).

*

Am 6.6 wurde in Hamburg die Synagoge in Hamburg-Eimsbüttel mit meterhohen Nazi-Parolen beschmiert. Am gleichen Tag wurden in Hamburg Tonndorf zwei 20jährige Faschisten festgenommen, die gerade Nazi-Aufkleber anzubringen versuchten („Hamburger Morgenpost", 7.6.77).

*

Ein Schaukasten, in dem auf den zur Zeit in Köln laufenden Film „Widerstand in Köln" hingewiesen wird, wurde aus der Verankerung gerissen, in das Hinweisschild auf das Kölner Büro der VVN wurden Hakenkreuze eingeritzt („tat", 3.6.77).

*

Zum 17. Juni, dem von allen Rechten gepriesenen „Tag der Deutschen Einheit", plant die NPD eine Provokation in Frankfurt.

Unter dem Motto „Das Deutschlandtreffen der NPD ist der Kampftag für Deutschland" wird u.a. NPD-Vorsitzender Mußnug sprechen, ausserdem der Vorsitzende der Jungen National„demokraten". Aus allen Teilen des Landes werden die Faschisten mit Bussen nach Frankfurt gekarrt. Besonders unverschämt ist, daß die Faschisten planen, eine Demonstration durch Arbeiterviertel zu machen.

*

Zum Thema „Kampf dem Sowjetimperialismus" will ein Wilfred von Oven in einigen westdeutschen Großstädten sprechen. Er ist nicht etwa, wie einige AK-Leser meinen könnten, Mitglied der „KPD", sondern war ein enger Mitarbeiter Goebbels. Nach 1945 setzte er sich nach Südamerika ab. Über Goebbels hat er ein Buch geschrieben, voll des Lobes für diese „überragende Persönlichkeit". Dieser Faschist, der im Juni eine Rundreise durch die BRD plant, wird von der „National-Zeitung" als „Vorkämpfer der Auslandsdeutschen in Südamerika" angekündigt. Seine Vorkämpferrolle besteht darin, daß er regelmäßiger „National-Zeitungs-Berichterstatter" aus Argentinien war und ist. Nachdem seine eigene Zeitung in Argentinien ihr Erscheinen einstellen mußte, hat er seine Leser aufgefordert, in Zukunft die „National-Zeitung" zu abonnieren.

Termine für Antifaschisten:
München: 13.6., Bürgerbräukeller
Stuttgart: 14.6., Eduard-Pfeifer-Haus
Frankfurt: 15.6., Gaststätte Frank
Köln:16.6., „Im Köl'sche Boor"
Hannover: 17.6., Herrenhäuser Brauereigaststätte.

Am 18.6. tritt er mit dem BHJ, dem DKEG und Arbeitskreis Volkstreuer Verbände in Detmold-Klüt zu einer Sonnwendfeier und Heimatabend auf.

*

Am 18. Juni trifft sich in Rottenbach b. Coburg der faschistische „Nation Europa-Freunde e.V." zu einer „Sonnwendfeier".

Ebenfalls diesem „alten deutschen Brauchtum" frönen will am 19./20. Juni der Nazi Manfred Roeder. Seine „Deutsche Bürgerinitiative e.V." hat hierzu eingeladen im Haus auf dem Knüll in Schwarzenborn/Hessen, das sich Roeder vom Geld seiner Anhänger erbaut hat.

Neues von Roeder & Co.

Nach dem (mißglückten) „Reichstag zu Flensburg" am 23.5.75 (siehe Ak 62) veranstalteten die Nazis um Roeder ihren „Reichstag" 1976 in Fritzlar. Dieses Jahr war Regensburg der auserwählte Ort dieses Spektakels. Die „Stadtväter" dankten diese zweifelhafte Ehre und erlaubten die Durchführung des „Reichstages" für den 23./24.Mai.

Am Abend des 23.Mai hielten Roeder und 60 Getreue einen „Apell für die Toten des Zweiten Weltkrieges" ab: „*Zum Singen lagen Texte alter Nazilieder aus, in denen Hitler als Führer triumphiert und Schmähungen von Juden vorkommen*". Sattsam bekannte Sprüche wie „Verbrecher regieren uns", die Demokratie sei eine „perverse Staatsform" und „Ohne Deutsches Reich keine Zukunft der Völker" waren zu hören (AlleZitate aus „ die tat", 10.6.77). Am Samstag wurde von den Nazis eine „Freiheitskundgebung" in Kehlheim an der Donau unter dem Motto: „Ich bereue nichts!" des noch einsitzenden Kriegsverbrechers Heß durchgeführt. Die Polizei sah tatenlos zu!

„*Erst als eine Gegendemonstration, ebenfalls aus Regensburg angefahren, aufzog, das KZ–Lied 'Wir sind die Moorsoldaten...' erklang und im Sprechchor zu hören war 'Nazis raus aus dieser Stadt' , löste die Polizei die unangemeldete, also illegale Kundgebung auf.*"

Angesichts dieser insgesamt recht wohlwollenden Behandlung lobte Roeder die Stadtherren und die Polizei: „So gut wie in Regensburg ging es noch nirgends".

***

Mit einem Freispruch auf Kosten der Staatskasse endete am 18.5.77 vor dem Amtsgericht in Nürnberg ein Prozeß gegen Roeder. Angeklagt war er wegen Verwendung und Verbreitung nationalsozialistischer Kennzeichen sowie wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Zusammen mit Angehörigen eines „Freundeskreis Freies Europa" hatte er am 16.Oktober '76 in Nürnberg auf offener Straße eine „Ehrung" der 1946 hingerichteten faschistischen Hauptkriegsverbrecher durch eine Kranzniederlegung durchführen wollen. Die Kranzschleifen waren mit Sprüchen wie „Euer Tod für Deutschland" und „Es lebe Deutschland" garniert und wurden nach einer Rangelei von der Polizei beschlagnahmt. Das Urteil: Freispruch auf Kosten der Staatskasse!

Dafür wurde aber einem völlig unbeteiligten Passanten, der zufällig in das Gerangel um die Kränze hineingeriet und sich gegen die ungerechtfertigte Festnahme zur Wehr setzte, wegen „Wiederstandes gegen die Staatsgewalt" und „Körperverletzung" der Prozeß gemacht: 300 DM Geldstrafe! Der „Rechtsstaat" wie er leibt und lebt!

Nazi-Verbrecher vor'm irdischen und „himmlischen" Richter

Am 153. Verhandlungstag im sogenannten „Majdanek-Prozeß" hat sich der Verteidiger, Rechtsanwalt Ludwig Bock, eine unverschämte Provokation geleistet: Er stellte den Antrag, die polnische Zeugin Henrica Ostrowska wegen „Verdachts der Beihilfe zum Mord" festzunehmen. Frau Ostrowska mußte in dem KZ wegen ihrer Deutschkenntnisse Magazin-Dienste leisten und wurde u.a. gezwungen, Giftbüchsen mit dem Gas Zyklon B auszuliefern oder gar selbst zur Gaskammer zu bringen. Hieraus leitet der saubere Herr „Rechts"-Anwalt Bock seinen zynischen Antrag ab. Landgerichtsdirektor Bogen wies den Antrag als „offensichtlich rechtsmißbräuchlich" ab; selbst einige Verteidiger distanzierten sich von Bocks Auftritt. Die zuständige Rechtsanwaltkammer hat sich, wie bereits bei früheren rassistischen und faschistischen Äußerungen Bocks, bisher nicht geäußert.

*

Zu dreimal lebenslänglicher Freiheitsstrafe wegen Mordes wurde der ehemalige KZ-Lagerführer und SS-Oberscharführer Helmut Schnabel in Hannover verurteilt. Der mitangeklagte Rudolf Klicker, ehemaliger SS-Mann, erhielt eine Jugendstrafe von sechs Jahren Freiheitsentzug wegen Mordes in einem Fall. (Er war zur Tatzeit Heranwachsender).

Beide Angeklagten waren in den Jahren 1943/44 an der Ermordung jüdischer Menschen in den estnischen KZ's Vivikoni II, Vaivara und Ereda beteiligt. Trotz der Schwere der Anklage, trotz der eindeutigen Aussagen zahlreicher Zeugen wurden die Angeklagten in der Zeit der Verhandlung nicht einmal in Untersuchungshaft gehalten. Erst am Tage der Urteilsverkündung wurden beide wegen Fluchtgefahr im Gerichtssaal verhaftet.

Man wird abwarten, ob sie nun wieder wegen „schlechter Gesundheit", „hohen Alters" o.ä. freigelassen werden sollen, was bei Leuten diesen Schlages die Regel ist.

*

Der 1946 wegen Erschießung von 71 amerikanischen Kriegsgefangenen zum Tode verurteilte, 1956 aber – das Urteil war in eine lebenslängliche Haft umgewandelt worden – freigelassene Joachim Peiper ist für tot erklärt worden.

Die Leiche, die am 14.7. letzten Jahres in Peipers abgebranntemHaus gefunden wurde, ist allerdings bis heute nicht eindeutig identifiziert worden. Angeblich wollte Peiper sich sich in Traves „zur Ruhe setzen". Bis zuletzt war er allerdings Lektor für den „Motorbuch-Verlag", dessen Programm nur aus Nazi-Traditions-Büchern besteht. Sein Haus soll nach Angaben der französischen „KP" Zentrum einer geheimen SS-Organisation gewesen sein.

Nach Erklärung des Gerichtes, „*es gebe zwar keinen absoluten Beweis für den Tod Peipers, doch seien sie Anhaltspunkte für sein Ableben stark genug, um die Sterbeurkunde auszustellen*" („FAZ", 1.6.77), bleibt weiterhin die Frage, ob Peiper den Brand und einen Mord inszeniert hat, um seine Machenschaften unerkannt an einem anderen Ort betreiben zu können. Freuen wird sich jedenfalls Peipers Frau: kommt sie doch in den Besitz einer ansehnlichen Witwenrente.



Hausdurchsuchungen gegen Linke und AKW-Gegner

Am Freitag, dem 20.6., fanden bei zwei Wohngemeinschaften in Wremen und Midlum (nahe Bremerhaven) zum Teil überfallartige Hausdurchsuchungen der Polizei statt, die mit Verdacht auf einen *„Verstoß gegen das Betäubungsmittelgesetz"* begründet wurden. Nachdem sie eine von innen verriegelte Tür geöffnet hatten, drangen sieben bis acht Bullen in die Wremer Wohngemeinschaft ein und holten die Bewohner aus den Betten, während mit MP's bewaffnete Polizisten das Haus von außen „sicherten". Alle Anwesenden wurden einer totalen Leibesvisitation unterzogen.

Die Bullen beschlagnahmten einige Canabispflanzen und – „zu Untersuchungszwecken" – Pfeifen, eine Glasspritze und einige noch verpackte Kanülen.

Intensives Interesse zeigten sie an politischem Info-Material, u.a. den Anti-AKW-Flugblättern einer Bewohnerin. Eine Schreibmaschine erweckte das zusätzliche Interesse der Bullen – sie nahmen Schriftproben mit. Von den Räumlichkeiten der Wohngemeinschaft fertigten sie zahlreiche Fotos an.

Offensichtlich diente der Verdacht auf ein Rauschmitteldelikt in erster Linie als Vorwand, um Jungbullen der Landkreispolizei die Möglichkeit zu einer Übungsaktion zu verschaffen. Daneben hatte die Aktion auch die Kriminalisierung und Einschüchterung der WG-Bewohner zum Ziel. Drohungen wie „Im Herbst kommen wir wieder" oder „Wir sehen uns noch wieder" fielen.

In Midlum war von dem Polizeiüberfall zugleich ein aktiver AKW-Gegner betroffen, gegen den die Polizei seit einer BI-Aktion in der Bremerhavener Innenstadt ermittelt.

Polizeiterror in Bayern

Vorwand für einen Großeinsatz der Münchner Polizei war kürzlich eine Gruppe von 30 Personen in der Nähe des Amtsgerichts (lt. Polizeibericht eine sog. „Menschenansammlung"). Etwa 100 Bullen rückten aus, und da man angeblich einen Bombenanschlag vermutete, wurde ein in der Nähe befindliches Cafe total geräumt und der Straßenbahnverkehr auf diesem Platz total gestoppt. Die Bullen fanden auch einen „verdächtigen" Karton, in dem allerdings nur altes Papier war. Alle Personen wurden überprüft, außerdem wurden fünf festgenommen, weil sie angeblich Widerstand geleistet hätten. Daß die Festgenommenen nun eine Anzeige wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt bekommen, und daß eine Frau von einem Polizeihund gebissen wurde (sechs mal!), gehört zu den „normalen" Begleiterscheinungen des Polizeiterrors.

Brutale Polizeiwaffen ...

werden gegenwärtig in der Polizeiführungsakademie in Hiltrup erforscht. Und zwar ausdrücklich zum Kampf gegen Demonstranten!

So testet die Polizei die „Wirkung von Infraschall" auf den Menschen. Bei Infraschall handelt es sich um Schwingungen, deren Schwingungszahl unterhalb der Hörgrenze liegt. Dieser unhörbare Infraschall kann *„einen Mann auch über grössere Entfernungen in eine Art Schüttelfrost versetzen und völlig kampfunfähig machen"*.

Weiter wird die „Wirkung von elektrischen Impulsen auf den Menschen" getestet. Offenbar soll dies wohl für den Einsatz von elektrischen Schlagstöcken gedacht sein (nach „Spiegel", Nr. 23/1977).

Polizeiterror in Braunschweig

Am 26. Mai 1977 herrschten in der Nähe der „Asse", der größten Atommülldeponie Westeuropas, Brokdorfer Zustände: Über 1.200 Polizisten aus ganz Niedersachsen führten eine der größten Polizeiübungen in der Geschichte des Landes Niedersachsen durch. In der Nähe eines Schildes mit der Aufschrift „Atommüllagerstätte Herzogsberge" kreisten den ganzen Tag über Hubschrauber in der Luft und postierten sich die 1.200 Bullen in Reih und Glied. Dann tauchten plötzlich etwa 300 „Störer" auf – als Demonstranten verkleidete Bullen, die sich mit allerlei Wurfgeschossen versorgt hatten.

Diese „Demonstranten" hielten zunächst eine „friedliche Kundgebung" ab. Währenddessen marschierten die Bullen auf die Demonstranten zu und *„schnappten sich nach dreimaliger Aufforderung, das Feld zu räumen, die ‚Rädelsführer'"* („Braunschweiger Zeitung", 27.5.77).

Das ganze soll angeblich dazu gedient haben, *„in einer Übung zu erproben, wie größere Einheiten am besten dirigiert werden können"* („Braunschweiger Zeitung", s.o.). Ob dies tatsächlich das Ziel war, oder ob es mehr darum ging, die Polizisten, die zum Großteil am nächsten Tag nach Göttingen transportiert wurden, um dort den AStA zu überfallen, in richtige „Kampfstimmung" zu bringen, sei dahingestellt.

Nur wenige Tage später, am Sonntag, den 5.6., kam es noch schlimmer. In der „Husarenkaserne" in Braunschweig fand ein „Tag der offenen Tür" statt. Vor der Kaserne hatten das „Soldaten- und Reservistenkomitee" (SRK) und der KBW einen angemeldeten Informationstisch aufgebaut. Gegen 11 Uhr wurden auf dem Gelände der Kaserne einige Rekruten vereidigt. Als während dieser Vereidigung einige Zwischenrufe aus den Zuschauerreihen laut wurden, stürmten sofort Bullen in die Menge, nahmen willkürlich sieben Leute fest und schleppten sie zur Wache. Sofort danach wurde der Informationstisch des SRK vor der Kaserne abgeräumt. Anführer der Polizeitruppe war ein Bulle namens

Kaserne abgeräumt. Anführer der Po-

lizeitruppe war ein Bulle namens Biegert, der erst vor kurzer Zeit eine Anzeige erhalten hatte, weil er nachts in der Innenstadt einen Jugendlichen zusammengeschlagen hat (die Anzeige wurde natürlich niedergeschlagen und dafür Anzeige gegen die Zeugen der nächtlichen Prügelei erstattet).

Während der Aktion ging ein Polizist von hinten gegen einen Flugblattverteiler vor, nahm einen Schlüssel zwischen die Finger und schlug ihm damit voll ins Gesicht. Dabei schlug er dem Flugblattverteiler ein Auge aus!

Daß dieser Polizei-Einsatz keine Ausnahme war, zeigt ein Vorfall, der sich wenige Tage später in Braunschweig ereignete:

– Am 2.6.77 demonstrierten 120 Studenten der FHS/Braunschweig und einige Dozenten zur Staatsanwaltschaft, da dort ein Dozent der FHS verhört werden sollte, gegen den in Zusammenhang mit dem Nachdruck des Buback-Artikels aus der Braunschweiger Fachschaftszeitung „Fettpresse" in der Fachhochschulzeitung ein Ermittlungsverfahren läuft.



Kaum im Gebäude angekommen, wurden die Studenten von mehreren Polizeibeamten und Beamten der Staatsanwaltschaft aufgefordert, das Gebäude sofort wieder zu verlassen. Noch während die Studenten diskutierten, was nun zu tun sei, rempelte ein Bulle einen Kommilitonen absichtlich an und spritzte daraufhin acht Studenten aus z. T. nur 50 cm Entfernung „chemical mace" ins Gesicht.

Das gibt's auch noch!

Vier Frankfurter Polizisten wurden zu neun Monaten Haft (mit Bewährung natürlich) verurteilt. Grund: Sie hatten nach der Demonstration anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof zwei Demonstranten, die sich auf dem Nachhauseweg befanden, verfolgt und brutal niedergeknüppelt. Nach dem üblichen Strickmuster wurde den Demonstranten eine Anzeige wegen „Widerstands gegen die Staatsgewalt" und wegen „Landfriedensbruch" verpaßt.

Peinlich für die Polizisten, daß sich der Vorfall direkt vor einem Gerichtsgebäude abspielte und ein Staatsanwalt zufällig die ganze Szene mitverfolgte. Der Staatsanwalt trat als Hauptbelastungszeuge in dem Prozeß gegen die vier Polizisten auf,

Prozeß gegen die vier Polizisten auf,

und nur durch seine Aussage war es möglich, daß den Polizisten der Prozeß gemacht werden konnte. Zweifellos ein Ausnahmefall! ...

Für Selbsterfahrung bei der Polizei!

Im Herbst 1976 stellte sich in West-Berlin ein Polizist als Demonstrationsobjekt zur Verfügung. Bewiesen werden sollte, daß chemical mace („chemische Keule") eine vollkommen harmlose Waffe sei. Zum Beweis wurde vor Presse und Fernsehen einem Polizisten chemical mace ins Gesicht gesprüht. Der Polizist taumelte, schrie und hatte, wie er später sagte, ein Gefühl, als seien ihm die Augen aus dem Kopf gefallen. Nach dieser wahrhaft nicht sehr überzeugenden Demonstration wurde in West-Berlin die offizielle Benutzung der chemical mace vorerst gestoppt. Jetzt ist zu erfahren, daß eben dieser Polizist sich wegen einer starken Hautentzündung behandeln lassen muß. Ob das wohl irgendeinem Polizisten zu denken gibt?



Selbsterfahrung mit chemical mace bei der West-Berliner Polizei

Kampf dem Faschismus!

Hamburg: Abfuhr für die Faschisten

„Deutsche Arbeitsplätze für Deutsche Arbeitnehmer" – unter dieser Parole wollte die NPD am 6. Juni in Hamburg-Langenhorn eine Veranstaltung durchführen. Doch die Neo-Nazis hatten die Rechnung (mal wieder) ohne die Antifaschisten gemacht, die vor dem Veranstaltungsort (einer Kneipe) Sprechchöre riefen – „Nazis raus" – und den Wirt aufforderten, der NPD den Raum zu kündigen. In und um die Kneipe hatten sich etwa 12 Faschisten zusammengerottet, als der Wirt seinen Laden dichtmachte und die NPD vor die Tür setzte. 35 Antifaschisten waren hocherfreut. Pech dagegen für die NPD:

– Schon am 23.4. waren sie auf dem Langenhorner Markt beim Verteilen provokatorischer 1.Mai-Flugblätter (die üble Stimmungsmache gegen ausländische Kollegen enthielten) von Antifaschisten behindert worden.

Nun ist der erste, uns bekannte Versuch der NPD, in Langenhorn eine öffentliche Veranstaltung zu machen, gescheitert. Doch antifaschistische Wachsamkeit ist auch hier weiterhin geboten.

Bezirksgruppe Langenhorn
KB/Gruppe Hamburg

•

Antifaschistischer Arbeitskreis gegen Freilassung von SS-Kriegsverbrechern

Nach einer von Alt- und Neonazi-Sympathisanten angeheizten Kampagne für die Freilassung des SS-Kriegsverbrechers Reder, der in Italien einsitzt, hat sich in Sindelfingen ein „Arbeitskreis gegen faschistische Bestrebungen" gebildet.

In der Lokalpresse waren zuvor zwei Lehrer aus Weil im Schönbuch als „Bolschewisten" und „Kommunisten" angegriffen worden, weil sie gegen die Reder-Kampagne und gegen das Treiben einer ortsbekannten Neofaschistin protestiert hatten. Diese Melitta Erdmann, Vertreterin eines Zirkels „Kultur und Wissen", schickt u.a. Broschüren an Geschichtslehrer, in denen die Ermordung von Millionen Juden durch die Nazis geleugnet wird. Die lokale Presse veröffentlicht dazu hauptsächlich profaschistische Stellungnahmen, darunter auch eine Danksagung Reders!

Die erste öffentliche Veranstaltung des antifaschistischen Arbeitskreises war mit 200 Besuchern ein guter Start; für die weitere Arbeit haben ehemalige KZ-Häftlinge ihre Unterstützung zugesagt.
(Nach „tat", 3.6.77).

•

Antifaschistische Ausstellung in Hamburg

Bis zum 30.6.77 findet in den Ausstellungsräumen der Universität Hamburg, von Melle-Park (im neuen wirtschaftswissenschaftlichen Institut), die Ausstellung „Zur Geschichte des antifaschistischen Widerstandes und der Arbeiterbewegung in Hamburg 1932 - 1948" statt. Für die Ausstellung zeichnen verantwortlich Wolfgang A. Schneider-Bernem und Marianne Haustein unter Mitarbeit von Ulrike Knolle. Die VAN (Hamburger Organisation der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes") unterstützt diese Initiative mit einem eigenen Büchertisch.

In dieser Ausstellung wird auf 23 Schautafeln an Hand von Bildmaterial auf wesentliche Ereignisse und Aktionen der Arbeiterklasse, aber auch auf den Terror der Nazis in Hamburg 1932 - 1948 aufmerksam gemacht.

Insbesondere ist eine Bildtafel der „Abshagen-Bästlein-Jacob-Gruppe" gewidmet, die während der Nazi-Diktatur in Hamburg aktiven Widerstand geleistet hat.

Besondere Beachtung verdient außerdem der Dokumenten- und Bildteil zum KZ Neuengamme, auf dessen Gelände heute die Jugendstrafanstalt Vierlande/Bergedorf bei Hamburg steht. Wahrscheinlich ist sich heute kaum ein Hamburger Schulkind bewußt, daß in unmittelbarer Nähe Hamburgs solch ein Vernichtungslager der Nazis bestanden hat. Um so wertvoller ist diese Ausstellung, da sie eine Gegeninformation bringt zum aktiven Totschweigen der Nazi-Vergangenheit und des aktiven Widerstands der Hamburger Arbeiterklasse.

Eine Dokumentation der Ausstellung in Buchformat (DM 9,80) ist erhältlich bei
Wolfgang A. Schneider - Bernem
Dulsberg-Nord 27
2 Hamburg 70 .

Die Ausstlellung ist auch zu verleihen. Anfragen an die oben genannte Adresse.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

•

Aktion gegen Nazi-Treffen

In Nassau/Lahn fand, wie seit Jahren, zu Pfingsten ein Treffen von über 2.000 SS-lern der „Leibstandarte Adolf Hitler" und „Hitlerjugend" statt. Erstmals allerdings wurden sie dabei gestört: Mit Flugblättern war eine Demonstration gegen das Treffen angekündigt worden (unter Beteiligung von Sozialdemokraten), zu der etwa 70 Menschen erschienen. Vor dem polizeigeschützten Versammlungsort – der Stadthalle! – stellten sich Demonstranten mit Transparenten auf (u.a. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem die SS kroch"). Die Kolping-Blaskapelle sagte ihr Auftreten vor den SS-Faschisten ab, als sie erfuhr, wem sie da aufspielen sollte. Als Hauptredner trat der ehemalige SS'ler der „Leibstandarte", der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Wissebach, auf. Als Reaktion darauf, daß das Treffen trotz aller Proteste nicht verboten worden war (stattdessen aber z.B. Presse- und Fernsehjournalisten von SS-Leuten belästigt und behindert und von der Versammlung ausgeschlossen wurden), kündigte der niederländische Widerstandskämpferverband an, er werde zum Boykott des in Holland beliebten Ausflugsortes Nassau aufrufen, „bis dort keine SS-Treffen mehr stattfinden" („tat", 3.6.77). Inzwischen ist von Sozialdemokraten das Verbot künftiger SS-Veranstaltungen in Nassau gefordert worden („tat", 10.6.77).



Die Politischen Gefangenen des „Modell Deutschland" 6. Teil

Im Februar/März hatten wir diese Serie begonnen und darin 40 politische Gefangene vorgestellt. Mit diesem AK beginnend wollen wir über weitere Gefangene berichten. Dabei soll diese Artikel-Serie einen Überblick verschaffen, in dem vor allem auf die Haftbedingungen eingegangen werden soll.

Andreas BAADER,
Gudrun ENSSLIN
und Jan-Carl RASPE,
JVA Stuttgart-Stammheim

Seit ihrer Verhaftung 1972 sind sie in Isolationshaft. Besuche werden nur den engsten Verwandten und Verteidigern gestattet. Alle Besucher werden durchsucht. Es gab keinerlei Kontakte zu anderen Gefanener, außer zu sogenannten „Beigängern", die als Köder geschickt wurden, um zu spionieren. Eine Milderung der Isolation gab es 1975, als Umschluß für die drei zusammen mit der damals noch lebenden Ulrike Meinhof gestattet wurde. Die RAF-Gefangenen führten mit bis heute vier Hungerstreiks einen verzweifelten Kampf gegen die Isolationshaft, anfangs noch mit der Hauptforderung nach Gleichstellung mit den „normalen" Gefangenen und schließlich in diesem Jahr streikte sie für Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF. Der erste Hungerstreik Anfang '73 dauerte drei Wochen und wurde erfolglos abgebrochen. Der zweite - vom 8.5. bis 29.6.73 - ebenfalls. Ein dritter Hungerstreik begann am 13.9.74. Von Anfang Oktober 1974 an wurden sie zwangsernährt. Die Justiz versuchte diesen Streik mit allen Mitteln zu brechen, u.a. wohl auch, weil sich immerhin über 40 Gefangene daran beteiligten. Mehrfach wurde sogar - lebensgefährlicher - Trinkwasserentzug angewendet. Die Zwangsernährung wurde meist äußerst rabiat durchgeführt und hatte nicht selten Verletzungen zur Folge.

Der vierte Hungerstreik im April 1977 wurde beendet, weil offenbar gegen eine Zusammenlegung zu größeren Gruppen (bis zu 15 Gefangenen) von Seiten der zuständigen Behörde keine Bedenken bestehen. (Zum Verlauf des Prozesses, der vom Mai '75 bis Anfang '77 dauerte, siehe AK 104. Zur Untersuchung der Todesumstände von Ulrike Meinhof, Holger Meins, Katharina Hammerschmidt und Siegfried Hausner siehe laufende Berichterstattung über die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission - IUK.)

Manfred GRASHOF
(in Haft seit dem 2.3.72),
Klaus JÜNSCHKE
(seit 8.7.72)
JVA Zweibrücken,
Joh. Schwebel-Str. 33
6660 Zweibrücken

Sie sind im Prinzip den gleichen Haftbedingungen wie die „Stammheimer" unterworfen. Der Prozeß gegen Grashof, Jünschke, Grundmann lief ziemlich im Schatten von Stammheim ab, u.a. auch weil der Stammheimer Prozeß von den Angeklagten als für alle ähnlichen Prozesse als richtungweisend und ausschlaggebend angesehen wurde.

Trotzdem ging natürlich die Gegenseite nicht minder gegen andere Gefangene vor. In Zweibrücken wurde bereits im Februar 76 (!) eine Abhöranlage im Besucherraum entdeckt, der für die Anwaltsbesuche von Grashof, Jünschke, Grundmann und Lutz Taufer (Stockholm-Prozeß) reserviert war. Auch im Kaiserslautern-Prozeß trieb der Kronzeuge Müller sein Unwesen. Wolfgang Grundmann wurde Ende 76 - nach 4 1/2 Jahren U-Haft entlassen, weil sein Gesundheitszustand lebensbedrohlich war. Anfang dieses Monats verurteilte das Landgericht Kaiserslautern schließlich Manfred Grashof und Klaus Jünschke zu lebenslanger Haft, während Wolfgang Grundmann vier Jahre bekam. Die Urteile lagen erheblich unter den Forderungen des Staatsanwalts (zweimal lebenslang, zweimal lebenslang, zehn Jahre). Bemerkenswert, daß das Gericht die „Zeugen"-aussagen Müllers „mit größter Vorsicht" wertete, weil er schon in anderen Fällen die Unwahrheit gesagt habe!

Brigitte ASDONK
(in Haft seit 8.10.70)
z.Zt. U-Gefängnis Holstenglacis
2000 Hamburg 36

April 76 wurde sie u.a. wegen Mitgliedschaft in der RAF zu zehn Jahren verurteilt. Nachdem sie nach dem Ausbruch der vier Gefangenen aus dem Westberliner Frauenknast Lehrterstraße in die berüchtigte JVA Lübeck verlegt worden war, beteiligte sie sich dort Ende 76/Anfang 77 an dem dortigen Hungerstreik (vgl. AK 96). Mit der Verlegung nach Hamburg beendete sie den Hungerstreik. Während des vierten RAF-Hungerstreik (April 77ß wurde sie - wie auch andere in Hamburg Gefangene mehrfach zwangsernährt (s. dazu auch AK 105).

Ronald Augustin
(seit 24.3.73 gefangen)
z.Zt. JVA Hannover
Schulenburger Landstr. 3
3000 Hannover

Er ist holländischer Staatsbürger. Wegen angeblicher RAF-Mitgliedschaft wurde er zu sechs Jahren verknackt. Nach seiner Verhaftung war ihm über eine Woche lang ein Anwalt verweigert worden. Er wurde in Hannover sechs Monate lang im Toten Trakt gefangengehalten. Darüberhinaus entzog man ihm während des ersten RAF-Hungerstreiks zeitweise das Trinkwasser!

IKAH, Hamburg

Erneuter Gesinnungsprozeß gegen KB-Presseverantwortlichen

Flensburg. Am 21. Juni findet vor dem Flensburger Landgericht der zweite Prozeß gegen den Presseverantwortlichen des KB in Flensburg, P. Petersen statt. Die Anklage lautet auf „*Verfassungsfeindliche Einwirkung auf Bundeswehr und öffentliche Sicherheitsorgane*" (§ 89 StGB).

Dem Genossen wird die Herausgabe der anti-militarischen Soldatenzei-

Dem Genossen wird die Herausgabe der anti-militarischen Soldatenzei-

tung „Arbeiter und Soldat" vorgeworfen. In dieser Zeitung war u.a. die Rolle der Bundeswehr als Bürgerkriegsarmee enthüllt und die tägliche Menschenschinderei beim Bund angeprangert worden. Darüber hinaus rief die Zeitung dazu auf, innerhalb der Bundeswehr Widerstand zu entwikkeln. Im Juni letzten Jahres fand der erste Prozeı gegen P. vor dem Flensburger Landgericht statt. In diesem Prozeß konnte der Genosse an einer Unzahl von Artikeln aus bürgerlichen Zeitungen (!) eindeutig nachweisen, daß alle in „Arbeiter und Soldat" aufgestellten Behauptungen den Tatsachen entsprechen und nicht einmal von der bürgerlichen Presse bestritten werden (auch wenn sie dort anders interpretiert werden). Das Gericht sprach daraufhin den Genossen mit der Begründung frei, eine verfassungsfeindliche Absicht sei ihm nicht nachzuweisen. Allerdings bewege sich die Propaganda in der Soldatenzeitung auf dem „*schmalen Grat zwischen Legalität und Illegalität*". Die Staatsanwaltschaft legte gegen dieses Urteil Revision ein, die im Dezember 76 vor dem berüchtigten 3. Senat des Bundesgerichtshofes in Karlsruhe (auch als Baader-Meinhof-Senat bekannt geworden; u.a. saß darin auch der Aktenschieber und Kremp-Freund Albrecht Mayer) verhandelt wurde. Bundesanwalt Bruns, seines Zeichens auch Ankläger in Stammheim, begründete die Revision mit nichts anderem, als daß P. nicht auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" stände, Mitglied des KB sei, und man von daher den politischen Hindergrund der Sache sehen und verurteilen müsse. Der BGH folgte dieser Argumentation voll und ganz. In seiner Urteilsbegründung schrieb er u.a.:

„*Das Urteil* (des Landgerichts, AK) *läßt darüberhinaus jegliches Eingehen auf etwaige Erkenntnismittel außer-*

läßt darüberhinaus jegliches Eingehen auf etwaige Erkenntnismittel außer-

halb des Inhalts der Flugschrift für die vom Angeklagten mit ihr verfolgten Absichten vermissen ... § 89 StGB läßt demgegenüber durchaus zu, auch außerhalb des Inhalts eines solchen Druckwerks liegende Tatsachen heranzuziehen, wenn es um die Feststellung geht, ob der Täter die in dieser Strafbestimmung näher umschriebenen Absichten verfolgt und sich für bestimmte Bestrebungen eingesetzt hat. Als solche Beweistatsachen kommen namentlich die allgemeine politische Zielsetzung eines Angeklagten und deren Verfolgung durch ihn sowie die Bestrebungen derjenigen Personen und Gruppierungen in Betracht, für die oder zu deren Unterstützung er tätig geworden ist."

Nach dieser Argumentation ist es klar, daß nach dem Willen des BGH vor allem die KB-Mitgliedschaft des Genossen und die daraus vom Gericht abzuleitende „verfassungsfeindliche Absicht" der Zeitung im Mittelpunkt des Prozesses stehen. Der BGH fordert ein Gesinnungsurteil unabhängig von der Richtigkeit der in der Soldatenzeitung behaupteten Tatsachen.

Es steht zu befürchten, daß das Flensburger Landgericht dieser Verurteilung von höchser Stelle folgen wird.

Der Prozeß selbst beginnt am
21. Juni um 9.°° Uhr
in Zimmer 58
des Flensburger Landgerichts

Ein Flensburger Genosse

Willy Piroch freigesprochen!

Bamberg. Willi Piroch, der bereits vier Jahre im Knast war, wurde im November letzten Jahres nach Verbüßung seiner Haft erneut in U-Haft gesteckt. Weil er sich gegen die unmenschlichen Haftbedingungen zur Wehr setzte, brummte ihm die Leitung der JVA Ebrach eine neue Anklage wegen „Grüngung einer kriminellen Vereinigung" (§ 129) auf (siehe letzter AK).

Am 7. Juni fällte die Staatsschutzkammer in Bamberg die Entscheidung: Freispruch für Willy und Entschädigung für die halbjährige U-Haft!

Vorausgegangen waren noch etliche „Schnitzer" des Gerichts: Obwohl am vorletzten Verhandlungstag (27.5.) die Unglaubwürdigkeit des „Kronzeugen" und Zuträgers für die Leitung der JVA Ebrach, H., noch mehr erhärtet wurde (so berichtete ein Zeuge, daß ihm ebenfalls Vergünstigungen bis vorzeitige Entlassung in Aussicht gestellt wurden, wenn er ebenfalls für die JVA-Leitung spioniere; davor hatten sich schon die Beschuldigungen des Kronzeugen H. gegenüber Willy, er habe einen Brandanschlag in der Gefängnisschreinerei geplant, als falsch herausgestellt), verweigerten die Richter der Verteidigung eine erneute Vernehmung des Hauptbelastungszeugen, die die Anklage wahrscheinlich endgültig hätte in sich zusammenbrechen lassen. Daraufhin beantragte der Verteidiger, den vorsitzenden Richter und die beiden berufsrichterlichen Beisitzer wegen Befangenheit abzulehnen.

Hinzu kam noch, daß das Gericht trotz der nicht mehr aufrechtzuerhaltenden Anklage über den Antrag der Verteidigung auf Aufhebung des Haftbefehls nicht entschied.

Facit des Verteidigers: „*Der Angeklagte hat den Eindruck, daß er nicht mehr wegen der in der Anklageschrift dargestellten Vorwürfe in Haft belassen wird, sondern wegen seiner politischen Gesinnung in Vorbeugehaft gehalten wird.*"

Der Befangenheitsantrag wurde abgelehnt. Trotzdem entschloß sich die Kammer, Willy am 31. Mai rauszulassen. Die Anklage war zu haltlos, und die Zeitungen hatten über den Verlauf des Prozesses besser als gewöhnlich unterrichtet.

Willy Piroch wurde vom Vorwurf der Gründung einer „kriminellen Vereinigung" im Knast freigesprochen und erhält Haftentschäfigung. Nicht ohne Bedauern stellte der vorsitzende Richter Barthelmann fest, er halte Willy zwar für einen Anarchisten, aber trotzdem müsse man die Gesetze des „Rechtsstaates" auch auf ihn anwenden.

Insgesamt wurden anläßlich des Prozesses schon viele Mißstände im Ebracher Knast an das Licht der Öffentlichkeit gebracht, und es ist unbedingt notwendig, daß diese Enthüllungsarbeit fortgesetzt wird.

KB/ Gruppe Nürnberg

Hungerstreik

In den Vollzugsanstalten Stuttgart-Stammheim und Aichach sind die Gefangenen Verena Becker und Sabine Schmitz am 25.5.77 in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Sie fordern ihre Zusammenlegung mit den im 7. Stock der Stammheimer Anstalt inhaftierten Gefangenen aus der RAF.

Der Leiter des Stammheimer Gefängnisses hatte ihnen am 30.4.77 „*auf verbindliche Erklärung des Justizministeriums*" mitgeteilt, daß „*unter Berücksichtigung der Forderungen der medizinischen Gutachter sofort eine Konzentration politischer – d.h. Gefangener nach § 129* (= kriminelle Vereinigung) *StGB – auch aus anderen Bundesländern in Stammheim und eine Vergrößerung des Haftraums in die Wege geleitet wird.*"

Diese Zusage wird inzwischen systematisch verzögert. Anstatt Verena Becker und Sabine Schmitz in den 7. Stock des Stammheimer Gefängnisses zu verlegen, oder sie zumindest in Stammheim zu belassen, wurde Sabine Schmitz am 24.5. nach Aichach verlegt. Verena Becker soll in die JVA Bühl verlegt werden.

Ziel des Hungerstreiks ist die Rückverlegung von Sabine Schmitz nach Stammheim und die Aufhebung des Verlegungsbeschlusses für Verena Becker.

IKAH Hamburg (nach IVK-Pressemitteilung vom 30.5.77)

Klassenjustizurteil von Lüneburg — Eine Bedrohung auch für aktive AKW-Gegner?

Mit Genugtuung hat die bürgerliche Presse ein Klassenjustizurteil des letztinstanzlichen Oberverwaltungsgerichts in Lüneburg vom 3.5. zur Kenntnis genommen.

Stellvertretend wurde einer der über 100 Jugendlichen, die im Dezember 1971(!) ein seit langer Zeit leerstehendes Fabrikgebäude in Hannovers Innenstadt besetzt hielten, verurteilt. Dieser Jugendliche soll nun für die gesamten Kosten aufkommen, die den Bullen durch die gewaltsame Räumung entstanden sind!

Die Jugendlichen hatten damals das Gebäude besetzt, um auf diese Weise für ein unabhängiges Jugendzentrum zu kämpfen, das ihnen immer wieder verwehrt worden war.

Ohne Ankündigung waren eine Woche nach der Besetzung nachts vier Hundertschaften vor dem Gebäude aufgerückt. Insgesamt waren 1500 Polizisten auch aus anderen Bundesländern zu dieser Räumungsaktion zusammengezogen worden, die teilweise „im Hintergrund" in Alarmbereitschaft standen. Zum ersten Mal sind Panzerwagen der Polizei eingesetzt worden, mit denen die Türen der Fabrik niedergewalzt wurden. Obwohl sich die Jugendlichen alle in einem Raum versammelt hatten, „eroberten" die Bullen sofort wichtige „Schaltstellen", wie z.B. die außer Kraft befindliche Elektrizitätsanlage der Fabrik. Das hatte uns damals gezeigt, daß die Bullen „futurologisch" die „gewaltsame Räumung einer von Arbeitern besetzten Fabrik geübt" hatten.

Für diese Bürgerkriegsmanöver der Polizei soll jetzt ein willkürlich herausgegriffener „Rädelsführer" die Kosten zahlen!

Dieser „*Gerichtsentscheid dürfte sich auch auf die Verfahren auswirken, die im Zusammenhang mit der Besetzung des Kernkraftwerkes Grohnde anstehen*" orakelte die Hannoversche Allgemeine Zeitung („HAZ, 6.5.77).

Inzwischen sind auch die ersten Berechnungen angestellt worden, aus denen hervorgeht, daß die Bullen „Schutzmaßnahmen" für mindestens 3,9 Mill.DM ergriffen hatten. Insgesamt haben die Kosten des „Schutzes" des AKW Grohnde über 9 Mill.DM betragen.

So viel läßt es sich der Atomstaat also kosten, um sein Atomprogramm gegen den Willen der Bevölkerung durchziehen zu können.

Einen Teil dieser Ausgaben soll auf „Einzelpersonen, Gruppen oder Organisationen" abgewälzt werden. Angedroht wird, daß jeder der 26 in Grohnde verhafteten AKW-Gegner als Gesamtschuldner zum „Ersatz des Schadens" verurteilt werden könnte (alle Angaben aus „HAZ",11.5.77).

Das werden wir verhindern müssen! Unser Kampf gegen die Kriminalisierung ist ein unabdingbarer Bestandteil unseres Kampfes gegen Atomanlagen!

KB/Gruppe Hannover

Presseerklärung der Internationalen Untersuchungskommission zur Klärung der Todesumstände von Ulrike Meinhof

AMSTERDAM 7. Mai

Arbeitstreffen vom 7.5.77. Anläßlich des ersten Jahrestages des Todes von Ulrike Meinhof (8./9. Mai 1976) tritt die Internationale Untersuchungskommission erstmals mit konkreten Arbeitsergebnissen an die Internationale Öffentlichkeit. Die in der bisherigen Arbeit der Untersuchungskommission aufgetretenen Zweifel an der Selbstmordthese verstärkten sich durch die von der Arbeitsgruppe Medizin erstellte Analyse der offiziellen Obduktionsgutachten. Die Obduktionsgutachten weisen aus, daß den Obduzenten ein bereits verfälschtes Strangwerkzeug vorgelegt worden ist. Bei der Erstbesichtigung der Leiche hing diese in einer Schlaufe von ca. 80 cm Länge, die einen Kreisdurchmesser von ca. 26 cm aufwies. Dem Obduzenten wurde aber eine Schlaufe von nur 51 cm vorgelegt. Sie schließt sich eng um den Hals, der Kopf kann aus ihr nicht herausfallen. Tatsächlich aber – die vorgelegten Photographien und die Maßangaben bei der Erstbesichtigung bestätigen dies – war die Schlaufe so groß, daß bei eintretender Bewußtlosigkeit der Kopf durch das Körpergewicht aus der Schlaufe herausfallen mußte. Dieses Problem konnte von dem Gutachter durch die Kürzung des vorgelegten Strangwerkzeuges nicht erkannt werden. Deshalb wurde eine völlig willkürliche Darstellung bei den Einzelheiten über den angeblichen Selbstmord gegeben. Eine ausführliche Dokumentation, die weitere Fehlinterpretationen nachweist, wird in nächster Zeit veröffentlicht.

Die Arbeit der Internationalen Untersuchungskommission wird durch die Behörden der BRD ungeheuer erschwert, mit allen Mitteln boykottiert:

1.) Bei Hausdurchsuchungen ohne Durchsuchungsbefehl wurden gezielt die Materialien beschlagnahmt, die für die Internationale Untersuchungskommission gesammelt worden waren.
2.) Personen in der BRD, die diese Dokumente zusammenstellen, werden mit fadenscheinigen Begründungen verhaftet: zur Zeit Christian Möller und Ingrid Barabas, Marburg. Christian Möller steht im Impressum der Dokumentation „Ulrike Meinhof – ein Selbstmord?". Ebenso erging es Rechtsanwalt Dr. Croissant, dem Testamentsvollstrecker von Ulrike Meinhof, im Sommer 1976.
3.) Der Internationalen Untersuchungskommission wurde mit Schreiben vom Justizministerium von Baden-Württemberg vom 15.4.1977 und der Staatsanwaltschaft Stuttgart vom 22.4.1977 mitgeteilt, daß ihr weder eine Akteneinsicht noch eine Lokalbesichtigung genehmigt werde, da sie formal kein Recht darauf habe.

In ihren Untersuchungen zu den Haftbedingungen der politischen Gefangenen in der BRD kommt die Internationale Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß es sich hierbei um eine spezifische Form der Folter an Gefangenen handelt. Die Anwendung dieser Folter, langjährige soziale und sensorische Deprivation, d. h., Isolierung von anderen Personen und Verhinderung sinnlicher Wahrnehmung, kann nur den Zweck verfolgen, ihre politische Identität zu brechen. Wir unterstützen deshalb die im Hungerstreik der politischen Gefangenen vorgetragene Forderung nach Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen, wie es auch die vom Gericht bestellten Gutachter seit 1975 gefordert haben.

Im Namen der Kommission
Henrik Kaufholz, Sekretariat, Aarhus

Mitglieder der Untersuchungskommission: Prof. Lelio Basso, Rom, Rechtsanwältin Michele Beauvillard, Paris, Simone de Beauvoir, Paris, Prof. Georges Casalis, Antoni, Pfarrer Robert Cavezies, Paris, Rain Jacqueline de Cumont, Brüssel, Prof. Pauli Jensen, Paa Höjden 8 Hellerup, Dänemark, RA Panayotis Kanelatis, Ahten, Journalist, Henrick Kaufholz, Aarhus, Ombudsman Johann van Minnen, Brenkelen, Prof. Lolle Nauta, Groningen, RA Denis Payot, Genf, Margarete von Trotta, Schauspielerin, München.

Konto in der BRD: W. Zitzlaff, PSA Essen 13 58 24 – 439 IUK

Sekretariat: EJAELLANDSCADE, 127-8000 ARHUS-10
Tel.: 06-13 97 34 - Ciro 1 30 40 03

Was geschieht mit Sonnenberg?

Der bei einem Schußwechsel mit der Polizei anläßlich der Buback-Fahndung schwerverletzte Günter Sonnenberg wurde am 21.5. von der Neurochirurgischen Abteilung der Universität Tübingen in das Krankenrevier des Stammheimer Gefängnisses verlegt.

Drei Tage zuvor war ihm vom Ermittlungsrichter des Bundesgerichtshofes der Haftbefehl eröffnet worden. Ob Günter Sonnenberg in der Lage war, diesen Vorgang überhaupt zu erfassen, ist aufgrund seiner schweren Kopfverletzung zweifelhaft.

Obwohl bei einem Schwerverletzten, der bewußtlos ist oder kein bzw. nur ein beschränktes Erinnerungsvermögen hat, der Grundsatz gilt, daß nach dem vermutlichen Willes des Patienten gehandelt werden muß, tut die Bundesanwaltschaft das genaue Gegenteil. Sonnenberg wurde ein Pflichtverteidiger zugeordnet. Sonnenbergs Eltern wurden solange eingeschüchtert, daß sie inzwischen jede Heranziehung eines Verteidigers, der das Vertrauen ihres Sohnes haben könnte, abgelehnt haben. Diesobwohl sie eine Woche vor der Gefangennahme Sonnenbergs Rechtsanwalt Croissant gebeten hatten, die Verteidigung ihres Sohnes zu übernehmen.

Croissant wurde auch verweigert, sich um einen ausreichenden medizinischen Schutz von Sonnenberg zu kümmern.

Uwe Folkerts wurde am 3.5.77 zusammen mit Johannes Thimme bei dem Versuch verhaftet, den Schwerverletzten zu besuchen, in dem er nach ersten Meldungen seinen Bruder Knut vermutete. Eine Krankenschwester aus Karlsruhe, die sich bemühte, einen Facharzt für die Kontrolle der Behandlung Sonnenbergs zu finden, wurde am 12.5. von einem Beamten des Bundeskriminalamtes an ihrem Arbeitsplatz zum Zweck ihrer Vernehmung als Zeugin mit dem Hinweis festgenommen: *„Wenn Sie versuchen, abzuhauen, werde ich Sie von hinten erschießen!"* Durch die Bemühungen der Krankenschwester war erstmals bekannt geworden, daß der Gesundheitszustand von Sonnenberg wesentlich besser war, als die vom BKA lancierten Pressemitteilungen über seinen „klinischen Tod" es vermuten ließen.

Sonnenberg wurde nach Stammheim verlegt, als der Fachschaftsrat der evangelischen Theologen an der Uni Tübingen durch seine Grußadresse öffentliche Solidarität mit dem verwundeten Gefangenen zeigte.

Die Verlegung Sonnenbergs nach Stammheim weist erschreckende Parallelen mit der Behandlung von Siegfried Hausner auf. Auch er wurde trotz lebensgefährlicher Verletzungen am 29.4.75 nach Stammheim verlegt, wo er fünf Tage später starb. Seinem ständigen Wunsch, einen Anwalt seines Vertrauens sprechen zu können, war nicht entsprochen worden. Wir fordern deshalb:

Sofortige Zulassung von unabhängigen Ärzten und Anwälten zur Kontrolle von Günter Sonnenbergs Zustand!

IKAH Hamburg (nach einer Pressemitteilung des IVK/Sektion BRD/ Croissant vom 22.5.77)

Schwere Mißhandlungen politischer Gefangener!

Seit einiger Zeit sitzen in Westberlin die Genossen Ronald Fritsch, Gerhard Klöpper, Till Meyer, Ralf Reinders, Fritz Teufel, Andreas Vogel, Dreher, Norbert Kröcher und Adomeit in Untersuchungshaft. Ihnen wird u.a. vorgeworfen, Lorenz entführt zu haben.

Am 21.5.77 wurden diese Gefangenen im Rahmen der „Beweisführung" wieder einmal zu einer „Gegenüberstellung" ins Westberliner Polizeipräsidium gebracht.

Die Vorfälle, die sich bei dieser „Gegenüberstellung" ereigneten, brachten die Anwälte der Betroffenen auf einer Pressekonferenz an die Öffentlichkeit.

Danach wurde den Gefangenen z.T. zwangsweise Haare und Bart geschoren, Fritz Teufel wurde gezwungen, sich eine bestimmte Kleidung anzuziehen. Obwohl ein Gerichtsbeschluß vorliegt, der besagt, daß Gefangene nur dann gefesselt werden dürfen, wenn es für ihre (?) „Sicherung" unbedingt erforderlich ist, waren sie die ganze Zeit mit Handschellen gefesselt, die selbst zu den Mahlzeiten nicht abge-
ihre (?) „Sicherung" unbedingt erforderlich ist, waren sie die ganze Zeit mit Handschellen gefesselt, die selbst zu den Mahlzeiten nicht abge-
nommen wurden. Und dies im schwerbewachten und -bewaffneten Polizeipräsidium!

Die „Gegenüberstellung" selbst wurde mit unwahrscheinlicher Brutalität durchgeführt:

Zwei bzw. drei Gefangene wurden vor einem sogenannten „venezianischen Spiegel" (das ist eine Glasscheibe, die von der einen Seite her als Spiegel und von der anderen als Fensterglas funktioniert) postiert. Zwischen den Gefangenen standen jeweils vier bzw. fünf „Füllpersonen".

Die von mehreren Beamten des SEK (Westberliner MEK) bewachten Angeklagten waren durch Knebelketten gefesselt, ein Folterinstrument, das durch Drehen an einem Stab enger gezogen werden kann.

Die Gefangenen versuchten diese Prozedur zu unterlaufen, indem sie während der Gegenüberstellung den Kopf senkten, Grimassen schnitten oder auch nur die Augen schlossen. Die SEK-Beamten rissen ihnen daraufhin an den Haaren, traten und schlugen sie in die Nierengegend und an den Kopf und – zogen die Knebelketten an, was unvorstellbare Schmerzen verursacht!! Bei Ralf Reinders wurden die Ketten so fest zugezogen, daß tiefe Schnittwunden am Handgelenk auftraten. Bei einem anderen Gefangenen stieß ein SEKler einen Kugelschreiber hinter dem Ohr in den Kopf und riß den Stift nach oben, so daß eine mehrere Zentimeter lange Rißwunde entstand!!

Jede dieser „Gegenüberstellungen" dauerte ca. 20 Minuten und a l l e liefen in der gleichen Weise ab!
gen" dauerte ca. 20 Minuten und a l l e liefen in der gleichen Weise ab!

Insgesamt waren die Gefangenen dieser Prozedur am Samstag sechs Stunden ausgeliefert!

Nach einer Behandlung durch den Gefängnisarzt am Samstagabend wurde dasselbe am darauffolgenden Tag wiederholt.

Die Forderung eines Mißhandelten an den Vertreter der Bundesanwaltschaft, die Quälereien einzustellen, wurde sinngemäß so beantwortet: *„Ich will sehen, ob wir die Durchführung nicht verändern können."* Die „Durchführung" wurde nicht geändert!

Ursache dieser unmenschlichen Behandlung der politischen Gefangenen war nicht das „Ausflippen" einzelner verhetzter Beamter, sondern dies war ein geplantes Vorgehen der staatlichen Behörden!! Anders läßt es sich nicht erklären, daß bei allen „Gegenüberstellungen" in gleicher Weise verfahren wurde. Anders läßt sich auch die Anwesenheit und das Verhalten des Vertreters der Bundesanwaltschaft nicht erklären. Hier wird deutlich, daß diese Folter von höchster staatlicher Stelle, wenn nicht angeordnet, so doch zumindest gebilligt und unterstützt wurde.

Aufgrund dieser Vorfälle erstatteten die Rechtsanwälte der betroffenen politischen Gefangenen am 24.5. Strafanzeige gegen die beteiligten Beamten und verlangten gleichzeitig, daß ein Gerichtsmediziner die Mißhandelten zur Beweissicherung untersucht. Diesem Antrag ist bis heute nicht nachgekommen worden.

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Wenn heute dieser Staat wieder zur offenen Folter politischer Gefangener greift, dann ist eine Solidarisierung aller fortschrittlichen und demokratischen Menschen gegen diesen Staat überlebenswichtig – konkret heute schon für die politischen Gefangenen, auf längere Sicht für alle fortschrittlichen Menschen!

SSB/ Westberlin (nach Darstellung von RA Spangenberg auf der Westberliner Veranstaltung am 3.6.)

Urlaubsantrag für Rolf Pohle gestellt

München. Aus Anlaß einer Veranstaltung zum 10. Jahrestag der Ermordung von Benno Ohnesorg in München wurde von 15 fortschrittlichen Organisationen und Initiativen ein Urlaubsantrag für Rolf Pohle gestellt, dem allerdings nicht stattgegeben wurde. Das Ziel war, daß Rolf auf der Veranstaltung einen Beitrag über die damalige Studentenbewegung halten sollte: Er war nämlich damals, und das wird heute vor allem von MSB und KHB (Studentenorganisation des „Arbeiterbund") systematisch verschwiegen, AStA-Vorsitzender in München und so wesentlich an den Auseinandersetzungen beteiligt. So organisierte der AStA nach der Erschießung von Benno Ohnesorg einen Schweigemarsch, an dem über 10.000 Menschen teilnahmen. Auch an den Protestaktionen nach dem Dutschke-Attentat und an der Besetzung des Springer-Hauses war Rolf maßgeblich beteiligt. Nach den Auseinandersetzungen wurde von ihm die unabhängige Rechtshilfe der APO aufgebaut, die neben Studenten auch ausländischen Kollegen half (so z.B. griechischen Kollegen, die von der Junta verfolgt wurden). Rolf trat als einziger Rechtsreferendar der Gruppe als Anwalt vor Gericht auf.

Aus Angst, auch nur in irgendeiner Weise mit der „Terroristenscene" in Verbindung gebracht zu werden, stiegen MSB- und KHB-ASten in München daraufhin aus der Aktionseinheit zu der Veranstaltung aus!!

Wie unsolidarisch und politisch schädlich ihr Verhalten ist, wird deutlich, wenn man weiß, was derzeit gegen Rolf vorbereitet ist.

Da mittlerweile 2/3 seiner alten Haftstrafe vorbei sind und sein Rechtsanwalt einen Antrag auf Verkürzung der Haftzeit gestellt hat (den sogenannten 2/3 Antrag, dem bei „normalen" Kriminellen meistens stattgegeben wird!), mußte sich die Staatsanwaltschaft wieder etwas neues einfallen lassen. Es wurde eine neue Anklage gegen ihn zusammengebastelt, diesmal wegen „räuberischer Erpressung". Der Vorfall: Bei der Lorenz-Entführung war eine der Forderungen, daß jedem der freigelassenen Gefangenen 20.000 DM ausgehändigt wird. Da Horst Mahler nicht mitflog, waren 20.000 DM übrig, und die soll angeblich Rolf Pohle von Albertz für sich gefordert haben!

Interessant an der Sache ist auch, daß in diesem Fall der Druck auf die griechischen Behörden wesentlich besser geklappt hat als beim ersten Mal: Da der erste Auslieferungsantrag nur für die jetzige Strafe von Rolf galt, mußte für das neue Verfahren auch ein neuer Auslieferungsantrag an die griechische Behörde gestellt werden, der diesmal schnell und unter Ausschluß der demokratischen Öffentlichkeit durchgezogen wurde! Der Export des „Modells Deutschland" geht rasant voran!

Das Ziel dieser neuen Klage ist es, die Haftzeit für Rolf um weitere Jahre zu verlängern und ihn damit physisch und politisch kaputt zu machen. In diesem Zusammenhang müssen auch die Vorschläge der CDU im Bundestag gesehen werden, die eine lebenslange Sicherheitsverwahrung für „Gewalttäter" vorsehen!! Wem kommen da nicht düstere Erinnerungen an den Hitler-Faschismus hoch ...

Gerade an der Universität wird es notwendig sein, gegen die unsolidarische Haltung der ASten die Informationen über die Situation der politischen Gefangenen zu verbreitern und die aktive Solidarität mit Rolf Pohle zu verstärken!

KB-Sympathisanten München

Hausdurchsuchung und Beschlagnahme aufgrund des Maulkorbparagraphen!

Anfang Juni wurden zwei Fälle bekannt, in denen gegen linke Literatur aufgrund des Maulkorbparagraphen 88a vorgegangen wurde.

Hausdurchsuchung in Melbeck

Am 6.6. wurde eine Hausdurchsuchung in einem Privatraum und in
Hausdurchsuchung in Melbeck

Am 6.6. wurde eine Hausdurchsuchung in einem Privatraum und in gemeinschaftlich genutzten Räumen des „Büchertisch-Kollektivs" an der PH Lüneburg durchgeführt.

Gegen acht Uhr morgens waren das Haus und die Zufahrtstraßen von mindestens neun Einsatzfahrzeugen der Polizei umstellt bzw. abgeriegelt. Die Fahrzeuge waren mit über 30 Bullen besetzt.

Die Polizisten drangen in die Wohnung ein, und acht Beamte des Kommissariats 7 der Lüneburger Kriminalpolizei (das ist die politische Abteilung) durchsuchten in Gegenwart von drei Bewohnern die Räume. Der Hausdurchsuchungsbefehl war vom Amtsgericht Lüneburg am 24.5.77 (!) wegen eines angeblichen „Vergehens nach § 88a StGB" ausgestellt worden. Gesucht wurde vordergründig nach der Dokumentation „88a in Aktion oder wie man Bücher verbrennt, ohne sich die Finger schmutzig zu machen". Herausgeber dieser Dokumentation, die bereits im September '76 erschienen ist und öffentlich auf der Buchmesse ausgestellt war, sind 60 Verlage und Buchhandlungen aus der BRD, einschließlich des „Büchertisch-Kollektivs". In dieser Dokumentation sind verschiedene Beiträge über die bisherige Anwendung des § 88a und seine Auswirkungen, die Selbstzensur verschiedener Verlage, abgedruckt.

Bei der Hausdurchsuchung wurden neben mehreren Dokumentationen über politische Haft, politische Verfolgung und allgemeiner Repression in der BRD auch persönliche Notizen wie Taschenkalender, Adressen und persönlicher Schriftverkehr beschlagnahmt.

Darüberhinaus wurde sämtliche Korrespondenz mit Buchhandlungen und Verlagen eingezogen.

Nach zwei Stunden war die Hausdurchsuchung beendet. Anschließend beschlagnahmten die Bullen in der PH Lüneburg ein Dokumentations-Plakat, das sich gegen die bisher durchgeführten Ermittlungen im Rahmen des § 88a wendet und das am Schwarzen Brett aushing.

Beschlagnahme von linker Literatur im großen Stil

Am 8.6. schlugen die Gesinnungsschnüffler und Zensoren gleich wieder zu. Ein LKW, der aus Westberlin kam, wurde von westdeutschen Kriminalbeamten und von Beamten des
schnüffler und Zensoren gleich wieder zu. Ein LKW, der aus Westberlin kam, wurde von westdeutschen Kriminalbeamten und von Beamten des
Bundesgrenzschutzes angehalten. Ca. 40 Buchtitel des Oberbaumverlages und insgesamt 360 Bücher wurden beschlagnahmt.

Darüberhinaus durchwühlten die Bullen den ganzen LKW, öffneten Aktentaschen, private Briefe, Buchführungsmaterial und nahmen den Fahrer des LKWs (!) fest. In der Beschlagnahme-Anordnung heißt es: *„Die Beschuldigten (die Fahrer) reisten mit dem LKW am 8.6.77 gegen 13 Uhr 30 aus Berlin kommend in die Bundesrepublik Deutschland ein. Die Druckerzeugnisse haben größtenteils linksextremistischen Inhalt ...*

Hieraus ergibt sich der Verdacht, daß die von den Beschuldigten beförderten Schriftstücke zum Landfriedensbruch im Sinne des § 125a StGB auffordern. Da die Beschuldigten diese Schriftstücke vorrätig hielten, besteht gegen sie der Verdacht auf Straftat gemäß § 88a, 126 StGB ...
Amtsgericht Helmstedt. Elshoff, Richter."

Beschlagnahmt wurden Titel von Franz Mehring, Charles Bettelheim, die „Polemik über die Generallinie", die „Barfüßige Ärztin" (über Aspekte des Gesundheitswesens in der VR China) etc.

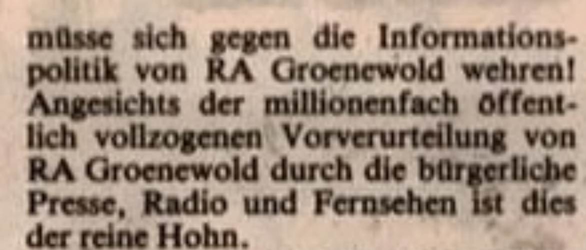
Diese Beschlagnahmeaktion zeigt in erschreckender Weise das Ausmaß der politischen Unterdrückung in der BRD: Da werden Titel beschlagnahmt, deren wissenschaftlicher und dokumentarischer Wert unumstritten ist, und da fallen prominente Autoren des westeuropäischen Auslands unter die Zensur. Von dieser Beschlagnahmeaktion bis zur Bücherverbrennung der Nazis ist der Weg nicht mehr weit – das Spektrum der Schriften, die von den Nazis auf den Index gesetzt wurden, war auch nicht viel größer.

Sofortige Auslieferung des beschlagnahmten Materials!

Weg mit dem Maulkorbparagraphen 88a!

IKAH Hamburg

Groenewold-Dokumentation beschlagnahmt!



Am 27. Mai wurden in der Hamburger linken Buchhandlung „Arbeiterbuch" einige Exemplare der Dokumentation „Juristische Unterlagen zum Prozeß gegen Kurt Groenewold" beschlagnahmt. Soweit bekannt, ist dies die bisher einzige Aktion, die auf den Beschlagnahmebeschluß des Landgerichts Hamburg vom 24.5. (Az.: 95 Qs 7/77) erfolgte. Es ist sicher dabei nicht zufällig, daß gerade das Arbeiterbuch Ziel der Bullenaktion gewesen ist.

Die Beschlagnahme beruht auf einem angeblichen Verstoß gegen den § 353 d des Strafgesetzbuches, der es verbietet, vor Abschluß eines Verfahrens oder vor der Einführung in einer öffentlichen Verhandlung „amtliche Schriftstücke" zu veröffentlichen. Das Verfahren gegen Groenewold aus dem hier, angeblich ungesetzlich, Schriftstücke angeführt wurden, beinhaltet, die Anklage wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung, der RAF. Diese Anklage selbst ist schon eine Ungeheuerlichkeit, da sie ausschließlich die Verteidigertätigkeit von RA Groenewold zum Gegenstand hat (im Stammheimer RAF-Verfahren), und zudem noch erhoben wurde, bevor die RAF selbst rechtskräftig verurteilt worden ist. RA Groenewold hat sich gegen die Anklage mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln öffentlich zur Wehr gesetzt. Wenn es schon möglich war, eine solch ungeheuerliche Anklage zu erheben, die unmittelbar eine Kriminalisierung der Verteidigertätigkeit in einem politischen Verfahren bedeutet, so sollte es doch nicht möglich sein, ohne weiteres eine Verurteilung über die Bühne zu ziehen. Gegen das Vorhaben, diesen Fall breit bekannt zu machen, richtet sich jetzt die Beschlagnahmeaktion.

Die Gründe für die Beschlagnahme sind an den Haaren herbeigezogen, weswegen auch das Hamburger Amtsgericht zuerst den Beschlagnahmeantrag der Staatsanwaltschaft ablehnte. Es wurden nämlich in der Dokumentation lediglich Schreiben des Generalbundesanwalts zu Verfahrensfragen veröffentlicht und Strafanzeigen, die von Anwälten der Verteidigung gestellt wurden!

Ist hieraus schon ersichtlich, daß die Staatsanwaltschaft nur ihrer reaktionären Logik folgt und einem Unrecht weiteres folgen läßt, d.h. die Öffentlichkeit unbedingt zu unterbinden versucht, so ist die Aktion auch eine Vergeltung gegen gelungene Verteidigerarbeit im Groenewold-Verfahren:

Wenige Tage vor der Aktion hatte Groenewold in einem Verwaltungsgerichtsverfahren durchgesetzt, daß Bundesjustizminister Vogel die Namen von sechs Journalisten nennen mußte, denen er die Anklageschrift gegen RA Groenewold übergeben hatte. Vogel hat also selber das getan, was RA Groenewold jetzt vorgeworfen wird, unter dem durchsichtigen Vorwand, er müsse sich gegen die Informationspolitik von RA Groenewold wehren! Angesichts der millionenfach öffentlich vollzogenen Vorverurteilung von RA Groenewold durch die bürgerliche Presse, Radio und Fernsehen ist dies der reine Hohn.

Es ist nur zu offensichtlich, daß der Maßlosigkeit der Justiz in der Verfolgung fortschrittlicher Rechtsanwälte (wie auch anderer fortschrittlicher Kräfte) kaum Grenzen gesetzt sind, es sei denn, w i r schaffen sie!

IKAH, Hamburg

Ebenfalls wegen „Verdachts des Vergehens" gegen den Paragrafen, der die Veröffentlichung von Schriftstücken aus nicht abgeschlossenen Prozessen verbietet, wurde Kai Ehlers, der presserechtlich Verantwortliche des ARBEITERKAMPFs angezeigt. Die Ermittlungen beziehen sich auf den Artikel „Strafverfahren gegen Kurt Groenewold" in AK 101, S. 19. In diesem Artikel wurde kein Schriftsatz abgedruckt, sondern lediglich ein Zitat aus der Anklageschrift gebracht. Nach einhelliger Rechtsmeinung ist die Veröffentlichung eines Zitats nicht strafbar. Die Ermittlung verfolgt also einerseits den durchsichtigen Zweck der Einschüchterung und öffentlichen Diffamierung. Aber: Heute kann man auch nicht mehr sicher sin, ob nicht trotz eindeutiger Rechtslage aus „übergeordneten" Interessen heraus eine Verurteilung an einer solchen Sache im Stammheimer Stil einfach durchgezogen wird.

IKAH, Hamburg

Zeitungsverkauf erlaubt

ll PLÖN, 23. Mai. Das Amtsgericht Plön hat entschieden, wer politische Zeitschriften feilbietet, braucht dazu keine Reisegewerbekarte. Aufgrund dieser Entscheidung durfte die Stadt Plön dem Anbieter der Zeitschriften auch kein Bußgeld von 100 Mark auferlegen. Das Gericht verurteilte die Stadt deshalb dazu, einen Bußgeldbescheid aufzuheben.

Der Zeitungsverkäufer hatte vor der Kreisberufsschule in Plön die kommunistischen Zeitschriften „Arbeiterkampf", „Rebell" und „Blinkfeuer" angeboten und auch verkauft. Er besaß aber keine Reisegewerbekarte. Das rief das Ordnungsamt auf den Plan.

Das Amtsgericht Plön stellte dazu fest, daß nach der Gewerbeordnung zwar jemand ordnungswidrig handelt, der ohne die erforderliche Reisegewerbekarte Waren feilbietet. Aber im Urteilstenor heißt es, daß diese Vorschrift „auf das Verhalten des Betroffenen unanwendbar" ist, weil der Verkauf von Zeitungen eine Pressetätigkeit darstelle, die gemäß dem Landespressegesetz von keiner Zulassung abhängig gemacht werden dürfe, auch nicht von der Erteilung einer Reisegewerbekarte. Im Urteil des Amtsgerichts (AG Plön 2 OWi/10 Js 11/77) heißt es unter Hinweis auf Artikel 5 des Grundgesetzes: „Verteilung und Verkauf auch politischer Schriften auf öffentlichen Straßen sind Teil der freien Meinungsäußerung und Meinungsverbreitung und unterliegen deshalb grundsätzlich keiner Erlaubnispflicht."

1/3/4/5/2

24.5.77, „Frankfurter Rundschau"





Nachrichten aus dem Knast

Düsseldorf: Richter Joeres hat einen Brief an Gerhard Albartus (JVA Köln-Ossendorf) nicht weitergeleitet, weil darin angeblich der Staat verunglimpft wird. Der Brief enthielt ein Aufruf-Flugblatt „Zur Vorbereitung des Russel-Tribunal über die Repression in der BRD". Das Flugblatt enthalte *„Schilderungen über die staatlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland, die den Tatbestand eines Vergehens nach §90a, Abs. 1 Nr. 1 StGB erfüllen."*

• • •

Werl: Die Schweinereien in diesem Zuchthaus reißen nicht ab! Nach den letzten Streikaktionen, die sich gegen die Psycho-Abteilung B/1 richteten und die bis jetzt noch nicht zu dem gewünschten Erfolg führten (vergl. letzte AKs), hat sich die Firma Vollmer KG Bonn (Kerzen und Teelichter), die sich mit den Gefangenen ohnehin schon dumm und dämlich verdient, eine drastische Lohnkürzung „verfügt": RÜCKWIRKEND über 7(!) Wochen setzte sie die Akkordsätze um 25% herauf, sodaß die Gefangenen bei ihrer „Entlohnung" am 25.5. auf eine noch leerere Lohntüte blicken mußten.
44 von 55 Betroffenen traten daraufhin in einen unbefristeten Streik. 16 Gefangene erhoben gemeinsam Beschwerde und stellten Antrag auf ein Disziplinarverfahren und Strafanzeige.

• • •

Bayern: Jetzt wird auch noch die Unterstützung von außen rationiert Seit dem 8.5.77 ist es in allen bayrischen Knästen verboten, den Häftlingen mehr als eine Briefmarke pro Brief zu schicken. "Überzählige Briefmarken werden - gegebenenfalls unter Verwendung einer zugesandten Marke(!) - an den Absender zurückgeschickt, da die Aufbewahrung der Marken an der Zensurstelle mit zu hohen Verwaltungsaufwand verbunden ist", so Dr. Stärk, leitender Regierungsdirektor. Begründung: „Bei der Zusendung von Briefmarken haben sich erhebliche Probleme ergeben" - alles. Mit so einer schwachsinnigen Begründung wird versucht, die Außenkontakte der Häftlinge noch weiter einzuschränken!

IKAH Hamburg

Lothar Gend in Lebensgefahr

JVA Werl. Seit 29.3.77 befindet sich Lothar Gend, verurteilt zu 15 Jahren Knast wegen angeblich versuchten Polizistenmordes in der JVA Werl in Isolationhaft (SondertraktBI). Bereits seit drei Jahren hat L.G. Grund, sich im Knast wegen ärztlicher Nichtbehandlung eines Zwölffingerdarmgeschwürs, einer geschwürigen Entzündung des Dickdarms und Gelenk-

behandlung eines Zwölffingerdarmgeschwürs, einer geschwürigen Entzündung des Dickdarms und Gelenk-

rheumatismus zu beschweren, obwohl bekannt ist, daß alle drei Krankheiten akute Lebensgefahr bedeuten.

Am 20.4 verschlechterte sich der Zustand von L.G. plötzlich wie folgt: Magen- und Darmkrämpfe, Erbrechen, Durchfall, schwere Kreislaufstörungen, hohes Fieber(Puls 120), Zittern und Schütteln am ganzen Körper, Schmerzen im Bauch, in den Gelenken und Muskeln (aus einem Brief von L.G. vom 20.4. an die Knastgruppe Ossendorf in . Köln). Erst nach mehrmaligem Bitten um Untersuchung, diagnostizierte der Anstaltsarzt lediglich eine Infektion der Bauchspeicheldrüse, obwohl alle Krankheitssymtome *„auf einen Aufbruch des Zwölffingerdarmgeschwürs hindeuten"* (Presseerklärung der Verteidiger Hugo Brentzel und Ulrich Fuhrmann vom 27.4.). Beim Amtsgericht Arnsberg wurde ein Antrag auf fachärztliche Untersuchung und Behandlung gestellt, worauf das Gericht erst nach Anmahnung die Verlegung von L.G. in das Anstaltskrankenhaus Bochum verfügte. L.G. lehnte dies jedoch ab, da bereits am 12.2.77 dort eine Fehldiagnose gestellt worden war und er befürchten mußte, daß er dort nicht adäquat behandelt wird. Stattdessen forderte er die Untersuchung und Behandlung durch einen Arzt seines Vertrauens - was jedoch bis heute abgelehnt wurde.

Zur Unterstützung seiner Forderung fand am 24.4. vor der JVA Werl eine „Krachaktion" der Knastgruppe Ossendorf („Zornige Antizellen") statt, an der sich ca.50 Personen beteiligten. Durch Hupen, Plakate und Winken machten sie auch andere Gefangene auf die Situation von L.G. aufmerksam. Ein unverhältnismäßig

teiligten. Durch Hupen, Plakate und Winken machten sie auch andere Gefangene auf die Situation von L.G. aufmerksam. Ein unverhältnismäßig

großes Polizeiaufgebot und zwei Hubschrauber versuchten, die Solidaritätskundgebung zu stören und aufzulösen. Die Bullen kreisten die Demonstranten ein und zogen mit MPs, wildem Fotografieren, Plakateabreißen und Personalienaufnahme ihren Terror ab. Bullenkommentar am Ort: Wer sich an einer solchen Aktion beteilige, sei auch schon zum Kreis der Terroristen zu zählen. Eine Woche später erhielten sämtliche an der Aktion Beteiligten eine gerichtliche Vorladung wegen Teilnahme an einer verbotenen Kundgebung.

Von welcher Seite der Terror tatsächlich ausgeht, zeigt sich auch daran, daß die Freundin von L.G. und die Knastgruppe Ossendorf seit der Aktion keine Besuchserlaubnis mehr erhalten mit dem Hinweis, seit der Aktion bestehe Alarmstufe II für den Sondertrakt BI.

FÜR EINE SOFORTIGE HAFTVERSCHONUNG FÜR LOTHAR GEND!
FÜR EINE BEHANDLUNG VON L.G. DURCH EINEN ARZT SEINES VERTRAUENS!
FÜR BESSERE HAFTBEDINGUNGEN, GEGEN JEDE ISOLATIONSHAFT!

KB-Sympathisanten Köln

Politische Verhöre Willkür Gesinnungsterror

Darmstadt
Am 2.Juni hob das Verwaltungsgericht Darmstadt das Ausbildungsverbot auf, das der hessische Kultusminister Krollmann (SPD) gegen drei Lehramtskandidaten verhängt hatte. Die drei Betroffenen, Peter K. (ehemaliger ASTA-Vorsitzender der Uni Marburg), Margitta H. und Helga H. mußten zweieinhalb Jahre auf diesen Prozeß warten. Die Mitgliedschaft in einer Partei, die von den Behörden für verfassungsfeindlich gehalten wird und die Nichtbeantwortung der Frage nach der Parteimitgliedschaft, so argumentierte das Gericht, könne für eine Ablehnung einer Aufnahme in den Vorbereitungsdienst nicht ausreichen.

Marburg
Anfang Juni sind in Marburg die Studenten des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften in einen einwöchigen Vorlesungsstreik getreten. Sie protestieren damit gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen als Folge von drohenden Berufsverboten gegen den Diplomsoziologen A.E. und den Tutor P.S. Beide dürfen ihre Tätigkeit an der Uni wegen der gegen sie eingeleiteten "Anhörungsverfahren" nicht aufnehmen.

Freiburg
Ein Freiburger Gericht verurteilte den Sprecher der Freiburger Bürgerinitiative gegen Berufsverbote, Norbert M., zu 300 DM Geldstrafe wegen "übler Nachrede". N.M. hatte den Regierungsdirektor Waldenspuhl als "Spezialist für verfassungswidrige Verhörtechniken" bezeichnet.

Konstanz
Dem Diplompsychologen Dieter B. droht an der Universität Konstanz ein Berufsverbot. B. war im Januar als wissenschaftlicher Angestellter in Konstanz eingestellt worden. Sein Arbeitsvertrag wurde hierbei auf 6 Monate befristet. Begründung: seine Verfassungstreue müsse überprüft werden. Jetzt erhielt B. ein neues Schreiben von der Universität, in dem seine Weiterbeschäftigung davon abhängig gemacht wird, daß Zweifel an seiner Verfassungstreue ausgeräumt würden. Diese "Zweifel" stützen sich auf ein anonymes(!) Schreiben, in dem behauptet wird, er sei zeitweilig (!) DKP- und MSB- Mitglied gewesen. Darüber hinaus wird in dem Schreiben behauptet,B. sei 1974 wegen Teilnahme an einer Aktion an der Bonner Uni zu 400 DM Geldstrafe verurteilt worden. Ist dies allein schon eine Ungeheuerlichkeit, kommt noch die Tatsache hinzu, daß B. damals rechtskräftig freigesprochen wurde.

Hamburg
Das Hamburger Verwaltungsgericht hat in drei Fällen die Berufsverbotepraxis des Senats der Stadt als rechtswidrig zurückgewiesen. Die Klage der drei Lehrer Gustav D., Ingeborg K. und Uwe P. wurde durch das Gericht voll entsprochen, indem die von der Behörde ergangenen Bescheide zur Einleitung von Berufsverboten aufgehoben wurden.

Hamburg
Der Hamburger Senat hat ein Berufsverboteverfahren gegen die Regierungsassistentin z.A. am Hamburger Finanzamt für Kraftfahrzeugsteuern, Petra G., eingeleitet. Ihre "Verfassungstreue" wurde in einem Anhörungsverfahren in Zweifel gezogen, weil sie es ablehnte, die Frage nach einer möglichen Zugehörigkeit zur DKP oder SDAJ zu beantworten.

Augsburg
Der Bayrische Verwaltungsgerichtshof hat jetzt drei Berufsverbote für Lehrer in der 2. Instanz zurückgewiesen und gleichzeitig eine weitere Revision in der 3. Instanz nicht zugelassen. Ob die drei Lehrer jetzt wieder unterrichten dürfen, ist nicht raus. Denn laut Bundesverfassungsgericht dürfen die Gerichte der Schulverwaltung die Einstellung von Nachwuchslehrern nicht unmittelbar verordnen,*"da das den Ermächtigungsspielraum der Exekutive einschränken würde."*

Es ist jetzt also lediglich die Weisung an die Schulbehörde gegangen, den Antrag der 3 "neu zu verbescheiden". Ob und wie die Behörde nun entscheidet, ist ein anderes Problem.

Es ist aber trotzdem ganz interessant, noch einmal kurz die Be-

blem.
Es ist aber trotzdem ganz interessant, noch einmal kurz die Be-

gründungen der nunmehr drei Jahre dauernden Ablehnung zu rekapitulieren: Kandidatur auf einer Liste "Demokratische Front" an der Uni, Teilnahme (!) an Berufsverboteveranstaltungen, womit sie das *"Eindringen von Verfassungsfeinden in den öffentlichen Dienst"* befürwortet hätten, Teilnahme an Vietnam-Demonstrationen und an Prozessen gegen Teilnehmer dieser Demos. Bei einer betroffenen Lehrerin kam außerdem noch hinzu, daß sie eine zeitlang in derselben Wohngemeinschaft lebte, in der auch ein Vorsitzender eines "illegalen" (nach dem Bayrischen Hochschulgesetz ist die Verfaßte Studentenschaft abgeschafft) ASTA sein Zimmer hatte.

Dieselbe Lehrerin wurde aufgrund eines Urteils kurze Zeit wieder als Lehrerin zugelassen. Hierbei ließ sich die Schulbehörde etwas Besonderes einfallen. Diese Lehrerin bekam bei jeder Stunde, die sie gab, einen Aufpasser mit in den Unterricht. Diese "Doppelbesetzung" sollte dem *"Schutz der Schüler vor einer nicht verfassungstreuen Lehrkraft"* dienen. Abgesehen von der psychischen Belastung wurde hier eindeutig das Urteil schon vorweggenommen und die Kollegin indirekt aufgefordert, selbst zu kündigen. (Süddeutsche Zeitung, 2.6. und Nürnberger Nachrichten, 3. 6.)

Oldenburg
Die Oldenburger Regierung hat den Pädagogen Gernot K. mit sofortiger Wirkung vom Dienst suspendiert. Er unterrichtet seit acht Jahren an der Grundschule in Grabstede und ist Kontaktlehrer an der Universität Oldenburg, d.h. er betreut Studenten während ihrer praktischen Ausbildung.*"Auf insgesamt sieben Seiten listet die Schulabteilung in rund 70 Einzelposten unter Angabe von Ort und Datum genau auf, durch welche Aktionen K. gegen das niedersächsische Beamtengesetz verstoßen haben soll."* ("Nord-West-Zeitung", 2.6.77). Die Einzelvorwürfe zeigen dann auf, daß wiederum auf Materialien des Verfassungsschutzes zurückgegriffen wird, was laut Bundesverfassungsgerichtsurteil "eigentlich" nicht erlaubt ist. So wird ihm der Verkauf der "KVZ" vorgeworfen oder die Teilnahme an Demonstrationen des KBW Hinzu kommt die Teilnahme an Anti-Fahrpreisaktionen, die Verurteilung wegen "Verleumdung und übler Nachrede", weil er während des Bundestagswahlkampfes ein Plakat mit den Unterschriften zweier Abgeordneter geklebt hatte usw. Hauptvorwurf ist allerdings, daß er diese Aktivitäten alle als KBW-Mitglied unternommen habe.



Es gibt in der BRD keine Berufsverbote. Auch keine Gesinnungsschnüffelei. Auch werden keine Beamten entlassen, die Linksbewegungen angehören. Dieser sensationellen Aussage des Vorsitzenden der Innenministerkonferenz Kurt Neubauer (SPD) tritt die Broschüre entgegen. Aus dem Inhalt:

- PSU (Frankreich) ergreift Initiative für ein Russell-Komitee über die Repressionen in der BRD.
- Kritik des Auslandes – Bundesregierung antwortet mit chauvinistischer Hetze
- Meinungsterror und Gesinnungsschnüffelei – einige Beispiele

64 Seiten
Format A5
DM 2,50



»Rotstift« beim NDR: Rationalisierungswelle läuft an!

Am 3. Juni mußten die Kollegen des NDR aus der Presse erfahren, daß die Direktorenkonferenz am 2. Juni ein Einsparungsprogramm beschlossen hat, dem vor allem die Bildungs- und Kursus-Programme im 3. Programm zum Opfer fallen sollen. Damit sehen sich die Kollegen nicht mehr nur der ständigen politischen Pression und Zensur ausgesetzt, sondern müssen nun auch den Verlust ihrer Arbeitsplätze befürchten.

Eingeleitet wurde dieser Rationalisierungsplan, an dessen Ende eine noch nicht abzusehende Zahl von zerstörten Arbeitsplätzen stehen soll, von der schleswig-holsteinischen Landesregierung und dem Präsidenten des Landesrechnungshofes, der in seinem NDR-Prüfungsbericht Kritik an der „Wirtschaftsführung" geübt hatte. Der Präsident kam zu dem Ergebnis, daß *„...bei einer engeren Anpassung des Vergütungssystems des NDR an die Besoldungs- und Tarifentwicklung im öffentlichen Dienst Einsparungen im Personalkostenbereich möglich gewesen wären."* („Frankfurter Rundschau", 3.6.77).

Stoltenberg forderte: *„...wesentlich nachhaltigere Anstrengungen"*, um *„durch eine effektive Organisation und Sparweise die Anstalt und ihre Mitarbeiter vor einer gefährlichen Krise zu bewahren."* („FR", 3.6.77).

ihre Mitarbeiter vor einer gefährlichen Krise zu bewahren." („FR", 3.6.77).

Begründet werden diese Maßnahmen mit der angeblich schlechten finanziellen Situation des NDR, der 1975 mit einem Defizit von 34 Mill DM abgeschlossen haben soll. Die „Frankfurter Rundschau" berichtete dann auch am 3. Juni von der Direktorenkonferenz u.a.:

„Das meiste Geld im NDR verschlingen die Personalkosten. Im vergangenen Jahr lag deren Anteil am Gesamthaushalt bei 57 Prozent. Im Jahre 1980 sollen es nach einer Hochrechnung bereits 88 Prozent sein."

Angesichts solcher „Alarmmeldungen" ergäbe sich doch vielleicht der Vorschlag, von den 3.200 NDR Mitarbeitern bis 1980 ein Drittel rauszuschmeißen - oder? Geradezu zurückhaltend nehmen sich dagegen die von Intendant Neuffer (SPD) beschlossenen Maßnahmen aus:

1. Entlastung des NDR von Zahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs unter den ARD-Anstalten (jährlich sind das 25 Mill. DM).
2. Herabsetzung des NDR-Anteils am ARD-Fernsehprogramm von derzeit 20 auf 19 %.
3. Einstellung der Schulfernseh-Produktion, falls die Kosten dafür nicht von den Vertragsländern (Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein) übernommen werden.
4. Einstellung der Produktion von Schulfunk-Begleitheften.
5. Prüfung der mit der Einführung der Hörfunkwerbung in einem 4. Programm verbundenen Folgen.
6. Prüfung der zeitlichen Einschränkung des 3. Fernsehprogramms.

(„Frankfurter Rundschau", 6.6.77). Während Intendant Neuffer behauptet: *„Die freiwerdende redaktionelle und produktionsmäßige Kapazität soll für verstärkte Eigenproduktionen in anderen Bereichen eingesetzt werden."* (Hausmitteilung Nr. 5), weiß die „FR" zu berichten, daß allein durch die Einstellung des Schulfernsehens zwölf Redakteure mit Kündigung zu rechnen hätten („FR", 3.6.77).

Es deutet alles darauf hin, daß das ganze ein propagandistisches Begleitkonzert für eine beginnende massive Rationalisierungspraxis im NDR darstellt mit zweierlei Absicht:

1. Eine generelle Verunsicherung der NDR-Kollegen herbeizuführen, in der sich j e d e r um seinen Arbeitsplatz besorgt sieht;

NDR-Kollegen herbeizuführen, in der sich j e d e r um seinen Arbeitsplatz besorgt sieht;

2. In diesem Einschüchterungsklima die jetzt angekündigten Maßnahmen als geradezu „besonnen", aber „unausweichlich" erscheinen zu lassen, um einem zu erwartenden Widerstand gleich den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Gelingt dem NDR-Verantwortlichen dieser Plan, sind weitere Angriffe zu erwarten. Intendant Neuffer ist zur Durchsetzung dieser Linie derzeit der geeignete Mann, konnte er sich doch in letzter Zeit unter dem Licht der klotzigen CDU-„Rotfunk"-Kampagne als „Wahrer der Rundfunkfreiheit" profilieren, der sich vor „seine Mitarbeiter" in den Redaktionen gestellt hat.

Am 6. Juni haben die Kollegen auf diese Angriffe reagiert. Auf einer Mitarbeiterversammlung der von den j e t z i g e n Sparmaßnahmen betroffenen Abteilungen verabschiedeten sie einen Brief an den Intendanten, in dem sie gegen die Maßnahmen protestieren. Sie kritisierten dabei vor allem die Taktik Neuffers, erst die Presse zu informieren, aus der die Kollegen dann die Informationen bekamen:

„...Gegen dieses Verfahren protestieren die Mitarbeiter der Hauptabteilung Bildungs- und Kursusprogramm auf das entschiedenste. Dieses Verfahren hat zwangsläufig dazu geführt, daß die ‚Überlegungen' in der Presse als ‚zwingende Notwendigkeiten' hingestellt werden und – vor allem – daß die Mitarbeiter verunsichert werden und um ihren Arbeitsplatz fürchten. Wir verlangen nun eine rückhaltlose Information und Diskussion mit den Betroffenen über den Krisenplan." Die kommenden Auseinandersetzungen werden zeigen, ob es den Kollegen gelingt, die „Salamitaktik" der NDR-Leitung zu durchkreuzen, was davon abhinge, die Diskussion über den Rahmen der d e r z e i t Betroffenen hinaus auf weitere Kreise zu verbreitern. Sowohl der Betriebsrat, der Redakteursausschuß, als auch die Gewerkschaften RFFU (Rundfunk- Film und Fersehunion im DGB) und DAG sollten hier in die Pflicht genommen werden. Die erste Stellungnahme der RFFU läßt in dieser Hinsicht nichts Gutes erwarten:

„Sie befürchtet Entlassungen und fordert statt Programmkürzungen höhere Rundfunk- und Fernsehgebühren" („Hamburger Morgenpost", 7.6.77). Nicht nur, daß die RFFU da-

höhere Rundfunk- und Fernsehgebühren" („Hamburger Morgenpost", 7.6.77). Nicht nur, daß die RFFU da-

mit im Widerspruch zur Mitarbeiterversammlung steht, die eben nicht bereit ist, den „Krisenplan" als „zwingende Notwendigkeit" anzuerkennen und erstmal Informationen fordert, – sondern die RFFU bietet als „Alternative" zur beabsichtigten Rationalisierungswelle einen weiteren Griff in die Tasche der werktätigen Bevölkerung. Das schafft nicht gerade die Solidarität über den NDR hinaus. Und überhaupt: Die NDR-Kollegen sind auch Gebührenzahler. Lautet der RFFU-Kampfruf jetzt „Gegen Rationalisierung: Lohn- und Gehaltskürzung"????

Nein zum Krisenplan!

Keine Rationalisierung auf Kosten der NDR-Kollegen!

Keine Rationalisierung auf Kosten der Informations- und Rundfunkfreiheit!

Medienkommission KB/Gruppe Hamburg



Neue Angriffe gegen das »Blatt«

Im Zuge der verschärften Hetze gegen die „Terroristen" nach dem Tod von Buback geriet auch das „Blatt" (Münchner Stadt Alternativzeitung) wieder einmal unter Beschuß.

Am 31.5. wurde im dritten Programm des Bayrischen Rundfunks (BR) in der Sendung „Aktuelles Studio" ein Film über das „Blatt' gezeigt. Diese Sendung, die dem „Blatt" gegenüber als „Blatt-Portrait" angekündigt worden war, diente einzig und allein der Diffamierung der Alternativzeitung als Beispiel für eine der „Terroristenansammlungen" in der BRD!

Kurz zum Hergang der Ereignisse:

Ein gewisser Grabert, freier Mitarbeiter des BR trat an das „Blatt" heran, um einen Film über die Zeitung zu drehen. Nach einigem Hin und Her gaben die „Blatt"-Redateure ihr Einverständnis. Zu ihrem großen Erstaunen allerdings wurden im Interview keinerlei Fragen über das Blatt selbst gestellt, sondern ausschließlich nach bewaffnetem Kampf, „Terroristen" und Buback-Mord gefragt. Hierdurch gewarnt, wie auch durch den Hinweis eines Fernsehreporters, daß der Film den ausschließlichen Zweck verfolge, das „Blatt" in die Terroristenecke zu drängen, wurden die Fragen des Interviewers nicht beantwortet, sondern nur noch ein erklärendes Statement abgegeben.

Die Sendung selbst übertraf dann noch die Befürchtungen: Eröffnet wurde sie mit den beiden angeblich exemplarischen Sätzen aus dem Göttinger Buback-Artikel. Es folgte ein Interview mit einem Vertreter des Tübinger AStA, der an den als „Buback-Attentäter" inhaftierten Sonnenberg Blumen geschickt hatte. Dann eine kluge Zwischenbemerkung des Moderators: So etwas gäbe es nicht nur bei ASten, sondern auch bei den sogenannten Stadtzeitungen. Dann folgte der „Blatt"-Film, und wieder Herr Dutzig, der Moderator, mit der verständnisvollen Bemerkung, einige Zuschauer würden sich jetzt sicher fragen, warum nicht einfach verboten wird. Zur Krönung des Abends schließlich ein Interview mit Herrn Trommeter, Chef des bayerischen Landeskriminalamtes, in dem er die Gelegenheit erhielt, sich ausführlichst über „Terroristen", deren „Geldbeschaffung" usw. auszulassen (es braucht wohl kaum noch gesagt zu werden, daß Äußerungen eines „Blatt"-Redakteurs, in denen dieser feststellt, daß sich das „Blatt" keineswegs vorwiegend mit Stadtguerilla befaßt, frech aus dem Film geschnitten wurden!).

Das „Blatt" hat in einem „Offenen Brief" an den Intendanten des BR zu diesen Vorfällen folgendes erklärt: *„Daß Herr Grabert sich bei uns trotzdem nur nach „Terroristen", Buback-Mord etc. erkundigte, hat Methode und kann getrost im Zusammenhang damit gesehen werden, daß z.B. der Polizeistaatsanwalt Dr. Gehrig, der bereits einige Prozesse gegen das BLATT geführt hat, bereits am 17.5., also zwei Wochen vor Sendetermin und eine Woche vor dem geplanten Sendetermin über den Film Bescheid wußte.*

Wir sind der Meinung, daß die ganze betreffende Ausgabe des „Aktuellen Studios" als eine public-relations-Sendung für das bayerische Landeskriminalamt bzw. für die Vorstellungen von innerer Sicherheit der bayerischen Regierung geplant und durchgeführt wurde. Dabei wurde das BLATT neben dem Tübinger AStA ganz offensichtlich als Aufhänger und Hintergrundmaterial ausgenutzt und mißbraucht!"

Inzwischen hat auch die Staatsanwaltschaft den „Wert" des Materials erkannt und beim Bayerischen Rundfunk bereits wegen des Films vorgesprochen! Wahrscheinlich geht es ihr dabei vor allem um das nichtveröffentlichte Bildmaterial! Im offenen Brief forderte das „Blatt" den Intendanten des BR auf, entsprechend dem Verhalten einer Itzehoer Zeitung das Material nicht herauszugeben (Diese Zeitung hatte sich erfolgreich geweigert, nach der Brokdorf-Demonstration vom 19.2. Bilder von Demonstranten der Polizei zu überlassen).

„Nachdem es der Presse in der BRD seitens des Staates immer schwerer gemacht wird, unbequeme Ansichten zu vertreten, und ebensolche Nachrichten zu veröffentlichen, ist es eines ehrenhaften Journalisten unwürdig, Informationen und damit den Informanten dem Staatsschutz zu übergeben." (Offener Brief)

KB-Sympathisanten München

»Fall Kraushaar«:

»Fall Kraushaar«:

NDR-Redakteur soll vor Gericht

Hamburg. Gegen den NDR-Redakteur Karl-Heinz Harenberg soll ein Gerichtsverfahren nach § 120 StGB eingeleitet werden. Harenberg hatte von einem Teilnehmer der Bundeswehr-Führungsakademie in Hamburg das Tonband mit der berüchtigten Rede des chilenischen Offiziers Kraushaar erhalten, in der dieser den Putsch der Faschisten verteidigt und Lobeshymnen auf die Junta gehalten hatte. Trotz Proteste aus der Öffentlichkeit unternahm die Bundeswehr nichts gegen Kraushaar.

Die Veröffentlichung der Rede durch Harenberg soll nunmehr nach § 120 StGB geahndet werden, der Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe vorsieht für den, der unbefugt *„das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf Tonträger aufnimmt oder eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem dritten zugänglich macht"* (nach „ED", 31/XI). Dies ist einmal mehr ein Fall von Unterstützung für die „freie Meinungsäußerung" von Faschisten durch die bundesdeutsche Justiz und ein massiver Eingriff in die Arbeit von Redakteuren und Journalisten, die ihre Aufgabe ernst nehmen, über solche Schweinereien eine Öffentlichkeit herzustellen!

SOFORTIGE EINSTELLUNG DES VERFAHRENS GEGEN HARENBERG!

Medien-Kommission KB/Gruppe Hamburg

München: Neue Vorstöße für CSU-Sender

Die CSU ist bekanntlich seit langem bemüht, aus dem Bayerischen Rundfunk (BR) einen CSU-Sender zu machen. Seitdem das Volksbegehren 1973 eine Privatisierung abgelehnt hat, werden zusehends fortschrittliche Redakteure ausgetauscht und vor allem leitende Posten mit strammen CSU'lern oder eindeutig CSU-Kurs steurenden Leuten besetzt. Wo das mal nicht möglich ist, werden kurzerhand neue übergeordnete Posten in CSU-Hand geschaffen. Hinzu kommt, daß die BR-Redakteure *„alle eine Art von Selbstzensur ausüben. Mit anderen Worten, es ist meistens gar nicht mehr nötig, daß der gut ausgerüstete und besetzte Kontroll- (sprich: Zensur) apparat tätig wird, denn die Journalisten schreiben von vornherein nur die Sachen, die eh genehmigt werden."* – so BR-Chefreporter Dagobert Lindlau (bekannt als Moderator des „Weltspiegel") anläßlich einer Veranstaltung der „Bürgerinitiative für Rundfunkfreiheit" am 28.4.77 in München.

Doch diese „Selbstzensur" reicht der CSU keineswegs aus:

Zum einen hat die CSU durch einen vorgeschobenen Journalisten Klage vor dem bayerischen Verfassungsgerichtshof angestrengt, um einen stramm rechten Privatrundfunk trotz Volksentscheids errichten zu können. Zum anderen wird laufend weiter gegen jeden noch verbliebenen fortschrittlichen Ansatz im BR gehetzt, ständig spricht die CSU von „nichtausgewogenen Sendungen". Das jüngste Beispiel spielte sich da wie folgt ab: Der Programmbereichsleiter des BR im Fernsehen, Schönhuber, hatte in einer Münchner Zeitung geschrieben, daß in den Spitzen der Medien *„nicht selten liberale Bildungsbürger eine Musik zulassen, bei der die Progressiven und Radikalen den Ton angeben und den Takt schlagen"*. Der „Bayernkurier" zog sofort nach und bezeichnete diese Verlogenheit als einen „vorzüglichen Artikel", und kam dann weiter zu der Feststellung, daß immer mehr Linke in die Rundfunkanstalten einzögen. Immer nach dem Motto, man muß lang genug eine unwahre Sache behaupten, dann werden einige schon dran glauben. Als der Bayerische Journalistenverband und der BR-Personalrat diese Hetze schärfstens zurückwiesen und der Chefredakteur im Fernsehen eine Beleidigungsklage androhte, mußte sich schließlich der Intendant Vöth Mitte Mai dieses Jahres entschließen, Schönhuber nach den „Beweggründen und Beweisen" seiner Äußerungen zu fragen, die allerdings natürlich nicht geliefert werden konnten.

Mit einer bloßen Mißbilligung des Hauptabteilungsleiters Schönhuber durch den Intendanten wurde die Angelegenheit vorerst leider schon erledigt. (Alle Angaben nach „Süddeutsche Zeitung", 3.6.77).

KB/Gruppe Nürnberg

Betrieb und Gewerkschaft





Metall

Betriebsärzte in der BRD

Nur olympiareife Arbeiter haben eine Chance



Ihr Glück, daß der Maschine nichts passiert ist!

Vor zwei Jahren trat das Arbeitssicherheitsgesetz in Kraft, das die Betriebe verpflichtete, Werksärzte einzustellen oder sich an überbetrieblichen werksärztlichen Zentren zu beteiligen.

Ist damit tatsächlich „ein Beitrag zur Humansierung der Arbeitswelt" geleistet worden, wie damals die SPD- und DGB-Führung behaupteten?

In den Nachkriegsjahren trat der DGB gegen per Gesetz verordnete Werksärzte mit der Begründung auf, daß solche Betriebsärzte eher die Vollstrecker eine „biologischen Selektion für die nächste Rezession" (alle Kranken fliegen in der nächsten Rezession raus) sind als Behüter der Gesundheit der Kollegen. Diesen Standpunkt gab der DGB Anfang der 60er Jahre auf und forderte angesichts der steigenden Unfallzahlen selbst ein Betriebsärztegesetz, das dann auch vor zwei Jahren verabschiedet wurde.

Auf einer Arbeitstagung der IG-Metall am 31.März und 1.April dieses Jahres versuchte die IGM-Führung eine Bilanz der bisherigen Arbeit der Betriebsärzte zu ziehen. Inhaltlich kam selbst IGM-Vorstandsmitglied Janzen zum Schluß, den der DGB Anfang der 50er Jahre vertreten hatte. Janzen sprach allerdings von Anlaufschwierigkeiten und daß Fehlentwicklungen eingeleitet wurden. Dazu wurde kritisiert, daß es viel zu wenig Betriebsärzte gibt: Ende 1976 gab es insgesamt 2 300. Die kassenärztliche Vereinigung schätzt selber, daß noch 7 000 bis 9 000 gebraucht werden. Um diesen Bedarf zu decken, werden Ärzte in einem 14tägigen Schnellkursus vorläufig zu Arbeitsmedizinern gemacht.

Nur: Arbeiten die Werksärzte für die Gesundheit der Arbeiter ?

Janzen selbst sagte dazu„ *„daß manche Unternehmensleitungen mit Hilfe des Betriebsarztes versuchten, geradezu olympiareife Belegschaften zusammenzustellen."* Betriebsärzte werden nämlich vor allen für Einstellungsuntersuchungen benutzt, um jeden gesundheitlich geschädigten Arbeiter oder Angestellten von vornherein auszusieben. So haben heute Kollegen, die durch frühere Tätigkei-
rein auszusieben. So haben heute Kollegen, die durch frühere Tätigkei-
ten Schäden erlitten haben, kaum noch Chancen, wieder eingestellt zu werden. Eine besondere Schweinerei ist es, daß bei einigen Betriebsärzten Frauen vor der Einstellung einen Schwangerschaftstest machen müssen.

Auch bei laufenden Untersuchungen im Betrieb wird nicht etwa untersucht, wie gesundheitsgefährdende Arbeiten abgestellt werden können, sondern werden gesundheitlich bereits geschädigte Kollegen ermittelt, die dann im besten Fall an einen anderen Arbeitsplatz versetzt oder gleich gekündigt werden (aus „persönlichen Gründen"). Es ist gar nicht ungewöhnlich, daß Kollegen, die häufiger krank waren, zum Betriebsarzt bestellt werden, damit untersucht wird, ob der Kollege für den Betrieb überhaupt noch tauglich ist. Besonders gut klappt das in einigen Großbetrieben mit eigenen Betriebskrankenkassen. Dort muß der Kollege eine Bescheinigung unterschreiben (freiwillig), daß der Werksarzt Einsicht in die Krankenakte nehmen
(freiwillig), daß der Werksarzt Ein- sicht in die Krankenakte nehmen
darf. Vielfach wird das sogar ohne Wissen des Kollegen gemacht.

Weiterhin sind viele Betriebsärzte dazu verpflichtet, die Einhaltung der Alkoholverbote im Betrieb zu kontrollieren und dafür bei den Arbeitern Alkoholtests durchzuführen, um „Säufer" zu ermitteln und rauszuschmeißen (siehe AK 101).

An diesen Punkten wird wohl schon deutlich, daß Werksärzte ausschließlich den Zielen der Kapitalisten nützen und keinen Schritt zur Sicherung der Gesundheit der Kollegen bedeuten. (Angaben u.a. aus „Presse- und Funknachrichten der IG Metall" vom 6./7.4.77). Und das bei einer selbst im Vergleich mit anderen kapitalistischen Staaten hohen Quote an Unfällen und Berufskrankheiten. Im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie steht die BRD im westeuropäischen Vergleich hinsichtlich der Unfallhäufigkeit auf Platz zwei. Mit 113 Unfällen je 1Mio. Arbeitsstunden lag sie 1973 weit über dem Durchschnitt der EG-Staaten (103). Noch immer erleidet etwa jeder zehnte Beschäftig-
der EG-Staaten (103). Noch immer erleidet etwa jeder zehnte Beschäftig-
te einmal im Jahr einen Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit. Vor allem steigt die Zahl der Berufskrankheiten immer mehr (siehe Tabelle).

Für männliche Arbeiter sinkt die Lebenserwartung Jahr für Jahr. Weniger als die Hälfte aller Arbeiter erreicht einigermaßen gesund das 60. Lebensjahr, die meisten scheiden wegen Berufsunfähigkeit oder Erwerbsunfähigkeit schon früher aus dem Berufsleben aus.

	Angezeigte Berufskrankheiten	Davon Lärmschwerhörigkeit
1966	26 061	903
1967	26 217	1 123
1968	25 793	1 192
1969	27 427	1 833
1970	25 960	2 007
1971	27 200	3 163
1972	30 273	4 606
1973	32 827	6 337
1974	36 194	9 890

Die Tabelle gibt nur die Zahl der angezeigten Berufskrankheiten an. Die tatsächliche Zahl liegt im Dunkeln, dürfte aber ein Vielfaches der angegebenen Fälle ausmachen. Das zeigt z.B. das Ausmaß der Lärmschwerhörigkeit, das nicht daran liegt, daß es jetzt lauter geworden ist, sondern daß mehr Fälle erkannt werden. Aber auch diese Zahlen enthalten vermutlich nur einen Bruchteil aller durch Lärm am Arbeitsplatz verursachten Gesundheitsschäden, denn bislang gibt es keine bundesweiten Kontrolluntersuchungen aller gefährdeten Arbeiter. Als gefährdet gelten alle Arbeiter, die in Bereichen ab 90 dB (A) arbeiten. Dieser Wert ist völlig willkürlich festgelegt. „Nach Schätzungen aus dem Bereich der metallverarbeitenden Industrie müßten bei einem Richtwert von 85 dB (A) etwa 80 %, bei 90 dB (A) aber nur etwa 15 % der Arbeitnehmer überwacht werden" (Aus: Rolf Kasiske, Gesundheit am Arbeitsplatz).

Die Haltung der Gewerkschaftsführer zur Massenarbeitslosigkeit

Angesichts der Tatsache, daß sich die Zahl der Arbeitslosen nun schon im dritten Jahr um die Millionengrenze bewegt, sind jetzt wohl die letzten Hoffnungen verflogen, daß es sich hierbei um ein kurzfristiges, konjunkturelles Problem handelt. Stattdessen steht fest, daß Massenarbeitslosigkeit wieder dauerhaft zum Erscheinungsbild des westdeutschen Kapitalismus gehört. Sicher ist außerdem, daß sich die Zahl von derzeit etwa einer Million Arbeitslosen nicht verringern sondern zukünftig noch erheblich erhöhen wird. Diese Tatsache ist auch DGB-Chef Vetter bewußt:

„Wenn nichts entscheidendes geschieht, können wir in eine Arbeitslosigkeit hineingeraten, die die Zahl eine Million verblassen läßt" („Frankfurter Rundschau", 31.5.).

Nach Meinung des Leiters der Abteilung Automation beim IG Metall-Vorstand, Friedrichs, werden zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung mindestens drei Millionen zusätzliche Arbeitsplätze benötigt. Der Gewerkschaftsvorstand geht dabei davon aus, daß (neben den derzeit eine Million Arbeitslosen) durch Rationalisierungensmaßnahmen weitere 1,17 Mill. Arbeitsplätze vernichtet werden. Zusätzlich zu den in der Industrie anstehenden Entlassungen, zeichnet sich in den Büros eine massenhafte Arbeitsplatzvernichtung ab. Nach Meinung der IG Metall bestehen in den Büros je nach Einzelfall „Rationalisierungsreserven" von 20 bis 90 Prozent! Durch das Vordringen der „Mikro-Elektronik" wird diese Entwicklung in einem noch nicht vorstellbaren Maße beschleunigt!

„Zu befürchten sei, daß Arbeitsplätze dahinschmölzen wie Schnee in der Sonne. Es gebe Schätzungen, nach denen der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes durch die Mikroelektronik die Vernichtung von fünf alten Arbeitsplätzen gegenüberstehe" („Technologie-Tagung der IG Metall 1977").

Es ist klar, daß diese Entwicklung den westdeutschen Gewerkschaftsführern auf besondere Art „Sorge" bereitet. Denn ihr Kurs der Anpassung und „Sozialpartnerschaft" schließt die Möglichkeit, Rationalisierungen und Entlassungen grundsätzlich zu bekämpfen, aus. Den besten Beweis hierfür gab die Automobilindustrie, wo tausende von Arbeitern mit dem Segen der Gewerkschaftsführer auf die Straße flogen, weil es sich aus der Sicht der Kapitalisten um „notwendige Schrumpfungsprozesse" in diesem Industriebereich handelte. Nach dem gleichen Schema wird heute von den Gewerkschaftsoberen der Abbau von Arbeitsplätzen auf den Werften und in der Stahlindustrie als „objektiv notwendig" anerkannt. „Gekämpft" wird nur, und auch dann hauptsächlich mit dem Maul, wenn sogenanntes Mißmanagement zu Entlassungen führt. Aber nicht nur Schrumpfungsprozessen, sondern auch Rationalisierungen stehen die Gewerkschaftsführer „aufgeschlossen" und nicht als „Maschinenstürmer" gegenüber. IGM-Vorsitzender Loderer: *„Wir sind uns dabei im klaren darüber, daß es nicht darum gehen kann, das Rad des technischen Fortschritts zurückzudrehen. Wir brauchen den Fortschritt nicht nur, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer (!) Wirtschaft in der weltweiten Arbeitsteilung (!?) zu erhalten. Wir wollen ihn nutzen, um die Qualität des Lebens aller Arbeitnehmer in Zukunft zu verbessern"* („Metall" 11/77).

Der zweite IGM-Vorsitzende Mayr ist sogar davon überzeugt, daß die



Mit 2,5 Prozent weniger Arbeitskräften produzierte die deutsche Industrie im vergangenen Jahr 7,2 Prozent mehr Waren. Am stärksten gestiegen ist die Produktion je Beschäftigten in der Papier- und Pappeerzeugung (plus 25,4 %) und in der NE-Metall-Industrie (plus 24,6 %).

Fortsetzung von Seite 13

„Arbeitnehmer wüßten, daß die Regierung neue technologische Entwicklungen sogar fördern müsse" („Metall Pressedienst", 21.4.).

Hier werden von den IGM-Führern in bekannter demagogischer Art die Tatsachen auf den Kopf gestellt. Denn kapitalistische Rationalisierung hat n o c h n i e zur „Humanisierung der Arbeitswelt" und zu einer Verbesserung der „Qualität des Lebens" geführt; im Gegenteil, Massenarbeitslosigkeit und steigende Arbeitshetze waren noch i m m e r die Folgen. Die Gewerkschaftsvorstände sind natürlich nicht so blöd, diesen Zusammenhang nicht zu erkennen.

Den Gewerkschaftsstrategen ist andererseits aber auch klar, daß sie die Massenarbeitslosigkeit nicht völlig untätig hinnehmen können, da sie sonst Gefahr laufen, mit ihrer Politik voll abzuwirtschaften. Aus diesem Grund fallen gegen die Auswirkungen einer von ihnen akzeptierten Entwicklung ab und zu wortradikale Sprüche.

Der IG Metall-Vorstand ist hier besonders aktiv. Loderer bezeichnete die Arbeitslosigkeit *„als krasseste Form der Inhumanität"* und Mayr warf den Unternehmern vor, *„sie betrieben systematisch Beschäftigungsabbau"*, und er versprach, *„die gegenwärtige Massenarbeitslosigkeit wird von uns nicht hingenommen"* („Metall", 11/77).

Die augenblickliche, prekäre Situation auf dem Arbeitsmarkt und die nicht eben optimistischen Prognosen für die kommenden Jahre führt die DGB-Führer sogar zu Überlegungen, die in der Regel mit Unvereinbarkeitsbeschlüssen belegt werden.

DGB-Chef Vetter: *„Wenn die Marktwirtschaft nicht in der Lage ist, die Vollbeschäftigung wiederherzustellen, dann muß sich diese Marktwirtschaft die Frage stellen lassen, ob sie als Ordnungssystem dieser Wirtschaft für die Zukunft unverändert vertretbar ist"* („Welt der Arbeit", 4.2.).

Doch so kämpferisch die Gewerkschaftsvorstände bisweilen in Worten auftreten, so wenig haben sie in Taten vorzuweisen.

Das inzwischen von der Bundesregierung verabschiedete 16-Milliarden-Investitionsprogramm bezeichnete Vetter „als einen ersten Schritt!" Gewiß, es fragt sich nur wohin. Denn schon einmal hat die Bundesregierung ein Investitionsprogramm vorgelegt, das von den Kapitalisten nicht zur Arbeitsplatzschaffung, sondern zur Arbeitsplatzvernichtung benutzt wurde. Um die Wiederholung einer derartigen Entwicklung beim jetzt laufenden Investitionsprogramm möglichst zu vermeiden, fordern die DGB-Führer „Erfolgskontrollen", öffentliche Auflagen und für sich selber Kontrollrechte durch paritätische Mitbestimmung auf allen Ebenen wirtschaftlicher Entscheidungen. Forderungen also, die den Arbeitern noch nie nutzten und von denen die Kapitalisten nichts zu befürchten haben. Der DGB-Vorstand erklärt denn auch ganz blauäugig: *„Wir wollen mitreden, wann, in welchem Umfang und mit welchen Folgen rationalisiert wird"* („WdA", 29.4.).

Im März d.J. trat das IGM-Vorstandsmitglied Janzen mit der Forderung nach einem Vollbeschäftigungsgesetz an die Öffentlichkeit. Nach seiner Meinung müsse ein solches Gesetz sicherstellen, daß alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz-, Forschungs-, Bildungs- und Sozialpolitik auf das Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet werden („Metall-Pressedienst", 1.3.).

Ebenfalls ein Vorschlag, der gut klingt, aber nichts bringt. Zu einem solchen Gesetz wird es erstens nicht kommen, und zweitens würden sich die Kapitalisten genausowenig daran halten wie an das in manchen Bundesländerverfassungen verankerte „Recht auf Arbeit".

Der neueste Trichter, auf den die Gewerkschaftsführer im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" gekommen sind, heißt „Arbeitszeitverkürzung": *„Um das Recht auf Arbeit verwirklichen zu können, wird die stufenweise Einführung der 32-Stunden-Woche gefordert, die Verlängerung des Jahresurlaubs, der Abbau von Überstunden und eine Ausdehnung der schulischen Ausbildungszeit"* (IG Metall-Angestelltenkonferenz)

Hierzu ist zu sagen, daß die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung richtig ist als Mittel, um der zunehmenden Arbeitshetze und Akkordschinderei durch längere Erholungszeiten entgegenzuwirken. Falsch bzw. sogar demagogisch wird die Forderung jedoch, wenn sie den Kampf gegen Stillegungen und Entlassungen ersetzen soll. Dadurch wird die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung zum Ablenkungsmanöver, und genau das wollen die Gewerkschaftsführer bezwecken. Zudem meinen sie es aber auch mit der Arbeitszeitverkürzung nicht ehrlich. Das beweist zum einen der Metall-Tarifabschluß 1976:

Obwohl schon damals die Arbeitslosigkeit bei über einer Million lag, gab man sich mit einem Tag Urlaub mehr (ab 1977 bis Ende 1978) zufrieden. Und wie soll es nach Ansicht der IG Metall-Strategen weitergehen im „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit"? *„Ob erste Forderungen schon in der Tarifrunde 1978 zu erwarten sind, läßt der Tarifexperte Mayr ebenso offen wie die Frage, ob beim Urlaub angefangen oder eine andere Art der Arbeitszeitverkürzung verlangt wird"* („FAZ", 27.5.).

Sicher ist nur, daß auf dem bevorstehenden IGM-Gewerkschaftstag lang und breit über das Thema debattiert werden wird, aber konkrete Schritte zur Durchsetzung sind nicht zu erwarten.

Würden die Gewerkschaftsführer tatsächlich Arbeitszeitverkürzungen anstreben, gäbe es auch heute schon geeignete Mittel, z.B. durch die Organisierung eines breiten Überstundenboykotts. Stattdessen bilden die Verweigerung von Sonderschichten bei Opel die Ausnahme.

Die Gewerkschaftsführer sind nach wie vor weder willens noch in der Lage, gegen Massenentlassungen und Arbeitslosigkeit entschieden zu kämpfen. Ihr einziges Interesse liegt in der Verhinderung einer Radikalisierung, die auch ihnen langfristig schaden könnte.

Für die Arbeiter ergibt sich daraus die Konsequenz, im selbständigen Kampf sowohl Arbeitszeitverkürzungen durchzusetzen, als auch Stillegungen und Entlassungen zu verhindern.

Metall-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Streik bei SKF

Am 1. Juni ging ein Streik der 2.000 Arbeiter und einem Teil der Angestellten im Werk Stuttgart-Bad Cannstatt der SKF Kugellagerfabriken zu Ende.

Die Arbeiter hatten nach einer Betriebsversammlung am 27. Mai die Arbeit niedergelegt. Auf der Betriebsversammlung wurde angekündigt, daß der Rollenbau ab 22 mm in das Schweinfurter Werk verlegt werden soll. Dabei hatte die Geschäftsleitung noch Ende letzten Jahres erklärt, daß bis 1979 kein Produktionsabbau stattfinden wird.

In den SKF-Werken sind in den letzten fünf Jahren über 25 % der Kollegen auf die Straße gesetzt worden. Heute arbeiten bei SKF nur noch 12.000, davon 2.600 in Stuttgart-Bad Cannstatt.

Bereits im Oktober letzten Jahres protestierten im Schweinfurter Werk 2.000 Arbeiter gegen geplante Entlassungen mit einem mehrstündigen Streik und einer Demonstration in die Stadt. Die Schweinfurter Kollegen konnten damals die Entlassungen vorläufig verhindern, ließen sich dafür aber auf Kurzarbeit ein.

Auch der Streik in Stuttgart-Bad Cannstatt brachte den Arbeitern nicht gerade einen großen Erfolg. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, daß die Zylinderrollenfertigung nach Schweinfurt verlegt wird, aber die dort beschäftigten 71 Arbeiter an gleichwertigen Arbeitsplätzen beschäftigt werden und ihr Lohn nicht abgebaut werden darf...

Das Ziel des Streiks (Erneuerung der vor Jahresfrist gegebenen Zusage der Geschäftsleitung, daß bis 1979 kein Produktionsabbau stattfinden wird) wurde nicht erreicht.

Metall-Kommission

Chemie

Tarifbetrug in Rheinland-Pfalz

In einem Nacht- und Nebelabschluß am Wochenende des 4. und 5. Juni haben die Gewerkschaftsführer der IG Chemie mit den Kapitalisten den Tarifvertrag abgeschlossen. Ergebnis: 7% mehr Lohn und Gehalt ab 1. Mai 77; zuzüglich DM 165,- für den Monat April. Die Kollegen der BASF erhalten allerdings DM 175,- im April.

Vorausgegangen ist diesem Verrat eine ungeheure Mobilisierung, insbesondere der Kollegen der BASF, durch die IG Chemie-Führung für einen Streik. Zu dieser Mobilisierung gehörten während der ganzen Verhandlungsdauer seit April Demonstrationen, Vertrauensleuteversammlungen, Betriebsversammlungen, Lawinen von Flugblättern und ganz zum Schluß die Urabstimmung, in der sich 82,5% der Kollegen in Rheinland-Pfalz für Streik aussprachen. (s. Berichterstattung im AK 105). Diese Streikmobilisierung sollte nach Angaben der IG Chemie-Führung dazu dienen das „Lohndiktat" der Unternehmer zu durchbrechen (Hans Schweitzer, Bezirksleiter der IG Chemie). Unter dem „Lohndiktat" verstanden die Gewerkschaftsführer den 7%-Abschluß in Nordrhein und Hessen. Nun, das Lohndiktat ist durch den Abschluß nicht durchbrochen worden, es stand auch nicht in der Absicht der Gewerkschaftsführer, das Lohndiktat zu durchbrechen. Absicht der Gewerkschaftsführung war es , den Kampfgeist der Kollegen insbesondere bei BASF zu lähmen. Wie wir schon im letzten AK näher ausführten, haben die Kollegen von BASF seit 1973 zu jeder Tarifrunde Kampfmaßnahmen durchgeführt. Diese Kampfbereitschaft sollte in dieser Tarifrunde gebrochen werden. Daran hat sich nicht nur die Gewerkschaftsführung beteiligt, sondern gerade die BASF-Geschäftsleitung hat ihren Anteil dazubeigetragen (s. AK 105). Am 7. und 8. Juni mußten die Kollegen nochmals abstimmen, diesmal, ob sie den Tarifvertrag annehmen. Das Ergebnis zeigte bereits deutlich, daß die Resignation bei vielen Kollegen bereits eingesetzt hat: Lediglich 62% beteiligten sich an dieser „Urabstimmung", von diesen entschieden sich 64,4% für die Annahme des Tarifvertrags, d.h. effektiv entschieden sich nur 39,9% der Kollegen für den Tarifvertrag, aber das störte die Gewerkschaftsführung keineswegs, der Tarifvertrag ist damit angenommen. Bei BASF entschieden sich sogar 67,1% der abstimmenden Kollegen für den Tarifvertrag, ganz sicher ein Ergebnis des Spaltungsversuchs der Gewerkschaftsführung, den sie mit der höheren April-Prämie für BASF durchführte.



7/77

Mitteilungen und Informationen der Industriegewerkschaft Chemie - Papier - Keramik aus dem Tarifgeschehen

82,5% für Streik

In der BASF 83,4%

KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN:

Die Antwort, die Ihr den Arbeitgebern gegeben habt, ist eindeutig und klar. Ein Zeichen für Solidarität. Und dafür, daß wir uns nicht auf der Nase rumtanzen lassen.
Wir kennen unseren Wert. Wie unser Recht.

→ EIN DANKE AN ALLE!

Hier sind die Ergebnisse der Urabstimmung:

- Wahlbeteiligung in 20 Betrieben — 92,2% (BASF: 92,1%)
- Stimmen für einen Arbeitskampf — 82,5% (BASF: 83,4%)
- Gegen einen Streik — 16,2% (BASF: 17,2%)

Damit sind die Fronten geklärt und die Voraussetzungen für die Durchführung eines Arbeitskampfes erfüllt.

WIE GEHT ES WEITER:

Nach unserer Satzung muß der Hauptvorstand nach der Urabstimmung die Streikgenehmigung beschließen. Die zentrale Streikleitung ist schon am kommenden Freitag (27. Mai) beim Hauptvorstand und wird an den Beratungen teilnehmen. Die Entscheidung fällt noch am gleichen Tag.

ZUM STREIKBEGINN:

WANN WIR MIT DEM STREIK BEGINNEN, IST UNERHÖRT WICHTIG. DENN WIR MÜSSEN DIE STRATEGISCHE UND TAKTISCHE FÜHRUNG IN DIESEM ARBEITSKAMPF BEHALTEN. DESHALB WIRD DER STREIKBEGINN VON DER STREIKLEITUNG FÜR ABTEILUNGEN, TEILE VON BETRIEBEN UND GANZE BETRIEBE ERST KURZ VOR BEGINN BEKANNTGEGEBEN. DIE UNTERNEHMER SOLLEN SICH NICHT AUF UNSERE MASSNAHMEN EINRICHTEN KÖNNEN!



MACHT KEINE EINZELAKTIONEN !

UNSER SORGFÄLTIG AUSGEARBEITETER PLAN DARF NICHT DURCH SPONTANE AKTIONEN GESTÖRT WERDEN. JEDE AUSSERPLANMÄSSIGE AKTION KANN DEN ERFOLG GEFÄHRDEN. DESHALB EINE DRINGENDE BITTE AN EUCH ALLE:

BLEIBT WEITER DISZIPLINIERT !

UND LASST EUCH NICHT VERUNSICHERN !

DIE ARBEITGEBER WERDEN EIN TROMMELFEUER DER VERUNSICHERUNG ERÖFFNEN. EINEN VORGESCHMACK DAVON HABEN WIR WÄHREND DER LETZTEN TAGE BEKOMMEN. DOCH WIRD ES NOCH SCHLIMMER WERDEN. AN WERKSTOREN WIRD VORAUSSICHTLICH FOTOGRAFIERT UND GEFILMT. LISTEN WERDEN GEFÜHRT. LASST EUCH DADURCH NICHT INS BOCKSHORN JAGEN. DAS IST DAS EINZIGE ZIEL SOLCHER UND ÄHNLICHER MACHENSCHAFTEN.

DIE URABSTIMMUNG HAT GEZEIGT, WIE STARK WIR SIND!

Ausdruck der Resignation ist die geringe Wahlbeteiligung. Bei der Urabstimmung, wo es um die Frage Steik ja oder nein ging, beteiligten sich 92,2% der Kollegen.

Die Gründe, warum sich von den abstimmenden Kollegen die Mehrheit für Annahme aussprachen, sind sicher vielfältig, aber einige lassen sich doch genauer angeben: Viele Kollegen wußten nicht, warum sie noch gegen einen Tarifvertrag angehen sollen, wenn die Gewerkschaftsführung sie sowieso anscheißt. Hinzu kommt, daß diese Urabstimmung im Betrieb stattfand, wo in den Wahllokalen während der Abstimmung gleichzeitig Vorgesetzte auf Anweisung der Geschäftsleitung anwesend waren (lt. einem Vorschlag des „Arbeitsrings der Arbeitgeberverbände"). Den Kollegen wurde aber nicht nur durch die bloße Anwesenheit der Vorgesetzten zugesetzt, sondern schon viel früher: durch Flugblätter der IG Chemie, die das Ergebnis als „Durchbruch" feierte (die IG Chemie behauptete, sie hätte tatsächlich bei 7,25% - 7,38% abgeschlossen), durch Anmache von Meistern im Betrieb etc. Hinzu kam die Angst, allein gelassen zu werden.

Chronologie des Streikverrats

Im folgenden wollen wir an Hand von Flugblättern der IG Chemie und der BASF zeigen, wie die Kollegen planmäßig in die Niederlage getrieben wurden.

Zu Beginn der Tarifverhandlungen wurde von der IG Chemie-Führung im Flugblatt „informiert" 1/77 bereits angedeutet: *„Ob die Tarifkommission unsere Forderungen im freien Verhandlungen durchsetzt? Hierzu brauchen wir die Solidarität aller Arbeitnehmer... Denkt daran. Solidarität ist unsere Kraft, gemeinsam erreichen wir mehr. Dies gilt insbesondere für die diesjährige Tarifrunde."*

Im Gegensatz zu früheren Tarifrunden, rief die IG Chemie bereits zu Beginn der Verhandlungen zur Solidarität auf. Bereits in „informiert" 3/77 schrieb die Gewerkschaftsführung: *„Die Unternehmer haben uns lächerliche 6% angeboten und wollen uns nach dem Abschluß in Hessen (= 7%) das gleiche Angebot machen. Es liegt nun bei den Arbeitnehmern der chemischen Industrie in Rheinland-Pfalz, zu prüfen, ob sie mit einem Ergebnis von 7% zufrieden sind. Wir halten unsere Forderungen nach wie vor aufrecht... Die Lage ist ernst geworden. Wer mehr als 7% will, muß sich auf einen Arbeitskampf einrichten."* Nachdem die Gewerkschaftsführung bei einem Angebot der Kapitalisten von 7% die Schlichtung hatte scheitern lassen, schrieb sie in „informiert" 4/77: *„Streik in der Chemie? ... Jetzt stellt sich für jeden von uns die Frage: Sollen und können wir das Lohndiktat der Unternehmer annehmen? WIR MEINEN NEIN!... RICHTET EUCH AUF EINE AUSEINANDERSETZUNG EIN!"* Bereits zu diesem Zeitpunkt stand fest, daß die IG Chemie nicht mehr 9,5% wie ursprünglich forderte, sondern sich den Kapitalisten auf 7,5% (!) angenähert hatte.Bei allen weiteren Aktivitäten ging es also nur noch um wenige Prozentanteile hinter dem Komma und nicht um *„eine Brechung des Lohndiktats"*. Und dann wurde die Gewerkschaftsführung ganz stark („informiert", 5/77): *„Urabstimmung genehmigt! Rüstet Euch! Jetzt zeigen wir, wer am längeren Hebel sitzt. Jetzt wollen wir wissen , ob es den Unternehmern um die Zehntel-Prozente geht. Oder um eine Demonstration ihrer Macht. Klar ist: Sie wollen uns zum Kuschen bringen. Doch werden sie sich dabei ganz schön die Finger verbrennen. Denn es ist unser Recht, uns gegen ungerechtfertigten Druck zu wehren. Machen wir die Buden zu! ... Rüstet Euch für den Kampf und kämpft!"* Während dieser „Anheizphase" kam es auch zu den ersten Kampfaktionen der BASF-Kollegen: Am 9. und 10.5 demonstrierten jeweils einige tausend Kollegen und am 19.5. kam es zur größten Demonstration, die es in der chemischen Industrie je gab: Im Anschluß an eine Betriebsversammlung demonstrierten 12.000 BASF-Kollegen

Fortsetzung auf Seite 15

Fortsetzung von Seite 14

durch das Werk (s. Berichterstattung im AK 105). Mit dieser Kampfstimmung zogen die Kollegen am 23. Mai in die Urabstimmung, die am 25. Mai beendet war und mit 82,5% für Streik ausging. Jeder erwartete den baldigen Streikbeginn. Aber jetzt begann sofort die Hinhaltetaktik der Gewerkschaftsführung: *„Wann wir mit dem Streik beginnen ist unerhört wichtig. Denn wir müssen die strategische und taktische Führung in diesem Arbeitskampf behalten. Deshalb wird der Streikbeginn von der Streikleitung ... erst kurz vor Beginn bekanntgegeben... Macht keine Einzelaktionen! Unser sorgfältig ausgearbeiteter Plan darf nicht durch spontane Aktionen gestört werden! (!!)"* („informiert" 7/77). In allen folgenden Flugblättern wurde das gleiche ausgesagt: nicht die Taktik durchkreuzen, abwarten, was die Streikleitung sagt...

Aber das erste, was bekannt wurde, war, daß der Streik erstmal ausgesetzt wurde, weil neue Verhandlungen mit den Kapitalisten unter Vermittlung des Ministerpräsidenten Vogel von Rheinland-Pfalz, des Bundesarbeitsministers Ehrenberg und des Ludwigshafeners Oberbürgermeisters begannen. Diese „Vermittlungsversuche" zogen sich eine Woche hin, bis am Wochenende 4./5. Juni der berüchtigte Abschluß erfolgte... Lediglich einmal durften sich 5-8000 „Aniliner" Luft machen: Am 3.6. rief die Gewerkschaftsführung zu einem zweistündigen Warnstreik auf („Mannheimer Morgen", 3.6.77).

Noch am 3.6. erklärte Schweitzer (also kurz vor den erneuten und endgültigen Verhandlungen), daß die Chancen einer Einigung „1:9 dagegen stehen" würden und daß er kein „geschöntes Ergebnis" um 7% akzeptieren würde. Tja, Worte sind bei Gewerkschaftsführern eben Schall und Rauch...

Insgesamt hat die IG Chemie-Führung einen ungeheuren Aufwand für dieses Theater getrieben: 1,5 Millionen (!!) der Mitgliedsbeiträge hat sie verschleudert, sie hat Gewerkschaftssekretäre aus anderen Bezirken (z.B. Kodolitsch aus Hamburg) eingeflogen, um die „BASF-Kollegen zu unterstützen", wie es so schön heißt.

Eine der wichtigsten Lehren aus diesem Tarifverrat ist wieder einmal, wenn nicht sofort auf Vollstreik orientiert wird, und zwar an der Gewerkschaftsführung vorbei, endet jede versuchte Kampfmaßnahme fast zwangsläufig in der Niederlage.

Chemiekomitee KB/Gruppe Hamburg
(nach Informationen eines Genossen aus Ludwigshafen



Das BASF-Tor war für etwa eine halbe Stunde von rund 200 Auszubildenden blockiert. Die Jugendlichen demonstrierten mit einem „Sit in" gegen angebliche Abhör-Pläne der Unternehmensleitung im Falle eines Streiks.



Warnstreik der „Aniliner" am 3.Juni

ÖTV

Fristlose Kündigung nach Gewerkschaftsausschluß

Rüsselsheim: Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim hat im April eine ÖTV-Vertrauensfrau, die in der Stadtverwaltung beschäftigt war, fristlos gekündigt und ihr gleichzeitig Hausverbot erteilt!

Diese Kündigung war durch den ÖTV-Bundesvorstand vorbereitet worden, indem diese Kollegin und ein weiterer Kollege auf Antrag der Darmstädter ÖTV-Kreisverwaltung ca. 6 Wochen zuvor ausgeschlossen



und damit „zum Abschuß freigegeben" worden sind.

„In der Begründung für den Ausschluß heißt es, die Vertrauensfrau habe Flugblätter des KBW verteilt; der zweite Kollege habe bei den Kommunalwahlen auf einem Wahlvorschlag des KBW kanidiert" („express", 17.5.77).

Gegen diese Schweinerei der ÖTV-Fürsten hatten sich die ÖTV-Kolleginnen und Kollegen der Stadtverwaltung Rüsselsheim in einer Resolution gewandt; sie forderten die Einstellung der Ausschlußverfahren. Dies hat die ÖTV-Fürsten aber in keiner Weise daran hindern können, ihr Vorhaben, Ausschluß und Denunziation, durchzuführen.

Die gekündigte Kollegin hat vor dem Arbeitsgericht Kündigungsschutzklage eingelegt (nach „express", 17.5.77).

Diesen Ausschlüssen war die von der Darmstädter Kreisverwaltung der ÖTV angeordnete Auflösung des gesamten Vertrauensleutekörpers in der Stadtverwaltung vorausgegangen („express", 3/77)!

„Die ÖTV-Kreisspitze mit den Repräsentanten Blank und Wannemacher begründete den Schritt damit, die Vertrauensleute hätten auch nach der Entscheidung der zuständigen (?) Organe der ÖTV für eine Prozentforderung an einer Festgeld-Strategie festgehalten und seien nicht bereit gewesen, die Forderungen der ÖTV in der Tarifrunde nach außen hin mitzutragen" (ebenda, S. 5) – sauber!

Denn nur diese Haltung entsprach dem breiten Mitgliederwillen. Der überwiegende Teil der Rüsselsheimer ÖTV'ler hatte sich für eine Festgeldforderung ausgesprochen, *„war aber mit dem Anliegen bei einer Delegiertenversammlung auf Kreisebene, die einen turbulenten Verlauf nahm, nicht durchgedrungen. Die Rüsselsheimer ÖTV-Mitglieder zweifelten bei dieser Delegiertenversammlung an der Legitimation der Beschlüsse mancher ÖTV-Bereiche, weil die Mitglieder nicht vorher abstimmen durften* (!!). *Stattdessen war mit kaum nachkontrollierbaren Ergebnissen von Befragungen* (!) *operiert worden"* (ebenda).

Innergewerkschaftliche Diktatur ist Trumpf !

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Auch in Hamburg 7 %

Am 9.Juni schloß auch die Hamburger Gewerkschaftsführung mit 7% ab, obwohl bereits die Schlichtung eingeleitet war und obwohl auch für Hamburg mehr versprochen war.

Auf einer Funktionärskonferenz am 1.6. wurde noch groß vom Leder gezogen, man müsse solidarisch zusammenstehen, auch ein Streik in Hamburg wurde nicht ausgeschlossen In mehreren Betrieben wurden bereits Streikleitungen gebildet, z.B. bei der Norddeutschen Affinerie. Bei der „norddeutschen Schleifmittelindustrie" gab es auch einen Warnstreik an dem sich 250 Kollegen beteiligten, für eine Stunde...

Natürlich waren auch in Hamburg die starken Worte der Gewerkschaftsführung nicht ernst gemeint. Aber in Hamburg hat sowieso kaum ein Kollege daran geglaubt, daß die Gewerkschaftsführung zu Kampfmaßnahmen blasen würde. Immerhin steckt den meisten Kollegen noch der Tarifverrat von 1971 in den Knochen, wo die Hamburger Kollegen und die Kollegen anderer Bezirke nach einem Streik das gleiche erleben mußten, wie heute die BASF-Kollegen. In Hamburg gibt es aber z.Zt. auch wenig Strekbereitschaft, weil für jeden Kollegen sichtbar sich an der Situation nichts geändert hat. In Hamburg zeigt es sich deutlich, was die Gewerkschaftsführer in Rheinland-Pfalz jetzt bezweckt haben: Nach einer solchen schweren Niederlage dauert es Jahre, bis sich die Arbeiterklasse davon erholt hat, und bereit ist wieder zu kämpfen.

Chemiekomitee
KB/Gruppe Hamburg

»Ungereimtheiten« bei Reemtsma

Am 6.Juni brachte das Fernsehmagazin „report" einen Beitrag zur fristlosen Kündigung eines Betriebsrates der Firma Reemtsma/Werk Westberlin. Bei der letzten Betriebsratswahl war er von den Kollegen mit den meisten Stimmen gewählt worden und hat sich für ihre Belange stark gemacht. Im April letzten Jahres wurden in seinem Spind ein Plastikbeutel mit 179 Zigaretten und eine „Rote Fahne" gefunden. Also ein „kommunistischer Dieb"?! Der Kollege sagte, daß diese Sachen nicht von ihm stammen und vertrat die Meinung, daß hier manipuliert wurde

Folgende Ungereimtheiten wurden in der Sendung festgestellt:

- Das Unternehmen bot ihm an selbst zu kündigen.
- In der ersten Instanz vor dem Arbeitsgericht wurden ihm 4000,– DM geboten.
- Der Kollege wollte Anzeige bei der Kripo erstatten, diese nahm jedoch lediglich die Anzeige von Reemtsma auf.

Die Unternehmensleitung reagierte prompt. Am 7.Juni hing an allen „schwarzen Brettern" im Unternehmen eine Mitteilung des Vorstandes. Darin wurde behauptet, daß es sich bei dem Angebot, selbst zu kündigen, um ein in „solchen Fällen übliches Angebot" gehandelt habe. Zum zweiten habe es sich bei dem Abfindungsangebot *„in Wahrheit ... um den Lohn gehandelt, der Herrn Sczepurek bis zum Ablauf einer ordentlichen Kündigungsfrist zugestanden hätte"*. Bei einem Betriebsratsmitglied von einer ordentlichen Kündigung zu reden ist ein Hohn. Da hätten sie ihn bis Mitte '79 auszahlen müssen.

Für die Kollegen in den verschiedenen Unternehmensbereichen waren die Ungereimtheiten damit nicht vergessen. Die ungewöhnlich schnelle Reaktion des Vorstandes machte sie eher noch stutziger.

Aber es kam noch „netter"! Am 8.Juni hieß es vor Arbeitsbeginn: *„Bombendrohung - können wir 'mal in ihre Tasche sehen!"* Stämmige Burschen mit Sprechfunkgeräten bewaffnet, Männer einer Wach- und Schließgesellschaft durchsuchten in Westberlin die Kollegen.

Angeblich waren „Bombendrohungen" in Westberlin und im Werk Hannover-Langenhagen eingegangen. Ein Anrufer hatte angeblich gedroht: *„Die „Rote Fahne" können sie im Staub lesen."*

Waren da linke Extremisten am Werk? Unseres Erachtens weht der Wind aus einer ganz anderen Richtung, denn es ist von der Reemtsma-Geschäftsleitung geplant ein neues „Sicherungssystem" einzuführen. Und wie erreicht man, daß die Kollegen ein solches System sang- und klanglos einführen lassen oder sogar selber nach mehr „Sicherheit" rufen ??!

Genossen bei Reemtsma
KB/Gruppe Hamburg

1. Mai-Demonstration in Stade gewerkschaftsfeindlich?

Am 1.Mai haben Bürgerinitiativen, Frauen- und Schülergruppen und der KB eine Demonstration mit Kundgebung und anschließendem Volksfest organisiert. Die Gewerkschaftsführung hatte zu einem Gottesdienst (!) mit Platzkonzert und Saalfeier eingeladen.



Der Jugendvertreter der Aluminium Oxid Stade (AOS) soll jetzt wegen gewerkschaftsfeindlichem Verhalten aus der IG-Chemie ausgeschlossen werden, da er für die Demonstration eingetreten ist und an ihr teilgenommen hat.

In seiner persöhnlichen Erklärung an den Hauptvorstand der IG-Chemie schreibt er: *„ Ich frage mich, was an einer Demonstration von Arbeitern und Angestellten am 1.Mai gewerkschaftsfeindlich ist, die für die Forderungen eintritt wie z.B.: „Weg mit dem Atomprogramm der Bundesregeirung", „Gegen eine Politik, die uns den Abbau des Lebensstandards, sozialer Leistungen, Arbeitslosigkeit und „Lehrstellenmangel" beschert, während die Unternehmerprofite kräftig steigen", ... „Weg mit den Berufsverboten" und „Gegen den Abbau der demokratischen Rechte" um hier nur einige zu nennen. ...Ich bin der Meinung, daß es den Kollegen die gegen mich einen Gewerkschaftsausschlußantrag gestellt haben nicht darum geht, gewerkschaftliche Forderungen zu vertretren, sondern Gewerkschafter auszuschließen, die Kritik an der „offiziellen Gewerkschaftsmeinung" haben, um so jede kritische Auseinandersetzung innerhalb der Gewerkschaft zu verhindern. ...Drurch eine solche Ausschlußpraxis wird die Gewerkschaftsbewegung geschwächt und gespalten."*

Die Stader Initiative gegen AKW's hat jetzt begonnen, disen Fall in die Öffentlichkeit zu tragen und sammelt Unterschriften unter der Forderung: „Keinen Gewerkschaftsausschluß für JV von AOS".

KB/Gruppe Stade

Veranstaltung gegen Sparpolitik und Repression in staatlichen und kirchlichen Kindertagesheimen

Hamburg: Am Freitag, den 10.6.77 fand von der Kollegengruppe „angepackt" und der Frauengruppe der „Vereinigung städtischer Kinder- und Jugendheime" eine Veranstaltung statt, die mit 150 Teilnehmern recht gut besucht war. Anlaß waren eine Reihe von Kündigungsversuchen in staatlichen und kirchlichen Kindertagesheimen.

Die Geschäftsleitung der „Vereinigung" begründete zum Beispiel eine Kündigung gegen eine Erzieherin unter anderem damit, daß sie *„mit 20 Kindern in der Organisation der Gruppenführung nur Teilgruppen überblickt..., so daß die ihr obliegende Aufsichtspflicht nicht sichergestellt sein kann."* Ihr wird in der Beurteilung bestätigt, *„mit Teilgruppen durchaus intensive Beschäftigungen durchgeführt"* zu haben. Darüber hinaus sei bei dieser Kollegin *„In der zweiten Tageshälfte ein Leistungsabbau zu beobachten"* (Zitate aus der Bedarfsbeurteilung der Heimleitung vom 21.1.77).

Die Vorwürfe, die hier gemacht werden, laufen darauf hinaus, ihr pädagogische Unfähigkeit vorzuwerfen, weil die „Aufsichtspflicht" nicht gewährleistet war. Dabei wird in dem Bericht nicht berücksichtigt, daß keiner, der den Anspruch hat, sich intensiv und ernsthaft mit den Kindern zu beschäftigen, das nicht in Gruppen von 20 oder mehr Kindern machen kann.

Da aber hier in dem Kündigungsversuch nicht die inhaltliche pädagogische Arbeit in den Mittelpunkt gestellt wurde, sondern die „Aufsichtspflicht", wird deutlich, worauf in Zukunft Wert gelegt wird: Hauptsache, man hat die Gruppe „Im Griff" und dabei kann man den Kindern nur wenig eigene Entscheidungen lassen, wo und was sie spielen dürfen. Am Beispiel einer anderen Kollegin, gegen die ein Kündigungsversuch läuft, kann man den neuen Stil der Geschäftsleitung weiter verfolgen. Auch in diesem Fall sollen „Aufsichtspflichtverletzungen" vorliegen, weil die Kinder häufiger unbemerkt die Gruppe verlassen haben sollen. Außerdem fehle *„es Fräulein K. an Durchsetzungsvermögen"*, weil die Kinder *„Ihren Forderungen kaum nach(kommen)"*. Die Kollegin stellte in ihrer Gegendarstellung sinngemäß dar, daß sie den Kindern möglichst viel Entscheidungsfreiheit lassen wolle.

Auch dieser Kollegin wurde *„Inaktivität und langsames Arbeiten"* vorgeworfen (Zitate aus dem Brief der Heimleitung an die Personalabteilung, 26.1.77).

Einer dritten Kollegin wurde vom Personalärztlichen Dienst attestiert, daß sie auf Dauer für eine Tätigkeit als Erzieherin ungeeignet sei. Der Grund: sie sei insgesamt *„nicht belastbar"* und würde immer wieder für längere Zeit ausfallen. Die Kollegen und die Heimleitung aus ihrem Heim bestätigten ihr eine gute pädagogische Arbeit und wollen nicht, daß ihr gekündigt wird; trotz der relativ hohen Fehlzeiten, die von ihnen immer mit aufgefangen werden müssen, weil es keine Krankenvertretungen gibt. Der Betriebsrat hat alle drei Kündigungen abgelehnt, aber gegen eine Kollegin Stellung genommen, die ihren Fall auf einer Betriebsversammlung vortragen wollte: Sie würde sich nur selbst schaden, eine kleine Gruppe würde die Kollegin für ihre Ziele mißbrauchen etc. ...

Die „Begründung" zum Kündigungsversuch unterscheidet sich zwar von den beiden anderen, aber auch diese paßt in die derzeitige „Sparlandschaft".

Wenn man sich zurückerinnert, beschloß der Hamburger Senat, bis 1978 insgesamt 1,6 Milliarden DM einzusparen. Bei der „Vereinigung" fielen dem Sparprogramm bisher 500 Kindertagesheimplätze zum Opfer (in Behördenkreisen spricht man sogar von ca. 2.000 angeblich überflüssigen Plätzen). 50.000 Küchen- und Hauserbeitsstunden pro Jahr sollen durch die Umstellung der letzten Heime auf Tiefkühlkost eingespart werden.

170.000 DM sind 1975 bei den Heimkosten eingespart worden, 1976 waren es bereits 300.000 DM. Und 1977? Zu diesen Sparmaßnahmen gehört es, daß die „Vereinigung" Erzieher haben will, die möglichst gut funktionieren, d.h. die Kinder ruhig halten und dabei nicht müde und vor allem nicht krank werden.

ÖTV will Arbeitskreis verbieten!

Auch die ÖTV-Führung erweist sich den von Kündigung bedrohten Kolleginnen gegenüber nicht besonders hilfsbereit. So wurde auf einem gewerkschaftlichen Arbeitskreis, der sich mit pädagogischen Fragen beschäftigt, eine Resolution verabschiedet und verschickt. **Weil diese Resolution nicht der ÖTV-Führung zur Absegnung vorgelegt wurde, will sie jetzt den Arbeitskreis verbieten.**

Auf der Veranstaltung am 10.6.77 wurde darüber diskutiert und beschlossen, daß die Kollegen auf jeden Fall auf die nächste Sitzung kommen, um zu beraten, wie es weitergehen soll.

Als weiteres wurde auf der Veranstaltung beschlossen, eine „angepackt"-Dokumentation über die Kündigungsfälle herauszugeben, um diese Dinge noch bekannter zu machen.

Noch eine Sache am Rande: Eine Heimleitung, die gerade einen Kündigungsversuch vorbereitet, war auf dieser Veranstaltung anwesend. Als sie nicht Stellung nehmen wollte, wurde darüber abgestimmt, ob sie noch weiter an der Veranstaltung teilnehmen darf. Die Kollegen bestimmten: sie muß gehen!

Zwei Erziehergenossinnen
KB / Gruppe Hamburg

Rekordergebnis bei der Lufthansa — aber nicht für das Bord- und Bodenpersonal!

Wie gehabt: Nachdem die DAG-Führer im Tarifstreit mit der Lufthansa das fliegende Personal an die Urnen gerufen hatte und sich fast 90 % für Streik ausgesprochen hatten, verhandelten die DAG-Führer munter weiter, um doch noch schnell einen „Kompromiß" mit den Kapitalisten zu finden.

Obwohl ursprünglich 11,5% für



Piloten im Cockpit des Airbus

alle von ihnen gefordert worden waren, haben sie den Schlichtungsvorschlag (von gestaffelt zwischen 5,3 und 6,9%) angenommen. Und die Vereinbarungen des Manteltarifvertrages, die ein Schwerpunkt der diesjährigen Tarifrunde sein sollten, sind vage:

Bei einem Spitzengespräch zwischen dem Lufthansa-Chef Culmann und dem DAG-Vorsitzenden Brandt *„wurden die entsprechenden Formulierungen protokolliert. Im einzelnen wurde festgeschrieben:*

– eine weitere Stabilisierung der
wurde festgeschrieben:

- *eine weitere Stabilisierung der Einsatzpläne und*
- *die entsprechende weitere Stabilisierung der Freizeit"* („Hamburger Abendblatt", 2.6.77).

Zur Verwirklichung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen hat die Lufthansa *„die Bereitstellung einer zweckgebundenen Personalreserve von 3% zugesagt"* (ebenda). Das sollen ungefähr 150 Leute sein („Frankfurter Rundschau", 3.6.77).

Eine einzige Verarschung

„Schon gleich nach Auszählung der Urabstimmungszettel griff der DAG-Chef ... zum Telefon, um rasch über die Feiertage einen Schlichter zu heuern, der den Rückzug ohne Gesichtsverlust ermöglichen könnte" („Spiegel", 6.6.77).

Erst wenn dann wieder keine Einigung hätte erzielt werden können, sollte dann doch gestreikt werden („Welt", 1.6.77). Aber man sei – so Brandt – „'in der Sache ziemlich nahe beieinander', und es gehe eigentlich nur darum, die bereits erzielten Ergebnisse 'lesbar' (!) zu machen" („Spiegel", 6.6.77).

Die DAG-Funktionäre erwiesen sich als gelehrige Schüler der Lufthansa-Herren.

„Brandt brauchte mehr Zeit, sich mit den eigenen Leuten auseinanderzusetzen als mit dem Lufthansa-Management, das entspannt in den Senatssesseln (des Hamburger Senatsgästehauses) saß und sich aus den schwachen Alkoholbeständen des Hauses nährte" (ebenda).

Der einzige Druck bei diesen Verhandlungen war der, der die Korken zum Knallen brachte... *„Die Vernunft hat gesiegt. Das Ergebnis verdient Anerkennung"* („HA", 2.6.77).

Nur das Fliegen in neue Gewinnhöhen ist schöner

Nur das Fliegen in neue Gewinnhöhen ist schöner

Die Lufthansa-Kapitalisten haben von vornherein eine harte Haltung eingenommen, und dem streikbereiten Bordpersonal Aussperrung angedroht. Nachschlagforderungen des Bodenpersonals, die bei einem höheren Abschluß mit dem Bordpersonal automatisch und sehr schnell erwartet worden wären, sollten auf alle Fälle verhindert werden. Aber die (von den Mitgliedern gewollten) Streiks bei Chemie und Lufthansa haben für die Kapitalisten *„eine grundsätzlich weitreichende Bedeutung bekommen. Sollte nämlich der Versuch gelingen, in einer wirtschaftlich so undurchsichtigen Lage (?...), die die Vernunft der Tarifparteien geradezu herausfordert, mit Hilfe eines Streiks höhere Lohnsätze zu erpressen* (!), *dann muß in Zukunft jeder gewerkschaftliche Verhandlungsführer, der friedlich zu einem Abschluß kommt, damit rechnen, von streiksüchtigen* (!) *Kollegen hinterher übertrumpft zu werden. Daraus könnte sich sehr schnell eine Tendenz zu härteren Auseinandersetzungen und unvernünftigen Abschlüssen ergeben... Daher tragen in diesem Konflikt die Arbeitgeber ein besonders hohes Maß an Verantwortung."* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 2.6.77).

Die Verantwortung der Lufthansa-Kapitalisten ist dabei besonders groß, denn ihre „wirtschaftliche Lage" ist tatsächlich so undurchsichtig wie noch nie: „Lufthansa im Steigflug" („HA", 8.6.); „Rekordergebnis der Deutschen Lufthansa" („NZZ", 9.6.); „Die Lufthansa schwingt sich in neue Gewinnhöhen" („FR", 8.6.); *„Darüber können Luftfahrtgesellschaften in aller Welt (!) staunen"* („HA", 8.6.): 1976 hat die Lufthansa *„das mit Abstand beste Ergebnis seit seinem Bestehen erzielt"* („FR", 8.6.77).

Lufthansa in Zahlen

	1976	Veränd. gegen 1975 in %
in Mio DM		
Umsatz	3 936	+ 14,2
Verkehrserträge	3 515	+ 15,0
Verkehrs-aufwendungen	3 443	+ 10,8
Investitionen	557	– 5,6
Steuern	58	+ 16,9
Fluggäste in 1000	11 223	+ 10,6
Fracht in t	304 927	+ 18,5
Post in t	43 104	+ 10,1
Personalstand am Jahresende	26 451	+ 4,4

Für 1976 wird der gesamte Unternehmensgewinn der Lufthansa, der Delvag Luftfahrtversicherungs-AG, der Condor Flugdienst GmbH, der Lufthansa Service GmbH und der Lufthansa Commercial Holding GmbH mit 166,3 Millionen Mark

Lufthansa Service GmbH und der Lufthansa Commercial Holding GmbH mit 166,3 Millionen Mark

angegeben.

„Zum ersten Mal seit drei Jahren ist es 1976 wieder gelungen, im eigentlichen und traditionellen Geschäft – dem Lufttransport – einen Gewinn einzustreichen" („FR", 8.6.). Und dieser „neue Trend" soll weiter anhalten.

Die Finanzlage ist laut Lufthansa-Chef Culmann *„sehr gut, ja fast kritisch gut"* („HA", 8.6.). Auch die für die Umrüstung der Flotte erforderlichen Investitionen (1978: 360 Mio. DM, 1979: 290 Mio. DM und 1980: 240 Mio. DM) werden daran nichts ändern. „Heute ist die Lufthansa in der glücklichen Lage, als eine der ganz wenigen Gesellschaften in der Welt (!), behaupten zu können, daß sie der Finanzierung der nächsten Investitionswelle ohne große Sorgen entgegensehen kann" („Spiegel", 4.4.77).

Im laufenden Jahr soll sich die Lufthansa *„in noch höhere Gewinnregionen schwingen"*. Denn schon in den ersten vier Monaten liegt man *„um annähernd 30 Millionen Mark besser als im Voranschlag angenommen"* (Zitate aus „FR", 8.6.).

Und das ist nicht weiter verwunderlich. Schon während der laufenden Verhandlungen mit der ÖTV haben die Lufthansa-Kapitalisten die Preise für die Inlands-Tickets um 7% heraufgesetzt. Im internationalen Linienverkehr sind es zwischen 4 und 7% mehr. Allein durch diese Preiserhöhungen dürften die mickerigen Lohn„erhöhungen" schnell wieder in der Kasse sein. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß die Personalkosten ohnehin nur 30% der Gesamtkosten ausmachen („Spiegel", 4.4.77)!

Dazu kommen dann natürlich *„interne Spar- und Rationalisierungsanstrengungen"* („NZZ", 9.6.77), die die Personalkosten noch weiter drücken sollen.



Zufriedene Gesichter — DAG-Chef Brandt und sein Partner Culmann vom Lufthansa-Vorstand

Und nicht zuletzt auch durch den verhinderten Streik kann der ehemalige Betriebsratsvorsitzende und jetzige Lufthansa-Chef Culmann „zwar 'nicht euphorisch, aber optimistisch' in die nähere Zukunft blicken" („FR", 8.6.77).

ÖTV-Kommission
KB / Gruppe Hamburg

Aber schön und schlank müssen sie sein...

Unter der Überschrift *„Rechtsschutz der DPG verhindert Entlassung eines Postjungboten..."* war in der „Deutschen Post" (Mitgliederzeitung der DPG, vom 20.5.77) ein Artikel über die Kündigung eines Postjungboten zu lesen. Dieser Kollege hatte seine Ausbildung mit ausreichenden Leistungen und bestandener Prüfung beendet und wurde trotzdem fristlos gekündigt, mit der Begründung: *„Der Postarzt hat bei den Untersuchungen am 9.1. und 3.2.76 eine erhebliche Übergewichtigkeit (121 bzw. 116,3 kg) festgestellt und Sie für die Übernahme in das Beamtenverhältnis wegen Fettleibigkeit höheren Grades (§ 20c Tauglichkeitsrichtlinien der DBP) als untauglich erklärt"* (Zitat aus der Kündigung nach „Deutsche Post"). Und dies, obwohl ihm „genügende Wendigkeit" bescheinigt wurde.

Und nun begann der „Kampf" der DPG-Führer nicht gegen die Amtsleitung und ihre menschenfeindlichen Paragraphen – sondern gegen die Pfunde des Kollegen. Die DPG erhob Klage und tat, *„... das einzig Richtige und Naheliegende: sie schickte den Postjungboten zum Arzt, um unter ärztlicher Kontrolle eine Abmagerungskur einleiten zu lassen."* („DP", ebenda). Der Kollege bekam, als er auf 100 kg abgemagert war, einen auf 6 Monate befristeten Arbeitsvertrag! Er konnte das Gewicht halten und wurde als Beamter übernommen.

Diesen „Bombenerfolg" der DPG kommentierte sie zum Schluß des Artikels: *„Man darf nur nicht zu früh aufgeben, den Rechtsschutz der DPG nicht vergessen und – vor allem – nicht zu dick werden!"*.

Vorschlag für einen Antrag zum nächsten Gewerkschaftstag: Alle Beamten des höheren Dienstes auf die Waage!!!

Ein DPG-Mitglied (70 kg)

Zwangseinweisung

Zwangseinweisung

von Süchtigen?!

Am 23.5.77 legte der westberliner Gesundheitssenator Pätzold sein neuestes Konzept zur Bekämpfung der Drogensucht vor:

„Noch in diesem Jahr will er (Pätzold, Anm. AK) *die gesetzlichen Grundlagen schaffen, daß Süchtige auch gegen ihren Willen – also zwangsweise – zum Entzug in Nervenkliniken eingewiesen werden können"* („Abend", 24.5.77)!

„Zwischen 4 und 10 Tagen ... würde es dann dauern, bis der Fixer wieder Herr seiner Sinne ist, um aus der Zwangsbehandlung in die Rehabilitation entlassen zu werden" („Abend", 26.5.77).

Nach der Schließung diverser Therapiezentren für Drogensüchtige im Rahmen umfassendster „Spar"-maßnahmen und der Kostensenkung im Gesundheitsbereich macht der Staat erneut deutlich, daß er – ohne eine medizinische Versorgung der Bevölkerung auch nur annähernd sicherstellen zu können! – das reibungslose Funktionieren der Patienten auch mit G e w a l t „sicherstellen" will!

Kollektiv Gesundheitswesen
KB / Gruppe Westberlin

Druck

Hauptvorstand der IG Druck setzt sich über sein Kontrollorgan hinweg

Wie wir im ARBEITERKAMPF schon berichtet hatten, hat der Hauptausschuß der DruPa den Ausschluß von sechs Hamburger Gewerkschaftsmitgliedern rückgängig gemacht. Die Gewerkschaftsmitglieder sollten wegen Verteilung eines oppositionellen Streik-Infos während des Druckerstreiks ausgeschlossen werden, da der Hamburger Vorstand im Streik oppositionelle Meinungen für gewerkschaftsschädigend hält. Bei einem weiteren Kollegen wurde der Gewerkschaftsausschluß ebenfalls vom Hauptausschuß zurückgezogen, nachdem dieser mit gerichtlichen Schritten gedroht hatte. Denn diesem Kollegen war nach der Verteilung des Streik-Infos vom Hauptausschuß auch noch zusätzlich die Verteilung des DRUCKARBEITERS (Branchenzeitung des KB/ Gruppe Hamburg für die Drucker-Kollegen) zur Last gelegt worden, obwohl zuvor der Vorwurf im Ausschlußantrag nicht erhoben worden war!

Im Mai wurde jetzt den wieder aufgenommenen Gewerkschaftern vom Hauptvorstand mitgeteilt, daß der Vorstand für den im Herbst anstehenden Gewerkschaftstag „Antrag auf Abänderung des Hauptausschuß-Beschlusses gestellt" hat. Der Antrag wurde (natürlich) nicht beigelegt!

Gleichzeitig entzog der Vorstand den sieben Mitgliedern „ihre gewerkschaftlichen Rechte" und sprach sie auch von „Verpflichtungen gegenüber der Organisation" frei.

Mit diesem Schritt hat sich der Hauptvorstand einfach über den Hauptausschuß hinweggesetzt, der nämlich über Beschwerden über Beschlüsse des Hauptvorstandes bindend entscheidet und ihn somit kontrolliert – allerdings kann der Gewerkschaftstag diese Entscheidungen nachträglich aufheben.

Schon in der jetzigen Satzung ruhen während der Ausschlußverfahren die „Rechte und Pflichten" der betreffenden Mitglieder – d. h. es braucht nur jemand Ausschlußantrag zu stellen und schon ist der Kollege erst einmal draußen aus der Gewerkschaft!

Diese Regelung soll jetzt nach dem Willen des Hauptvorstandes noch weiter verschärft werden:

Auch wenn der Ausschluß in der letzten Instanz der Gewerkschaft (dem Hauptausschuß) zurückgenommen wurde, soll der Kollege trotzdem rausgeschmissen werden können, erst einmal bis zu drei Jahren – dem nächsten Gewerkschaftstag nämlich! Wozu das dient, sollte bereits bei Bauer erprobt werden: einem der betroffenen Kollegen sollte ein Platz auf der DruPa-Liste verweigert werden. Ihm selbst oder anderen DruPa-Mitgliedern, die mit ihm eine gemeinsame Liste machen würden, wurde Gewerkschaftsausschluß angedroht. D.h. der Kollege sollte nur kandidieren können, wenn er erneut ein Ausschlußverfahren in Kauf nimmt und möglichst nur als Einzelperson. Es kam bei Bauer nur deshalb nicht dazu, weil es dort keine BR-Listen, sondern Persönlichkeitswahl geben wird.

Druck-Komitee
KB/ Gruppe Hamburg

Wieder eine Entlassung bei Peute Druck

Hamburg. Am 1.6.77 wurde dem Kollegen U.B. bei Peute Druck/Hamburg fristgerecht gekündigt. Begründung: Unzumutbarkeit der Zusammenarbeit. Der Betriebsrat stimmte mit 6 : 1 der Kündigung zu.

Zuvor hatte die Geschäftsleitung eine fristlose Kündigung vorgelegt, wegen angeblich beharrlicher Arbeitsverweigerung. (Der Kollege war, nachdem ihm ein Zahn gezogen worden war, an dem Tag nicht wieder zur Arbeit gekommen.) Diese offensichtlich zu lächerliche Begründung hatte der Betriebsrat abgelehnt.

Der Kündigung vorausgegangen waren zahlreiche Schikanen gegen den Kollegen. Ständig wurde er wegen angeblicher schlechter Leistung, die nie nachgewiesen werden konnte, madig gemacht. Vor einigen Wochen erhielt er eine Änderungskündigung, die ein finanzielles Minus von ca. 200 DM monatlich ausgemacht hat. Die Unzumutbarkeit der Zusammenarbeit wurde jetzt damit begründet, daß es alle Meister strikt ablehnen, mit dem Kollegen zu arbeiten, da er andere Kollegen aufhetzen würde. Darunter befinden sich auch Meister, bei denen der Kollege noch nie gearbeitet hat. Auch der Meister Günter Soltau, der gleichzeitig BR-Vorsitzender ist, lehnte eine Zusammenarbeit mit U.B. ab. Diese Kündigung beim Gewerkschaftsbetrieb Peute Druck (ehemals Coop) steht im Zusammenhang mit einer ständig steigenden Arbeitshetze. In der Weiterverarbeitung müssen Frauen an einer neuen Faltschachtelklebemaschine fast die doppelte Leistung bringen (für 15 Pfennig mehr die Stunde). Kolleginnen, die diese Arbeit ablehnen wollten, wurde mit Kündigung gedroht. Außerdem gehen Gerüchte über weitere Entlassungen um. Die Kündigung gegen U.B. ist die dritte Kündigung gegen einen fortschrittlichen Kollegen in den letzten zwei Monaten. Es scheint, daß Geschäftsleitung und die reaktionäre BR-Mehrheit mit dem Meister Soltau an der Spitze Ruhe für weitere Sauereien gegen die Kollegen haben wollen.

Der Kollege hat inzwischen Klage beim Arbeitsgericht eingereicht.

Ein Genosse von Peute Druck

Politische Kündigung auf krummen Touren

Zum 30.6. wurde die aktive Vertrauensfrau H.P. im Axel Springer Verlag Hamburg gekündigt. Nach sechs Jahren unbeanstandeter Arbeit mußten jetzt drei „angebliche" Fehler beim Organisieren von Terminen herhalten, um beim Betriebsrat Kündigung zu beantragen, die dieser einstimmig ablehnte. Dennoch bekam die Kollegin ihre Kündigung, verbunden mit einer sofortigen Beurlaubung. Bei der Gerichtsverhandlung über eine Einstweilige Verfügung, die die Kollegin beantragt hatte, und die vom Gericht abgelehnt wurde, begründete Springer die Beurlaubung damit, daß bei einer Weiterbeschäftigung bis zum Kündigungstermin „dem Verlag grosser Schaden" zugefügt würde. Für den Gerichtstermin hatte der Verlag einen 20-seitigen Schriftsatz mit eidestattlichen Erklärungen der Personalabteilung, der Anzeigenabteilung, der Abteilungsleiterin und einem Anzeigenvertreter und vier weitere angebliche „Fehler" im nachhinein zusammengetragen.

Der ganze Aufwand wird nur vor dem im Herbst beginnenden Betriebswahlkampf erklärbar, wo eine aktive Kollegin nicht erwünscht ist. Weiterhin ist diese Kündigung als Vorbotin für geplante Rationalisierungsmaßnahmen des Verlages im Angestelltenbereich anzusehen, da solche Rationalisierungen in aller Regel mit der Kündigung aktiver Gewerkschafter eingeleitet werden. Die DGB-Rechtsschutzstelle hatte sich keinerlei Mühe für das Einstweilige Verfügungs-Verfahren gegeben.

Der DGB-Rechtsvertreter suchte noch auf dem Flur der Verhandlung nach einem „Knüller" als Verfügungsgrund, nachdem er noch zwei Tage vorher erklärt hatte, es sei alles „klar" und die Kollegin solle dabei „hauptsächlich ihren Mund halten". Kein Wunder, er war bereits der dritte DGB-Rechtsvertreter in diesem Fall!

Der VK solidarisiert sich!

Der Vertrauensleutekörper wertete in einem Schreiben an die Geschäftsleitung eindeutig die Kündigung *„als Disziplinierung einer aktiven gewerkschaftlichen Vertrauensfrau und darüberhinaus als Einschüchterungsversuch gegen unsere gewerkschaftliche Arbeit im Betrieb"* und bekundete seine „volle Solidarität" mit der Kollegin. Auch auf der Betriebsversammlung am 9.6. erklärten Kollegen, daß die Kollegin nicht wegen tatsächlicher oder vermeintlicher Fehler gekündigt wurde, sondern weil man eine aktive Gewerkschaftlerin los sein wollte. Derartig durch die Kollegen gestärkt, organisierte die Vertrauensfrau eine Sammlung für die ausgesperrten Kolleginnen und Kollegen der Weser-Nachrichten und beim Weser-Kurier, die spontan 100.- DM einbrachte.

Springer Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Springers neues Druckzentrum

Hamburg. Auf der Betriebsversammlung vom 9.6.77 bei Springer in Hamburg gab der Betriebsrat (BR) bekannt, daß die Springer-Geschäftsleitung bis zum Jahre 1980 ein neues Gebäude für die Druckerei inklusive Setzerei bauen will. Bis dahin sollen zunächst noch (so der BR) die Arbeitsplätze sicher sein – und dann??? Außerdem wurde bekannt gegeben, daß ab sofort in der Perforatur Bildschirmgeräte aufgestellt sind, woran die bisherigen Perforatorentaster geschult werden. Überhaupt sollen zunächst nur einige Bereiche mit Bildschirmen ausgerüstet werden, richtig los gehen wird es dann wohl, wenn das neue Druckzentrum steht. So hieß es auch auf der Betriebsversammlung, daß zunächst noch nicht Bildschirme bzw. OCR-Schreibmaschinen in den Redaktionen aufgestellt werden.

Was heißt das für die Kollegen? Die bisherigen Erfahrungen mit diesen neuen Verfahren lauten:

- In Hannover wurden 40 Redakteure und 160 Techniker entlassen (lt. „Spiegel").
- In Stuttgart fliegen demnächst 150 Kollegen raus (lt. „Zentralorgan" der IG DruPa).
- In Dänemark wurden bei „Berlingske Tidende", nach monatelangem Streik „nur" 250 Kollegen entlassen.
- Bei Gruner und Jahr, Hamburg, droht jetzt durch die Einführung von 28 OCR-Schreibmaschinen im Redaktionsbereich und zwei Maschinen im Satzbereich die Entlassung von 200 Setzern der insgesamt 300 Kollegen.

Zu dieser Problematik der Bildschirmgeräte erklärte der DAG-Vertreter, daß nach einer Studie im Auftrage der Bundesregierung und von der Verwaltungsberufsgenossenschaft festgestellt wurde, daß eine derartige Arbeit fünf- bis sechsmal anstrengender ist, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit Sehstörungen etc. auftreten und deshalb von dort die Forderung nach fünf Minuten Pause pro Arbeitsstunde erhoben würde. Die Kollegen haben also allen Grund, sich mit dieser neuen Entwicklung auseinanderzusetzen und eigene Forderungen zu entwickeln.

Betriebszelle Springer
KB/ Gruppe Hamburg

450 Habra-Kollegen sitzen auf der Straße



Auf der 1.Mai-Demonstration in Darmstadt traten die Habra-Kollegen für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze ein.

Darmstadt. Nur zwei Jahre, nachdem die Japanische Firma „Dai-Nippon-Printing" (die größte Druckerei der Welt) die Mehrheitsbeteiligung an der Habra Groß(tief)druckerei in Darmstadt übernommen hatte, wurde die Druckerei dicht gemacht und 450 Kollegen auf die Straße gesetzt. Die Banken hatten „Kredite in Höhe von rund 13 Mio. DM plötzlich als fällig deklariert" (nach Text intern 44/77).

Schon vorher war die Druckerei stückweise verkleinert worden. Um dem verbleibenden Rest der Belegschaft angeblich die Arbeitsplätze zu sichern, wurden die Entlassungen der übrigen Kollegen hingenommen.

Ende 1973 wurde – so die „UZ" (14.5.) – „mit Hilfe der Landesregierung und der IG Druck der Zusammenbruch verhindert" – allein 300 Kollegen wurden dabei auf die Straße gesetzt, um den Betrieb „zu erhalten".

Obwohl der Betrieb durch verschiedene Rationalisierungsmaßnahmen die Lohnkosten „weit unter den Bundesdurchschnitt der Druckindustrie gedrückt" hatte („UZ", s.o.), brachte er den Kapitalisten wohl nicht mehr genug Profit.

So waren auch die Behauptungen, finanzkräftige Gruppen wie Springer, Hotzbrink oder Broschek seien an Habra interessiert, nichts als leeres Gerede – das lediglich dazu dienen sollte, die Kollegen möglichst zu beruhigen.

Betriebszelle Broschek
KB/ Gruppe Hamburg

Wie sich die Zeiten ändern …

Auf dem 6. Ordentlichen Gewerkschaftstag 1962 der DruPa wurde folgende Entschließung angenommen:

„DIE DELEGIERTEN...PROTESTIEREN AUFS SCHÄRFSTE GEGEN DIE VERURTEILUNG DES REDAKTEURS DER ZEITUNG „METALL", UNSERES KOLLEGEN H. BRANDT ZU 13 JAHREN ZUCHTHAUS" (in der DDR). Hatte er doch „BEREITS UNTER DER HITLER-DIKTATUR WEGEN SEINER TREUE ZU SOZIALISMUS UND DEMOKRATIE 11 JAHRE HINTER STACHELDRAHT UND GEFÄNGNISGITTERN GESESSEN" (nach Protokoll Seite 82/83).

Soweit vor vielen, vielen Jahren. Und heute ein Verfahren, um ihn aus dem DGB rauszuschmeißen, da er anläßlich der „Brokdorf"-Demonstration in Itzehoe die Zusammenarbeit einiger Gewerkschaftsführer und der Atomindustrie kritisiert hatte.

Broschek-Zelle Hamburg

Broschek: Erfolg für die Kapitalisten

Hamburg. Vor über einem Jahr wurde ein Kollege (BR-Ersatzmitglied) nach dem Druckerstreik bei der Firma Broschek/Hamburg aus politischen Gründen entlassen. Der Vorwand war das Verteilen einer Ausgabe des „Streikinfo" innerhalb des Betriebes. Die Rangelei vor den Arbeitsgerichten dauerte über ein Jahr. Der Kollege hatte unmittelbar nach seiner Entlassung eine Einstweilige Verfügung auf Weiterbeschäftigung gewonnen, worum sich der Kapitalist allerdings nicht scherte. Der Kollege kam einfach nicht in den Betrieb hinein und schließlich gab auch die 2. Instanz, das Landesarbeitsgericht, dem Kapitalisten „recht". Aufgrund der Einstweiligen Verfügung brauchte der Kollege nicht weiterbeschäftigt zu werden. Nach einem Jahr (nachdem der Richter erst in Urlaub und dann zur Kur gegangen war) fand endlich der Haupt-Kündigungsschutzprozeß statt, den der Kollege auch gewann. Mürbe gemacht durch die vielen Prozesse und Einstweiligen-Verfügungsverfahren stimmte der Kollege dann leider einem Vergleich zu. Der Kapitalist muß dem Kollegen 10.000 DM Abfindungssumme zahlen. Was ihn nur ein Lächeln kostet, ist er dadurch einen unliebsamen linken Kollegen los.

Betriebszelle Broschek
KB/ Gruppe Hamburg

Roulettespiel bei der ›WamS‹

Hamburg. Seit eineinhalb Jahren wissen die in der Redaktion der „Welt am Sonntag" („WamS" – dem schwärzesten und auflagenschwächsten aller Springer-Blätter) beschäftigten Kollegen, nicht mehr, woran sie sind. Hieß es damals, zur Stärkung der redaktionellen Leistung müsse der Standort der Redaktion nach Westberlin verlagert werden. Kurze Zeit später hob Axel Caesar diesen Beschluß zugunsten einer Zusammenlegung mit der „Welt"-Redaktion mit Sitz in Bonn auf. Man erhoffte sich wohl durch die Zusammenlegung auch den Wegfall von Arbeitsplätzen. Am 26.6.77 sollte die erste Bonner Ausgabe der „WamS" erscheinen. Und nun am 7.6. war alles vorbei und es soll an Hamburg festgehalten wer-

Ausgabe der „WamS" erscheinen. Und nun am 7.6. war alles vorbei und es soll an Hamburg festgehalten wer-

den. Der Verleger entschied sich plötzlich anders, weil „Entwicklungen und Strukturveränderungen im Sonntagsmarkt" dies erfordere. Hintergrund dürfte wohl die für Herbst geplante neue (vermutlich von der SPD) Sonntagszeitung in Hamburg sein.

Den schwarzen Peter bei diesem Hin und Her tragen wieder einmal die Kollegen. So wurde auf der letzten Betriebsversammlung auch die Menschenverachtung zugunsten des Profits beklagt. Wohnen doch bereits einige Redakteure in Bonn, die meisten anderen sitzen auf gepackten Koffern in bereits gekündigten Wohnungen in Hamburg, die Kinder sind von den Schulen abgemeldet, Ehepartner haben ihren Arbeitsplatz gekündigt, für Bonn wurden bereits neue Kollegen eingestellt, weil natürlich nicht alle Hamburger Kollegen dieses Umzugskarussell mitmachen konnten bzw. wollten. Überhaupt hat es in der „WamS"-Redaktion bereits eine starke Fluktuation gegeben, viele haben von sich aus sich entweder umsetzen lassen oder sich einen anderen Arbeitsplatz gesucht. Auch der BR hatte sich groß engagiert und mit der Geschäftsleitung einen neuen So-

beitsplatz gesucht. Auch der BR hatte sich groß engagiert und mit der Geschäftsleitung einen neuen So-

zialplan auszuhandeln versucht. Die ganze Sache ging bis vor die Einigungsstelle, endete dort aber mit einer Niederlage für den BR. Dieses Verfahren mit einem Streitwert von einer halben Million kostet Springer mindestens DM 10.000.

Und dies alles nur, um den Auflagenschwund von Springers „gehobenem" Kampfblatt aufzuhalten.

Betriebszelle Springer
KB/ Gruppe Hamburg

Alle Jahre wieder: Alarm bei Bauer!

Bei Bauer in Hamburg müssen nach der gerade vor zwei Monaten abgeschlossenen Teilstillegung, die 400 Kollegen den Arbeitsplatz gekostet hat, auch die verbleibenden Technikkollegen nun um ihre Arbeitsplätze zittern.

Seit dem 2.5. ist der Heinrich-Bauer-Verlag (HBV) in zwei neue eigenständige Firmen aufgeteilt. Die Redaktionen, die kaufmännischen Abteilungen und der Vertrieb bilden weiter den HBV. Der Satz, die Reprotechnik, d.h. die verbliebene Technik wurden der Firma „bauer druck köln" als Filiale zugeteilt. Die Geschäftsleitung erklärte dazu „beruhigend", sie habe *„... keinerlei Pläne ..., die Technik in Hamburg aufzulösen bzw. nach Köln zu verlagern. Die Neuordnung erfolge aus rein organisatorischen und firmenrechtlichen Gründen."*

- Nun erstens steht der Umbau des Hamburger Betriebsgebäudes an, der u. a. mit Rationalisierungen verbunden ist und nicht einfach der schöneren Wände wegen für die Kollegen errichtet wird.
- Zweitens hatten schon vor der damaligen Kündigungswelle die Bauer-Kapitalisten erklärt, es liigen für 1975 keine Pläne der Stillegung vor, man sei lediglich mit *„längerfristigen Überlegungen beschäftigt"* (aus dem Brief an den BR vom 12.8.75). 1976 wurde dann die Stillegung durchgezogen.
- Schon jetzt drohte die Geschäftsleitung einigen Bauer-Kollegen die Auslagerung der Repro-Arbeiten an, um ihnen Überstunden abzupressen.
- Überdies sind die Setzer insgesamt bald arbeitslos. Schon jetzt hat Bauer sechs Bildschirmterminals, in die Redakteure lediglich ihre Artikel einzutippen brauchen – den Rest erledigt der Computer.

Vor diesem Hintergrund verheissen *„rein organisatorische Maßnahmen"* nichts Gutes für die Kollegen.

Da jetzt BR-Wahlen (wegen der Aufteilung) anstehen und der Kapitalist derzeit möglichst noch Ruhe wünscht, erhielten als Bonbon vor der Betriebsaufteilung alle Kollegen erst einmal eine Aufstockung ihrer übertariflichen Zulagen zugesagt – und das ganz aus „freien Stücken" – was ansonsten die Bauer-Kapitalisten noch nie übers Herz gebracht hatten.

Betriebszelle Bauer
KB/ Gruppe Hamburg

Kontaktadressen des KB

Kontaktadressen des KB

Redaktion und Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50
Telefon Verlag: 43 53 06
Telefon Redaktion: 43 53 46

Sozialistischer Studentenbund
Büro
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Telefon 44 98 14

Schleswig/Holstein

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte A 02 25 83
239 Flensburg

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2054 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
vor Hertí

Kappeln
Dagmar Schneider
Postlagernd
234 Kappeln

Kiel
W.D. Scheel
Postlagerkarte 098 831 A
23 Kiel 1
Jeden Mittwoch von 11 bis 14 Uhr
Büchertische Universität/Mensa
Jeden Freitag von 16 bis 18 Uhr
am Hauptbahnhof
Jeden Do/Fr von 16 bis 18 Uhr
Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Mühlenstraße 39
24 Lübeck 1

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente)
H. Lankau
Postlagerkarte A 022 854
242 Eutin
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Kaufzentrum Reinbek/West

Schleswig
Ute Jensen
Süderholmstr. 17
238 Schleswig

Bremen

Bremerhaven
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
Poststr. 14
285 Bremerhaven
Mittwoch und Freitag
16.30 bis 19 Uhr

Bremen
A. Neugebohrn
Postfach 102902
28 Bremen 1

Niedersachsen

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend
10 bis 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
Postlagerkarte 067452 A
2970 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z. Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
Arbeiterbuch z. Hd. KB
Rehbockstr. 3
3 Hannover

Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
32 Hildesheim
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone/Hoher Weg

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg
Sonnabend Bäckerstr.
11 bis 13 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr
am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg 1

Rheinland-Pfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
Postfach 22
6748 Bad Bergzabern

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30
Bahnhofstraße

Bochum
Postlagerkarte A 056 028
463 Bochum
Jeden Sonnabend von 10 bis 13 Uhr
Kortumstr./Innenstadt
jeden Di/Mi/Do von 12 bis 14 Uhr
Uni/Mensa

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Essen
jeden Donnerstag von 11 bis 14 Uhr
Gesamthochschule Essen

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006745
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Sonnabend
von 11 bis 13 Uhr im Rheydt
(Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
Am Eichbaumeck 52
61 Darmstadt

Frankfurt
Vertriebsbüro K. Scholz
Adalbertstr. 29
6 Frankfurt a.M. 90
öffentliche Bürostunde
Mittwoch von 16.30 bis 19.30

Kassel
Florian Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend von 10.30 bis 13 Uhr
Königsplatz

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
Wilhelmstraße 15
78 Freiburg
Telefon 26 877
Dienstag von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
AK-Lesekreis Freitag 19 Uhr und
Büchertisch jeden Mittwoch
Marstall-Mensa

Karlsruhe
Heidi Zorn
Humboldtstr. 13
75 Karlsruhe

Pforzheim
Zentrum
Salierstr. 59
Jeden Freitag von 16 bis 17.30 Uhr
Leopoldsplatz

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Sonnabend
11 bis 12.30 Uhr
Einkaufszentrum vor Hertí

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch
12 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
Langemarck-Platz 4

Fürth
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Fußgängerzone

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 81
83 Landshut
Verkauf jeden Sonnabend 10 bis 12 Uhr
Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis
Mittwoch 19 Uhr im Komm
Verkauf jeden Sonnabend
10.30 bis 12.30 Uhr
Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag
11.30 bis 13.30 Uhr Uni/Mensa
16 bis 18 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin
A. Radtke
Thomasiusstr. 2
1 Westberlin 21
Freitag von 16 bis 19 Uhr

HBV

HBV Hamburg:

Sekretäre wollen neuen Ortsvorsitzenden absägen!

Hamburg. In diesen Wochen geht die Probezeit des neuen HBV-Ortsvorsitzenden in Hamburg, Peter Hauschild, zuende. Hauschild war vom Düsseldorfer Hauptvorstand als Nachfolger von Krause bestimmt worden.

Krause war durch seine Polizeieinsätze gegen linke Gewerkschafter bekannt geworden. Trotz elf Gewerkschaftsausschlüssen war es ihm nicht gelungen, auf Mitgliederversammlungen rechte Mehrheiten zu installieren. Als Landesbezirksvorsitzender wurde er für seine „Verdienste" befördert, aber auch aus der direkten Schußlinie der Mitglieder in Hamburg genommen.

Der neue Vorsitzende Hauschild empfahl sich bei den HBV-Mitgliedern erst einmal durch Kooperationsbereitschaft und linkes Auftreten: So belehrte SPD-Mitglied Hauschild z.B. einige Delegierte auf Delegiertenversammlungen, daß wohl einige den Hauptfeind der Gewerkschaften verkennen würden, daß viele Aussagen von Karl Marx zur Unterdrückung der Arbeiterklasse durch die Kapitalisten nach wie vor wahr sind, auch wenn das einige nicht wahrhaben wollten.

Gegen Hauschild haben nun die hauptamtlichen Sekretäre der HBV in Hamburg Stellung bezogen. In einem Brief an den Hauptvorstand, (der allein über die Einstellung Hauschilds zu befinden hat), erklärten sie, daß sie nicht bereit seien, mit Hauschild zusammenzuarbeiten. Die Gründe dafür wollen sie nicht den HBV-Mitgliedern, sondern nur persönlich dem HBV-Chef Viether mitteilen.

Das, obwohl sämtliche ehrenamtliche Gremien, die ehrenamtlichen Ortsverwaltungsvorstandmitglieder und die Fachgruppenvorstände sich für die Übernahme Hauschilds in ein festes Arbeitsverhältnis ausgesprochen haben.

Bei dem Vorgehen der Sekretäre geht es um mehrerlei:

Zwar haben die Sekretäre nichts prinzipiell dagegen einzuwenden, wenn Hauschild zumindest vorläufig mit linkem Profil auftritt, das haben einige von ihnen selbst bei ihrem Antritt gemacht. Es ist überdies davon auszugehen, daß Hauschild in diesem Sinne auch vom Hauptvorstand eingesetzt wurde. Viether, der sich immer als Rechtsaußen in der HBV äußert, hat Hauschild nicht aus „Unkenntnis" nach Hamburg, der linken Hochburg in der HBV, geschickt.

Dennoch haben sich die Sekretäre z.T. so weit als rechte Scharfmacher festgefahren, daß sie nicht in der Lage sind, den neuen Kurs mitzuziehen und derzeit wesentlich durch Inaktivität glänzen und somit einen rechteren Kurs fordern werden.

Weiterhin kommt hinzu, daß einige Sekretäre offensichtlich immer noch nicht die Hoffnung aufgegeben haben, selbst auf Hauschilds Sessel steigen zu können. In diesem Sinne werden sie ihn bei Viether anschwärzen wollen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Buchhandel:

Buchhandel:

HBV-Mitglieder gegen mieses Lohnangebot

Hamburg. Seit Anfang April dieses Jahres laufen die Tarifverhandlungen im Buchhandel. Im Buchhandel liegen die Tarife bekanntlich ganz besonders niedrig – nach drei Berufsjahren bei 1.050,– DM. Deshalb hatten die Mitglieder der HBV in der Fachgruppe Buchhandel auf einer Mitgliederversammlung eine Lohnerhöhung von 180,– DM für alle bzw. 100,– DM für Lehrlinge gefordert. Schon in der ersten Verhandlungsrunde war die Tarifkommission von sich aus auf 150,– bzw. 50,– DM heruntergegangen. Zwar braucht sich die Tarifkommission laut HBV-Satzung nicht um die Meinung der Mitglieder zu kümmern, allerdings rief das bei den aktiven HBV-Mitgliedern große Empörung hervor. Inzwischen hatte auch eine Reihe von Kollegen in der Innenstadt Flugblätter vor den Buchhandlungen verteilt, Sandwiches getragen und mit den Kunden diskutiert. Besonders deutlich wurde die Provokation der Kapitalisten durch einen Ausspruch in den Tarifverhandlungen: *„Ich weiß auch, daß Sie von 1.060,– DM nicht leben können, aber mehr zahl ich nicht"*. Entsprechend sah das „Angebot" aus, das sie am 20.5. gemacht hatten: 6,8 % für alle und 40,– DM für Lehrlinge, die auch noch in Zukunft aus den gemeinsamen Tarifverhandlungen herausfallen und erst nach 16 Monaten einen neuen Tarif bekommen sollten.

Trotz dieser Provokation meinten einige Mitglieder, man solle dieses Angebot annehmen, denn man hat den Kapitalisten nichts entgegenzusetzen und 6,8 % sei besser als gar nichts.

Doch die Mehrheit war nicht bereit, nach zweimonatigen Bemühungen einfach klein bei zu geben. Allerdings erscheint derzeit ein Streik im Buchhandel nicht möglich; bei der Übersicht, wieviele Betriebe streikbereit seien, ergab sich ein klägliches Bild. Das liegt zum einen am geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad der Buchhändler, zum anderen daran, daß die Mehrheit der Kollegen in diesen Kleinbetrieben es nicht ohne weiteres wagt, aufzumucken.

Dennoch wurde das Kapitalistenangebot auf der MV mit großer Mehrheit abgelehnt und beschlossen, die nächste Zukunft dazu zu nutzen, die unschlüssigen Kollegen zu mobilisieren, im Arbeitskreis ‚Tarife', die Tarifverhandlungen auszuwerten und neue vorzubereiten,

- in den Betrieben neue Betriebsgruppen aufzubauen und Betriebsräte zu wählen,
- in einigen Betrieben Schwerpunktstreiks zu organisieren.

Die Mitglieder erreichten mit ihrer Kampfbereitschaft, daß die Tarifkommission es tatsächlich vorzog, sich diesmal an die Beschlüsse zu halten und das Kapitalistenangebot abzulehnen! Ein guter Ansatz zur Verbreiterung der Front ist das kürzlich entstandene Lehrlingstreffen. Schon das erste Treffen hatte zur Folge, daß rund ein Viertel der Anwesenden auf der MV Lehrlinge waren und daß ihre Forderungen breiter auf der MV diskutiert werden konnten.

Genossinnen aus dem Buchhandel

DGB-Rechtsschutz: Nur zögernd gegen das Weiterbeschäftigungsverbot

Am 2.6.77 fand bei der Edeka eine Schulung für Betriebsräte statt. Der Chef des Hamburger DGB-Rechtsschutzes Fürstenau wurde von Betriebsräten gefragt, ob er etwas gegen das Grundsatzurteil des BAG vom 26.5.1977 (s. AK 105 – Aufhebung des Weiterbeschäftigungsanspruches für gekündigte Arbeitnehmer bis zum Abschluß der Gerichtsverfahren) tun wolle. Fürstenau antwortete frech: Wir haben uns im DGB über eine Stunde darüber unterhalten. Wir machen vorerst nichts!

Auf das Nachbohren, daß doch das Urteil generell die Arbeitnehmer trifft und der DGB nicht zusehen kann, wie ein Recht nach dem anderen abgebaut wird, konnte Fürstenau nur antworten: Das stimmt zwar, vielleicht machen wir ja etwas, aber bestimmt nicht mit dem Fall Iduna; da suchen wir uns etwas leichteres aus.

Selige DGB-Rechtsauffassung!

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Iduna-Hamburg

Der rechte Betriebsrat ist zurückgetreten - Neuwahlen!

Hamburg. Am 7.6.1977 beschloß der mehrheitlich rechte Betriebsrat (BR) der Iduna Lebensversicherung in Hamburg den Rücktritt zum 15.9. 1977. Zwei Wochen massive Forderungen der Belegschaft nach Neuwahlen führten damit zum Erfolg. Auf sein Konto gehen u.a.:

- die mehrheitliche Zustimmung zu sieben Kündigungen gegen die Linken, Mitglieder und Betriebsräte der HBV-Beriebsgruppe im Jahr 1975;
- zahllose Verstösse gegen demokratische Bestandteile des BetrVG;
- Weitergabe von Beschwerden der Kollegen an die Abteilungsleiter;
- Blockierung jeglicher Informationsweitergabe auf Betriebsversammlungen oder im BR-Info über Sauereien der Geschäftsleitung.

1975 – Geschäftsleitung und rechter BR offen gegen die Belegschaft

Bei der BR-Wahl 1975 forderten über 30 % der Kollegen eine Änderung der BR-Politik. Vier Betriebsräte der HBV-Betriebsgruppe nahmen ihre Arbeit auf, legten im BR alle illegalen Praktiken offen und gingen dazu über, in den Abteilungen des Hauses direkt Kollegen zu informieren und über Flugblätter über das Betriebsgeschehen zu berichten.

Der Kapitalist reichte im Herbst 1975 die fristlosen Kündigungen gegen drei der vier Betriebsräte und vier Vertrauensleute ein. Der BR stimmte mehrheitlich zu. Der liberalere BR-Vorsitzende Reimann trat zurück, der Günstling der Geschäftsleitung – Abteilungsleiter Paul Fechner – übernahm das Amt. Mit einer noch nie dagewesenen Hetzkampagne und Drohungen wurden die Wähler der Linken eingeschüchtert; vor allem die Kollegen aus Großraumbüros und der Abendschicht standen zeitweise unter der Kontrolle von Wachleuten mit Hunden (Abendschicht), über Abteilungsleiterschulungen wurden die sog. Führungskräfte gedrillt und auf die Abteilungen losgelassen. Die HBV-Führer mischten mit. Sie verteilten ein Distanzierungsflugblatt von den Linken, verboten ihr (der Betriebsgruppe) ohne Billigung der Ortsverwaltung den Namen HBV zu verwenden, verweigerten den Gekündigten bei den Arbeitsschutzprozessen Einfluß auf die Prozeßführung zu nehmen, so daß die Kollegen sich selbst einen Anwalt suchen mußten! 1 1/2 Jahre lang lag die organisierte Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Linken brach. Die HBV verbot sogar im Frühjahr 1976, im Namen der HBV-Betriebsgruppe nur unter Absegnung eines Sekretärs Veröffentlichungen herauszugeben. Fechner und Co. gingen daran, aus dem BR endgültig eine erweiterte Personalabteilung zu machen.

BR macht Rechnung ohne den Wirt

In mehreren Auseinandersetzungen im BR war deutlich geworden, daß insbesondere die BR-Clique um Paul Fechner nicht bereit war, selbst minimale Vorschriften des BetrVG bei Überstunden (illegale Genehmigungen) und des Genehmigungsverfahrens für personelle Einzelmaßnahmen (Einstellungen und Versetzungen etc.) einzuhalten. BR-Vorsitzender Fechner stimmte für sich allein so ziemlich allem zu, was die Geschäftsleitung ihm vorlegte. Fechner wurde damit bei den Kollegen im Betrieb zunehmend unglaubwürdiger. So sahen einige Betriebsräte die Zeit für gekommen, bis zur nächsten Neuwahl (spätestens 1978) ihr Image aufzubessern.

Allen voran stellte der DHV (Deutscher Handlungsgehilfen-Verband, eine rechtsnationale Vereinigung) Antrag auf Amtsenthebung gegen Paul Fechner wegen Mißachtung des BetrVG vor allem in der Behandlung der personellen Einzelmaßnahmen. Das, obwohl die DHV-Mitglieder im BR lange Zeit Fechners Politik mitgetragen hatten und heute alles andere als eine auf die Kollegen gerichtete BR-Arbeit machen.

Das Amtsenthebungsverfahren wurde am 18.5. wegen eines Formfehlers gar nicht erst eröffnet. Der Richter redete Paul Fechner aber ins Gewissen: *„Machen Sie aber bitte nicht so weiter, sonst leidet der Arbeitgeber darunter. Bis zur Verhandlung sollten Sie sich bessern ... ; dann wäre die Luft raus!"*

Der neue Termin wurde für den 10.8.77 angesetzt, ein Fingerzeig dafür, daß das Arbeitsgericht kein Interesse daran hat, einen rechten BR-Vorsitzenden abzuschießen.

Aber immerhin brachte der Richter auf den Tisch, daß Fechner nicht alleine verantwortlich für seine illegale BR-Praxis ist:

„Der BR verzichtete teilweise auf seine Rechte, der gesamte BR könnte damit aufgelöst werden. Wenn Betriebsräte nicht einmal die grundlegenden Paragraphen kennen, können sie einpacken und nach Hause gehen."

Und das wohl stärkste:

"Wenn Betriebsräte solche Fehler machen, muß er sich nicht über Flugblätter von Linken und Chaoten wundern, auch nicht, daß diese im BR sind. Und Leute wie sie wollten die Linken dann wieder aus dem BR raushaben und die Arbeitsgerichte haben den Ärger davon."

Nun denn, die Linken schrieben ihre Flugblätter. Und zwar wurde der Dialog zwischen Fechner und dem Richter abgedruckt und am 20.5.77 verteilt. Auf der am gleichen Tag stattfindenden BR-Sitzung zeigten sich die Rechten denn auch total verwirrt. Sollte doch bereits wenige Tage später die turnusmäßige Betriebsversammlung (BV) stattfinden. Die anderen rechten Betriebsräte empörten sich, was Fechner eigentlich einfalle, den gesamten BR in der Verhandlung anzuschwärzen (Fechner hatte immer nur wahrheitsgemäß gesagt, er hätte nur aufgrund von Mehrheitsbeschlüssen gearbeitet!!), er hätte nicht soviel reden sollen etc.pp.

Trotz der Forderung nach Rücktritt des BR, die massenhaft im Betrieb aufkam, wurde ein entsprechender Beschluß nicht gefaßt.

Der BR soll zurücktreten!

Die ganze Wut und Empörung über den rechten BR entlud sich auf der BV am 24.5. 77. In einer weiteren Ausgabe eines Flugblattes (IDUNA-INFO vom KB) wurde über die BR-Sitzung am Freitag berichtet – zumindest das, was am Montag bebekannt geworden war.

Bei den ohnehin immer ermüdenden Reden vom BR und Geschäftsleitung regte sich kaum ein Klatscher, vielmehr sah man die Kollegen im IDUNA-INFO lesen. Fechner versuchte sich um eine Stellungnahme zu drücken, indem er behauptete, man dürfe über ein schwebendes Verfahren nichts erzählen.

DHV-Sekretär Roth begründete dann das von der DHV gegen Fechner eingeleitete Amtsenthebungsverfahren folgendermaßen: Hier im Betrieb habe man seinerzeit die freie demokratische Grundordnung verteidigt (er meinte die Kündigungen gegen die Linken). Eine Republik lebe von ihren Gesetzen, wie das BetrVG eines ist. Was der Kollege Fechner hier betreibe, könne man im Kommunistischen Manifest nachlesen. Das wäre die Diktatur des Proletariats, sämtliche Grundrechte außer Kraft zu setzen, usw. usf.

Statt des erhofften Beifall regnete es schallendes Gelächter von 700 Kollegen, Buh-Rufe und Pfiffe! Dann standen etliche Kollegen auf und fragten den BR, was er macht

- zu der geplanten Total-Kontrolle durch Kameras,
- zur innerbetrieblichen Rationalisierung und zu den Sparmaßnahmen.

Die Rechtfertigungsversuche von Fechner & Co. riefen Pfiffe und Hohngelächter hervor. Beifall ernteten die Kollegen, die den Betriebsrat oder die Geschäftsleitung angriffen. Fechner redete schließlich völlig unkontrolliert darauf los. Ein Beispiel dazu:

Eine Kollegin aus der Abendschicht kritisierte die monotone Fließarbeit. Fechner riet ihr, sich beim BR zu beschweren. Die Kollegin hatte dies bereits getan mit dem Erfolg, daß ihr Abteilungsleiter ankam und ihr drohte, er hätte den besseren Kontakt zum BR und wenn ihr die Arbeit nicht paßt, solle sie gehen, die Schlange der Arbeitssuchenden stehe bis zum Dammtor-Bahnhof. Die Kollegin fragte Fechner dann, ob es ihn wundere, daß niemand mehr zum BR kommt, wenn die Geschäftsleitung immer so prompt informiert werde. Fechner dazu: Man müsse schon in Kauf nehmen, daß der Vorgesetzte informiert werde, wenn man sich beschweren würde (erneutes Pfeifkonzert und Buh-Rufe).

Einmal ist Schluß!

Gleich nach der Betriebsversammlung ließen die rechten Betriebsräte erkennen, daß sie an Rücktritt nicht im geringsten dachten („Doch nicht bei solcher Stimmung!"). Sie waren jedoch soweit angeschlagen, daß wenige Tage später Fechner zum Generaldirektor gebeten wurde, tags darauf zum Personalleiter. Am 2. Juni 1977 tagte der BR erneut: Paul Fechner trat zurück, die Sitzung wurde sofort geschlossen und für den 7.6. wieder einberufen. Einziger Punkt sollte sein: Neuwahl des BR-Vorsitzenden.

Am 6.6. ließ Fechner über Hauspost eine „Persönliche Erklärung" verteilen. Seine offizielle Rücktrittsbegründung lautet demnach:

„ ... Die notwendige vertrauensvolle Zusammenarbeit innerhalb des Betriebsrates ... ist seit geraumer Zeit nicht mehr gegeben."

Und das frechste:

„Betriebsratsbeschlüsse, die von einer Minderheit trotz ausführlicher Diskussionen nicht akzeptiert werden, wurden immer wieder herausgeholt und neu diskutiert. Ergebnis: Es blieb zwar meistens alles beim alten; aber hoher Zeitaufwand leider ohne produktive Ergebnisse."

Angespielt wird damit auf die Forderungen der HBV-Linken nach vier Betriebsversammlungen oder nach Behandlungen der Kündigungen im gesamten Betriebsrat.

Noch seinen Abgang als Vorsitzender wollte Fechner den linken BR-Mitgliedern in die Schuhe schieben – die sich großenteils immer wieder gegen seine illegalen Praktiken ausgesprochen hatten.

Doch dieses Ansinnen der Rechten wurde zum Bumerang: Am Morgen der BR-Sitzung am 7.6. erschien das IDUNA-INFO Nr. 3 des KB. Gegenübergestellt wurde, daß Fechner und der Mehrheits-BR aus dem erklärten Willen der Kollegen nach Neuorientierung der Politik und Neuwahlen nichts besseres zu tun haben, als den angeschlagenen Vorsitzenden zurückzuziehen und zu versuchen, die Schuld auch noch den Linken zu geben.

Der BR hatte sich derart festgefahren, daß nur noch der Rücktritt blieb. Allerdings nicht der sofortige, sondern erst am 15.9. Der 1975 aus Protest gegen die Zustimmung zurückgetretene ehemalige BR-Vorsitzende Reimann will nach eigenen Aussagen eine schriftliche Erklärung abgeben, daß er die Geschäfte auf jeden Fall nur noch bis zum 15.9.77 führen will.

Sicherlich ist es richtig, daß dieser Schritt die einzige Möglichkeit für zumindest einige Betriebsräte der alten Liste 1 darstellt, wieder einigermaßen „geläutert" bzw. besserungswürdig vor den Kollegen dazustehen. Denn die HBV-Liste hatte seinerzeit gefordert, keinen Kündigungen zuzustimmen, während die Liste 1 durch *„Vertrauensvolle Zusammenarbeit"* dem Kapitalisten einige Zugeständnisse „abzuringen" gedachte, was dann in den illegalen Praktiken gegen das BetrVG endete (das den Kollegen sowieso nur minimale Rechte zubilligt). Die HBV-Rechte Müller-Weymann, die sich keineswegs an die Wahlaussagen der HBV-Liste gehalten hatte, macht heute auch wieder auf ganz links. Tatsache ist, daß die BR-Rechten in jedem Falle auch gegen die gekündigten linken BR-Mitglieder in der Wahl antreten müssen. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen, wodurch sie die Möglichkeit haben, sich erneut zur Wahl zu stellen. Die Iduna-Kollegen haben dadurch die Möglichkeit, in der Wahl gegen die Kündigungen Stellung zu beziehen und diese Entscheidung nicht den Gerichten zu überlassen.

Erreicht wurde dies alles durch eine breitere Front unter den Kollegen, auf der heute alle Betriebsräte zumindest teilweise mitschwimmen müssen. Bis zum September bleibt den Rechten noch einige Zeit, ihr Image wieder aufzupolieren und zu versuchen, die Kollegen wieder einzulullen. Derzeit nur ein trüber Hoffnungsschimmer – so soll es auch bleiben!

Genossen der Iduna
KB/Gruppe Hamburg

GEW

GEW-Hamburg streikbereit – Gewerkschaftsführer betreiben Rückzug

Bei Erscheinen dieses ARBEITERKAMPF ist die Urabstimmung über einen eintägigen Warnstreik der GEW Hamburg fast abgeschlossen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß er erfolgreich endet. Damit wären die Voraussetzungen für den ersten Beamtenstreik in der Geschichte der BRD geschaffen. Der geplante Streik richtet sich gegen die mit dem Sechsten Besoldungs„erhöhungs"gesetz verbundene Rückstufung eines Teils der Lehrer.

Nach diesem BesErhG sollen die Bestrebungen, die Lehrerbesoldung zu vereinheitlichen, wieder aufgehoben werden. Werden z.B. in Hamburg Lehrer aller Schultypen nach A 13 bezahlt (die Gymnasiallehrer mit einer Zulage), sollen nach dem neuen Stufenlehrerplan die Lehrer für die Primar- und Sekundarstufe I (Volks- und Realschullehrer) nach A 12 und die Gymnasiallehrer nach A 13 bezahlt werden. Hamburgs Lehrer würden von dieser Regelung besonders betroffen, da es hier eine einheitliche Besoldung gibt, während in anderen Bundesländern die Besoldung nach dem Ausbildungsgrad verschieden ge-

Urabstimmung: JA

deshalb

Protest-versammlung

mit Erich Frister gegen

Montag, den 13. Juni 1977, 18.30 Uhr audi max, Von-Melle-Park

Urabstimmung: JA

Für einen Warnstreik aller Lehrer!

... bis 40 Kinder pro Klasse!

... aber 1000 arbeitslose Lehrer!

EINSTELLUNG ALLER LEHRER

Wandschmuck im Hamburger GEW-Haus: Würdiger Empfang für Frister.

handhabt wird. Volks- und Realschullehrer, die an Pädagogischen Hochschulen ausgebildet werden, werden nach A 12 eingestuft, Gymnasiallehrer mit Universitätsausbildung nach A 13. Gleichzeitig mit der Besoldungsverschlechterung ist also eine weitere Spaltung der Lehrerschaft verbunden.

Die aktuell anstehende Bundestagsdebatte wird zunächst die Besoldung der Referendare zum Inhalt haben, die ebenso aufgespalten werden soll, während in Hamburg diese bisher einheitlich nach einem Prozentsatz von A 13 geregelt ist. Der nächste Schlag ist aber schon für den Herbst zu erwarten, da dann eine bundeseinheitliche Regelung der Stufenlehrerausbildung und -besoldung beschlossen werden soll. Als Plan wird z.B. diskutiert, die Volks- und Realschullehrer nach und nach (keine Lohnerhöhungen) auf A 12 zurückzustufen. Natürlich handelt es sich bei diesem Gesetzesvorhaben um eine bundesweite Angelegenheit, denn über diesen Weg sollen alle versprochenen Reformvorhaben zur Vereinheitlichung der Lehrerbesoldung zunichte gemacht und die Spaltung der Lehrer in „niedere" (Volksschule) und „höhere" (Gymnasium) zementiert werden.

Notwendig wäre also ein bundeseinheitliches Vorgehen der GEW. Streikbestrebungen hat es bisher in Hessen und Hamburg gegeben. Während jedoch der Hauptvorstand der GEW-Bund in Hamburg dem dort geplanten eintägigen Warnstreik bisher verbal zugestimmt hat, hat er in Hessen alles unternommen, um ihn zu verhindern. Nachdem dort auf der letzten Landesvertreterversammlung ein linker Sozialdemokrat zum ersten Vorsitzenden gegen einen Frister-Mann gewählt wurde, gründeten die Rechten sofort eine „Initiative für die GEW", die eindeutig die Handschrift Fristers trägt. Denn gleiche Initiativen wurden schon in Westberlin nach der Wahl Kujawas und in Hamburg nach der Wahl Lemkes gebildet, die beide enge Verbindung zu Frister unterhalten. In anderen Landesverbänden wurde die Diskussion um Streik- oder andere Kampfmaßnahmen gar nicht erst aufgenommen. Damit wird vom Hauptvorstand und insbesondere von Frister der Hamburger Verband bewußt isoliert, obwohl es eindeutig um bundesweite Angelegenheiten geht.

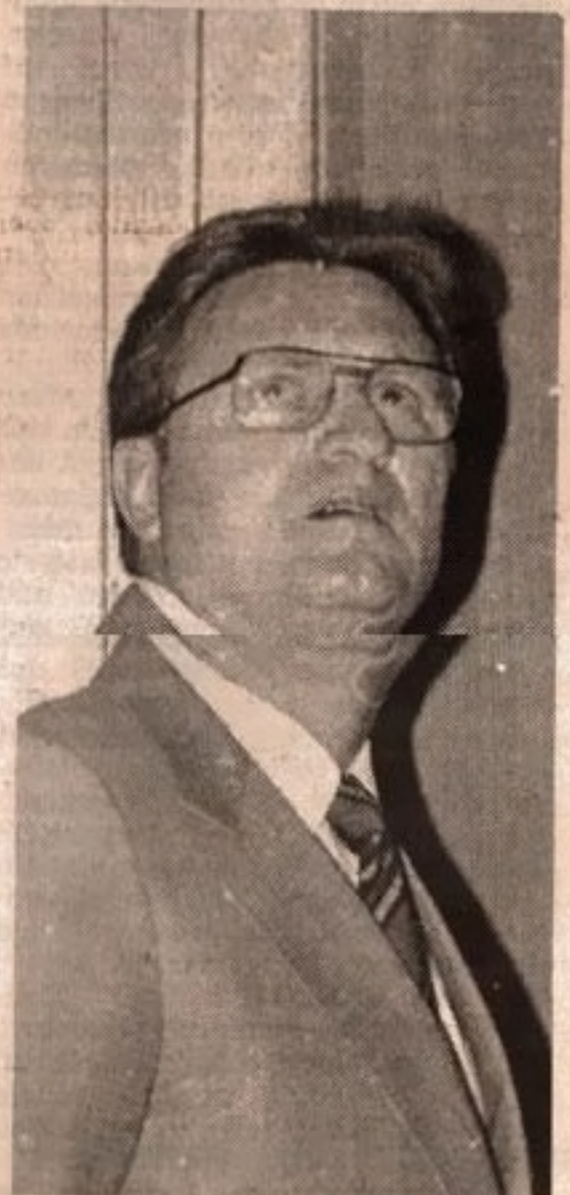
Schon einmal hat es gegen die jetzt laufenden Bestrebungen Vorbereitungen für Streikmaßnahmen gegeben. 1974 scheiterte in Hessen eine Urabstimmung knapp (74%), während in Hamburg mit 79% ein Streik beschlossen wurde, der allerdings vom Vorstand abgeblasen wurde, als die Bundesregierung sich bereit erklärte, neu zu „verhandeln".

Auf einer Vertrauensleuteversammlung (VV) der Hamburger GEW wurde am 2.5. beschlossen, den Vorstand aufzufordern, beim Bundesvorstand die Einleitung für eine Urabstimmung zu beantragen. Durchgesetzt wurde gegen den Vorstand, daß neben den Forderungen gegen die Besoldungsverschlechterungen gleichzeitig die Forderung nach Einstellung aller Lehrer und nach Verkleinerung der Klassen stehen sollte (siehe AK 105). In der Zwischenzeit startete der Vorstand eine massive Kampagne zur Einschränkung des Streiks allein
zur Einschränkung des Streiks allein
auf die Besoldungsfrage, wobei er als Begründung angab, ein Streik müsse „erreichbare Ziele" formulieren. Damit kam er einerseits den Rechten entgegen, die in der Aufnahme weiterer Streikziele eine „Politisierung" des Streiks sahen, gleichzeitig hält er sich die Hintertür offen, den Streik bei minimalen oder nur scheinbaren „Zugeständnissen" des Bundestages abzublasen. Auf der Landesvertreterversammlung am 26.5. gelang es dem Vorstand, diese Linie durchzusetzen, wobei allerdings immer noch rund ein Drittel der Delegierten für die drei Forderungen stimmten.

Fristers falsches Spiel

Überraschend für alle Linken war schon die „Unterstützung" des Streiks in Hamburg durch die Rechten, hatten diese doch bisher alle Streikvorhaben als „verfassungswidrig" abgelehnt. Noch überraschender war dann die „volle Unterstützung" durch Frister. Nachdenklich mußte schon zu diesem Zeitpunkt stimmen, daß seine Gefolgsleute in Hessen gerade einem möglichen Streik massiv entgegentreten.

Am 4.6. tagte dann der Hauptvorstand in Hamburg, um sich mit dem Antrag der GEW Hamburg zu befassen. Den ersten schmutzigen Trick versuchte Frister schon in der Formulierung des Streikziels. Es sollte nur noch für eine Vereinheitlichung der Referendarsausbildung gestreikt werden. Im Falle, daß der Bundestag eine Vereinheitlichung nach A 12 beschlossen hätte, wäre das Streikziel formal erreicht gewesen – die Hamburger Referendare würden damit von A 13 auf A 12 zurückgestuft! Da Frister mit diesem Vorstoß jedoch auf taube Ohren stieß, mußte er schließlich uneingeschränkt dem Hamburger Vorschlag zustimmen. Die Urabstimmung wurde für den 10. bis 14.6. festgelegt. Am 15.6. steht dann das Urabstimmungsergebnis fest, am 16.6. tagt der Innenausschuß des Bundestages, wo die Vorentscheidungen getroffen werden. Wenn auf die Entscheidung überhaupt noch Druck ausgeübt werden soll, so müßte der Streik in der darauffolgenden Woche anläßlich der Bundestagsdebatte stattfinden. Hier setzt Fristers nächster Schlag an. Denn beschlossen wurde, daß der Hauptvorstand erst am 25.6., also n a c h der Entscheidung des Bundestages, über einen möglichen Streiktermin entscheiden wird. Begründet wird diese Entscheidung damit, einen längeren „Verhandlungsspielraum" herauszuschlagen . Eine angesichts dieser Situation geradezu kriminelle Haltung, da es nach der Entscheidung des Bundestages nichts mehr zu verhandeln gibt. Hinter dieser Hinauszögerung steckt allerdings mehr. Frister weiß natürlich, was die sozialliberale Koalition in den Bundestag einbringen wird. Auf der Hauptvorstandssitzung umriß er dies folgendermaßen: eine einheitliche Referendarsbesoldung wird angestrebt, wobei den Ländern für eine gewisse Zeit eine Sonderklausel zugebilligt werden soll. Verschwiegen wird dabei, daß schon im Herbst die gesamte Neuregelung der Lehrerausbildung zur Debatte steht. Die „Erreiohung des Streik ziels" ist demnach von Frister mit der Bundesregierung voll abgesprochen, die Hamburger GEW-Mitglieder würden voll in die Röhre gucken! Zum zweiten Mal nach 1974!



Erich Fristers Blick in die Sterne – kommt er mit seinen Plänen durch?

Die Ungeheuerlichkeit dieses Vorgehens liegt gerade darin, daß Frister die Hamburger GEW für eine Sache „streiken" lassen will, die längst zwischen ihm und der Bundesregierung ausgemauschelt worden ist.

GEW Hamburg – was nun?

Der Hamburger Vorstand scheint dieser Marschroute Fristers nachzugeben. Im letzten „Informationsdienst für Vertrauensleute" wird bekanntgegeben, daß die Aktionswoche und damit auch der Streik um eine Woche verschoben worden sei – dies ohne Absprache und ohne weiteren Beschluß der Vertrauensleuteversammlung. *„Erste Priorität"* soll jetzt *„ein hohes Ergebnis der Urabstimmung"* haben. Nach dem Ergebnis der Urabstimmung soll dem Hamburger Senat eine angemessene Zeit verbleiben, eine Erklärung abzugeben, *„daß für den Fall der Beschlußfassung des Sechsten BesErhG mit Besoldungsverschlechterungen für die Referendare durch den Bundestag in Hamburg keine Stufenlehrerbesoldung angewandt wird"*. Dies soll doch wohl bedeuten, daß bei Vorliegen einer solchen „Erklärung" das Eintreten in den Streik dann „überflüssig" wäre.

Da sich der Hamburger Senat im Bundesrat gegen dieses Gesetz ausgesprochen hat, wird ihm diese Erklärung nicht weiter schwerfallen – insbesondere nicht bei Offenhaltung (zeitlich begrenzter!) Sonderregelungen für die Länder durch den Bundestag. Das „Streikziel" wäre damit „erreicht" – obwohl der erste Schritt zur Besoldungsneuregelung durch den Bundestag gemacht wäre. Für die Lehrer hätte sich jedoch nichts geändert, denn immer noch steht im Gefolge des BesErhG die Vereinheitlichung der Stufenlehrerausbildung bundesweit an, nach der dann die Besoldungsverschlechterungen nach und nach durchgezogen werden. Die Hamburger Lehrer stünden also vor der gleichen Situation wie 1974 – nur mit dem einen Unterschied, daß in der Zwischenzeit ein „linker" Vorstand gewählt wurde, in den viele Mitglieder gerade in Bezug auf die anstehenden Kampfmaßnahmen ihre Hoffnungen gesetzt haben. Sollte noch einmal eine gleiche Situation wie 1974 eintreten, so muß dieser Vorstand unweigerlich mit einem erheblichen Vertrauensverlust rechnen.

Schon bei der Formulierung des Streik ziels und der Streikdauer (nur ein Tag!) haben die Linken in der GEW Hamburg immer wieder Rücksichten auf die „gewerkschaftliche Einheit" genommen.

Rücksichten wurden bei der Bestimmung der Streikdauer genommen, weil die „linken" Sozialdemokraten einen wirklichen Streik ablehnen würden. Jeder realistisch denkende Gewerkschafter weiß allerdings, daß mit einem eintägigen Warnstreik keinerlei Druck gegenüber der Bundesregierung zu entwickeln ist. Rücksicht wird immer noch gegenüber Frister genommen, obwohl er und seine Gefolgsleute eine Ausweitung des Streiks auf andere Landesverbände v e r h i n d e r t haben. Selbst eine scharfe Stellungnahme gegen Frister auf einer angesetzten Streikversammlung am 13.6. in Hamburg wird von vielen Kollegen noch abgelehnt, weil damit die „gewerkschaftliche Einheit" zerstört werden würde.

Wie die jetzigen Ergebnisse aber erneut zeigen, kann es keine Einheit mit der Gewerkschaftsrechten geben, selbst dann nicht, wenn es um die „unmittelbaren" gewerkschaftlichen Ziele wie die Abwehr der Besoldungsverschlechterungen geht. Damit zerplatzt auch die Illusion vieler Linker, daß die Auseinandersetzungen mit der Fristerlinie durch eine Konzentration auf die „eigentlichen" gewerkschaftlichen Aufgaben zu umgehen ist.

Die Hamburger GEW-Linke steht jetzt vor der Aufgabe, den Streik gegen den Widerstand Fristers überhaupt zustande kommen zu lassen. Hieran werden alle Kräfte gemessen werden müssen, die sich für diesen Streik eingesetzt haben. Die Verschiebung der Aktionswoche muß deshalb zurückgenommen werden, die Hamburger GEW muß dafür eintreten, den Streik anläßlich der Bundestagssitzung durchzuführen. Bevor Frister den Streik wieder absetzen kann, muß von der Hamburger GEW ein eindeutiges Votum vorliegen, den Streik gegen alle Widerstände, sei es von Seiten der Behörde oder von Seiten des Gewerkschaftsvorstands, durchzusetzen.

Mit der Einleitung einer Urabstimmung und den scheinbaren Vorbereitungen eines Streiks soll nach Vorstellungen des Bundesvorstandes der gesamte Protest gegen die Besoldungsneuregelung abgedeckt werden. Für die Lehrer im gesamten Bundesgebiet fängt der Kampf um die Zurückschlagung dieser Pläne jetzt aber erst an.

Der eintägige Warnstreik in Hamburg hätte doch vor allem darin seinen Sinn, den anderen Landesverbänden Mut zu machen, ebenfalls Kampfmaßnahmen zu diskutieren und zu beschließen. Deshalb kommt der kämpferischen Durchsetzung des beschlossenen Streiks durch die Hamburger GEW gegen den Willen des Bundesvorstandes eine besondere Bedeutung zu.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Wieder ein rechter Spalterverein gegründet

Hessen. Als Reaktion auf die Wahl des linken Sozialdemokraten Harnischfeger zum hessischen GEW-Vorsitzenden (siehe AK 103) wurden u.a. von den abgewählten Spitzenfunktionären des alten Landesvorstandes, Helmut Schwarz und Gustav Ludwig, „Hirtenbriefe" an die *„bisher schweigende Mehrheit"* der GEW-Mitglieder verschickt, mit der Aufforderung, einer „Initiative für die GEW" beizutreten, um den Vormarsch einer *„Gruppe parteipolitisch extrem linksorientierter Mitglieder"* zu stoppen. Die Linksextremisten hätten *„sich fraktionsartig zusammengeschlossen, ... (um) die Unzufriedenheit der breiten Masse der Lehrerschaft mit der schulpolitischen Entwicklung in unserem Lande dazu (zu nutzen), unter dem Deckmantel gewerkschaftlicher Forderungen ihre auf Beseitigung der gegebenen Staatsform gerichteten Ziele durchzusetzen"*.

Gleichzeitig wird das Wahlergebnis der LVV als „Herausforderung" bezeichnet und unter dem Hinweis angezweifelt, daß die *„Minderheit dieser VV ... die Mehrheit der GEW-Mitglieder hinter sich (wisse)"*.

Anlaß für diesen Brief ist neben der persönlichen Kränkung, nicht gewählt worden zu sein, die Stellungnahme von Harnischfeger, für die Aufhebung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW einzutreten. Unter dem Hinweis, selbst aktiv für die Beibehaltung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB einzutreten, wird diese Stellungnahme als Versuch gebrandmarkt, die GEW zu mobilisieren, sich von den *„freiheitlich-demokratischen Grundsätzen des DGB abzuspalten"*.

Nach Hamburg ist dies ein weiterer Anlauf reaktionärer Sozialdemokraten, durch Organisierung einer Fraktion, verlorenes Terrain wieder aufzuholen. Interessant ist, daß diese offenen Fraktionsbildungen die Unterstützung Fristers genießen, während die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegenüber kommunistischen Organisationen u.a. mit deren Fraktionsbildung in der GEW begründet werden.

Bemerkenswert ist an diesem Brief auch, daß die Anwendung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse, die bisher für „K-Gruppen" formuliert sind, ausdrücklich auch für die „Angehörigen des Sozialistischen Büros Offenbach" gefordert wird.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 23.000
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und
Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents



frauen



Internationaler Frauenkongreß in Paris





Vom 28. bis 30. Mai fand in Paris ein internationaler Frauenkongress statt. Die Idee zu diesem Treffen entstand innerhalb zweier französischer Frauengruppen (Cercle Elisabeth Dimitrieff und „Les Petroleuses", beide inzwischen aufgelöst) Ende 1975.

Im Mittelpunkt dieses Kongresses sollte die Diskussion um die Frage „Verbindung der Frauenkämpfe und der Klassenkämpfe" stehen. Um den Kongress vorzubereiten, trafen sich mehrmals Delegierte von Frauengruppen aus mehreren Ländern Europas, allerdings ohne konkretes Ergebnis. Es gab Uneinigkeiten über die Durchführung, den Aufruf, das Thema. Schließlich fand im Herbst 1976 ein weiteres Vorbereitungstreffen in London statt, auf dem die Differenzen über die Ausrichtung des Kongresses scharf zum Ausdruck kamen und Konsequenzen nach sich zogen. Die Französinnen hatten einen Aufrufentwurf vorgelegt, zu dem einige der Anwesenden grundlegende Widersprüche hatten. Im wesentlichen von den holländischen und einem Teil der englischen Frauen wurde vertreten, die Ausrichtung des Kongresses sei „zu links"; die Dominanz der „linken" Frauen (vorwiegend Trotzkistinnen) sei zu stark und nicht repräsentativ für die „autonome" Frauenbewegung. Diese Frauen beschlossen dann, einen eigenen Kongress nach ihren Vorstellungen in Amsterdam durchzuführen. Dieser Kongress hat inzwischen eine Woche nach dem Pariser Kongress stattgefunden (siehe Artikel in diesem AK).

Im Anschluß an diese Diskussion in London, die die ursprüngliche

Im Anschluß an diese Diskussion in London, die die ursprüngliche Planung des Kongresses in Frage stellte, wurden in verschiedenen Ländern nationale Treffen durchgeführt und die verschiedenen Standpunkte diskutiert (Wir berichteten darüber). Auf dem darauffolgenden Vorbereitungstreffen in Paris im Dezember 1976 wurden die verschiedenen Vorschläge zusammengetragen und beschlossen, den Kongress nicht so eng zu fassen, sondern alle Aspekte der Frauenbewegung miteinzubeziehen, wobei die Klassenkämpfe mit enthalten sein, aber nicht mehr zentral im Vordergrund stehen sollten.

Wir haben damals die Initiative zum Kongress begrüßt und wollten die Möglichkeit nutzen, mit möglichst vielen Frauen über die Standpunkte der Frauenbewegung zu verschiedenen Themen zu diskutieren.

Alles in trotzkistischer Hand

Leider hat die Breite und Effektivität des Kongresses darunter gelitten, daß die Vorbereitungen und die Arrangements im wesentlichen in trotzkistischen Händen lagen. So war z.B. auf dem Kongress völlig unklar (bzw. ziemlich klar!), wer in der zentralen Kommission vertreten war, die den Kongress leitete, wer die Redebeiträge ausgewählt hatte (verschiedene Redebeiträge wurden abgeblockt) und wer die Diskussionsleitung auf den Vollversammlungen machte. Besonders krass zeigte sich das trotzkistische Management, als der französischen kommunistischen Organisation OCT, die eine sehr intensive Frauenpolitik macht, ein Redebeitrag verweigert wurde, während die Diskussionsleitung den anwesenden Feministinnen gegenüber große „Toleranz" zeigte.

Offenbar ist es zum einen das Bestreben der Trotzkistinnen – aus der BRD die GIM – , sich selbst das Monopol für „linke" Frauenpolitik zu sichern. Dies können die Trotzkistinnen nur administrativ-bürokratisch leisten, da sie fast völlig darauf verzichten, politisch in die Frauenbewegung hineinzuarbeiten (Eine Ausnahme bildet das Thema „Lohn für Hausarbeit"). Vor allem gegenüber den reaktionärsten Tendenzen in der feministischen Bewegung (Antikommunismus, Männerfeindlichkeit, Absage an die Einbeziehung gesellschaftlicher Zusammenhänge) verzichten die Trotzkisten nicht bloß auf jede Auseinandersetzung, sondern betreiben Versöhnlertum und Anbiederung. Dies geht auch so weit, daß die Trotzkistinnen ihre Frauengruppen als „autonom" ausgeben und teilweise bei der antikommunistischen Demagogie gegen die „organisierten Frauen" voll mitziehen.

Der Kongress

Der Kongress selbst dauerte insgesamt drei Tage. Am Anfang sollte am Nachmittag des ersten Tages eine Vollversammlung aller teilnehmenden Frauen sein, auf der aus verschiedenen Ländern Berichte zur aktuellen Situation gegeben werden sollten. Der zweite Tag sollte ganz der Arbeit in den verschiedenen Arbeitsgruppen dienen, die zu verschiedenen Themen gebildet wurden. Am dritten Tag sollten die Ergebnisse dieser Diskussionen zusammengetragen und Resolutionen und Forderungen eingebracht werden.

Schon am ersten Tag wurden die organisatorischen Schwierigkeiten deutlich, denn die Veranstalterinnen hatten mit ca. 500 Teilnehmerinnen gerechnet und gekommen waren nach unserer Schätzung ca. 3.000 ! So konnte die erste Vollversammlung nur für einen kleineren Teil der Anwesenden effektiv sein, denn in den Hörsaal, in dem die verschiedenen Beiträge auch in verschiedene Sprachen simultan übersetzt wurden, paßten höchstens 400 Frauen. Auf dem Unigelände hatten verschiedene Frauengruppen ihre Informationsstände aufgebaut, so z.B. Frauen von

der autonomen „Frauenbefreiungsbewegung" in der Schweiz, von der Zeitung „La fronde" aus Lausanne; aus

der autonomen „Frauenbefreiungsbewegung" in der Schweiz, von der Zeitung „La fronde" aus Lausanne; aus Spanien katalonische Frauen aus den Arbeiterkommissionen in Barcelona und baskische Frauen; aus Frankreich die verschiedensten Initiativen und Gruppen (als Beispiel seien nur die MLAC – Bewegung gegen das Abtreibungsverbot – und „Information de Femmes" – eine der meistgelesenen Frauenzeitungen – sowie „Femmes travailleuses en lutte" und die Frauen von OCT genannt); aus England Frauen von „Lesbian Left", „Gay Liberation" und „Socialist Women"; aus Italien Gewerkschafterinnen und Frauen, die die bekannten „consultori" (selbstverwaltete Beratungszentren) mittragen; Frauen aus verschiedenen Lateinamerikanischen Ländern; aus Belgien Frauen der Zeitung „Becassines en lutte"; aus der BRD hatten die „Courage" und „Der Feminist" (München, Hannelore Mabry) Stände aufgebaut. Diese Aufzählung ist bei weitem nicht vollständig, soll aber einen kleinen Eindruck vermitteln.

Die Arbeitsgruppen hatten sich zu folgenden Themen gebildet:

- Frauen in Betrieben, in Gewerkschaften (3 Arbeitsgruppen);
- Abtreibung (§218);
- Beratungszentren in Zusammenhang mit den Abtreibungsgesetzen;
- Sexualität (Probleme der Homosexuellen);
- Gewalt gegen Frauen, darunter wurden zwei verschiedene Themen zusammengefaßt: a) Repression und b) Vergewaltigung;
- Frauenzentren;
- Frauen und Kinder;
- Lohn für die Hausarbeit;
- Frauenarbeitskreis gegen AKWs (auf Initiative von Hamburger Frauen);
- Marxismus und Frauenbewegung (speziell von einer Vertreterin der „Trotzkistischen Liga Deutschlands", TLD, ins Leben gerufen.)

Wir können unmöglich heute schon einen Überblick über die Diskussionen der gesamten Arbeitsgruppen geben, aber wir wollen versuchen, die wichtigsten Ergebnisse und Diskussionsprozesse zusammenzufassen und die Beschlüsse und Resolutionen, die auf der Vollversammlung am dritten Tag eingebracht wurden, wiederzugeben.

Auf der Vollversammlung am ersten Tag sprachen Frauen aus England, der Schweiz, Frankreich, Lateinamerika und Italien zu Problemen wie: 'Gastarbeiterinnen' (Schweiz), Abtreibungskampagnen (England), Beratungszentren (Italien), Folter, Unterdrückung und Zwangssterilisation (Lateinamerika), und zur Situation der weiblichen Gefangenen (Frankreich). Waren die Beiträge hier noch recht allgemein und brachten wenig konkrete Informationen, so war es in den verschiedenen Arbeitsgruppen schon eher möglich, auf die spezielle Situation und die verschiedenen Meinungen unter den anwesenden Frauen einzugehen, wenn auch der Mangel bestand, daß durch die Übersetzungsprobleme und die Berichte der Frauen die Zeit sehr knapp war.

AG Betrieb und Gewerkschaft

Wir können nur über eine der drei AGs und den Beitrag auf dem Schlußplenum berichten. Die Frauen berichteten im wesentlichen über ihre persönlichen Erfahrungen in den Betrieben und über ihre Erfahrungen mit den Gewerkschaften. Gemeinsam wurde festgestellt, daß die reformistischen Gewerkschaften sich der Probleme der Frauen kaum oder gar nicht annehmen; z.B. gibt es in den USA für die Textilbranche, wo überwiegend Frauen arbeiten, keine Gewerkschaft. Bis auf Frankreich sind die Frauen in den Gremien der Gewerkschaften kaum vertreten. Überall werden die Frauen in der allgemeinen Krisensituation als erste entlassen bzw. fallen als erste unter den Einstellungsstop. Nirgendwo besteht das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Die Diskussion über die verschiedenen Standpunkte zur Arbeit der Frauen in den Gewerkschaften und in den Betrieben kam zugunsten der einzelnen Berichte leider zu kurz.

FRAUEN KAMPFEN IN ALLEN LANDERN



AG Abtreibung

Hier wurde ein genaueres Bild über die Situation in den verschiedenen Ländern gegeben:

Frankreich: 1974 wurde ein Gesetz verabschiedet, das die Abtreibung in den ersten 10 Wochen freigibt, aber in 5 Jahren neu verhandelt werden muß. Die Forderung der Frauen war die völlige Legalisierung. Minderjährige und Ausländerinnen sind auf die Einwilligung der Eltern bzw. des Ehemannes angewiesen; die Kliniken sind nicht verpflichtet, Abtreibungen vorzunehmen und machen von diesem Recht auch fleissig Gebrauch. Die Kosten für eine Abtreibung werden nicht von der Krankenkasse bezahlt. Nach einem relativen Abschwung der spontanen Bewegung nach Verabschiedung dieses Gesetzes kommt es jetzt wieder zu vermehrten Aktionen, z.B. hat die MLAC in Paris ein Projekt vor, wo die Frauen in der Arbeit in einem Zentrum eine Stärkung erfahren sollen und wo auch eine allgemeine Beratung zu Kinderproblemen etc. miteingeplant ist, nicht nur die Durchführung von Selbsthilfe.

Portugal: Die Situation in Portugal ist besonders schlimm. Abtreibungen sind generell illegal. Es gibt ca. 180.000 Abtreibungen jährlich, ca. 2.000 Frauen sterben daran. Viele Frauen sind gezwungen, die Eingriffe mit primitivsten Mitteln an sich selbst vorzunehmen. Nach dem Sturz der Faschisten wurden Kliniken besetzt, in denen dann auch Abtreibungen durchgeführt wurden. Der Putsch vom 25. November 1975 führte zur Schließung fast aller dieser „Volkskliniken". Es gibt heute in Portugal keine breite Bewegung für die Freigabe der Abtreibung, einzig einige Frauengruppen und die MDM (Demokratische Frauenbewegung, starker PC-Einfluß) sammeln Unterschriften.

Spanien: Mit dem Sieg des Faschismus wurden Abtreibung, Verhütung und Scheidung verboten. Es gibt ca. 300.000 illegale Abtreibungen jährlich, vielfach unter den schlimmsten Bedingungen. Im Oktober soll eine Kampagne von der Koordination der Frauengruppen begonnen werden, wobei es heute schon Diskussionen um die Propagierung der Selbsthilfe gibt.

Italien: 1972 wurde durch das Verfassungsgericht eine Regelung veranlaßt, nach der Abtreibungen bei medizinischer Indikation legal sind. Durch die Erstarkung der Frauenbewegung gab es große Auseinandersetzungen auch innerhalb der linken Bewegung. Die PC hat den Vorschlag einer Fristenregelung ins Parlament eingebracht, während die Vorschläge der PS und der CISA (Radikale Partei) fortschrittlicher waren. Vor einigen Tagen wurde jetzt der Vorschlag für eine Fristenregelung vom Senat abgelehnt, von Christdemokraten und Faschisten und offenbar mit einigen Stimmen der PCI.

nigen Stimmen der PCI.
Belgien: Hier sind seit 1963 zwar Verhütungsmittel erlaubt, aber die

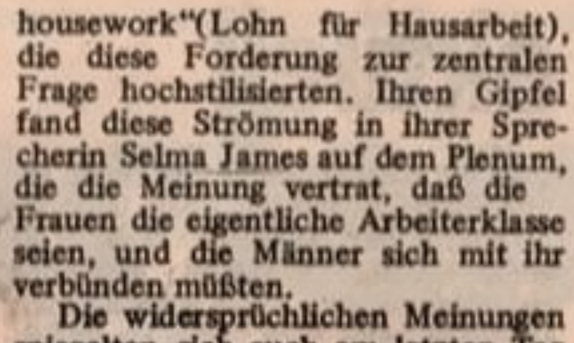
Belgien: Hier sind seit 1963 zwar Verhütungsmittel erlaubt, aber die Abtreibung bleibt weiterhin verboten, es sei denn, die Mutter wäre schwer gesundheitlich gefährdet. Es werden ca. 40.000 Abtreibungen jährlich vorgenommen. 1973 gab es eine große Kampagne für einen Arzt, der wegen praktizierter Abtreibungen mit 30 Tagen Gefängnis bestraft wurde; es kam zu großen Demonstrationen und es bildeten sich Kommissionen und Arbeitsgruppen. 1976 wurden Abtreibungskliniken öffentlich bekannt gemacht und ein Buch mit Adressen herausgegeben, das sofort verboten und eingezogen wurde. Am nächsten Tag standen die Adressen in allen linken Zeitungen.

Schweiz. Abtreibung ist bei einer Strafe von 5 Jahren Gefängnis verboten. Die Situation ist in den einzelnen Kantonen unterschiedlich. Es ist z.T. möglich, über einen Hindernislauf durch verschiedene Ärzte„beratungen" eine Abtreibung zu kriegen. Es gibt ca. 5.000 legale und 50.000 illegale Abtreibungen jährlich. Heute ist die Fristenregelung in der Debatte, auch im Parlament. 1975 veranstalteten Frauen zur Verdeutlichung ihrer Forderungen ein Go-in beim Parlament und bewarfen die Parlamentarier mit frisch beschmutzten Kinderwindeln...Die Frauengruppen haben sich zu einer nationalen Koordination zusammengefunden und wollen im Falle einer Abstimmung über die Fristenregelung diese unterstützen.

Großbritannien: Hier gibt es seit kurzer Zeit eine starke Bewegung für die Freigabe der Abtreibung, die „National Abortion Campaign" (NAC). Sie hat mehrere Demonstrationen und Aktionen organisiert und tritt für folgende Ziele ein:

1. Freie Abtreibung auf Wunsch der Frau;
2. Gesetzliche Verankerung des Rechts der Frau, ohne jede medizinische oder gesetzliche Einschränkung;
3. Umsetzung in der Praxis, indem die Regierung den Nationalen Gesundheitsdienst (NHS) beauftragt:

- Abtreibungen durch den NHS frei zugänglich zu machen;
- private Kliniken in den NHS aufzunehmen und alle Abtreibungen, auch die ausländischer Frauen, kostenlos durchzuführen;
- Einrichtungen zur Geburtenkontrolle zu schaffen, indem Beratungszentren für Fragen der Abtrei-



bung, Verhütung etc. eingerichtet werden;
– einen Forschungsfond einzurichten, der die Methoden von Abtreibung, Verhütung und Schwangerschaft überprüft und das Personal in Abtreibungsmethoden ausbildet;
– alle Abtreibungsgegner unter den Ärzten, die gegen Abtreibungen sind und Frauen daran hindern könnten, von ihren Posten abzusetzen.

In der anschließenden Diskussion ging es hauptsächlich um die Frage, ob die Frauen die Kontrolle über ihren Körper ganz in die eigenen Hände nehmen sollen oder in erster Linie von den Ärzten eine korrekte Behandlung fordern sollen. Hauptsächlich die Italienerinnen vertraten die erste Forderung. Bei der Aufstellung der gemeinsamen Forderungen kam es zu weitgehender Übereinstimmung: Freie und kostenlose Abtreibung, Verpflichtung der Ärzte, freie Wahl der Methode, umfassende Aufklärung und fortschrittliche Sexualerziehung, kostenlose, sichere und unschädliche Verhütungsmittel, keine Kriminalisierung.

AG Repression

Es wurden Berichte gegeben zur Repression gegen Frauen in Afrika, Spanien, der BRD(im wesentlichen zu den Haftbedingungen), Frankreich und Lateinamerika. Zu dem Bericht der afrikanischen Genossin sind wir leider zu spät gekommen, sodaß wir nur auf die folgenden Berichte eingehen können.

In Spanien ist die Situation der weiblichen Gefangenen Ausdruck dafür, daß es mit der vielgerühmten „Demokratisierung" nicht weit her ist. Ein Blick zwischen einer „normal kriminellen" und einer politischen Gefangenen reicht aus, um sie für 24 Tage in den Kerker zu bringen. 85% der Frauen sind wegen „weiblicher" Delikte im Gefängnis: Ehebruch, Prostitution, Abtreibung, „böswilliges" Verlassen des Ehemannes bzw. der Familie. Seit einem Jahr kämpfen die Frauen im Zusammenhang mit der Kampagne für die allgemeine Amnestie für die Freilassung aller Frauen.

Es gibt noch eine spezielle psychologische Unterdrückung der weiblichen politischen Gefangenen, indem sie nur als Gefährtinnen der politisch aktiven Männer betrachtet werden, nicht aber als eigenständig handelnde Menschen.

Aus der aktuellen Situation heraus gibt es für die spanischen Frauen gar keine Diskussion darum, ob sie an der Seite der Arbeiterklasse gegen den Faschismus kämpfen: Es ist für sie eine Selbstverständlichkeit! Die Frauenbewegung selbst ist heute in Spanien illegal.



Der Beitrag der BRD wurde von Frauen aus dem „Komitee zur Freilassung der politischen Gefangenen" vorgebracht und bezog sich im wesentlichen auf die Schilderung der Haftbedingungen der weiblichen „RAF"-Gefangenen. Wir versuchten in diesem Zusammenhang, innerhalb der Arbeitsgruppe Unterstützung für ein Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD zu erlangen und beschlossen, eine entsprechende Resolution auf der Vollversammlung am 3.Tag vom Plenum verabschieden zu lassen.

Die Französinnen berichteten über die Praktizierung des „Modell Deutschland" in den französischen Gefängnissen, wo es z.B. für Frauen, die im Verdacht sind, lesbisch zu sein, schon genügt, laut zu reden oder kurze Haare zu haben, um schärfer behandelt zu werden. Betont wurde auch, daß gerade in Frankreich und der BRD speziell Leute ausgebildet werden, die in den Ländern der „3.Welt" gegen die Befreiungsbewegungen eingesetzt werden.

Die Frauen aus Südamerika berichteten über den Streik der Minenarbeiter in Bolivien, in dessen Verlauf die Frauen der Arbeiter den Streik weitergeführt haben, als die Männer ins Gefängnis gesteckt wurden und die Mine heute noch besetzt halten. Außerdem wurde auch über die Folter in den lateinamerikanischen KZ's und Gefängnissen berichtet.

In der anschließenden Diskussion, die leider auch hier viel zu kurz geriet, war die wesentliche Frage, wer schuld ist an dieser Repression, wer also unser Gegner ist. Die spanischen Frauen brachten hierfür eine Resolution ein, die auch auf dem Plenum vorgetragen und verabschiedet wurde:

1. Überall sind die Frauen einer speziellen Unterdrückung ausgesetzt.
2. Die Justiz ist eine Klassenjustiz gegen die Unterdrückten.
3. Die Folter ist international, notwendig ist die internationale Solidarität.
4. Der Kampf der Frauen muß an der Seite der Arbeiter stehen. Sonst gelingt es den Kapitalisten, die Menschen innerhalb ihrer Klasse zu spalten und gegeneinander auszuspielen.
5. Konkrete Solidarität mit den Frauen in Bolivien, Afrika, Spanien, BRD, Frankreich,und Lateinamerika; Unterstützung des Russelltribunals und Forderung nach dem Kriegsgefangenen-Status für alle politischen Gefangenen.

Beschlossen wurde auch - allerdings ohne weitere Konkretisierung - ein internationaler Kampftag gegen die Repression, evtl. am 25.Oktober, dem Tag der Deklaration der Menschenrechte.

Frauen aus der BRD formulierten am 3.Tag noch eine Resolution zur Unterstützung des Russelltribunals, die auf dem Plenum verlesen und per Akklamation angenommen wurde.

AG Vergewaltigung

Hierzu wurde auf der Vollversammlung nur ein kurzer Beitrag gehalten, ein schriftlicher Bericht soll später erfolgen. Der Beitrag warf unterschiedliche Positionen und Fragen auf, die in der Gruppe nicht geklärt werden konnten. So.z.B. die Frage, worin die Ursache für Vergewaltigungen zu sehen ist, oder die Frage, ob Frauen ihre Ehemänner vor Gericht verklagen sollen. Bekanntgegeben wurde, daß nächstes Jahr in Rom ein internationaler Kongreß zum Thema Vergewaltigung stattfinden soll.

AG Homosexualität

Die AG erklärte auf dem Plenum, daß für sie die Tatsache ihrer Homosexualität ein politisches Erlebnis mit sich gebracht hat. Sie stellten sich zur Aufgabe, nicht nur gegen die Diskriminierung ihrer Homosexualität zu kämpfen, sondern gegen jede Gewaltstruktur, gegen bürgerliche Moralvorstellungen, gegen die reaktionäre Ideologie der Kirche, gegen das gesamte kapitalistische System, das sie in ihrer Identität unterdrückt. Sie kritisierten im Weiteren, daß der Kampf der lesbischen Frauenz.T. getrennt vom Kampf der heterosexuellen Frauen verläuft, und forderten die Frauenbewegung auf, den Kampf gemeinsam zu führen.

AG Frauenzentren

In dieser AG waren vor allem Frauen aus der BRD/Westberlin, Italien und Frankreich. Der Bericht war sehr kurz gehalten und gab nur die wichtigsten Fragen wieder: Das Problem, neue Frauen im Frauenzentrum aufzunehmen, da viele FZ sich als einheitlich geschlossene Gruppe betrachten; die Beziehung zu öffentlichen und staatlichen Stellen; die fehlende Kommunikation unter den Zentren. Ungeklärt bzw. widersprüchlich war auch die Frage der Öffentlichkeitsarbeit.

AG Lohn für die Hausarbeit

Erwartungsgemäß trafen hier die Positionen pro und contra aufeinander. Im großen und ganzen gab es zwei Fraktionen, die aber jede für sich teilweise sehr unterschiedliche Begründungen für ihre Haltung anführten. Die Position contra Lohn für die Hausarbeit, die hier die Mehr-



heit stellte, argumentierte ungefähr so: Die Hausarbeit in ihrer heutigen Form ist reaktionär, weil sie die Frau an die Familie und das System bindet; deshalb wäre ein Lohn dafür eine Verfestigung dieser Situation der Frau in der bürgerlichen Familie und würde eine Kollektivierung der Hausarbeit verhindern. Frauen aus Frankreich waren der Meinung, daß man die Hausfrauen lediglich über Fragen wie Spielplätze für die Kinder oder Preiskontrolle ansprechen könnte. Schweizer und spanische Frauen meinten, daß die Forderung die faschistische Familienideologie weiter verfestigen würde. Andere Argumente waren, den wichtigsten Teil nähme die Erziehung ein, also müßten wir ein Erziehungsgeld fordern, oder z.B. die Forderung nach „Selbstorganisierung der Hausarbeit mit öffentlichen Mitteln". Die Vertreterinnen dieser Positionen(also gegen Lohn für Hausarbeit) stellten auf dem Plenum die Alternative auf, die Arbeitszeit für alle zu verringern, in Verbindung mit der Forderung nach Recht auf Arbeit für alle, und die Hausarbeit zwischen Männern und Frauen zu teilen, die Familie zu besiegen und ebenso die Arbeitsteilung des kapitalistischen Systems.

Ebenso uneinheitlich war die Position der Befürworterinnen. Eine Gruppe von ca. 30 Frauen aus der BRD(zu der auch unsere Genossinnen gehörten) vertrat, daß die Mehrzahl der Frauen heute eine unbezahlte Mehrarbeit verrichtet, eine Arbeit, die den Frauen von der Gesellschaft als naturgegeben unterstellt wird. Eine Bezahlung bedeutet eine größere Selbstständigkeit, vor allem auch vom Ehepartner. Sie sahen die Forderungen nicht im Widerspruch zur Forderung nach Kollektivierung der Hausarbeit. Aus den USA waren Frauen eines Komitees „Wages for housework"(Lohn für Hausarbeit), die diese Forderung zur zentralen Frage hochstilisierten. Ihren Gipfel fand diese Strömung in ihrer Sprecherin Selma James auf dem Plenum, die die Meinung vertrat, daß die Frauen die eigentliche Arbeiterklasse seien, und die Männer sich mit ihr verbünden müßten.

Die widersprüchlichen Meinungen spiegelten sich auch am letzten Tag auf dem Plenum wider, wo es zu tumultartigen Szenen kam, als die verschiedenen Strömungen – im wesentlichen die Amerikanerinnen – in sehr emotionalen Beiträgen ausgiebig ihre Meinung vertraten. Dies war vor allem auch eine Reaktion darauf, daß – entgegen den Abmachungen in der Arbeitsgruppe – im „offiziellen" Beitrag nur die Position gegen Lohn für Hausarbeit vertreten worden war, was wir für ein unfaires und undemokratisches Vorgehen halten.

AG Frauen und Kinder

In dem Beitrag dieser AG wurde besonders die Benachteiligung der Kinder gegenüber den Erwachsenen hervorgehoben, die geschlechtsspezifische Erziehung von Jungen und Mädchen kritisiert und auch auf die schlechte Lage der Mütter hingewiesen, denen kaum Chancen für einen Ausbildungsplatz oder für Umschulungen offenstehen. Die AG forderte die Frauenbewegung auf, sich mit diesem Problem in Zukunft mehr auseinanderzusetzen und sich für eine kollektive Erziehung der Kinder einzusetzen.

AG Arbeitskreis AKW's

Die Frauen verlasen eine Resolution, in der sie die anwesenden Frauen aufforderten, den Aufbau einer internationalen Anti-AKW-Front zu unterstützen. Sie gingen in ihrem Beitrag auf die Gefährlichkeit der AKW's und auf die wirklichen Interessen und Ziele der BRD-Kapitalisten ein: Gewinnträchtige Exportgeschäfte und Aufbau der BRD als Atommacht. Die Resolution wurde mit großem Beifall angenommen.

Insgesamt gesehen hat der Kongreß eine Reihe von positiven Ergebnissen gebracht. Durch die Arbeitsgruppen und Informationstische war ein relativ breiter Erfahrungsaustausch und eine recht umfassende Information möglich.

Zu vielen Frauen konnten neue Kontakte geknüpft werden und ein regelmäßiger Austausch der Materialien vereinbart werden. Der gemachte Ansatz ist also positiv und er reiht sich ein in die seit einiger Zeit erkennbare Tendenz aller antikapitalistischen Sektoren zu einer stärkeren internationalen Koordinierung und Diskussion. In diesem Sinn sollte der Kongreß nicht der letzte bleiben. Zukünftig aber möglichst ohne trotzkistische Scheuklappen, sondern unter offener Einbeziehung aller Organisationen, die eine fortschrittliche Frauenpolitik machen, und mit demokratischeren Strukturen.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Kein Platz für die AAO

Unter den Teilnehmerinnen auf dem Pariser Kongreß erschienen auch zwei Mitglieder des französischen Zweigs der AAO, die dort einen Stand aufbauten und versuchten, ihre Zeitungen an die Frau zu bringen. In demagogischer Weise versucht die AAO immer wieder, mit ihren Theorien von der kaputten Kleinfamilie als Wurzel allen Übels an Menschen heranzukommen, die mit diesem Gesellschaftssystem und dessen repressiven und reaktionären Moralvorstellungen unzufrieden sind, und ihnen die Erlösung durch „Selbstdarstellung" und „freie Sexualität" zu versprechen. Doch daraus wurde auch in Paris mal wieder nichts: Eine Reihe von Frauen, vor allem aus der BRD, die mit der AAO schon ihre Erfahrungen haben, schrieben kurzerhand eine Wandzeitung auf deutsch und französisch u.a. mit typischen Zitaten der AAO. Daraufhin forderten die Frauen, die sich um den Tisch der AAO versammelt hatten, die AAO auf, die Sachen zu packen und den Kongreß zu verlassen. Vor der Kamera einer Gruppe von Filmemacherinnen erläuterten noch einmal zwei Frauen, warum sie der Meinung sind, daß solche Tendenzen auf diesem Kongreß nichts zu suchen hätten. Dabei wiesen sie auch auf die Homosexuellenfeindlichkeit der AAO und auf die finanzielle Ausbeutung der AAO-Mitglieder hin. Unter großen Beifall der umstehenden Frauen zogen die AAO-lerinnen ab!

Feministinnentreff in Amsterdam

Vom 3. bis 5. Juni fand in Amsterdam ein internationales Feministinnentreffen statt, das als Gegenveranstaltung zum Pariser Frauen-Kongreß (siehe Bericht in diesem AK) gedacht war.

Die Initiative zu diesem Gegentreffen war während der Vorbesprechungen zum Pariser Kongreß entstanden, weil einige Frauen die Themenstellung („Der Kampf der Frauen innerhalb der Klassenkämpfe" bzw. später „Die Frauen und die Klassenkämpfe") zu eng fanden und überdies mit der dominierenden Rolle „linker" Frauen (Trotzkistinnen) nicht einverstanden waren.

Die Veranstalterinnen des Amsterdamer Treffens bezeichnen sich selbst als „feministisch-sozialistisch"! Die inhaltliche Füllung dieses vielversprechenden Begriffs steht bisher noch aus. Bisher ist dieser Kreis offenbar noch nicht hinausgekommen über eine scharfe Abgrenzung gegen die linken Organisationen und gegen die organisierten Frauen, sowie über die Erkenntnis, daß die Unterdrückung der Frau „auch" vom Kapitalismus herrührt. Die „feministisch-sozialistischen Holländerinnen", die den Amsterdamer Kongreß organisierten, geben in ihrer Erklärung Entdeckungen wie etwa folgende von sich: Die marxistische Theorie sei unzureichend, es gebe nämlich nicht bloß den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital, sondern auch den zwischen Lohnarbeit und Hausarbeit. Und : Die „Feministinnen-Sozialistinnen" dürften nicht in linken Organisationen arbeiten, weil die Vorstellungen der Linken von der Lohnarbeit ausgingen, die „*für uns bloß ein Teil unserer Klassenlage ist*". Und: „*Die Frauen brauchen keine Parolen des Klassenkampfes, sondern eine neue Art und Weise, sich auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse zu organisieren*". Alles bekannte und bewährte Thesen, aber warum um alles in der Welt bezeichnen sich diese Frauen als Sozialistinnen?

Die Basis für eine Politik mit „feministisch-sozialistischem" Anspruch ist derzeit gering, weil die Tendenz eindeutig auf eine Polarisierung zwischen sozialistischen Frauen und „radikal" feministisch-antisozialistischen Frauen („Schwarze Botin") geht. In der BRD scheint an Öffentlichkeit zum Amsterdamer Treffen auch kaum etwas gelaufen zu sein – abgesehen von einer kleinen Notiz der Westberliner „Courage" in der Spalte „Nachrichten aus der Frauenbewegung", wo zur Teilnahme an dem Amsterdamer Treffen aufgerufen wurde.

Wer diese Aufforderung allerdings ernst nahm und sich unter der angegebenen Telefonnummer um eine Platzreservierung bemühte, mußte feststellen, daß es damit wohl doch nicht so ernst war: Wie von den Veranstalterinnen zu erfahren war, hatten sie nur Gruppen angeschrieben und eingeladen, deren politische Richtung ihnen ziemlich sicher bekannt war. Anscheinend wurde sehr auf die „feministisch-sozialistische" Exklusivität geachtet. „Klein aber fein"soll das Kongress-Motto gelautet haben.

Wir sind gespannt auf die Veröffentlichungen über das Amsterdamer Treffen in der einschlägigen Presse. Vielleicht kommt ja doch noch heraus, was eigentlich „Feminismus-Sozialismus" ist?

AG Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Frauen aktuell

Diskriminierung arbeitsloser Frauen

Frauen in der BRD sind überdurchschnittlich von der Arbeitslosigkeit betroffen. Die Diskriminierung geht aber auch bei arbeitslosen Frauen weiter.

Einige Beispiele:

Die frauenfeindliche Regelung des § 103 des Arbeitsförderungsgesetzes, wonach Frauen die Unterbringung ihrer Kinder nachweisen mußten, wurde zum Januar 1976 fallengelassen. Gleichzeitig wurden mit dem „Runderlaß vom 18.12.75" die Rechte – besonders der arbeitslosen Frauen – erneut eingeschränkt. Dort heißt es sinngemäß, daß Arbeitslose, die bestimmte Arbeitszeitwünsche äußern, nur dann Arbeitslosenunterstützung erhalten, wenn in dem jeweiligen Bezirk entsprechende Stellen „in nennenswertem Umfang vorhanden" sind.

Das Arbeitsamt Vechta lehnte die Unterstützung einer Arbeiterin ab, die wegen ihrer fünf Kinder bisher in der sogenannten Hausfrauenschicht von 14.30 - 23.00 Uhr gearbeitet hatte. In der gewünschten Arbeitszeit seien keine Arbeitsplätze in nennenswertem Umfang vorhanden und eine Arbeitsvermittlung von vornherein ausgeschlossen.

Frauen, die jahrelang Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben, haben selbst keinen Anspruch.

Ähnlich ergeht es Frauen, die weniger als 20 Stunden die Woche arbeiten. Die Arbeitszeit wird als „geringfügig" eingestuft und erfüllt nicht die Anforderungen des Arbeitsförderungsgesetztes. Wenn sie Glück haben, können sie unter bestimmten Voraussetzungen Arbeitslosenhilfe beantragen.

Für einen Großteil der Frauen allerdings bleibt nur der Gang zurück ins Haus.

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung errechnete für den Zeitraum vom September 1974 – September 1975 einen „Abgang" von 22% aller arbeitslosen Frauen zurück in die Hausfrauentätigkeit. Von Frauen mit Kindern unter sechs Jahren wurden sogar 44% vom Arbeitsmarkt „verdrängt".

(Angaben: „Express", 15.4.).

Entlassen, weil sie ein „Lesben"- Abzeichen trug!

Auf skandalöse Weise ist in England eine Frau von ihrem Arbeitsplatz gefeuert worden, weil sie während der Arbeit ein Lesben-Abzeichen trug. Sie verklagte daraufhin ihre Firma, eine Versicherungsgesellschaft, und führte einen monatelangen Arbeitsgerichtsprozeß. Das Gericht war von Anfang an gegen sie eingestellt, sodaß trotz breiter Solidarität der englischen Frauenbewegung der Prozeß zu ihren Ungunsten ausging.

Man warf ihr vor, sie wolle durch das Tragen des Abzeichens andere Frauen dazu bringen, lesbisch zu werden, und sie sei eine Gefahr für die jungen Lehrmädchen in der Firma. Zudem würde das Abzeichen „geschäftsschädigend" wirken, wenn die Kunden es bemerkten.

Nachdem das Gericht mit Hilfe eines Lexikons herausgefunden hatte, was Lesbischsein eigentlich ist, wurden die abenteuerlichsten und kriminellsten Ansichten dazu laut: So beteuerte der Ankläger, er habe eigentlich keine Vorurteile gegenüber Homosexuellen – fügte jedoch hinzu, er würde nicht gern neben einem Homosexuellen sitzen. Der Gerichtsvorsitzende hielt es mit der Bibel, wo geschrieben steht: „Gott der Herr wird die Perversen vernichten".

Louise versuchte vergeblich, ihre Gründe für das Tragen des Abzeichens verständlich zu machen. Sie erklärte, sie trage das Abzeichen, um ihre Identität als lesbische Frau zu sichern und um zu verhindern, daß jemand sie für heterosexuell hält und so behandelt. Außerdem wolle sie die Vorurteile gegenüber lesbischen Frauen dadurch entkräften, daß sie sich als wirkliche Person zeige.

(nach: „Spare Rib", Nr. 1/77).

Eine lesbische Genossin, Hamburg

Frauen–Filmveranstaltung in Darmstadt

Am Mittwoch, dem 25.5., zeigten wir unseren dritten Frauenfilm „Nehmen Sie es wie ein Mann, Madame", der recht deutlich die permanenten Unterdrückungsmechanismen gegenüber Frauen aufzeigt. Die Filmveranstaltung war mit ca. 220 Frauen und Männern gut besucht. Schon im Flugblatt hatten wir vorgeschlagen, an Hand des Filmes darüber zu diskutieren, wie wir Frauen uns gegen unsere doppelte Unterdrückung wehren können und über die Notwendigkeit von Frauengruppen zu reden. Die Diskussion wurde dann aber nicht schwerpunktmäßig um diese beiden Punkte geführt, weil die meisten Leute mehr daran interessiert waren, z.B. die Walpurgisnacht–Demo zu diskutieren oder über Auseinandersetzungen mit dem Darmstädter Frauenzentrum und die Arbeit in der Frauen–AE informiert zu werden.

AG Frauen, Darmstadt

Florida / USA: Gleichberechtigung der Frauen abgelehnt

Mit 21: 19 Stimmen hat der Senat von Florida nunmehr zum fünften Mal einen Zusatz zur amerikanischen Verfassung abgelehnt, in dem die Gleichberechtigung von Frau und Mann verankert und jede geschlechtsbedingte Benachteiligung untersagt werden soll.

Auch Apelle von Carter und Betty Ford konnten das reaktionäre Pack nicht umstimmen.

In den Vereinigten Staaten haben erst 33 Bundesstaaten diesem Zusatz zugestimmt. Zur endgültigen Ratifizierung im Jahre 1979 fehlen allerdings noch drei weitere Staaten.

Im „Land der unbegrenzten Möglichkeiten" besteht somit die Möglichkeit, daß auch am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts die Gleichberechtigung nicht einmal gesetzlich verankert sein wird. In diesem Jahr haben nämlich schon acht Bundesstaaten die Verfassungsänderung abgelehnt ...

Eine Genossin aus dem Metall-Bereich, Hamburg

Leserbrief zum Artikel „Emma" in AK 104
Weiter so Emma!

Liebe Genossinnen der AG Frauen, mit eurer Stellungnahme zur „Emma" bin ich nicht einverstanden. Ihr schreibt, daß die „Emma" im Vergleich zur „Schwarzen Botin" sich positiv abhebt. Nun, andersherum wäre es ja auch noch schöner! Um etwas Positives an der „Emma" zu sehen, braucht ihr nicht den Vergleich mit der „Schwarzen Botin" zu machen. Dieser Vergleich ist meiner Meinung nach völlig unzulässig.

Eure Kritik zielt auch ein bißchen darauf ab, daß man „das Haar in der Suppe sucht" und dann natürlich auch eins findet. Richtig ist, daß diese Zeitung feministische Tendenzen hat. Aber nehmen wir zum Beispiel den Artikel, den ihr erwähnt, über die vietnamesischen Frauen. Ihr selbst schreibt, daß er sich positiv abhebt vom üblichen Antikommunismus. Ja, genau das ist der Punkt, mindestens 95% des Artikels sind korrekt, denn es wird sehr differenziert die Situation der Frauen in Vietnam und ihre Kämpfe beschrieben. Wenn nun fünf Prozent Femikram am Ende des Artikels steht, sollten wir dann darauf mit dem Zeigefinger zeigen, nach dem Motto: Igittigitt, seht mal, die Alice, die Feministin? Nein, wir sollten uns nach der Hauptseite, der Haupttendenz umsehen und die ist zweifelos fortschrittlich bei „Emma".

Insofern stimme ich auch nicht mit eurer Kritik überein: *„ ... Schreiben wir bereits im AK 98 zur ersten Nummer, daß sie ziemlich ‚gemischt' sei, so ist dieses Konzept bislang durchgehalten worden".* Nein, Genossinnen, da differenziert ihr meiner Meinung nach nicht genug. Die „Emma" hat sich verändert, sie hat sich weiterentwickelt. Okay, die erste Nummer war sicherlich gemischt. Man wußte nicht so genau, worauf die Sache hinausläuft, doch mittlerweile können wir Vergleiche ziehen. Ihr selbst schreibt es in eurem Artikel, daß die Breite bei „Emma" von Artikeln über das Leben von werktätigen Frauen und über deren Alltag mit all seinen Problemen wie Alkoholismus etc. geht, bis hin zu Frauensachen, wie Frauenhäusern, Penetration etc. Außerdem in jeder Nummer die Frage, „wie geht es unseren Schwestern in anderen Ländern"

Ist es da nicht beachtlich, daß in den fünf bislang erschienenen Heften in vier Artikeln über das Leben der Frauen in sogenannten sozialistischen Ländern berichtet wird? Nr. 1: „Vietnam – moderne Amazonen", Nr. 2: „DDR – unsere roten Schwestern", Nr. 4: „Der lange Marsch der Chinesinnen", Nr. 4: „Wo Männer Schleier tragen" Über das Leben der Tuareg-Frauen in der Westsahara.

Damit will ich nicht sagen, daß „Emma" den Sozialismus propagiert, was ja auch gar nicht die Frage ist, sondern, daß es für eine Frauenzeitschrift in dieser Massenauflage eine wohltuende Tatsache ist, ohne Antikommunismus über Schritte zur Gleichberechtigung der Frauen in sogenannten sozialistischen Ländern zu lesen. Umso mehr zeugt dieses von Courage bei den Schreiberinnen, da der Antikommunismus in der Frauenbewegung derzeit sehr groß ist. Bislang wurde in „Emma", im Gegensatz zu anderen Frauenzeitschriften, noch kein Unvereinbarkeitsbeschluß gegen „K-Gruppen-Frauen" propagiert.

Wenn wir diese Sachen zur Kenntnis nehmen, ist eure Einschätzung *„Bislang jedoch bringt ‚Emma' den Frauen kaum Nutzen, aber auch kaum Schaden"* nicht richtig. Wem bringt Emma Nutzen? „Emma" ist meiner Meinung nach eine Zeitung, die bemüht ist, der Masse der Frauen sehr wohl einen Nutzen zu bringen. Der erste Schritt dazu ist wohl, daß in „Emma" kontinuierlich versucht wird, das Selbstbewußtsein der Frauen zu stärken.

Der Anspruch, eine Alternative zu „Brigitte" und „Für Sie" zu sein, ist, was die Informationen betreffen, wohl erfüllt. Politisch informativ ist „Emma" auch in Sachen, die nicht nur frauenspezifische Fragen betreffen. So sind ausführliche Artikel zur Traubeaffäre, Atomkraftwerken, Anti-AKW-Bewegung, Polizei-Terror etc. zu lesen. Das politische Engagement der „Emma", weit über frauenspezifische Themen hinaus, zeigt am deutlichsten der Kommentar von Alice S. zum Stammheimer „RAF"-Prozeß in der Juni-Ausgabe. Hier einige Auszüge: *„Denn die in den letzten Jahren rasant schwindenden Bürgerfreiheiten gehen nicht auf das Konto der sogenannten ‚Terroristen', sondern sind Resultat langfristiger Politiker-Kalküls. Die RAF war dabei nur willkommener und austauschbarer Vorwand. Was so spektakulär unter Anti-Terroristen-Kampf läuft, ist in Wahrheit eine breit angelegte Aktion zur Befriedigung und Dressur zu einer Nation von Duckmäusern". „Hier soll nicht die Minderheit im Untergrund, sondern die Mehrheit des Volkes eingeschüchtert werden. Die angeblichen Anti-Terror-Gesetze sind maßgeschneidert für Streikende in Betrieben, Demonstrantinnen gegen den § 218 und Kernkraftgegner. Der RAF-Krimi soll uns ablenken von unseren Sorgen um Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, fehlende Kindergärten, Inflation, Unterbezahlung". „Nur allzuleicht haben wir uns distanziert von den ‚Radikalinskis'"* (alles Juni-Ausgabe). Da kann man und frau nur noch einmal bedauern, daß vor einigen Monaten der Vorschlag des KB, Alice Schwarzer für den Initiativausschuß zur Vorbereitung eines Russell-Tribunals gegen die BRD einzuladen, auf allgemeine Ablehnung und teilweise Unverständnis auch bei Frauengruppen gestoßen ist.

Bei all diesen positiven Wendungen möchte ich aber auch meine Skepsis nicht verschweigen. Skepsis habe ich der „Emma" und besonders der Alice Schwarzer gegenüber, weil mir die alten Differenzen in der Frauenbewegung um Alice Schwarzers Person immer noch im Hinterkopf sind. Auch ihr damaliger Spruch, sie sei „immer für die Bewegung unterwegs", ist wohl, freundlich formuliert, als irreführend zu bezeichnen. „Emma" ist keine Zeitschrift d e r Frauenbewegung! Es ist kein „Bewegungsprojekt", wie Alice S. vorher versprach. Mag manche Frau auch denken: „gott-sei-dank", so wie heute die Frauenbewegung nach rechts abgedrifftet ist, sollten wir wohl ganz froh sein, daß „Emma" nicht das Sprachrohr der Frauenbewegung geworden ist. Trotzdem sollten wir den Hintergrund der Geschichte und die Rolle der Alice dabei nicht vergessen.

„Emma" ist ja nicht auf Grund einer politischen Kritik an der Frauenbewegung ausgestiegen, schön wäre es ja gewesen. Nein, die gute Alice hat damals Versprechungen gemacht, ein Projekt der Frauenbewegung zu machen, wo ihr wohl von Anfang an klar war, daß sie das gar nicht einhalten wollte. Wenn es ihr um ein Projekt in der Frauenbewegung ginge, dann hätte sie auch genauso gut in der „Courage" schreiben können. Nein, ihre ganze Konzeption der Frauenzeitschrift und das beweist die „Emma" heute auch, ist darauf angelegt, nicht ein Projekt der Frauenbewegung zu sein, sondern für die breite Masse der Frauen, eben „für Frauen von acht bis 80".

Alice Schwarzer hat mit ihren Versprechungen die Frauenbewegung damals jedenfalls ganz schön geleimt. Es läßt einen so vermuten, daß die Alice, als sie die Frauenbewegung brauchte, diese ihr gut genug war. Heute ist von der Busenfreundschaft nicht mehr viel übrig.

Ich denke einerseits: nur gut, aber andererseits macht es mich auch skeptisch gegenüber Alice und „Emma", nämlich, ob sie nicht mit der selben Willkür den guten Weg, auf dem sie heute zweifellos geht, morgen nicht wieder aufgibt? Meine Hand möchte ich dafür nicht ins Feuer legen.

Eine Genossin der AG Sexualität KB/Gruppe Hamburg

Ungebetene Gäste auf dem VLB-Treffen

Ende Mai dieses Jahres fand wieder ein nationales Treffen des VLB (Verband Linker Buchläden) statt. Unter anderem sollte ein Tagesordnungspunkt der Ausschluß des Verlages „Frauenpolitik" Münster (bekannt durch die Herausgabe der Frauenzeitung „Protokolle") auf einem nationalen Treffen der Frauenprojekte 14 Tage zuvor in Westberlin sein. Grund: Der Verlag „Frauenpolitik" arbeite im VLB mit und betreibe für diesen „Spionage- und Agenten-Tätigkeit" und arbeite mit Linken gegen „Frauenprojekte" zusammen (gemeint ist ein gemeinsames Plakat u.a. mit KB-Frauen gegen die „Schwarze Botin".

Aber bevor dieser Punkt von den Frauen aus Münster zur Sprache gebracht werden konnte, hatte ein Schutzpatron der „Schwarzen Botin" vom Westberliner „Contrast-Druckkollektiv" (Mitglied im VLB) die Botinnen persönlich angekarrt. Ungehindert durften denn diese ihren Auftritt auf dem VLB-Treffen machen, obwohl in der Nr. 3 ihrer Zeitschrift sie dem VLB *„Profitstreben mit der Frauenliteratur"* vorwerfen und sie ansonsten offen für eine *„konsequente Trennung von den Linken"* eintreten, was bei ihnen konkret heißt: Sie lehnen *„auch nur die geringste (punktuelle) Zusammenarbeit mit den K-Frauen, geschweige mit der Linken"* kategorisch ab (Zitate aus der Erklärung der Botinnen, „Bemerkungen zur Linken", vom 9.2.).

Die Botinnen konnten sich auf dem VLB-Treffen sogar die Dreistigkeit erlauben, wegen der Anwesenheit von KB-Mitgliedern „das Selbstverständnis des VLB" in Frage zu stellen. Dies wurde immerhin zurückgewiesen, aber die Beteuerungen verschiedener VLB-Mitglieder, „Wir boykottieren euch doch gar nicht, das ist doch bloß der KB Nord", und „im übrigen sind das Probleme der Frauenbewegung", führten leider nicht zu einer Verurteilung des Ausschlusses des Verlags „Frauenpolitik" durch das Treffen der „Frauenprojekte".

Wir können den Auftritt der „Schwarzen Botin" auf einem Treffen des Verbandes l i n k e r Buchläden nur als Provokation bezeichnen. Es wird weiter darüber diskutiert werden müssen, ob ausgesprochene Anti-Linke auf solchen Treffen etwas zu suchen haben.

Eine Hamburger KB-Genossin



Kin-der

Ein guter Anfang

Darmstadt. Am 3. Juni 1977 fand ein Treffen aller Darmstädter Initiativen, die sich mit alternativer Erziehung beschäftigen, statt. Anwesend waren ca. 60 Eltern und Betreuer aus folgenden Einrichtungen, Verein für nichtrepressive Erziehung (KWI, KWII, Kinderhof), Kinderbauhof, Kinderhaus Alicenstr., Internationale Spiel- und Lernstufe, Schülerladen Landwehrstraße, und zwei Initiativen, die eine gemeinsame Erziehung und Betreuung von Kleinstkindern durchführen. Insgesamt werden von diesen Initiativen ca. 130 Kinder betreut.

Neben der gegenseitigen Information über die Arbeit und der Probleme der einzelnen Einrichtungen wurde zum Kinderbauhof im Steinbau der Orangerie folgende Presseerklärung verabschiedet.

P r e s s e r k l ä r u n g :

Mit dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 17.5.1977 die Zuschüsse für den Kinderbauhof zu streichen, soll eine fünfjährige Arbeit zerstört werden. Die anfangs als Modellversuch angelegte Arbeit ist schon lange aus diesem Stadium herausgetreten und hat sich in der Praxis bewährt.

Ein Ziel der Betreuung, der Ausgleich von Lernschwächen in der Schule, wurde voll und ganz erreicht. Selbst Kinder, die unter schwierigsten Bedingungen zur Schule gehen – z.B. ausländische Kinder – sind nicht sitzengeblieben und haben den Sprung zur Haupt- bzw. Realschule geschafft. Wenn diese Arbeit nicht weitergeführt wird, bedeutet dies u.a. für die Kinder, daß ihnen das Recht auf eine qualifizierte Ausbildung verwehrt wird.

Die pädagogische Arbeit im Kinderhof ist durch mehrere Gutachten der pädagogischen Fachbereiche der TH und der Uni Frankfurt positiv beurteilt worden. Selbst die im Stadtparlament vertretenen Parteien haben in den Sozialausschüssen diese Arbeit für unterstützungswürdig gehalten. In dem Finanzausschuß und in der Etatdebatte in der Stadtverordnetenversammlung war von dieser Unterstützung seitens der Mehrheitsfraktion nichts mehr zu verspüren.

Am Geld kann es eigentlich nicht liegen. Die Kosten für die Betreuung der Kinder im Kinderbauhof liegen um ca. DM 1.000,- pro Kind und Jahr niedriger als in den städtischen Einrichtungen. Gleichzeitig mit der Streichung der Zuschüsse für den Kinderhof wird in der Orangerie das Schloß mit einem Aufwand von 4, 35 Mio. DM renoviert und als Kongreßzentrum ausgebaut. Die Vermutung liegt nahe, daß diese Stadtteilinitiative diese großartigen Pläne stört und daß hierin der eigentliche Grund ihrer Beseitigung liegt.

Nur traut sich wohl keine der Parteien so offen kinderfeindlich aufzutreten. Alle Anwesenden des Treffens verurteilen einstimmig die Art und Weise, wie hier mit Steuergeldern umgegangen wird und wie die Interessen der Kinder, dem sogenannten übergeordneten Interesse der Stadt Darmstadt geopfert werden.

Besonders makaber sieht der Beschluß vom 17.5.77 aus, wenn man sich die Situation der Hortplätze in Darmstadt und speziell in Bessungen betrachtet. Schon jetzt sind alle Horte voll belegt und es liegen lange Wartelisten vor. Es ist unverantwortlich, wenn diese Situation durch die Auflösung des Kinderbauhofes nach dem 31.7.77 noch verschärft wird, ganz zu schweigen von den unübersehbaren Folgen für die 27 Kinder, die jetzt aus ihrem sozialen Zusammenhang herausgerissen werden sollen. Wenn jetzt die Stadtparlament vertretenen Parteien versuchen, sich den schwarzen Peter gegenseitig zuzuschieben, so kann dies nur als Ablenkung von der eigenen Verantwortung betrachtet werden.

Die Anwesenden fordern die zuständigen Stellen auf, den Beschluß vom 17.5.77 rückgängig zu machen und setzen sich gleichzeitig dafür ein, daß die Arbeit im Kinderbauhof auch über den 31.7.1977 hinaus weiterlaufen kann.



England

Weltzentrum für Wiederaufbereitung von Atom-Müll und Experimentierfeld für „Schnelle Brüter"

Am 14. Juni beginnt in Großbritannien ein öffentliches Hearing („public inquiry") über den Ausbau von Windscale (einer großen Wiederaufbereitungsanlage) zu einem der größten Wiederaufbereitungszentren der Welt. Nach der bisherigen Planung soll die neue Anlage bis 1980 fertiggestellt sein, ca. 600 Millionen Pfund kosten und eine Kapazität von ca. 1.500 Tonnen pro Jahr haben (und damit vergleichbar mit der Anlage, die in Gorleben geplant wird). Die alte Anlage, in der bislang ca. 18.000 Tonnen Uran wiederaufgearbeitet wurden („Neue Zürcher Zeitung" 8./9.5.77), soll weiter ausgebaut und erneuert werden. Nach der Planung des englischen Atomprogramms wird Großbritannien selbst eine Kapazität von „nur" ca. 500 Tonnen pro Jahr brauchen. Der Rest soll abgedeckt werden durch Mammutaufträge mit Japan, der BRD, Schweden usw. Von diesen Ländern ist Japan mit 150 Millionen Pfund an der Finanzierung beteiligt.

Großbritannien steht in der Frage der Atomindustrie an der Spitze in der Welt. Bereits jetzt decken Kernkraftwerke ca. 13% der Energieproduktion des Landes – der Durchschnitt in Westeuropa lag 1974 bei 2%, für 1985 ist eine Steigerung dieses Durchschnittswertes auf 9% geplant.

In Großbritannien laufen gegenwärtig 32 kommerziell genutzte Reaktoren, im Vergleich dazu in der BRD „nur" 13, in Frankreich 11, in Belgien 4, in Italien 3 usw.

Seit Jahrzehnten betreiben die britischen Imperialisten die Wiederaufbereitung von Uran, die Plutoniumgewinnung, den Bau von Atombomben und die atomare Aufrüstung ihrer Kriegsmaschinerie.

Auch auf dem Gebiet der „Schnellen Brüter" haben die Briten die Nase vorn: in Dounreay in Schottland laufen - mehr schlecht als recht - zwei Prototypen des „Schnellen Brüters" à 250 Megawatt, der Wundermaschine, von der sich die Imperialisten die permanente Produktion von Uran und Plutonium erhoffen (s. AK 105).

Obwohl gerade der Dounreay-Brüter eher wegen seiner häufigen Fehler bekannt geworden ist als wegen erbrüteter Ergebnisse, forciert man die Entwicklung dieses Reaktores der „2.Generation": Es besteht der wahnsinnige Plan - vermutlich bei Dounreay - einen riesigen kommerziell genutzten „Schnellen Brüter" aufzubauen, der eine Kapazität von 1.300 Megawatt haben soll, also etwa bei der Größenordnung des französischen „Super–Phenix" liegt, der ja inzwischen sogar von offiziellen Stellen für verantwortungslos gehalten wird (Stellungnahme von Wissenschaftlern des CERN-Europäisches Kernforschungsinstitut).

Auch in puncto „Schnellem Brüter" wurde der englischen Bevölkerung ein „public inquiry" versprochen und von Labour-Umweltminister Shore ausdrücklich betont, daß nicht gebaut werde, wenn dieses Hearing nicht zufriedenstellend verlaufe.

Wesentlich haben zwei Gründe dazu beigetragen, daß man sich entschlossen hat, über Hearings die Bevölkerung scheinbar in den Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen:

Zum einen ist im letzten Jahr ausgerechnet in Windscale ein Betonsilo für verseuchtes Wasser undicht geworden und man sucht tatsächlich immer noch (!) nach dem Leck!. „Guardian": *„Die Gründe für das Heraussickern von verseuchtem Wasser im Kernkraftwerk Windscale werden möglicherweise dann, wenn das öffentliche Anhörungsverfahren zur geplanten Erweiterung im Juni beginnt, immer noch ein Geheimnis sein. Das Leck war im im letzten Oktober (!) entdeckt worden, aber es konnte kein Riß oder Loch am Silo, der das Wasser enthält, festgestellt werden. Es war bereits behauptet worden, daß man der Sache auf der Spur sei, obwohl es unbekannt war, ob weiterhin verseuchtes Wasser heraussickerte."* („Guardian" 24.5.77). Man schätzt, daß täglich an die 100 Gallonen, d.h. 450 Liter Wasser herauslaufen!

Daraufhin gab es breite Proteste, zumal die verantwortlichen Stellen die Sache lange unter Verschluß hielten.

Zum anderen zeigen sich in einer breiteren Diskussion die ersten Auswirkungen der militanten Kämpfe westdeutscher und französischer Kernkraftgegner auf die englische Öffentlichkeit.

Die britische Atomindustrie und ihre Vertreter in Staat, Behörden und Parteien versuchen, einer Radikalisierung durch die Veranstaltung eines „Bürgerdialoges" sozusagen „von oben" zuvorzukommen. Der Wink dazu kam unter anderem direkt aus Brüssel, vom europäischen Büro für Umweltfragen. So warnte ein Professor Suetens, Präsident dieses Büros: *„Wir haben bereits in Deutschland und Frankreich gesehen, daß es die Leute auf die Straße treibt, wenn zu diesem Thema keine öffentlichen Hearings gemacht werden oder nur unzureichende. Dann gibt es Aufruhr und Gewalt. Es ist tatsächlich ein explosives Thema"* („Guardian" 1.6.77).

Wenn man sich vor Augen hält, daß der britische Imperialismus den anderen westeuropäischen Staaten ein gutes Stück in seinen größenwahnsinnigen und menschengefährdenden Plänen voraus ist, um so krasser deutlich wird der unterentwickelte Stand der englischen Anti-Kernkraftbewegung, sowohl, was das Interesse und die Mobilisierung der Bevölkerung angeht, als auch den politischen Stand der Bewegung: Bislang hält sich die Linke ziemlich raus. Stattdessen führen Organisationen wie „Friends of the Earth" („Freunde der Erde") – in seiner Buntscheckigkeit und der Orientierung auf Hearings und Inquiries sicherlich vergleichbar mit dem WSL („Weltbund zum Schutze des Lebens") – die Proteste an. Typisch ist z.B. eine Großanzeige am 2.5. im „Guardian", die von namhaften Persönlichkeiten und Organisationen unterschrieben wurde, wie 30 Parlamentsabgeordneten, Mairead Corrigan (eine der nordirischen „Friedens"frauen), dem Antikommunisten Milovan Djilas, dem Finanzkapitalisten Sir James Goldsmith (der die Anzeige im übrigen auch finanzierte) „Friends of the Earth", der „Kampagne gegen Waffenhandel", den „Atomwaffengegnern" usw. Gefordert wurden:

Von der Regierung, die Arbeit der AKW-Gegner bei den Anhörungsverfahren finanziell zu unterstützen, also Gutachter zu bezahlen usw.

Aufforderung an Jimmy Carter, weiterhin (!) eine führende Rolle bei der Schaffung eines Klimas zu spielen, in dem die Atomenergie weltweit ausgeschaltet wird ......(!!)

Die englische Linke wird hier noch zu klären haben, wo die wirklichen Fronten verlaufen!

England-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Belgien:
Ausdauernder Streik gegen sozialdemokratische „Arbeitgeber"



LIEGE. Ein neuer Streik ohne absehbares Ende läuft seit zwei Monaten (!) bei den Lieges Elektrizitätswerken A.L.E. (Association Liegeoise d'Electricite) mit 1300 Beschäftigten. Da sie im Vergleich zur freien Wirtschaft weniger verdienen, die betrieblichen Lohnunterschiede krasser sind und es erst seit 1975 ein Abkommen über Minimallöhne in diesem staatlichen Werk gibt, wurden Ende März 77 Forderungen nach 7% Lohnerhöhung und 38-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich aufgestellt. Als die Betriebsleitung 1% für 1977 und 3% für 78 anbietet, stimmen die Arbeiter am 4.April für Streik. Ihr Kampf wird unterstützt von einer Solidaritätswelle aus allen Landesteilen, darunter auch von den Beschäftigten der Gas- und Wasserwerke (die nur wegen der Wahlen ihre gleichen Forderungen zurückgestellt hatten), sowie vom Verband SOCOLIE (Transformatoren und Umspannwerke).

Das besondere an diesem Streik ist, daß den Arbeitern hier Funktionäre der „sozialistischen" PSB als Kapitalisten gegenüberstehen. Die öffentlichen ALE-Werke werden von einer Mehrheit sozialdemokratischer Verwalter betrieben, was einen Filz von Aufsichtsratposten, politischen Mandaten und anderen Posten bedeutet. Diese „Sozialisten" haben sich großzügig eine 10%ige Erhöhung der Bezüge gewährt – die Arbeiter erhielten nichts. Gegen den Streik greifen sie zu übelsten Methoden „unter die Gürtellinie" („Pour" 157, 1.6.), die sich in nichts von denen des Privatkapitals unterscheiden:

Die Arbeiter werden der „Sabotage" und des „Vandalismus" beschuldigt, d.h. übliche Betriebsschäden dienen als Vorwand für Repressalien.

Zehn Arbeiter, darunter fünf Gewerkschaftsdelegierte, wurden für drei Wochen beurlaubt, ihr Lohn um 5% gesenkt. Sie sollen „moralische Sabotage" („Hebdo" 1.6.) verübt haben, indem sie Zulieferbetriebe von der Übernahme bestimmter Arbeiten abhalten wollten!

Ein Gewerkschaftsdelegierter wurde 16 Tage lang inhaftiert; mindestens bis zu seinem auf unbestimmte Zeit vertagten Prozeß soll er keinen Lohn erhalten!

Dem Betriebsratsvorsitzenden von ALE drohte die PSB, ihm sein Schöffenamt zu entziehen.

Die Streikenden und ihre Forderungen werden „unsozial" diffamiert. *„Jede Lohnerhöhung für die ALE-Arbeiter bedeutet weniger Geld für Arbeitslose, Rentner und Kranke"*, so Mr. Mottard, Ministerpräsident der Provinz Liege und Präsident im Aufsichtsrat von ALE.

Von den Arbeitern in Femalle, der Gemeinde des PSB-Vorsitzenden Andre Cools, wurde eine Karikatur Cools aufgehängt, die sofort von dessen Leuten abgerissen wurde. Das Personal brachte am nächsten Tag gleich mehrere neue Karikaturen an. Jetzt schickte Cools Polizei und Feuerwehr aus, um neue Anschläge zu entfernen. Allerdings erklärte die Feuerwehr von Liege später: *„wir bedauern die schädliche Rolle, die einige von uns gespielt haben ... wir erklären, keine Streikbrecher zu sein."*

Die Haltung der PSB-Führung stößt allerdings selbst innerhalb der Partei, beim linken Flügel, geführt von J. Yerna, auf Kritik. Dieser verweigerte Cools am 1. Mai in Liege anläßlich der Parteiversammlung die Gefolgschaft, als Cools gegen den *„Korporationsgeist der sowieso am besten Bezahlten"* hetzte (und damit die Arbeiter meinte!). Bevor Yerna den Saal verließ, wurden ihm unverhüllt disziplinarische Maßnahmen angedroht. In diesem Konflikt zeigt sich schon sehr deutlich, was auf die belgische Arbeiterklasse mit dem Egmont-Plan zukommen wird, den die Regierung Tindemans gegen die massenhaften Proteste vom Februar und März nun mit Hilfe der Beteiligung der sozialdemokratischen PSB in der neuen Regierung durchsetzen will.

Belgien-Kommission
KB/ Gruppe Bremerhaven

Skandinavien

Staatliche Angriffe gegen die Roskilde Universität

Dänemark. Das Universitätszentrum von Roskilde (RUC) gilt als die fortschrittlichste Universität Dänemarks. Anfang der 70-er Jahre gingen viele, die in der Studentenbewegung Ende der 60-er Jahre eine aktive Rolle gespielt hatten, als Dozenten an die RUC, und ein Großteil der Lehrer verstand sich als Marxisten. 1972 wurde dort eine sogenannte Basisausbildung eingeführt: Die Studenten konnten wählen zwischen einer jeweils zweijährigen Ausbildung im naturwissenschaftlichen, humanistischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Zweig. Die Studenten hatten dort größere Möglichkeiten, als an anderen dänischen Universitäten, Einfluß auf die Unterrichtsinhalte zu nehmen. Das galt besonders für die Gesellschaftswissenschaften, wo die Studenten und auch viele Dozenten bemüht waren, einen Unterricht zu machen, der der Wirklichkeit entspricht. So wurden in diesem Zweig Seminare abgehalten zur Lage der Arbeiter in Dänemark, der Krise, dem antiimperialistischen Kampf. Die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften zeichneten sich dadurch aus, daß hier parteilich Stellung bezogen wurde für die Arbeiterklasse. Die Studenten bemühten sich auch, aus ihrer Ausbildung praktische Konsequenzen zu ziehen und nahmen am Kampf gegen steigende Mieten usw. teil, arbeiteten mit Vertrauensleuten der Kopenhagener Betriebe zusammen, unterstützten z.B. massiv die Blockadeaktionen der Drucker bei „Berlingske Tidende" im April dieses Jahres.

Der sozialdemokratischen Regierung und den anderen bürgerlichen Parteien waren die vielen fortschrittlichen Dozenten und die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften lange ein Dorn im Auge. So wurde im Dezember 1976 das Fach Gesellschaftswissenschaften geschlossen, wodurch man auch darauf abzielte, einen Teil der Dozenten zu entlassen. Vorausgegangen war dem der Versuch, die Studenten den gleichen Examensbedingungen wie an anderen Universitäten zu unterwerfen. Die Studenten hatten darauf mit einem Examensstreik geantwortet. 200 wurden von der Universität geworfen, was jedoch wieder zurückgenommen wurde. Eine Rolle dabei spielte, daß die Studenten breite Unterstützung in den Betrieben hatten. Solidaritätsadressen von Vertrauensleutekörpern bekamen usw. Im April dieses Jahres wurde erneut ein Examensstreik durchgeführt, was jedoch die Regierung ziemlich „unberührt" ließ.

Deswegen wurde im April ein mehrwöchiger Vorlesungsboykott durchgeführt und die RUC besetzt. Den Besetzungsaktionen folgten Besetzungen von Instituten in Aarhus, Odense, Aalborg und Kopenhagen, um praktische Solidarität zu üben. Der Kampf endete vorläufig mit einem faulen Kompromiß, auf den ein Teil des Lehrkörpers und der Studenten einging. Dieser „Kompromiß" besagt, daß ab Februar 1978 wieder mit der Basisausbildung in den Gesellschaftswissenschaften begonnen werden soll. Im Februar fangen jedoch kaum Studenten an zu studieren. D.h., daß tatsächlich die Ausbildung in den Gesellschaftswissenschaften erst wieder im nächsten Sommer beginnt. In dieser Zeit will die Regierung ganz sicher einen Teil der Lehrer, die ja bis zum nächsten Jahr „arbeitslos" sind, entlassen.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Russell-Tribunal über die Repression in der BRD

Ein Schritt vor, zwei zurück?

Aus den schon seit Wochen herumschwirrenden Gerüchten über Mauscheleien und Manöver hinter den Kulissen des Projekts Russell-Tribunal (siehe AK 105) haben sich nun klare Fakten herausgestellt: Unter weitestgehender Umgehung und Ausklammerung breiter Kräfte, die bisher wesentlichen Anteil an der Unterstützungsarbeit gehabt haben, sind in den letzten Wochen Abmachungen getroffen worden, mit denen bisherige Vereinbarungen zwischen den Trägergruppen und -personen umgestoßen werden sollen. Die treibenden Kräfte dieses Manövers befinden sich im SB („Sozialistisches Büro"), im AK/FU Westberlin und in der trotzkistischen GIM.

Erreicht haben sie durch ihre Einflußnahme auf die Russell-Foundation derzeit folgendes:

1. Der im Januar gebildete Initiativausschuß, in dem die bisherige Unterstützungsbewegung im wesentlichen repräsentiert ist, soll a u f g e l ö s t werden zugunsten eines von der Russell Foundation zu e r n e n n e n d e n Sekretariats von demokratischen Persönlichkeiten. Dies entspricht vor allem einer alten Forderung des SB, das vor kurzem schon seine Mitarbeit im Initiativausschuß eingestellt hatte.
2. Unklar wird anscheinend b e w u ß t gehalten, inwieweit Einschränkungen an der ursprünglich im Aufruf des Initiativausschusses enthaltenen Thematik beabsichtigt sind. Vor allem die GIM hat sich von Anfang an dafür ausgesprochen, die Thematik im wesentlichen auf die Berufsverbote einzuschränken bzw. zumindest den Punkt Gewerkschaftsausschlüsse auszuklammern.

Es fällt auf, daß jetzt im Aufruf des von der Russell Foundation ernannten fünfköpfigen „Provisorischen Sekretariats" vom 31. Mai der Punkt Gewerkschaftsausschlüsse nicht mehr enthalten ist, ebenso auch eine Reihe anderer Punkte, von denen uns die Ausländer-Unterdrükkung der wichtigste scheint. Insbesondere die Erklärungen, die zum Punkt Gewerkschaftsausschlüsse gemacht werden, sind freilich widersprüchlich: So schreibt das AK/FU Westberlin zum einen, sie *„treten dafür ein, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Jury des Tribunals zur Beurteilung unbedingt* (!) *vorgelegt werden müssen"*; zugleich wollen sie aber wieder nur *„im einzelnen nachzuweisende Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten"* zum Thema machen (beide Zitate stammen aus ein und demselben Flugblatt!).

Die Russell Foundation hat inzwischen ein „Provisorisches Sekretariat" ernannt, das am 25. Juni ein Treffen in Köln durchführen will,

Die Russell Foundation hat inzwischen ein „Provisorisches Sekretariat" ernannt, das am 25. Juni ein Treffen in Köln durchführen will,

auf dem dann u. a. endgültig die Personen des hauptamtlichen Sekretariats und dessen Arbeitsort festgelegt werden sollen. Danach soll sich der bisherige Initiativausschuß auflösen. Das Sekretariat soll *„ausschließlich der Foundation verantwortlich"* sein bzw. später der Jury des Tribunals. Das Sekretariat soll das dem Tribunal vorzulegende Material „prüfen" und zweifellos auch auswählen – ohne jede Legitimation und Kontrolle durch die westdeutsche Unterstützungsbewegung.

Bemerkenswert ist auch die beabsichtigte Zusammensetzung des Kölner Treffens vom 25. Juni: Nämlich zum einen je e i n Vertreter der Organisationen und Gruppen, die bisher die Untersützungsarbeit getragen haben, und zum anderen demokratische Persönlichkeiten, die bisher den Aufruf der Russell-Foundation zum Tribunal unterschrieben haben. Die Unterzeichner-Liste weist 66 Namen auf, von denen mindestens fünf ohne weiteres als SB-„Köpfe" zu identifizieren sind (Altvater, Buro, Narr, Negt, Neusüss), weitere sind SB-Mitglieder. Es wird also in Köln von vornherein eine eindeutige Überrepräsentation des SB gegenüber den anderen Trägergruppen bestehen.

Insgesamt wird hier der Versuch unternommen, mit einer erschlichenen „Legitimation" durch die Russell-Foundation ein von der bisherigen Unterstützungsarbeit abgehobenes Gremium zu institutionalisieren. Diesem Gremium würde es auch überlassen bleiben, den Themenkreis und das Untersuchungsmaterial des Tribunals von sich aus einzuschränken.

Dieses Vorgehen haben die Vertreter der Russell Foundation nur mit einem relativ kleinen Kreis der Unterstützungsbewegung abgesprochen – der KB, der die Initiative von Anbeginn an unterstützt hat, wurde nicht einmal kontaktiert. Eine Bitte von uns um ein nachträgliches Gespräch wurde von der Russell Foundation kurzerhand abgelehnt!

Wir sehen in diesem Vorgehen eine krasse Mißachtung der bisherigen Arbeit des westdeutschen Initiativausschusses und der bisherigen Unterstützungsbewegung insgesamt. Diese Unterstützungsbewegung hat sich in Diskussionen und Auseinandersetzungen immerhin über ein rundes Jahr hin demokratisch-repräsentative Gremien und Arbeitsformen sowie eine inhaltliche Plattform erarbeitet. Dies alles soll jetzt von einigen Leuten anscheinend mit einer Handbewegung vom Tisch gewischt werden. Das sind unserer Meinung nach schlechte Vorzeichen für die weitere Unterstützungs- und Mobilisierungsarbeit.

Rückblickend betrachtet scheint es so, als wären wir anfangs allzu blauäugig und naiv an die Sache herangegangen. Wir haben tatsächlich die Beteuerungen aller Beteiligten ziemlich ernst genommen, auf der Basis von Solidarität und gegenseitigem Vertrauen mit dem Willen zusammenzuarbeiten und mit der gemeinsamen Unterstützungsarbeit zum Russell-Tribunal auch einen Schritt zur Überwindung der Zersplitterung der Linken zu tun. Manche dieser Leute scheinen aber nun der Meinung zu sein, daß linke Organisationen wie der KB zwar ganz nützlich waren, um die Unterstützungsarbeit erst einmal mit in Gang zu bringen und anzukurbeln, aber daß man sich ihrer nun besser entledigt, um erhoffte Bündnispartner nicht zu verschrecken. „Raus aus dem linken Ghetto, 'ran an die liberale Öffentlichkeit", ist die Devise, die übrigens unserer Meinung nach nicht bloß eine bedauerliche Verbeugung vor dem herrschenden Antikommunismus ist, sondern die zudem auf Illusionen aufbaut. Dem KB, aber auch den vielen Basisgruppen, Frauengruppen usw., die sich bisher nach Kräften für das Projekt eingesetzt haben (im Gegensatz zu manchen, die sich jetzt ins gemachte Nest setzen wollen!), soll es lediglich noch zugestanden werden, das Ganze zu „unterstützen" (ohne jede reale Einflußmöglichkeit) und vor allem natürlich das Geld heranzuschaffen, das zur Finanzierung des Projektes benötigt wird. Ein hübscher Plan – aber wird er auch klappen? ...

Die Genossen vom SB, AK/FU und GIM, die sich von Anfang an um die mangelnde Breite der Unterstützungsbewegung gesorgt haben und dies, je nach Temperament, in mehr oder minder lauten Klagerufen ausdrückten, haben keine Sensation entdeckt. Jedem Kenner der westdeutschen Szene mußte doch klar sein,

oder minder lauten Klagerufen ausdrückten, haben keine Sensation entdeckt. Jedem Kenner der westdeutschen Szene mußte doch klar sein,

daß die Unterstützungsarbeit es in der BRD außerordentlich schwer haben würde, zwischen zwei Gefahren hindurchzukommen – auf der einen Seite die Gefahr, daß sich linke Organisationen und Gruppen isolieren würden; auf der anderen Seite die Gefahr, daß das Projekt in bekannter Weise von DKP und linken Sozialdemokraten zu einer ihrer routinemäßigen und letztlich wirkungslosen Kampagnen instrumentalisiert werden würde. Mehr noch: Untersucht man die konkrete Situation, so ist bei liberalen Persönlichkeiten und einzelnen demokratischen Organisationen durchaus schon eine zustimmende Reaktion zu registrieren (Trotz Verunsicherung durch die Störmanöver von SB, AK/FU und GIM und trotz der teilweise leider schwankenden und zu Zurückhaltung Anlaß gebenden Haltung der Russell-Foundation). Derzeit würde es gerade darauf ankommen, mit der Unterstützungsarbeit über diesen Kreis h i n a u s zu kommen. Das kann im Wesentlichen nur heißen: SPD und Jusos, Gewerkschaften, DKP. Eine derartige Ausweitung der Unterstützungsbewegung erreichen zu wollen, indem man die linken Organisationen sozusagen „versteckt" (de facto ausschaltet!) und dafür „unabhängige Persönlichkeiten" aufbaut, halten wir für eine Fehlspekulation. Beispielsweise läßt sich für die SPD und Jusos gerade nach dem Fall Benneter klar sagen, daß in Punkto Zusammenarbeit derzeit kaum etwas drinliegen dürfte, selbst bei weitgehenden inhaltlichen Zugeständnissen. Was die DKP angeht, so ist ihre Politik bekannt: Bevorzugte Orientierung auf „Aktionseinheiten" mit linken Sozialdemokraten; darüber hinaus erbitterter Kampf gegen jede Initiative, die sich der Kontrolle des DKP-Parteivorstandes entzieht. Die Verleumdung des Anti-Repressions-Kongresses des SB, Pfingsten 1976, durch die DKP-orientierte Presse ist als Beispiel wohl noch in Erinnerung.

In diesem Zusammenhang hat das AK/FU Westberlin uns in einem Brief (9.6.77) vorgeworfen, wir seien g e g e n *„eine möglichst breite Unterstützungsaktivität ..., die alle demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik umfaßt"*, und wir wollten die Unterstützungsbewegung „in ein Kampfbündnis gegen SPD und DKP umwandeln". Dieser Vorwurf ist derart zynisch und infam, daß man ihn wahrscheinlich demnächst noch öfter zu hören kriegen wird. Was sind aber die T a t s a c h e n? 1. Selbstverständlich sind wir für eine möglichst breite Unterstützungsaktivität. Nur bezweifeln wir ganz einfach und wohlbegründet, daß es auch nur annähernd gelingen könnte, in diese Aktivität „a l l e demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik" (also auch Sozialdemokraten, Gewerkschaftsgremien, DKP u.a.m.) einzubeziehen. 2. Um ein „Kampfbündnis gegen SPD und DKP" geht es nicht, sondern um die schlichte Erkenntnis, daß von dieser Seite derzeit eher Hindernisse als Hilfe für die Unterstützungsarbeit zu erwarten sind und wir uns daher auf eine selbständige Unterstützungsarbeit und Mobilisierung einrichten müssen. Diesen Aspekt zu übersehen oder gar zu leugnen, halten wir für mehr als naiv —nach allem, was in den letzten Jahren an einschlägigen Erfahrungen gesammelt werden konnte.

Aufruf zur 2. Arbeitskonferenz

Die Vorgänge und Gerüchte um das Projekt eines Russel-Tribunals und die westdeutsche Unterstützungsarbeit haben viele Gruppen und Menschen verunsichert über die weitere Perspektive der Arbeit. Deshalb sind der KB, der „Informationsdienst" (ID) und das Westdeutsche Irland-Solidaritätskomitee (WISK) der Meinung, daß wieder eine Arbeitskonferenz durchgeführt werden sollte:

- **um Klarheit in den Stand der Vorbereitungen, die verschiedenen Absprachen etc. zu bringen, damit alle Bescheid wissen;**
- **um der Russell-Foudation, die anscheinend ziemlich einseitig informiert wurde, klarzumachen, daß wir mit der jetzt doch vorgenommenen Einschränkung der Thematik des Tribunals (wenn auch nicht allein auf Berufsverbote) nicht einverstanden sind;**
- **um über ein einheitliches Vorgehen zu beraten.**

Zu dieser Arbeitskonferenz wollen wir auch die Leuteund Gruppen aus den verschiedenen westeuropäischen Ländern einladen, die inzwischen für das Russell-Tribunal aktiv geworden sind, sowie die Russell-Foundation selber. Wir erwarten auch, daß das sog. Sekretariat sich dort der Diskussion mit den Gruppen stellt. Als Termin und Ort schlagen wir das Wochenende 25./26.6.1977 in Göttingen vor. Der AStA Göttingen hat sich bereit erklärt, die Konferenz zu organisieren und geeignete Räumlichkeiten zu beschaffen. Bitte kommt mit ein bis zwei Delegierten pro Gruppe und meldet eure Teilnahme an bei:

AStA Göttingen, Niklaus Berger Weg 9, 34 Göttingen

AStA Göttingen, Niklaus Berger Weg 9, 34 Göttingen

Westberliner Aktionskomitee: Jetzt wird auch noch gefälscht

Westberliner Aktionskomitee: Jetzt wird auch noch gefälscht

Unser Artikel im letzten ARBEITERKAMPF, in dem wir das Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote/FU wegen Mauschelei, Demagogie und opportunistischer Politik angegriffen hatten, hat das AK/FU zu einer scheinbaren Revision seiner Politik in der Frage der Unvereinbarkeitsbeschlüsse veranlaßt. Das AK/FU verbreitete in Westberlin am 10.6. eine Stellungnahme, in der es im Gegensatz zu seinen früheren Erklärungen schreibt: *„Wir (das Aktionskomitee) treten dafür ein, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse der Jury des Tribunals zur Beurteilung unbedingt vorgelegt werden müssen."* Das AK/FU würde es auch begrüßen, *„wenn der Vorstand der Berliner GEW die Ereignisse um die Spaltung der GEW und ihren schließlichen Ausschluß aus dem DGB dem Tribunal vorlegt."*

Dies eben hatten wir bestritten. Wir hatten behauptet, daß das AK/FU die Unvereinbarkeitsbeschlüsse nur anhand solcher Fälle untersuchen wolle, wo *„im einzelnen nachzuweisende Zusammenhänge zwischen Gewerkschaftsausschlüssen und Berufsverboten"* bestünden, sprich: wo ein Gewerkschaftsausschluß für den Betroffenen Berufsverbot zur Folge hatte (Zitat aus einem „Strategiepapier" des AK/FU zum Russell-Tribunal).

Bei einem solchen Vorgehen würde der Ausschluß der GEW Westberlin aus dem DGB natürlich unter den Tisch fallen.

In seiner jetzt erschienenen Stellungnahme beschwert sich das AK/FU darüber, von uns *„in sinnentstellender Weise"* zitiert worden zu sein. Um den ARBEITERKAMPF zu „widerlegen", würden sie nun *„den gesamten Wortlaut unseres Strategiepapiers"* veröffentlichen (es folgt der Text).

Wir hatten in unserer Kritik dargelegt, wie das AK/FU – sorgsamst bedacht, Liberale nicht zu verprellen – für eine Einschränkung der vom Tribunal zu untersuchenden Gegenstände plädierte, und dazu die folgende Passage zitiert: **„Auf bestimmte Themenkomplexe muß daher von vornherein verzichtet werden, andere dürfen nur mit größter Vorsicht – und das heißt nicht durch die Hintertür, sondern lediglich in reduzierter Form – eingebracht werden."**

Dieser Satz liest sich nun in der neuen – echt „sinnentstellend" verfälschten – Fassung des AK/FU etwas anders, nämlich so: *„Bestimmte Themenkomplexe können daher nicht als gemeinsame Arbeitsgegenstände des Unterstützungskomitees vorausgesetzt werden, andere dürfen nur mit größter Vorsicht – und das heißt nicht durch die Hintertür, sondern auf Grund einer Einigung aller beteiligten Gruppen – eingebracht werden."*

Man beachte die feinen Unterschiede: Die ursprüngliche Fassung ist erheblich rigider in ihrer Forderung nach thematischer Einengung. Die Neufassung läßt da viel mehr Spielraum. Dies wird nicht etwa als eine Änderung des eigenen Standpunktes angegeben, sondern das AK/FU versucht tatsächlich, diese „gesäuberte" Fassung als Originaltext des von uns zitierten Papiers durchzuschmuggeln. Ganz schön frech. Und auch dumm, denn sie mußten doch damit rechnen, bei ihrer Mogelei ertappt zu werden. Und sowas wirft uns „sinnentstellendes" Zitieren vor!

rer Mogelei ertappt zu werden. Und sowas wirft uns „sinnentstellendes" Zitieren vor!

Angesichts solcher Methoden erlauben wir uns eine gehörige Portion Mißtrauen im Hinblick auf die überraschende Zusicherung des AK/FU, für die Behandlung der UVBs vor dem Tribunal einzutreten. Dies insbesondere deshalb, als sich das AK/FU in seinem „Strategiepapier" (an der gefälschten, jetzt – vielleicht – „gültigen" Stelle) auf die „Einigung aller beteiligten Gruppen" über die einzubringenden Themenkomplexe verpflichtet. Das könnte dann so aussehen, daß die UVBs erneut unter den Tisch fallen, wenn etwa die Jusos oder irgend eine andere Gruppe willkürlich ihr Veto dagegen einlegen sollten. Eine Zusammenarbeit in der Vorbereitung und Unterstützung des Tribunals ist selbstverständlich nur dann gegen derartige Manöver abgesichert, wenn eben k e i n e r l e i Einschränkung der Themenkomplexe vorgenommen wird, was ja durchaus nicht bedeutet, daß irgendwer gezwungen würde, Materialien zu einem Komplex zu sammeln etc., zu dem er nicht arbeiten will oder kann.

Es sei noch erwähnt, daß das AK/FU unsere Aussage, daß seine Mauscheleien von der Mehrheit der westdeutschen Unterstützer mißbilligt werden, anzweifelt: *„Betrachtet man jedoch die wirklichen Verhältnisse, dann stellt sich heraus, daß von den Gruppen, die an den Verhandlungen in Paris beteiligt waren – SB, GIM, KB, ESG und Aktionskomitee gegen Berufsverbote – nur der KB immer lauthals seine 'Mehrheitskritik' übt, während alle anderen Gruppen darum bemüht sind, die Foundation konstruktiv bei ihrer Initiative für ein Tribunal zu unterstützen."*

1. Unterschlägt das AK/FU hierbei, daß an den Pariser Verhandlungen auch der „Informationsdienst" gewissermaßen als Repräsentant der Spontis sowie ein Vertreter der politischen Verteidiger teilgenommen haben.

2. Ist innerhalb der ESGen umstritten, ob die bisher in der Russell-Initiative Federführenden zu ihrem Vorgehen ein Mandat hatten.

3. Finden wir es bezeichnend, daß die beträchtliche Zahl von Komitees, Initiativen etc., die inzwischen einen Großteil der Unterstützungsarbeit mittragen, für das AK/FU offenbar überhaupt nicht „zählen".

Nicht zuletzt erlauben wir uns, daran zu erinnern, daß an den Pariser Treffen nicht nur die (vergleichsweise kleinen) westdeutschen Gruppen und die Russell-Foundation teilgenommen haben, sondern auch zahlreiche ausländische Organisationen und Gruppen, von denen die ganze Initiative überhaupt ausgegangen war (PSU!). Sie a l l e haben den Beschluß, in den einzelnen Ländern Nationale Unterstützungskomitees zu bilden, nach ausführlichen Beratungen gefaßt. Wenn das SB und das Westberliner AK/FU diesen Beschluß – ohne Beratungen mit irgendwelchen weiteren Unterstützern – fallen lassen, so ist das vergleichsweise ein Furz im Winde.

Kritik innerhalb der ESG

Zu den Vorverhandlungen im kleinen Kreis zwischen einer kleinen Minderheit der westdeutschen Unterstützer und französischen Mitarbeiter der Russell-Foundation, die zu den heute bestehenden Absprachen geführt haben, liegt inzwischen ein Protokoll der ESG Westberlin vor, der es offenbar eher unangenehm war, neben Vertretern des AK/FU, der Humanistischen Union und einer Gerichtsreferendarsgruppe in der ÖTV zum erlauchten Kreis der für das Gespräch am 23.4. Auserwählten gehört zu haben. Die ESG-Genossen zeigen sich *„etwas enttäuscht, da wir das Gefühl haben, man versucht die ESG als Aushängeschild mit in die Gruppenschwierigkeiten hineinzuziehen."* Zu der Nichteinladung der anderen Unterstützer wurde auf der Sitzung gesagt, dadurch solle *„nur das völlig unproduktive gegenseitige Hickhack vermieden werden."* Weiter heißt es in dem Gesprächsprotokoll wörtlich: *„Daß diese Gruppen Entscheidungen der Foundation im Sinne des 7-Punkte-Papiers und den Vorschlägen des AK (gemeint: das Westberliner Aktionskomitee – Anm. ARBEITERKAMPF) als Affront auffassen werden, ist anzunehmen. Ein genereller Umschwung ihrer Politik (etwa eine aktive Bekämpfung des Tribunals) ist unwahrscheinlich."* Ihren Eindruck von die-

nehmen. Ein genereller Umschwung ihrer Politik (etwa eine aktive Bekämpfung des Tribunals) ist unwahrscheinlich." Ihren Eindruck von die-

sem Gespräch schildern die Genossen so: Sie seien überrascht gewesen, daß sie zuvor von einem Vertreter des AK/FU aufgesucht worden seien, der sie *„in persönliche Querelen hineinziehen wollte"*. Der Ort für das Sekretariat (Westberlin) sei im „Schnellverfahren" festgelegt worden. *„Nach unserer Meinung wurde damit zugleich die Personalfrage vorbestimmt"* (!). Sie schätzen ein, daß *„ein Sekretariat in Berlin vorwiegend vom AK* (AK/FU – Anm. ARBEITERKAMPF) *getragen werden und durch dessen Gruppen unterstützt"* wird.

Ähnliche Kritik wurde an dem Vorgehen zur Sekretariatsbildung auf einem ESG-Seminar in Gießen geübt (4./5.6.). Mehrere ESG-Gruppen stellten ihre weitere Mitarbeit infrage, falls die Foundation nicht eindeutig Stellung gegen ein reines Berufsverbote-Tribunal beziehe. Kein Bereich der Repression dürfe von vornherein rausfallen, insbesondere nicht die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und die Repression gegen Ausländer in der BRD. Dem ESG-Vertreter im Sekretariat wurde vorgehalten, sich offensichtlich nicht an die Beschlüsse verschiedener ESG-Treffen gehalten zu haben!

Hier wird das gesamte undemokratische und alles andere als „seriöse und überparteiliche" Vorgehen dieser Leute noch einmal überdeutlich bestätigt. Sie haben offenbar damit gerechnet, daß sich die von ihnen ausgeschalteten Gruppen dennoch diesen Methoden unterwerfen. Wir haben allerdings – sicherlich mit vielen anderen – nicht vor, uns jetzt aus der Unterstützungsbewegung hinausdrängen zu lassen oder uns auf die Rolle eines bloßen Zuträgers für eine von uns nicht mehr mitzubestimmende Linie der Unterstützungsarbeit reduzieren zu lassen.

Aktivitäten zum Russell-Tribunal III

Österreich. In Österreich hat sich eine **„Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD"** gegründet. Dies wurde der Russell-Foundation in einem Schreiben vom 3. Juni mitgeteilt. In diesem Schreiben heißt es weiter: *„Wir ergreifen die Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß wir nicht die in Eurem Brief vom April 1977 vertretene Ansicht teilen können,* **‚daß es ganz entscheidend bleibt, die Aufmerksamkeit auf eine ausreichend beschränkte Tagesordnung zu konzentrieren',** *d.h. die Berufsverbote. Wir stimmen mit der Mehrheit der westdeutschen Unterstützer überein und halten es für wesentlich für das Tribunal, alle anderen Aspekte der Repression in Westdeutschland zu betrachten und insbesondere die Stellung der westdeutschen Regierung bei der Initiierung von Repressionsmaßnahmen (z.B. Europäische Anti-Terror-Konvention) in anderen europäischen Ländern anzuklagen."* Die vom Export des „Modell Deutschland" ausgehende internationale Gefahr betont die Initiative auch besonders in ihrer Plattform: *„Deshalb, weil die Verschärfung der Repression mit der Stellung und den Aufgaben des BRD-Imperialismus als Speerspitze nicht nur gegen die Staaten des Warschauer Paktes, sondern auch gegen mögliche sozialistische Revolutionen in Portugal, Spanien und Italien zusammenhängt, wird der Kampf gegen diese Verschärfung zur dringendsten Pflicht der gesamten europäischen Arbeiterbewegung. Gerade auch in Österreich, das unter anderem aufgrund seiner engen wirtschaftlichen Verflechtungen mit eben diesem BRD-Imperialismus, auch für dessen politische Entwicklung – wenn auch meist mit Verspätung – anfällig ist."* In der Plattform werden folgende sieben Arbeitsgruppen genannt, die die österreichische Initiative zur Untersuchung der Repression in der BRD einrichten will: *„Berufsverbote und Repression im Öffentlichen Dienst, Betrieb und Gewerkschaft und in den Medien. Verschärfung der gesetzlichen Grundlagen. Militär und Polizei/Ausbau des Gewaltapparates. Politische Prozesse und politische Gefangene. Rechtsradikalismus. Repression gegen Frauen. Repression gegen Ausländer."* Die österreichische Initiative hat ferner in einem Begleitschreiben an alle westdeutschen Russell-Initiativen, Komitees etc. dazu aufgefordert, ihr laufend Informationsmaterial, Zeitungen usw. zuzuschicken, wie auch Adressen, an die sie umgekehrt ihre Arbeitsergebnisse usw. senden soll. Die Anschrift: Österreichische Initiative zur Unterstützung des Russell-Tribunals über die politische Repression in der BRD, A-1040 Wien IV., Belvederegasse 10/1.

Italien. Lotta Continua druckte in ihrer Tageszeitung vom 28.4. den Aufruf des westdeutschen Initiativausschusses vom 8.1.77 ab. Leitende Genossen von LC hatten uns kürzlich noch telefonisch mitgeteilt, daß ihre Organisation sich überhaupt nicht in der Lage sähe, hier irgendwelche Initiativen zu ergreifen.

Belgien. Sehr umfassend bemüht sich die Organisation „Pour le Socialisme" in Belgien, über die Repression in der BRD zu informieren und am Aufbau einer breiten Unterstützungsbewegung für das Russell-Tribunal mitzuwirken. In der Nr. 158 (8.-14.6.) ihrer Wochenzeitung „POUR" veröffentlichte sie eine vierseitige Beilage unter dem Titel der Hamburger Großveranstaltung „Deutschland – Modell für Europa?". Darin berichten die Genossen in verschiedenen Artikeln über die Einschränkung der Verteidigerrechte, über die Repression gegen die Frauenbewegung, über die Berufsverbote-Praxis am Beispiel von Prof. Sigrist sowie über Verfolgungsmaßnahmen gegen den linken Buchhandel. Außerdem enthält diese Beilage das Referat, das Vertreter des KB auf dem Mai-Fest von PIS gehalten haben, und in dem ein zusammenfassender Überblick über Ausmaß und Entwicklung der Repression in unserem Land gegeben wurde.

Mittlerweile liegt uns auch die Adresse der belgischen Initiativgruppe für das Russell-Tribunal vor: D. Marlier, 91 rue Van Aa, B-1050 Bruxelles.

Dänemark. Im dänischen Russell-Komitee, das vor gut zweieinhalb Monaten gemeinsam von Mitgliedern des dänischen Landeskomitees gegen Berufsverbote und der IUK zu den Todesumständen von Ulrike Meinhof gegründet wurde, haben jetzt Auseinandersetzungen stattgefunden, die eine Widerspiegelung der in den westdeutschen Unterstützungsgruppen bestehenden Meinungsverschiedenheiten sind. Insbesondere geht es dabei um die Frage, ob die Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB mit zur Untersuchung über die Repression in der BRD vorgeschlagen werden sollen, was von der Mehrheit des dänischen Komitees z.Z. offenbar abgelehnt wird. Als Begründung wurde angeführt, man würde andernfalls die dänische KP (DKP) „verschrecken". Daß dies **kein wirklich ernstzunehmendes Argument** ist, weil die Revisionisten in Dänemark ähnlich wie hierzulande generell Vorbehalte gegen eine Zusammenarbeit mit links von ihnen stehenden Gruppen haben und nicht einmal zu einer ehrlichen Berichterstattung bereit sind, zeigt folgendes Beispiel: ein Mitglied der dänisohen KP, das selbst auf der Hamburger Großveranstaltung zum „Modell Deutschland" war, verbreitete bei seiner Rückkehr, daß *„die vom Berufsverbot Betroffenen auf eine Stufe mit der RAF gestellt werden"* sollten.

Das hat zwar mit dem Veranstaltungsablauf in Hamburg nichts zu tun, ist aber „zufälligerweise" exakt dasselbe, was auch die westdeutsche DKP verbreitet, um ihre Mitglieder und Anhänger zu gruseln. Diese Vorgehensweise macht nocheinmal deutlich, wie die Revisionisten hier wie dort gegen das Tribunal arbeiten.

Auch die Mehrheitsauffassung im dänischen Russell-Komitee, daß praktische Aktivitäten in Dänemark noch nicht unternommen werden könnten, solange bei den westdeutschen Unterstützungsgruppen „keine Einigkeit" hergestellt sei, mißachtet die tatsächliche Situation, weil dabei ausschließlich auf diejenigen Teile der westdeutschen Gruppen gestarrt wird, die nachweislich bewußt und mittels verdeckter Absprachen bereits erreichte Übereinstimmungen wieder umzukippen versuchen – während andererseits Fortschritte in der Arbeit, wie sie z.B. durch die Hamburger Veranstaltung dokumentiert werden, offenbar nicht entsprechend in Betracht gezogen werden. Das dänische Komitee hatte bei seiner Diskussion im übrigen die Stellungnahme des Westberliner Aktionskomitees vorliegen, was nochmal unterstreicht, welch überaus „positive" Wirkungen zur Verbreiterung der Arbeit von den Westberlinern ausgehen.

Nürnberg. In Nürnberg hat sich eine Initiative gebildet, an deren Treffen bislang folgende Gruppen teilgenommen haben: ESG, SB, GIM, KB, Jungdemokraten, Amnesty International, Knastgruppe, Frauengruppe Fachhochschule, FG Stiftungsfachhochschule, Frauenzentrum/AG Gewalt gegen Frauen, Fachschaftsrat FHS, Arbeiter- und Jugendverein der Türken, BDJ/BDP, Ermittlungsausschuß der BI gegen Atomkraftwerke, Initiative fortschrittlicher Kulturschaffender sowie ein Rechtsanwalt. Die Jusos Nbg./Fürth und das Bürgerkomitee gegen die Berufsverbote haben Beobachter in diese Initiative entsandt.

Mehrere Aktivitäten sind für die nächste Zeit geplant, darunter die Herausgabe eines Informationsblattes gegen die Repression in Nürnberg und Umgebung, eine Veranstaltung und die Einrichtung von Arbeitsgruppen, was z.T. auch schon läuft. Innerhalb des Kreises haben Auseinandersetzungen stattgefunden, weil von den als Beobachter vertretenen Jusos und dem Berufsverbote-Komitee eine Eingrenzung der Thematik im wesentlichen auf die Berufsverbote verfochten wurde, was die Mehrheit der Initiative aber eindeutig abgelehnt hat. Der Vertreter des SB hat sich wenig später in ähnlicher Richtung engagiert, wobei er vor allem die Unvereinbarkeitsbeschlüsse rausgestrichen haben wollte und desweiteren berichtete, daß der Initiativausschuß „nicht mehr arbeitsfähig" sei und demnächst ein neues „nationales Sekretariat" gewählt werde, an das nun auch sämtliches Material geschickt werden solle. Alle anderen Beteiligten der Nürnberger Initiative wiesen dies jedoch zurück und haben sich dafür ausgesprochen, daß der Initiativausschuß baldmöglichst ein Treffen aller Russell-Gruppen in der BRD einberufen möge.

Bonn. In Bonn hat ein erstes Treffen einer Russell-Initiative stattgefunden, an dem folgende Gruppen beteiligt waren: Initiative Kommunistische Gruppe (IKG), Spartacusbund, SSB, Bürgerinitiative Umweltschutz Bonn (BUB), Rechtshilfefond für Ausländer der ESG, Informationsstelle Lateinamerika (ILA), SB, Komitee gegen politische Repression (ehemaliger Rechtshilfefond Bonn), Frauenforum und Frauenkomitee. Zugesagt hat seine Mitarbeit auch das Palästina-Komitee. Das Treffen hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, alle Bereiche der Repression in seine Arbeit einzubeziehen und **sieht den Aufruf der Russell-Peace-Foundation** als Grundlage dafür an. Überlegungen wurden bereits getroffen, welche Gruppe jeweils zu welchen Themen mit einer Materialsammlung beginnt.

München. In München hat sich ein Unterstützungskomitee gebildet, auf dessen erstem Treffen das SZ, das BLATT, KB, Akademie Kindergarten, Frauenknastgruppe und einige Unorganisierte anwesend waren. Auf einer Veranstaltung anläßlich des 10. Todestages von Benno Ohnesorg ließ das Komitee per Akklamation **eine Resolution an die Russell-Foundation** abstimmen, mit der die Teilnehmer dieser Veranstaltung die Einberufung eines Russell-Tribunals unterstützten und die Foundation aufforderten, daß das Tribunal die Repression in allen gesellschaftlichen Bereichen untersuchen möge.

Hamburg. Die Hamburger Vorbereitungsgruppe wird am 24.6. eine Veranstaltung gegen die Zensur in der Bundesrepublik durchführen, auf der u.a. W. Gottschalch, S. Cobler, A. Münster und E. Fried sprechen werden.

Heidelberg. Ende Mai fand in Heidelberg die „Gründungsfeier" einer Russell-Initiative (RI) statt, an der **zahlreiche Jusos und SPD-Mitglieder, Mitglieder der GIM,** der Jungdemokraten und des KB sowie Juristen teilnahmen. Es wurden 5 Arbeitsgruppen eingerichtet: zum Öffentlichen Dienst, Justiz, Ausländer, Medien und – nach anfänglichem Übergehen – eine Arbeitsgruppe Frauen, zu der auch bereits vorher schon vorbereitende Treffen stattgefunden hatten. Weite Strecken der „Gründungsfeier" wurden leider damit vertan, über mangelnde Breite und Öffentlichkeit der Initiative zu klagen. Vertan insofern, weil ein maßgeblicher Teil der Initiative die Schritte, die zu einer wirksamen öffentlichen Arbeit und damit auch Verbreiterung der Initiative führen würden, bislang gewollt blockiert. Obwohl bereits über Wochen hin vorbereitende Diskussionen dieses Kreises stattgefunden haben, ist z.B. nicht öffentlich zu diesem Treffen und auch nicht zur stattgefundenen Gründungsfeier aufgerufen worden. Auch das nächste Treffen soll nach der bisherigen Mehrheitsmeinung nicht öffentlich bekannt gemacht werden. Generell wurde sogar ein Beschluß gefaßt, daß keine Öffentlichkeitsarbeit ohne die Zustimmung der VV der Initiative stattfinden dürfe – und wenn eine Arbeitsgruppe das trotzdem mache, dann hätte das zunächst mal quasi nichts mit der RI zu tun. Wenn diese Ansicht aufrechterhalten bleibt, wäre das der sicherste Weg, k e i n e n Beitrag zum Aufbau einer breiten Unterstützungsbewegung für das Russell-Tribunal zu leisten. Die Ablehnung einer wirklichen „Öffentlichkeitsarbeit" wird dabei mit einer unsinnigen und vorgeschobenen „Angst" begründet, von den „K-Gruppen", speziell dem KB, „instrumentalisiert" zu werden, wohinter sich allerdings handfeste antikommunistische Vorurteile verbergen. Dazu wurde sogar mit Lügen operiert, der KB habe Flugblätter *„im Namen der RI"* herausgegeben – wozu der Beweis jedoch nicht angetreten werden konnte, weil's frei erfunden ist.

Von wem hier unehrlich vorgegangen wird, liegt wohl auf der Hand! Hoffnungsvoller läuft demgegenüber die Arbeit in der Frauen-AG an, die bereits konkrete Vorstellungen sowohl zur Materialsammlung als auch zur Ergreifung praktischer Initiativen entwickelt hat.

Auf der „Gründungsfeier" wurde noch ein Brief des Graphikers Klaus Staeck abgehandelt. Dieser hatte auf eine Aufforderung zur Mitarbeit geantwortet, daß er dazu nicht bereit sei, weil sicher die SPD die Hauptangeklagte wäre, das aber von der *„parteilichen Auseinandersetzung mit der CSU/CDU"* ablenken würde, usw. Obwohl damit eigentlich klar sein dürfte, daß hier alle Liebesmüh vergebens ist, hat die Heidelberger RI es sich nicht nehmen lassen, Staeck einen äußerst „einfühlsamen" Antwortbrief zu schicken, in dem palavert wird, daß doch *„vor allem"* (!) auch in der SPD Stimmen gegen die Repression in der BRD lautgeworden seien, daß das Heidelberger RI dem Tribunal natürlich keine *„Weisungen"* erteilen wolle, und daß Herr Staeck ja auch *„nicht zu schweigen (braucht), wenn Sie glauben, daß andere Kräfte, die die Initiative für ein Russell-Tribunal unterstützen, dabei nicht ehrlich sind und es mit dem Einsatz für demokratische Freiheiten nicht wirklich ernstnehmen"*. Diese „anderen Kräfte" wären nach Auffassung der Heidelberger RI wohl die „K-Gruppen", denen gegenüber Herr Staeck sich mehr für demokratische Freiheiten einsetzt und ehrlicher ist ...?!

SB/SPD gemeinsam gegen den KB – das wäre doch eine interessante Konstellation, die einem Mann mit der schöpferischen Phantasie eines Staeck eigentlich den Mund wässrig machen müßte. Wirklich undogmatisch in der Tat!

„Arbeitsgruppe Ausländer" gegen Einschränkung der Thematik

Am 11. Juni fand das zweite Treffen der „Arbeitsgruppe Ausländer" im Rahmen der Vorbereitung eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD statt. Im Vordergrund stand der Protest gegen die vom „Provisorischen Sekretariat" vorgelegte Themenliste, auf der die Repression gegen Ausländer in der BRD nicht mehr auftaucht. Bei Stimmenthaltung des GIM-Vertreters wurde ansonsten einstimmig eine Resolution angenommen, in der die inhaltliche Einengung der zu untersuchenden Themen durch das „Provisorische Sekretariat" bedauert wird und in der dann im Einzelnen die besondere Unterdrückung ausländischer Arbeiter dargestellt wird – das Ausländergesetz und die Diskriminierung Asylsuchender, Verbote und Massenabschiebungen (Verbot von GUPS und GUPA 1972, Verbotsdrohungen gegen die CISNU); Bespitzelung durch westdeutsche und ausländische Geheimdienste... Abschließend heißt es in der Resolution: *„Ein Schweigen des Russell-Tribunals zu dieser Frage wäre unserer Ansicht nach ein schwerer Schaden für die Sache der internationalen Solidarität und würde damit dem Ziel der bisherigen Russell-Tribunale zu Vietnam und Lateinamerika widersprechen".* Unterschrieben ist diese Resolution vom ATSB (Bund Türkischer Sozialisten Europa) München, von der EFLE (Eritreans for Liberation in Europe), CISNU (Iranische Studentenvereinigung), VKSE (Kurdische Studentenvereinigung) Frankfurt, Freundschaftsgesellschaft des deutschen und spanischen Volkes Nürnberg, Türkischer Arbeiterverein Nürnberg, PSOE (spanische Sozialisten) Nürnberg, Iran-Komitee Wiesbaden, WISK (Westdeutsches Irland-Solidaritäts-Komitee), Internationales Studentenzentrum Frankfurt, Palästina-Komitee Bonn und Ausländerkommission des KB Hamburg.

Die Resolution soll jetzt verbreitet und weitere Unterschriften dafür gesammelt werden. Darüber hinaus wurde vereinbart, den entstandenen nationalen Arbeitszusammenhang – unabhängig von der letztendlichen Entscheidung der Russell-Foundation – auf jeden Fall aufrecht zu erhalten und auszubauen und sich selbst als integralen Bestandteil der gegen die Repression in der BRD kämpfenden Front zu verstehen.

«Arbeiterbund«: Originalton DKP

Der Münchner „Arbeiterbund", erfolgloser Störtrupp der DKP, hat sich in seiner „KAZ" Nr. 113 (Mai 1977) e r s t m a l s zum Projekt eines Russell-Tribunals über die Repression in der BRD geäußert. Dafür ganz ausführlich – gleich über eine volle Seite. Der „Arbeiterbund" teilt uns mit, wie es seiner Meinung nach mit dem Projekt weitergehen müßte – am besten voll in die Arme der DKP! Gerade so verlogen wie die DKP „begrüßt" er das Projekt – das er bisher völlig ignoriert hatte! – um sogleich zu behaupten: *„Allerdings, wenn das Tribunal so durchgeführt werden soll, wie der KB, und mit ihm das Sozialistische Büro, die ESG, der ‚Informationsdienst', die GIM, die Frankfurter Initiative gegen die Repression und das Westberliner Aktionskomitee gegen die Berufsverbote sich das vorstellen, dann geht das auf Kosten einer organisatorischen und politischen Spaltung der Menschen, die heute gegen die Berufsverbote in erster Linie kämpfen".*

Diese Menschen sind, man ahnt es schon, für den AB natürlich „in erster Linie" in der DKP zu finden. Daher ist der AB auch ganz begeistert über das Schreiben des von der DKP dominierten „Hamburger Arbeitsausschuß der Initiativen gegen die Berufsverbote" an die Russell-Foundation, mit dem die DKP die bisherigen Unterstützer des Projekts anzuschwärzen und eine Einengung auf das Thema Berufsverbote durchzusetzen versuchte. „Wir unterstützen das Vorgehen des Arbeitsausschusses, weil es der einzig (!) richtige Weg ist, das Russell-Tribunal wirklich zu einem Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote zu machen" („KAZ"). Logisch, das hätte die DKP selber auch nicht besser sagen können. Ein Haken ist allerdings noch dabei: „Das einheitliche Vorgehen in Sachen Russell-Tribunal muß gegen den KB und einige andere durchgesetzt werden" („KAZ"). Ja, das eben ist ja gerade die Schwierigkeit!...

Um der DKP zu gefallen, hat der AB wieder maßlos übertrieben: So behauptet er beispielsweise, der „Hamburger Initiativausschuß" habe sein Störmanöver gegen daß Russell-Tribunal „im Namen aller (!) Initiativen gegen die Berufsverbote in der BRD" unternommen, was schlichtweg lächerlich ist. Nicht weniger kindisch ist der Vorwurf des AB: *„Der KB will nichts zu tun haben mit den Berufsverbotsinitiativen und den darin arbeitenden demokratischen Menschen"* („KAZ"). Als wäre es nicht die DKP, die ihre schändliche „These 41" (keine Zusammenarbeit mit „Maoisten" usw.) auch den von ihr dominierten Berufsverbote-Initiativen aufgezwungen hat!

Offenbar ironisch gemeint mokiert sich die „KAZ": *„Großzügig bietet der KB an, nach wie vor stehe der DKP ein Mitmachen beim Russell-Komitee offen".* Der AB geht ganz offensichtlich davon aus, daß ein solches Ansinnen an die DKP für diese völlig unzumutbar ist.

Die Empfehlungen des AB bleiben also die bereits bekannten: Wir sollen die von der DKP diktierten Spielregeln (Schwur auf's Grundgesetz usw.) akzeptieren, sollen (falls die DKP uns überhaupt läßt!) unter totaler politischer Selbstverleugnung in den DKP-Komitees „mitarbeiten" und sollen vor allem in der Sache Russell-Tribunal endlich die führende Rolle der DKP und der von ihr dominierten Komitees anerkennen.

Für wie blöd halten die DKP-Führer die Linken, wenn sie in der „KAZ" derart ungeschminkt ihre Ziele propagieren lassen? Etwas mehr „Rouge" sollte die „KAZ" schon auflegen...



europa

Skandinavien

Norden gegen Atomkraft!

Unter dieser Parole wird in den skandinavischen Ländern für eine Großdemonstration gegen das AKW Barsebäck in Südschweden mobilisiert. Die „Organisationen til oplysning om atomkraft" Dänemark (O.O.A.) rufen, gemeinsam mit Anti-AKW-Organisationen anderer skandinavischer Länder, zu einem Marsch auf das AKW Barsebäck am 10. September auf. In dem O.O.A.-Aufruf heißt es: *„Ein Atomkraftwerk im am dichtesten besiedelten Gebiet Skandinaviens ist eine Provokation gegen die Bevölkerung. Barsebäck ist deswegen ein Symbol für die Anti-AKW-Bewegung in Skandinavien geworden. Letztes Jahr im August nahmen 7.000 Menschen (darunter viele Dänen) an dem größten skandinavischen Anti-Atommarsch nach Barsebäck teil. Auch dieses Jahr wollen wir in Protest nach Barsebäck marschieren. Das wird am 10. September sein ... Nimm an dem Marsch teil und manifestiere so den Widerstand der Bevölkerung gegen Atomkraft und Barsebäck".*

Der erste Reaktor des Barsebäckwerks wurde im Winter 1974 in Betrieb genommen, der zweite im April 1977. Barsebäck liegt am Öresund, direkt der Millionenstadt Kopenhagen gegenüber. Im Radius von 40 km des AKW Barsebäck leben zwei Millionen Menschen – 20 km entfernt liegt Kopenhagen, noch dichter am AKW liegen die schwedischen Städte Landskrona, Lund und Malmö.

Hinzu kommt, daß bei bestimmten Windrichtungen sämtliche Flugrouten zum Kopenhagener Flughafen Kastrup über das Atomkraftwerk Barsbäck gehen. Dabei muß man bedenken, daß die meisten Flugzeugabstürze beim Start oder bei der Landung passieren. Also schon von daher ist bestädig die Gefahr einer Katastrophe gegeben.

Die Lügen der Behörden

„Hätten wir damals gewußt, was wir heute über die Gefahren der Atomkraft wissen, wäre das AKW Barsebäck nicht so dicht an Kopenhagen und Malmö gebaut worden", erklärte der schwedische Staatsminister Fälldin im März angesichts der wachsenden Proteste der dänischen AKW-Gegner. Daß die schwedische Regierung bei Errichtung des ersten Reaktors genauso gut wie heute über die Gefahren der Atomenergie Bescheid wußte, ist natürlich klar. Und solche Beteuerungen eines schwedischen Ministers hält die schwedische Regierung schon gar nicht davon ab, mit dem Bau neuer Reaktoren zu beginnen.

Ebenfalls hat die dänische Regierung dem Bau beider Reaktoren in Barsebäck zugestimmt. Ein Katastrophenplan für Kopenhagen existiert nicht. Mit systematischen Lügen haben die dänischen Behörden – die Gesundheitskommission, der Umweltschutzausschuß und die Leitung der Versuchsstation Risö – versucht, die Gefahren des AKW Barsebäck herunterzuspielen und so die Bevölkerung ruhig zu halten.

1973 hieß es: Die Folgen einer radioaktiven Katastrophe in Barsebäck wären im schlimmsten Fall zwei Krebstodesfälle im Jahr in Kopenhagen! 1974 wurde erklärt, daß die Kopenhagener Bevölkerung im Falle eines Unfalls schlimmstenfalls einer Strahlendosis von 1 rem ausgesetzt wäre, was zu keinerlei ernsthaften Schäden führen könnte. Von daher würde auch eine Evakuierung der Kopenhagener Bevölkerung niemals nötig sein. Schlimmstenfalls würde es ein kurzfristiges Verbot für Trinkmilch in bestimmten Gebieten geben.

1977 wurde schließlich zugegeben, daß auch von Seiten der dänischen Regierung Tote und schwere Schädigungen als Folge eines Reaktorunfalls in Barsebäck einkalkuliert werden, was jedoch an der Zustimmung zum Bau des zweiten Reaktors überhaupt nichts änderte.

Der Widerstand wächst!

Es ist zu erwarten, daß am 10. September die größte Anti-AKW-Demonstration in Skandinavien stattfinden wird. In Kopenhagen fanden seit 1976 bereits mehrere Demonstrationen gegen das AKW Barsebäck statt, zu denen die O.O.A. mobilisiert hatte. Während bislang jedoch die dänischen AKW-Gegner noch einen relativ großen Spielraum hatten, um die Bevölkerung über die Gefahren der Atomenergie aufzuklären und die bisherigen Demonstrationen sehr friedlich abliefen, soll auch das offenbar geändert werden. Die Konservativen erklärten im Folketing: *„Wir müssen uns darauf einstellen, Polizeimethoden anzuwenden, von denen wir im allgemeinen nichts halten"*. Ob das auch vom „Modell Deutschland" abgeguckt ist?

Frauen sagen nein zu Atomkraft!

Beim Kampf gegen das AKW Barsebäck haben die Frauen eine herausragende Rolle. Der Widerstand in Dänemark ging von den Frauen aus. Als im Herbst 1974 der erste Reaktor fast fertiggestellt war, schlossen sich Frauen aus acht Gemeinden in Nordseeland zu einer „Barsebäck-Gruppe" zusammen. Sie entlarvten die Lügen der dänischen Behörden und machten eine breite Informationsarbeit über die Gefahren der Atomenergie. Sie sammelten Unterschriften gegen das AKW Barsebäck und schrieben Protestbriefe.

Auch bei der Mobilisierung für die Großdemonstration am 10. September stehen die Frauen wieder in vorderster Front. Anfang Mai hielten Frauengruppen aus Dänemark, Norwegen, Schweden, Finnland und Island eine Konferenz ab, auf der sie beschlossen, ihren „Widerstand gegen Atomkraft bei einem Marsch gegen das AKW Barsebäck sichtbar zu machen". Noch diesen Monat findet eine neue Konferenz statt, auf der die Frauengruppen die gemeinsame Arbeit vorbereiten wollen.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg



„Wir haben jedenfalls nie einen so hohen Lebensstandard gehabt! Atomkraft – zu wessen Nutzen?" (Postkarte von Claus Delevran / O.O.A.)

Schwedische Presse: „Die Bundesrepublik Deutschland – Das Vierte Reich"

In den letzten Wochen berichteten große schwedische Zeitungen zunehmend über die staatliche Repression in der BRD. Die sozialdemokratische Zeitung „Aftonbladet" veröffentlichte eine Reportage unter der Überschrift „Das vierte Reich", in der u.a. über die brutalen Polizeieinsätze gegen Demonstranten berichtet wurde. Gleichzeitig wurden Bilder abgedruckt von Franz Josef StrauSS, Axel Springer, Helmut Schmidt einerseits und Ulrike Meinhof, Andreas Baader, Günther Wallraff andererseits – Motto: Verfolger und Opfer! Die Zeitung schrieb: *„Die plötzliche Wohlfahrt im Lande gebar den Polizeistaat ... Wir erleben hier eine Gesellschaft, die rücksichtslos politisch Andersdenkende verfolgt. Es ist eine Gesellschaft, die den Weg zu fanatischem Terror bahnt".*

Die größte schwedische Morgenzeitung, „Dagens Nyheter", brachte sogar eine fünfteilige Serie über die Repression in der BRD, in der die Großmachtpläne des westdeutschen Imperialismus sehr gut dargestellt wurden. Die BRD wurde als „Großmacht in aller Stille" bezeichnet, die international eine führende wirtschaftliche Rolle spielt und sich einmischt, die ihren Polizeiapparat ständig aufrüstet und gegen AKW-Gegner einsetzt, die Sozialisten und Kommunisten unterdrückt, die ausländische Kollegen abschiebt, wenn sie ihre Schuldigkeit getan haben, wo der Korruptionssumpf blüht und wo es Berufsverbote gibt! Die Tätigkeit von Alt- und Neonazis wurde angeprangert. So berichtete „Dagens Nyheter" über ein Pfingstreffen ehemaliger SS-Nazis unter der Überschrift „Hitlers Leibwächter versammeln sich wieder!"

FRANKFURTER RUNDSCHAU Freitag, 3. Juni 1977, Nr. 127

Schwedens Presse sieht nur häßliche Deutsche

Stockholmer Journalisten spüren in der Bundesrepublik das „Vierte Reich" auf

Auf diese realistische Darstellung der westdeutschen Verhältnisse reagierte die sonst auf „Liberalität" bedachte „Frankfurter Rundschau" („FR") sehr mürrisch. In einem Artikel über die schwedische Berichterstattung beklagte sich die „FR", daß wir (?) überall als „häßliche Deutsche" gesehen werden („FR" vom 3.6.77). Und weiter: *„Die unabhängige Zeitung ‚Dagens Nyheter' scheut in der Wortwahl keine Mühe, um dem schwedischen Leser einige Schauer über den Rücken zu jagen. Wer es übel mit der Bundesrepublik Deutschland meint, braucht nur ‚Dagens Nyheter' abzudrucken..."*

Was wieder einmal ein Licht auf die Gleichschaltung der westdeutschen Presse wirft: Schweigen die allermeisten bürgerlichen Zeitungen die ausländische Kritik an den Zuständen in der BRD sowieso tot, so berichtet die „FR" dermaßen geifernd darüber, daß am Ende nicht die Nazis, die Berufsverbote, die Korruption, der Todesschuß und und und... die wahren Übel sind, sondern – die Kritiker daran.

In dieser Frage eine Trennungslinie zu Springers Blätterwald zu ziehen, dürfte schwer fallen...

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg
und Skandinavien-Kommission

Radioaktive Wehrpflicht in Schweden!

Im Rahmen der Vorbereitungen für eine Großdemonstration gegen das AKW Barsebäck in Südschweden wurde von der O.O.A. Dänemark über eine Notverordnung der schwedischen Regierung informiert, die viele Schweden überhaupt nicht kennen. 1960 wurde von der schwedischen Regierung ein Notstandsgesetz erlassen, das die Behörden u.a. zu folgenden Maßnahmen befugt:

- in Privatwohnungen einzudringen, um die Radioaktivität zu messen und „andere Untersuchungen" (!) vorzunehmen,
- alle Schweden im Alter von 18 bis 65 Jahren zu Aufräumungsarbeiten in radioaktiv verseuchten Gebieten heranzuziehen,
- diejenigen, die sich gegen Eindringlinge in die Wohnungen zur Wehr setzen oder sich weigern, an Aufräumungsarbeiten in radioaktiv verseuchten Gebieten teilzunehmen, mit Gefängnis zu bestrafen.

Dieses Gesetz existiert nach wie vor und macht – wie entsprechende Katastrophenschutzpläne in der BRD – deutlich, daß Kapitalisten und Staat Leben und Gesundheit der Bevölkerung im Falle eines radioaktiven Unfalls einen Dreck interessiert (nach der O.O.A.-Zeitung „Barsebäck-Avisen").

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Antiimperialistische Veranstaltung von Venstre Socialisterne

Dänemark. Am 3. und 4. Juni wurde von VS in Kopenhagen eine antiimperialistische Veranstaltung durchgeführt, auf der in Redebeiträgen und an Informationsständen über den Kampf in anderen Ländern und die Situation der Ausländer in Dänemark berichtet wurde. Vertreten waren auf der Veranstaltung Förbundet Kommunist aus Schweden, dessen Vertreter über die „Anti-Terroristenkampagne" in Schweden berichtete, die dänischen Sektionen von MIR, PFLP und ELP (Eritrea), LEEB (eine vor zwei Monaten gegründete Organisation der Arbeitsemigranten in Dänemark), der KB, der über die Repression in der BRD und die Vorbereitungen zu einem Russell-Tribunal über die Repression in der BRD informierte. Außerdem traten Musikgruppen und Sänger aus Dänemark und dem Ausland auf. Die Veranstaltungen wurden an den beiden Tagen von jeweils 200 und 400 Menschen besucht.

Dänemark-Kommission
KB/Gruppe Flensburg

Frankreich

Veranstaltung gegen das »deutsch-amerikanische Europa«

Am 16. Mai fand in Paris vor einem Publikum von ca. 800 Menschen die erste Veranstaltung des französischen „Komitees gegen ein deutsch-amerikanisches Europa" statt. Thema der Veranstaltung war der Kampf gegen die westdeutsche und amerikanische Hegemonie in Westeuropa und die geplante Direktwahl eines Europaparlaments im April-Juni 1978. Grußadressen wurden vorgelesen von Papandreou (Griechenland), Chomsky, MES (Portugal), OC Bandera Roja (Spanien) und einem englischen „Komitee gegen ein deutsch-amerikanisches Europa", das innerhalb der Labour Party existiert. Beiträge wurden vorgetragen von:

- Dario Fo (Theatertruppe „Comune" Mitglied der italienischen „Roten Hilfe")
- Rigault, Theologieprofessor an der Universität Louvain in Belgien,
- Moeta, Mitglied der portugiesischen MUP,
- Mousel, Leitungsgenosse der französischen PSU,
- einem Vertreter der französischen Winzerbewegung,
- Jean Pierre Vigier, Mitglied des französichen Komitees, ex-Mitglied im Generalstab der Resistance, bis 1968 Mitglied des ZK der KPF, heute organisiert in der OCT,
- RA Gronewold
- einer KB-Genossin .
- Professor Siegrist.

Außerdem wurde noch ein Beitrag von RA Croissant vorgelesen.

Die Beiträge von französischer Seite betonten die Gefahr, die vom geplanten Export des Modells Deutschlands in ganz Westeuropa ausgeht. Die Winzer unterstrichen in ihrem Beitrag, daß weder sie noch die Landarbeiter sich etwas von einer noch engeren Zusammenarbeit der westeuropäischen Bourgeoisien versprechen könnten , in Frankreich ebensowenig wie anderswo. Als Beweis dazu genüge die Betrachtung der aktuellen EG-Agrarpolitik, die sich im Ruin tausender Landarbeiter- und Winzerfamilien ausdrückt.

Der belgische Theologieprofessor Rigault erinnerte an die Grausamkeiten des deutschen Nationalsozialismus und forderte dazu auf, alles zu tun, um die neue Organisierung eines „Kriegseuropas" zu verhindern.

Der MUP-Genosse erinnerte an die gute Zusammenarbeit zwischen SPD und PS sowie zwischen CDS und CDU/CSU. Bei den westdeutschen Beiträgen gab es ziemlich auseinanderklaffende Einschätzungen:

Professor Siegrist vertrat die Auffassung, daß der BRD-Imperialismus ein Lakai und eine Kolonie des US-Imperialismus sei, was auch die These des schriftlichen Beitrags von RA Croissant war. Croissant verlangte außerdem erneut, daß eine Unterstützung der politischen Gefangenen in der BRD auch eine Unterstützung ihrer Positionen zur Folge habe bzw. zur Voraussetzung haben müsse. Weiterhin traf er die absurde „Feststellung", es gäbe in der BRD nur drei revolutionäre Organisationen, und das wären „natürlich" die „Bewegung 2. Juni", die „RAF" und die „Revolutionären Zellen"...

RA Groenewold erzählte knapp von seinem laufenden Disziplinarverfahren und legte einige Thesen zum westdeutschen Konzept der „Inneren Sicherheit" vor. Zusammengefaßt vertrat er die Position, daß die Repression in der BRD kein Resultat eines für die Bourgeoisie gefährlichen Kräfteverhältnisses sei, sondern vielmehr präventiven Charakter hätte. Die besondere Gefahr dieser Repressionen seien seiner Meinung nach nicht die 3000 Berufsverbote für sich genommen, sondern die Hunderttausende von Ermittlungen, das permanente Schnüffelklima und die sich daraus ergebende Einschüchterung und Verunsicherung breiter Sektoren.

Im Beitrag des KB, der mit viel Beifall aufgenommen wurde, wurde zunächst bekräftigt, daß diese wie auch die kürzlich in Hamburg gegen das „Modell Deutschland" durchgeführte Veranstaltung den Beweis liefern, daß es weder für die ausländischen Genossen noch für uns um eine chauvinistische, „anti-deutsche" Kampagne geht. Die Gefahr des „Modell Deutschland" beschränkt sich auch nicht auf die wachsende Repression innerhalb unserer eigenen Grenzen. Beispiele, wie die BRD-Bourgeoisie ihr Modell anderen Völkern und Ländern aufzwingen will, gibt es genügend (Italien, Portugal, Spanien, Rolf Pohle, Detlev Schultz etc ..). Die besondere Gefahr, die von der BRD ausgeht, muß im Zusammenhang mit der wachsenden ökonomischen Stärke des BRD-Imperialismus gesehen werden: das Atomgeschäft mit Brasilien zeigt, daß sich der BRD-Imperialismus heute schon stark genug fühlt, um dem US-Imperialismus in seinem „traditionellen" Einflußbereich eine ernste Konkurrenz entgegenzusetzen.

Das Bestreben nach einer völlig unabhängigen Kernenergieindustrie und die Tatsache, daß die BRD bereits heute in der Lage ist, 6 Hiroshima-Bomben pro Jahr zu produzieren, sowie die enge Komplizenschaft mit den reaktionärsten Regimes auf der Welt, sagen klar und deutlich aus, welche Interessen die BRD verteidigen will und welche Mittel sie dazu bereithält. In diesem Kampf können wir uns weder auf die sozialdemokratischen Parteien verlassen noch auf die sog. „Eurokommunisten". Marchais z.B. hat der atomaren Rüstung der französischen Bourgeoisie vor kurzem sein Ja und Amen gegeben und den Unternehmern versichert, sie würden auch unter einer „Regierung der Volkseinheit" die Macht behalten.

Auf der anderen Seite ist es aber auch notwendig, den Kampagnen entgegenzutreten, die von der äusserten Rechten mit chauvinistischen „Argumenten" gegen das „Europaparlament" organisert werden (Strauß in der BRD, Chirac in Frankreich usw.).

Die Vertreterin des KB forderte abschließend dazu auf, sich gegen das imperialistische Westeuropa der Polizeistiefel und der Arbeitslosigkeit enger zusammenzuschließen, und die bereits begonnene Enthüllungs- und Agitationsarbeit gegen die vom „Modell Deutschland" ausgehenden Gefahren sowie das geplante Russell-Tribunal gegen die Repression in der BRD international zu unterstützen.

Frankreich-Kommission
KB/ Gruppe Frankfurt

Generalstreik in Frankreich

Am 24. Mai fand in Frankreich der zweite Generalstreik gegen den Barre-Plan statt - der erste war am 7. Oktober vergangenen Jahres ausgerufen worden. Nach allen Berichten war dieser zweite Generalstreik der größte seit dem Mai 1968: die Zahlenangaben reichen bis zu 8 und 10 Millionen Teilnehmern. Eine besonders hohe Streikbeteiligung wurde von den Hafen- und Bergarbeitern, von den Beschäftigten der Elektrizitätswerke und von den Lehrern gemeldet. Ebenso lagen die Post, Eisenbahn und die öffentlichen Nahverkehrsbetriebe (Metro, Busse) an diesem Tag quasi völlig still. Die Berichte über die Demonstrationen weisen ebenfalls sehr hohe Teilnehmerzahlen auf: insgesamt sollen 2,5 bis 4 Millionen Menschen an diesem Tag auf die Straße gegangen sein. Die größte Demonstration fand naturgemäß wieder in Paris statt, mit ca. 500.000 Teilnehmern wie schon am 7.Oktober. Herausragend sind auch die Zahlenangaben aus Lyon und Marseille, wo jeweils rund 80.000 demonstrierten. In Rouen und Bordeaux wurde gleichfalls eine beachtliche Demonstrationsstärke erreicht.

Die französische Arbeiterklasse hat mit diesem Generalstreik wie auch mit allen anderen Kampfaktionen in den letzten Monaten (400 Streiks allein im März) erneut gezeigt, daß von ihr gegenwärtig die größte Kampfbereitschaft gegen die in ganz Westeuropa von der Bourgeoisie betriebene "Austeritäts" -Politik ausgeht; daß sie nicht bereit ist, die vom Giscard-Barre-Regime abgeforderten Opfer zu zahlen. Während der Barre-Plan den französischen Werktätigen 1977 z.B. nur maximal 6,5% Lohnerhöhungen zubilligen will, ist nach den bislang vorliegenden Preissteigerungen in den ersten Monaten dieses Jahres eine mindestens doppelt so hohe Teuerungsrate zu erwarten. Die Lebensmittel-, vor allem die Gemüse- und Obstpreise, bilden dabei die Spitze: sie stiegen bereits in den vergangenen 12 Monaten um 20 %! (Welt, 6.6.). Hinzu kommt die hohe Arbeitslosenziffer, die selbst nach offiziellen Angaben bei 5% liegt (über 1 Million).

Mit dem Kampf gegen den Barre-Plan verbinden sich in der französischen Arbeiterklasse allerdings auch große Erwartungen auf eine Änderung ihrer Lage im Falle eines sehr wahrscheinlichen Wahlsiegs des "Linksbündnisses" in 9 Monaten. Die Äußerungen nicht nur der PS-Politiker, sondern auch derjenigen der revisionistischen PCF lassen indes sehr daran zweifeln, daß sich selbst "nur" auf wirtschaftlichem Sektor viel für die französische Arbeiterklasse verbessern wird. *"Die Arbeitgeber werden immer ihre Produkte verkaufen und Profite machen können"*, versicherte der PS-Nationalsekretär Michel Rocard erst kürzlich wieder in einem Interview mit dem "Spiegel" (24/77,6.6.). Die PCF, deren Generalsekretär Marchais erklärt hat, daß die Kapitalisten auch unter einer "Linksregierung" natürlich *"die Macht behalten"* dürfen (s.AK 104), schwingt dort auf gleicher Wellenlänge. Je mehr die französische Arbeiterklasse aber bereits jetzt schon ihre Kampfkraft entwickelt, desto stärker wird sie auch später dieser möglichen "Linksregierung" auf die Finger (sc)hauen können.

KB/Gruppe Frankfurt

Faschistische Anschläge

40.000 Antifaschisten protestierten in Grenoble (Frankreich) gegen den Bombenanschlag auf das kürzlich in Betrieb genommene Gewerkschaftshaus, das völlig zerstört wurde. Aufgerufen hatten zu dieser antifaschistischen Demonstration die Stadtverwaltung Grenoble, der Generalrat des Departments, die Gewerkschaften und die Linksparteien sowie die revolutionäre Linke.

Der Anschlag ist Teil einer Kette von ähnlichen faschistischen Attentaten.

- So wurde auf eine Gedenktafel, die an den Mord an 43 jüdischen Waisenkindern und den fünf Erziehern durch die Gestapo erinnerte, Hakenkreuze geschmiert.
- Ebenfalls wurden Gedenktafeln in Marseille und Ardeche (Südfrankreich) beschmiert.
- Das Ehrenmal zum 30.Jahrestag der Befreiung Europas vom Krieg und Faschismus in Le Havre wurde aus der Verankerung gerissen und zerstört.
- Aber nicht „nur" gegen antifaschistische Gedenktafeln etc. richtete sich der faschistische Terror, sondern auch gegen die Antifaschisten selbst. So wurde in Paris ein Antifaschist durch Sprengstoff verletzt und faschistische Rollkommandos an der Rechtsfakultät der Uni sollen die Studenten einschüchtern.

In Anbetracht der faschistischen Anschläge setzten der Widerstands- und der Kriegsopferverband im Department Drôme bei den Behörden eine Verordnung durch, die „*in allen Geschäften und auf allen Märkten des Departments Drôme Ausstellung und Verkauf von Abzeichen, Uniformen und anderen Dingen untersagt, die an das Naziregime erinnern.*"

Trotz dieses kleinen Erfolges kommentierte der Vorsitzende des Widerstandskämpferverbandes ANACR die Attentatswelle so:„*Wenn sich solche Akte immer zahlreicher und umfangreicher ereignen, so deshalb, weil die Täter ein Maß an Straflosigkeit genießen, das wir kriminell nennen müssen*". (nach „Tat" 6.5.)

Unterstützungsausschuß ARBEITERKAMPF gegen Rosenbaum

Österreich



Protestdemonstration in Wien gegen den Mondale/Vorster-Besuch

Proteste gegen Vorster-Besuch

Wien. In Österreich gab es gegen das Treffen des südafrikanischen Rassistenchefs Vorster mit US-Außenminister Mondale in Wien mehrere Protestaktionen, an denen sich eine Reihe Ausländerorganisationen, der KBW-Bruder KBÖ, die Trotzkisten der GRM, die Bewegung für den Sozialismus FÖJ und der VSSTÖ beteiligten.

Am 19.5. demonstrierten in Wien unangemeldet etwa 300 Menschen. Am 20.5. waren es dann auf der Demonstration der Aktionseinheit 600.

In Innsbruck beteiligten sich am 18.5. 100 Menschen an einer Protestkundgebung. Darüberhinaus wurden noch eine Reihe Veranstaltungen durchgeführt.

Schwierigkeiten machte der KBÖ, der momentan (so auch in der Anti-AKW-Bewegung) auf vollem „Supermächte"-Trip ist. In Innsbruck und in Wien führte er Transparente und Parolen gegen den „Sozialimperialismus" mit, offensichtlich als besonderen Gruß an Mondale gedacht (nach „rotfront", Juni 77).

Einstellung aller Gerichtsverfahren!

Klagenfurt. Mit der Minderheitenzählung beabsichtigte die österreichische Regierung die Rechte der slowenischen Minderheit in Österreich abzubauen. Die slowenischen Verbände und die Linke Österreichs riefen deshalb zum Boykott dieser Zählung in den von Slowenen bewohnten Gebieten und zum Eintragen von slowenisch als Sprache dort auf, wo kaum Slowenen wohnen, um so die Abstimmung für absurd und ungültig zu erklären. Der Boykottaufruf wurde von den Slowenen größtenteils befolgt. Insgesamt trugen sich nur 13.263 unter „slowenisch" ein (die wirkliche Zahl dürfte ein Mehrfaches betragen.). Auch viele Österreicher kamen der Aufforderung, sich in nicht slowenischen Gebieten als Slowenen auszugeben, nach. So gibt es kurioserweise z.B. in Wien mit 4.747 jetzt „offiziell" mehr Slowenen, als in deren Kernland Kärnten (3.941).

Die staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Slowenen gehen weiter, unterstützt von reaktionären Verbänden wie dem „Kärntner Heimatdienst". Im Zusammenhang mit dem Widerstand gegen den Abbau der Minderheitenrechte sind 24 Verfahren eingeleitet worden:

- gegen 4 Slowenen, weil sie eine Wahlurne verbrannten und entleerten;
- gegen 11 Personen, die in St. Kanzian gegen eine Kundgebung des „Kärntner Heimatdienstes" protestierten;
- gegen 8 Jugendliche, die Parolen für die Minderheitenrechte an Kasernen und Wände malten;
- gegen den Zentralsekretär des Rates der Kärntner Slowenen, der des „Versuches zur Anstiftung eines Sprengstoffanschlages" beschuldigt wird.

Die Prozesse sollten am 24.5. beginnen. Am 23.5. demonstrierten deswegen in Klagenfurt etwa 1.000 Menschen für die Minderheitenrechte und forderten die Einstellung aller Verfahren. Am folgenden Tag wurde am slowenischen Bundesgymnasium ein eintägiger Proteststreik durchgeführt, der geschlossen befolgt wurde.

Die reaktionären Hetzer des „Kärntner Heimatdienstes" haben derweil den „Abwehrkampf 77" und den „Ortstafelsturm" (Sturm auf slowenischsprachige Ortsschilder wie 1972) angekündigt.

Schweiz

Repression gegen Linke

Schweiz. Auf Einladung schweizerischer Trotzkisten war der in Frankfurt lebende südafrikanische Professor Franz Lee Ende Februar zu einer Südafrika-Veranstaltung in Zürich. Diese Veranstaltung nehmen jetzt die Behörden zum Anlaß, Lee im Kanton Zürich Redeverbot zu erteilen. Seit 1948 müssen Ausländer, die in der Schweiz auf politischen Veranstaltungen auftreten wollen, eine Erlaubnis beantragen. In der dazu erlassenen Verfügung heißt es, „*Die ausländischen Redner haben sich jeder Einmischung in innerschweizerische politische Angelegenheiten zu enthalten*". In der Redebewilligung für Lee hatte die Fremdenpolizei sogar noch weitergehend die Auflage erteilt: „*Der Redner hat (...) auf die Neutralität der Schweiz Rücksicht zu nehmen und jedliche Angriffe oder Beleidigungen gegen fremde Staatsoberhäupter oder Regierungen zu unterlassen*" (Basler Zeitung, 7.6.). Lee hatte u.a. auf die für das südafrikanische Rassistenregime wichtige Unterstützung durch Schweizer Kapitalisten und Behörden hingewiesen.

Die Auflagen für Lee kommen einer totalen politischen Zensur gleich.

***

Schweiz. Offensichtlich wird die in der Bundesrepublik mehr und mehr gesetzlich abgesicherte Hetzjagd auf linke Verteidiger auch in der Schweiz übernommen. In ihrer Osterausgabe hatte die Springer-Zeitung „WELT" den Züricher Rechtsanwalt Bernhard Rambert der Beziehungen zu „Terroristen" beschuldigt. Analß dazu war ein Besuch Ramberts im Juli letzten Jahres bei Andreas Baader in Stuttgart Stammheim. Die Schweizer Nachrichtenagentur spk übernahm die „WELT" Meldung, der nicht einmal eine Quelle zugrunde lag, und erklärte Rambert gleich als „terroristennah". In dem Zusammenhang wird Rambert völlig konfuses Zeug untergeschoben: er habe bei Baader „*parteibezogene*

Fortsetzung auf Seite 28

Repression gegen Linke

Fortsetzung von Seite 27

Orientierungshilfen" gesucht und dabei sei der *„fast ausschließlich von der DDR finanzierte"* KBW empfohlen worden!

In einer Erklärung protestiert Rambert gegen diese Hetze. Sein Besuch bei Baader hatte der Klärung einer Beschwerde im Auftrage Baaders bei der europäischen Menschenrechtskommission gedient. Die Schweizer Sektion des „Internationalen Komitees zur Verteidigung politischer Gefangener in Westeuropa" schreibt zu dem Vorfall: *„Das IVK Schweiz wird sich mit allen Kräften gegen diesen von der spk und verwandten Kreisen auch für die Schweiz angestrebten ‚bundesrepublikanischen Weg' wehren"* (nach „Informationsdienst").

***

Zürich. Zum zweitenmal gelang es der Polizei am 6.Juni, den Frauen-Piratinnen -Sender „101" auszuheben. Die Betreiberinnen konnten sich allerdings rechtzeitig vor dem Zugriff der Bullen retten. Das erstemal hatte der Sender im November letzten Jahres zwei Sendungen ausgestrahlt (die in Frauenbuchläden als Kassetten verkauft werden). Am 21.5. hatte „101" eine Sendung zum Jura-Problem gebracht und am 6.6. war eine zur alternativen Nutzung des Zürcher Kasernengeländes geplant. Zum Vorgehen der Polizei schreiben die Frauen in einem Kommunique an die Presse: *„Wellen-Hexen fliegen höher und geräuschloser als Helikopter. Hexen haben bekanntlich Besen, die sie zum Fliegen brauchen. Wer auf Hexenjagd geht, kriegt den Besen auf den Kopf"* (Basler Zeitung, 8.6.). Ihre nächste Sendung kündigten sie für den 13.6. an!

Drucker: 40-Stundenwoche bis 1979

Schweiz. Die Auseinandersetzungen zwischen den Druckern und ihrer Gewerkschaft - dem STB (Schweizer Typographenbund) - sind beendet. In einer Urabstimmung stimmten 6.254 für und 2.862 gegen das vorgelegte Verhandlungsergebnis:

- Einführung der 40-Stundenwoche bis zum 1.5. 1979
- teilweise Angleichung der Hilfsarbeiterlöhne an die Facharbeiter.

Vorausgegangen war ein dreitägiger Streik der Drucker in Genf und ein Warnstreik in Lausanne, sowie eine Reihe von Demonstrationen und Versammlungen. In einer Urabstimmung hatten 90,8 % für Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung der Forderungen gestimmt. Hauptforderung war die mit Vertragsbeginn verlangte Einführung der 40-Stundenwoche.



Demonstration der streikenden Typographen in Genf.

Die Führer des STB allerdings setzten vor allem auf Verhandlungen und legten den Mitgliedern schließlich das von einem „Richter" ausgehandelte Verhandlungsergebnis zur Abstimmung vor. Das Ergebnis hat insbesondere noch einen Haken: es verpflichtet die Unterzeichner für die Dauer des Vertrages, also 2 Jahre, auf absoluten „Arbeitsfrieden" und die Garantie der Herausgabe von Zeitungen. Durch das Rauszögern der Verhandlungen und ein vordergründig gar nicht so schlechtes Ergebnis (noch am Jahresende 1976 wurde in einer Volksabstimmung die Einführung der 40-Stundenwoche in der Schweiz abgelehnt), gelang es schließlich, die wirkliche Kampfbereitschaft der Drucker aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten.

Portugal

Breite Studentenkämpfe

An den Universitäten von Coimbra, Porto und Lissabon in Portugal haben in den letzten Wochen die bedeutendsten Studentenkämpfe seit dem Sturz des Faschismus (25.April 74) stattgefunden.

Bereits 1974 war man zu einer demokratischen Verwaltung der Schulen und Universitäten übergegangen. Das sah im konkreten so aus, daß Schüler/Lehrer-Kollektive bzw. Studenten/Professoren-Kollektive die Lehrpläne für die einzelnen Klassen und Fakultäten ausarbeiteten. Die Autorität der Lehrkräfte wurde auf eine gleichberechtigte Zusammenarbeit hin abgebaut. Die Lehrpläne wurden an das aktuelle politische Geschehen in Portugal angepaßt, z.B. wurden die Erfahrungen der Arbei -terbewegung ausgewertet. Es wurden Untersuchungskommissionen eingerichtet und die faschistischen Lehrkräfte aus Schulen und Universitäten entfernt. An den Unis wurden neue Fachrichtungen eingerichtet. Insgesamt gesehen hatten Schulen und Universitäten eine relativ autonome Stellung. Das änderte sich mit dem Erscheinen der ersten verfassungsmäßig gewählten Regierung des Mario Soares. Das Bildungs- und Forschungsministerium (MEIC) leitet seitdem Sottomayor Cardia. Seit seiner Amtsübernahme hat Cardia an



Studenten - Demonstration in Porto

den Universitäten mehrere handfeste Provokationen geschürt, die jedoch auf breiten Widerstand nicht nur der Studenten gestossen sind. Brennpunkte der sich in letzter Zeit rapide zuspitzenden Ereignisse sind Porto und Coimbra.

Der Kampf der Studenten von Porto

Im Herbst 1975 war an der Universität von Porto erstmals ein Psychologie-Kurs eingerichtet worden, in den sich mittlerweile 232 Kommilitonen immatrikuliert haben, in ihrer Mehrheit junge Menschen aus Arbeiterfamilien („Pagina Um", 12.5.77.). Am 24.März dieses Jahres entschied das MEIC plötzlich, daß derPsychologie-Kurs an der Universität Porto nicht existiere.Wer weiterhin diesen Kurs besuchen wolle, habe sich einer Prüfung zu unterziehen. Den Studenten, die bei dieser Prüfung durchfallen würden, wurde eine besonders rosige Zukunft in Aussicht gestellt: Obwohl sie bereits im zweiten Semester des zweiten Vorlesungsjahres waren, hätten sie mit dem ersten Jahr neu beginnen müssen, und hätten obendrein die Chance gehabt, dabei unter den NC des Faches Psychologie zu fallen. Daß ihnen dabei kein Escudo ihrer regelmäßig bezahlten Studiengebühren zurückerstattet worden wäre, ist selbstredend. Auf diese Provokation reagierte der Psych-Kurs geschlossen: Die Studenten weigerten sich, zur Prüfung zu erscheinen!

Eine von 7.000 Studenten unterschriebene Resolution wurde bei der bildungspolitischen Unterkommision im Parlament in Lissabon eingereicht.

Außerdem kam es am 29.April zu einer ersten Demonstration in Porto. Cardia ließ sich in seinem Kurs nicht beirren und entschied, daß die Prüfung am 9.Mai unter Polizeischutz im Regierungspräsidium und Kommandositz der PSP geschrieben wird. Der Psych-Kurs erschien bereits morgens dort, um die Prüfung zu verhindern, und schickte eine Dreier-Delegation ins Gebäude, die dort kurzerhand von PSP-Bullen verprügelt wurde. Ähnliches passierte Studenten, die nahe an der Tür standen. Ein Student wurde festgenommen, ein anderer verletzt.Nachmittags wurde eine Protestkundgebung durchgeführt.

Schußwaffengebrauch gegen demonstrierende Studenten

Da sich inzwischen auch an der



Brutaler Bulleneinsatz gegen eine Studenten-Demonstration in Porto

Universität von Coimbra die Situation zugespitzt hatte, rief die nationale Leitung der Studentenschaft zu einer nationalen Tagung am 15.5. in Coimbra auf.

Dort wurde beschlossen , am 17.5. einen Kampftag mit Warnstreik und Demonstration durchzuführen.

In Porto fanden außer an den Fakultäten Medizin und Pharmazie keine Vorlesungen statt. Während der Agitationstätigkeiten kam es zu einer keine Vorlesungen statt. Während der Agitationstätigkeiten kam es zu einer weiteren Eskalation der Gewalt von Seiten der Polizeikräfte: Einige Studenten waren gerade dabei, Wandzeitungen mit Informationen über die vorhergegangenen Polizeiüberfälle aufzuhängen, als eine Gruppe Jungfaschisten, organisiert in der JC (Jugendorganisation der CDS, rechtsradikale CDU-Bruderpartei) hinzukam und versuchte, das Aufhängen der Wandzeitung zu verhindern. Als ihnen das nicht gelang, riefen sie die Polizei zu Hilfe. Diese erschien nach kurzer Zeit und machte sofort von ihren G3-Gewehren Gebrauch. Zwei Studenten wurden angeschossen.

Coimbra: Keine Faschisten auf Lehrstühle!

1974 hatte das Plenum der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Uni Coimbra sämtliche Lehrkräfte von der Naturwissenschaftlichen Fakultät entfernt, die ihm von der Untersuchungskommission (CIS) als Faschisten oder Sympatisanten von Faschisten benannt worden waren.

Im Februar dieses Jahres wurden vom wissenschaftlichen Rat der Natw. Fakultät zwei ehemalige faschistische Lehrkräfte berufen. Es handelt sich dabei um Redinha, ehemaliger Direktor der Natw.Fakultät, der sich innerhalb der Fakultät permanent von einem PIDE-Faschisten begleiten ließ und häufig die Polizei rief, um Studenten maßregeln zu lassen, sowie um Vitor Crespo, ehemaliger Offizier der faschistischen Legiao Portuguesa.

Sobald die Studenten von ihrer Anwesenheit erfuhren, versammelten sie sich dort und beförderten die beiden an die frische Luft. Einige Tage später mußten sie von den empörten Studenten ein zweites Mal hinausbegleitet werden.Daraufhin sah sich der leitende Rat der Fakultät auf Druck der Repräsentantenversammlung gezwungen, den Unterricht auszusetzen und an die beiden faschistischen Professoren zu appelieren, keinen Unterricht zu geben, solange ihre Verfahren im Plenum nicht neu behandelt worden seien. Der Präsident des Leitenden Rates ersuchte dann Cardia, ein Plenum einberufen zu dürfen, um die Vorfälle dort bewerten zu lassen. Cardia antwortete, das könne er machen, allerdings sei dies illegal. Tatsächlich hatte Cardia ein könne er machen, allerdings sei dies illegal. Tatsächlich hatte Cardia ein Dekret erlassen, wonach es das Fakultätsplenum nicht mehr gibt, sondern sogenannte „Generalversammlungen der Schule". Diese Versammlungen haben allerdings keine Vollmacht mehr, sich mit Ausschlußverfahren zu beschäftigen. Cardia verhängte sodann einen Erlaß, den Unterricht an der Natw. Fakultät auszusetzen und die Bedingungen zu schaffen, damit die beiden Faschisten Unterricht geben könnten. Wo hier die freundschaftlichen Bande verlaufen, dürfte spätestens jetzt jedem klar sein.

Der Leitende Rat ließ sich darauf jedoch nicht ein, sondern trat zurück. Eine Uni-VV am folgenden Tag beschoß Streik, mit dem Ziel, die Wiedereröffnung der Natw. Fakultät zu erreichen.

Die beiden erwähnten Faschisten sind nicht die einzigen, die wieder in die Universität eingegliedert werden sollen.Insgesamt handelt es sich um mindestens sechs Faschisten; unter ihnen auch Cutelo Neiva, ehemaliger Rektor der Universität, in dessen Auftrag damals massenweise antifaschistische Studenten von Polizeistreitkräften zusammengeschlagen wurden.

Cardia behauptet, die kämpfenden Studenten seien eine „aktivistische Minderheit". Die Tatsachen beweisen das Gegeteil: auf der letzten Uni-VV in Coimbra waren 4.000 Studenten anwesend, und ein Antrag der Rechten, den Streik wieder aufzuheben, wurde abgeschlagen. An der Demo am 17.5. beteiligten sich mehr als 7.000 Menschen. Dazu sollte man wissen, daß auf der Uni Coimbra ca. 10.000 Studenten immatrikuliert sind.

Unterstützung der Studenten durch die Bevölkerung

Als ein Druckmittel ließ Cardia die Uni-Mensa schließen. Für die Studenten wirkt sich dies so aus: Ein Mensa-Essen kostet 34 Escudos, wovon der Staat 14 Escudos zuschießt, also ein bemerkenswert billiges Essen. Mit der Unterstützung der Leute von den Kooperativen von Barcoucos, die Lebensmittel spenden und mithelfen, eine Kantine zu improvisiern, gelingt es allerdings, täglich ca.300 Mahlzeiten austeilen zu können. Hinzu kommen zahlreiche Angebote aus der Bevölkerung, Lebensmittel zu Hinzu kommen zahlreiche Angebote aus der Bevölkerung, Lebensmittel zu spenden und Studenten zu sich zum Essen einzuladen.Eine Isolierung der Studenten von der übrigen Bevölkerung ist also bislang nicht gelungen.

Grußadressen erhielten die kämpfenden Studenten bereits von diversen Einzelgewerkschaften und auch vom Gewerkschaftsbund Coimbra. An bisher gelaufenen Veranstaltungen der Streiktage beteiligten sich Arbeiterkommissionen, Landarbeiter der Kooperativen von Barcoucos und Gewerkschaftsmitglieder und nach der Rückkehr des Chefs vom Betrieb Mondorel gefeuerte Kollegen. Auf Musikveranstaltungen erschienen spontan unangekündigte Künstler, um durch ihre Beiträge ihre Solidarität auszudrücken. Während eines vierstündigen Warnstreiks der Metaller von Coimbra, aus anderem Anlaß, gingen studentische Brigaden in die Betriebe und informierten die Kollegen über den Kampf der Studenten.

Auf der bereits erwähnten Nationaltagung der Studentenschaften am 15.5. in Coimbra wurde betont, den Kampf solange fortzuführen, bis die naturwissenschaftliche Fakultät wieder geöffnet wird (und zwar ohne die genannten Faschisten auf den Lehrstühlen!) und bis in Porto das Psych-Kurs-Problem gelöst ist. Als eine weiere Steigerung der Kampfmaßnahmen wurde ein nationaler Generalstreik auf dem Bildungssektor ins Auge gefaßt, sowie eine zentrale Demonstration vor dem Bildungsministerium in Lissabon.

Aus Lissabon verlautet, daß die dortige Uni-VV die Vorschläge der nationalen Tagung der Studentenschaften angenommen hat und sich auf den Generalstreik vorbereitet, wobei die Lehrkräfte ihre Solidarität zugesichert haben.

Portugal-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Spanien

Anarcho-Syndikalismus: »Das vereinte Volk funktioniert ohne Partei«

Nach rund 40 Jahren blutiger Diktatur, in der jegliche demokratische Regung brutal unterdrückt wurde, tauchte Anfang dieses Jahres auch die anarchosyndikalistische Gewerkschaft CNT (Confederacion Nacional del Trabajo) erstmalig wieder in der Öffentlichkeit auf. An einer von ihr veranstalteten Massenkundgebung in einer Stierkampfarena nahe Madrid nahmen ca. 25.000 meist junge Menschen teil (El Pais, 29.3.77). Nicht wenige Spanier waren durch das Wiedererscheinen dieser Organisation überrascht, die die stärkste anarchistische Bewegung Europas repräsentierte und unter der Franco Herrschaft fast vollständig zerschlagen wurde.

Die Ursprünge der CNT gehen zurück auf das Jahr 1870, als in Barcelona der Gründungskongreß der spanischen Sektion der Internationalen Arbeiterassoziation stattfand. 1910 kam es zur formellen Gründung der CNT.

Bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges 1936 umfaßte sie ca. 1,5 Millionen Mitglieder und war damit ebenso stark wie die sozialistische Gewerkschaft UGT. Während des Bürgerkrieges kämpften die Anarchosyndikalisten auf Seiten der Republikaner, Demokraten und Kommunisten gegen die Francotruppen, trugen aber oft zur Schwächung der Kampfkraft der demokratischen Bewegung bei, da sie – selbst angesichts der mörderischen Gefahr des Faschismus nicht bereit waren, an der Eroberung der politischen Macht mitzuwirken, sondern sich mitten im Krieg vorrangig darauf konzentrierten, in Aragon, der Levante und Katalonien Kollektive zu errichten, um den „freiheitlichen Kommunismus" zu praktizieren.



Anarchistische Presse

Zweifellos haben die spanischen Anarchisten bei der Bildung der bewaffneten Arbeiterkomitees im ersten Bürgerkriegsjahr und bei vielen bewaffneten Aktionen gegen francotreue Kasernen und Militärs eine bedeutende Rolle gespielt. Doch die große Mehrheit der Anhänger der CNT widersetzte sich lange Zeit dem Aufbau einer organisierten, kampffähigen Bürgerkriegsarmee und spielte insofern eine äußerst negative Rolle. Es war nicht selten, daß Einberufungsbescheide unter großem Joho verbrannt wurden. „Frente Libertario", das Organ der CNT-Milizen, veröffentlichte am 27. Oktober 1936 einen Artikel gegen die Reorganisierung der republikanischen Volksarmee *„Schlagen wir die Armee nieder!"* (Broue/Temine: Krieg und Revolution in Spanien). Pierre Broue, der nach eigenen Aussagen besondere Sympathien für den spanischen Anarcho-Syndikalismus hegt, kommt nicht umhin, den chaotischen Zustand der bewaffneten Abwehrkräfte der spanischen Republik darzustellen: *„Umfassende Operationspläne waren unmöglich. Für einen vorgesehenen Ausfall mochte eine Kolonne zusammengestellt oder verstärkt werden; war der Zweck erreicht, so kehrte jeder dorthin zurück, von wo er gekommen war. Die Milizmänner meuterten gegen jeden, der von ihnen verlangte, daß sie nicht nur Wache stehen, sondern auch Schützengräben ausheben sollten. Wenn man nicht gerade Wachdienst hatte, ging man nach Hause. Wer nachts Wache schob und dabei nicht schlief, galt als verrückt. Eine Einheit, die sich von ihrem Standort entfernte, verlor den größten Teil der Mannschaft: die Milizmänner legten Wert darauf, die Nächte zu Hause im eigenen Bett zu verbringen. Durruti* (die bekannteste Führerfigur der spanischen Anarchisten – AK) *beschwerte sich, man sei ihm ‚mit allen Listen des großen Krieges' gekommen: das Baby sei krank, die Frau stehe vor der Entbindung, die Mutter liege im Sterben.*

In offener Feldschlacht erwiesen sich die Milizen schnell als wenig kampftüchtig. Ihre Anfangserfolge hatten sie mit gewaltigen Verlusten erfochten. Die Milizmänner wußten nicht nur nicht, wie man in Deckung geht; sie wollten es gar nicht wissen. Für den Befehlshaber einer anarchistischen Einheit war es Ehrensache, ohne jede Abschirmung an der Spitze seines Trupps zu marschieren (. . .) Mit der Munition gingen die Milizmänner nicht sparsamer um als mit dem eigenen Leben: sie verschwendeten Patronen gegen Flugzeuge, ja sogar gegen Kriegsschiffe (. . .) Offiziere, die zuverlässige ‚Loyalisten' waren, konnten nicht viel ausrichten, weil die Milizmänner ihnen nicht trauten; weil sie Offiziere und daher grundsätzlich verdächtig waren, wurden ihre Befehle nicht befolgt" (Broue/Temine: Krieg und Revolution in Spanien).

Es ist offensichtlich, daß die Anarchosyndikalisten der CNT unfähig waren, den Ernst der Lage zu begreifen und den Krieg gegen den Faschismus als eine Experimentierwiese für „libertären Kommunismus" ansahen. *„In der Darstellung ihrer Propagandisten lösten sich alle wesentlichen Probleme in nichts auf: danach mußte die bloße Opferbereitschaft der bis in den Tod ergebenen Kämpfer genügen, um die idyllische ‚freie Kommune' zu verwirklichen und zu blühendem Aufschwung zu bringen (...): den freiheitlichen Kommunismus im ganzen Lande zu errichten, kam ihnen nicht viel schwieriger vor, als ihn für einige Stunden in Llobregat oder Figols zu proklamieren"* (Broue/Temine: Krieg und Revolution in Spanien)

Die Faschisten rechneten auch mit der CNT blutig ab: 300.000 Anarchosyndikalisten kamen (nach Angaben) im Krieg ums Leben oder wurden hingemordet.

Doch noch 1946 hatte die CNT in Katalonien (ihrer Hochburg) 60.000 „zahlende Mitglieder" (Iberien-Nachrichten, Nr. 11). Die letzte Großaktion, an der die CNT maßgeblich beteiligt war, war der Generalstreik in Katalonien von 1953 (Cuadernos par el Dialog., Nr. 178). Danach wurde die Organisation durch Großrazzien u.ä. fast völlig zerschlagen, der bewaffnete Kampf scheiterte 1961. 1964 beteiligten sich auch die Anarchosyndikalisten am Aufbau der damals noch nicht von den Revisionisten beherrschten Arbeiterkommissionen. In der 2. Hälfte der 60er Jahre begann in Katalonien bereits wieder der Zusammenschluß von ca. 50 anarchosyndikalistischen Gruppen, die jedoch nicht zu wesentlichem Einfluß gelangten.

Heute ist die CNT mit einer Mitgliederzahl von 40.000 (nach eigenen Angaben, Cambio 16, Nr. 285) der kleinste der sechs größeren Gewerkschaftsverbände.

Die „politische Partei" der Anarchisten ist der FAI (Iberischer Anarchistischer Bund). Die CNT, die sonst jede Form von Parteien ablehnt, erklärt ihr Verhältnis zur FAI so: „Prinzipiell gibt es etwas gemeinsames, das alle politischen Parteien vereint und sie in diesem Fall von dem spezifisch anarchistischen FAI unterscheidet. Der FAI bildete sich als ideologische Stützte der CNT. Was alle politischen Parteien konkret vereint, ist, in der einen oder anderen Form, die Machtübernahme. Der FAI dagegen (. . .) weist jeden Machtanspruch zurück. So ist der Anarchismus wie Salz und Pfeffer für die Gewerkschaft CNT." (Cuadernospara el Dialogo Nr. 178 – Interview mit Mitgliedern der CNT). Wer in dieser Weise wirklich jeden Anspruch zurückweist, die politische Macht für die Arbeiterklasse zu erobern, ist notwendigerweise dazu gezwungen, den völlig aussichtslosen Versuch zu unternehmen, **innerhalb** des kapitalistischen Systems seine Vorstellungen von der „Selbstbestimmung" und „Selbstverwirklichung" durchzusetzen. Dies als **einziges** Ziel genommen, führt zur politischen Entwaffnung der Arbeiter, nicht zu ihrem Sieg.

Stellungnahmen der CNT lassen die Vermutung zu, daß man wohl bald von einem „Euro-Anarchismus" sprechen kann, denn deren reformistische Haltung geht heute noch weiter, als zu Zeiten des Bürgerkrieges: *„Revolution bedeutet nicht, eine Scheibe einzuwerfen. Revolution bedeutet, Stellung nehmen. Wir stellen fest, daß die heutige Gesellschaft sich immer mehr vom Konzept der gewalttäigen Revolution entfernt. Wir wissen, daß wir versuchen müssen, die Selbstbestimmung im ganzen kapitalistischen System zu praktizieren (beispielsweise wie bei den Kibbuzim)* (Wehrdörfer und waffenstarrende Festungen der zionistischen Eroberer in Palästina – Anm. AK) *obwohl es tiefe ideologische Differenzen zwischen ihren und unseren Vorstellungen gibt". „Wir glauben, daß wir (außer daß man die Maschinerie des kapitalistischen Systems, egal welcher Form sie ist, bezwingen muß), versuchen sollte, das kapitalistische System der Selbstbestimmung zu überwinden.* **Heute sind die Vorstellungen über diesen revolutionären Wandel, die wir haben, sehr verschieden von den früheren"** („Cuadernos para el Diaolog" Nr. 178).

Die schon früher enge Zusammenarbeit zwischen CNT und UGT (früher sozialistische, heute sozialdemokratische Gewerkschaft), deren gemeinsame Basis der Antikommunismus und die radikale Phrase waren, steht heute für die CNT wieder auf der Tagesordnung. In Katalonien will die CNT zusammen mit UGT und SOC (Katalonische Arbeitersolidarität) eine Gewerkschaftsallianz bilden. Die SPD, die sowohl die sozialdemokratische PSOE als auch deren Gewerkschaft UGT massiv finanziell und ideologisch unterstützt, hat das Problem „Anarcho-Syndikalismus" schon im Visier: *„Sie könnten für die entstehende spanische Demokratie zu einem ernsten Problem werden, wenn es dieser nicht gelingt, sie zu integrieren ..."* („Parlamentarisch-Politischer Pressedienst", 4.4.77). Und warum sollte es den spanischen Sozialdemokraten nicht wieder gelingen, die CNT unter scheinradikalen und antikommunistischen Parolen in eine gemeinsame Front zu bringen, zumal der Generalsekretär der CNT, Luis Andres Edo selbst sagt: *„Die CNT ist im Moment sehr vielfältig und schwer definierbar. Sie hat noch keine Form angenommen (...) Es gibt heute eine CNT, die sich mit kulturellen Problemen beschäftigt und sich mit allen modernen (?) Strömungen auseinandersetzt"* („Informationsdienst" – „ID" – vom 21.5.77). Der Anarchismus bzw. auch der Anarchosyndikalismus hat heute in Spanien einen schweren Stand. Die besondere Anziehungskraft der radikalen „direkten Aktion" ist heute, in einer keineswegs revolutionären Situation in Spanien, dahin. Die CNT erkennt das selbst: Der CNT-Generalsekretär spricht sich heute gegen die bewaffnete Aktion aus, *„denn der Prozeß der Radikalisierung der Arbeiter läuft nicht parallel, so daß das ursprüngliche Motiv der bewaffneten Aktion, die Arbeiterkämpfe zu unterstützen, weggefallen ist"* („ID", 21.5.77). Selbst mit ihrer traditionell antiparlamentarischen Haltung – gerade angesichts der Wahlen am 15. Juni – scheint die CNT auch nicht ganz glücklich zu sein. So spricht ihr Generalsekretär von einem „Risiko", das die CNT mit ihrer Abstinenz-Haltung zu den Wahlen eingeht. Die Situation in Spanien begünstigt heute nicht eine (Schein-) Radikalisierung der Anarcho-syndikalistischen Szene, stärkt hingegen die starken immanenten Tendenzen zum Reformismus und zur schwärmerischen Phrase (*„In unserer Kultur ist die Phantasie zu Hause"* – Edo, Generalsekretär der CNT).

Ein weiterer interessanter Aspekt der CNT-Gewerkschaft ist ihr Aufbau auf der Grundlage von Berufsgruppen: *„Die CNT, deren Grundlage Branchengewerkschaften darstellen, gliedert jede von diesen in die Berufe, die die Branche bilden. In der Baugewerkschaft z.B. gibt es folgende Sektionen: Maurer, Schaler, Bauschreiner, Elektriker, Stukkateure usw."* („Iberien-Nachrichten" Nr. 12). Diese Organisationsform, die nicht vom Betrieb und der Einheit der Arbeiter im Betrieb ausgeht, sondern von den einzelnen Berufsgruppen, geht auf den Frühkapitalismus und die Handwerksgilden zurück, ist also eine ständische Organisationsform. Übrigens läßt der reformierte spanische Faschismus die „Gewerkschaftsfreiheit" nur auf der Grundlage der einzelnen Berufsgruppen zu, weil hiermit eine optimale Spaltung erzielt werden kann und ein Klassenbewußtsein unterdrückt wird.

Daran zeigen sich direkt gegen die Klasseneinheit der Arbeiter gerichtete reaktionäre Züge des Anarcho-Syndikalismus. Zwischen Reformismus, frühkapitalistischer Ideologie und Schwärmerei hat die CNT nicht viel zu bieten: *„Die CNT ist anarcho-syndikalistisch durch ihre Inhalte und ihr Streben. Ihre grundsätzliche Taktik besteht in der d i r e k t e n A k t i o n, die man sehr richtig definiert hat als ‚direktes Verhältnis der Organisation zu ihren Problemen'"* (?!?) („Iberien-Nachrichten" Nr. 12).

Spanien-Kommission

Leserbrief

KOMITEE FREIES SPANIEN - Hamburg
Peter Teichert, Holstenstraße 196
2000 Hamburg 50

Hamburg, den 7.6.1977

Leserbrief
an der ARBEITERKAMPF (Spanien Kommission)
an den KOMMUNISTISCHEN BUND (KB)

In der Ausgabe des AK Nr. 104 erschien im Spanien-Teil ein Artikel über die 'Gefangenen-Organisation im Kampf' COPEL.

Es erstaunt uns, daß mit keinem Satz von der AK-Redaktion erwähnt wird, daß diese Organisation anarchistische Positionen bezieht. Sie hat erkannt, daß es keine Kriminellen gibt, sondern nur soziale Gefangene. Die Haltung der COPEL wird auch deutlich, wenn man weiß, daß sie die C.N.T., die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft, unterstützt (siehe ID 174, Seite 44).

Da auch sonst im AK der ID zitiert wird, müssen wir annehmen, daß der KB bewußt Informationen über die Anarchisten besonders in Spanien in seiner Presse verschweigt. Das wird auch durch die übrige Berichterstattung über die C.N.T. deutlich. Man scheut sich davor, auch nur eine Stellungnahme zu den Anarchisten und ihrer Gewerkschaft (mehr als 60.000 Mitglieder!) zu beziehen. Es erscheint zwar ein Foto (im AK 103) vom ersten Massentreffen der C.N.T. nach der gescheiterten Spanischen Revolution in der Stierkampfarena San Sebastian de los Reyes bei Madrid mit über 25.000 anwesenden Kämpfern der C.N.T., doch der AK weiß nichts dazu zu schreiben.

Uns ist allerdings nicht neu, daß gerade die Kommunisten unsere Ziele immer wieder verzerren und falsch wiedergeben werden. Wir hoffen, daß der KB diese alte KP-Tradition nicht fortsetzt.

Als revolutionäre Anarchisten kämpfen wir für die Selbstbestimmung des Menschen, nicht für eine Parteidiktatur, für die Selbstverwaltung der Betriebe durch die Arbeiter und Angestellten.

Wir fordern euch deshalb auf, zukünftig bewußte Fälschungen bezüglich der C.N.T. zu unterlassen.

In der Hoffnung, daß dieser Leserbrief im nächsten AK abgedruckt wird, verbleiben wir mit solidarischen Grüßen.

Es lebe die C.N.T. / I.A.A. !

KOMITEE FREIES SPANIEN
Hamburg

i.A. Folkt

Liebe Genossen,

wie Ihr anhand des nebenstehenden Artikels über die CNT sehen könnt, haben wir unser „Schweigen" über die spanischen Anarcho-Sydikalisten gebrochen. Unser bisheriges Nicht-Eingehen auf die spanischen Anarchisten als eine „bewußte Fälschung" zu interpretieren, halten wir allerdings für ein starkes Stück. Zum einen ist die CNT erst seit kurzem wieder in der Öffentlichkeit aufgetaucht, zum anderen gibt es gewiß noch eine Reihe anderer linker Bewegungen, zu denen unsere Kommission bisher nicht ausreichend Stellung genommen hat. Dies hat jedoch nichts mit böser Absicht, sondern wesentlich mit der Beschränktheit unserer Kräfte zu tun. Wir haben es in der Vergangenheit insbesondere für wichtig gehalten, die westdeutsche Öffentlichkeit über die ganze Verlogenheit des sogenannten Demokratisierungsprozesses in Spanien aufzuklären und die reaktionäre Rolle, die die westdeutsche Sozialdemokratie und auch die Christdemokraten in diesem Zusammenhang spielen. Sicher gibt es an unserer Spanien-Berichterstattung noch einiges zu verbessern (insbesondere, was die Vorstellung revolutionärer Organisationen und Bewegungen, die zum Teil erst seit kurzem in unser Blickfeld geraten sind, angeht), doch ist der ARBEITERKAMPF ohne Zweifel die einzige linke Zeitung der BRD, die regelmäßig und ausführlich auf die Entwicklung in Spanien eingeht.

Was unsere Darstellung der spanischen Anarchisten in diesem AK betrifft, so werdet Ihr gewiß in vielen Punkten nicht mit uns übereinstimmen. Wir haben in diesem Artikel insbesondere Wert darauf gelegt, die dem Imperialismus und Faschismus nicht gewachsene Strategie und Taktik der anarchistischen Bewegung herauszustellen. Damit wollen wir die Verdienste der spanischen Anarchisten, insbesondere während des Bürgerkrieges, keineswegs leugnen.

Spanien-Kommission

MC: »Raus aus der Sektiererecke ...«

Im Hinblick auf die am 15.Juni bevorstehenden „demokratischen Wahlen" in Spanien hat sich die Zersplitterung der revolutionären Linken sehr plastisch gezeigt. Außer verschiedenen revolutionären oder linkssozialistischen Kandidaturen auf regionaler Ebene gibt es national vier verschiedene Listen, die hauptsächlich von den vier größten, sich auf den Marxismus - Leninismus berufenden Organisationen - PTE, ORT, MC, OIC - gebildet werden (diese müssen als „unabhängige Kandidaturen" auftreten, da die revolutionären Organisationen insgesamt nicht legalisiert worden sind). Die Ursache für diese schädliche Zersplitterung der Linken liegt hauptsächlich in dem vorherrschenden Sektierertum der linken Organisationen, insbesondere bei den beiden konkurrierenden „ML"-Parteien PTE und ORT.

Zu dem vorherrschenden Sektierertum innerhalb der spanischen Linken kommt ein ebenso verbreiteter Rechtsopportunismus, der sich bisher in einem recht naiven Glauben an den Fortbestand einer „Einheit der Opposition", unter Einschluß der Sozialdemokraten (PSOE) und Revisionisten (PCE) festmachte (Coordinacion Democratica). Die reformistischen Manöver der sozialdemokratischen PSOE und der Eurorevisionsten der PCE (die beide einzeln kandidieren) sind viel zu spät erkannt und viel zu lasch kritisiert worden. Die Illusion einer „breiten antifaschistischen Einheit" mit PSOE und PCE und ein in gemeinsamer Anstrengung erzielbarer „demokratischer Bruch" mit dem Faschismus hat es für eine Reihe von Organisationen offenbar überflüssig gemacht, rechtzeitig auf eine größere Einheit der Revolutionäre hinzuarbeiten.



Wahlkundgebung der spanischen Linken: „Spanien ist weder allein auf der Welt...

Es ist jedoch offenbar nur MC (Movimiento Communista = kommunistische Bewegung), die die nicht vorhandene Einheit der Linken ernsthaft bedauert und in ihrer Zeitung eine Auseinandersetzung um die Einheit mit anderen linken Kräften geführt hat.

Diese Organisation bemüht sich seit einiger Zeit, den Schematismus, das schablonenhafte Denken, das Sektierertum, wie es bei den „chinatreuen" Organisationen ORT und PTE anzutreffen ist, zu überwinden. MC bezeichnete die nicht zustande gekommene Einheit der Linken zu den Wahlen als eine Folge von „*beschränkter Sichtweise und des Sektierertums verschiedener Parteien. Das Volk wird in jedem Fall der große Verlierer sein*" („Servir al pueblo', 2.Maihälfte 77).

Der neue Ansatz der MC

Bereits im Januar 77 schrieb MC in einem Grundsatzartikel „ *Traditionen, auf die wir verzichten*":„*Ein weiteres Merkmal, mit einer bedauerlichen Tradition innerhalb der revolutionären Linken des spanischen Staates ist das Sektierertum. Das Sektierertum in den Beziehungen mit anderen Parteien und Organisationen verschiedener Art und das Sektierertum in den Beziehungen mit der grossen Masse an unorganisierten Menschen (...). Eine Identifizierung der eigenen Partei mit der Revolution führt zur tatsächlichen Geringschätzung der Rolle anderer fortschrittlicher Parteien, zur Unfähigkeit, von ihnen zu lernen und in der Zusammenarbeitmit ihnen fair zu sein, selbst wenn in formalen Erklärungen das Gegenteil behauptet wird.(...).*

Die Revolution ist daran interessiert, daß verschiedene revolutionäre Strömungen die verschiedenen Positionen, Ideologien und auch Interessen aufnehmen, die Teil des breiten Kampfstromes für die Veränderung der Gesellschaft und der ganzen Welt sind(...). Wir bemühen uns, eine nicht sektiererische Haltung einzunehmen, eine Haltung fairer und ehrlicher Zusammenarbeit mit allen fortschrittlichen Parteien und Organisationen und wir bemühen uns ebenfalls, in keinem Fall die Rolle der breiten Volksmassen geringzuschätzen, da wir wissen, daß sie die Hauptrolle spielen müssen; wir regen ihre eigene Initiative an und setzen uns dafür ein, daß sie es sind, die immer mehr Kraft und Entscheidungsbefugnisse bekommen"(Servir al pueblo, 1.Januarhälfte 77).

Wir halten diese Grundeinstellung zu anderen fortschrittlichen Organisationen für prinzipiell sehr positiv, vermissen jedoch die kämpferische Auseinandersetzung im Konkreten! So hat MC unseres Wissens bisher noch nicht Stellung genommen zur weiteren Rechtswendung der chinesischen Politik, insbesondere nach dem Hua-Putsch, sowie zu den reaktionären Positionen, die die verschiedenen Hua-Fan-Clubs (PTE, ORT und andere „ML"-Parteien) in Spanien vertreten. Während ORT und PTE z.B. den Volkskrieg in Zaire gegen das reaktionäre Mobutu-Regime gemäß der imperialistischen und China-offiziellen Propaganda als „Söldnerinvasion" bezeichnen (PTE schreibt sogar, die UdSSR hätte „*die Frechheit,zu sagen, der imperialistische Aggressionskrieg sei ein ,internes Problem des Volks von Zaire', um zu verhindern, daß andere zur Verteidigung des von ihnen angegriffenen Landes eingreifen*"(La Union del pueblo, 28.4.77) schweigt sich MC zu dieser Frage ganz aus.

Die PTE rechtfertigt hier also ausdrücklich die Entsendung marokkanischer Truppen, sowie französische belgische etc. Waffenlieferungen an den Schlächter des Volks von Zaire, Mobutu!

MC hat zur „China - Frage" lediglich einmal übervorsichtig und „zwischen den Zeilen" kritisch Stellung genommen:„*Das Werk von Mao Tse Tung muß aus einer Einstellung beurteilt werden, die fern jeder mystischen Anbetung ist, die dazu führen würde, dies Werk als Rosenkranz von ewigen Wahrheiten zu verstehen, die abseits der historischen und konkreten Wirklichkeit stehen.* **Nichts würde dem Denken Mao Tse Tungs mehr widersprechen, als dieser kindliche ,Maoismus' derjenigen, die sich als seine Gefolgsleute ausgeben und nur zu einer karikaturhaften Nachahmung seiner Positionen gelangen.** *Aber das Werk Mao Tse Tungs erfordert es, studiert zu werden, um es in den vielen allgemeingültigen Aspekten anzuwenden*"(Servir al pueblo', 10.10.76).

Daß MC gerade die Mao Tse Tung-Schriften „Über den Parteischematismus" und ähnliche Schriften studiert hat, geht aus einigen ihrer Veröffentlichungen hervor („Der Revisionismus ist vermeidbar" - Dokumente Nr. 7, März 1977, deutschsprachig).

Hervorzuheben ist, daß MC seit längerem eine sehr gründliche und grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Revisionismus, insbesondere mit der PCE, betreibt und sich anhand der Lenin'schen Grundaussagen sowohl vom „Friedlichen Weg zum Sozialismus", wie von der „Theorie der antimonopolistischen Zwischen etappe zwischen Kapitalismus und Sozialismus" abgrenzt. MC hat ebenfalls eindeutige Aussagen zur Frage des bewaffneten Kampfes als Grundlage zur Erringung des Sozialismus gemacht:, *,Linke Regierungen' hat es vielerorts gegeben. Aber wirklich linke Machtstrukturen sind eine ganz andere Sache. Machtstrukturen, die in der Lage sind, die Ausbeuter zu enteignen und den Sozialismus aufzubauen, können nur mittels einer Revolution geschaffen oder erobert werden. Ohne diese Macht, die eigene bewaffnete Streitkräfte voraussetzt, sowie die vorherige Zerschlagung der Unterdrückungsinstrumente des Feindes, werden die Kräfte des Sozialismus dem bürgerlichen Staat immer auf Gnade und Ungnade ausgeliefert sein. Denn dies ist eines der Grundgesetze der sozialistischen Revolution: um der Bourgeoisie die ökonomische Macht zu entreißen, ist es notwendig, ihr vorher die politische und militärische Macht zu zerbrechen.*"(aus „PCE und der Übergang zum Sozialismus" - Dokumente , März 77, deutschsprachig).

Trotz gewisser Einschränkungen (was den ideologischen Kampf an *konkreten* Fragen gegen schädliche Positionen innerhalb der „revolutionären" Linken zu innerspanischen wie internationalen Fragen anbetrifft), ist MC jedoch offenbar eine der wenigen, wenn nicht gar die einzige uns bekannte bedeutendere spanische Organisation, die in einem selbstkritischen Verhältnis zur eigenen politischen Vergangenheit als ehemalige „ML"-Partei steht. Es werden aber auch „Gefahr" des antisektiererischen Ansatzes, den diese Organisation versucht, beschworen:„*Seien wir uns bewußt: Jeder Prozeß der Erneuerung, jeder Prozeß der tiefgehenden Kritik bringt die konkrete Gefahr der Übertreibung mit sich. In gewisser Weise sind die Übertreibungen unvermeidlich, und logisch. Der Kampf um die Überwindung traditioneller Irrtümer der revolutionären Bewegung, der Prozeß der Liquidierung von vorgefassten Meinungen und Denkklischees, kann die Gefahr mit sich tragen, daß unter dem Deckmantel der ,Erneuerung' grundlegende Prinzipien der revolutionären Theorie in Vergessenheit geraten*"(„Servir al pueblo", 2. Maihälfte 77).

Dieser wohlgemeinte (aber leider allgemein gehaltenen) „Warnung" vor einer „Übertreibung" beim „Prozeß der Erneuerung", scheint uns ein generell falscher Gesichtspunkt zugrunde zu liegen. Nämlich der, daß bei Überwindung des politischen Sektierertums, des Schematismus etc. mehr oder weniger zwangsläufig die Gefahr einer rechtsopportunistischen Revision revolutionärer Prinzipien wächst. Diese Gefahr sehen wir allerdings für die größeren spanischen revolutionären Organisationen nicht für gegeben: Mit Ausnahme vielleicht der FRAP (PCE/ML etc.) und PCP/R (GRAPO...) besteht u.E. das Spezifikum des spanischen Sektierertums (bei ORT und PTE und in geringerem Maße bei MC) in einer Kombination einerseits typischer ,linkssektiererischer Phraseologie (die bei ORT und PTE durch die neuere chinesische Generallinie mit zunehmend reaktionären Thesen verquirlt wird) und andererseits einer rechtsopportunistischen Praxis, die dem antifaschistischen Kampf in Spanien immer weniger gerecht werden kann. Das typische z.B. der ORT- und PTE-Presse – und abgemildert auch noch bei MC - besteht also einmal im ständig wiederholten Verbreiten von Allerwelts-Wahrheiten (statt konkreter Analyse und konkreter Anleitung zum revolutionären Handeln), im Beschwören der allgemeinen „Prinzipien" kommunistischer Bündnispolitik (statt konkreter Schritte auf diesem Gebiet) etc. Die andere Seite dieser Politik besteht dann in einer immer stärkeren Annäherung an die Politik der Euro-Revisionisten in der konkreten Praxis. Tatsächlich ist u.E. diese Art von Politik aus einem Guß, nämlich in dem Sinn, daß die schein„revolutionäre" Phraseologie eine stark nach rechts driftende Politikbemänteln soll, daß z.B. das langweilige Ableiern der Prinzipien kommunistischer Bündnispolitik die tatsächliche „Untätigkeit" dieser Gruppen auf diesem Gebiet nur verdecken soll etc.

Wir meinen also, daß der von MC eingeleitete wichtige Prozeß der Erneuerung, d.h. der versuchte Abbau von Schematismus, von Phraseologie etc. auch die Behebung opportunistischer Fehler in der Praxis erleichtert (und nicht erschwert), weil diese dann viel unverhüllter zutage treten. Wir meinen, daß es sich bei dem von MC eingeleiteten Prozeß naturgemäß um ein einheitliches Behandeln sektiererischer und opportunistischer Fehler handelt und daß eine „Warnung" vor einer „Übertreibung" bei diesem Prozeß zum jetzigen Zeitpunkt, eher den Versuch einer Abbremsung desselben vor Erreichung des angestrebten Zieles darstellt, bzw. die Gefahren in diesem Zusammenhang uns nicht ausgeschlossen scheinen.

MC und die Wahlen

MC schätzt die sogenannten „demokratischen Wahlen" vom 15.Juni als ein Täuschungsmanöver der „reformierten Rechten" Spaniens ein. „*Die Entwicklung geht eindeutig in Richtung auf eine rechte, mit vielen Traditionen, Institutionen und Personen des Franco-Regimes verbundene bürgerliche Demokratie, d.h. also kurzfristig ist ein Triumph der Reformpolitik, und damit der Rechten in Spanien abzusehen. Die für Juni angekündigten Parlamentswahlen sind innerhalb des gesamten Reformmanövers ein erster Schlüsselpunkt. Daher auch die fast schon skandalösen Begleitumstände (Wahlgesetz, Diskriminierung der Parteien der revolutionären Linken und sogar Verschärfung des Polizeiterrors). bei diesen Wahlen, die der Rechten unter allen Umständen ein eindeutiges Übergewicht gegenüber der Linken im zukünftigen Parlament sichern soll (unter Rechte sind sowohl die traditionelle Rechte, wie Neofrankisten und auch alle Parteien, die bis vor kurzem noch Positionen des Bruchs vertraten - zumindest verbal - inzwischen aber mit fliegenden Fahnen ins Lager der Reformpolitik übergegangen sind) gemeint*" (aus dem Brief eines MC Genossen aus der BRD an den KB).

MC hat - im Unterschied beispielsweise zu ORT und PTE - die Frage des möglichen Boykotts dieser zutiefst undemokratischen Wahlen in Spanien aufgeworfen:„*Ein massiver Boykott aller demokratischen Kräfte wäre tatsächlich eine gute und möglicherweise wirkungsvolle Antwort gewesen. Aber Tatsache ist, daß schon vor dem Referendum* (das Suarez inszenierte, um die Zustimmung des Volkes zu seinen „demokratischen" Täuschungsmanövern zu erhalten und das von der gesamten Opposition zwar boykottiert wurde, von ihrer reformistischen Mehrheit aber bloß halbherzig und verbal. – AK) *einige Oppositionsparteien ihre Absicht, durchblicken ließen, an allgemeinen Wahlen teilzunehmen, auch wenn diese nicht die erforderlichen demokratischen Voraussetzungen erfüllen. Und kurz nach dem Referendum kündigten die Mehrzahl der politischen Kräfte des Landes, einschließlich Teile der Linken, ihre feste Absicht an, zu den Urnen zu gehen. Es ergibt sich daraus von selbst, daß ein genereller Wahlboykott einiger weniger linker Organisationen nicht den Erfolg der Regierung verhindert hätte, noch ein ausreichendes Mittel zu Diskreditierung der Wahlen gewesen wäre*"(aus „Boletin Especial" des westdeutschen Ruhrkomitees der MC).

Das Programm der MC zu den Wahlen enthält alle grundlegenden Forderungen der revolutionären Linken zur tatsächlichen Liquidierung des Faschismus in Spanien:
Bildung einer Provisorischen Regierung, die alle demokratischen Strömungen repräsentiert; eine vollständige Amnestie und Annullierung aller repressiven Gesetze, sowie vollständige politische und gewerkschaftliche Freiheiten; Auflösung aller frankistischen Institutionen, allgemeine Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung und Volksentscheid über die Staatsform, wobei MC für eine föderative demokratische Republik eintritt;Bildung von provisorischen Autonomie-Regierungen aller Völker Spaniens, die es fordern; „*es muß sofort die politische Polizei aufgelöst werden und alle erklärten Feinde der Demokratie aus den Streitkräften und der Gerichtsbarkeit entfernt werden, die sich während der vergangenen vierzig Jahre in der Repression und Verfolgung des Volkes hervorgetan haben. Alle besonderen politischen Gerichte werden abgeschafft, sowohl die zivilen, als auch die militärischen. Die Archive der politischen Polizei werden vernichtet. Eine demokratische Kommission zur Untersuchung der Handlungen der Polizei wird gebildet, die öffentlich die notwendigen Voruntersuchungen durchführt, die zu den entsprechenden Prozessen überleiten*" (MC – „Unsere Ziele" – Wahlbroschüre). Außerdem wird die Aufkündigung aller internationaler Abhängigkeits-Verträge gefordert, sowie die Auflösung der US-Basen in Spanien; Trennung von Staat und Kirche; Erhöhung der Mindestlöhne, Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit usw.

Zur Wahltaktik der MC

Wir haben von Genossen des westdeutschen Ruhrkomitees der MC einen Brief zu unserer Darstellung der MC-Kandidaturen (in AK 105) erhalten, der einige Richtigstellungen und Zusatzinformationen über die Wahltaktik der MC enthält. Wir zitieren im folgenden einige Passagen aus diesem Brief:

„*a) Im Zusammenhang mit unserer Bündnispolitik gegenüber den Wahlen schreibt ihr, daß die MC unter der Bezeichnung CUP, zusammen mit MS* (Movimiento Socialista – AK), *PCT* (Kommunistische Partei der Arbeiter – AK) *und PS (?) auftritt und daß dies angeblich die Gründung einer neuen Partei bedeuten sollte.*

Das Bündnis mit den o.a. Organisationen, sowie einer Reihe unabhängiger Leute unter der Bezeichnung CUP ist ein **allein auf die Provinz Madrid beschränktes Bündnis** *(insofern erübrigt sich auch ein weiterer Kommentar zu der angeblichen Gründung einer neuen Partei mit diesen Organisationen). Die Taktik unserer Partei gegenüber den Wahlen vielmehr die Schaffung einheitlicher Linksbündnisse, je nach Bedingungen und Erfordernissen der einzelnen Regionen und Nationalitäten.*

In diesem Zusammenhang haben wir sehr aktiv bei der Schaffung mehrerer Einheitskandidaturen mitgewirkt (Euzkadiko Ezkerra (Baskische Linke/AK), Frente Autonomista Aragones, Unidad regionalista de Asturias, CUPS in Barcelona, etc. (. . .), die allerdings, was Allianzen anbetrifft, weit über die drei o.a. Organisationen hinausgehen, bzw. sich auf grundsätzlich andere Organisationen stützen als die drei (im Baskenland EIA, LAB, etc., in Aragon Karlistische Partei, in Barcelona mehrere nationalistische Gruppierungen, usw.). Über die genaue Zusammensetzung der einzelnen Kandidaturen sind wir vollständig hier in der Emigration nicht informiert, so daß wir Euch kein umfassendes Bild über die einzelnen Allianzen geben können. Allerdings ist es unumgänglich bei der Beschreibug unserer Wahltaktik auf die gerade angeführten Kriterien hinzuweisen und die Sache mit der CUP richtigzustellen, da nur so bei einer Analyse der Wahlergebnisse auch die Rolle der MC bei diesen Wahlen entsprechend gesehen werden kann.

In Galizien hatte sich die MCG (Movemiento Comunista de Galicia Regionalverband der MC – AK) unter ihrem Namen präsentiert und ist abgewiesen worden. Was die drei Provinzen in Valencia betrifft (Valencia, Alicante, Castellon) so kandidieren wir auf den Listen der PSPV (Partido

¡PROLETARIOS DE TODOS LOS PAISES Y PUEBLOS OPRIMIDOS, UNAMONOS!

SERVIR AL PUEBLO

OR[...]OMITE CENTRAL DEL MOVIMIENTO COMUNISTA

Nº 76 SEGUNDA QUINCENA DE MAYO DE 1977 15 Ptas.



Eva Forest in »vorläufiger Freiheit«

Die Genossin Eva Forest, deren „Briefe aus der Gefängniszelle" zu einem „Standardwerk" der Frauenbewegung wurden, ist nach über 2 1/2 Jahren „Untersuchungs"-Haft vorläufig freigelassen worden. Eva Forest (Ärztin), Kämpferin für die Sache des baskischen Volkes sowie für die Befreiung der spanischen Frau, war im September 1974 zusammen mit Antonio Duran (ebenfalls freigelassen) und anderen verhaftet worden. Sie wurde beschuldigt, an der Hinrichtung des ehemaligen spanischen Regierungschefs Carrero Blanco (20. 12.73) beteiligt gewesen zu sein sowie an einem Bombenattentat in der Calle de Correo in Madrid (13.9.74), bei dem es 11 Tote und 72 Verletzte gegeben hatte. Der letzte Anschlag ist jedoch mit großer Wahrscheinlichkeit eine Aktion der faschisti schen Kommandos gewesen.

In ihren „Briefen aus der Gefängniszelle" hat die Genossin Eva die brutalen Foltern und Verhörmethoden der Polizei dargestellt und alle angeblichen „Geständnisse" entschieden wiederrufen.

Eva Forests erste Worte, als sie das Madrider Frauengefängnis Yeserias verließ, waren: „Ich fühle mich an der Seite des Volkes".

Spanien Kommission

ORT sendet Radio Peking

Im Wahlprogramm der spanischen „ML"-Organisation ORT heißt es unter Punkt 8 über die *„Unabhängigkeit, nationale Souveränität und friedliche Koexistenz"* der zukünftigen spanischen demokratischen Republik, die ORT anstrebt:

„Die Republik wird Front machen gegen die Aggressions- und Kriegspolitik des Imperialismus und gegen den Hegemonismus der beiden Supermächte, USA und UdSSR, und den Weltfrieden verteidigen; sie wird die Zusammenarbeit mit den Ländern (!) der Dritten Welt verstärken; sie wird offen sein für die Kooperation in der Europäischen Gemeinschaft"(!)

Was die Zusammenarbeit mit den Ländern der Dritten Welt betrifft, so hatte bereits das Franco-Spanien ausgezeichnete Beziehungen zu den arabischen Ländern wie Saudiarabien, Ägypten, und heute besonders zu Marokko und Mauretanien, die den Befreiungskampf des saharauischen Volkes blutig bekämpfen. Gute Beziehungen bestehen auch zu den lateinamerikanischen Militärdiktaturen. Weiter so – meint die ORT...

Der Eintritt Spaniens in die EG, das Wirtschaftskartell der europäischen Imperialisten, dürfte die spanische Arbeiterklasse in noch tieferes wirtschaftliches Elend stürzen. Gut so – meint die ORT.

In einem Artikel „Für ein Spanien frei von beiden Supermächten" („En lucha", 8.5.77) heißt es:

„Spanien könnte wegen seiner geografischen Lage als Brücke zwischen Europa und Afrika in bedeutender Weise den Kampf der Länder (!) der Dritten Welt gegen die beiden Supermächte mit dem aufkommenden Widerstand in den europäischen Ländern gegen deren Hegemonie vereinen".

Spanien könnte nicht nur ... Spanien hat bereits durch massive Waffenlieferungen den Kampf des neokolonialen Marokko gegen das Volk von Zaire (sprich „sozialimperialistische Aggression") unterstützt, und marokkanische Waffen spanischer Herkunft könnten auch im Rahmen einer geplanten imperialistischen Invasion gegen das angolanische Volk (sprich das von sowjetischen und kubanischen Söldnern besetzte Angola) eingesetzt werden.

Um diese Politik der spanischen Faschisten fortzusetzen, braucht es allerdings gar nicht erst einer „demokratischen Republik", ebensowenig, um sich mit dem „Widerstand" der europäischen Imperialisten gegen die „bolschewistische Gefahr" zusammenzuschließen.

ORT kommt natürlich nicht umhin, die besondere Abhängigkeit Spaniens vom US-Imperialismus festzustellen, entblödet sich jedoch nicht, auch eine „sozialimperialistische" Gefahr für Spanien zu erfinden, die sie nicht einmal durch die kleinste Tatsache zu belegen versucht.

Wer die höchste Autorität der rechten chinesischen Führer hat, braucht halt keine Beweise.

Spanien-Kommission

Wolf Biermann Mitglied der PCE!

Wolf Biermann, der schon auf der Veranstaltung „Deutschland, Modell für Europa" am 7.Mai in Hamburg ein Loblied auf die spanischen Euro-Revisionisten sang und dafür Pfiffe einiger tausend Teilnehmer erntete, hat an Wahlveranstaltungen der Carrillo-Partei in Spanien teilgenommen und mit eigenen Liedbeiträgen zur Popularität dieser Partei beigetragen, die sie sich gerade durch das obligatorische Zeigen der Faschistenfahne und die Anerkennung der spanischen Monarchie bei vielen Antifaschisten verscherzt hatte (S. AK 104). Anläßlich seiner Wahlwerbung wurde Wolf Biermann in die PCE aufgenommen. *„Der Spanische Sänger und Komponist Victor Manuel überreichte ihm eine Mitgliedskarte derPartei"*(Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.6.77).

Spanien Kommission

Spanische Emigranten sollen nicht wählen

Die etwa zwei Millionen in den verschiedenen Ländern Europas und Lateinamerikas lebenden spanischen Emigranten sind durch die Wahlbestimmungen praktisch von einer Stimmabgabe ausgeschlossen („Europapress" spricht sogar von 3,5 Mio. Spaniern im Ausland, MD, 21.4.77). Das Phänomen Emigration taucht in den Wahlbestimmungen gar nicht auf, es wird lediglich ein kompliziertes Verfahren der Briefwahl bestimmt, *„wenn ein Wähler voraussehen kann, daß er sich am Wahltage nicht an dem Ort aufhalten wird, an dem er seine Stimme abgeben soll" (Radio Nacional de Espana vom 28.3. nach „Monitor-Dienst" – MD vom 29.3.77).*

Die spanischen Emigranten müssen sich zunächst im Wahlregister ihres Konsulats im Ausland eintragen lassen. Viele haben erst nach Ablauf der Frist davon erfahren, da die Ankündigungen höchstens im Kleindruck in der Sprache des betreffenden Landes veröffentlicht wurden. So haben sich ungefähr 30% der Spanier in Belgien, 10% der Spanier in Paris, 25% in der BRD, 15% in der Schweiz (Radio Nacional de Espana, nach MD vom 21.4. 77) registrieren lassen.

Die Eintragung ins Wahlregister des Konsulats genügt keineswegs. Es ist eine schriftliche Bestätigung des Wahlausschusses des jeweiligen spanischen Stammbezirks notwendig. *„In einigen Fällen müssen dabei fünf verschiedene Schreiben zwischen dem Wähler, seinem Konsulat und dem zuständigen Wahlausschuß hin- und hergehen"* (Radio Nacional de Espana, nach MD vom 29.3.77). Dabei bleiben dann weitere zig Prozent von Wählern auf der Strecke! Der Sinn dieser Maßnahme ist eindeutig: Die Stimmen der spanischen Emigranten würden in ihrer großen Mehrheit den „linken" Parteien wie PSOE und PCE oder gar der revolutionären Linken zugute kommen. Daran hat die Suraez-Regierung nicht das geringste Interesse.

Spanien Kommission

Baskische Linke

Rückkehr zur Wahlbeteiligung

Nach der blutigen Woche für Amnestie (8. - 15. Mai) im Baskenland, bei der sechs Menschen von den Bullen getötet wurden, hatten die Organisationen der revolutionären baskischen Nationalisten (EIA, EHAS und LAIA), die in der KAS zusammengeschlossen sind, am 18.5. ihren Rücktritt von den Wahlen erklärt. Am 28.5. jedoch beschlossen EIA, die politische Partei von ETA (V) und die mit ihre kooperierende baskische Gewerkschaftsgruppe LAB die Rückkehr auf die Wahllisten und ihre Integration auf die Liste der „Baskischen Linken" (zu der, wie wir im letzten AK vergaßen zu erwähnen,auch MC gehört). Die Frage der Wahlbeteiligung hat offenbar unter den baskischen Revolutionären zu tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten geführt.

Die „Kommission für Amnestie" der vier baskischen Provinzen haben inzwischen eine zweite Amnestiewoche, vom 8. - 15. Juni, also bis direkt zum Wahltag, mit abschließendem Generalstreik beschlossen. (Die spanischen Reformisten - PCE und PSOE - zittern bereits um den ruhigen Ablauf der Wahlen.) Die letzten etwa 15 baskischen politischen Gefangenen sollen unter diesem Druck freigelassen werden, nachdem in den letzten Wochen 15 andere bekannte baskische Revolutionäre ins Ausland abgeschoben worden waren (Belgien, Norwegen, Österreich, Dänemark).

Von den vier Amnestie-Komitees hat jedoch lediglich das von Guipúzcoa zur Wahlenthaltung aufgerufen, *„denn keine der vorherigen Forderungen wie totale Amnestie, Rückkehr der Exilierten und demokratische Freiheiten sind von der Regierung Suarez erfüllt worden"* („El Pais", 5.5.77)

Insbesondere innerhalb von ETA scheinen die Widersprüche in der Frage des Wahlverhaltens recht stark zu sein. Vertreter des politisch-militärischen Flügels von ETA erklärten gegenüber „El Pais":

„Ja, es gibt große Differenzen innerhalb unserer Organisation, aber man kann sie nicht als einen Bruch oder eine Spaltung bezeichnen. Wir befinden uns in einem Zustand offener Diskussion, denn es ist logisch, daß in einem Augenblick der Verwirrung wie dem gegenwärtigen, taktische, jedoch nicht ideologische Differenzen entstehen. Wir wollen dem Volk nicht das Bild einer vollständig gespaltenen ETA bieten, wie die Gerüchte es darstellen und wie es sogar in der Presse veröffentlicht wurde" („El Pais", 27.5.77).

Offenbar steht bei den Auseinandersetzungen nicht nur die Frage des Wahlboykotts, sondern auch die Wiederaufnahme des bewaffneten kampfes durch ETA im Mittelpunkt der Diskussion. Die spanische Presse schreibt, daß sich das Kommando, das den spanischen Großindustriellen Ybarra entführt hat und 17 Mio DM Lösegeld fordert, von der Organisation getrennt habe. Hauptkritikpunkt dieses und anderer Kommandos, die unter Führung von Apalategui, genannt „Apala", stehen, seien „Kontakte", die ETA seit Oktober vergangenen Jahres mit Vertretern der spanischen Regierung zwecks Garantien für die Befreiung baskischer Gefangener gehabt haben soll („El Pais", 26.5.77).

Was an diesen Gerüchten wahr ist und was nicht, können wir schwer beurteilen. Tatsache jedoch ist, daß sich die von ETA selbst ins Leben gerufene politische Organisation EIA zur Wahl stellt und andererseits von ETA vielfältige bewaffnete Aktionen im ganzen Land durchgeführt werden.

Spanien-Kommission

MC: »Raus aus der Sektiererecke ...«

Fortsetzung von Seite 30

Socialsta del Pais Valencia). In Valencia gibt es bereits seit einiger Zeit ein linkes Autonomiebündnis zwischen Karlisten, MCPV (Movimiento Comunista del Pais Valencia Regionalverband der MC – AK) *und der PSPV (der sog. linke Autonomieblock).*

Vor den Wahlen hat sich nun ein Teil der PSPV (nach den uns vorliegenden Informationen eine Minderheitsfraktion) vom Block abgekehrt und sich in Valencia zusammen mit der PSP Tierno Galvans (Links-Sozialisten) *als UNIDAD SOCIALISTA zu den Wahlen gestellt. Die „Unidad Socialista" war als nationales Wahlbündnis zwischen der PSP und der FPS* (föderative linkssozialistische Strömung – AK) *gegründet worden und ist auch als „Unidad Socialista" auf so gut wie allen Wahllisten aufgeführt.*

Die Fraktion der PSPV, die auf der Fortführung des Bündnisses mit uns und den Karlisten bestand, hat sich daraufhin mit unserer Unterstützung als PSPV zur Wahl gemeldet, während die andere Fraktion als UNIDAD SOCIALISTA (PSP-PSPV) kandidierte (Carles Dols, der Generalsekretär der MC in Valencia kandidiert auf Listenplatz 2 derPSPV(...)".

Die Spaltung der regionalen linkssozialistischen Partei PSPV ist für eine Vielzahl regionaler und nationaler sozialistischer und links-sozialistischer Parteien in Spanien während des Wahlkampfes einigermaßen typisch. Einzelne dieser Parteien, bzw. Fraktionen derselben, haben Wahlbündnisse mit der sich stark links gebärdenden sozialdemokratischen PSOE eingegangen, andere mit der weiter links angesiedelten PSP und dritte schließlich mit Parteien der revolutionäre Linken, letzteres allerdings nur in wenigen Fällen.

Wir halten diese Wahltaktik der MC, nämlich die linken und tendenziell revolutionären Sektoren der sozialistischen Bewegung an die revolutionäre Linke heranzuführen für prinzipiell richtig, ebenso wie die Gewinnung unorganisierter Kämpfer für eine Linkskandidatur. Die Parole der „Einheitlichen Volkskandidatur" (MC, usw.) (oder „Demokratische Front der Linken"; PTE, usw. oder „Einheitliche Kandidatur der Arbeiter") LCR, OIC, usw.) ist zwar von fast allen Organisationen der revolutionären Linken ausgegeben worden, jedoch offenbar nur von MC ernsthaft versucht worden, in Praxis umzusetzen.

Spanien-Kommission

Türkei

Wahlen in der Türkei

Aus den Wahlen ging die sozialdemokratische CHP, vor allem durch die Stimmen der gesellschaftlichen Opposition, als stärkste Partei hervor. Sie erhielt 41,5 % der abgegebenen Stimmen und hat ihren Anteil gegenüber den letzten Wahlen um 9 % erhöht. Ebenfalls erhöhte die rechtskonservative AP des Ministerpräsidenten Demirel ihren Anteil um 9 % und erreichte 37 % (189 Sitze). Die dritte Partei, die mit Gewinnen rechnete, war die nach NSDAP-Muster aufgebaute MHP (Nationalistische Bewegungspartei) des Vizepremiers Türkeş. Sie verdreifachte ihre Stimmen und erreichte 6,5%. Ihre Sitze verfünffachen sich dadurch, und sie bekommen dadurch 16 (!!!!) statt drei. Erbakans fanatisch-islamische MSP (Nationale Heilspartei), die bei den letzten Wahlen 13,5 % der Stimmen und 48 Sitze bekam, ist halbiert worden. Sie erreichte 8,6 % und 25 Sitze. Den größten Verlust hat die rechte DP zu verzeichnen, die beim letzten Mal 12 % der Stimmen gewonnen hatte. Sie konnte diesmal nur 1,8 % erreichen und mußte sich mit einem Abgeordneten begnügen. Die rechtskemalistische CGP hat statt 5,5 % diesmal 1,9 % erhalten. Die links-sozialdemokratische TBP und die revisionistische TIP konnten nur 0,25 % und 0,12 % der Stimmen erzielen. Vier der neuen Abgeordneten haben bei den Wahlen unabhängig kandidiert.

Die Wahlbeteiligung war mit ca. 75 % außerordentlich hoch, die höchste seit 1961 (1973: 59 %).

Der Wahlkampf

Mindestens 70 bis 80 Menschen kamen bei dem mit großen Massenmobilisierungen verbundenen Wahlkampf ums Leben, mehrere hundert wurden verletzt. Die Anzahl der Bombenanschläge lag bei etwa 30. Am 26.5. explodierte im Flughafen und im Bahnhof von Istanbul im Abstand von 15 Minuten zwei von „unbekannten Tätern" in der Gepäckaufbewahrung deponierte Bomben, die fünf Menschen töteten und 51 verletzten. Die Verwüstungen waren beträchtlich.

Allein die Wahlveranstaltungen und der Wahlkampfbus des Vorsitzenden der CHP, Ecevit, wurden fünfmal mit Waffengewalt angegriffen. Am 26. Mai traf in Izmir auf dem Flughafen bei Ecevits Ankunft ein Leuchtkugelgeschoß, das die Wirkung eines Dumdum-Geschosses hat, einen der CHP-Ordner am Fuß. Nach zwei Tagen meldete sich angeblich freiwillig ein Polizist, der behauptete, der Schuß habe sich versehentlich aus seiner Waffe gelöst. Er habe es aber nicht bemerkt, sondern erst später, als er feststellte, daß eine Patrone fehlte („Cumhuriyet", 3.6.77).

Am 1. Juni hatte auf dem Istanbuler Taksim-Platz (auf dem am 1. Mai die blutigen Ereignisse stattfanden) eine AP-Kundgebung mit recht mäßiger Beteiligung stattgefunden. Zwei Tage später wollte die CHP dort auch eine Kundgebung durchführen. Daraufhin schickte der AP-Vorsitzende und Ministerpräsident Demirel eine „streng geheime" Mitteilung an den Generalstab der Armee, den Geheimdienst und das Innenministerium. Die Regierung habe erfahren, daß während der Kundgebung ein Attentat auf Ecevit geplant sei, Gegenmaßnahmen sollten getroffen werden. Von dem Rundbrief setzte er den Staatspräsidenten und den Vorsitzenden der CHP, Ecevit, „vertraulich" in Kenntnis:

„Die illegalen kommunistisch-terroristischen Gruppen, daneben die ausländischen Organisationen, die in unserem Land ein Chaos planen, und die internationalen Terrororganisationen wollen die Wahlen bzw. deren normalen Ablauf verhindern. Den Mut dazu haben sie aus dem 1. Mai-Massaker, und aus dem Izmir-Attentat geschöpft. Sie werden aus einem der höheren Stockwerke des Sheraton Hotels mit einem Gewehr mit Zielfernrohr schießen" (aus dem Rundbrief nach „Cumhuriyet", 3.6.77).

Ecevit las den Brief im Rundfunk

vor und spielte den tapferen Helden. *„Ich werde morgen reden!"* Der Ministerpräsident sollte die entsprechenden Maßnahmen treffen, und die Leute gegebenenfalls auf frischer Tat verhaften. *„Ich fordere niemanden auf, zu kommen, die Verantwortung kann ich nicht übernehmen. Aber ich werde dasein."*

Der Rundfunk brachte ständig die „Nachricht", die Kungebung wurde ausfallen, aber Ecevit hatte offenbar richtig kalkuliert: Es wurde die größte Wahlversammlung in der Geschichte der Türkei mit über einer halben Million Menschen. Es passierte natürlich nichts ...



Süleyman Demirel

Das große Poker nach den Wahlen

Bei den Wahlen erhielt keiner der politischen Blöcke eine stabile Mehrheit. Ecevit erklärte sofort, daß seine Partei die Regierung aufbauen werde und rief alle Abgeordneten, *„die an die Demokratie glauben"*, dazu auf, *„die Regierung zu unterstützen, oder in die CHP einzutreten"*. Es sieht so aus, daß wieder der Abgeordnetenmarkt in Schwung kommt. Eine Minderheitsregierung Ecevits wird auch von den größten und „einflußreichsten" Kapitalisten als zur Zeit einzige Lösung angesehen, um eine „stabile Regierung" zu erreichen. Demirel sprach sich dagegen aus, da die rechten Parteien ja schließlich die Mehrheit der Stimmen erzielt hätten. Die islamische MSP spielt dabei allerdings wieder die Rolle der Schlüsselpartei. Sie erklärte, wieder an der Regierung beteiligt werden zu wollen. Sie sei „offen nach beiden Seiten". Eine „stabile Regierung" ist also sehr schwierig zustandezubekommen, außer einer (durch Überläufer) „gestärkten" CHP. Eine „MC-Lösung" (Beibehaltung der „Nationalistischen Front"-Regierung) also eine rechte Koalition, oder ein Koalition der CHP mit dem MSP, würde die Pleite der „demokratischen Lösung" bedeuten, da die ökonomischen Probleme der Bourgeoisie wegen der Widersprüche der Parteien untereinander nicht gelöst werden könnten, andererseits sich die linke gesellschaftliche Opposition, die bislang hinter der CHP steht, sich im Fall einer CHP/MSP-Koalition von der CHP trennen und nach radikalen Lösungen suchen würde.

Die Erfolge der Faschisten und die Aufgaben der Linken

Hervorstechendstes Ergebnis der Wahlen ist der sprunghafte Anstieg der MHP-Faschisten, von drei auf 16 Sitze im Parlament, das ist eine Million Wähler! Das bedeutet, daß die Faschisten noch ungenierter und offener als bisher angreifen werden, noch mehr Terror entfalten werden. Andererseits haben sie jetzt im Parlament noch mehr Möglichkeiten und ein größeres Gewicht, ihre „Lösungsvorstellungen" durchzusetzen.

Die TIP („Eurorevis") bekam nur insgesamt 24.000 Stimmen, da sie wegen ihrer Parteiladenpolitik keine andere linke Gruppe unterstützt hatte. Die TIP hatte trotz mehrfacher Bemühungen anderer linker Gruppen jegliches Wahlbündnis arrogant abgelehnt.

Die Aufgabe der Linken ist jetzt dringlicher denn je, zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Faschisten zu kommen, vor allem, da die allgemeine Stimmung der gesellschaftlichen Opposition die revolutionäre Linke begünstigt. Schleunigst überwunden werden müssen Auseinandersetzungen unter den Linken, die teilweise mit den Waffen geführt werden, während sich die Faschisten immer mehr ausbreiten.

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission



Bülent Ecevit

Leserbrief aus Ankara

„Liebe Genossen!

Euer Flugblatt vom 2.5. (?) (womit wir zum Blutmai in Istanbul Stellung genommen haben, die Red.) *ist bis hierher gelangt. Zuerst einmal meine Anerkennung darüber, daß Ihr über „Istanbul" gleich ein Flugblatt gemacht habt. Auch daß Ihr ansonsten in der BRD die einzigsten seid, die die Bedeutung der Entwicklungen in der Türkei erkannt haben und die konsequent Informationen darüber verbreiten, hebt Euch wohltuend von anderen Gruppen ab. Ich schreibe Euch, weil ich einige ungenaue Informationen korrigieren will, sofern Ihr das aufgrund neuerer Nachrichten nicht schon selbst getan habt:*

1. Das Feuer wurde von einigen höhergelegenen Gebäuden und Dächern aus eröffnet. E i n PKW kam erst später und schoß.

2. Der ganze Ablauf der Aktion, insondere das Timing (Schüsse von mehreren Seiten genau beim Eintreffen maoistischer Gruppen) zeigt, daß die Hintermänner der Aktion nicht die logistisch schwachen Kommandos, sondern der türkische Geheimdienst und/oder CIA gewesen sein müssen.

3. Es ist zumindest unklar, wer die Polizisten erschossen hat. Aus bisher nicht bekannten Gründen machte ein Teil der Polizisten abends in den Unterkünften eine Meuterei. Ich konnte selbst beobachten, daß uniformierte Polizisten für die Kundgebung Sympathie zeigten. Das sollte zu denken geben.

Eine grundsätzliche Kritik habe ich an Eurer Beurteilung der CHP-Politik. Unausgesprochen sehe ich hinter Eurer CHP-Einschätzung eine SPD-Einschätzung. Bei aller berechtigten Kritik an sozialdemokratischen Positionen der CHP darf aber nicht vergessen werden, daß diese Partei 1. viel weiter nach links geht als die SPD, 2. daß ihre Parteibasis sich in den letzten beiden Jahren radikalisiert hat und daß die Parteiführung sich dieser Dynamik nicht so ohne weiteres entgegenstellen konnte und kann, 3. daß nicht nur CHP-Mitglieder sondern auch CHP-Führer täglich faschistischen Angriffen ausgesetzt sind und sich nicht nur da als konsequente Antifaschisten erwiesen haben, 4. daß fast die gesamte türkische Linke [einschließlich Maoisten] sich angesichts der Wahlen hinter die CHP gestellt hat, weil sie weiß, daß die Alternative zur CHP im Moment nur der Faschismus ist.

Wenn Ihr in dieser Situation konsequent sozialdemokratische Politik entlarven wollt, dann müßt ihr die SPD entlarven und müßt fragen, warum die SPD nichts zur Unterstützung ihrer „Bruderpartei" CHP tut (anders als in Portugal). Ich glaube, wenn so eine Kritik in der BRD mal laufen würde, dann würde das der gesamten türkischen Linken helfen; es würde auch in der Türkei für Schlagzeilen sorgen. Die Lage ist hier so beschissen, daß die Linken schon jeden Jusopfurz Richtung Türkei dankbar als Solidaritätsbeweis auffassen müssen.

Noch was zum Schluß: Was habt Ihr gegen Ecevits Bemerkung: „Laßt Euch nicht provozieren"? Ich glaube, Ihr verkennt da etwas die Lage hier. Natürlich wehrt man sich gegen die Faschisten - auch bewaffnet. Aber jetzt zum Angriff auf Polizei und Militär überzugehen, das wäre purer Selbstmord, das würde auch die weitere Spaltung der Armee in Reaktionäre und CHP-Anhänger abblocken - eine Spaltung, die wahrscheinlich nach den Wahlen offen zutage treten wird."

Antwort der Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

Lieber Genosse!

Über Deinen Brief vom 12.5.77 haben wir uns sehr gefreut, weil wir dadurch erfahren haben, daß unsere Arbeit auch „vor Ort" kritisch beobachtet wird. Deine ergänzenden Infomationen zum Anschlag auf die Kundgebung am 1. Mai in Istanbul haben wir in späteren Darstellungen aufgrund uns zugänglicher Quellen z.T. verarbeitet. Nicht bekannt war uns, daß Teile der Polizei in den Unterkünften nach dem Massaker gemeutert haben.

Nun zu Deiner Kritik an unserer Einschätzung der CHP.

Es ist natürlich richtig, daß die CHP nicht mit der SPD gleichgesetzt werden kann. Nach dem Putsch 1971 war die CHP die einzige legale Möglichkeit für die Linken, politisch zu arbeiten. Die CHP hatte dadurch einen breiten Zulauf fortschrittlicher Kräfte. Allerdings ist die CHP-Führung heute dabei, dieser Entwicklung den Kampf anzusagen. Deutlich wurde dies beim letzen Parteitag. Mit Methoden, die uns in der BRD von der SPD und den DGB-Gewerkschaften bekannt sind, wurden die fortschrittlichen Kräfte durch Satzungstricks, Satzungsänderungen, Ausschlüsse usw. z.T. bereits bei der Delegiertenaufstellung ausgeschaltet. Besonders betroffen waren die Jugendorganisationen und die Kräfte, die aufgrund der obengeannten Gründe erst seit kurzer Zeit Parteimitglieder waren. (So durften sich an der Delegiertenaufstellung nur Mitglieder beteiligen, die länger als fünf Jahre Parteimitglied waren. Diese Maßnahme richtete sich natürlich in erster Linie gegen die militante Basis der CHP, die sich auch heute aktiv an vielen antifaschistischen Aktionen beteiligt.

Diese Maßnahmen sind sozusagen das „Eintrittsgeld", das von der CHP insbesonere von der SPD verlangt wird, um in die sozialdemokratische Internationale aufgenommen zu werden.

Aber Du hast natürlich recht, daß die SPD bisher keine vergleichbaren Anstrengungen gemacht hat, die CHP „aufzukaufen", wie sie es im Fall der PS Portugal getan hat. Insofern haben sich die türkischen Sozialdemokraten mehr auf dem sich radikalisierenden Verlauf der eigenen nationalen Klassenkämpfe eingestellt, mit dem Zel, die Linken zu „integrieren", als sich internationalen Reglementierungen zu unterwerfen. Wir sind uns durchaus bewußt, daß die westdeutschen Sozialdemokraten sowohl im europäischen wie erst recht im internationalen Rahmen der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien wohl den rechtesten Flügel bilden. Man sollte angesichts der ökonomischen und politischen Stärke des westdeutschen Imperialismus, den zur Zeit die SPD als Regierungspartei verwaltet, jedoch die Möglichkeit ihrer Druckausübung auf andere sozialistische und sozialdemokratische Parteien nicht unterschätzen. Und daß die CHP diesen Druck zu spüren bekommt, wenn sie an der Regierung ist, dürfte klar sein. Nichts würde die SPD weniger wünschen, als eine nach links driftende türkische Regierungspartei, die dem zunehmenden Druck der türkischen Massen allzu nachgiebig gegenübersteht. Dies kann weder im Interesse der vielen westdeutschen Konzerne liegen, die Milliarden in der Türkei investiert haben und ebenso wenig im Interesse der „inneren Stabilität" der BRD-Imperialisten, die ein besonderes Interesse an der politischen Unterdrückung der über 500.000 türkischen Arbeiter in der BRD haben, die unter der Demirel-Regierung bekanntlich gut funktioniert hat („graue Wölfe").

Lieber Genosse, wir würden es sehr begrüßen, wenn wir auch weiterhin von Dir hören würden.

Für eine unabhängige, demokratische und sozialistische Türkei!

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

BRD-Imperialisten:
Stütze des Nationalistischen Front-Regierung



Streikende Arbeiter im Werk Profilo, die dem BRD-Konzern AEG gehört

30.000 Metallarbeiter streiken!

Türkei. Am 1. Juni traten 30.000 Metallarbeiter in den Streik. Der Streik war nach langwierigen Verhandlungen von Maden-Iş (Gewerkschaft der Metallindustrie im fortschrittlichen Gewerkschaftsverband Disk) für 34 Metallbetriebe beschlossen worden. Die Kapitalisten hatten sich geweigert, auf die ökonomischen Forderungen der Arbeiter einzugehen und sie waren nicht bereit, die entlassenen Kollegen wieder einzustellen. Eine wichtige Forderung von Maden-Iş war, daß alle Kollegen, die in den letzten Monaten wegen Streiks entlassen wurden, wieder eingestellt werden. (Etliche Arbeiter waren anläßlich der Streiks und Demonstrationen gegen die Staatssicherheitsgerichte Ende letzten Jahres entlassen worden. Die Forderung der Metallarbeiter lautete jetzt, daß diese und alle anderen Kollegen, die aufgrund ökonomischer Kämpfe entlassen worden waren, wieder eingestellt werden müssen.) Angesichts der hohen Streikbereitschaft machten die Kapitalisten am zweiten Streiktag das „Kompromiß"-Angebot, alle Forderungen zu erfüllen, bis auf die Wiedereinstellung der Kollegen, die während der (natürlich illegalen) Streiks gegen die Staatssicherheitsgerichte entlassen worden waren. Aufgrund dieses Angebots fielen drei der 34 Betriebe aus der Streikfront heraus. Die anderen Betriebe streiken weiter und die Zahl der Streikenden wird täglich mehr. Es wird erwartet, daß sich bis Ende Juni ca. 100.000 Arbeiter im Ausstand befinden werden („Cumhuriyet", 4.6.77).

Griechenland/Türkei/Zypern-Kommission

BRD-Imperialisten: Stütze des Nationalistischen Front-Regierung und Ausbeuter der türkischen Volkes

Die engen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland haben Tradition. Schon das deutsche Kaiserreich war im Zerfallstadium des osmanischen Reiches stark engagiert. Militärisch und wirtschaftlich sollte die Türkei zur deutschen Kolonie gemacht werden.

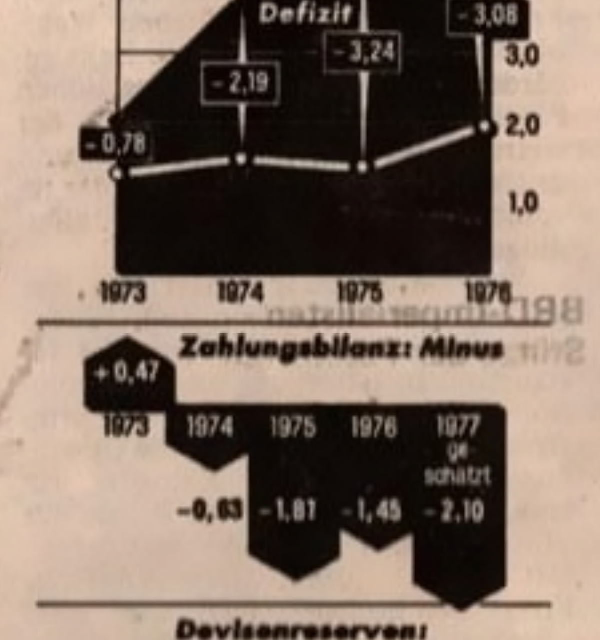
Nach der zweimaligen Zerschlagung des deutschen Imperialismus tritt aber besonders seit den letzten zehn Jahren der BRD-Imperialismus immer stärker in Konkurrenz mit dem US-Imperialismus. Dieser hat die Türkei unmittelbar nach dem Ende des zweiten Weltkrieges in das imperialistische Paktsystem (Nato, Cento) einverleibt und übte bis Mitte der 60er Jahre militärisch und ökonomisch die unumschränkte Herrschaft aus.

Militärisch in die Fußstapfen der US-Imperialisten

Nachdem bereits 1967 durch die BRD-Imperialisten der Grundstein für den Aufbau einer eigenen nationalen türkischen Rüstungsproduktion gelegt wurde (u.a. lieferte MBB Produktionsmittel für die Waffenherstellung), sahen die BRD-Imperialisten ihre große Chance, als die USA 1974 ihre Waffenlieferungen einstellten. Anfang 1976 führte Kriegsminister Leber Gespräche in der Türkei, denen dann der Besuch von Kanzler Schmidt im Mai, Kontakte von Genscher und Bahr und Vertretern der Rüstungsindustrie im November 1976 folgten. Nachdem die BRD bereits das modernste Panzerinstandsetzungswerk des Nahen Ostens errichtet hat (in Arifiye bei Izmit) sollen Waffen im Werte von zwei Milliarden DM geliefert werden. Der Wunschzettel der türkischen Bourgeoisie zur Unterdrückung der zunehmenden Opposition und militärischen Aufrüstung ist lang:

50 Leopard-Panzer (die dann in zwei Jahren in dem schon erwähnten Instandsetzungswerk auch in Lizenz gebaut werden sollen), 100 Marder Schützenpanzer, 56 Alpha-Jets, U-Boote und Raketensysteme. Wenn, wie zu erwarten ist, demnächst das seit einem Jahr ausgehandelte Militärabkommen zwischen der Türkei und den USA wirksam wird, erhält die Türkei nochmals Waffen im Wert von mindestens 3,5 Mrd. DM. Bis jetzt hat der US-Imperialismus dieses Abkommen davon abhängig gemacht, daß die Türkei Konzessionen in der Zypern-Frage macht.







Die verstärkten Waffengeschäfte der BRD-Imperialisten mit der Türkei sind ein Teil der Expansionsbestrebungen an der Süd-Ost Flanke der Nato. Leber lobte anläßlich seines Besuchs in der Türkei die „erstklassigen" militärischen Beziehungen zwischen der Türkei und der BRD, während er die US-Politik (Waffenembargo) als „dumm und töricht" bezeichnete. Die Entscheidung für das Waffenembargo sei „kein Zeugnis von politischer Klugheit und Weitsicht".

Daß die BRD-Imperialisten für die Erreichung ihrer expansionistischen Ziele gegenüber den Ländern des Nahen Ostens und auch gegen die sozialistischen Länder nichts zu verschenken haben, machte Leber ebenfalls deutlich: *„Alle Abschlüsse seien allein von den finanziellen Möglichkeiten Ankaras und der Abwicklung mit der deutschen Privatwirtschaft abhängig"*, („Süddeutsche Zeitung" 4.2.76).

Zunehmende imperialistische Abhängigkeit ...

Schlagzeilen in der türkischen Presse und Aufmerksamkeit in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen Presse verursacht die mittlerweile nicht mehr zu vertuschende Zahlungsunfähigkeit der Türkei. Eine der Hauptursachen sind die riesigen Rüstungsgeschäfte, die in keinerlei Verhältnis zu den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei stehen. Das geht sogar so weit, daß zu Gunsten des Aufbaus einer eigenen Rüstungsindustrie und den Waffeneinkäufen bereits geplante Industrialisierungsprojekte zurückgestellt werden. Betroffen sind davon Großprojekte für Eisen und Stahl, Kunstdünger, Energie, Textil, Trinkwasserversorgung usw. in Höhe von 5,6 Mrd. DM. Die Haushaltslage ist so katastrophal, daß fast alles für die Tilgung und Verzinsung der aufgenommenen Kredite draufgeht (die Imperialisten verlan-

Fortsetzung auf Seite 33

Griechenland

Der 2. Kongreß der Sosialistikji Poria

Griechenland. Vom 20. bis 22.Mai fand in Athen der 2.Kongreß der Sosialistikji Poria (S.P.) statt. Der erste Kongreß hatte anläßlich der Gründung von S.P. 1975 stattgefunden. Die Gründungsmitglieder kamen in ihrer Mehrheit aus der linssozialistischen PA.SO.K. des A.Papandreou sowie aus Abspaltungen der revisionistischen KKE. (In der „Internationale" Nr. 26/27 sind wir ausführlich auf die SP eingegangen).

Delegationen bzw. Grußadressen schickten die linkssozialdemokratische „Initiative" von Mangakis und Tsatsos, die Sozialistische Partei Italiens, die revisionistische PCI und die sozialistische Partei Frankreichs.

Die PSU/Frankreich zeigt in ihrer Grußadresse die Hegemoniebestrebungen der großen westeuropäischen Staaten, „insbesondere des westdeutschen Imperialismus", auf und betonte den Wunsch, gemeinsam gegen das Projekt des „Europaparlaments" vorzugehen. Der KB warnte ebenfalls vor der Gefahr, die vom BRD-Imperialismus ausgeht, begrüßte die Initiative der „S.P." zur Schaffung einer antifaschistischen Aktionseinheit und rief zur Unterstützung des „Russell-Tribunals" auf.

Weitere Grußadressen sandten:
Die „Sozialistische' Partei Zyperns" (EDEK), „Sozialistisch-Pazifistische Partei der Niederlande", „Generalunion Palästinensischer Studenten" (Grußrede), „Zentralkomitee Politischer Flüchtlinge Griechenlands" (Keppe – Grußrede), „KKE/Inland", „Vereinigung Zyprischer Studenten Griechenlands", „Bewegung der christlichen Linken" und FSP (Linkssozialisten – beide aus Portugal), „EDH" (Grußrede), „Jugend der K.P. Iran" und die EChOn (Linkssozialistische Christen).

Die „EKKE" und die „KKE/ml" sandten sehr „herzliche" Grußadressen. Die „EKKE" konnte sich ihre „Supermächtegefahr" natürlich nicht verkneifen. Die „KKE/ml" begrüßte die Bemühungen der S.P. zur Schaffung einer antifaschistischen, antiimperialistischen Einheitsfront, auch gegen den „imperialistischen Block der EG".

Diskussionspunkte des Kongresses

Diskussionspunkte des Kongresses

In seinem Rechenschaftsbericht berichtete der Zentralrat der S.P. u.a. davon, *„daß die Organisation einfach ein Mechanismus war, der voll in seinen inneren Prozessen (Widersprüchen) aufging, während er nach außen nur auf plötzlich entstandene Empörungen reagierte."*

„Die meisten Mitglieder hätten sich in schwachen Stu nden gefragt, wozu gibt es uns überhaupt?"

Als Aufgabe für S.P. wurde eindringlich daraufhingewiesen, daß unbedingt mehr in die Kämpfe eingegriffen und darüberhinaus Initiativen ergriffen werden müssen, die für die gesamte Bewegung Zeichen setzen. Inhaltliche Schwerpunkte will S.P. auf das Zypernproblem und deren fortschrittliche Lösung, sowie auf den Kampf für die „Säuberung und Entjuntafizierung" der Gesellschaft legen. S.P. strebt mit dem neu entwickelten Konzept der „demokratischen Zusammenarbeit" ein breites Bündnis taktischer Art mit allen fortschrittlichen Gruppen an.

Aufgabe dieses Bündnisses soll *„die Zurückschlagung des autoritären Staates der Rechten und die Verbreiterung der demokratischen Rechte und Freiheiten"* sein.

Die Verwandlung der „demokratischen Zusammenarbeit" soll in einen Vereinheitlichungsprozeß der Linken über gemeinsame Kämpfe führen.

Unter diesem Aspekt müßte die "demokratische Zusammenarbeit" sämtliche Sektoren der Linken einschließen.

Um diesen Punkt der "demokratischen Zusammenarbeit" hatte es in den letzten Wochen eine Debatte in der Organisation gegeben, die auch in der Zeitung von S.P. ihren Niederschlag fand. Eine Reihe von Mitgliedern hatte Bedenken angemeldet, daß bei einem allzu undifferenzierten Herangehen an einen Wiedervereinheitlichungsversuch mit rechteren Kräften (KKE/Inland, EDA und vor allem die "Initiative für Demokratie und Sozialismus") in Bezug auf bestimmte Positionen die sozialistische Perspektive in den Hintergrund rükken könne.

Anlaß war vor allem eine Gerüchte- und Verwirrungskampagne seitens der EDA, der KKE/Inland und der großen Athener Tageszeitung „Eleftherotipia" gewesen. Der Sekretär der KKE/Inland, Bambis Dhrakopoulos, hatte "Befürchtungen" geäußert, daß bei einer Verschmelzung seiner Partei mit "sozialdemokratischen" Kräften wie der "Initiative" und der "Sosialistikji Poria"(!!!) die (euro)*"kommunistische"* Perspektive über Bord gehen könne! Ein Witz. Die "S.P." grenzt sich eindeutig vom Eurorevisionismus aufgrund einer linken Position ab, vor allem von seiner ebenso rechten griechischen Variante der *"Nationalen Antidiktatorischen Demokratischen Einheit" (EADE)* mit der "linken" Hälfte von Karamanlis.

Das weiß Dhrakopoulos natürlich nur allzu genau.

Gegen diesen u.a. auch von der EDA unternommenen Versuch, die "S.P." in einen Topf mit der sozialdemokratischen "Initiative" und der sozialistisch-revisionistischen "Christdemokratie" zu werfen und die KKE/Inland demgegenüber quasi als "Linksaußen" erscheinen zu lassen, forderten einige Mitglieder der "S.P." schärfere Töne seitens der Organisation.

Vor allem weil die PASOK es mit dem Etikett *"sozialdemokratische Abweichung"* ziemlich lange verstanden hat, diesen Teil ihrer geschaßten linken Opposition vom Interesse der Öffentlichkeit fernzuhalten und zu isolieren, war die Gefahr, ins "Abseits" geschoben zu werden, nicht unbeträchtlich. Der Kongreß scheint hier allerdings in eine sehr positive Richtung gewirkt zu haben, was die Öffentlichkeit und die Darstellung der wirklichen Positionen von "S.P." angeht.

In der Zeitung von "S.P." war außerdem als wesentlicher Punkt der Abgrenzung zu den Sozialdemokraten und Revisionisten die Haltung zur Frage der Gewalt bezeichnet worden. Gerade das Beispiel Chile habe gezeigt, daß die Reaktion nicht einfach das Feld räumen werde, und es sei deshalb unbedingt erforderlich, das Volk auf die Frage der Gewalt vorzubereiten. Nur dadurch könne überhaupt größeres Blutvergießen verhindert werden.

Im Gegensatz dazu habe sich der "Eurorevisionismus" und erst recht die "Initiative", die nicht "sozialistisch" sondern nur "sozialdemokratisch" genannt werden könne (was auch durch die Praxis von einigen ihrer heutigen Mitglieder in der "Regierung der Nationalen Einheit" nach dem Faschismus belegt wurde) eindeutig auf den nur-parlamentarischen,"friedlichen","demokratischen" Weg festgelegt.

Eine Einheit mit diesen Kräften sei nur auf einer demokratischen Grundlage, als taktisches Bündnis möglich, und das müsse auch immer wieder klargestellt werden.

Der Kongreß hat hierzu offenbar auch klare Beschlüsse gefaßt.

Insgesamt gesehen scheint die "S.P." mit ihrem Kongreß einen gewissen "Durchbruch" erzielt zu haben. Ihre in den letzten Monaten entfalteten Bemühungen und geknüpften Kontakte, um eine handfeste demokratische antifaschistische Aktionseinheit zustandezubekommen,scheinen doch etwas Wind in die griechische Linke gebracht zu haben.

Angesichts des breit verankerten Wunsches in den Massen nach einer Einheit der demokratischen Kräfte bestehen echte Chancen, diese Herangehensweise gegen operettenhafte Einheitsluftblasen einiger Parteiführer, sowie gegen eine weit verbreitete Abgrenzungs- und Ausschlußtaktik durchzusetzen.

Offen bleibt allerdings, ob diese Einheit aufgrund der Differenzen in den inhaltlichen Fragen zustandekommt.Dazu müßte vor allem die "KKE/Inland" gezwungen werden, ihre hirnrissigen und inzwischen kläglich gescheiterten "Einheits"-bestrebungen mit Karamanlis aufzugeben und eine konsequente Anti-Regierungspolitik zu betreiben, zumindest in den angeschnittenen Fragen. Bei genügend starkem Druck "von unten" scheint das möglich, wenn man die Erfahrungen aus der Vergangenheit in Betracht zieht.Ähnliches gilt für die "Initiative". Beide Organisationen fürchten, daß ihnen sonst die Felle davonschwimmen. Schwieriger wird es bei PASOK und "KKE", die beide über einen festen Wähler- bzw. Mitgliederstamm verfügen. Ob die S.P. in der nächsten Zeit in der Lage sein wird, den Aufbau einer linken Einheitsfront voranzutreiben, hängt davon ab, ob sie eine wirkliche Massenarbeit entfalten kann und so zu einer ernst zunehmenden Kraft wird. Bisher steckt sie noch tief im Kommentatorentum, und ihre augenblicklichen Lichtblicke beruhen mehr darauf, daß sie ohne den Hintergedanken der Stärkung des eigenen Parteiladens ehrlich und hartnäckig den weitverbreiteten Wunsch nach einer linken Einheitsfront propagiert - eine Seltenheit im heutigen Griechenland.

Griechenland/Türkei - Kommission

USA

Kurznachrichten

Todesstrafe umstritten

In den noch anhaltenden juristischen Streitigkeiten um die Rechtmäßigkeit der Todesstrafe hat der Oberste Gerichtshof jetzt in einer 5:4 Entscheidung eine weitere Einschränkung vorgenommen. Die Richter wiesen die Gesetze einzelner Bundesländer zurück, die bei „Mord an Polizeibeamten" automatisch die Todesstrafe vorsahen.

Die Entscheidung wurde begründet mit dem Hinweis, daß es trotz aller besonderen Bedingungen des Polizistenmordes „falsch ist, davon auszugehen daß keine mildernden Umstände vorliegen könnten, weil das Opfer ein Polizist ist" (International Herald Tribune, „IHT", 7.6.77).

In Kürze wird eine Entscheidung des Gerichtshofes darüber erwartet, ob die Todesstrafe für Vergewaltigung verfassungsmäßig ist

* * *

Botschafter des Big Business

Nichts scheint in den USA leichter zu sein, als Botschafter zu werden – vorausgesetzt, man ist Millionär. So wie der Grundstückshändler Marvin Warner aus Ohio, der sich durch diskrete Wahlspenden die richtigen Freunde zulegt. So zahlte er :

- 6.870 Dollar an Senator John Glenn (Ohio);
- 9.000 Dollar an Senator Howard Metzenbaum (Ohio);
- 2.265 Dollar in den Carter-Fond;
- 19.130 Dollar an die Demokratische Partei

Die Cincinatti Post berichtet, daß Warner nur an dem Botschafterposten „in einem großen Finanzmarkt-Land" interessiert sei. Obwohl all dies nun bekannt war, stellte der zuständige Senatsausschuß für Auswärtiges vor der Ernennung nicht eine einzige Frage an Warner und das Weiße Haus verneinte es, daß die Ernennung eine Belohnung für die Wahlspenden sei. Über Geld spricht man nicht .. („IHT", 7.6.77).

* * *

... und noch mehr Big Business

Die US-Steuerbehörden haben in einer Untersuchung enthüllt, daß bei 491 Unternehmen Geheimfonds existieren - für die Zahlung von Schmiergeldern an ausländische Beamte u.a. 71 Fälle wurden an die Fahndungsabteilung übergeben, weil Verdacht auf strafbare Unterschlagung bestehe.

Die Behörden dürfen keine Namen von Unternehmen nennen, aber allein die Feststellung, daß es sich um Summen von mehr als 25o Mio Dollar handelt, zeigt deutlich, daß es sich hier um ganz schön große Brocken und vermutlich um nicht wenige große Namen handelt ... („IHT", 7.6.77).

* * *

Aufruhr in Chicago

Zwei Tote und 49 Verletzte (darunter auch 23 Polizisten) gab es bei einem Aufruhr meist junger Puerto Ricaner in Chicago.

Während einer Demonstration von Puerto Ricanischen Nationalisten soll Juliu Osorio (26) auf Polizisten geschossen haben. Auf jeden Fall war e r kurz darauf durchlöchert und die Jugendlichen gingen gegen die Polizisten vor. Zwei Streifenwagen gingen in Flammen auf. Vier Stunden tobten die Kämpfe, bis 200 ausgerüstete Polizisten teilweise zu Pferde das Viertel räumten und über 80 Personen festnahmen („IHT", 6.6.77).

* * *

Reaktion siegt gegen Schwule

Im Bezirk Miami (Florida) war im Januar ein Gesetz zum Schutz der Schwulen (gegen deren Diskriminierung in Behörde, Beruf und Wohnung) erlassen worden, wie zuvor schon in 29 anderen Städten. Vorausgegangen war u.a. der Mord an einem Schwulen, der in Tucson (Arizona) von einem Haufen Schüler überfallen und zu Tode getrampelt worden war.

Gegen dieses Gesetz gründete die Schlagersängerin Anita Bryant die Initiative „Rettet unsere Kinder e.V." Sie sammelte zehntausende Dollar Spenden, veröffentlichte in den größten Tageszeitungen ganzseitige Anzeigen mit mittelalterlichen Hetzparolen und behauptete, die Homosexuellen könnten durch das Gesetz „Jugendliche rekrutieren" („IHT", 29.3.77). Sie setzte ein „Referendum" durch. Obwohl auch die Schwulen und ihre Organisation nicht untätig blieben, und von vielen Seiten Unterstützung fanden, gewann die Reaktion diese Volksabstimmung mit Zweidrittelmehrheit. Damit ist das Gesetz in Miami wieder vom Tisch und die Reaktion hat schon bundesweite Aktionen gegen den Entwurf eines ähnlichen Bundesgesetzes angekündigt.

* * *

Da reibt der Mörder sich die Hände

Ein neues Mordinstrument von bisher ungeahnten Möglichkeiten hat die US-Rüstungsindustrie gemeinsam mit den Präsidenten Ford und Carter bis zur Produktion hin entwickelt: Die „Neutronen-Sprengköpfe", auch „erhöhte Strahlung" genannt. Es ist der erste US-Sprengkopf, der speziell entwickelt wurde, um Menschen zu töten. Durch die neuartige Technik wird die Wirkung der bisherigen Atom-Sprengköpfe von der räumlichen und der zerstörerischen Wirkung auf ein Minimum eingeschränkt. **„Gebäude, Fahrzeuge und Waffen bleiben unbeschädigt, aber die entwikkelten großen Mengen Neutronen töten die Menschen"**, sagt ein Atomwaffenexperte („IHT", 7.6.77). *„Es tritt sofort völlige Bewegungsunfähigkeit mit Nervenkrämpfen, wechselnder Starre und Verlust der Muskelkontrolle auf. Der Tod tritt nach wenigen Stunden oder binnen Tagen ein."*

Dieses Schlachtinstrument soll im Rahmen eines 10,2 Milliarden Dollar Programms produziert werden. Dafür setzen sich die NATO-Gnerale ein, weil die Atomsprengköpfe „veraltet" seien. In einem bereits bewilligten 6 Milliarden Dollar Forschungsprogramm sind schon 1,1 Milliarden Dollar für die Entwicklung neuer Nuklear-Sprengköpfe abgezweigt..

USA-Kommission

Fortsetzung von Seite 32

gen ja schließlich auch ihre Preise).

Momentan reichen die Devisenreserven nicht einmal dazu aus, die kurzfristig vorhandenen Verbindlichkeiten bezahlen zu können („Spiegel" 30.5.77).

Unter diesem Druck der Imperialisten bleibt der türkischen Bourgeoisie kein Handlungsspielraum.

... und „Selbstbedienungsladen" der BRD-Imperialisten

Bereits seit 1965 ist ein Abkommen über „gegenseitige Förderung und Schutz von Kapitalanlagen" zwischen der BRD und der Türkei in Kraft. Danach dürfen BRD-Kapitalisten u.a. nicht enteignet werden und der freie Transfer der Gewinne ist gewährleistet. Seitdem haben Investitionen westdeutscher Kapitalisten spürbar zugenommen und betrugen bis Ende 1975 rd. 3 Mrd. DM. Durch Direktinvestition oder Beteiligung sind u.a. folgende Unternehmen in der Türkei engagiert:

Mannesmann (war der „Pionier" mit der Errichtung eines Röhrenwerkes bereits 1956-58), Siemens, Daimler-Benz, Schering, BASF, Teves, DIAG, AEG Hoechst, Bayer, Bosch, Hanomag-Henschel ...

BRD-Imperialisten - Stütze der Faschisten

Neben dem Kapitalexport ist die BRD auch zum wesentlichsten Handelspartner der Türkei vor den USA aufgestiegen. Hinzu kommt die Abhängigkeit von den Devisen, die die türkischen Kollegen in die Türkei überweisen.

Obwohl die BRD-Kapitalisten ihre Produktion in der Türkei laufend erweitern (so erhöhte Mannesmann die Produktion von 13000 t im Jahre 1959 auf rd. 60000 t im Jahre 1971), ist in einer Liste der größten steuerzahlenden Betriebe, die vor kurzem in der Zeitung Cumhuriyet veröffentlicht worden ist, kein BRD-Unternehmen zu finden.

Direkten Anteil hat die BRD an der Ausbildung und Ausrüstung der türkischen Polizei. Einer Polizei, die ihren Nachwuchs seit einiger Zeit ausschließlich von den faschistischen „Grauen Wölfen" rekrutiert und für unzählige Verbrechen, Folter und Mord an fortschrittlichen Menschen, Revolutionären und dem kurdischen Volk verantwortlich ist.

Im Januar 1976 bereiste eine Delegation, der der türkische Innenminister und hohe Polizeioffiziere angehörten, die BRD. Besonderen Rat holten sie sich vom damaligen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Kohl, und seinem Innenminster Schwarz. Vereinbart wurde die Lieferung von 6000 Schnellfeuergewehren, 50 Schützenpanzern und einer unbekannten Zahl von Maschinenpistolen (nach der faschistischen türkischen Zeitung „Tercüman", 31.1.76 u. 2.2.76).

Darüberhinaus wurde vereinbart, daß technisches „Know-How" für den Auf- und Ausbau der Polizei zur Verfügung gestellt wird. Bezüglich der Ausbildung der Polizei ist die Polizeidirektion Mainz behilflich und auf der BGS-Schule Hiltrup dürfen sie unter Anleitung des Antiterrorkommandos den Todesschuß üben.

Im großen Umfang ist die BRD auch beim Ausbau des türkischen Fernsehens eingestiegen. Einen 15-Millionen-Auftrag erhielt „Studio Hamburg" von der Bundesregierung für den Ausbau eines Studios für Farbfernsehen in Istanbul, sowie andere technische Projekte.

Darüberhinaus, und das ist schier unglaublich, wird von der BRD die Produktion von Erziehungsprogrammen ebenfalls über „Studio Hamburg" finanziert („Welt", 21.5.75).

Welcher Art die Erziehung in der Türkei ist, hat sich allmählich auch bei uns herumgesprochen. In der BRD haben verschiedentlich türkische Kollegen gegen die von der Regierung in Ankara eingesetzten Lehrer protestiert, weil sie faschistische Zeitungen und Bücher verteilen, die Kinder und Eltern unter Druck setzen usw. Der türkische Erziehungsminister und sein Staatssekretär haben sich zum Ziel gesetzt, alle Schüler zu Nationalisten zu erziehen.

Die Duldung der faschistischen Banden der MHP (Nationalistische Bewegungspartei), die „Grauen Wölfe", in der BRD, die finanzielle, technische und ideologische Unterstützung der Nationalistischen Front-Regierung unter Ministerpräsident Demirel und insbesondere die Lieferung von Waffen an Polizei und Militär macht die SPD/FDP-Regierung und den BRD-Imperialismus mitverantwortlich an dem Terror, dem heute jede oppositionelle Strömung in der Türkei und in der BRD ausgesetzt ist.

Verbot der MHP und ihrer Tarnorganisationen in der BRD!
Sofortiger Stop der Waffenlieferungen

Griechenland/Türkei/ Zypern-Kommission



lateinamerika

Colonia Dignidad — ein „geheimnisvoller Ort"?



„Polizei und Militär, wohin man auch schaut. Der Flughafen, ja die einzelnen Maschinen werden vom Militär mit umgehängten MPs bewacht, das Flughafengebäude, die Touristenbusse ... die Ausfallstraßen ..." . So die Hamburger „Morgenpost" (6.6.77) anläßlich des Fußballspiels BRD-Argentinien. Gleichzeitig sind „wir" aber alle sehr beruhigt, daß die Vorbereitungen für die Weltmeisterschaft 1978 so tadellos laufen. Dazu der DFB-Pressechef: Es gibt „keine, aber auch gar keine Probleme... Die haben unerhört vieles von uns gelernt.." (!!) Wie man sieht...

Chile. Die Betreiber des „Musterlagers" Colonia Dignidad, deutsche Faschisten, haben jetzt eine einstweilige Verfügung gegen Amnesty International erwirkt mit der Auflage, daß AI nicht mehr behaupten darf, daß die Colonia Dignidad ein Folterlager für politische Häftlinge ist. Gleichzeitig allerdings stellte das Gericht fest, daß die Kläger (die Faschisten) nicht in der Lage seien, die gegen sie erhobenen Behauptungen glaubhaft zu widerlegen („Frankfurter Rundschau" (FR), 27.5.77). Amnesty hat gegen die Entscheidung Widerspruch eingelegt.

Gleichzeitig allerdings verdichten sich die Vorwürfe gegen die Kolonie! So haben chilenische (!!) Journalisten, die vor kurzem zusammen mit dem Gesundheitsminister die Colonia Dignidad besichtigten, *„merkwürdige Beobachtungen"* („FR", 27.5.) gemacht. Sie berichteten über den militärischen Charakter, den dieses Lager hat. So beobachteten sie junge Mädchen, die *„mit festem Blick und sicherem Schritt den Eindruck von Nonnen oder Militärkadetten"* machten (aus einem Bericht der Journalisten, nach „FR", 27.5.). Sie berichteten von einer bis *„zum Extrem getriebenen Ordnung"*; zusätzlich stellten sie fest, daß es Gebiete gibt, zu denen Fremde und Reporter keinen Zutritt haben. Einem Journalisten, der versuchte, zu fotografieren, wurde die Kamera weggenommen und der Film vernichtet.

Trotz alledem versicherte der Chef der Kolonie, Oberfaschist Herman Schmidt, daß es nichts „Geheimes" gäbe! Außerdem seien die in der BRD erwähnten Haftzellen nichts anderes als Werkstätten für die deutschen Bürger!??

Gespräche mit den Siedlern waren den Journalisten nicht erlaubt.

Wenn das sogar chilenischen Journalisten spanisch vorkommt............ na danke!!!

Lateinamerika-Kommission

Größte Studentendemonstrationen seit 1968 in Brasilien

Seit Anfang Mai fanden im ganzen Land zahlreiche Demonstrationen der Studenten für die demokratischen Freiheiten und Freilassung der politischen Gefangenen statt. Zum 19. Mai war als „Tag des nationalen Protestes" zu Demonstrationen im ganzen Land aufgerufen worden. Während die ersten Demonstrationen relativ unbehelligt durchgeführt werden konnten (z.B. 10.000 Demonstranten in Sao Paolo), forderte die Regierung Mitte Mai alle Gouverneure der Bundesstaaten auf, *„geeignete, präventive und wirksame Maßnahmen zum Schutz der allgemeinen Ruhe zu ergreifen"* („Monitor-Dienst", 13.5.77).

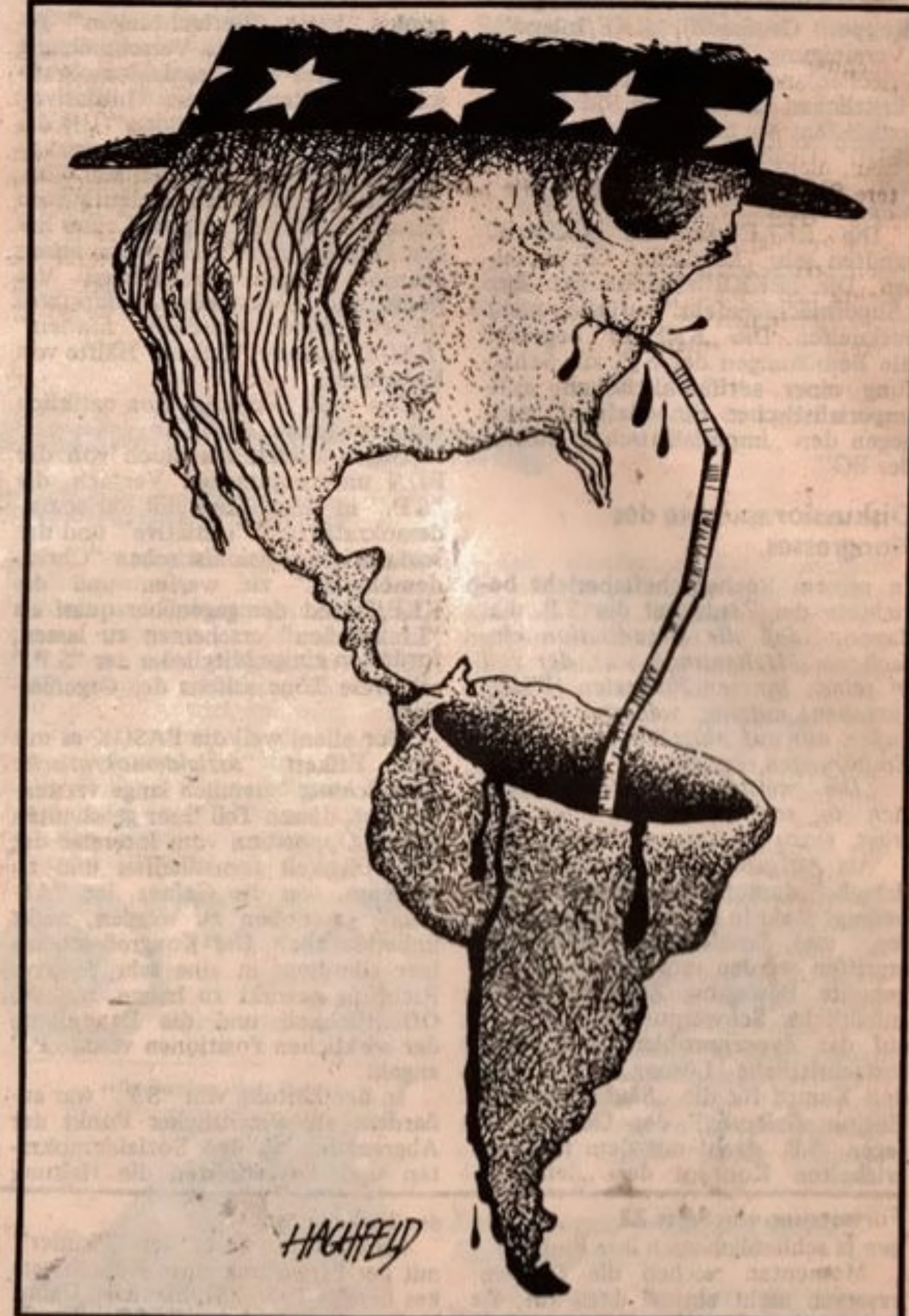
Die Regierung bot insgesamt 70.000 Polizisten auf, um gegen die Aktionen vorzugehen. An einigen Universitäten war das ganze Gelände abgesperrt worden, in Sao Paolo gingen die Bullen mit Tränengas gegen die Demonstranten vor. Anfang Juni wurden in Belo Horizonte 500 Studenten verhaftet, um ein dort geplantes nationales Studententreffen zu verhindern („Süddeutsche Zeitung" (SZ), 21./22.5. und 6.6. 77). In Brasilia streikten Anfang Juni 20.000 Studenten, um gegen die Verweisung von 19 Studenten von der Universität zu protestieren. 50 Studenten wurden verhaftet („SZ", 8./9. 6.77).

Der Kardinal von Sao Paolo und verschiedene Abgeordnete der Oppositionspartei MDB verteidigten die Aktionen der Studenten. Es sei natürlich und berechtigt, daß die Studenten gegen ihre Ausbildungsbedingungen protestierten und Demokratie fordern. Darüberhinaus wurde die Regierung aufgefordert, das Demonstrations- und Versammlungsverbot gegen die Studenten aufzuheben.

Die Regierung und ihre Partei (ARENA) antworteten darauf mit dem üblichen Hinweis auf die kommunistische Unterwanderung und die subversiven Absichten der Studenten und verhängte inzwischen die völlige Zensur gegen alle nach Brasilien eingeführten Bücher und Zeitschriften („Monitor-Dienst", 13.5.77 und „SZ", 8./9. 6.77).

Lateinamerika-Kommission

Ruhe zu ergreifen" („Monitor-Dienst", 13.5.77).
Die Regierung bot insgesamt 70.000 Polizisten auf, um gegen die
Der Kardinal von Sao Paolo und verschiedene Abgeordnete der Oppositionspartei MDB verteidigten die Aktionen der Studenten. Es sei na-
Brasilien eingeführten Bücher und Zeitschriften („Monitor-Dienst", 13.5.77 und „SZ", 8./9. 6.77).
Lateinamerika-Kommission



Lateinamerika-Kurzmeldungen

Gewerkschaftskongreß in Argentinien / Erklärung der Bischöfe

In Cordoba fand seit dem Putsch der erste von der Regierung genehmigte Gewerkschaftskongreß von 42 Einzelgewerkschaften statt. In einer Abschlußerklärung wurde die Militärregierung aufgefordert, Löhne und Gehälter zu erhöhen, inhaftierte Gewerkschafter freizulassen und die gewerkschaftlichen Freiheiten wieder zuzulassen.

Die katholische Bischofskonferenz Argentiniens hat ihre *„tiefe Beunruhigung"* über die zahlreichen Fälle von Verschwundenen zum Ausdruck gebracht, und die Errichtung einer gerechten Ordnung in Argentinien gefordert („Süddeutsche Zeitung", („SZ"), 21./22.5.77).

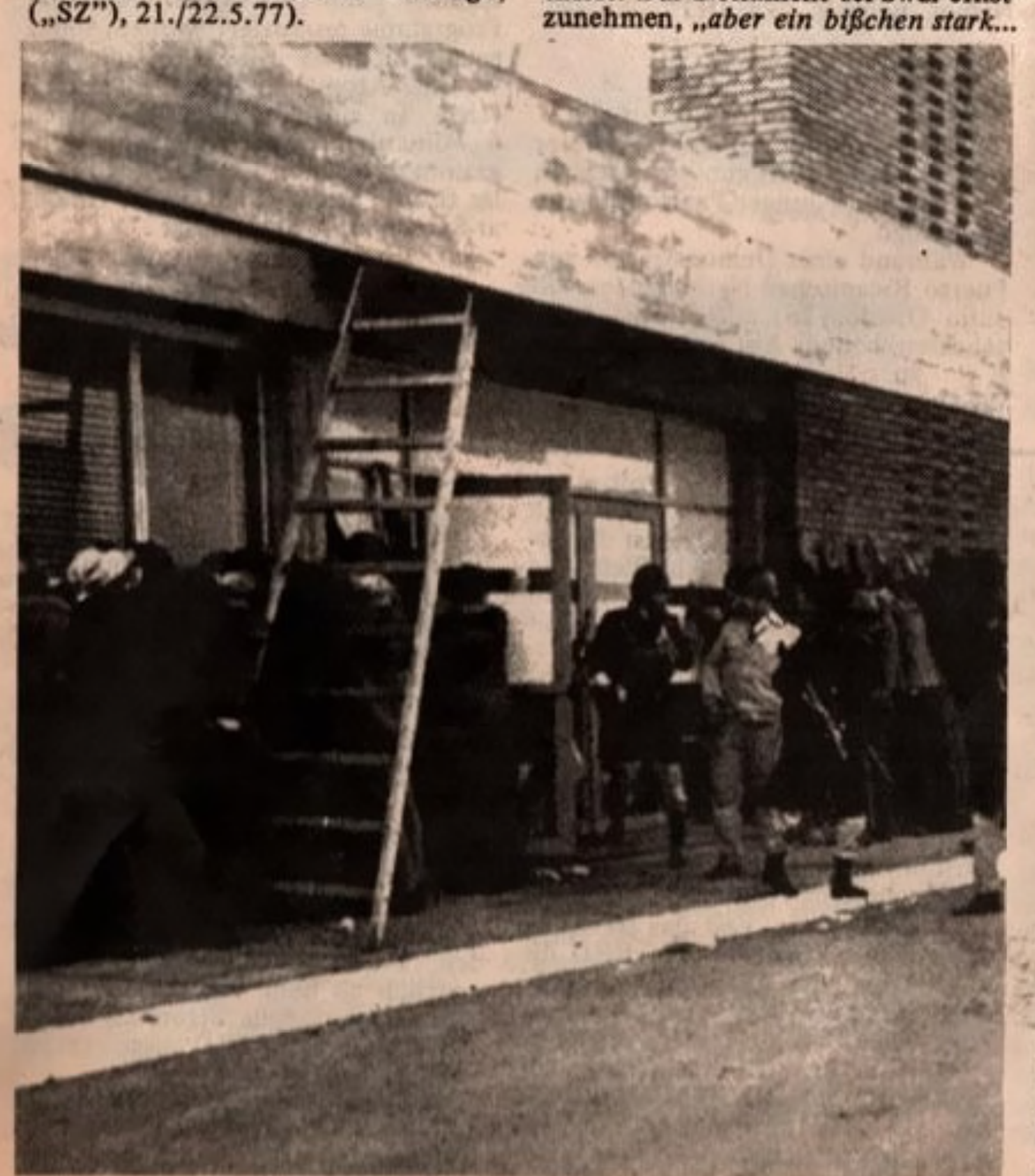
Dies ist eine der ersten Erklärungen der argentinischen Kirche gegen die Junta. Sie ist im Vergleich zu den Protesterklärungen brasilianischer Bischöfe äußerst vorsichtig und zurückhaltend.

Zum Schluß wird sogar ein gemeinsamer Nenner mit der Junta in der Ablehnung des Marxismus gefunden. *„Deswegen stehen wir vereint in unserer gemeisamen Ablehnung jeder Form des Marxismus, ohne zu unterstellen, daß die Arbeit für die Armen und Mittellosen systematisch als Marxismus beargwöhnt werden darf"* („Monitor-Dienst", 12.5.77).

Trotzdem hat der oberste - sogenannte - Militärseelsorger Argentiniens die Erklärung der Bischöfe kritisiert. Das Dokument sei zwar ernstzunehmen, *„aber ein bißchen stark..."* („Monitor-Dienst", 13.5.).

Der Protest der argentinischen Kirche gegen die Junta ist tatsächlich noch kaum entwickelt.

Mit leiser Kritik hat sich jetzt auch die Radikale Partei (UCR) zu Wort gemeldet. Sie forderte öffentlich die Aufhebung des Betätigungsverbots für die politischen Parteien („SZ", 6.6.77).

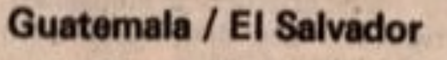


Razzia in Argentinien

Repression in Argentinien

Nach Angaben der argentinischen Polizei kam es am Morgen des 29.Mai zu harten Gefechten zwischen Sicherheitskräften und Guerilleros (wahrscheinlich von der ERP). 10 - 16 Guerilleros und eine ganze Anzahl von Mitgliedern der Sicherheitskräfte sollen dabei getötet worden sein.

Die Militärs haben versucht, ein Haus in einem Vorrort von Buenos Aires zu stürmen, wo sie eine Guerilla-Versammlung vermuteten. Das Militär setzte dabei einen Kampfhubschrauber ein, der das Gebiet mit Scheinwerfern ausleuchtete. Das verdächtige Haus wurde mit Bordfeuerwaffen unter Beschuß genommen. Das Haus wurde total zerstört, mehrere benachbarte Häuser wurden beschädigt. Es liegt nahe, daß auch unbeteiligte Anwohner verletzt wurden, worüber aber nichts bekannt wurde. („ap-al", Lateinamerikanische Nachrichtenagentur , 29.5.77)



Laut „Süddeutsche Zeitung" wurde der Montoneroführer Julio Roque bei einer Razzia von Militärs erschossen. Roque soll einer der wenigen aus der Montonero-Leitung gewesen sein, die nicht ins Ausland gegangen waren („SZ", 6.6.77).

Guatemala / El Salvador

In Guatemala wurde Ende Mai der Botschafter El Salvadors entführt. Die „Guerillaarmee der Armen" erklärte sich für die Entführung verantwortlich und forderte die Bekanntgabe eines Kommuniques auf der Jahreshauptversammlung der Interamerikanischen Entwicklungsbank (BID). In dieser Erklärung wurde die *„repressive Politik Guatemalas und El Salvadors"* und die Rolle der USA in diesen Ländern verurteilt. Dem entführten Botschafter wurden Morde an zahlreichen salvadorianischen Bauern vorgeworfen.

In diesem Fall wurden die Forderungen der Entführer erfüllt, die Erklärung der „Guerillaarmee der Armen" wurde vor der BID-Versammlung verlesen. Der Botschafter wurde kurze Zeit später freigelassen.

Erst vor einigen Wochen war der Außenminister Salvadors in San Salvador entführt worden. Da die Forderung nach Freilassung von über 30 politischen Gefangenen nicht erfüllt wurde, wurde der Außenminister vor einigen Tagen tot aufgefunden.

Daraufhin wurde eine massive Repressionskampagne eingeleitet:

- Die Nationalgarde hat in den Städten massenhaft Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgenommen.
- Ein Priester, der Verbindung zur Guerilla gehabt haben soll, wurde von einer faschistischen Gruppe, dem „weißen Kämpferverband", erschossen.
- Mehrere Bauern- und Gewerkschaftsführer und Priester sollen in verschiedenen Botschaften um Asyl nachgesucht haben.
- Der Leiter des Katholischen Rundfunks wurde zum Innenminister gerufen. Dort wurde eine „Warnung" ausgesprochen, weil die Programme des Senders Angriffe gegen die Regierung enthielten.
- In Kürze soll ein Treffen aller mittelamerikanischen Präsidenten stattfinden, offensichtlich um die gemeinsame Antiguerilla-Strategie zu intensivieren.

Insgesamt herrscht in El Salva-

Fortsetzung auf Seite 35

Fortsetzung von Seite 35

dor ein Klima der Spannung und Unsicherheit bezüglich der unmittelbaren Zukunft des Landes. Die Familie des getöteten Außenministers, die zu den reichsten in Salvador zählt, hat nicht nur in der Wirtschaft des Landes, sondern auch auf der Regierungsebene großen Einfluß („Monitor-Dienst", 16.5. und 13.5.77).

Die repressive Politik der Regierung wird bereits weiter verschärft und kann möglicherweise durch einen Regierungswechsel weiter vorangetrieben werden.

Panama

Angeblich wurden jetzt große Fortschritte in den Kanalverhandlungen gemacht. Es sei jetzt Einigkeit über die Dauer eines neuen Vertrages, über den Abzug der amerikanischen Truppen und das Ende der amerikanischen Rechtssprechung über die Kanalzone erzielt worden. Damit seien wichtige Teile für einen neuen Vertrag fertiggestellt. Über den konkreten Inhalt der Abmachungen wurde aber bisher nichts bekannt gegeben („SZ", 3.6.77 und „Monitor-Dienst", 1.6.).

Lateinamerikakommission

Montonero-Kongreß in Rom

Am 20. April 77 hatte sich der oberste Rat der argentinischen peronistischen Montonerobewegung in Rom versammelt. Auf einer Pressekonferenz wurde ein „Programm zur Befriedung und Befreiung" Argentiniens bekanntgegeben. Es soll eine nationale Befreiungsfront aufgebaut werden, die für ein Minimalprogramm aus fünf Punkten kämpft:

1) Rücktritt des Wirtschaftsministers, Vollbeschäftigung, Erhöhung des Reallohns auf das Niveau von Juni 73,
2) Rückgabe der Gewerkschaften an die Arbeiter,
3) volle Gültigkeit der Menschenrechte,
4) Wiederherstellung der demokratischen Freiheiten des Volkes,
5) Ausrufung von freien Wahlen ohne Einschränkungen (die Punkte sind gekürzt).

Dieser Schritt der Montoneros entspricht den Einschätzungen der Montoneros, die sie in ihrer Bilanz des Jahres 76 in ihrer Untergrundzeitschrift „Evita Montonera" Nr. 15 veröffentlichten.

Danach befinde sich der Volkswiderstand zwar in der strategischen Defensive, insgesamt sehe aber die Lage für die Militärjunta mehr als flau aus. Sie werde durch die Kämpfe der Arbeiter (z.B. die Streiks in der Auto- und Elektrizitätsindustrie) in ziemliche Bedrängnis gebracht, der Mittelstand kehre sich von den Militärs ab, weil er keinerlei politische Freiheiten erhalte. Die Junta könne die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht in den Griff bekommen und bringe so immer breitere Bevölkerungsschichten gegen sich auf. Auch international konnten nach Meinung der Montoneros wichtige Erfolge erzielt werden. So konnten Verbindungen zu einigen sozialistischen Ländern, (Kuba, Vietnam), zu palästinensischen Genossen, zu Amnesty und zum Russell-II-Tribunal geknüpft werden.

(Wir wollen uns in einem der nächsten AK's ausführlicher mit dieser unserer Meinung nach zu optimistischen Einschätzung auseinandersetzen.)

Lateinamerika-Kommission

Faschistenveranstaltung mit chilenischer Botschafterin

„Da das gegenwärtige Bild Chiles bei uns vielfältig verfälscht und zu propagandistischen Zwecken mißbraucht wird, sollten wir uns unbedingt von kompetenter Stelle informieren lassen." Unter diesem Tenor versammelten sich am 31.5.77 an die 300 Faschisten und ähnlich gesinnte Herrschaften in Hamburg, um sich einen Vortrag der chilenischen Botschafterin Lucia Gevert anzuhören. Und die Einladung (s. obiges Zitat) hielt was sie versprach. Man wurde über das Elend der Bevölkerung zur Zeit Allendes informiert, über seinen Verrat der Landreform, über seine Terrorherrschaft und über die Wahlmanipulationen, mit der Allende überhaupt nur die 2/3 Mehrheit zustandebrachte. Und dann konnte man sich über das heutige Chile informieren: Endlich wieder Freiheit, Wirtschaftsaufschwung, Gerechtigkeit, endlich wirklich Milch für alle kleinen Kinder und Zustimmung der Bevölkerung zur Pinochet-Diktatur (angeblich würden nach einer Meinungsumfrage 75 % der Bevölkerung die Junta unterstützen!).

Alles, was in der BRD über Chile berichtet werde (sei es über Terror oder über Hungersnöte und Arbeitslosigkeit) sei „ein abgekartertes Spiel des Weltkommunismus"!

Auch ein anwesender Demokrat, dem dies alles zu bunt wurde und der nachfragte, ob diese Frau Botschafterin sagen wollte, daß es keine Folter in Chile gebe und das der Fall Ackerknecht erfunden sei, bekam nach entsprechenden Mißfallensäußerungen der meisten Anwesenden die „passende" Antwort: Man brauche sich nur anzugucken, wer Ackerknecht als Folterer denunziert habe, nämlich ein Terrorist und MIR-Mitglied, der schon während der Allende-Regierung als Gefängnis-Direktor mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sei, da er unrechtmäßig MIR-Mitglieder freigelassen habe. Wenn man das weiß, könne man doch auf die Unglaubwürdigkeit der Aussagen schließen. Tosender Beifall im Saal!

Es ist eine Schande, daß es diesem faschistischen Gesindel immer noch möglich ist, sich ungestört zu treffen und ihre Lügenmärchen zu verbreiten! Besonders, da der Terror in Chile absolut nicht abnimmt, sondern im Gegenteil, die Zahl der Verschwundenen oder tot aufgefundenen Widerstandskämpfer ebenso zunimmt, wie der Hunger und die Arbeitslosigkeit, sollte es eine Aufgabe der Solidarität mit dem chilenischen Volk sein, solche Treffen weder in Hamburg noch anderswo zuzulassen!

Keinen Fußbreit den Faschisten!

Lateinamerika-Kommission



nahost

Neue Wege der PLO-Führung?

Nachdem im Politischen Kommunique des 13. Palästinensischen Nationalrates (März 1977; s. AK 103) nicht mehr explizit von der Befreiung ganz (!) Palästinas die Rede war und auch der Kampf gegen die reaktionären arabischen Regimes, besonders gegen das reaktionäre Hussein-Regime in Jordanien, nicht mehr erwähnt wurde, scheint die PLO-Führung unverkennbar weitere Schritte zu unternehmen, die nur darin enden können, den zionistischen Staat Israel anzuerkennen und sich mit der Errichtung eines Ministaats auf einem Teil Palästinas zufriedenzugeben. Diese Einschätzung wird durch den ersten offiziellen Kontakt der PLO mit einer israelischen Partei sowie durch Berichte aus irakischen Quellen über eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen der PLO und den reaktionären arabischen Regimes in Syrien, Ägypten und Jordanien abgestützt.

Kontaktaufnahme mit der RAKACH

Vom 4. bis zum 6.Mai 77 trafen sich Delegationen der PLO und der RAKACH (revisionistische KP in Israel) zu Gesprächen in Prag. Die PLO Delegation wurde angeführt von Abu Scharar, Mitglied des Revolutionsrates von Al Fatah, und Issam Abdel Latif, Mitglied des Politischen Büros der DFLP (Demokratische Front).

Dies war der erste offizielle Kontakt der PLO mit einer israelischen Partei (schon vorher hatte es eine Reihe von geheimen Kontakten zwischen der PLO und zionistischen Vertretern Israels z.B. in Paris gegeben), der auf eine Resolution während des 13. Palästinensischen Nationalkongresses zurückgeht. Damals waren diese Kontakte in Übereinstimmung mit dem Punkt 14 des Politischen Kommuniques des 13. Palästinensischen Nationalrates beschlossen worden.„*Der Palästinensische Nationalrat bekräftigt die Wichtigkeit der Beziehungen und Koordination mit jüdischen demokratischen und fortschrittlichen Kräften innerhalb und außerhalb der besetzten Heimat, die gegen den Zionismus als Ideologie und Praxis kämpfen...*" (zit. nach: „3.Welt Magazin", 4/77, S.17). Der Sender „Stimme Palästinas" (Kairo, 4.5.77, zit. nach „Monitor-Dienst", „MD", 6.5.77) begründete die Zusammenkunft mit der RAKACH damit, daß *„die kommunistische RAKACH Partei bekannt (ist)für ihre Sympathie für die Sache der Palästinenser und für die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes. Sie tritt für die Aufhebung der zionistischen Ideologie und für die Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Palästina ein".*

Dies entspricht allerdings nicht ganz den Tatsachen, bzw. ist offenbar bewußt irreführend. Man kann schlechterdings nicht ehrlich für die Aufhebung der zionistischen Ideologie eintreten, ohne auch für die „Aufhebung" des zionistischen Staates Israel einzutreten - was die RAKACH aber nicht tut. Es wird sich so in der Mitteilung des Senders „Stimme Palästinas" auch um eine klare Aussage herumgedrückt, daß die RAKACH mit der „Etablierung eines unabhängigen palästinensischen Staates in Palästina" die Errichtung eines solchen Staates in einem Teil Palästinas meint. Die RAKACH hat auf ihrem 18. Parteitag im Dezember 1976 dies gerade noch einmal bekräftigt, daß sie für den Rückzug Israels aus den seit 1967 besetzten Gebieten unter Anerkennung des Staates Israel (!) und für die Gründung eines palästinensischen Ministaates im Westjordanland und im Gaza Streifen eintritt („Neue Zürcher Zeitung", NZZ, 18.2.77). Dies entspricht nun genau der Politik der Sowjetunion. Radio Moskau („MD", 10.5.77) hob genau diesen Gesichtspunkt in einer Sendung über das Treffen von RAKACH und PLO hervor.

Die PLO-Führung sah sich gezwungen, im nachherein zu dementieren, daß das Treffen mit der RAKACH ein Indiz für die Bereitschaft der PLO sei, *„das zionistische Gebilde anzuerkennen"*(MD, 16.5.77) - dies bei einem ersten offiziellen Treffen mit einer israelischen Partei zuzugeben, wäre ja auch ein zu offensichtlicher Verrat an dem Wortlaut des Politischen Kommuniques, das eine Anerkennung Israels ausschließt, und hieße im Übrigen, eine Trumpfkarte für die Verhandlungen um einen Ministaat ohne Gegenleistung aus der Hand zu geben.

In diesem Zusammenhang ist es auch zu sehen, daß nach Abschluß des Zusammentreffens ein völlig inhaltleeres Kommunique herausgegeben wurde, das nichts weiter als die Namen der Delegationsteilnehmer enthielt und betonte, daß *„dieses Treffen der Beginn zunehmender Kontakte zwischen diesen beiden Seiten und anderen demokratischen und fortschrittlichen Kräften sein werde"* („MD", 9.5.77).

Außerdem wurde nach dem Treffen von Differenzen gesprochen, die mit der Anerkennung Israels zusammenhängen. So erklärte Burstein, Mitglied der RAKACH-Delegation, daß es Probleme gäbe, bei denen es zwischen den beiden Delegationen keine Übereinstimmung gegeben habe („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 9.5.77).

Bemerkenswert ist weiter, daß der PLO-Delegation Arabi Auuad, Mitglied des ZK der revisionistischen „KP" Jordaniens, angehörte. Die „KP" Jordaniens vertritt in der Palästinenserfrage ein noch rechteres Programm als die RAKACH.

Ganz offensichtlich aber muß dieses Treffen mit dem „augenzwinkernden Einverständnis" der israelischen Regierung abgelaufen sein. Wir erinnern uns: Im Dezember 1972 verhaftete die israelische Polizei zahlreiche israelische Kommunisten arabischer, sowie auch hebräischer Abstammung, die den beiden antizionistischen Gruppen „Rote Front" und „Revolutionärer Kommunistischer Bund"(Abspaltung der MAZPEN) angehörten. Diese Gruppen waren dem Ziel des palästinensischen Widerstands - demokratischer jüdisch - arabischer Staat in ganz Palästina eng verbunden und hatten Kontakte zum palästinensichen Widerstand. Hieraus wurde - um von solcher Zusammenarbeit abzuschrekken - der „Spionage"-Vorwurf abgeleitet und die Genossen wegen „Landesverrats" angeklagt und zu Gefängnisstrafen bis zu 17 Jahren verurteilt.

PLO-Führung festigt Zusammenarbeit mit arabischer Reaktion

Aus Berichten irakischer Quellen (die uns glaubwürdig erscheinen, auch wenn uns dazu von anderen Seiten noch keine weiteren Belege vorliegen) geht hervor, daß an dem freundschaftlichen Händeschütteln zwischen Yassir Arafat und dem jordanischen Palästinenserschlächter König Hussein – um nur ein Beispiel zu nennen – doch mehr war als mancher Verteidiger der offiziellen Linie der PLO-Führung sehen möchte.

Die Zusammenarbeit zwischen PLO und den reaktionären arabischen Regimes in Syrien, Ägypten und Jordanien wird nunmehr institutionalisiert. Das PLO-Kommando und das syrische Regime hat einen Koordinierungsausschuß gebildet, dem auf syrischer Seite Außenminister Khaddam, Nadschi Dschamil und Hikmat Asch-Schihabi, von Seiten des PLO-Kommandos Salah Khalaf, Nahmud Abbas und Abu Salih angehören. Nach Angaben der Zeitung „ As-Safir" traf sich der Ausschuß, dessen PLO-Delegation in ständigem Kontakt mit Arafat steht, am 23.5. in Damaskus. Der Ausschuß soll die Verwirklichung des Kairoer Abkommens erörtern und die Arbeit des arabischen Viererausschusses erleichtern. Ein nächstes Treffen soll die Regelung und Kontrolle der palästinensischen Bewegung im Libanon zum Thema haben (Nach Radio Bagdad, 24.5.,zit.nach „MD", 26.5).

Eine Woche später wurde nach einemTreffen zwischen dem ägyptischen Außenminister Fahmi und Faruk Al-Khaddumi, Chef der Politischen Abteilung der PLO, die Entscheidung getroffen, daß in naher Zukunft ein gemeinsames ägyptisch-palästinensisches Kommitee für politische und militärische Koordination gebildet wird, ähnlich dem Koordinationsausschuß zwischen Syrien und PLO-Kommando (Radio Bagdad,26.5., nach „MD", 27.5.77).

Nach Meldung der Zeitung „Ath Thaura" (19.5.) wird auf Beschluß des PLO-Exekutiv-Komitees (am 14.5.) der jordanisch-palästinensische Dialog am 25.5., dem jordanischen Unabhängigkeitstag, wiederaufgenommen. (MD, 27.5.77)

Nahost-Kommission

„Wahlen" in Marokko — ein Schritt zur „Demokratisierung"?

Am 3.Juni fanden in Marokko und in der Westsahara Parlamentswahlen statt, an denen sich wie bei den Kommunalwahlen 1976/77 zum ersten Mal seit 15 Jahren auch die Parteien der legalen Opposition beteiligten. Wie erwartet, kam es zu einem hohen Sieg der „Unabhängigen"(= Monarchisten), die 81 der 176 Mandate erhielten. 88 Mitglieder werden noch zusätzlich aus Gemeinderäten und Berufsorganisationen gewählt; da die Behördenmitglieder, die wählen, mehrheitlich „Unabhängige" sind, dürften diese 88 Sitze den „Unabhängigen" nahezu vollständig sicher sein.

Diese „ Unabhängigen" sind tatsächlich Regierungskandidaten ; sie können praktisch auch auf die 29 Sitze der „ Volksbewegung" (MP) zählen, die sich kaum eine Kritik an dem herrschenden Regime erlaubt.

Demgegenüber stehen 45 Sitze der rechtsstehenden Istiqlal-Partei, die das Bank- und Industriekapital in Marokko vertritt, 16 Sitze der sozialdemokratischen USFP und 1 Sitz der „Partei für Fortschritt und Sozialismus"(PPS), der herabgewirtschafteten ehemaligen KP. Und auch von diesen wird der größte Teil, nämlich die Istiqlal-Partei , bereit sein, mit der Regierung zusammenzuarbeiten.

Diese Zusammenarbeit hat mit Wahlvereinbarungen praktisch begonnen. Das relativ gute Resultat der Istiqlal wird nämlich damit erklärt, daß zwischen ihr und den „Unabhängigen" Abmachungen bestanden. Danach verzichtete die Istiqlal in bestimmten Wahlkreisen, in denen die „ Unabhängigen" stark waren, auf die Aufstellung von Kandidaten, während als Gegenleistung in anderen Wahlkreisen die regierungsfreundlichen Gruppen Istiqlal unterstützten („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ",7.6.77).

Die USFP hat sich darauf nicht eingelassen und bleibt praktisch als einzige Partei in einer gewissen Opposition. Dies hängt allerdings auch mit der Basis der USFP zusammen, die sich teilweise noch auf Mehdi Ben Barka beruft, einen echten Oppositionellen, der 1965 in Paris ermordet wurde, und sich nicht für eine Teilnahme an den „Wahlen" entscheiden konnte.

Für die USFP- und PPS-Führung besteht die Gefahr, daß viele, besonders die jüngeren Mitglieder und Sympathisanten, den reformistischen Kurs nicht mehr mitmachen und sich an den revolutionären Gruppen (wie z.B. „Ilal Amam" oder „Gruppe 23.März") orientieren, die ihnen keine „Demokratisierung" des Systems auf die Nase binden und die „Wahlen" als das bezeichnen, was sie sind: eine Farce. Als ein Zugeständnis an die Basis kann man es auch sehen, daß die USFP im Gegensatz zur Istiqlal keine Kandidaten in der Westsahara aufgestellt hat.

Immerhin bedeutet die Teilnahme der USFP an den „Wahlen"(offenbar in der irrigen Annahme eines großen Stimmengewinns) ein weiteres Abrücken von einer früher tatsächlich noch ausgeübten Oppositionsrolle.

1962 hatte die Istiqlal noch für die 1.Verfassung gestimmt, während die sozialdemokratische UNFP - aus der sich später die USFP abspaltete- diese Abstimmung boykottierte.

Fortsetzung auf Seite 36

Fortsetzung von Seite 35

1963 und 1969 weigerten sich beide Parteien, an den „Kommunalwahlen" teilzunehmen. 1970 riefen sie mit dem Gewerkschaftsbund UMT die Wähler auf, den vom König ausgeheckten Verfassungsentwurf zurückzuweisen, und boykottierten die „Wahlen". 1972 lehnten sie den 3. Verfassungsentwurf ab.

Dieser Boykott wurde jahrelang praktiziert, weil die Oppositionsparteien Bedingungen an ihre Teilnahme stellten, die nie erfüllt wurden: zum einen, daß eine konstituierende Versammlung gewählt werden sollte, die als einzige eine Verfassung erarbeiten dürfe, zum anderen demokratische Freiheiten und die ordentliche Durchführung der Wahlen.

Mit der Beteiligung an den jetzigen „Wahlen" haben die Parteien stillschweigend die Verfassung von 1972 anerkannt und weitestgehend auf die Erfüllung der Bedingungen verzichtet. Die Oppositionsparteien selbst sehen es allerdings anders und tun so, als seien ihre Forderungen nach mehr Demokratie erfüllt. Auf dem 25. Parteitag der KPdSU meinte Ali Yata, der Führer der PPS: „*Mit unserer Taktik des Bündnisses aller antiimperialistischen Kräfte haben wir, gestützt auf den Kampf der breiten Volksmassen, bedeutende Erfolge errungen, haben wir erreicht, daß unsere Partei legal arbeiten kann, haben wir Koalitions-, Rede-, und Versammlungsfreiheit erkämpft. So hat unser Land einen würdigen Platz unter den afrikanischen Staaten eingenommen, in denen die Demokratie respektiert wird (!) und wo die Arbeiterklasse, das werktätige Volk, die Möglichkeit haben, ihre legitimen Rechte zu verteidigen.*" (Extradienst, „ED", 15.3.77).

Entsprechende Darstellungen geben auch die anderen Oppositionsparteien. Nach den „Kommunalwahlen" im November 1976 protestierten sie allerdings gegen das Wahlergebnis, weil es durch offene Fälschung zustande gekommen war. (siehe auch AK 95, S.38).

Die Parteien werfen den Behörden vor, ihre Repressionsmaßnahmen verschärft zu haben, besonders im Hinblick auf die „Parlamentswahlen", weil die Opposition in manchen grösseren Städten bei den „Kommunalwahlen" die Mehrheit erreichte. „*Fast täglich bringen die Zeitungen der Istiqlal und der USFP Berichte über Drohungen (z.B. mit Entlassungen) gegen Parteimitglieder, über die Versetzung von Beamten, die sich zu einer Oppositionspartei bekennen, an abgelegene Orte, über Behinderung von Parteivertretern bei der Ausübung ihrer Funktionen als Gemeinderäte und über Einschüchterungsversuche(auch mit „physischen" Mitteln)*", (NZZ, 1.5.77)

Um den „Demokratisierungsprozeß" angesichts dieser Tatsachen glaubwürdig zu machen, berief Has-



Hassans Sichtweise

san II Anfang März die Führer der Istiqlal (Mohamed Boucetta), der USFP(Abderrahim Bouabid), der MP (Mahjoubi Aherdane) und der Demokratischen Volksbewegung (Abdel Krim Al-Khatib) ins Kabinett und zwar als Minister ohne Geschäftsbereich(!). Sie sollten praktisch nur zu Wahlfragen Stellung nehmen und die „Wahlen" mitvorbereiten. Die Parteien akzeptierten den Eintritt in die Regierung unter dem Vorwand, besser die „Wahlen" überwachen zu können.

Ein erster „Erfolg" des Mitmachens der Opposition wurde die Aufhebung der Pressezensur, Mitte März genannt. Nach der Auflösung des Parlaments 1971 waren alle oppositionellen Zeitungen der Zensur unterworfen worden. Bezeichnenderweise gilt die Aufhebung der Zensur nicht für die französische Zeitung „Le Monde", die wegen der Berichterstattung über Prozesse gegen die revolutionäre Opposition verboten wurde.

Auch bei den „ Wahlen" wurden die Forderungen der Opposition berücksichtigt: Jede Partei erhielt für ihre Wahlzettel landesweit eine einheitliche Farbe, damit die Vertreter des Regimes bei den vielen Analphabeten nicht im Trüben fischen könnten. Weiter wurden Kopien der Auszählungsprotokolle in den Wahllokalen verteilt. Ebenso wurden die grössten „ Unregelmäßigkeiten" in den Wählerlisten beseitigt.

Warum solche Zugeständnisse? Das Regime weiß, was es an der legalen „Opposition" hat: in der Westsahara-Frage steht sie mehr oder weniger hinter dem Regime. Die Kriegshetze gegen Algerien von seiten der Istiqlal und der USFP- Führer geht teilweise noch über die der Regierungsvertreter hinaus. Istiqlal z.B. behauptet, Marokko hätte die ganze Westsahara haben können, wenn der König nicht so zögernd vorgegangen wäre („NZZ", 11.5.77). Bouabid von der USFP meinte: „*Wenn es notwendig ist, wird Marokko dort zurückschlagen, wo die Angriffe herkommen, nämlich Tindouf*(Bei dem algerischen Tindouf stehen die grössten Flüchtlingslager der Saharauis, Anm. Red.) *welche Konsequenzen das auch haben mag*"(„Afrique/ Asie", 30.5.77). Die meisten Oppositionsführer machten Goodwill-Touren in der ganzen Welt , um die marokkanische Besetzung der Westsahara zu begründen.

Der Burgfrieden und die „nationale Einheit" sind u.a. eine notwendige Absicherung für die marokkanische Außenpolitik (vgl. AK 104). Um nach außen zu demonstrieren, wie die „Demokratisierung" voranschreitet, ist das Regime auf das Mitspielen der Parteien angewiesen. Durch die Wahl des PPS-Führers Ali Yata (angeblich mit Regierungshilfe, „NZZ", 7.6.77) kann man sogar einen „Kommunisten" im Parlament nachweisen - freilich einen, der das Geschwätz über „Demokratie" in Marokko zum Nutzen des Regimes eifrig nachplappert.

Ein tatsächlicher Wahlboykott hätte dem neuen „demokratischen" Image natürlich wieder geschadet - vor allem innenpolitisch, denn die Oppositionsparteien repräsentieren den breiter werdenden „ modernen Sektor" des Volkes (besonders die Stadtbevölkerung), während das Regime praktisch nur in den feudalistischen Kreisen und in der Armee Rückhalt hat.

Angesichts einer Politik, die Marokko in zunehmende wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen und die Abhängigkeit vom Ausland verstärken wird, (ein Drittel des gesamten Budgets sind Militärausgaben; nach einer UN-Studie wird Marokko 1980 nach Ägypten und Zaire das am stärksten verschuldete Entwicklungsland sein) und entsprechende Folgen für die marokkanische Bevölkerung haben muß, ist eine (scheinbare) Einbeziehung der legalen „Opposition" wichtig.

Nachdem die Hoffnungen der USFP auf ein gutes Abschneiden bei der Wahl-Farce wie voraussehbar betrogen wurden, mußte USFP-Chef Bouabid nun auch mit etwas Verspätung die Manipulation beim Namen nenn und kündigte seinen Rücktritt als Minister an. Er meinte, das von ihm selbst mit vorgegaukelte „Experiment Demokratie" sei aufgrund der Manipulationen und Fälschungen „gescheitert". Die Partei wolle bald entscheiden, ob ihre Abgeordneten die Mandate niederlegen sollten. (Süddeutsche Zeitung, 7.6.77).

Wieweit dies nur Wortradikalität ist, wird sich bald erweisen.

Zu vermerken ist auch, daß die politisch sehr ähnliche UNFP vorsichtiger taktiert als ihre Abspaltung USFP und die Wahlen schon von vornherein boykottiert hatte.

Wenn sich eine solche Tendenz weiter durchsetzt, d.h. praktisch die „Wahlen" und den „demokratischen "Rummel früh genug als Farce erkannt wird, ist damit zu rechnen, daß die Repression wieder stärker auf konsequente Mitglieder der legalen Parteien ausgeweitet wird, die im letzten Jahr in Anbetracht der „Wahlen" auffällig geschont worden waren. Unter anderm hat die Ermordung des USFP- Führungs-Mitgliedes Omar Benjelloun 1976 gezeigt, daß nur bedingtes Wohlverhalten dem feudalistischen Regime nicht genügt.

Nahost-Kommission

Sowjetunion und Marokko: Standpunkte sehr ähnlich

Die Zulassung der marokkanischen KP (PPS) zu den Wahlen war der Sowjetunion offenbar noch eine Gegenleistung wert. Nach einem Gespräch mit König Hassan II verkündete der Leiter der Abteilung für Afrikafragen des sowjetischen Aussenministeriums, Swedow: „*Wir hatten einen Meinungsaustausch über verschiedene internationale Fragen, über die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern und über die Lage im Nahen Osten. Ich stellte fest, daß die Standpunkte der Sowjetunion und Marokkos einander außerordentlich nahe oder ähnlich sind. Wie immer hat seine Majestät König Hassan II tiefe Kenntnisse in internationalen Fragen gezeigt*" (Radio Rabat nach „Monitordienst", 12.5.77). Das heißt konkret, daß die Sowjetunion sowohl die Annektion der West-Sahara als auch die Intervention in Zaire im wesentlichen akzeptiert – ein neues Beispiel dafür, daß sie als Gegenleistung für Beziehungen zu reaktionären Regimes zu jeder Lobhudelei und jedem Verrat an Befreiungsbewegungen bereit ist.

Nahostkommission

Zur Außenpolitik der VDR Jemen

Kennzeichnend für die bisherige Politik der VDR Jemen (Südjemen) war, daß sie u.a. den Kampf der „Volksfront zur Befreiung Omans" (PFLO) gegen das Regime des Sultans Qabus in Oman unterstützt hat. In letzter Zeit hört man nun immer wieder Gerüchte über einen Kurswechsel der Politik der VDR Jemen.

Anfang April dieses Jahres wurde über arabische Nachrichtenmedien verbreitet, daß Saudi-Arabien erfolgreich zwischen der Volksdemokratischen Republik Jemen (VDRJ) und dem reaktionären Sultanat Oman vermittelt habe. Dieser Meldung zugrunde lag eine offizielle omanische Quelle, in der behauptet wurde, daß „*die Bemühungen Saudi-Arabiens voll erfolgreich waren, wie der an der südlichen Grenze des Sultanats (zur VDRJ) herrschende absolute Friede und die dort eingekehrte Ruhe zeigen*" („Saudi Review", 2.4.77). In der omanischen Quelle wurde außerdem behauptet, daß „*die Anstrengungen der Bruder- und befreundeten Länder fortgeführt würden, um den Frieden zwischen den beiden Staaten zu stärken und alle Hindernisse zu beseitigen, die die Beziehungen zwischen dem Sultanat von Oman und der Volksdemokratischen Republik Jemen beeinträchtigen*" („Saudi Review", 2.4.77). Zwei Wochen später wußte eine iranische Zeitung von dem Ausbruch einer Krise zwischen der südjemenitischen Regierung und der in der omanischen Provinz Dhofar operierenden Befreiungsfront (PFLO) zu berichten. Hier berief man sich auf die Meldung in einer kuwaitischen Zeitung („Al-Yakza"), derzufolge militärische Kader der PFLO von jemenitischen Behörden beim Grenzübertritt nach Dhofar festgenommen worden seien. Erklärt wird dieser angebliche Vorfall wiederum mit der Annäherung zwischen Oman und der VDRJ: „*Nach dem Vierergipfeltreffen kürzlich in Taiz (Nordjemen), auf dem die Staatschefs von Sudan, Somalia, Nord- und Südjemen über die Zukunft des Roten Meeres beratschlagt haben, wurde vom sudanesischen Präsidenten Gaafar Al Numeiry die Annäherung zwischen dem marxistischen Regime in Aden und dem Sultanat Oman bekanntgegeben*" („Journal de Teheran", 12.4.77). Über den Grenzzwischenfall liegen uns keine verlässlichen Quellen vor, vermutlich ist er erfunden oder total entstellt. Interessanter ist ein Dementi der VDRJ bezüglich der behaupteten Annäherung an Oman:

„*In einer Erklärung gegenüber der Adener Nachrichtenagentur bestätigten verantwortliche Kreise in der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen, daß die*



ständigen Berichte dieser Nachrichtenagentur unbegründet seien. Sie erklärten, die Haltung der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Jemen dieser Frage gegenüber beruhe auf dem Einsehen und der Kenntnis der Gefahren, sowohl auf interner als auf nationaler Ebene, die aus dem Risiko entstünden, daß ein arabisches Volk und Gebiet einer ausländischen Invasion ausgesetzt sei. Den verantwortlichen Kreisen zufolge bestehe das Problem durch die iranische Präsenz und auch wegen der fortgesetzten Präsenz der ausländischen Militärstützpunkte auf arabischem Gebiet in Oman" („Monitor-Dienst", 12.4.77 nach „Radio Aden", 5.4.). Auffallend an diesem Dementi ist, daß nur die üble Rolle, die der Iran mit seinen mörderischen Offensiven in Dhofar spielt, sowie die imperialistischen Militärstützpunkte genannt werden, die arabischen Unterdrücker aber (der Sultan Qabus selbst, sein Finanzier Saudi-Arabien und die jordanischen Söldnertruppen) überhaupt nicht erwähnt werden. Diese Tatsache deckt sich mit der Behauptung der „Oman-Hilfe", Frankfurt, daß die jemenitischen Massenmedien zwar die Nachrichten der PFLO noch brächten, aber die Rolle Saudi-Arabiens und der Vereinigten Arabischen Emirate nicht mehr erwähnte und auch über Präsenz und Funktion der jordanischen Truppen in Oman schwiegen, dagegen weiterhin über die Rolle Persiens berichteten („3. Welt-Magazin" („3WM"), März 77).

Politik der „friedlichen Koexistenz"

Der beschriebenen Zurückhaltung im propagandistischen Bereich entspricht die seit mehr als einem Jahr zu beobachtende verstärkte Zusammenarbeit der VDRJ mit den arabischen Nachbarländern, die allesamt reaktionäre Regimes haben. Die VDR Jemen reagiert damit offenbar auf den starken reaktionären Druck, der zur Zeit auf alle „Außenseiter" im arabischen Raum ausgeübt wird. Die jemenitische Regierung versucht offenbar daraus Nutzen zu ziehen und die aus dem anti-imperialistischen Kurs resultierende politische und ökonomische Isolation innerhalb der Staaten der Arabischen Liga aufzubrechen, um die immensen Schwierigkeiten beim wirtschaftlichen Aufbau des von den Briten während ihrer Kolonialherrschaft total unterentwickelt gehaltenen Landes mit ausländischer Hilfe zu lösen.

Deutlich geworden ist diese Linie bei der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Saudi-Arabien im März 1976. Die „Normalisierung" der Beziehungen erfolgte „*auf der Basis der arabischen Brüderlichkeit, guter Nachbarschaft, ... Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten mit Blick auf die Erreichung der Sicherheit und Stabilität der Arabischen Halbinsel und die Interessen der arabischen Nation gegen fremde Einmischung*" (aus dem gemeinsamen Kommuniqué, in „Saudi Review", 11.3.76). Die von den bürgerlichen Massenmedien bis heute verbreitete Behauptung, die VDRJ habe einen Riesenkredit von Saudi-Arabien erhalten als Gegenleistung für das Versprechen, die PFLO nicht mehr zu unterstützen, ist wohl nur dem Wunschdenken der Imperialisten entsprungen.

Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen hat aber eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit eingeleitet. Jüngstes Beispiel hierfür ist die Zusage Saudi-Arabiens, die im April nationalisierte Adener Erdölraffinerie (1954 von den britischen Kolonialherren gebaut und bisher im Besitz der British Petroleum) mit saudischem Erdöl zu versorgen; mit Kuwait, Libyen und der VAE (Vereinigte Arabische Emirate) wird noch verhandelt. Diese Zusage ist von eminenter wirtschaftlicher Bedeutung, da im Lande selbst (bisher) keine Erdölquellen entdeckt wurden und die Adener Raffinerie zu den Haupteinnahmequellen des Staates zählt.

In dieselbe Richtung wie die Annäherung an Saudi-Arabien gehen die im Feb. 1977 wiederaufgenommenen Vereinigungsbestrebungen mit der reaktionären Arabischen Republik Jemen, die in völliger politischer und ökonomischer Abhängigkeit von Saudi-Arabien gehalten wird; einen ersten Schritt zur politichen Zusammenarbeit stellt dabei der Beschluß dar, sich gegenseitig in den Ländern zu vertreten, wo nur einer der beiden jemenitischen Staaten diplomatische Beziehungen unterhält.

Auch die oben erwähnte Teilnahme an dem Gipfeltreffen der arabischen Anrainer des Roten Meeres ist ein Anzeichen für die Tendenz der südjemenitischen Integration in die „gesamtarabische" Politik, die trotz anti-imperialistischer Elemente getragen wird von der arabischen Reaktion, was in jüngster Zeit sehr deutlich wurde im Zusammenhang mit dem libanesischen Bürgerkrieg. Ende Oktober 1976 stimmte auf der gesamtarabischen Gipfelkonferenz in Kairo auch die VDRJ wie alle anderen Staaten der Arabischen Liga mit Ausnahme Iraks für das von der arabischen Reaktion und im Interesse des US-Imperialismus in Riad ausgeheckte Neun-Punkte-Programm zur Beendigung des libanesichen Bürgerkrieges, mit dem die Rolle Syriens im Libanon anerkannt und unterstützt wurde. Nach Angaben der „Oman-Hilfe", Frankfurt, die ihre Behauptung allerdings nicht belegt, soll die VDRJ sich sogar bereit erklärt haben, sich mit einem eigenen Truppenkontingent im Libanon neben Syrern, Saudi-Arabern und Kuwaitern zu beteiligen („3WM", März 1977).

Wir sollten, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist, die Politik der VDRJ gegen Unkenrufe von rechts und „links" verteidigen. Es ist das gute Recht eines jeden fortschrittlichen Landes, seine Interessen gegen äußeren Druck zu sichern und hierbei auch taktische Kompromisse zu schließen.

Mit Mißtrauen sollten wir auch betrachten, daß die Revisionisten die VDRJ als neues Beispiel für die „friedliche Koexistenz" entdeckt haben. Die „Einheit" 1/77 kommentiert, daß es für die VDRJ darum geht „*die Außenpolitik als wichtigen Faktor zur Sicherung günstiger internationaler Bedingungen für die erfolgreiche Erfüllung der Aufgaben der nationaldemokratischen Revolution zu nutzen.*" Das idyllische Bild von der „friedlichen Koexistenz" stimmt nämlich für die VDRJ in keiner Weise. Saudi-Arabien, das sich zur Hauptaufgabe gemacht hat, die arabische Reaktion zu finanzieren und revolutionäre Bewegungen mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen, stellt für die VDRJ nach wie vor eine ständig wachsende tödliche Bedrohung dar.

Was die Unterstützung der omanischen Revolution betrifft, die sich zur Zeit aufgrund militärischer Rückschläge gegenüber den iranischen Invasoren in einer sehr schwierigen Phase befindet, so scheinen die Meldungen in der imperialistischen Presse, nach denen die VDRJ die PFLO nicht mehr unterstützt, jeglicher Grundlage zu entbehren. In dem politischen Bericht, den die PFLO auf ihrem 3. Solidaritätskongreß in Paris, 4.-8.2.77, vorlegte, heißt es ausdrücklich: „*Bevor ich den Bericht abschließe, möchte ich die Haltung der Demokratischen Republik Jemen betonen, eine Haltung der Solidarität des Volkes, der Organisationen und der Regierung*" („Palästina-Nachrichten", Feb. 77).

Nahost-Kommission

Falsche Unterschrift?

Zum Leserbrief im letzten AK haben wir nun noch eine Berichtigung erhalten. Wir betonen ausdrücklich, daß wir selbstverständlich den Leserbrief einschließlich Unterschrift *(„AK-Leser, GUAS, Generalunion Arabischer Studenten")* wortwörtlich unverändert abgedruckt haben. Wir waren berechtigt anzunehmen, daß der Brief ein offizieller GUAS-Brief ist, da er von einem uns bekannten offiziellen GUAS-Vertreter verfaßt und überbracht worden ist. Wir sind natürlich nicht dafür verantwortlich, wenn der GUAS-Vertreter dann nicht die Billigung seiner Organisation erhält.

Nahost-Kommission

Berichtigung

Bei dem Leserbrief im letzten ARBEITERKAMPF (AK 105, S. 44) handelt es sich bei der Unterschrift um ein Mißverständnis. Richtig muß es heißen „ein AK-Leser", der M i t g l i e d der GUAS (Generalunion Arabischer Studenten) ist. Der Leserbrief drückt selbstverständlich nur die Meinung des einen Genossen aus, der Brief ist k e i n e Stellungnahme d e r GUAS. Sowohl der Bundesvorstand der GUAS als auch der Vorstand der GUAS-Sektion Hamburg waren an der Erstellung des Briefes nicht beteiligt.

Derselbe AK-Leser



asien



Australien — Polizeistation des Imperialismus in Asien

Namentlich seit dem Regierungswechsel Ende 1975 (die sogenannte „liberal-konservative" Frazer Regierung löste die sozialdemokratische ALP ab), befindet sich Australien auf dem Weg zur subimperialistischen Polizeikaserne für den pazifischen Raum. Nach der US-Niederlage in Indochina wurde bekanntlich das strategische Konzept der imperialistischen Staaten im pazifischen Raum neu bestimmt. Dieses Konzept sieht in der Hauptsache vor, daß die größeren und militärisch potenten Staaten „Schutzfunktionen" der US-Imperialisten übernehmen. Es wurde die Achse USA-Japan-Australien neu belebt (ANZUS-Pakt, Militärkooperationen). Beispielsweise soll der gigantische Stützpunkt „Diego Garcia" im Pazifik nicht nur von den USA genutzt und getragen werden, sondern speziell Australien soll daran teilhaben. Vor kurzem erst wurde das erste australische Kriegsschiff dort stationiert und Australien soll sich auch finanziell am Ausbau Diego Garcias beteiligen („Neue Zürcher Zeitung", „NZZ", 13.5.77).

Die australischen Vasallen des US-Imperialismus entwickelten in kürzester Zeit eine eigene „Kalte-Krieg"-Version, die auf eine angeblich „wachsende sowjetische Präsenz" in diesem Erdteil antwortet: *„Wir kennen die russischen Motive nicht, aber der wachsende militärische Aufmarsch, verbunden mit Stützpunkten in Somalia* (Geisterstützpunkt Berbere, Red.), *versetzt die Sowjetunion in die Lage, bei einer internationalen Krise jederzeit die Erdölversorgung Westeuropas, Japans und Australiens zu bedrohen ... Außerdem befähigen die Basen* (?) *Moskau, sich auch weiter entfernt, im östlichen Teil des Ozeans zu engagieren, sollte die Gelegenheit sich ergeben und das Risiko tragbar sein"* (australisches Verteidigungsweißbuch, nach „NZZ", 12./13.12.76).

Da muß natürlich was geschehen: Die australischen Reaktionäre meinen, daß *„die Kommunisten nicht erst im australischen Darwin, sondern schon in Singapur und Malaysia ab-*
erst im australischen Darwin, sondern schon in Singapur und Malaysia ab-
gewehrt werden" sollen („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 4.12.76). — „Vorwärtsverteidigung" nennt man das.

„Gleichzeitig scheint Canberra zu versuchen, den Streitkräften neue Ziele zu setzen und ihnen das Trauma der Richtungs- und Bedeutungslosigkeit zu nehmen, das unter den 70.000 Berufssoldaten seit dem Rückzug aus Vietnam sowie der Beendigung der Vorwärtsverteidigung und der Entsendung von Expeditionstruppen zu verspüren ist" (Australien hatte seinerzeit ein Expeditions-Corps in Vietnam und hat stets bei allen imperialistischen Abenteuern im südostasiatischen Raum mitgemischt) („NZZ", 12./13.12.76).

Großmachtstreben im Interesse des US-Imperialismus

Volles Verständnis zeigen die westdeutschen Großbourgeois in ihrer Presse für den aggressiven Kurs ihrer australischen Kumpane und deren Rüstungsanstrengungen: *„Geographisch isoliert, gehört der fünfte Kontinent (Australien) mit Japan zu den reichsten Ländern der asiatisch-pazifischen Region – und ist umgeben von einem Meer der Armut, von farbigen* (!), *möglicherweise neidischen* (!) *Nachbarn"* („FAZ", 4.12.76).

Die gesteigerten Kriegsvorbereitungen sollen *„die militärische Kapazität Australiens aufrechterhalten und weiter entwickeln, um unser Interesse an der Region zu demonstrieren. Als eine nicht gerade kleine lokale Macht könne Australien die Dinge beeinflussen"* („NZZ", 12./13.12.76).

In diesem Zusammenhang muß es gesehen werden, daß Australien beabsichtigt, mehrere pazifische Inseln zu annektieren (Norfolk-Inseln) („New Nation", 18.3.77)! Es wird gar kein Hehl daraus gemacht, daß das neue „Verteidigungskonzept" darauf abzielt, die australischen Truppen in die Lage zu versetzen, *„über längere Zeit hinweg und weit entfernt von Stützpunkten zu kämpfen"* („FAZ", 4.12.76). Vielleicht auf den Phillippinen?

Die aggressiven Absichten sind durchaus im Sinne des US-Imperialismus, für den Australien immer mehr Polizeifunktionen übernimmt. Die angebliche Bedrohung der pazifi-
mehr Polizeifunktionen übernimmt. Die angebliche Bedrohung der pazifi-
schen Seewege, der Erdölrouten durch die Sowjetunion dient auch dazu, schon heute erhöhte Präsenz Australiens hier zu rechtfertigen. So fliegen seit einem knappen halben Jahr australische Flugzeuge Aufklärungsflüge über dem Pazifik, die früher von den US-Imperialisten durchgeführt wurden.

Gigantische Aufrüstung

In diesem Sinne führt die australische Regierung eine gigantische militärische Aufrüstung durch. Während beispielsweise a l l e a n d e r e n Positionen des Etats für 77 g e k ü r z t wurden, wurde der „Verteidigungdetat" um 10 % erhöht, der Anteil von Neuanschaffungen am „Verteidigungshaushalt" beträgt jetzt 22 % (vormals 10 %). Insgesamt sollen bis 1980 für ca. 36 Milliarden neue Waffen gekauft werden. Um einige zu nennen:

Mehrere Hercules C 130 H Truppentransportflugzeuge werden gekauft (das sind „vietnamerprobte" US-Truppentransporter). Praktisch die gesamte Luftwaffe soll erneuert werden, mit modernen Allwetterflugzeugen. Boden-Luft-Raketenbasen werden angeschafft. Das australische Heer wird mit bundesdeutschen Leopardpanzern ausgerüstet und die Marine wird ebenfalls nagelneu ausgestattet.

„Der Bau neuer Flughäfen und Stützpunkte für Patroullienschiffe erhält Priorität. Basen und Docks sollen modernisiert und vergrößert werden. Das gilt insbesondere für ‚Garden Island' in Neusüdwales und ‚Cockburn Sound' in Westaustralien, die Zerstörer und U-Boote aufnehmen und simultane Operationen der Kriegsmarine im Pazifik wie im indischen Ozean ermöglichen sollen" („FAZ", 4.12.76).

Dazu dient natürlich auch das Engagement im US-Stützpunkt Diego Garcia (s.o.).

Nach seinem verbrecherischen Engagement in Indochina an der Seite der US-Aggressoren haben die australischen Militaristen vor allem das faschistische Suharto-Regime bei dessen Überfall auf die Demokratische Republik Ost-Timor auf vielfältige Weise unterstützt (u.a. erhielten die indonesischen Invasionstruppen über Australien Hercules-Transportflugzeuge).
portflugzeuge).

Das subimperialistische Australien
Das subimperialistische Australien
wird so zunehmend zu einer konkreten Bedrohung für die um ihre Befreiung kämpfenden und die schon befreiten Völker Asiens – hochgerüstete Polizeistation des US-Imperialismus in diesem Erdteil!

Asien-Kommission

Bürgerliche Presse muß Massaker der indonesischen Faschisten in Ost-Timor zugeben!

Fast eineinhalb Jahre nach der Invasion der Demokratischen Republik Ost-Timor durch die indonesischen Faschisten erscheinen in der BRD-Presse Berichte über dabei von den Indonesiern begangene Grausamkeiten.

Anlaß war der Bericht des ehemaligen Botschafters Australiens in Dili (Hauptstadt Ost-Timors), James Dunn.

Australien unterstützt die Invasion

Wie kürzlich bekannt wurde, war die damalige australische (Labour!) Regierung von der Invasion vorher informiert worden. *„Mr. Whitlam* (der seinerzeitige sozialdemokratische Premier, Anm. der Red.) *sagte zu indonesischen Beamten, sie sollten ‚es so schnell wie möglich über die Bühne ziehen'* " („Australasian Express", 6.5.77). Damals vertrat die australische Regierung diese Haltung allerdings nicht offen, da der Widerstand gegen die indonesische Invasion in Australien sehr stark war.

Auch nach der Invasion haben die damalige und jetzige (konservative) Regierung die Indonesier immer wieder unterstützt. So wurden mehrmals Australier festgenommen und verurteilt, die Radiosendungen nach Ost-Timor ausgestrahlt und von dort empfangen hatten. Ihre Sender wurden geschlossen. Dazu muß man wissen, daß die Funkverbindungen die einzige Kommunikationsmöglichkeit für die Regierung der Demokratischen Republik Ost-Timor ist, da die indonesischen Faschisten eine totale Land-und Seeblockade eingerichtet haben. In dem Zusammenhang muß auch die Lieferung von sechs Patrouillenschiffen an die indonesische Marine gesehen werden. *„Sie sind Teil des laufenden Abkommens über Zusammenarbeit bei der Verteidigung, in dessen Verlauf Australien Indonesien innerhalb von drei Jahren mit militärischer Hilfe im Werte von 25 Millionen Dollar unterstützt"* („Radio Melbourne", 17.2.77, nach „SWB", 19.2.77)!

Völkermord

Völkermord

Nach dem Machtantritt Suhartos durch den Sturz der Regierung Sukarnos 1965 waren in Indonesien über 500.000 Menschen brutal ermordet worden, weil sie verdächtig waren, Kommunisten zu sein.

Zehn Jahre später hausten die Invasionstruppen in Ost-Timor ebenso barbarisch.

Am ersten Tag der Invasion wurde *„fast die gesamte chinesische Bevölkerung von Dili"* („Frankfurter Rundschau", „FR", 3.6.77) ermordet. *„Exekutionskommandos trieben Zivilisten auf der Mole zusammen und erschossen sie, so daß sie ins Meer fielen und ihre Leichen mit der Flut abgetrieben wurden"* (ebenda). Im bergigen Hinterland wurden *„ganze Dörfer ausgerottet"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 2.2.77). *„In einer kleinen, längere Zeit von der Fretilin besetzten Provinzstadt beispielsweise hätten die Indonesier alle Bürger erschossen, weil sie den ‚Fretilin-Bazillus' in sich trügen. Ausgenommen worden seien nur Kinder unter drei Jahren, die man nach Djakarta deportiert habe"* (ebenda)!

Trotz alledem: Der Kampf geht weiter!

Obwohl die indonesischen Faschisten bemüht sind, den Eindruck zu erwecken, daß das „Problem Ost-Timor" für sie erledigt sei, sieht die Realität wesentlich anders aus. So kontrolliert die Fretilin 80 % des Territoriums Ost-Timors, während die Indonesier nur Dili und einige andere Städte besetzt halten. Im März eroberte die Fretilin sogar drei Städte zurück, wobei zahlreiche indonesische Soldaten getötet wurden (nach „hsinhua", 22.3.77).

Selbst in den Berichten der bürgerlichen Presse wird zugegeben, daß die Unterwerfung *„immer noch nicht abgeschlossen ist"* („FR", 3.6.77). So werden weiter *„dreimal wöchentlich nach Australien ausgestrahlte Rundfunkberichte des Senders der Befreiungsbewegung Fretilin"* empfangen.

In einer Rundfunkansprache zum 1. Mai erklärte der Minister für Inneres und Sicherheit der Demokratischen Republik Ost-Timor, Alarico Fernandes: die *„Arbeiter Ost-Timors sind mehr als je zuvor dazu entschlossen, bis zum Endsieg zu kämpfen, um die indonesischen Aggressoren zu ver-*
sen, bis zum Endsieg zu kämpfen, um die indonesischen Aggressoren zu ver-
treiben, die Ost-Timor in ihre Kolonie zu verwandeln suchen" („hsinhua", 6.5.77, nach „Monitor-Dienst", 16.5.77).

Solidarität mit dem kämpfenden Volk Ost-Timors!
Indonesische Faschisten raus aus Ost-Timor!
Viva Fretilin!

Asien-Kommission

Die KP Japans geht immer weiter nach rechts

Kurz vor den bevorstehenden Oberhauswahlen hat die revisionistische KP Japans (JCP) wieder einen Schlenker nach rechts gemacht. Am 25.5. 1977 forderte ihr Vorsitzender Kenji Miyamoto auf einer Pressekonferenz die sofortige Rückgabe der Insel Habomai und Shikotan von der Sowjetunion. Diese Inseln sind zwei der vier südlichen Kuril-Inseln an der nördlichsten Spitze Japans, die seit Kriegsende von der Sowjetunion besetzt gehalten werden. Bis vor kurzem hatte die JCP den Standpunkt vertreten, daß die Rückgabe aller Kurilen-Inseln erst nach Abschluß eines Friedensvertrages mit der Sowjetunion und dem Abbruch des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages erfolgen sollte. – Dieser Militärpakt bildet die rechtliche Grundlage für die über 150 US-Stützpunkte in Japan. – Allerdings hatte bereits Ende April dieses Jahres JCP-Generalsekretär Tetsuzo Fuwa der rechtskonservativen Regierungspartei (LDP) vorgeschlagen, daß sie die Nichtigkeit eines Artikels im Friedensvertrag von San Francisco (September 1951) erklären sollte, in dem der Verzicht Japans auf die Kurilen-Inseln festgelegt ist.

In der bürgerlichen Presse Japans wird dieser Schritt der Revisionisten als ein wahltaktisches Manöver qualifiziert. Denn aufgrund der Erweiterung der Fischereizone durch die Sowjetunion auf 200 Seemeilen und der gleichzeitigen Einbeziehung der Fischereigewässer um die umstrittenen Kurilen-Inseln hat es in Japan insbesondere unter den Fischern eine breite Welle der Empörung gegen die Sowjetunion gegeben. Um zu vermeiden, daß diese anti-sowjetische Haltung sich auf das Wahlabschneiden der JCP auswirkt, habe sich die JCP gegen Moskau stark gemacht („Asahi Evening News", 28.5.77). Sicherlich wollen die Revisionisten ihr Image aufpolieren. Andererseits muß im Auge behalten werden, daß die wesentliche Forderung nach einer Aufhebung des Militärpaktes mit dem US-Imperialismus überhaupt nicht mehr in diesem Zusammenhang erwähnt wird. Somit stellt sich die JCP auf eine Ebene mit der LDP-Regierung. Miyamoto maßt sich sogar an zu behaupten, daß die Rückgabeforderung in dieser Form gestellt worden sei *„unter Erwägung sozialistischer Zielvorstellungen und der Förderung des Friedens in Asien im allgemeinen und der vertrauensvollen Beziehungen zwischen Japan und der Sowjetunion insbesondere"* (SWB).

Diese Politik der JCP ist keine Einzelerscheinung, die nur in Verbinddung mit der Wahlkampagne gesehen werden kann. Schon im Jahre 1950, als die JCP-Führung durch die amerikanische Besatzungsmächte gesäubert wurde, stellte die JCP ihre Politik auf eine Strategie der „weichen Linie" um. Indem sie den Begriff des gewaltsamen Umsturzes aus ihrem Parteiprogramm herausstrich, erhob sie nicht mehr den Anspruch, eine revolutionäre Partei zu sein. Sie wählte vielmehr - trotz massiver Proteste und sogar bewaffneter Kämpfe - den reformistischen Weg. So ist es eines der Hauptziele der JCP, eine *„demokratische Transformation"* anzustreben, nämlich in Form einer Koalitionsregierung mit „demokratischen" Kräften („Japan Times Weekly", 17.4.76), d.h. mit den bürgerlichen Oppositionsparteien der Sozialisten (JSP), der Komeito und der demokratischen Sozialisten (DSP). Nach den Vorstellungen der JCP ist eine solche Demokratische Koalitionsregierung (DKR) *„ein Kabinett, das aus einer ‚Einheitsfront der reformerischen Kräfte Japans' herausgebildet wird. ... ihr Ziel ist es, die gesamte Politik zu reformieren, d.h. zu demokratisieren. Jedoch ist die DKR keinesfalls eine revolutionär-sozialistische Regierung, die auf die Errichtung des Sozialismus in Japan hinarbeitet"* (M.Pohl, Die kommunistische Partei Japans, S. 290f). Das wurde auf dem XII. außerordentlichen Parteitag der JCP im November 1973 verkündet.

Auf dem XIII. außerordentlichen Parteitag wurden konsequent weitere Konzessionen an die bürgerliche Staatsmacht gemacht. Es wurde offiziell die Abkehr von der Diktatur des Proletariats verkündet. Dieser Begriff schmeckte (Miyamoto zufolge) *„zu sehr nach gewaltsamer Revolution in spezifisch russischer Situation sowie auch nach den Unterdrückungsregimen von Hitler und Mussolini sowie nach japanischem Militarismus (!!!)"* („NZZ", 4.8.76). Mit dieser übelsten Form der Demagogie und Hetze (rechts gleich links) haben sich die japanischen Revisionisten endgültig in die Reihe der Bourgeoisie eingefügt und sind der Arbeiterklasse in den Rücken gefallen. Gleichzeitig wandte man sich nun auch offiziell und ausdrücklich vom Marxismus-Leninismus ab und setzte dafür den „ ‚objektiver' klingenden, aber parteioffiziell als damit identisch bezeichneten Begriff ‚wissenschaftlicher Sozialismus' " („NZZ", 4.8.76) ins Parteiprogramm ein. Schließlich wurde auf demselben Parteitag in einer schon lange vorbereiteten „Deklaration über Freiheit und Demokratie" ein Bekenntnis zum Parteienpluralismus, zur „Freiheit" von Presse, Rede, Religion und Kunst sowie natürlich zum Privateigentum kleiner und mittlerer Unternehmer abgelegt.

Daß die JCP den Weg des „Eurokommunismus" eingeschlagen hat, ist eindeutig. Hierzu hat es in den vergangenen Monaten zahlreiche Treffen und gemeinsame Erklärungen mit den Revisionisten Italiens, Frankreichs und Spaniens gegeben. Der Weg, den die JCP jetzt beschreitet, hat eine lange Geschichte. Die chauvinistische Politik „für Japan" wurde von der JCP-Führung bereits Anfang des vergangenen Jahres deutlicher formuliert. Um eine stärkere Annäherung an die konservativen Oppositionsparteien Komeito und DSP zu erreichen hatte die JCP kurz vor den Unterhauswahlen im Dezember 1976 von ihrer Hauptforderung nach der sofortigen Auflösung des imperialistischen japanisch -amerikanischen Sicherheitsvertrages Abstand genommen.

Asien Kommission

Der Kampf gegen Narita weitet sich aus

Am 29.Mai fand eine große nationale Demonstration gegen die Eröffnung des neuen Tokioter Flughafens in Narita statt. Insgesamt waren 18.000 Menschen gekommen. Unter den Demonstranten war eine große Gruppe von Eisenbahnern öffentlicher Betriebe, die bereits im März eine kurze Arbeitsniederlegung gegen den Bahntransport von Düsentreibstoff durchgeführt hatten. Ferner beteiligten sich verschiedene Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, die Liga zur Befreiung der Buraku (eine aus der bürgerlichen Gesellschaft ausgestoßenen Klasse) und Studenten.

Auf einer Kundgebung erklärte ein Sprecher des Bauernverbandes, *„in dem Augenblick, als unsere Stahltürme rechtswidrig beseitigt worden waren, beschlossen wir, alle notwendigen Maßnahmen zur Zerstörung des Flughafens zu ergreifen. ... Am 8. Mai haben wir einen sehr wertvollen Genossen durch die Demonstrationspolizei verloren. Wie sollen wir zurückschlagen? ... Wir sollten zurückschlagen, indem wir den Flughafen selbst zerstören"* („New Asia News", 3.6.77).

Asien-Kommission



Wieder Überfall auf Mosambik


Trainings – Camp der zimbabwischen Befreiungskämpfer

Am 29. Mai überfielen Truppen und Söldner der Rassisten erneut die VR Mosambik.

Unter dem Vorwand zimbabwische Guerillas zu „verfolgen" drangen zwischen 500 und 700 Killer der Rassistenarmee und ausgesuchte Söldner bis zu 100 km tief nach Mosambik ein.

„In einem Überraschungsangriff israelischen Stils (!!) *(...)besetzten sie die 75 Kilometer von der Grenze entfernte Stadt Mapai"* („Spiegel", 6.6.77).

„Die Aggressionstruppen wurden unterstützt von Jagdbombern und Kampfhubschraubern (...) das Vorbild dieser Aktion könnte von den Israelis stammen" schreibt „Le Monde" vom 31.5.77. Diese Herrschaften scheuen sich, die wirklichen „Vorbilder" – auch der israelischen „Aktionen" – nämlich die skrupellosen 'Blitz'-Überfälle der Nazi-Armee zu benennen.

Die jugoslawische Nachrichtenagentur meldete, daß die Rassisten bei ihrem Überfall Napalm und Kampfgase gegen die mosambikanische Zivilbevölkerung (Dörfer, Industrieanlagen, Schulen und Krankenhäuser) eingesetzten.

Die Rassisten selber logen davon, daß die Stadt Mapai und ihre Umgebung *„eines der Hauptquartiere der Guerillas ist* (und) *das drei Guerilla-Camps angegriffen wurden, wobei eine Menge Waffen sowjetischer und chinesischer Bauart erbeutet wurden..."* („Herald Tribune", 31.6.77).

Fakt ist allerdings, daß sich weder *„in Mapai, noch in der Umgebung Camps der Befreiungskämpfer Zimbabwes befinden, sondern ausschließlich einige kleinere Flüchtlingslager und Basen der FRELIMO!"* („Radio Moskau" 1.6.77, nach „Monitor-Dienst" – „MD" –, 2.6.77).

Die Provokation der Rassisten dauerte bis in die Nacht des 1. Juni als *„nach heftigen Kämpfen mit den Volksbefreiungskräften Mosambiks (FPLM) – bei denen die Rhodesier auch Bomber einsetzten – die Truppen und Söldner wieder den Rückzug antreten mußten"* („Le Monde", 3.6.77).

In der bürgerlichen Presse ist bisher nichts bekannt über die Zahl der Toten und Verletzten, die die Killer hinter sich gelassen haben (Originaltext aus Mosambik liegt uns leider jetzt noch nicht vor).

Dieser erneute Überfall ist „nur" ein Glied in der Kette rassistischer Provokationen und Massenmorde gegen Mosambik und andere Nachbarländer:

– Allein im letzten Jahr sind *„bei insgesamt 120 Aktionen auf mozambiquanischen Boden über 1.000 Zivilisten und 49* (mosambikanische) *Soldaten getötet (...) allein bei einem Angriff auf die Stadt Nyazonia im August 1976 sind 913 Zivilpersonen ums Leben gekommen"* („SZ", 10.6.77).

– Seit Dezember gibt es ständige Überfälle der Rassisten nach Botswana, *„wo bisher über hundert Menschen starben"* („Le Monde", 6.6.77).

– Ebenso gibt es ständige Übergriffe und Drohungen der Rassisten gegenüber Sambia. Erst jetzt drohte ein Regierungssprecher damit, *„daß die Stromlieferungen nach Sambia eingestellt werden könnten, sodaß alle sambischen Kupferminen in drei Tagen geflutet sein würden"*. Der Strom wird für die Abwasserpumpen der Minen benutzt. Die Kupferexporte stellen 90 % der Gesamtausfuhren Sambias dar (nach „SZ", 10.6.77).

Rassisten können sich auf die Imperialisten verlassen

Ähnlich dem Überfall im November 1976 auf die Stadt Mapai hatten es hier die rhodesischen Truppen anscheinend bewußt darauf angelegt, in Gefechte mit FRELIMO-Truppen zu geraten.

„Bis Oktober 1976 legten die Rhodesier eine extreme Sorgfalt an den Tag, bei jedem ihrer Einfälle nach Mosambik den Kontakt mit den Truppen der FPLM(der mosambikanischen Volksarmee) *zu vermeiden (...). Diesmal haben sich die Agressoren jedoch direkt auf die Positionen der FPLM bewegt, um sie einzunehmen"* („Afrique Asie", 13.12.76 – auch abgedruckt in der mosambikanischen Zeitschrift „Tempo").

Die Rassisten wissen nur zu genau, daß die mosambikanische Armee noch sehr schwach konventionell ausgerüstet ist, und erst nach und nach den Zustand einer Guerilla-Armee verliert.

Noch im Dezember 1976 schrieb „Afrique-Asie": *„Sie besitzt keine Panzerwaffen und Luftstreitkräfte. Es fällt ihr daher schwer, einen nationalen Verteidigungskampf zu führen (...)"*

Diese aktuelle Kräftekonstellation erklärt auch den Versuch der Rassisten ihrer aussichtslosen Lage im Befreiungskampf Zimbabwes durch einen offenen Krieg mit der VR Mosambik zu entrinnen.

Ganz offensichtlich haben die Rassisten Garantien, daß bei einer von ihnen provozierten Internationalisierung des Konflikts, ihre Hintermänner in den imperialistischen Metropolen und Südafrika die entsprechende Flut von Waffen und Söldnern zur Verfügung stellen werden.

Schon heute sind die „Verurteilungen" der Agression durch die USA, Frankreich, Großbritannien und die BRD blanker Zynismus, werden doch die Massaker in Mosambik nicht nur mit Waffen aus diesen Staaten verübt, sondern auch großteils von Söldnern ausgeführt, die dort rekrutiert wurden. Eine Aufstellung der Anti-Apartheid-Bewegung zeigt, wie umfangreich allein die BRD an der Aufrüstung der Rassistenregimes beteiligt ist:

„1. Das rhodesische Regime hat bereits Juni 1976 mit Unimog-Militärfahrzeugen von Daimler-Benz Angriffe gegen Flüchtlingslager in Mosambik durchgeführt (Kommunique des Verteidigungsministeriums von Mosambik vom 29.6.76).

2. Die rhodesischen Streitkräfte sind mit LKW neuerer Bauart der Firma Daimler-Benz ausgerüstet (Filmmaterial der Fernsehjournalistin Wilrun Dieck in „Weltspiegel" vom 2.1.77, sowie mehrmals in der „Tagesschau").

3. Rhodesien erhielt 1975 eine unbekannte Zahl von Militärhubschraubern Alouette III von Südafrika. Diese Hubschrauber sind mit Flugelektronik der Firma Becker Flugfunk, Baden-Baden Oos Flughafen, ausgerüstet (Interavia Data, 2/75).

4. Rhodesien hat die in deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion hergestellte Panzerabwehrrakete Milan erhalten (50 % Messerschmitt-Bölkow-Blohm, 50 % Aerospatiale).

5. Die Bundesrepublik diente als Umschlagplatz für drei amerikanische Flugzeuge vom Typ „Boeing 707", die 1974 an Rhodesien verkauft wurden.

6. Rhodesien erhält seit 1973 aus Südafrika gepanzerte Fahrzeuge. Die Anlage zur Produktion dieser Fahrzeuge nach einer Lizenz von Panhard, Frankreich, ist gemäß „Observer" (1.4.73) durch Firmen aus der Bundesrepublik errichtet worden.

7. Kurz nach dem Besuch des rhodesischen Verteidigungsministers Pieter van der Byl im Herbst 1974 in der Bundesrepublik veröffentlichte „Die Welt" am 14.12.74 eine Annonce, in der unter einer Adresse in Salisbury für „Sonniges Rhodesien. Land der unbegrenzten Möglichkeiten! ... Besonderes Interesse an ehemaligen Soldaten aller Dienstgrade, bis 35 Jahre, die gesund und leistungsfähig sind ..." fettgedruckt bekundet wurde.

Am 9.1.75 annoncierte ein Oberstleutnant Thelen im „Tagesanzeiger" in Zürich, schriftliche Bewerbungen für eine Tätigkeit in Rhodesien für 200 bis 300 ledige Männer aller Berufsgruppen im Alter von 18 bis 30 Jahren seien an ihn im Hotel „Holiday Inn" in München zu richten. Am 10.1.75 berichtete die „Daily Mail", London, daß es sich dabei um eine Anwerbung von Söldnern handele. Die „Süddeutsche Zeitung" in München publizierte die Anzeige am 11.1.75. Am selben Tag schrieb „The Star", Johannesburg, daß in Anzeigen im „Tagesanzeiger" und in der „Süddeutschen Zeitung" Söldner für Rhodesien geworben würden.

Afrika-Kommission

Anti-Swapo-Allianz

Im Rahmen sogenannter „Kontaktgespräche" von fünf Vertretern imperialistischer Staaten (USA,Großbritannien, Frankreich,Kanada und der BRD) mit dem Rassistenregime der RSA wird derzeit versucht, die imperialistische „Unabhängigkeitslösung" für Namibia zu fixieren. Folgende „Neuerungen" sind bisher bekanntgeworden:

– Die von der RSA eingesetzte – und mit ausgesuchten Leuten besetzte – „Turnhallenkonferenz" ist angeblich „vom Tisch".

– So soll nun nicht mehr sofort eine Interimslösung von Vorsters Gnaden eingesetzt werden.

– Es soll sogar „freie Wahlen" unter Aufsicht der UNO geben, an der die SWAPO sich beteiligen soll.

– Die Vertreter der Imperialisten geben Stammesvertretern den Rat *„sich zu einer Partei zusammenzuschließen, um ein Gegengewicht zur SWAPO zu schaffen"*.

Daß es sich hierbei jedoch nur um Äußerlichkeiten handelt, wird klar, wenn man hinter die Kulissen blickt:

– Die „gestrichene" Interimsregierung heißt nun „Verwaltungsrat" und hat dieselben Rechte und Vollmachten wie geplant.

– Die Vorbedingung der SWAPO für eine Wahlbeteiligung – Freilassung aller Häftlinge und vollständiger Abzug aller südafrikanischen Truppen aus Namibia – wurde gar nicht erst diskutiert, geschweige denn erfüllt.

– Das einzige, was wirklich überbleibt, ist der Rat an die Anti-SWA–PO-Kräfte, sich gegen die SWAPO zu vereinigen!! (Angaben nach „SZ", v. 8./9.6.77)

Während in der imperialistischen Presse die Gespräche der Vertreter aus eben diesen Ländern als „Versuche", das Regime der Apartheid ins Wanken zu bringen" dargestellt werden, handelt es sich in Wirklichkeit *„um letzte Demarchen, um das südafrikanische Regime davon abzuhalten, den Fehler zu wiederholen, den es mit der Transkei gemacht hat, die kaum ein Staat anzuerkennen gewagt hat"*.

Während die fünf nach außen hin auf einer Teilnahme der SWAPO an den Wahlen bestehen, wird hinter den Kulissen alles getan, um eine „demokratische" Niederlage der Befreiungsbewegung sicherzustellen.

Hierzu gehört nicht nur der Tip an die Vorster-Büttel, sich gegen die SWAPO zu vereinigen, sondern auch eine breit angelegte Verleumdungskampagne in der westlichen und imperialistisch orientierten Presse gegen die SWAPO:

– So wird die Flucht von Hunderten von Schülern, die sich dem Widerstand anschließen wollen, als Entführung von Kindern „durch blutrünstige Gangster" dargestellt.

– Die Truppen Savimbis (UNITA) werden lang und breit von den Massenmedien interviewt *„über die von den SWAPO-Terroristen und ihren kubanischen Allierten begangenen Verbrechen gegen das angolanische Volk"*.

– Kenia lanciert eine Meldung, nach der zwei ehemalige SWAPO-Kämpfer gerade aus einem reinen Folterlager der SWAPO ausgebrochen sind.

„Sie seien gerade einem Konzentrationslager entflohen, wo mehr als 1.000 Namibianer auf Anordnung der SWAPO-Führung festgehalten werden und auf Hungerrationen gesetzt wurden...Sie erläuterten, daß die Häftlinge wegen der Kritik an der SWAPO-Führung in Einzelhaft gehalten werden und jeder, der einen Fluchtversuch unternimmt, erschossen wird"(„Reuter" 1.5.77, nach „MD" 5.5.77).

– So wird von Südafrika in Namibia plötzlich ein neuer „Sprecher" auf's Schild gehoben – Prof. Kerina –, der angeblich kürzlich von der SWAPO übergelaufen ist. Fakt ist, daß dieser Vogel bereits vor acht Jahren aus der SWAPO ausgeschlossen wurde.

Diese Beispiele ließen sich seitenlang fortsetzen, sie streifen lediglich das „Repertoire" des letzten Monats.

Ziel: Die SWAPO soll als eine in sich gespaltene „Terrororganisation" dargestellt werden, die innere Auseinandersetzungen durch Konzentrationslager und Erschießungen löst und aus der die „Vernünftigen" austreten, um „friedvolle Lösungen" mit den Rassisten zu suchen!

SWAPO-Präsident Nujoma verurteilte auf der UNO-Konferenz in Maputo dieses neue Manöver; gleichzeitig wies er auf die Erfolgslosigkeit solcher Machenschaften hin:

„Bis heute hat diese Kampagne keine Früchte getragen, da die SWAPO weiterhin das Vertrauen des namibischen Volkes genießt... Wir erwarten nicht darauf, daß uns der Feind Geschenke macht, sondern wenn es sein muß, sind wir bereit weiterzukämpfen bis Pretoria versteht und sich ohne Bedingungen zurückzieht".

(Wenn nicht anders angegeben sind die Zitate aus „Afrique Asie", 30.5.77)

Afrika-Kommission

RSA

Unablässig schreitet der Ausbau der südafrikanischen Militärmaschinerie voran, die RSA wird so ihrer Aufgabe als Bollwerk gegen die jungen Volksrepubliken Angola und Mosambik gerecht. Am 22.4. gab der RSA-Kriegsminister Botha bekannt, daß ein neuer Luftwaffenstützpunkt in Ost-Transvaal etwa 110 km von der mosambikanischen Grenze eingerichtet wird („AFP" 22.4., nach „Monitor-Dienst" – „MD" – 27.4.). Am selben Tag wurde in Kapstadt ein neuer Gesetzentwurf veröffentlicht, wonach der Kriegsdienst auf 2 Jahre heraufgesetzt und die jährliche Trainingszeit auf 30 Tage verlängert wird („AFP" 27.4., nach „MD", 29.4.).

Afrika-Kommission

Entlarvend!

Der sogenannte „Geheimsender", „Stimme des freien Afrikas", der von den Rassisten für Wühl- und Propagandaarbeit gegen die junge VR Mosambik betrieben wird, verbreitete am 22.5.77 folgende Sendung:

„Die sowjetischen Imperialisten sind nun wieder öffentlich entlarvt worden. Die reaktionäre, kriminelle Clique aus Moskau hat wieder ihr wahres Gesicht gezeigt. Die Moskauer reaktionäre, kriminelle Clique wurde in Gegenwart vieler tausend Menschen – darunter auch viele Marionetten des sowjetischen Imperialismus – entlarvt. Es geschah in Maputo, der Hauptstadt der sowjetischen sozialistischen Republik Mosambik, wo das brutale, unmenschliche System während der UNO-Konferenz heldenhaft und öffentlich vom Delegierten der Volksrepublik China, Thao Yoang (ph) entlarvt wurde. (...)Der sowjetische Imperialismus hat nichts für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der afrikanischen Völker getan – und er tut auch gegenwärtig nichts für sie. (...)

Wir fordern das mozambiquische Volk auf, der Warnung des Leiters der chinesischen Delegation bei der UNO-Konferenz über die wahren Ziele des sowjetischen Imperialismus in Afrika Beachtung zu schenken. Das mozambiquische Volk ist ein afrikanisches Volk. Deshalb muß es die freundschaftlichen Warnungen der Volksrepublik China beachten, damit die UdSSR nicht zur Hintertür hereinkommt und herrscht und ausbeutet, so wie es all den anderen Völkern geschehen ist, die das Pech haben, von den sowjetischen Narren beherrscht zu werden.

Das mozambiquische Volk muß sich die Ratschläge der Volksrepublik China zu Herzen nehmen, denn die Chinesen sind und waren das einzige Volk der Welt, das die kriminellen Absichten der UdSSR gegenüber allen Völkern, die sie als ihre Freunde bezeichnet und mit denen sie Freundschafts- und Kooperationsverträge abschließt, entlarvt hat..." (nach „Monitor-Dienst", 26.5.77).

Diese Aussagen machen in erschreckender Weise deutlich, wie weit schon heute die reaktionäre chinesische Außenpolitik, als imperialistische Propaganda zu benutzen ist.

Afrika-Kommission

CDU fordert: NATO nach Südafrika

Entsprechend den alten Plänen der NATO „angesichts der drohenden Gefahr" den Wirkungskreis auf das südliche Afrika auszudehnen (1972), wird regelmäßig in imperialistischen Ländern „laut gedacht", um diesen Plan warmzuhalten.

Diesmal war es der Vorsitzende des Kriegsauschusses des Bundestages, Wörner.

Er forderte *„eine aus mehreren Flottenverbänden zusammengestellte NATO-Flotte im Südatlantik kreuzen zu lassen. Die NATO solle angesichts eines dramatisch wachsenden Einflusses der Sowjetunion in Afrika ihre längst überholte geographische Begrenzung aufgeben ... bei einer multinationalen NATO-Aktion sollte ,ein Schiff der Bundesrepublik dabei sein.'* „Einschränkend" meinte Wörner: *„Eine isolierte militärische Intervention der Bundesrepublik wäre das Ungeschickteste, was sich denken ließe"*, („Extra-Dienst", 13.5.77).

Man sieht es diesem Herren förmlich an, wie er es – angesichts der konkreten Kräftekonstellation in der Welt – bedauert, nicht unmittelbar mit seiner „Bundeswehr" im südlichen Afrika auf Seite der Rassisten zu intervenieren. Aber was heute noch als „ungeschickt" (!) gilt, kann schon morgen ....

Afrika-Kommission

Äthiopien

Terror — von den Revisionisten unterstützt

Die Militärregierung in Äthiopien (DERG) hat nach der Ausweisung von 300 US-Angehörigen im Mai jetzt ihre letzten Offiziere aus den USA zurückberufen, die dort „ausgebildet" wurden. Es handelt sich um insgesamt 81 Rückkehrer von insgesamt 3.000 Offizieren; die Zahl der seit 1950 in den USA ausgebildeten äthiopischen Soldaten beträgt 23.000! („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 3.6. und „Süddeutsche Zeitung", „SZ", 2.6.77).

Die Verschlechterungen der Beziehungen zum Imperialismus laufen parallel zu einem Ausbau der Beziehungen zu den revisionistischen Ländern, an der Spitze die Sowjetunion. Von dieser Seite werden seit jüngster Zeit verstärkt Waffen und Munition geliefert, die vom DERG zur Bekämpfung der „Revolutionären Volkspartei" (EPRP) und vor allem des eritreischen Befreiungskampfes eingesetzt werden.



Äthiopische Gefangene der eritreischen Freiheitskämpfer

So gibt die regierungsoffizielle „Ethiopien Herald" die Liquidierung von 2.500 „Politbanditen" im Zeitraum Anfang März bis Mitte April bekannt, bei denen es sich vor allem um Genossen der EPRP handeln dürfte. Nichtsdestoweniger mußte der DERG in einer Erklärung Anfang Mai zugeben, Addis Abeba *„sei noch nicht ganz von Anarchisten gesäubert"* („Radio Addis Abeba", nach „Monitor-Dienst", 11.5.).

Der Ausrottungsfeldzug gegen die linke und revolutionäre Opposition wird von den Revisionisten im Rahmen ihrer intensivierten Beziehungen zum äthiopischen Regime durchaus positiv bewertet. Radio Moskau vom 3.5.77: *„Seit dem vergangenen Februar, als der regierende Provisorische Militärische Verwaltungsrat von Kapitulanten gesäubert wurde, aktivieren die revolutionären Kräfte Äthiopiens ihre Einsätze gegen die Konterrevolutionäre. ... Es kommt zu immer mehr Einsätzen gegen Banden bewaffneter Landbesitzer, Anarchisten, separatistische Gruppierungen und Kriminelle"* (nach „MD", 5.5.77). Dies entspricht dem Originaljargon des DERG.

Bei den von Radio Moskau so titulierten „separatistischen Gruppen" handelt es sich in erster Linie um die siegreiche eritreische Befreiungsbewegung, im weiteren um ähnliche Bewegungen, z.B. in der Provinz Tigre. Bei den so titulierten „Anarchisten" handelt es sich um verfolgte Revolutionäre, Kommunisten, Gewerkschafter, Studenten und Lehrer. Ihre Gleichsetzung mit „Kriminel- Revolutionäre, Kommunisten, Gewerkschafter, Studenten und Lehrer. Ihre Gleichsetzung mit „Kriminellen" und den konterrevolutionären „Banden bewaffneter Landbesitzer" durch Radio Moskau kennzeichnet das Ausmaß von Skrupellosigkeit der sowjetischen Machtpolitiker, denen offenbar j e d e s Mittel recht ist, einschließlich des Massenmordes an den fortschrittlichen Teilen des Volkes, um politischen Einfluß auf die äthiopische Militärjunta zu bekommen.

Gleichzeitig wird auf die durchaus bestehende feindliche Haltung der reaktionären arabischen Regimes zum DERG hingewiesen. Die Feindschaft dieser Regimes richtet sich vor allem gegen die antifeudalen Errungenschaften, die die landlosen Massen, Kleinbauern, Arbeiter und Studenten dem DERG abgetrotzt haben. Von den Revisionisten wird zwar die reaktionäre arabische Allianz gegenüber Äthiopien angeprangert, aber damit z u g l e i c h der Terror des DERG gegen die Linke gerechtfertigt: *„Es wird immer deutlicher, daß die imperialistischen Mächte und die reaktionären Nachbarn Äthiopiens den Umwandlungen in Äthiopien in offener Feindschaft gegenüberstehen. Angesichts dieser Situation handelt die Regie. ‧ng mit Entschlossenheit, um das Land von subversiven Elementen* (d.h. vor allem die EPRP – Anm. AK) *zu säubern"* (ebenda).

Den Revisionisten gelingt damit ein perfekter politischer Kopfstand. In Wirklichkeit kostet gerade der erbarmungslose Kampf des DERG gegen EPRP der äthiopischen Revolution ihre besten Kräfte und kennzeichnet das Bestreben des DERG, jede „Radikalisierung" in Richtung auf eine wirklich sozialistische Perspektive zu verhindern. Eine halbvollendete bürgerlich-demokratische Revolution, kombiniert mit dem Terror gegen links, ist jedoch die beste Ausgangsposition für die arabische Reaktion. Zudem erleichtert ihr der Kampf des DERG gegen das eritreische Volk die (reaktionäre) Einflußnahme auch auf diese Bewegung. Es ist nicht zu verkennen, daß die arabische Reaktion mit der forcierten Unterstützung einer ihr ergebenen Fraktion im eritreischen Kampf (die sich „ELF-PLF" nennende Sabbe-Fraktion) versucht, den berechtigten Befreiungskampf des eritreischen Volkes zu mißbrauchen und – gestützt auf Teile der eritreischen Bourgeoisie – ein von Addis Abeba losgelöstes Eritrea in die Front der reaktionären arabischen Regimes einbinden zu wollen.

Ein Mitglied eben dieser Sabbe-Fraktion hatte kürzlich Kuwait besucht und bezeichnenderweise die „arabischen und islamischen Menschen" zu verstärkter Hilfe für Eritrea aufgefordert. Ferner kündigte er den Besuch seines Chefs Sabbe an: *„Uthman Sali Sabbe, der Vorsitzende des Zentralrats und des Exekutivkomitees, soll in wenigen Tagen in Kuwait eintreffen, um mit führenden Regierungsvertretern Kuwaits zusammenzutreffen, um den Kampf und die politische Situation in Eritrea zu erörtern und darüberhinaus Kuwait für sein Verständnis und seine klare und faire Haltung gegenüber unserer Sache zu danken ..."* („Al- RAJ- Al- AAM", nach „MD", 23.5.).

In der gegenwärtigen Situation nutzen die revisionisten Beifallskundgebungen und die materielle Unterstützung für den Kampf gegen die äthiopische revolutionäre Linke und die eritreischen Befreiungskämpfer stützung für den Kampf gegen die äthiopische revolutionäre Linke und die eritreischen Befreiungskämpfer vor allem den Kräften, vor denen sie lautstark warnen: Imperialismus und arabische Reaktion.

Wie eng mittlerweile die Beziehungen der Revisionisten zum DERG geworden sind, beweisen die Dokumente, die beim Besuch des DERG-Vorsitzenden in Moskau unterzeichnet wurden:

– eine *„Deklaration über die Grundlagen für freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und dem sozialistischen Äthiopien"*,
– ein *„Protokoll über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit"*,
– eine *„Vereinbarung über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit"*, und
– eine *„Konsularkonvention"*, die beinhaltet *„regelmäßigen Gedankenaustausch über wichtige internationale Fragen gegenseitigen Interesses"* („Radio Moskau", nach „MD", 9. und 10.5.77).

Der revisionistischen Hilfe für den DERG hat sich auch Cuba angeschlossen; es arbeiten bereits Cubaner in Entwicklungsprojekten und im Gesundheitsdienst („Radio Addia Abeba", nach „MD", 3.6.). Die vom Reaktionär Numeiri behaupteten 2.500 cubanischen Militärberater gehören allerdings in das übliche Bild antikommunistischer Stimmungsmache in Afrika. Fidel Castro hat die Anwesenheit von militärischem Personal dementiert, jedoch gegenüber dem US-Abgeordneten Dellum in Havanna die Entsendung von Militärberatern nicht ausgeschlossen, *„wenn Äthiopien sie benötigt und anfordert"* („SZ", 4.6.77). Dies würde bedeuten, daß sich die Cubaner nicht nur den Feudalfaschisten der EDU (organisierte Banden der Großgrundbesitzer) sondern auch der äthiopischen Linken gegenübersähen. Ganz zu schwei- sierte Banden der Großgrundbesitzer) sondern auch der äthiopischen Linken gegenübersähen. Ganz zu schwei- gen vom Einsatz gegen die eritreischen Befreiungskämpfer, die sich derzeit anschicken, den Sturm auf die eritreische Hauptstadt Asmara vorzubereiten („International Herald Tribune", 2.6.77). Es wäre zu hoffen, daß Cuba von einer so weitgehenden Übernahme reaktionärer Positionen der sowjetischen Machtpolitik absieht.

Afrika-Kommission

Seychellen: Neue fortschrittliche Regierung oder alter Wein in neuen Schläuchen?

In der Nacht vom Samstag, dem 4.6., auf Sonntag wurde die Regierung der Seychellen gestürzt. Die Seychellen sind eine kleine Inselgruppe im Indischen Ozean, mit nur 60.000 Einwohnern. Der Staatschef und Führer der „Demokratischen Partei der Seychellen" (SDP), Mancham – er ist zur Zeit auf der Commonwealth Konferenz in London – ,wurde für abgesetzt erklärt. Anführer des Putsches ist der bisherige Premierminister Albert Rene. Er ist der Präsident der „Vereinigten Volkspartei der Seychellen" (SPUP). Der Putsch verlief relativ unblutig. Lediglich ein Polizeibüro wurde gestürmt und fünf Menschen wurden getötet. Unmittelbar nach dem Putsch wurde eine neue Regierung unter Vorsitz A. Renes gebildet. Fünf englische Polizeioffiziere, die den Drill der Seychellen-Polizei übernommen hatten, wurden sofort des Landes verwiesen. Über die Inselrepublik wurde der Notstand verhängt („Le Monde", 7. und 8.6., „NZZ", 7.6.77). In einem von der neuen Regierung veröffentlichten Kommunique heißt es unter anderem, Mancham dürfe nicht mehr einreisen, sein Besitz werde allerdings nicht beschlagnahmt. Die anderen außer Landes weilenden Minister könnten wieder einreisen, sofern sie sich nicht subversiv betätigten. Die Touristen können bleiben („Le Monde", 8.6.). Mancham wird beschuldigt, korrupt zu sein, wie ein Playboy zu leben, ausländische Investoren geduldet zu haben. Z.Z. findet ein Touristen- und Bauboom statt, mit paradiesischen Abschreibungsraten für die Konzerne, bei gleichzeitiger eklatanter Vernachlässigung der Landwirtschaft und einheimischen Industrie. Resultat: die Seychellen müssen fast alle Lebensmittel einführen, die Preise sind in die Höhe geschnellt, es gibt tausende von Arbeitslosen. Manchams letzter Coup: Er wollte die Verfassung ändern, um die nächsten Wahlen um fünf Jahre verschieben zu können. Der englische Komprador Mancham – er war schon unter sener Majestät Chefminister (durch Wahlbetrug) – war einst eifriger Verfechter der kolonialen Abhängigkeit von England; erst 1974 nach Bombenanschlägen und Massenprotesten schwenkte er kurz vor der Wahl auf die geschicktere neokoloniale Variante um („Neues Deutschland", 4.5.74). Die Partei Renes, die SPUP, trat seinerzeit die Wahl mit der Forderung nach totaler Unabhängigkeit an und hatte die Losung „Wir wollen kein Volk von Hotelboys sein". Insgesamt trat sie programmatisch sehr radikal auf. In einem Interview mit der Zeitung „Horizonte" (21.11.75) sagte Rene: *„Die SDP* (die Partei des gestürzten Manchams) *vertritt hauptsächlich die Interessen der Händler, Geschäftsleute und Großgrundbesitzer. Sie ist auch fest mit imperialistischen Staaten wie den USA, Großbritannien und natürlich Südafrika (...) verbunden. Unserer Bevölkerung wird die ökonomische Potenz genommen, denn die Landwirtschaft, die Fischerei und andere Wirtschaftsbereiche (als den Tourismus) werden immer mehr eingeschränkt, z.B. sind wir schon jetzt vollkommen vom Nahrungsmittelimport aus dem rassistischen Südafrika abhängig (...) die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln wäre möglich."*

„Wir fordern den wissenschaftlichen Sozialismus. Hier auf den Seychellen gilt es mit allen politischen Konsequenzen sozialdemokratische und neokoloniale Varianten zu verhindern, denn wir wollen keine halbe Unabhängigkeit".

Einer der ersten Gratulanten war der fortschrittliche Nachbar Madagaskar.

Es gibt allerdings auch Hinweise, daß Renes radikale Positionen von 1975 nur Propagandarummel waren bzw. heute revidiert sind. Der „Guardian" vom 9.6. schrieb, daß das Programm der neuen Regierung *„mehr reformistisch als revolutionär"* sei, sie werde keine Schwierigkeiten bei der diplomatischen Anerkennung erhalten, denn es wäre klar, daß sie ihre *„engen Beziehungen zum Westen behalten will"*. Der neue Minister für Erziehung und Kultur meinte, daß der *„Tourismus wichtig für uns bleiben wird, und wir werden nichts tun, um das Wirtschaftswachstum zu behindern"*. Albert Rene fügte hinzu *„daß sogar südafrikanische Besucher auf den Seychellen willkommen wären, denn sie seien nicht verantwortlich für das 'barbarische Apartheidregime' "*. Die „Süddeutsche Zeitung" vom 10.6. vermerkte: *„Westliche Diplomaten in Victoria* (die Hauptstad der Seychellen – Anm. AK) *gehen davon aus, daß die neuen Machthaber nichts gegen ein Fortbestehen der amerikanischen Satellit-Relaisstation haben. Die USA zahlen dafür jährlich 1 Mio. Dollar"*.

Möglicherweise nicht gerade zufällig ist Albert Rene kurz vor dem Putsch durch mehrere westeuropäische Hauptstädte gereist („AFP", nach „MD", 9.5.77) – Ein verabredeter Staatsstreich?

Afrika-Kommission

F. POLISARIO fordert OAU-Konferenz
Im Juli letzten Jahres war auf dem

F. POLISARIO fordert OAU-Konferenz

Im Juli letzten Jahres war auf dem OAU-Gipfel auf Mauritius eine außerordentliche OAU-Sitzung für Anfang 1977 zur Erörterung der Unabhängigkeit der Westsahara beschlossen worden. Diese Sondersitzung wurde bis heute vom derzeitigen rechten OAU-Vorsitzenden Ramgoolam nicht einberufen.

„Der Außenminister der Demokratischen Arabischen Republik Sahara, Hakim Ibrahim, hat heute morgen (17.5.) auf einer Pressekonferenz in Maputo den Vorsitzenden der OAU beschuldigt, er sei in erster Linie dafür verantwortlich, daß das außerordentliche Gipfeltreffen über die Sahara noch nicht stattgefunden habe (...). Außerdem betonte der Außenminster, die Anwesenheit der Delegation der POLISARIO-Front in der Konferenz in Maputo sei ein großer diplomatischer Sieg für das Volk der Sahara. Es ist darauf hinzuweisen, daß Marokko und Mauretanien die Konferenz zur Unterstützung der Völker von Namibia und Zimbabwe aufgrund der Anwesenheit der POLISARIO-Front boykottiert haben" (Radio Maputo, 17.5.77, nach „MD", 24.5.77).

Afrika-Kommission

FOS Bucraa: Rechnung ohne den Wirt gemacht

Der Ministerpräsident der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" (DARS) hatte in seiner Rede während der Feierlichkeiten am 20. Mai, dem 4. Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes der F. POLISARIO, gesagt:

„Alle spanischen Arbeiter, die in den Diensten Marokkos stehen, werden als Söldner betrachtet und müssen mit ihrem Tod rechnen" („Cambio 16", 12.6.77). Gemeint waren die etwa 340 spanischen Arbeiter (von den kanarischen Inseln), die in den Phosphatminen von Fos Bucraa auf dem Territorium der DARS von der marokkanischen Gesellschaft OCP beschäftigt werden. Die kanarischen Arbeiter hatten bereits wiederholt angekündigt, die Minen zu verlassen, weil ihre Sicherheit dort nicht gewährleistet ist. Sie hatten ein Ultimatum bis zum 30. Juni gestellt („El Pais", 19.5.77).

Die F.POLISARIO hat das Ultimatum verkürzt. Durch mehrere Sprengstoffanschläge auf Fos Bucraa, bei dem zehn Marokkaner getötet worden sein sollen („Süddeutsche Zeitung", 4./5. Juni), haben zunächst 130 spanische Arbeiter die Gegend fluchtartig verlassen und 30 kanarische Lastwagenfahrer haben sich ebenfalls geweigert, weiterhin zu fahren („El Pais", 4.6.77). Die kanarischen Arbeiter stehen unter starkem



Druck der marokkanischen Bewacher, sie sind quasi dienstverpflichtet...

„Obwohl seit Monaten kein Gramm Mineral aus den Gruben gefördert wird, noch das Transportband funktioniert, das auf einer Länge von 100 km das Mineral durch die Wüste zum Verschiffungsort beförderte, haben die Direktoren der Gesellschaft einen Arbeitsrhytmus aufrechterhalten, der sich dem normalen Betrieb annäherte. Die optimistischsten Pläne erlaubten an eine Ingangsetzung des Förderbandes Ende dieses Jahres zu denken und an eine vollständige Wiederherstellung der Produktion innerhalb von zwölf Monaten" („El Pais", 4.6.77). Sie hatten die optimistische Rechnung ohne den Wirt gemacht...

Offenbar beschränkten sich die Aktivitäten der von starken marokkanischen Armeeinheiten bewachten kanarischen Arbeiter darauf, bereits gefördertes Phosphat abzutransportieren. Es sollen insgesamt 1001 Tonnen weggeschafft worden sein („El Pais", 4.6.77).

Nach dem Angriff auf das mauretanische Eisenerz-Zentrum Zouerat am 1. Mai 77, war der Angriff auf Fos Bucraa die zweite bedeutende Aktion der F.POLISARIO in kaum mehr als einem Monat.

Nach Angaben der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" hat ein politischer Sprecher der F.POLISARIO geäußert:

„Nach dem Verteidigungskrieg, den unsere Kämpfer führen mußten, nachdem die Invasionsarmeen unser Land überfielen, sind wir durch eine Phase der Generaloffensive gegangen. Jetzt werden wir unsere Operationen auf die neuralgischen Punkte des wirtschaftlichen und militärischen Systems des Feindes konzentrieren, im Stil von Zouerat. Oder anders gesagt, wir befinden uns am Übergang von einer quantitativen zu einer qualitativen Phase. Diese Veränderung der Art des Kampfes, in der wir die alleinige Initiative haben, wird begleitet von einer Umgestaltung unserer Armee. Wir befinden uns an einem Wendepunkt, an dem unsere punktuell angreifenden Einheiten (Guerilla-Armee) sich in Einheiten zur Besetzung militärischer Ziele verwandeln (Befreiungsarmee)" („Cambio 16", 12.6.77).

Afrika-Kommission

Umsiedlungsaktion Namibia — Bolivien?

Während auf der einen Seite die Bundesregierung die rassistische Apartheidpolitik im Süden Afrikas „unmenschlich und zutiefst menschenverachtend" (Schmidt) nennt, ist sie auf der anderen Seite doch sehr um das Wohl der dort lebenden Rassisten besorgt.

So zählen gerade in Namibia, der RSA und Zimbabwe (Rhodesien) zehntausende deutschstämmige Einwanderer zu den „staatstragenden" Kräften des Rassismus.

Allein in Namibia haben über 30.000 Weiße einen Paß der BRD!



Ein Schwarzer als „Blindenhund". Nach dem Wunsch der BRD-Regierung soll er demnächst durch einen Indio ersetzt werden. Denn sie zahlt die Umsiedlungskosten der Rassisten nach Bolivien.

„Für den Fall einer schwarzen Mehrheitsregierung in Namibia", so erklärte der SPD-Geschäftsführer Bahr, *„sei die Bundesrepublik bereit, ehemalige Siedler mit deutscher Staatsangehörigkeit aufzunehmen"*

Nun gibt es unter den Rassisten aber eine ganze Menge, die meinen, daß *„die Bundesrepublik unter der Herrschaft der SPD zu einem sozialistischen Land verkommen ist, das wir nicht mehr als unsere Heimat bezeichnen können"* (Radio Johannesburg 11.4.76, nach „Monitor-Dienst" 17.4.76).

Aber auch diese Vögel brauchen sich um ihre Zukunft kaum zu sorgen:

– *„Einhundertfünfzigtausend weiße Siedler aus Zimbabwe, Namibia und Südafrika, in ihrer Mehrzahl deutscher und holländischer Abstammung, sollen ab Mitte dieses Jahres nach Bolivien einwandern".*

Um diesen Plan zu realisieren gab es bereits eine Menge Bemühungen gerade von Seiten der Bundesregierung. So wurden schon anläßlich einer Konferenz in Costa Rica 1976 Kontakte zu den faschistischen Ländern in Lateinamerika aufgenommen. Während Brasilien, Argentinien und Urugay es ablehnten weiße Siedler aufzunehmen, war Bolivien geradezu begeistert von diesem Plan.

– Schon 1973 hatte sich Bolivien bemüht, portugiesische Aussiedler aus Angola und Mosambik in's Land zu holen. Ziel: *„...frisches Blut, um den Anteil der zivilisierten Bevölkerung zu erhöhen"* („Afrique Asie", Nr. 108, 1976), hieß die provokatorische Losung.

„Die bolivianische Bevölkerung besteht zu 65 % aus Indios, die, um mit den Worten (...) der herrschenden Klasse zu sprechen, 'lästiger als Tiere sind, denn sie essen mehr und arbeiten weniger' ". Man kann sich vorstellen, warum die bolivianischen Faschisten gerade so erpicht auf Aussiedler aus dem südlichen Afrika sind!

„Die Landesteile, in denen die künftigen Einwanderer sich niederlassen sollen, sollen bereits feststehen (...) (hier hat) (...) die bolivianische Regierung große Anstrengungen auf den Gebieten des Straßenbaus, der Bewässrung und im Dienstleistungsbereich gemacht."

Der Hammer:

– *„Diese Verbesserungen der Infrastruktur waren ursprünglich dazu vorgesehen, die Umsiedlung tausender bolivianischer Bauern zu ermöglichen, die (...) hier bessere Lebensmöglichkeiten erhalten sollten".*

Während 1973 die Bemühungen der bolivianischen Faschisten nach „frischem Blut" weitgehend fehlschlugen, da die meisten weißen Auswanderer Angolas direkt nach Portugal oder aber nach Brasilien gingen und sich kein Staat und keine Organisation fand, der die Aktion finanzieren wollte, scheint die jetzige Umsiedlungsaktion zu klappen:

– *„Die Ansiedlung dieser 30.000 Familien, die bisher im südlichen Kegel Afrikas lebten oder noch leben, wird durch einen 150 Mio. Dollar-Kredit der Bundesrepublik Deutschland finanziert".*

Um die Zusammenarbeit der SPD/FDP-Regierung mit den bolivianischen Faschisten zugunsten der Rassisten nicht allzu deutlich werden zu lassen, ließ man sich einen besonderen Trick einfallen: Die gesamte Umsiedlungaktion wird abgewickelt und finanziert über die ICEM (Zwischenstaatliche Organisation für die europäische Auswanderung) und die „Interamerikanische Entwicklungsbank". Das ist auch der Grund, weswegen die BRD-Regierung bisher dieses Projekt „guten Gewissens" dementieren konnte, denn eine direkte Zusammenarbeit mit der bolivianischen Regierung gibt es derzeit – zumindest offen – nicht.

Die 150 Mio. Dollar würden auch nicht direkt an Bolivien gezahlt, sondern an die ICEM, die dann den Kredit an die bolivianische Regierung weitergeben würde.

Jedenfalls sorgt die Bundesregierung dafür, daß der rassistische Abschaum auch nach der möglichen Unabhängigkeit Namibias nicht selbst arbeiten muß, um gut zu leben – der schwarze Sklave wird durch den Indio ersetzt!

(Zitate – wenn nicht anders angegeben – „3.Welt-Magazin", 4/77)

Afrika-Kommission

Nachrichten aus Zaire

Die ägyptische Unterstützung für das bankrotte Mobutu-Regime während des Volksaufstandes in der Provinz Schaba war weit größer, als bisher bekannt: 1.500 (!!) Soldaten aus Ägypten haben nach Angaben des Oberkommandierenden der ägyptischen Streitkräfte, General El Gamassi auf Seiten der Mobutu-Truppen gekämpft. Noch am 1. Mai 77 hatte Sadat frech gelogen, „nur" Piloten aus Ägypten hätten für Mobutu gekämpft (nach „Le Monde", 27.5.77).

***

Nach offiziellen Angaben aus Zaire hörten die Operationen des marokkanischen Truppenkontingents (1.500 Mann) in der Provinz Schaba in Zaire am 20.5. auf. Mobutu hat eine „Neuorganisierung" der Armee angekündigt („Le Monde", 3.6.), zuvor aber will er alle die erschießen lassen, die sich geweigert haben, auf seiner Seite gegen das Volk zu kämpfen („Süddeutsche Zeitung")!!

***

Die Kosten für den Militäreinsatz in Zaire beziffert Mobutu auf 24 Millionen französische Franc, ein Teil wird durch ausländische (gemeint ist imperialistische) Hilfe gedeckt. In diesem Zusammenhang dankte Mobutu dem Feudalfaschisten Hassan II von Marokko, der in einer wahrhaft königlichen Geste beschlossen hatte, seinem Kumpan das gesamte Kriegsmaterial abzutreten, das seine Soldaten in Schaba benutzt hatten,

Nachdem die imperialistische Intervention Mobutu noch einmal – zumindest vorübergehend – gerettet hat, geht dieser auf Reisen, um seinen Dank abzustatten. Die Stationen dieser Reise sprechen eine deutliche Sprache:

Paris, Belgien, BRD, Ghana und die Elfenbeinküste („Le Monde", 7.6.77).

***

Das folgende Flugblatt wurde von der FLNC an die marokkanischen Soldaten in der Provinz Schaba verteilt:

Marokkanische Soldaten!

Warum seid ihr hier im Kongo? Ihr müßt gegen die kongolesischen Patrioten kämpfen, die um ihre wahre Unabhängigkeit ringen. Französische Kolonialisten schicken Euch in den Tod für ihre eigenen neokolonialistischen Interessen. Die französischen Kolonialisten sehen in Euch immer noch Sklaven.

Solidarisiert Euch mit den kongolesischen Patrioten!

Helft ihnen, und Ihr helft Euch selber auch!

Die Nationale Befreiungsfront des Kongo

F.L.N.C.

Kongo

F.L.N.C.

Auszug aus dem jüngsten Kommunique der FLNC vom 23.5.77:

„Anfangs war die Zahl unserer Kämpfer auf 2.800 Einheiten begrenzt. Wir konnten damit allen Angriffs- und Verteidigungseinheiten der Mobutu Feindarmee trotzen. Erst nach den verstärkten Bombardierungen der Zivilbevölkerung waren wir gezwungen, uns zu unseren Stützpunkten im Inneren des Landes zurückzuziehen. Mit uns zog der größte Teil der Bevölkerung, wodurch es für die Mobutu Soldaten unmöglich wurde, das zuvor befreite Schaba wieder zu besetzen.

Heute bin ich (der Oberkommandierende M'Bumba –AK) *stolz zu sagen, daß sich die Zahl unserer Kämpfer seit Beginn der bewaffneten Aktionen verzehnfacht hat. Aus allen Gegenden des Kongo sind Tausende junger freiwilliger Kongolesen zu uns gekommen und kommen noch immer, um sich uns anzuschließen und mit festem Willen das Marionetten-Regime von Mobutu zu bekämpfen ...*

Seit Beginn der Kämpfe hat Mobutu im Innern wie auch nach Außen versucht, uns als von den Russen, den Kubanern oder anderen Söldnern geschickte Eindringliche hinzustellen. Für all diese Gerüchte hat es jedoch niemals einen Beweis gegeben. Alle Länder, die Mobutu unterstützen, müssen wissen, daß die in der FLNC vereinten Kämpfer nur ein Ziel vor Augen haben: Das kongolesische Volk aus dem Chaos und Elend zu befreien, das es bis jetzt kennengelernt hat. In diesem Kampf stützen sich die Kämpfer der FLNC nur auf die Unterstützung des ganzen kongolesischen Volkes. Gegenüber den Lügengeschichten von Mobutu muß ich noch einmal wiederholen: Für die FLNC ist der Kampf noch lange nicht zu Ende. Die Wiedereroberung von Dilolo und anderen Städten in Schaba bezeichnet überhaupt nicht den Schluß der Kämpfe. Die internationale Öffentlichkeit muß wissen, daß die zairische Armee kein Vertrauen mehr besitzt und nicht mehr auf Mobutu und sein Regime zählt. Außerdem ist sie gar keine richtige Armee mehr: Die Soldaten sind demoralisiert und unzufrieden. Ausländische Armeen können nicht für ewig im Land bleiben, um einem in den letzten Zügen liegendes Regime wieder auf die Sprünge zu helfen. Und was die FLNC angeht, so wird es für Mobutu immer schwieriger, uns den Weg zu verstellen.

Seit Beginn der Kämpfe hat die FLNC niemals irgendwelche militärische Hilfe bekommen. Sie hat jedoch eine große Menge zairischer Waffen ausländischer Herkunft erbeutet. Damit sieht sie sich immer besser imstande, den Befreiungskampf bis zum Ende zu führen."

Afrika-Kommission

Afrika-Kommission

Kaunda in der BRD

Zwischen dem 3. und dem 6. Juni hat der sambische Staatschef Kenneth Kaunda die BRD bereist, dabei mit Scheel, Schlei und Schmidt Gespräche geführt und anschließend seine dreiwöchige Europa-Goodwill-Tour fortgesetzt.

Wie bei derlei Anlässen so üblich, spuckten Schmidt und Co. einige weitere Millionen aus, um ihren ohnehin erheblichen wirtschaftlichen Einfluß auf Sambia weiter auszubauen.

So wird die Kapitalhilfe der BRD für Sambia für die kommenden zwei Jahre um 10 Millionen auf 80 Millionen DM, die technische Hilfe auf 6,4 Millionen DM erhöht. Außerdem erhält Sambia eine Million für die „Betreuung von Flüchtlingen" („Welt", 7.6.). – Wie bekannt, firmieren auch die aus der VR Angola zurückgeschlagenen UNITA-Söldnertruppen offiziell noch als „Flüchtlinge".

Regelmäßige Freunschaftsbesuche, Kapital- und technische Hilfe, „deutsche Fachkräfte" und Entwicklungshelfer in beachtlichen Umfang prägen schon seit langem das Bild westdeutsch-sambischer Wirtschaftsbeziehungen. Schließlich ist Sambia ein für die BRD-Imperialisten wichtiger Kupferlieferant: Schon 1966 kamen etwa 20 % der westdeutschen Rohkupferimporte aus Sambia („Nachrichten für Außenhandel", „NfA", 18.8.66).

Hier nur eine kurze Aufstellung der in den letzten Jahren von der BRD gewährten Kapitalhilfe (ohne den Anspruch auf Vollständigkeit):

1970: 10 Millionen DM („NZZ", 3.5.70),
1972: 15,7 Millionen DM („NfA", 26.7.72),
1973: 27 Millionen DM („Handlelsblatt", 24.4.73),
1974: 14 Millionen DM,
1976: 36 Millionen DM und 6,3 Mio. DM Warenhilfe, („NfA", 23.2.76),
1977: 80 Millionen DM („Welt",7.6.77).

Die umfangreiche Kapitalhilfe ist jeweils gepaart mit weitgehenden Abkommen, die speziell die Investitionen des BRD-Imperialismus fördern sollen, so z.B. das „Wirtschaftsabkommen", zur Intensivierung des deutsch-sambischen Wirtschaftsverkehrs, das „Rahmenabkommen über technische Hilfe", das den Einsatz westdeutscher „Fachkräfte" und die Entsendung von Entwicklungshelfern behandelt, und das sog. „Investitionsschutz- und förderungsabkommen", der im übrigen einzige Vertrag dieser Art, der von Sambia geschlossen wurde (!) („Welt", 24.10.74).

Entsprechend hat sich auch das Gesamtvolumen des Außenhandels in den letzten fünf Jahren von 282,9 auf 490,6 Millionen DM erhöht, also fast verdoppelt.

Afrika-Kommission

Demokratie Marke Kenyatta

Wie wir bereits in AK 104 berichteten, hatte die KANU, führende Regierungspartei Kenias, in einem gekonnten Gaunerstück die nationalen Wahlen des Landes 24 Stunden vor der Entscheidung beendet. Es waren seit 1966 die ersten nationalen Wahlen überhaupt.

Von Anfang an sabotierte die KANU den ordnungsgemäßen Ablauf der Wahl, Gegenkandidaten wurde „nahegelegt" aufzugeben und ähnliches mehr.

Oginga Odinga, ehemaliges Mitglied der verbotenen „Kenya's People Union (KPU)" und mittlerweile voll ins Lager der bürgerlichen Opposition integriert, wurde durch die KANU ausdrücklich verboten, für das Amt des Vize-Präsidenten zu kandidieren. Es ist bereits das dritte Mal, daß Odinga auf diese Weise von einer Teilnahme an den Wahlen ausgeschlossen wurde.

Bei den allgemeinen Wahlen 1974 wurde seine Kandidatur durch ein Gesetz verhindert,das besagte, daß nur derjenige sich zu den Wahlen aufstellen darf, der bereits drei Jahre Mitglied in der KANU ist!

Erst die Ausschaltung jeglicher – sogar bürgerlicher – Opposition bis hin zum Abblasen der Wahlen sind symptomatisch für die Politik der Kenyatta-Clique.

Um keinen Preis wollen diese Herren ihren totalen Machtanspruch aufgeben, um keinen Preis ihren politischen und wirtschaftlichen Einfluß mit Kompradoren aus dem „oppositionellen" Lager teilen.

Afrika-Kommission



Marokkanische Söldner in Zaire

Söldner für Zaire

Seit seiner Unabhängigkeit im Jahre 1960 hat das kongolesische Volk besonders unter den Greueltaten internationaler Söldner zu leiden gehabt.

Eines der Zentren für die Rekrutierung von Söldnern ist traditionell Belgien. Logisch, daß im Rahmen der internationalen Intervention zur Unterdrückung des Volksaufstands in Shaba dieses schmutzige Geschäft wieder florierte.

Die niederländische Zeitung „Vrij Nederland" berichtete am 4.6. über den Fall des französischen Ex-Legionärs Gilbert M., der über das bereits einschlägig bekannte Cafe „Au Petit Schaerbeek" in Brüssel nach Zaire „vermittelt" wurde. Dieser Fall steht sicher nicht allein.

Auf eine Anfrage eines PSB-Abgeordneten im Januar hin, in der auf die Söldneranwerbungen für die Armee der rhodesischen Rassisten in diesem Cafe hingewiesen und eine Anpassung der belgischen Gesetze an entsprechende internationale Vereinbarungen in der Form gefordert wurde, daß sowohl das Anwerben als auch das Verdingen als Söldner verboten werden kann, wurden von der Regierung entsprechende Schritte in „kürzestmöglicher Zeit" angekündigt – passiert ist bis heute nichts. Die belgischen Imperialisten werden ihre Gründe haben.

Belgien-Kommission
KB-Gr. Bremerhaven



Nachrichten aus Schule und Hochschule



Göttinger AStA droht Amtsenthebung

Nach einer sechs Wochen andauernden Kampagne gegen den Göttinger AStA wegen des Abdrucks des „Buback-Nachrufs" droht diesem „jetzt die Suspendierung und die Wahrnehmung seiner Geschäfte durch einen Staatskommissar" („FAZ", 10.6.). Da es sich bei der „FAZ" in diesen Dingen um eine „informierte' Zeitung handelt, ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß es sich nicht nur um leere Drohungen oder vage Vermutungen handelt.



Göttingen: Demonstration gegen den Polizeiüberfall auf den AStA

Anlaß für diesen erneuten Vorstoß (nachdem frühere Pläne dieser Art als „taktisch unklug" zurüchgestellt worden waren) war die Weigerung des AStA, einer gerichtlich bestätigten Anordnung des Göttinger Rektors Beug nachzukommen, nach der er sich vom Buback Nachruf distanzieren und die Verbreitung der beanstandeten Ausgabe der „göttinger nachrichten" unterlassen sollte. außerdem sollte er gezwungen werden, keine *„Erklärungen und Stellungnahmen allgemeinpolitischen, nicht hochschlupolitischen Inhalts abzugeben"*.

Immer deutlicher wird an dem Vorgehen, daß das Ziel der Aktion das Politische Mandat selber ist. So meinte die „FAZ" (10.6.) in einem Kommentar völlig nüchtern und unmißverständlich: Die Radikalen hätten in Göttingen *„nichts anderes gesagt als die Radikalen an anderen Universitäten: daß sie nämlich den Mord für politisch töricht halten. Der Göttinger AStA praktiziert auch nichts anderes als die Mehrheit der Studentenausschüsse an den anderen Hochschulen: er nimmt widerrechtlich ein allgemein-politisches Mandat wahr."* Das sagt dieselbe bürgerliche Presse, die wochenlang todernst eine Anti-Terroristen-Kampagne gegen den Göttinger AStA inszeniert hat, während es doch in Wirklichkeit um das politische Mandat, um die freie Meinungsäußerung der studentischen Organe und nichts anderes gegangen war. Immerhin - eine reife schauspielerische Leistung...

Ganz auf dieser Linie hat die zweite gerichtliche Instanz entschieden, es sei überflüssig, vom AStA eine Distanzierung vom Buback-Nachruf zu verlangen, *„da das Gericht diese Distanzierung in AStA-Erklärungen schon als gegeben ansah"* („FAZ", 11.6.). Aufrechterhalten werden jedoch die Forderungen nach Nichtverbreitung der „gn" und Unterlassung allgemeinpolitischer Stellungnahmen. Sollte der AStA dagegen verstoßen, ist der Rektor der Universität ermächtigt, Zwangsgelder zu verhängen.

Erstmals seit den Hausdurchsuchungen zu Pfingsten meldete sich auch die Staatsanwaltschaft wieder zu Wort. In einer Presseerklärung wiederholte sie die alten Vorwürfe (Billigung einer Straftat, Verunglimpfung, Veruntreuung der AStA-Gelder). Nach der Behauptung, *„bei zwei Studenten (habe) sich der Verdacht erheblich verstärkt"*, den Artikel verfaßt oder wenigstens von vornherein davon gewußt zu haben, kommt sie zu dem Schluß, daß *„diese beiden Studenten nunmehr verantwortlich zu vernehmen sein werden"*. Als Beweis müssen für diesen Verdacht handschriftliche Aufzeichnungen über die Konzeption der Zeitung und des Artikels herhalten, wobei nicht einmal nachgewiesen wird, daß dabei nur dieser Artikel in Frage kommt, und daß die Aufzeichnungen vor dem Erscheinen der Zeitung angefertigt wurden.

Dann kommen sie zum eingentlichen Kernpunkt, den Vorwürfen gegenüber dem AStA. Dieser wird überhaupt nicht mehr wegen des inkriminierten Artikels angegriffen, sondern wegen *„unzulässiger und objektiv strafbarer Verwendung finanzieller Mittel zur Förderung allgemeinpolitischer Zwecke"* - sprich Wahrnehmung des politischen Mandats! Vorgeworfen wird ihm die Mitfinanzierung von Demonstrationsfahrten nach Brokdorf und Grohnde und die Verwendung von Geldern für *„Veröffentlichungen, die sich mit allgemeinpolitischen Verhältnissen in anderen Ländern befaßten, u.a. in Nahost, Südafrika, Zypern, Portugal, Chile und dem Iran."* Weiterhin wird ihm die finanzielle Unterstützung von Bürgerinitiativen gegen den Abriß von Wohnraum und Unterstützung von Studenten in Strafverfahren zur "Last gelegt".

Der Göttinger AStA ist aktuell der herausragende Angriffspunkt für die Herrschenden bei ihrem Versuch, das Politische Mandat zu zerschlagen. So überlegen das Rektorat und das niedersächsische Wissenschaftsministerium permanent, ob und wann die Situation für eine Amtsenthebung und die Einsetzung eines Staatskommissars günstig sei und wie dies am besten zu bewerkstelligen sei.

RCDS - Volksverhetzer am Werk

Unter dem zentralen Titel *„Linksfaschismus"* widmet der RCDS eine achtseitige Ausgabe (DIN A3-Format) seiner Zeitung „rational" (wovon das Gegenteil der Fall ist) der Politk des KB. In diesem Pamphlet wird der Versuch unternommen, eine direkte Verbindung zwischen der Politik der RAF, den „Roten Brigarden' und der des KB zu ziehen. Unsere Einladung an italienische Genossen für gemeinsame Veranstaltungen, diente dem Zweck, *„den Straßenterror zu internationalisieren"*, womit natürlich wieder einmal nicht der „internationalisierte" Terror des Staatsapparates gemeint ist, sondern der auf die Straße getragene Protest von Studenten und arbeitslosen Jugendlichen. Was der RCDS unter Terror versteht wird deutlich in seiner Diffamierung des Protestes gegen den Bau des Atomkraftwerks in Grohnde als „Studentenkriegsfront", als hätten dort Studenten den Bürgerkrieg geprobt und nicht die Polizei. Er fährt dann fort: *„Noch tragen die Mescaleros keine Pistolen, noch verteidigen sie ihre Reservate ... mit Schlagstöcken, Seitenschneidern, Wurfankern und Wurfgeschossen aller Art"* . Selbstverständlich ist natürlich, daß die Polizei mit Schlagwaffen, Chemical mace, Pistolen, Schildern, Wasserwerfern usw. usf. ausgerüstet ist, womit sie auf jeden losgeht, der sich gegen das menschenfeindliche Atomprogramm zur Wehr setzt. Das ist für den RCDS in Ordnung, denn es kommt von der Reaktion. Diese Verbindung der RAF mit den Atomkraftwerksgegnern kommt nicht von ungefähr, gehört doch der RCDS zu den Kräften in diesem Land, die nichts mehr fürchten, als die Menschenmassen, die sich von der Staatsgewalt nicht mehr von der Wahrnehmung ihrer Interessen abschrecken lassen.

Der Gipfel dieser Zeitung ist allerdings der direkte Beweis für die Zusammenarbeit zwischen RCDS und Verfassungsschutz.

Insgesamt werden 6 Telefonnummern und Namen von Göttinger Genossen und Genossinnen angegeben, wobei noch die angebliche Funktion innerhalb des KB hinzugefügt wird. Solche internen Informationen (ob sie nun stimmen oder nicht) können allein vom Verfassungsschutz besorgt sein, insbesondere in der Fülle wie sie in dieser Zeitung angegeben werden.

Dieser Verdacht wird noch erhärtet, durch die Angabe einer Hamburger Telefonnummer, unter der angeblich die „zentrale Leitungskommission" zu erreichen sei, die jedoch in keinem Telefonbuch steht und auch nicht über die Auskunft zu erfragen ist.

Auch hier erübrigt sich die Frage nach der Herkunft. Der RCDS hat sich immer scheinheilig gegen den Vorwurf verwahrt, Spitzeldienste für den Verfassungsschutz zu leisten. Für die gesamte demokratische Studentenschaft wird es von Interesse sein, diese Verbindung genauer kennzulernen.

Breite Solidaritätsfront - ohne den MSB

Gegen die drohende Amtsenthebung und die damit verbundenen Angriffe auf das politische Mandat insgesamt wird am 15.6. in Göttingen eine landesweite Demonstration stattfinden. Hierzu hat sich eine Aktionseinheit gebildet, an der bisher teilnehmen: AStA Uni, AStA PH, Juso-Hochschulgruppe, SHB/Initiativgruppe, GIM, KHB(KB), SB-Hochschulgruppe, Sozialistische Bündnisliste Uni, SBL,PH, BuF.

Der Göttinger AStA brachte dann diesen breit getragenen Vorschlag in die Konferenz niedersächsischer Asten ein, wo er knapp mit 22:20:11 abgelehnt wurde. Dagegen stimmten alle MSB/SHB-Asten, es enthielten sich die Asten, die von Jusos und MSB gestellt werden. Alle von Jusos und Basisgruppen getragenen ASten werden allerdings trotz dieses Beschlusses zu einer landesweiten Demo aufrufen. Angeschlossen haben sich die ASten aus Kassel und Fulda. Ebenso hat sich in Marburg eine Aktionseinheit fast aller linken Gruppen und Organisationen am Ort gebildet - bis eben auf MSB und SHB. Damit verfährt der MSB weiterhin auf dem Kurs, keinerlei Solidarität mit dem angegriffenen AStA zu bekunden. Als Alternativvorschlag brachte er ein, einen allgemeinen „Aktionstag' an allen niedersächsischen Hochschulen durchzuführen, der entweder an den Hochschulen an denen der MSB dominiert, nie stattgefunden hätte, oder auf dem nie etwas über die Angriffe auf den Göttinger AStA zu hören gewesen wäre. Diese Haltung kritisierte in Göttingen selbst der bisher ziemlich treue Bündnispartner SHB „Überhaupt kein Verständnis mehr haben wir dafür, daß nicht einmal eine verbale Solidarisierung der vds-MV zustande gekommen ist". Besonders wird dabei vom SHB angegriffen, daß der MSB eine Solidarisierung mit dem AStA mit einer Solidarisierung mit den „Terroristen" gleichsetze.

Die Jusos haben sich dem Vorschlag einer landesweiten Demo angeschlossen, obwohl sie weiterhin scharfe Kritik am Vorgehen des AStA haben. Insbesondere werfen sie diesem vor, durch die Veröffentlichung und die späterer Nichtdistanzierung die Verteidigung des Poli tischen Mandats und des AStAs erschwert zu haben, weil an diesem Kampf nicht soviele Studenen teilnehmen wie es z.B. dann, wenn es um Chileflugblätter, 1.Mai-Aufrufe oder Ähnliches ginge. Sicher ist es richtig, daß es sich um eine besonders schwierige Frage gehandelt hat, da die Linke hier am ehesten zu spalten ist. Nicht richtig ist es allerdings, daß dies die Solidarisierung mit dem Artikel, oder gar mit der Politik der RAF zur Grundlage gemacht hat, sondern den Willen, die Meinungsfreiheit und die uneingeschränkte Wahrnehmung des Politischen Mandats zu verteidigen. Schwer gemacht haben sich die verschiedenen politischen Organisationen die Solidarisierung selbst, da sie immer erst den „Terrorismus" sehen und nicht die Verteidigung der Meinungsfreiheit gegen alle staatlichen Angriffe. Eine breite Einheit war und ist möglich. Die Mobilisierungsergebnisse zu den VVs und zu den Demonstrationen beweisen dies. Und nicht zuletzt zeigt sich dies in dem Zustandekommen eines breiten Bündnisses, aus dem sich der MSB allein wegen seiner Abgrenzungsbeschlüsse gegenüber dem KB ausgeschlossen hat.

Weiter werfen uns die Jusos vor, die Mobilisierung der Rechten begünstigt zu haben. Richtig ist es, daß seit langem zum ersten Mal auf einer VV 1000 Reaktionäre auftauchten. Aber auch im linken Lager wurde weit mehr als sonst mobilisiert (weit über 3000). Eine Polarisierung innerhalb der Studentenschaft kann bei einer Verschärfung der Konflikte gar nicht ausbleiben, da ein weit größerer Teil der Studenten, der heute aktiv ist, sich in solchen „unruhigen Zeiten" für die eine oder andere Seite entscheiden muß. Illusorisch wäre es anzunehmen, daß wir alle anderem Studenten auf unsere Seite ziehen können. Aber selbst der Göttinger RCDS gibt zu, daß er in dieser Kampagne keine neuen Leute gewonen hat, weshalb er eine zur Diskussion stehende Neuwahl gar nicht erst in das Studentenparlament einbrachte.

Nach Berichten von Göttinger Genossen

Staatsschutz-Ermittlungen gegen Frankfurter Schüler

Ein am 2. Juni in der Bettina-Schule verteiltes Flugblatt („Wir trauern um den Tod von Benno Ohnesorg und vielen anderen") nahm die Staatsschutzabteilung der Frankfurter Polizei zum Anlaß, nach „Sympathisanten der Terroristen" unter den Schülern zu fahnden.

In dem Flugblatt war auf die zahlreichen Opfer des Polizeiterrors seit Ohnesorg hingewiesen worden, was in der Öffentlichkeit *„vertuscht und heruntergespielt"* werde. Angesichts dessen sei die bürgerliche Kampagne anläßlich des Tods von Buback ein *„Affentheater"*, das nur der Verschärfung der Repression – ganz im Sinn von Bubacks „Lebenswerk" – dienen soll. Dies sind die 'schärfsten' Passagen des Flugblatts, das ohne Impressum herausgebracht worden war. Das Vorgehen des Staatsschutzes soll hier eindeutig noch verschärft werden, da von „klammheimlicher Freude" über Bubacks Schicksal o.ä. keineswegs die Rede ist, sondern lediglich die F r a g e gestellt wird, ob das Dahinscheiden dieses Mannes wirklich „ein Grund zum Trauern" sei.

Die „FAZ" (8.6., Lokalteil) freilich stieg auf der gewohnten Wellenlänge voll ein. Das „Buback-Pamphlet an der Bettina-Schule" befasse sich *„in zynischer Form mit der Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback"*. Die Schulsprecherin habe *„nach Angaben einer Zeugin"* das Flugblatt verteilt, und die Staatsanwaltschaft entscheide nun über weitere Schritte. Von Schulleiter Dingeldey (Frankfurter GEW-Vorsitzender !) wußte die „FAZ" zu berichten, daß er „bedaure", *„daß' Hersteller und Verteiler des Flugblattes bisher nicht hätten ermittelt werden können."* Den Inhalt des Flugblattes soll Dingeldey (nach „FAZ") als *„völlig absurd"* bezeichnet haben. Nähere Erläuterungen gab er dazu freilich nicht. Es wäre interessant zu erfahren, wie er das politisch begründet.

Da das Flugblatt, gegen das nun wegen „Volksverhetzung" weiterermittelt wird, in Wirklichkeit auch für die westdeutsche Klassenjustiz ziemlich unangreifbar gehalten ist, ist der öffentliche Angriff auf die Schülervertreter an der Bettina-Schule in erster Linie als Versuch zu werten, fortschrittliche Frankfurter Schülervertreter, die auch im Stadtschülerrat derzeit die Mehrheit stellen, einzuschüchtern und zu isolieren. Gegen dieses Manöver sind bereits erste Schritte eingeleitet worden: Stadtschülerrat und der gleichzeitig in Frankfurt tagende Landesschülerrat haben gegen dieses Vorgehen protestiert (wobei sich die Revisionisten typischerweise der Stimme enthielten!).

Die hessische CDU hat angekündigt, das Flugblatt im Landtag zur Sprache zu bringen. Das zeigt, daß diese Kampagne gegen fortschrittliche Schülervertreter erst am Anfang steht und nach Willen der Rechten noch „Göttinger Dimensionen" annehmen soll.

Nachrichten

„Bremer Modell" – endgültig tot

Am 7.6. stellte der Staatsgerichtshof Bremen in einem Urteil fest, daß die drittelparitätische Besetzung (je 1/3 Hochschullehrer, Studenten und Dienstleiter) der Gremien an der Universität Bremen „verfassungswidrig" sei. Die CDU-Fraktion in der Bremer Bürgerschaft hatte eine Verfassungsklage eingereicht. In seinem Urteil stellt das Gericht fest:

– der Gruppe der Hochschullehrer müsse bei den Entscheidungen der maßgebliche Einfluß verbleiben
– *„ein Recht der Universität, sich im Rahmen der Landesverfassung nach eigenem Verfassungsverständnis in vollem Umfang selbst zu organisieren, werde einer im staatlichen Bereich gegründeten Hochschule durch keine Vorschrift der Verfassung gewährt."*

Damit ist das als Reformhochschule von der SPD gepriesene und von der DKP als „schrittweise Umwälzung" der Macht der Monopole unterstützte „Bremer Modell" nun endgültig gestorben. Auch in Bremen soll normaler Uni-Alltag mit normaler Uni-Hierarchie herrschen (was allerdings die Aktivitäten der Studenten verhindern können).

Die CDU fordert nach diesem Urteil nun den Rücktritt von Franke. Der nun aber, in typischer Manier eines SPD-„Linken" in Führungsposition, läuft nicht etwa Sturm, sondern erklärt: *„Das vom Senat der Bürgerschaft vorgelegte Hochschulgesetz hat damit die Entscheidung des Staatsgerichtshofs quasi schon berücksichtigt"* (alle Zitate „FR", 8.6.)

Die CDU wird mit ihrer Rücktrittsforderung Schwierigkeiten haben.

KB - Hochschulgruppe Bremen

Münster: Jusos auf Rechtskurs

Nach langem Hin und Her haben die Juso-Hochschulgruppe und der LHV in Münster einen Minderheiten-AStA mit nur elf der insgesamt 31 Studentenparlamentssitze gebildet. Die

in Münster einen Minderheiten-AStA mit nur elf der insgesamt 31 Studentenparlamentssitze gebildet. Die

Juso-Mitgliederversammlung hatte mit 20:19 Stimmen, beschlossen, die bisherige Koalition mit MSB und SHB aufzukündigen. Hieraus ergibt sich die Konsequenz, daß der Minderheiten-AStA entweder auf die stillschweigende Unterstützung des RCDS oder von MSB/SHB angewiesen ist. Streitpunkt der Koalition war das Politische Mandat. So schreibt der neue AStA: *„In der Frage des Politischen Mandats wollen Jusos und LHV ohne Aufgabe der inhaltlichen Positionen durch eine Veränderung der Form (??) der Wahrnehmung versuchen, einer drohenden Vernichtung des Instruments der studentischen Selbstverwaltung entgegenzuwirken"*, da *„die Summe aller Ordnungsgelder kein Gradmesser für die Richtigkeit der AStA-Politik ist"* (Juso-Flugblatt, 4.5.). Nur die Form wollen sie also ändern: vielleicht mit Blumen, oder einem Trauerrand? Man kann Flugblätter quadratisch, rund oder sonstwie herausbringen, bisher sind immer die Inhalte angegriffen worden. Wenn die Jusos davon nicht abweichen wollen (nach eigenen Aussagen), kann mit Veränderung der Form nur der Rausschmiß des MSB gemeint sein.

Für den MSB stellt sich nun die bittere Frage, ob er gemeinsam mit den Linken gegen diese Entwicklung angehen will. Skeptisch stimmt uns jedoch, daß er auch in Münster einer der wesentlichen Treiber zur Verhinderung einer Solidarisierung mit dem Göttinger AStA ist.

KB-Sympathisanten, Münster

Münster: Gegen zwei bis vor kurzem amtierende Vorsitzende des AStA wird von der Staatsanwaltschaft wegen Veruntreuung von Geldern ermittelt. Die Untersuchungen beziehen sich *„auf die Begleichung von Ordnungsgeldern in Höhe von 14.300 Mark"* zu der der AStA wegen Wahrnehmung des Politischen Mandats verurteilt worden war und die von den AStA-Vorsitzenden persönlich eingetrieben werden sollen. Da der AStA auch weiterhin das Politische Mandat wahrgenommen hat, belaufen sich die Ordnungsgelder jetzt schon auf insgesamt 40.000 DM.

Würzburg: Protest gegen Bossle geht weiter

Nach der Sprengung der Einführungsveranstaltung des CSU-Profs und Chileverehrers Bossle durch 400 Studenten in Würzburg (s. AK 105) hat es weitere Aktionen gegeben. Am 5. Juni versammelten sich 400 Studenten zu einem Bossle-Tribunal.

Es sprachen ein Vertreter der VVN und eine Genossin, die aus Peru geflüchtet ist, die über die Situation in Chile und Peru berichtete. Die Veranstaltung war nach Jahren der politischen Ruhe in Würzburg ein voller Erfolg. Am 6. Juni versammelten sich wiederum 300 Studenten, um die eventuell stattfindende Vorlesung Bossles zu verhindern. Er kam aber wiederum nicht.

ten sich wiederum 300 Studenten, um die eventuell stattfindende Vorlesung Bossles zu verhindern. Er kam aber wiederum nicht.

Ein spontanes Sit-In in der Cafeteria verabschiedete eine Solidaritätsresolution mit dem Göttinger AStA. Dann zogen die Studenten zu einer Versammlung CSA (Christlich Soziale Arbeitnehmer), wo Bossle angeblich sprechen sollte. Als dort nur Bonzen anzutreffen war, wurde die Versammlung beendet. Beschlossen wurde, jetzt zu einer Veranstaltung mit Kultusminister Maier zu mobilisieren, der wesentlich für die Berufung Bossles verantwortlich ist.

Nach einem Bericht der KB-Sympathisanten in Würzburg

Drei Tage Besetzung an der Bremer Uni

Seit dem 2. Juni streiken die Lehrerstudenten an der Bremer Universität gegen Studienverschärfungen und die neue LPO (Lehrerprüfungsordnung). Die LPO sieht eine Verschärfung der Prüfungsklausuren und die Einbeziehung von während des Studiums gefertigten Referaten zur politischen Überprüfung vor. Mit knapper Mehrheit hatten es die „gewerkschaftlich Orientierten" geschafft, statt des sofortigen Streiks eine Urabstimmung durchzusetzen. Knapp 2/3 entschieden sich für Streik. Der AStA aus MSB/SHB/Jusos lud in üblicher Manier dann Hochschulsenator Franke in die Uni. Franke kam am 6.6. und verteidigte die LPO. Als Antwort flogen einige Eier, die den AStA „nötigten", sich von „wildgewordenen Eierwerfern und Kleinbürgern", den „Basisgruppen und Maoisten" zu distanzieren. Circa 250 Studenten verließen die Versammlung und berieten über weitere Kampfmaßnahmen. Es wurde die Besetzung des Bereichs GW II vorgeschlagen (im GW II ist über die Hälfte der Studenten und ein wichtiger Teil der Uni-Verwaltung). Der Vorschlag sollte auf der Streik-VV am nächsten Tag abgestimmt werden. Dort stimmten dann 350 Studenten für diesen Vorschlag, der von Basisgruppen, KB, KSB und KSV befürwortet und auf den Widerstand von MSB, SHB und Jusos stieß.

Das war die Mehrheit und am 8.6. wurde das GW II dichtgemacht. Es wurden verschiedene Streik-Arbeitsgruppen gebildet.

Am 9.6. fand dann mit 1.500 (von 4.500) Studenten eine der größten Uni-VVs an der Bremer Uni statt. Zwei Tage vorher war das Urteil des Staatsgerichtshofs Bremen gegen die Drittelparität an den Hochschulen gesprochen worden. Im Anschluß an diese Vollversammlung demonstrierten über 2.000 Meschen in der Stadt gegen dieses Urteil und für die Streikforderungen.

Am 10.6. fand dann eine stark besuchte Streik-VV der Lehrerstudenten (über 600, das entspricht einer gut besuchten Uni-VV) statt. MSB, SHB und Jusos plädierten massiv für Abbruch der von ihnen boykottierten Besetzung. Dieser Boykott fand sich dann als Klage über „mangelnde Beteiligung" der Studenten in ihren „Argumenten" wieder. Außer-

fand sich dann als Klage über „mangelnde Beteiligung" der Studenten in ihren „Argumenten" wieder. Außer-

dem fürchteten sie durch die Abriegelung eines Teils der Verwaltung würde man die Dienstleister verschrecken. Der Argumentation mit der zu geringen Beteiligung schloß sich auch eine Minderheit der Basisgruppen an. Die Mehrheit der BGs, der KB, KSB und KSV forderten die Weiterführung der Besetzung. In einer anschließenden Kampfabstimmung wurde schließlich der Abbruch der Besetzung mit 314:274 beschlossen. Der Streik wird am 13.6. zunächst unbefristet weitergeführt.

KB-Hochschulgruppe Bremen

Marburg: Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel wurde von der hessischen CDU vorgeschickt, um an der Marburger Uni „schon verlorenes Terrain zurückzugewinnen" („Welt").

3000 Studenten waren gekommen, die Mehrheit, um Vogel auszupfeifen, so daß er selber ins Mikrophon schreien mußte, um überhaupt in den ersten Reihen gehört zu werden. Schon jetzt kündigt die „Welt" eine weitere Auseinandersetzung an, wenn am 16.6. Alfred Dregger (!) an der Marburger Uni auftreten soll – hoffentlich nicht!

Hannover: 70 Studenten der ESG besetzten am 7.6. das Haus der ESG in Hannover nachdem dies von der Kirchenleitung geschlossen worden war. Anlaß hierfür war eine Umbenungsaktion in „Thomas-Münzer-Haus" durch die Studenten. Dies muß den Kirchenbonzen ganz besonders auf den Magen geschlagen haben, da Thomas Münzer einer der revolutionären Füher der Bauernkriege gewesen ist und somit einer der wesentlichen Gegenspieler Luthers. An der Umbenunnung hatten ca. 300 Studenten und mehrere Pastoren teilgenommen.

Noch ein Ermittlungsverfahren in Sachen Buback

In Sachen Buback ist ein neues Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Vor den Kadi gezogen werden soll diesmal der Frankfurter Presseverantwortliche des KB, Klaus Scholz, im Zusammenhang mit einem Flugblatt, das den Titel *„Wir trauern um ein großes Schwein"* trug. Mit Poststempel vom 9.6. wurde unserem Genossen mitgeteilt, daß er verbotenerweise *„Freude über den Tod"* von Buback geäußert und diesen *„als Schwein bezeichnet"* habe. Welcher Straftatbestand damit konkret erfüllt sei, hat die Staatsanwaltschaft nicht mitgeteilt.

Wieder einmal war es der RCDS gewesen, der das Flugblatt für die reaktionäre Presse (und sicher auch für den Verfassungsschutz) „entdeckte". Der RCDS versuchte, auch gleich einen Angriff gegen den AStA zu landen, weil das Flugblatt in den AStA-Räumen ausgelegen hatte. Im Studentenparlament stellten die Rechten einen Antrag auf Unterbindung „solcher Propaganda" an der Uni, kamen damit aber nicht durch.

Kiel: Springer im AStA?

„Wir werden dem Göttinger AStA auch dann keine Solidaritätsadresse schicken, wenn er amtsenthoben wird", so der AStA der Uni Kiel zu der Aufforderung, gegen die drohende Amtsenthebung des Göttinger AStA zu protestieren.

Daraufhin wurde von Unbekannten der Nachruf im Namen des AStA veröffentlicht, da sich der AStA selber weigerte, Informationen zu veröffentlichen. Dies geschah in Form einer Persiflage, aus der jeder erkennen konnte, daß der AStA nicht der Verfasser ist.

Die Reaktion der Jusos ist trotzdem bezeichnend. Zuerst beschuldigten sie einfach ohne einen Beweis Genossen des KB. Dann telefonierten sie in sämtlichen Druckereien hinterher, am nächsten Tag hing in der Mensa eine Wandzeitung mit dem Hetztitel: *„Mit dem KB in den Faschismus"*! In den nächsten Tagen erschien ein Flugblatt, in dem der bemerkenswerte Satz: *„Die Ratten werfen mit Dreck aus den Löchern, ohne selbst, lichtscheu wie sie sind, an die Öffentlichkeit zu treten!"* zu finden ist. Bemerkenswert, wie weit sich Sozialdemokraten in ihrem Abgrenzungswahn treiben lassen können, denn faschistischer Sprachgebrauch ist dies allemal - wenn nicht sogar mehr!

KB/Gruppe Kiel

CDU hievt griechischen Faschisten auf Professorensessel

Heidelberg. In einer Blitzaktion wurde in Heidelberg der griechische Faschist Iakovidis als Professor berufen. Faktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit – der Antrag auf Berufung wurde nur drei Tage vor der Entscheidung gestellt – wurde die „Verhandlung" durchgezogen.

Iakovidis wurde erst 1971 Professor in Athen und schließlich einer der schärfsten Einpeitscher gegen den Studentenaufstand im Herbst 1973, in dessen Nachfolge dann die Junta zurücktreten mußte. Seit 1974 erhielt Iakovidis trotz mehrerer Versuche in Griechenland keine Professorenstelle mehr („tat", 20.5.77). Was dieser Faschist in Griechenland nicht mehr kann, ermöglicht ihm bis heute die CDU-Landesregierung von Baden-Württemberg, in deren Sch(m)utz ja auch eine Unzahl einheimischer Faschisten ihr Unwesen treiben kann.

Iakovidis raus aus Heidelberg!

Antifa-Kommission KB / Gruppe Hamburg



Darmstadt: Beim Streik gegen die Einführung einer neuen Prüfungsordnung wurden die Streikposten mit Polizeigewalt aus der Hochschule geprügelt. Die Gebäude wurden von der Polizei besetzt.

Bullen in Aktion

Freiburg. In nahezu alter Tradition feierten Freiburger Bullen den 10. Jahrestag des Tods von Benno Ohnesorg auf ihre Weise.

Etwa 50 Studenten nahmen den 2. Juni zum Anlaß, um mit einer Plakataktion auf die verschärfte Militarisierung der Polizei hinzuweisen. Ein Plakat mit der Überschrift: „Die Polizei – Dein Freund und Henker" sollte geklebt werden, auf dem eine unvollständige Aufstellung von Polizeiopfern seit 1967 aufgeführt ist.

Als am Regierungspräsidium die ersten zwei Plakate angebracht waren, tauchten etliche Bullen auf, zunächst noch ohne Kampfausrüstung, rissen die Plakate ab und versuchten die Plakatkleber an die Wand zu drängen. Als diese sich zur Wehr setzten, zogen sofort Bullen zur Verstärkung auf – jetzt in voller Ausrüstung – und knüppelten auf die Demonstranten ein.

Einzelne wurden bis in die Kaufhäuser verfolgt und festgenommen.

Gegen acht wurde ein Strafantrag gestellt, wegen „Körperverletzung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Sachbeschädigung". „Gerechtfertigt" wurde dieser brutale Bulleneinsatz damit, daß auf den Plakaten die Polizei „bösartig" angegriffen werde, angeblich eine verbotene Demonstration stattfand und daß es sich letztendlich um einen „Akt sinnlosen Vandalismus" gegen wertvolle Baudenkmäler gehandelt habe (so Regierungspräsident Person in der „Badischen Zeitung" vom 4./5. Juni 77).

Nach Berichten von Freiburger Genossen

Nachtrag zu AK 105

Der öffentliche Aufruf *„Benno Ohnesorg war nur der Anfang"* einer Reihe demokratischer Persönlichkeiten der BRD (siehe auch AK 105) hat inzwischen zahlreiche weitere Unterzeichner gefunden, darunter Ernst Bloch, die ASten Tübingen und Bochum, die Bremer Regionalgruppe der Christen für den Sozialismus, das Kollektiv Rote Rübe München, der LHV Hannover u.a.



Abschlußkundgebung am 2. Juni in Westberlin

Wie die Linke Benno Ohnesorgs gedachte

Westberlin: An einer Demonstration, zu der die gesamte Westberliner Linke – bis auf die Sektierer von „KPD", KBW und SEW – aufgerufen hatte, nahmen 12.000 Menschen unter der Parole *„Vor zehn Jahren haben wir Benno Ohnesorg begraben, glaubt nicht, daß wir das vergessen haben"* teil. Auf der Abschlußkundgebung sprachen CISNU, Erich Fried, Rudi Dutschke und der Göttinger AStA.

Eine gemeinsame Veranstaltung wurde von SB, UStA, Langer Marsch verhindert (siehe AK 105). So fand am 3.6. eine Veranstaltung einer Aktionseinheit aus KB, AStA der PH, Aktionskomitee gegen Berufsverbote an der HfSS und dem SSB statt. Ca. 1500 Menschen kamen . Nach einem einleitenden Beitrag der AE sprach Rechtsanwalt Spangenberg über die Lage der politischen Gefangenen.

Die Asten der PH Westberlin und der Uni Göttingen sprachen zur Auseinandersetzung um den „Buback-Nachruf". Dann wurden Beiträge von Karl-Heinz Roth und Peter-Paul Zahl verlesen, die ihre Erfahrungen mit dem 2. Juni und in der Folgezeit darstellten.

Zur Veranstaltung der „Linksunabhängigen" (wie sie sich selbst gern nennen) am darauffolgenden Tag erschienen zwischen 3 und 4000. Dort sprachen Rudi Dutschke, Otto Schily, ein Vertreter des UStA, Ekkehard Krippendorf, ein Vertreter der CISNU und Erich Fried. Ein Beitrag von Horst Mahler wurde verlesen. Darin heißt es, nicht die Arbeiter der Metropolen seien die treibende Kraft im Klassenkampf, sondern die Intellektuellen. Dies dürfte ziemlich unvereinbar mit der Politik der „KPD" sein, als deren Parteigänger Mahler bisher gegolten hatte. Es scheint, daß Mahler wieder zu Apo-Ladenhütern zurückkehrt.

Rudi Dutschke sprach dagegen, betonte aber, daß die Genossen im Knast mit in die laufende politische Diskussion einbezogen werden müßten. Er behauptete dann, die neue Studentenbewegung würde wesentlich an der BaFöG-Frage entstehen, was er für „problematisch" hält, da ein Drittel der Bevölkerung einen schlechteren Lebensstandart habe als die Studenten.

Bremen: Am 2.6. fand eine Demo der Gerichts- und Lehrerreferendare gegen die bestehende Referendarausbildung statt. KB und Basisgruppen hatten aufgerufen, sich in einem Block dieser Demo anzuschließen und hierbei Transparente zum Tod von Benno Ohnesorg mitzunehmen.

Etwa 200 Studenten schlossen sich diesem Block an. Auf dem Marktplatz wurden Kränze niedergelegt, in der Stadt Parolen zum 2. Juni gemalt.

Flensburg: In der Nacht zum 2. Juni wurden an mehreren Schulen Parolen gemalt, woraufhin eine allgemeine Hektik an den Schulen losbrach. Am Abend fand eine Veranstaltung mit ca. 180 Teilnehmern statt (hauptsächlich Schüler).

Es wurde ein Beitrag zur Schülerbewegung 67/68 gehalten, danach sprach ein Mitglied des AStA Göttingen. Die Diskussion verlief hauptsächlich um den „Buback-Nachruf" und die Frage der Gewalt.

Hannover: Zu einer Demonstration hatten die Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke, der KB, die CISNU, die CIS (vaterländischer Teil der iranischen Studenten) und der Antirepressionskreis (Vorbereitungsgruppe für ein Russell-Tribunal) aufgerufen. Es erschienen 450 Menschen. Der Bahnhofsvorplatz wurde in einer Aktion in Benno-Ohnesorg-Platz umbenannt.

Paderborn: Am Westfalen-Kolleg (300 Studierende) hißte der AStA eine schwarze Fahne mit der Parole: *„2. Juni – 10. Todestag von Benno Ohnesorg"*, die zwei Tage über dem Gebäude wehte. Schwarze Armbinden wurden ausgeteilt, an einer Versammlung nahmen 30 Studenten teil, wo Augenzeugenberichte vom 2. Juni'67 verlesen wurden.

München: Eine Diskussionsveranstaltung mit 200 Leuten wurde von einer breiten Aktionseinheit getragen: „BLATT", KB, GIM, Kollektiv Rote Hilfe, Basisbuch, Redaktionskollektiv „Komplott", Bund türkischer Sozialisten, Türkischer Studentenverein, CISNU, Selbstorganisation der Studenten. Peter Schult („BLATT") berichtete über seine Erlebnisse am 2. Juni und über seine Begegnung mit Rolf Pohle, der damals in der Münchner Studentenbewegung eine wichtige Rolle gespielt hatte. Über die neue Studentenbewegung sprach ein Vertreter des Göttinger AStA.

Einen bitteren Geschmack bekam die Veranstaltung durch das Verhalten des „Arbeiterbundes für den Wiederaufbau der KPD". Getreu seinem Vorbild DKP verließ er die AE, weil auf der Veranstaltung für die Solidarität mit Rolf Pohle geworben werden sollte.

Für die Veranstaltung wurde ein Antrag auf Hafturlaub für Rolf Pohle gestellt, der unterschrieben wurde von: Basisbuchladen, „BLATT", Kollektiv Rote Hilfe, KB, „Lebascha", Selbstorganisation der Studenten, Stadtteilzentrum Milbertshofen, Trikont-Verlag, GIM, Frauen Knastgruppe München, Knattermieten, Theaterkollektiv Rote Rübe, Fachschaft Zeitungswissenschaften, Redaktionskollektiv „Komplott".

Kiel: Veranstaltung verboten

Am 10.6. verbot das Präsidium der Uni Kiel eine Veranstaltung aus Anlaß des 2. Juni. Diese Veranstaltung sollte vom Juso-AStA, ESG, KB, CISNU und der Frauengruppe unterstützt werden und hatte als Grundlage den Aufruf: „Benno Ohnesorg war nur der Anfang." Das Unipräsidium begründete das Verbot mit der Wahrnehmung des Politischen Mandats durch den AStA und der folgenden Passage im Flugblatt: *„Heute, zehn Jahre später, wissen wir, daß es unsere Aufgabe ist, gegen Verschleierung und geschichtsloses Vergessen Aufklärung, Wahrheit und Verständnis der kleinen und großen politisch-wirtschaftlichen Zusammenhänge und Verfilzungen zu verbreiten. Dies ist notwendig zur Bekämpfung des Todes, nicht zuletzt des atomaren Todes, der sonst zahllosen Menschen droht. Dies ist zugleich unsere Art, an Benno Ohnesorg zu denken."*

Die Veranstalter erklärten, daß dieses Verbot noch einmal deutlich zeige, wie notwendig diese Aktion sei. Alle Referenten haben weiterhin ihre Zusage gegeben. Leider nahm der Juso-AStA dies zum Anlaß, eine eigene Veranstaltung vorzubereiten .

Nach Berichten der KB-Gruppen Flensburg, Westberlin, Hannover, München, Paderborn, Kiel, Bremen

2. Juni 77 - Beginn einer Debatte?

In zahlreichen Städten der BRD und besonders in Westberlin haben aus Anlaß des 10. Jahrestages der Erschießung von Benno Ohnesorg Aktivitäten, Demonstrationen und Veranstaltungen der Linken stattgefunden. Allgemein wurde der Schuß auf Benno Ohnesorg als Meilenstein auf dem Weg zum Modell Deutschland begriffen. Es wurde erinnert an die zahlreichen Polizeiopfer, den Ausbau des staatlichen Gewaltapparats und die Verschärfung und Perfektionierung der Repression überhaupt, die – damals noch kaum vorstellbar – inzwischen durchgeführt wurde.

Darüber hinaus wurde von verschiedener Seite der Versuch einer Aufarbeitung der Erfahrungen der Studentenrevolte und ihrer politischen Bewertung aus heutiger Sicht unternommen. Leider muß gesagt werden, daß dabei bis jetzt im großen und ganzen nicht viel Neues und Interessantes herausgekommen ist. Statt einer konkreten Analyse des Entstehens und des Verlaufs der Studentenbewegung wurde vielfach einer phrasenhaften „Global-Interpretation" der Vorzug gegeben.

Schlußfolgerungen für die heutigen Aufgaben der Linken – etwa in Bewegungen wie gegen die Atomanlagen oder in der „neuen" Studentenbewegung – wurden kaum gezogen. Während dies denjenigen Apo-Genossen, die heute im Knast sitzen, durch Isolationshaft systematisch unmöglich gemacht werden soll, ist es doch symptomatisch für Gruppierungen wie das SB, wie wenig konkrete Orientierungen dort zu finden sind.

So widmet sich D. Claussen in der „links" (Juni '77) dem Thema *„Wirkliche Bewegung statt traditioneller Politik"*. Dies bedeutet für ihn einen pauschalen Verriß sämtlicher Organisationen, die aus der Studentenrevolte hervorgegangen sind. Diese hätten nur „ohne Bewegung" ihre Gründung begründen können. *„Bewegungen existieren für sie nur als Objekte, die sie für ihre Politik zu instrumentalisieren und zu benutzten trachten"*. Und so geht es Spalte für Spalte weiter im SB-eigenen zäh-ermüdenden Polit-Stil: *„absurde Avantgarde der traditionellen Politik"*, *„Geschichtslosigkeit"*, *„Wahrnehmungslosigkeit gegenüber den Inhalten der sozialen Bewegung"*, *„mechanisches Verhältnis der politischen Organisationen zu den sozialen Bewegungen"* usw. usf. Bemerkenswert: Nicht an einer einzigen Stelle wird die Theorie und Praxis dieser schlimmen Organisationen überhaupt benannt; nicht einmal namentlich werden bestimmte Gruppen angegriffen (das wäre wohl unter SB-„Niveau").

Da die „Spontis" keine Organisation, die DKP kein Ausläufer der Studentenbewegung und die Jusos ganz gewiß nicht gemeint sind, sind die Adressaten dieser „Kritik" natürlich die kommunistischen Gruppen bzw. Ansätze, die seit 69/70 entstanden sind. Diese Art von Auseinandersetzung finden wir schlicht feige.

Bemerkenswert ist freilich auch die Einschätzung des Scheiterns der Studentenrevolte. Ein Teil der protestierenden Intellektuellen habe sich den gewaltsamen Konfrontationskurs der Staatsmacht aufdrängen lassen. Am Ende dieser „Sackgasse" hätten dann die *„terroristischen Praktiken der RAF und ihrer Nachfolger"* gestanden. Dies sei **„der Tod der Bewegung"** gewesen. Na also – der Sündenbock ist gefunden!

Ohne den Schaden, den die „Stadtguerilla" tatsächlich angerichtet hat, herunterspielen zu wollen, fragen wir uns doch, wie ein solcher Schwachsinn über den Tisch der „links"-Redaktion gehen kann. Demgegenüber wird buchstäblich k e i n Wort über die Spaltung und Aufweichung der Bewegung durch SPD und die Revisionisten verloren, und warum das überhaupt möglich war. Es bleibt zu hoffen, daß derartiges Zeug im SB nicht unwidersprochen bleibt.

Zwei weitere Beiträge, die wir hier erwähnen wollen, stammen von Karl-Heinz Roth und Peter-Paul Zahl. Der KB hatte (in AK 104) vorgeschlagen, Hafturlaub für eine Reihe gefangener Genossen und die Möglichkeit ihrer Teilnahme an den Aktivitäten zum 2.6. zu fordern, um demonstrativ unsere Verbundenheit mit den politischen Gefangenen zu unterstreichen.

Diese Forderung wurde von ziemlich vielen Gruppen aufgegriffen. Die beiden o.a. Beiträge wurden dann auf einer Veranstaltung in Westberlin (s.u.) verlesen (die Aktionseinheit, die diese Veranstaltung getragen hat, will die Texte vollständig publizieren).

PPZ, der sich hauptsächlich mit der Frage der „Stadtguerilla" auseinandersetzt, schreibt: *„Die RAF hat im Juni 1972 eine Niederlage erlitten. Es stünde ihr gut an, sie zuzugeben, sie zu analysieren, über neue, bessere Kampfesweisen mit der Neuen Linken in den Dialog zu treten"*. Andererseits sei die Niederlage der RAF auch u n s e r e Niederlage gewesen. Er warnt vor der Spaltung in *„hier Militantismus, Aktionismus, da Selbsterfahrungsgruppe oder Seminarmarxismus"*. Der Staatsapparat sei in einer Weise aufgerüstet und vorbereitet, daß die Linke *„in einer Nacht abgeräumt"* werden könnte.

Dabei habe es für die Herrschenden noch nie eine Rolle gespielt, ob ihre Opfer „schuldig" oder „unschuldig", „bewaffnet" oder „unbewaffnet" gewesen seien. Die Frage des *„Selbstschutzes des proletarischen Lagers"* zu verdrängen, hieße, *„mit offenen Augen in den kollektiven Selbstmord zu gehen"*.

Karl-Heinz Roth sieht als wesentliches Moment der Apo, *„daß es der Arbeiterjugend, den Schülern und Studenten zwischen 1965 und 1969/70 banal darum ging, einen von neuen sozialen Lebensformen getragenen Alltag zu verwirklichen"*. Es kam zu „massenhaften Ausbrüchen" aus der Leistungsgesellschaft. Denn die Planung des „Modell Deutschland" – Reform und Verfeinerung kapitalistischer Herrschaftstechniken bei weitgehendem Verlust sozialer Individualität für die Massen – sei in Konturen sichtbar und als konkrete Gefahr breit empfunden worden.

Die „neuen Inhalte" der Massenbewegung seien aber nirgendwo ausreichend reflektiert worden, so daß es nicht zu einem „konzeptionellen Selbstverständnis" kam. Daran sei die Bewegung schließlich in der Anti-Notstands-Kampagne zerbrochen. Was danach kam, sei die Suche nach Möglichkeiten zum „Überwintern" gewesen: „Neue Innerlichkeit", „K-Gruppen-Gründungen" und „Stadtguerilla".

Roth meint, die Universität sei damals *„weitgehend erobert"* gewesen, *„sie wurde aber nicht umgewälzt"* (im Sinne der alternativen Lern- und Lebensbedürfnisse der Gesamtbewegung). In der „neuen" Studentenbewegung sieht er (fälschlicherweise) die Forderung nach einem *„gleichmacherischen und alle von familiärer Einkommensherrschaft befreienden Studentenlohn"* als eine Priorität, was er als Fortschritt bewerten würde. Denn dies schaffe die „sozialökonomischen Voraussetzungen" für die Verwirklichung von „alternativem Kämpfen und Leben".

Zum Schluß schlägt er im Hinblick auf die Genossen der Stadtguerilla vor, *„eine Art Waffenruhe"* zu verkünden. Auch diese Genossen müßten sich der Kritik unterziehen und an der notwendigen „Strategiedebatte" teilnehmen. *„Wir sollten einen Zustand herbeiführen, der niemand in die Verzweiflung und Attentatspolitik treibt. Der Rückblick auf die zehn Jahre seit dem 2. Juni 1967 sollte Anlaß für die Initiierung einer Amnestiebewegung sein"*.

»BRD und Drittes Reich – Todesschuß bleibt immer gleich«

Frankfurt. Aus Anlaß des 2. Juni fand eine Demonstration von der Uni in die Innenstadt statt, die zuvor auf Antrag von KB-Genoss(inn)en auf einer Uni-VV beschlossen worden war.

Trotz anfänglicher „Zweifel", die in Sponti-Kreisen geäußert worden waren („was soll denn ein Traditionsumzug?") zog der AStA mit, und es wurde mit knapp 1.000 Teilnehmern eine kämpferische Aktion. Viele „alte" Parolen setzten sich durch („Wir sind eine kleine radikale Minderheit", „Ho-ho-ho-chi-Minh" u.a.), und auch das Demonstrieren im Laufschritt wurde wieder praktiziert. Einer der wesentlichen Inhalte war die Solidarität mit dem Göttinger AStA. So wurde vor dem Gebäude der „Frankfurter Rundschau" („Schundschau") angehalten, die Straße durch Hinsetzen blockiert und der „berüchtigte" Buback-Nachruf der „Göttinger Nachrichten" verlesen (die Rundschau hatte diesen Artikel als „blanken Faschismus" bezeichnet).

Die Polizei war massiv am Rande der Demonstration anwesend – in voller Kampfausrüstung. So entstand beim Ende der Demonstration noch eine heikle Situation, als sich Bullen und Studenten schweigend gegenüberstanden und eine Konfrontation „in der Luft lag". Eine ganze Reihe der bekannteren Sponti-Freaks und auch der AStA machten hier ziemlich rasch ihren Abgang, ohne sich weiter darum zu kümmern, was aus dem Rest der verbleibenden Demonstranten wird, der zunächst unschlüssig verharrte. Es gelang dann aber doch über Megaphon, einen Abzug in Gruppen zu organisieren, ohne daß es zu „Zwischenfällen" kam.



Am Vorabend war eine Veranstaltung zum selben Thema durchgeführt worden – ebenfalls mit anfänglich rund 700 Leuten ziemlich gut besucht. Dort waren Filme über die Studentenbewegung von 1968 gezeigt und in Beiträgen versucht worden, die damaligen Erfahrungen vor dem Hintergrund unserer heutigen Situation zu beleuchten, ohne daß es freilich zu einer tiefgehenden Diskussion und Auswertung kommen konnte.

KB / Gruppe Frankfurt



Protestkundgebung und sit-in vor dem Haus der „Frankfurter Rundschau" wegen der Pressekampagne gegen den Göttinger AStA

China – 8 Monate nach dem Rechtsputsch

Am 6./7. Oktober letzten Jahres wurden in einer vorbereiteten Aktion vier Mitglieder des Politbüros der KP Chinas (Wang Hung-wen, Dschang Tschun-tjiao, Djiang Tjing und Yao Wen-yüan) verhaftet und die Ernennung Hua Guo-fengs zum Parteivorsitzenden durchgesetzt. Es begann eine großangelegte Kampagne gegen die „Viererbande" und deren „Anhänger", „Gefolgsleute", „Agenten", „Schwarze Hände" usw. im ganzen Land. Es gab eine unübersehbare Zahl von Absetzungen auf allen Ebenen des Partei- und Staatsapparats. In vielen Fällen gab es auch Verhaftungen und Prozesse. Es fanden mehrere große „Massenkritik-Versammlungen" mit 50 - 100.000 Teilnehmern statt, auf denen hohe Provinzfunktionäre als „Agenten der Viererbande" vorgeführt und teilweise auch gleich verurteilt wurden (Anm. 1).

„Anhänger der Viererbande" und andere „schlechte Elemente" werden durch die Straßen gefahren.

Die Kampagne ist zum jetzigen Zeitpunkt noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Dies geht auch aus den ständigen Aufrufen der

Zeitpunkt noch keineswegs als abgeschlossen zu betrachten. Dies geht auch aus den ständigen Aufrufen der

Hua-Gruppe an den Parteiapparat hervor, die Kampagne intensiv fortzusetzen, sich nicht „lasch und lauwarm" zu verhalten, sondern „die Massen voll zu mobilisieren". Es werden gezielt Funktionäre getadelt, die die Kampagne nicht scharf genug führen. Im wesentlichen abgeschlossen erscheint zur Zeit allerdings die „Säuberung" in den Reihen der Spitzenfunktionäre. Das schließt einzelne nachträgliche Fälle oder auch eine mögliche zweite Welle von „Säuberungen" nicht aus. Das bisher weitgehendste Beispiel dafür ist die Provinz Liaoning, wo erst im März dieses Jahres auf eine „wichtige Anweisung des Vorsitzenden Hua zur Lösung der Liaoning-Frage" hin mehrere Mitglieder des Provinzparteikomitees als „Anhänger der Viererbande" abgesetzt wurden. Angeblich hatten sie nach dem Rechtsputsch in der Provinz die gegen die „Viererbande" eingerichtete Untersuchungsgruppe kontrolliert und sollen dafür verantwortlich gewesen sein, daß die Kampagne in Liaoning „zu lasch" geführt wurde (Anm. 2).

Da in der Kampagne offiziell kaum Namen genannt werden (bisher ist nur etwa ein halbes Dutzend angeblicher „Anhänger der Viererbande" offiziell namentlich angegriffen worden), sondern in Presse und Rundfunk nur Umschreibungen verwendet werden, ist es nur ungefähr möglich, über das bisherige Ausmaß der „Säuberungen" ein Bild zu gewinnen.

Eine Aufstellung der Zeitschrift „china aktuell" (Anm. 3) ergibt, daß nach dem Rechtsputsch bisher gut 50 der 195 Mitglieder des ZK der KP Chinas ihre Posten verloren haben, also rund 25 %. Von den 27 Ministern sind nach dem Putsch vier abgesetzt worden (15 %), nämlich Außenminister Tjiao Guan-hua, Sportminister Chuang Tse-tung, Gesundheitsministerin Liu Hsiang-ping und Kulturminister Yü Hui-yung (Komponist mehrerer ‚moderner Pekingopern'). Außerdem wurden drei stellvertretende Minister abgelöst.

Besonders schwer getroffen von der Hexenjagd der Hua-Gruppe auf die „Anhänger der Viererbande" ist das gesamte Presse- und Informationswesen, wo umfassende personelle Veränderungen auf allen Ebenen stattgefunden haben. Abgelöst wurden u.a. die Leiter der Nachrichtenagentur „hsinhua" und der Zentralen Rundfunkverwaltung, sowie die Redaktionen der Tageszeitung „Renmin Ribao" und des theoretischen Organs „Hongqi" (Rote Fahne"). Die Schanghaier Zeitschrift „Studium und Kritik" wurde eingestellt.

Ein weiterer Schwerpunkt der „Säuberungen" war die Verwaltung der Eisenbahnen, die teilweise total umgekrempelt wurde. Die weitestgehende Maßnahme wurde im Eisenbahnbüro von Chengchow (Eisenbahnverwaltung der Provinz Honan) Anfang Januar getroffen: Dort wurden „auf Beschluß der Parteizentrale mit Vorsitzenden Hua an der Spitze" hohe Armeekader als neue Parteisekretäre eingesetzt (Anm. 4).

mit Vorsitzenden Hua an der Spitze" hohe Armeekader als neue Parteisekretäre eingesetzt (Anm. 4).

Gleichfalls schwer betroffen von der Kampagne sind der Partei- und Verwaltungsapparat der meisten Provinzen. Darunter natürlich an erster Stelle Schanghai. Dort war Dschang Tschun-tjiao Erster Parteisekretär und Vorsitzender des Revolutionskomitees, Yao Wen-Yüan war sein Stellvertreter auf diesem Posten und Wang Hung-wen war Vorsitzender der Gewerkschaft. Darüber hinaus sind in Schanghai auch die Mehrheit der Mitglieder des Provinzparteikomitees und des Revolutionskomitees abgelöst worden. Ähnlich schwer ist außerhalb Schanghais anscheinend nur das Revolutionskomitee der Provinz Honan betroffen. Aber in fast allen Provinzen sind im Verlauf der Kampagne mehrere Mitglieder der Revolutionskomitees abgesetzt worden, seltener auch Mitglieder der Parteikomitees. Insgesamt sind seit dem Rechtsputsch nach den Aufstellungen der Zeitschrift „china aktuell" über 130 Mitglieder von Provinz-Revolutions- und Parteikomitees abgesetzt worden („c.a.", April 1977).

In zehn der 29 Provinzen der VR China wurden neue Parteisekretäre eingesetzt. Abgesehen von Schanghai und Yünnan handelt es sich dabei jedoch nur um Ersetzung verstorbener Funktionäre oder Umbesetzungen von einer Provinz zur anderen. In Yünnan wurde die alte Provinzparteiführung, die im vergangenen Jahr besonders scharfen Angriffen als Anhänger Deng Hsiao-pings ausgesetzt war, durch eine Intervention des Politbüros abgelöst.

Unter den Abgesetzten auf Provinzebene befinden sich auch zahlreiche Spitzenfunktionäre der Massenorganisationen – der Gewerkschaften, des Jugendverbandes und in geringerer Zahl auch des Frauenverbandes. Hinzu kommt eine überhaupt nicht abzuschätzende Zahl von Umbesetzungen auf den unteren Ebenen des Partei- und Staatsapparats, der Universitäten (vor allem in Peking und Schanghai) und sogar der Armee – insgesamt zweifellos zigtausende.

Der Widerstand gegen die Hua-Gruppe

Aus den offiziellen Angaben geht hervor, daß es vor dem Rechtsputsch – vor allem im Zeitraum Juni bis September 1976 – im ganzen Land zu von den „Linken" organisierten Protestaktionen gekommen ist: Demonstrationen, Streiks, Sprengung von Sitzungen der Provinz-Parteikomitees und -revolutionskomitees, gewaltsame Befreiung politischer Gefangener, usw. Nach dem Putsch werden jedoch nur noch wenige derartige Auseinandersetzungen berichtet. Diese betreffen im wesentlichen die Stadt Paoting (Provinz Hopei) und die südchinesische Provinz Fukien. In Paoting sollen über Monate hin bis zum Rechtsputsch wiederholt schwere Kämpfe stattgefunden haben. Nach dem Putsch wurde eine „Entscheidung zur Lösung der Paoting-Frage" getroffen, die darin bestand, daß die Armee eingesetzt wurde, die die Kämpfe niederschlug, Waffen beschlagnahmte, „schlechte Leute" verhaftete, öffentliche Prozesse durchführte und *„die Diktatur des Proletariats über eine Handvoll konterrevolutionärer Elemente und Oberverbrecher errichtete"* (Anm. 5).

In der Provinz Fukien sollen Anhänger der „Viererbande" nach dem Rechtsputsch militärischen Widerstand geleistet haben – *„sie schossen auch, töteten Revolutionäre und schafften einen ernsten konterrevolutionären Zwischenfall"* (Anm. 6).

In Schanghai, das als Hochburg der „Viererbande" galt, soll nach dem Tode Mao's (etwa einen Monat vor dem Rechtsputsch) Munition an die Arbeitermiliz ausgegeben worden sein. (Die Miliz hat normalerweise zwar die Waffen, aber die Munition wird von der Armee kontrolliert). Nach dem Rechtsputsch sollen die „Anhänger der Viererbande" in Schanghai einen Geheimsender und eine militärische Aufstandsleitung eingerichtet haben; sie sollen geplant haben, Brücken zu sprengen und die Wasser- und Elektrizitätsversorgung zu unterbrechen (Anm. 7).

Insgesamt ergibt sich aus den offiziellen Meldungen, daß der Putsch vom 6./7. Oktober 1976 kaum auf bewaffnete Gegenwehr gestoßen ist und daß derzeit die „Anhänger der Viererbande" nirgendwo ein militärisches Problem darstellen. Allerdings gibt es in allen Provinzen Widerstand in Form illegaler Agitation durch Wandzeitungen, Parolen-Malen und Flugblätter, zu deren „unbarmherziger Unterdrückung" ständig aufgerufen wird. Auch passiver Widerstand gegen die Kampagne wird beklagt. Meldung aus der Provinz Kiangsi: *„... Gegenwärtig wollen ein paar Leute die Urteile aufheben, einige versuchen, einen Gegenangriff zu starten, um Regelungen rückgängig zu machen, einige versuchen vergeblich, den sogenannten ‚Funken' in Gang zu halten ... Ein paar Leute führen Angriffe im Dunkeln, um auf hunderterlei Art die Bewegung anzugreifen, und einige kommen offen hervor und führen bittere Klagen wegen der Viererbande; sie schwenken eine Fahne, um ihre Seelen zurückzurufen..."* (Anm. 8). Meldung aus der Provinz Shansi: *„... Allerdings bleibt die Entwicklung der Bewegung ungleichmäßig. In einer sehr kleinen Zahl von Einheiten gibt es sehr grossen Widerstand gegen die Bewegung. Das liegt an verschiedenen Problemen in den Führungsgruppen dieser Einheiten... Es gibt in den Führungsgruppen Leute, die Falsches gesagt oder getan haben, oder sogar Leute, die mit der Viererbande verbunden waren..."* (Anm. 9). Bericht aus der Provinz Shensi: *„... Es gibt immer noch eine Anzahl Ortschaften und Einheiten in unserer Provinz, wo der Schwung noch unzureichend ist. Es gibt noch viele Probleme in der Sicherheit und Ordnung des Eisenbahnwesens. Die Sabotage-Aktivitäten der Klassenfeinde sind wahnwitzig. Die kapitalistischen Kräfte in den Städten und auf dem Lande arbeiten Hand in Hand mit Korruption, Diebstahl und Spekuationsgeschäften... Die Ordnung auf manchen Eisenbahn-Stationen und in manchen Zügen ist nicht stabil genug, und die gesellschaftliche Ordnung in einigen grossen und mittleren Städten ist nicht sehr gut... Wir müssen korrupten und spekulierenden Elementen entschlossene Schläge versetzen und die Diktatur des Proletariats ausüben über Verbrecher, die sich befassen mit Diebstahl, Betrug, Mord und Brandstiftung, über Rowdie-Banden, über verschiedene schlechte Elemente, die ernsthaft die gesellschaftliche Ordnung sabotieren und über kriminelle Elemente, die Zwischenfälle verursachen, die zu Arbeitsniederlegungen aufhetzen, die Leute anstacheln, Material zu stehlen und Sabotage zu verüben..."* (Anm. 10).

An diesem Sünden-Katalog sticht zunächst ins Auge, daß der Streik – als Recht in der chinesischen Verfassung ausdrücklich garantiert! – kriminalisiert und mit Schwerstverbrechen auf eine Stufe gestellt wird. Dieser Angriff auf das Streikrecht findet sich in allen derartigen offiziellen Stellungnahmen. Das heißt, Streik wird nicht nur politisch-ideologisch als Angriff auf Wirtschaftswachstum und Lebensstandard diskriminiert, sondern zusätzlich auch noch polizeimäßig verfolgt und unterdrückt. Dasselbe gilt für die Verbreitung oppositioneller Wandzeitungen, obwohl auch hier die chinesische Verfassung eindeutige Garantien enthält. Insbesondere jede Kritik an Hua Guo-feng wird als Schwerverbrechen behandelt. Die bürgerliche Presse hat in den letzten Wochen mehrfach von zahlreichen Todesurteilen in der VR China berichtet. Dazu ist zu sagen, daß aus den offiziellen Meldungen (Presse und Rundfunk der VR China) zwar hervorgeht, daß eine Reihe von Prozessen stattgefunden haben und weiter stattfinden, aber daß in keinem Fall die Art der Urteile erwähnt wird.

Auf jeden Fall ist die Repression gegen oppositionelle Meinungsäußerungen und gar gegen Widerstandsformen zweifellos stark. Dies läßt auf eine immer noch relativ schwache Position des Putschisten-Regimes schließen. Zwar hat die Hua-Gruppe sofort nach dem Putsch alles unternommen, um sich eine breite Unterstützungsbasis im Volk zu schaffen – zum einen durch eine unglaubliche Demagogie, mit der alle Mängel und Fehler der Vergangenheit der „Viererbande" angelastet werden (So werden sogar die schweren Verluste durch die Erdbeben des letzten Jahres darauf zurückgeführt, daß „Agenten der Viererbande" das Frühwarn-System sabotiert hätten!); zum anderen durch großartige Versprechungen auf Produktionssteigerungen und wachsenden Lebensstandard. Tatsächlich sind der Erfüllung dieser Versprechungen jedoch enge objektive Grenzen gesetzt. Abgesehen von den Erdbeben- und Überschwemmungsverlusten des letzten Jahres hatte die VR China es in diesem Jahr mit der schlimmsten Trockenheit seit ihrem Bestehen zu tun, was weitgehende Folgen für die Ernte dieses Jahres haben wird. Hinzu kommt noch, daß die Hua-Gruppe in den kommenden Jahren enorme Summen für die Modernisierung von Industrie und Landwirtschaft investieren will, was zu Lasten des Konsums gehen wird. Weitere große Investitionen werden für die angekündigte Modernisierung und Ausrüstung der chinesischen Armee nötig sein. Das heißt: Selbst wenn es der Hua-Gruppe gelingen sollte, durch Ausschaltung von Streiks, durch scharfe Kontrolle der Arbeitsdisziplin, durch die massenhafte Ankurbelung von „sozialistischen Wettbewerben" u.a.m. die Produktion deutlich zu steigern, wird sich das, zumindest in den nächsten Jahren, schwerlich in einer Steigerung des Lebensstandards der breiten Massen niederschlagen können. Zündstoff genug für kommende Klassenkämpfe!



sich, mit ausländischen Freunden zu sprechen."

Und Filbinger revanchierte sich. Bei jedem Festbankett hob er von nun an sein Glas mit Kornschnaps, rief „gan bei", was er bei der chinesischen 196. Infanteriedivision gelernt hatte und was „Ex" bedeutet, und trank ein ums anderemal „auf die Zerschlagung der Viererbande" — bis seine Umgebung ihn auf diese für einen ausländischen Politiker unpassende Parteilichkeit hinwies.

Zwar ließ er danach die Viererbande aus dem Spiel, flocht aber, als sei er auf

Aus Spiegel, 18.4.77

Anmerkungen

1. Z.B. wurde am 14. März in Schenyang (Liaoning) ein öffentlicher Prozeß gegen Dschang Tiä-scheng geführt, der 1973 bekannt wurde als „der Student, der bei der Prüfung ein leeres Blatt abgab" (Radio Schenyang, 15.3., laut „SWB" vom 18.3.). Z.B. am 15. März fand in der Präfektur Fuchou (Kiangsi) eine Massenkritik-Versammlung in Anwesenheit des „treuen Gefolgsmanns der Viererbande in Kiangsi" statt (Radio Nanchang, 18.3., laut „SWB" vom 26.3.).
2. Bericht von Radio Schenyang, 14.3., laut „SWB" vom 17.3.
3. „china aktuell" wird herausgegeben vom Institut für Asienkunde Hamburg. Die relativ verläßlichen Übersichten dieser Zeitschrift kommen dadurch zustande, daß sämtliche Erwähnungen von Funktionären in Presse oder Rundfunk registriert werden. Ist also ein Funktionär seit September oder Oktober 1976 nicht mehr öffentlich erwähnt worden, so kann mit einiger Wahrscheinlichkeit angenommen werden, daß er nach dem Hua-Putsch abgelöst wurde. Wir beziehen uns auf die Angaben in „china aktuell" vom April 1977.
4. Bericht von Radio Chengchow (Honan) 2.1., laut „SWB" vom 6.1.
5. Bericht von Radio Shihchiachuang (Hopei), 25.1., laut „SWB" vom 28.1.
6. Bericht von Radio Foochow (Fukien), 20.1., laut „SWB" vom 28.1.
7. Bericht von „hsinhua", 8.3., laut „SWB" vom 12.3.; und Bericht von „hsinhua" vom 16.5., laut „SWB" vom 20.5.
8. Bericht von Radio Nanchang (Kiangsi), 30.4., laut „SWB" vom 6.5.
9. Bericht von Radio Taiyuan (Shansi), 14.4., laut „SWB" vom 18.4.
10. Bericht von Radio Sian (Shensi), 28.3., laut „SWB" vom 1.4.

»Deutsche Maoisten begrüßen das Schlesiertreffen'77«

Ein Flugblatt mit dieser Überschrift verteilte die der CSU und SDU (rechte Sozialdemokraten) nahestehende Provokateursgruppe **„Marxisten-Leninisten Deutschland" („MLD")** auf dem diesjährigen „Schlesiertreffen" zu Pfingsten in Essen. Ein einfallsreicher, aber keineswegs unlogischer Schritt dieses CSU-Freundeskreises. In ihrer Zeitung „Neue Welt" (Juni-Nummer) erläuterte die „MLD" ihre Vorstellungen näher: *„Die Bewegung der Heimatvertriebenen ist demokratisch und patriotisch ... Die Führer der Vertriebenenverbände gehören zu den besten Kräften des deutschen Bürgertums. Gäbe es den Widerstand der Heimatvertriebenen nicht, dann müßte der freie Teil Deutschlands noch mehr um seine Zukunft fürchten".*

Bei so viel gestrichenem Wohlwollen ergibt sich natürlich ganz von selbst auch die Frage: **„Wie stehen wir deutschen Maoisten zur Oder-Neisse-Grenze?".** Na, wie wohl? Gar keine Frage: *„Es ist eine Schande für die deutsche Linke, daß sie nach 1945 das Verbrechen der Vertreibung von mehr als 3 Millionen Menschen, die Annektion polnischer und ostpreußischer Gebiete durch die Sowjetunion und die Abtrennung deutscher Gebiete zugunsten Polens noch rechtfertigte ... Die deutsche Frage ist so lange offen, solange Deutschland besetzt und gespalten ist ... Der deutsche Anspruch auf Gebiete, die unter sowjetischer oder polnischer Verwaltung stehen, bleibt solange bestehen, solange es keine andere Regelung durch einen Friedensvertrag gibt. Wir sagen mit dem großen Freund des deutschen Volkes, dem kommunistischen Revolutionär Tschou En-lai: Wir kennen kein Kaliningrad, wir kennen nur Königsberg! Sowjets raus aus Ostpreußen!"*



Man wundert sich nachgerade, daß diese Provokateursgruppe noch nicht auf den Gedanken gekommen ist, auch den „Schandvertrag von Versailles" („Franzosen raus aus Elsaß-Lothringen!" oder „Neger raus aus Deutsch-Ostafrika!") entsprechend anzugreifen. Aber was nicht ist, kann ja noch werden.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg**

Da jubelt der Vaterlandsverteidiger!

NATO-GIPFELKONFERENZ

Stärkung der gemeinsamen Verteidigung notwendig

Vom 10. bis 11. Mai wurde in London ein NATO-Gipfeltreffen abgehalten, auf dem Besorgnis über das Angriffspotential des Warschauer Pakts geäußert und die Notwendigkeit zur Verstärkung der gemeinsamen Verteidigung und Zusammenarbeit betont wurde.

Der britische Premierminister Callaghan sagte in seiner Rede: „Wir verstehen nicht, warum die Sowjetunion mehr von ihren Mitteln für Militärzwecke verausgabt, trotz ihrer erklärten Absicht, nach Entspannung zu streben."

Der amerikanische Präsident Carter kündigte die Bereitschaft der Vereinigten Staaten an, ihre Bindungen zu den westeuropäischen Ländern „aufrechtzuerhalten und zu verstärken".

Er sagte: „Die Bedrohung, der sich die Allianz gegenübersieht, ist in den letzten Jahren ständig gewachsen. Die Sowjetunion hat im wesentlichen ein strategisches Nukleargleichgewicht errungen. Ihre einsatzfähige nukleare Streitmacht ist verstärkt worden. Die konventionellen Kräfte des Warschauer Pakts in Europa zeigen deutlich Offensivcharakter. Diese Kräfte sind viel stärker als für jeglichen Verteidigungszweck notwendig." Er betonte überdies den Willen der Vereinigten Staaten, zugleich mit der Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung die „hier [in Westeuropa] stationierten konventionellen Kräfte zu erhalten und zu verbessern."

Im Abschluß-Kommuniqué der NATO-Gipfelkonferenz erklärten die Staats- und Regierungschefs der NATO-Mitgliedstaaten ihre „feste Entschlossenheit, die Wirksamkeit des Bündnisses zu bewahren und zu erhöhen".

Das Kommuniqué hebt hervor: „Besonders besorgniserregend ist das fortgesetzte Anwachsen der Stärke des Angriffspotentials der Streitkräfte der Länder des Warschauer Paktes. Unter diesen Umständen betonen die Bündnispartner nachdrücklich die Notwendigkeit für die Allianz, die für die gemeinsame Verteidigung und zur Abschreckung erforderlichen Kräfte auf einem angemessenen Niveau zu halten. Sie sind entschlossen, ihre Anstrengungen zur gegenseitigen Unterstützung und ihre Zusammenarbeit zu verstärken."

In dem Kommuniqué wird auch auf „die Entschlossenheit der Bündnispartner" hingewiesen, „auf allen Gebieten der Verteidigungsproduktion eng zusammenzuarbeiten".

Quelle: Peking Rundschau, 24.Mai '77

tionellen Kräfte des Warschauer Pakts in Europa zeigen deutlich Offensivcharakter. Diese Kräfte sind viel stärker als für jeglichen Verteidigungszweck auch auf „die Entschlossenheit der Bündnispartner" hingewiesen, „auf allen Gebieten der Verteidigungsproduktion eng zusammenzuarbeiten".

Quelle: Peking Rundschau, 24.Mai '77

DKP: Schwierigkeiten mit dem „Eurokommunismus"

DKP: Schwierigkeiten mit dem „Eurokommunismus"

Der Mythos von der einheitlichen "kommunistischen Weltbewegung mit der KPdSU an der Spitze" zerfällt rapide. Schlimm ist das für die DKP, die von diesem Mythos lebt, um ihre eigene politische Bedeutungslosigkeit zu kaschieren und sich als "international beachteten Faktor" darzustellen.

DieWut der DKP ist also verständlich. Daß es dabei zu den DKP-üblichen Dummheiten kommt, wird keinen Kenner der Szene verwundern. So versteigt sich die DKP zu der lächerlichen Behauptung, der sogenannte "Eurokommunismus" (vor allem von den Revisionisten Italiens, Spaniens und Frankreichs sehr gepflegt) sei überhaupt bloß eine Erfindung der Bourgeoisie, es gebe ihn also in Wirklichkeit sozusagen gar nicht! Etwa:"*...Gerade darum versuchen sie* ("die Herrschenden") *auch, entstehende Lücken mit dem von ihnen erfundenen sogenannten Eurokommunismus notdürftig zu kitten*" (Richard Kumpf, Leiter des Engels-Zentrums der DKP, in der UZ v.27.5.77). Oder:"*...jene Politiker des deutschen Imperialismus...die sich von dem von ihnen erfundenen sogenannten 'Eurokommunismus' eine Schwächung der kommunistischen Bewegung erhoffen.*" (Erika Herzog in der UZ vom 10.6.77).

Mit einer bloßen Erfindung braucht man sich natürlich normalerweise nicht zu befassen, man ignoriert sie am besten. Daher findet der "Eurokommunismus" und gar eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem für die DKP und "UZ" gewöhnlich nicht statt. Aber da diese Erfindung leider einen vorzüglichen Gesprächs- und Interviewpartner der bürgerlichen Medien abgibt, kommt auch die DKP von Zeit zu Zeit nicht umhin, etwas für die Ausrichtung der leicht verwirrten eigenen Reihen zu tun.

So liest in der "UZ" vom 25.5.77 der Dr.Kumpf vom Engels-Zentrum dem Monsieur Jean Elleinstein gehörig die Leviten.Monsieur Elleinstein ist sozusagen ein Kollege von Dr. Kumpf, nämlich Leiter des PCF-Instituts "Zentrum für marxistische Studien und Forschungen" in Paris. Der "Spiegel" Nr.21/1977 hat ein Interview mit ihm veröffentlicht. Dazu meint der Dr. Kumpf: "Hier ist auch nicht die Spur einer marxistischen Position vorhanden", und: "Mit diesem Interview hat Elleinstein Wasser auf die Mühlen der antisowjetischen Propaganda und der professionellen Antikommunisten geleitet und den Kommunisten in der Bundesrepublik einen schlechten Dienst erwiesen." Schroffe Worte für eine Partei, die sonst lieber das Eiapopeia und die "solidarische Verbundenheit" in der revisionistischen "Weltbewegung" preist!

Zuerst hält Dr. Kumpf seinem französischen Kollegen mal das allerоberste Prinzip des "proletarischen Internationalsimus" a la DKP vor. Das ist nämlich...das Prinzip der "Nichteinmischung"! Und das bedeutet,"*daß man nicht in Massenmedien anderer Länder mit Positionen auftritt, die mit der politischen Linie der kommunistischen Partei des jeweiligen Landes nicht übereinstimmen. Da dies in diesem 'Spiegel' - Interview geschieht, wird damit unserer Partei Schaden zugefügt.*"

Ob sich beispielsweise Breschnew bei seinen recht zahlreichen Interviews im Ausland immer an dieses Prinzip hält, wagen wir zu bezweifeln. Aber der genießt als "realer Sozialist" ja auch wohl einen Sonderstatus.

Jedenfalls: Elleinstein hat sich eingemischt und das hätte er nicht tun dürfen. Schließlich hält die DKP sich ja gegenüber der PCF und anderen "Bruderparteien" auch zurück und mischt sich nicht in deren "innere Angelegenheiten" ein. Dr. Kumpf:"*Sofern Elleinstein in dem Interview Positionen vertritt, die die Politik seiner Partei betreffen, so betrachten wir das nicht als unsere, sondern als Angelegenheit seiner Partei.*"

Das stimmt! Wer hätte je erlebt, daß sich die DKP etwa mit den Vorstellungen auseinandersetzen würde, die die PCI oder PCF zum antikapitalistischen Kampf, zur Christdemokratie, zur EG oder zur NATO entwickelt haben? Zwar wären gerade d a s Fragen, die für den Kampf der Werktätigen unseres Landes eine Bedeutung haben, aber die DKP mischt sich da nicht ein. Ungemütlich wird sie nur an einem einzigen Punkt, nämlich d a n n, wenn der "reale Sozialismus" (sprich: Sowjetunion) berührt wird. Es kann also keine Rede davon sein, daß die DKP die Auseinandersetzung mit dem - eigentlich eh ja nur erfundenen "Eurokommunismus" mit Blick auf die umstrittenen Probleme des Klassenkampfes in der BRD und anderen kapitalistischen Ländern führen würde. Es geht auch nicht um eine prinzipielle Klärung, sondern nur um die momentane Abwehr von Angriffen auf den "realen Sozialismus". Selbst dabei verhält die DKP sich noch feige und unaufrichtig: der Dr. Kumpf z.B. drischt wütend auf seinen Kollegen Elleinstein ein - verschweigt aber völlig, daß im s e l b e n "Spiegel" auch ein Text des spanischen "KP"-Chefs Carillo abgedruckt war, der sich von den Ansichten Elleinsteins nicht im geringsten unterschied. Beispielsweise erklärte Carillo dort:"*daß (in der Sowjetunion) nicht ein Staat der proletarischen Demokratie entstand, sondern ein Staat der Diktatur einer Minderheit über die Gesamtheit des Volkes.*" "*Es ist klar, daß man in der Sowjetunion nicht zum sozialistischen demokratischen Staat gelangt ist*"."*Das politische System in der Sowjetunion ist ein Hindernis nicht nur für die Entwicklung der Demokratie, sondern meiner Meinung nach auch für die Entwicklung der Wirtschaft geworden.*" Hilfe ist freilich schon unterwegs:"Der Eurokommunismus (!) wird objektiv dazu beitragen, daß das politische System im Ostblock demokratisiert und abgewandelt wird." (Zitate von Carillo aus "Spiegel, Nr.21/1977). Natürlich ist es günstiger, in der "UZ" auf den relativ unbekannten Elleinstein einzudreschen statt auf den in der DKP selbst hochangesehenen spanischen Revisionisten-Chef. Zumal, wenn man weiter behaupten will, den "Eurokommunismus" habe die Bourgeoisie bloß e r f u n d e n.

Es ist ja auch gar nicht so - abgesehen vom heißen Thema "spezialer Sozialismus" - , daß die DKP etwa grundlegende Differenzen zu ihren "euro"-revisionistischen "Bruderparteien" hätte. Die DKP als Miniaturpartei kann es sich natürlich leisten, manches etwas "rrradikaler" zu formulieren als Berlinguer, Marchais oder Carillo. Aber wenn Carillo im "Spiegel" doziert:"*In der Vergangenheit glaubten die Marxisten, daß es, um die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische umzuwandeln,notwendig sei, den kapitalistischen Staatsapparat zu zerstören. Heute glauben wir, daß man diesen Staatsapparat, ohne ihn mit einemmal zu zerstören, auf demokratische Art umwandeln kann*", so ist ihm zustimmendes Kopfnicken der DKP-Spitze sicher.

Die Widersprüche ergeben sich nicht daraus, daß DKP-Mies weniger mies als Berlinguer oder Carillo wäre, sondern daraus, daß jene Parteien im Unterschied zur DKP eine Größenordnung haben, die ein für beide Seiten vorteilhaftes Arrangement mit der Bourgeoisie überhaupt erst möglich macht. Dazu reicht es bei der DKP einfach nicht.

Polen:
Hat sich das »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« übernommen?

Sechs Mitglieder und vier Anhänger des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter" in Haft – das ist die Bilanz des jüngsten Schlags der polnischen Regierung gegen das Komitee. Unter den Verhafteten befinden sich mit Jacek Kuron, Adam Michnik und Jan Jozef Lipinski die führenden Köpfe des Komitees. Dieser Schlag fällt zusammen mit einer politischen Krise des Komitees: Das Komitee war im September 1976 nach den Demonstrationen von Ursus und Radom vom Juni gegründet worden, um die zahlreichen verhafteten und entlassenen Arbeiter zu unterstützen. Es waren nach den Demonstrationen mehrere hundert Arbeiter entlassen worden, einige Dutzend zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Komitee sammelte Gelder für die Angehörigen der Inhaftierten und für die Entlassenen. (nach eigenen Angaben rund 300.000 Mark), es organisierte die Verteidigung der Angeklagten usw.

Diese Arbeit des Komitees war außerordentlich erfolgreich. So wurden nach und nach fast alle Verurteilten aus der Haft entlassen – womit die Regierung praktisch zugleich ihre eigene Lüge widerlegte, bei den Verurteilten handele es sich ausschließlich um mehrfach vorbestrafte Schwerverbrecher. Nur noch fünf der Verurteilten sind in Haft. Ebenso konnte erreicht werden, daß die meisten entlassenen Arbeiter wieder eingestellt werden mußten – zum Teil allerdings auf schlechteren Arbeitsplätzen. Nach Angaben des Komitees waren Ende April nur noch elf Arbeiter in Ursus und weniger als 20 in Radom ohne Arbeit („FAZ", 3.5.).

Hiermit schien sich die Arbeit des Komiteees ihrem Ende zu nähern – nach einer überaus wertvollen und erfolgreichen Arbeit, die es geschafft hatte, die Regierung zu einer fast totalen Rücknahme der Repressalien gegen die Arbeiter von Ursus und Radom zu veranlassen. Nun aber erklärte das Komitee, seine Arbeit zukünftig auf a l l e Fragen und Probleme in Zusammenhang mit der „Verletzung der Menschenrechte" in Polen auszudehnen und einen Unterstützungsfonds zu schaffen, der allen Personen zur Verfügung stehen sollte, *„die mit dem Regime in Konflikt geraten sind und deren Menschenrechte verletzt werden"* („Hamburger Abendblatt", „Welt", 17.5.). Das Komitee verließ mit diesem Anspruch die konkrete Unterstützungsbasis, die es bisher durch sein Eintreten für die Arbeiter von Ursus und Radom gehabt hatte und bewegte sich sozusagen in Neuland. Dieser Schritt scheint nicht erwartungsgemäß geglückt zu sein.

Zunächst scheiterte der Versuch, den Tod eines Studenten in Krakau zum Fanal einer neuen Studenten- und Massenrevolte zu machen. Der Student Stanislaw Pyjas, in der oppositionellen Bewegung engagiert (aber keineswegs Mitglied oder auch nur Mitarbeiter des „Komitees zur Verteidigung der Arbeiter", wie z.T. in der westlichen Presse behauptet wurde), wurde am 7. Mai tot in einem Haus aufgefunden, in dem eine Bekannte von ihm wohnt. Nach Angaben der Behörden hatte er 2,6 Promille Alkohol im Blut und war durch die Folgen eines Sturzes zu Tode gekommen. Die Komitee und Anhänger der Opposition unter den Krakauer Studenten jedoch sprachen sogleich von einem politischen Mord, dessen Schuldige es zu finden gelte, und versuchten, eine Protestbewegung in Gang zu bringen. Offenbar war dieses Bemühen so wenig erfolgreich, daß es sich die Regierung sogar leisten konnte, auf jede direkte Repression zu verzichten – von der Polizei nicht gehindert, versammelten sich am 15. Mai gerade 2.000 der 30.000 Krakauer Studenten (lt. „Welt" vom 16.5.) zu einer Gedenk-Kundgebung für Pyjas. Eine Ausweitung der Proteste gelang nicht.

Der Anschein spricht dafür, daß die polnischen Behörden und Medien weithin Zustimmung gefunden haben, als die davon sprachen, hier solle in provokatorischer Weise ein tragischer Unglücksfall mißbraucht

Fortsetzung auf Seite 46

»Gürtel enger schnallen« statt Sozialismus — Die »höhere Gesellschaft« des Herrn Berlinguer

Der Generalsekretär der italienischen „KP", Enrico Berlinguer, hat Anfang dieses Jahres auf eine „Gelegenheit zur revolutionären Erneuerung" hingewiesen, die wir bei aller Aufmerksamkeit gegenüber den bedeutungsvollen Hinweisen dieses großen und weitsichtigen Mannes bislang leider viel zu wenig in unserer Presse gewürdigt haben. Der Leser wird vielleicht gleich wissen wollen, worum es geht? Nicht so ungeduldig! Es ist bekannt, daß vielen Lesern gerade unserer Presse eine allzu plumpe Wißbegier eigen ist, die sich am liebsten mit kurzgriffigen, wenig auf analytische und - ja! - philosophische Auskostung bedachten „Erläuterungen" ab- und zufrieden gibt. Da wird gleich skeptisch die Stirn gerunzelt - möglicherweise tun das einige ganz besonders verbohrte (in Dogmen und Prinzipien verbohrte!) Leser schon, wenn sie den Namen Berlinguer hören, nur weil sie meinen, das sei in Italien ein ähnlich klingender Name wie hierzulande Schmidt oder Brandt. Wenn jemand also nicht die Andacht und die Toleranz haben sollte, mal unvoreingenommen neue, undogmatische Überlegungen anzuhören, die nicht immer - das geben wir zu - mit den herkömmlichen Gedanken des Marxismus übereinstimmen mögen, dann soll er lieber das Lesen dieses Artikels bleiben lassen.

Es geht in der Tat um etwas „Neues", das Enrico Berlinguer *„zur revolutionären Erneuerung Italiens"* vorzubringen hat; um etwas, *„das unter der Haut der Geschichte jedoch vorhanden ist, das also reif, notwendig und daher machbar ist"* - nennen wir es vorläufig, um der prozessualen Entwicklung dieser philosophischen Entdeckung nicht in die Speichen zu greifen, einfach weiterhin „Das Neue". Berlinguers Entdeckung: *„In der Tat glaube ich, daß wir heutzutage nur dann wirklich und effektiv für eine höhere Gesellschaft kämpfen können, wenn wir die dringende Notwendigkeit DIESES NEUEN erkennen." „Für uns ist DIESES NEUE ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das nicht in eine konjunkturelle, sondern in eine tiefe strukturelle Krise geraten ist." „Weit davon entfernt, den Interessen der herrschenden Gruppen oder den Bedingungen für ein Überleben des Kapitalismus Vorschub zu leisten, kann DIESES NEUE eine Entscheidung mit fortentwickeltem, konkretem Klassengehalt sein; es kann und muß eine Möglichkeit für die Arbeiterbewegung sein, ihre Forderungen nach einem anderen sozialen Leben zu artikulieren und in der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation für ihre alten und immer gültigen Befreiungsideale zu kämpfen".*

Für eine höhere Gesellschaft kämpfen, die Wurzeln des Übels angehen, Beseitigung des Systems, Forderung nach einem anderen sozialen Leben, alte und immer gültige Befreiungsideale - es muß wirklich um etwas SEHR NEUES gehen, das Berlinguer verkündet. (Geschmacklose Spötter und Zyniker, falls sie doch noch weitergelesen haben sollten, könnten vielleicht meinen, bei etwas derart NEUEM könne es sich nur um „die Revolution" handeln - aber die irren sich gewaltig!). Jedenfalls wird die ganze schwerwiegende Bedeutung dessen, was dort unter der italienischen Sonne heranreift und „machbar" ist, erst an der anerkennenswert selbstkritischen Bemerkung Berlinguers erfaßbar, daß es beim Anpakken DIESES NEUEN bislang *„Unzulänglichkeiten und Unentschlossenheit in der Arbeiterbewegung und auch unserer Partei"* gegeben hat.









Also geht es doch um die Revolution? Nein, nein! Wir wollen die Geduld unserer Leser aber auch nicht länger strapazieren und das Geheimnis lüften: Berlinguer spricht von der „A u s t e r i t ä t" - was bei uns schlicht-germanisch S p a r p o l i t i k genannt wird... ! Um dem Leser die Mühe zu ersparen, obige Zitate Berlinguers unter Einsetzung dieses Lösungswortes noch einmal zu studieren, und um die ganze konkrete Dimension seiner revolutionierenden Gedankengänge aufzuzeigen, wollen wir einen längeren Auszug bringen. Originalton-Berlinguer:

„Für uns ist die Austerität ein Mittel, um die Wurzeln des Übels anzugehen und die Voraussetzungen zu schaffen für die Beseitigung eines Systems, das nicht in eine konjunkturelle, sondern in eine tiefe strukuturelle Krise geraten ist. Die Hauptmerkmale diese Systems sind Verschwendung und Vergeudung, es stellt die höchste Stufe von entfesseltem Partikularismus, Individualismus und des sinnlosesten Konsumgebarens (!) dar. Austerität hingegen bedeutet Strenge (!), Leistung (!), Ernsthaftigkeit und in erster Linie Gerechtigkeit; ... wir müssen die Illusion aufgeben, daß es möglich ist, die Entwicklung aufrechtzuerhalten, die auf der künstlichen Expansion des individuellen Konsums basiert, der die Ursache (!) *für Vergeudung, Parasitentum, Privilegien, Verschwendung der Ressourcen und finanzielle Mißwirtschaft ist. ... Die Austeritätspolitik ist tatsächlich durch Mangel an Tatkraft, Mut und Ausdauer unwirksam. Beispielsweise war man bis jetzt nicht imstande, die notwendige öffentliche Meinung (!) und die notwendige Massenbewegung (!) gegen die Verschwendung zu erreichen. Gegen die direkte Verschwendung, die immer noch enorm ist (man nehme nur den Energiebereich oder die Organisation des Gesundheitswesens) und gegen die indirekte Verschwendung auf breiter Basis, die auf die Nachlässigkeit der Betriebe, der Schulen und der öffentlichen Verwaltung zurückzuführen ist; ... Es gibt eine ganze Skala, wie man gegen die Verschwendungen vorgehen und für Sparmaßnahmen in allen Bereichen eintreten kann, was jedoch den Impuls, die Leitung und das dauernde Engagement einer Regierung erfordert, die tatsächlich in der Lage ist, das heutzutage unerläßliche politische und moralische Ansehen zu verkörpern. ... Vor allem die fehlenden Perspektiven einer Austeritätspolitik, die die Regierung bisher gefordert und realisiert hatte, sind offensichtlich und von großem Nachteil. In diesem Punkt unterscheiden wir uns am stärksten (!) von den Vertretern der Regierung und den herrschenden Gruppen in der Wirtschaft. Sie alle haben im Grunde genommen resigniert, d.h. ihr Bewußtsein steht genau im Gegensatz zu dem, was nötig wäre, um die überzeugende Zustimmung des Volkes zu gewissen notwendigen Opfern (!!) zu erhalten."* (Entnommen ist dies den „Schlußbetrachtungen auf der Konferenz der Intellektuellen", Januar 1977, Rom; auf deutsch veröffentlich in „Sozialismus für Italien", Seite 209 bis 221, herausgegeben vom VSA.)

Zur ausdrücklichen Klarstellung zu diesen Ausführungen wollen wir noch ergänzen, daß Berlinguer n i r g e n d w o dort von einer „Verschwendung" beispielsweise bei den Ausgaben für Militär, Polizei, Geheimdienste usw. spricht. Ebensowenig ist beispielsweise explizit die Rede davon, daß den Kapitalisten zu viel Geld in den Rachen geschmissen würde und man d o r t „spasen würde und man d o r t „sparen" müsse. Austerität, Sparpolitik: damit meint Berlinguer unmißverständlich „gewisse notwendige Opfer" d e s V o l k e s, also der Arbeiter, Bauern, Jugendlichen usw. Und seine „Kritik" am christdemokratischen Regime ist gerade, daß es d a b e i einen „Mangel an Tatkraft, Mut und Ausdauer" an den Tag legen würde.

Berlinguers Rede ist ein „Wink mit dem Zaunpfahl" an den Imperialismus, insbesondere an den westdeutschen Imperialismus. Ihr habt kritisiert – sagt Berlinguer – , daß Italien über seine Verhältnisse lebt, daß es den Gürtel enger schnallen muß. Begreift doch endlich, daß das italienische Volk, die italienischen Arbeiter, solange mißtrauisch gegenüber Sparpolitik und Opfern sind, wie diese von einer christdemokratischen Regierung gepredigt und verordnet werden. Wir haben im Grunde doch das gleiche Wirtschaftsprogramm – und den Vorteil, daß wir in den Augen der italienischen Arbeiterklasse i h r e Partei sind, daß u n s daher w e n i g e r Widerstand entgegengesetzt wird, wenn w i r es sind, die als Regierung Opfer vom Volk verlangen. Habt ihr vergessen, wie es 1966/67 in der Bundesrepublik war? Habt ihr vergessen, daß die westdeutsche Sozialdemokratie damals der b e s s e r e Garant war, um die Krise für die westdeutsche Bourgeoisie zu bereinigen? Und daß all die „Reformen", die die Bundesrepublik heute so stabil machen, nicht nur die wirtschaftlichen Rationalisierungen, sondern auch die politischen „Reformen", wie die Notstandsgesetze, die Gesetze zur Bekämpfung des Terrorismus usw., gerade d a n k der Regierungsbeteiligung bzw. Regierungsführung durch die Sozialdemokratie so glatt über die Bühne gelaufen sind? Daß wir von Sozialismus reden (gelegentlich ja auch nur!), daß wir von einer Beseitigung des Systems sprechen (des Systems der zu geringen Stabilität der italienischen Wirtschaft natürlich!) – das müßt ihr doch gerade in diesem Zusammenhang verstehen, daß damit die Durchsetzung der „notwendigen Opfer" für das Volk eine mit den ei-

Fortsetzung auf Seite 47

Hat sich das »Komitee zur Verteidigung der Arbeiter« übernommen?

Fortsetzung von Seite 45

werden. Die Behörden nutzten die Gunst der Stunde, um ihre Verhaftungsaktion gegen das Komitee durchzuführen. Diese Verhaftungen werden zum einen als „Vorbeugehaft" begründet (Die Betreffenden wurden z.T. auf dem Weg nach Krakau verhaftet), zum anderen mit dem § 132 („Beziehungen zu ausländischen Organisationen"), was sich auf Veröffentlichungen in der westlichen Presse bezieht.

Als Protest gegen die Verhaftungen wurde in einer katholischen Kirche ein siebentägiger Hungerstreik organisiert, an dem sich anfangs acht und schließlich 14 Menschen beteiligten – Angehörige der Verhafteten, oppositionelle Intellektuelle und Kleriker. Die Behörden konnten es sich leisten, diese Aktion, die erneut eher die derzeitige Ohnmacht und Isoliertheit des Komitees demonstrierte, zu tolerieren. Staatsanwalt Rozwens erklärte dazu ironisch im polnischen Fernsehen: *„Wenn jemand nicht essen will, dann ist es ihm erlaubt, nichts zu essen. Das ist keine Straftat. ... Die Staatsanwaltschaft hat auf jeden Fall nicht die Absicht, irgendein Strafverfahren gegen die Teilnehmer des Hungerstreiks einzuleiten"* (nach „Monitordienst", 3.6.).

Nach dem Tode von Stanislaw Pyjas hatte Springers „Welt" frohlockt: „Das polnische kommunistische System ist erneut in eine schwere Krise geraten. Der Tod des Studenten Pyjas hat – ähnlich wie seinerzeit die Selbstverbrennung Jan Palachs in Prag – eine Welle der Opposition ausgelöst" (17.5.). Die „Krise", die solchermaßen herbeigeredet werden sollte, blieb jedoch aus. Auch der Hungerstreik hatte – gerade durch die demonstrative Zurückhaltung der Behörden – in erster Linie den Aspekt einer für die westlichen Medien inszenierten Show. Wahrscheinlich nicht ungeschickt schlug die polnische Presse dagegen stark nationalistische Töne an („Gegen die Interessen Polens gerichtete Handlungen") und erhob gegen das Komitee den – durchaus nicht unzutreffenden ! – Vorwurf, es würde unbedenklich mit Leuten wie der Springerpresse zusammenarbeiten, die immer noch ein rundes Drittel Polens annektieren möchten.

Das Komitee hat sich in eine Situation hineinmanövriert, die selbst die SPD-Zeitung „Vorwärts" (2.6.) zu freundschaftlichen Warnungen an die Adresse der polnischen Opposition veranlaßte. Im „Vorwärts" wird in diesem Zusammenhang „einer der Aktivisten des Komitees" mit dem resignativ-massenfeindlichen Spruch zitiert: *„Dieser träge, graue Bürger, der sich von der Partei willig einspannen läßt, weil er angenehm leben, verdienen und reisen möchte, ist unser eigentlicher Gegner. Nicht die Partei, der die Hände gebunden sind".* Das ist eine politische Bankrott-Erklärung, die natürlich in der revisionistischen Presse freundliche Erwähnung fand.

Es zeigt sich im Rückblick, daß das Komitee erfolgreich war, solange es die legitimen Interessen der polnischen Arbeiterklasse unterstützte, aber in die Isolation geriet, nachdem diese Basis verlassen wurde.

Darüber hinaus bestätigt sich noch einmal, daß der Gesprächspartner einer fortschrittlichen Opposition in den revisionistischen Ländern nur die Linke und die Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern kann, nicht aber die Springerpresse, Emigranten-Presse, Hetzsender usw. Die „Dissidenten" der revisionistischen Länder haben inzwischen erste Schritte getan, um an die westliche Linke zu appellieren. Sie sind dabei aber bisher über ein rein instrumentales Verständnis nicht hinausgekommen – d.h. die westliche Linke soll sich für die „Dissidenten" einsetzen, ohne daß diese ihrerseits auf die Kumpanei mit den imperialistischen Medien verzichten wollen und ohne daß sie überhaupt die Perspektive eines g e m e i n s a m e n Kampfes entwickeln. Daraus kann nichts werden!



Studenten-Demonstration in Krakau

genen Wünschen übereinstimmende Perspektive bekommt. Klappern gehört zum Geschäft; und in Wirklichkeit ist, wie ihr endlich glauben könnt, **„unser Plan ... kein Programm des Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaft"** (Originalton Berlinguer, a.a.O., Seite 217/218).

Wir wünschen dem „Genossen" Berlinguer in Rom, daß der „Genosse" Schmidt in Bonn seine Rede ausführlich gelesen hat und seine in der Tat unsinnigen Bedenken gegen die italienischen „Eurosparer" endlich aufgibt. Die PCI in der Regierung, das würde auch sicher dazu beitragen, daß die hiesigen Bewunderer Berlinguers und Co., wie sie sich beim VSA-Verlag, im „Extradienst", in den Reihen des SB, bei Teilen der SPD-„Linken" (bis hin zu Karsten Voigt) usw. angesammelt haben, eher gezwungen wären, eindeutig Farbe zu bekennen, statt mit Verdrehungen und Auslassungen eine betrügerische Schönfärberei zu betreiben. Und daß die italienische Arbeiterklasse auf längere (!) Sicht den korrupten, auf Sanierung des italienischen Kapitalismus abzielenden Plänen der PCI folgen wird, das wollen **wir** nicht so unbedingt als bare Münze nehmen. „Unter der Haut der Geschichte" kann das auch umgekehrt sehr bald zur erfreulichen und nachhaltigen Diskreditierung und zum Bankrott des italienischen „Reformismus" führen.

„Nur ein Narr kann glauben, daß die SPD beliebig mit Prinzipien der Arbeiterbewegung umspringen kann, ohne dafür bezahlen zu müssen", versucht Jochen Steffen („das da", 6/77) seine eigene Partei zu belehren. **Das gilt sinngemäß zweifellos auch für die PCI!**

KB/Gruppe Frankfurt

SPENDENLISTE

Nachstehend geben wir die seit der letzten Veröffentlichung neu eingegangenen Spenden für ausländische revolutionäre Organisationen bekannt. Die Veröffentlichung der Spendeneingänge soll der Kontrolle durch die Spender und Empfänger dienen.

Wir sind grundsätzlich bereit, Geld- und Sachspenden an alle revolutionären Organisationen, Institutionen und Staaten auf der Welt zu überweisen bzw. zu überbringen. Dasselbe gilt für Projekte, die dem Aufbau des Sozialismus sowie dem Kampf der Arbeiterklasse und fortschrittlichen Bewegungen dienen.

Wir bitten alle Spender, bei Überweisungen deutlich sichtbar den Empfänger zu vermerken; ebenso den Absender, damit wir den Spendeneingang quittieren können. Alle Spenden werden von uns ohne jeden Abzug weitergeleitet.

Für MIR, Chile

C. B., Hamburg	DM 30,00
C. B., Hamburg	DM 50,00
ZDL Gruppe Damp	DM 33,30
Genossen aus dem Sauerland	DM 50,00
M. B., Clausthal-Zellerfeld	
Spendensammlung bei Chile-Veranstaltung der ESG	DM 35,16
KB/Gruppe Eutin	DM 38,00
Nelkenverkauf 1.Mai-Demonstration	
BO Wandsbek, KB/ Gruppe Hamburg	DM 200,00
BO-Altona, Nelkenverkauf 1. Mai	DM 92,00
Bürgerinitiative (BUU) Wandsbek-Farmsen (Hamburg)	DM 40,00
KB/ Gruppe Elmshorn	DM 20,00
Summe	DM 588,46

Damit erhöt sich unser gesamtes Spendenaufkommen für den MIR auf DM 290.122,94

Für Frente Polisario, West-Sahara

ehemalige Ortsgruppe Kiel der KPD/ML (ZB)	DM 2.450,00
Spende bei AK-Verkauf in Stuttgart	DM 15,00
E.V., Wiesbaden	DM 12,00
H.H., Stadtallendorf	DM 50,00
H.W.M., Stolberg	DM 15,00
KB/ Gruppe Glückstadt	DM 20,00
Summe	DM 2.562,00

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die Frente Polisario auf DM 29.152,58

Für PFLP, Palästina

Für PFLP, Palästina

S.K.-W., Sammlung 8. März	DM 988,30
Ch. B., Hamburg	DM 50,00
Sammeldose Hamburger HDW-Genossen	DM 20,00
„R. verkauft 2 Stühle", Hamburg	DM 50,00
KB/ Gruppe Bremen	DM 660,00
Betriebszelle Deutsche Lufthansa, Hamburg	DM 50,00
Summe	DM 1.818,30

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die PFLP auf DM 121.001,47

Für PRT/ERP,Argentinien

Ch. B., Hamburg	DM 50,00

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die PRT/ERP auf DM 870,30

Für SWAPO, Namibia

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1.Mai-Fest	DM 56,10
P.D., Tübingen, Erlös aus einem Fest in der Marquardtei	DM 240,00
Summe	DM 296,10

Damit erhöht sich unser Spendenaufkommen für die Swapo auf DM 5.035,90

Für ZANU, Zimbabwe

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1.Mai-Fest '77	DM 56,10

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die ZANU auf DM 29.393,76

Für ZIPA, Zimbabwe

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1.Mai-Fest '77	DM 56,10

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für die ZIPA auf DM 689,10

Für ANC, Südafrika

Maikomitee Bremerhaven, Spende 1.Mai-Fest '77	DM56,10

Damit erhöht sich unser gesamtes Spendenaufkommen für den ANC auf DM 343,07

Tito — »Volksheld« hoch drei

Die „...Versammlung Jugoslawiens hat beschlossen, Präsident Tito zum dritten Mal mit dem Orden des Volkshelden auszuzeichnen..." (MD, 20.5.77) Gewichtiger Anlaß war Titos 85. Geburtstag!

Was muß so ein „Volksheld" denn wohl für Eigenschaften haben, damit ihm dieser Titel gleich dreimal zugesprochen wird?

Es dürfen in die *„...komplexesten und schwierigsten Probleme ....weder kalt noch verwirrt noch konventionell..."* machen; er muß die *„dialektische Seite der marxistischen Theorie mit einer ziemlich genauen Voraussage auftretender und überraschender Ereignisse zu verbinden.."* wissen; aber er muß auch wissen, daß *„...die beste Theorie nicht immer der Schlüssel für alle Schlösser ist..."*. Dennoch muß *„...die Bedeutung (seiner) Auffassungen und Entscheidungen... epochal.."* sein und schließlich muß ihm auch noch *„....der Sinn und die Entwicklung der Geschichte und der Gesellschaft bekannt.."* sein. Und so weiter und so heiter....

Man wundert sich, daß die bekanntlich von Orden und schmucken Uniformen angetanen KPdSU-Führer da nicht nachstehen mochten und den 85jährigen mit dem „Orden der Oktoberrevolution" schmückten?!

Es geht das Gerücht um, daß die Herren im Kreml lange Nächte gegrübelt haben, um noch eine unentdeckte, prachtvolle und noch nicht geehrte Fähigkeit von Josip Broz Tito zu finden.

Schließlich bekam Tito den sowjetischen Orden für *„seine aktive Beteiligung an der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verliehen"* (MD, 23.5.77).

Alaaf! Alaaf!

RGW–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

RGW–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Ungarn „liberalisiert" Investitions-verordnung...

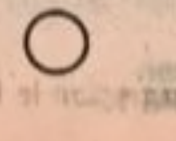
Das ungarische Finanzministerium hat vor kurzem die Verodnung über die Beteiligung von ausländischen Kapitalisten in ungarischen Betrieben „liberalisiert". War bisher nur eine mittelbare Beteiligung (über sog. Holding-Gesellschaften) möglich, so kann fortan überall investiert werden, also auch im Produktionsbereich. Möglich sind Direktinvestitionen bis zu 49% des Kapitals, wobei allerdings das Finanzministerium diese Limitierung unter bestimmten Bedingungen aufheben kann, so daß Mehrheitsbeteiligungen zustande kommen können! Diese Genehmigung werden *„ohne weiteres erteilt, sofern die Investitionen den volkswirtschaftlichen Interessen des Staates entsprechen und die Erhöhung des technologischen know how fördern"* („NZZ", 24.5.77).

Damit diese Maßnahmen auch richtig zum Tragen kommen, wurde *„zusammen mit der Einführung der Möglichkeit für echte joint ventures ... die Gewinnsteuer, die sich bisher zwischen 40 und 60% bewegte, auf maximal 40% herabgesetzt. Andere Abgaben oder Steuern (außer einer Sozialabgabe von 35% der Lohnsumme) werden nicht erhoben. Das Finanzministerium kann jedoch abweichende günstigere Steuersätze festsetzen"* (ebenda).

Da kann man nur noch sagen: Auf nach Ungarn, Bourgois!

RGW–Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Juni 76, 30 Seiten, A 4 — DM 2,00
o S. Mutumbuka (ZANU): Schlacht um Zimbabwe Juli 76, 24 Seiten, A 4 — DM 2,50





J. Reents · Lerchenstraße 75 · 2 Hamburg 50

MAO TSE TUNG "BAND V"



Für unsere Zusammenstellung haben wir die uns zugänglichen Einzeltexte, die seit 1949 im Pekinger Fremdsprachen-Verlag erschienen sind, zusammengezogen, außerdem zahlreiche Auszüge und Zitate, anhand der „Peking Rundschau", Broschüren etc., jedoch ausschließlich aus chinesischen Original-Quellen. Insofern unterscheidet sich diese Zusammenstellung grundsätzlich von sensationell aufgemachten Veröffentlichungen sogenannter „unbekannter Mao-Texte".

Diese Zusammenstellung füllt unserer Meinung nach eine wesentliche Lücke, zumal es noch eine Weile dauern wird, bis sämtliche Texte Mao's aus der VR China in deutscher Übersetzung vorliegen werden – wobei noch zweifelhaft ist, ob nach dem Rechtsputsch vom Oktober letzten Jahres insbesondere die Texte zum Klassenkampf im Sozialismus und zur Kulturrevolution überhaupt vollständig und korrekt veröffentlicht werden sollen.

230 Seiten Format A 5 Preis DM 12,–



ausländische Arbeiter in der BRD

Nürnberg: Baha Targün soll ausgewiesen werden

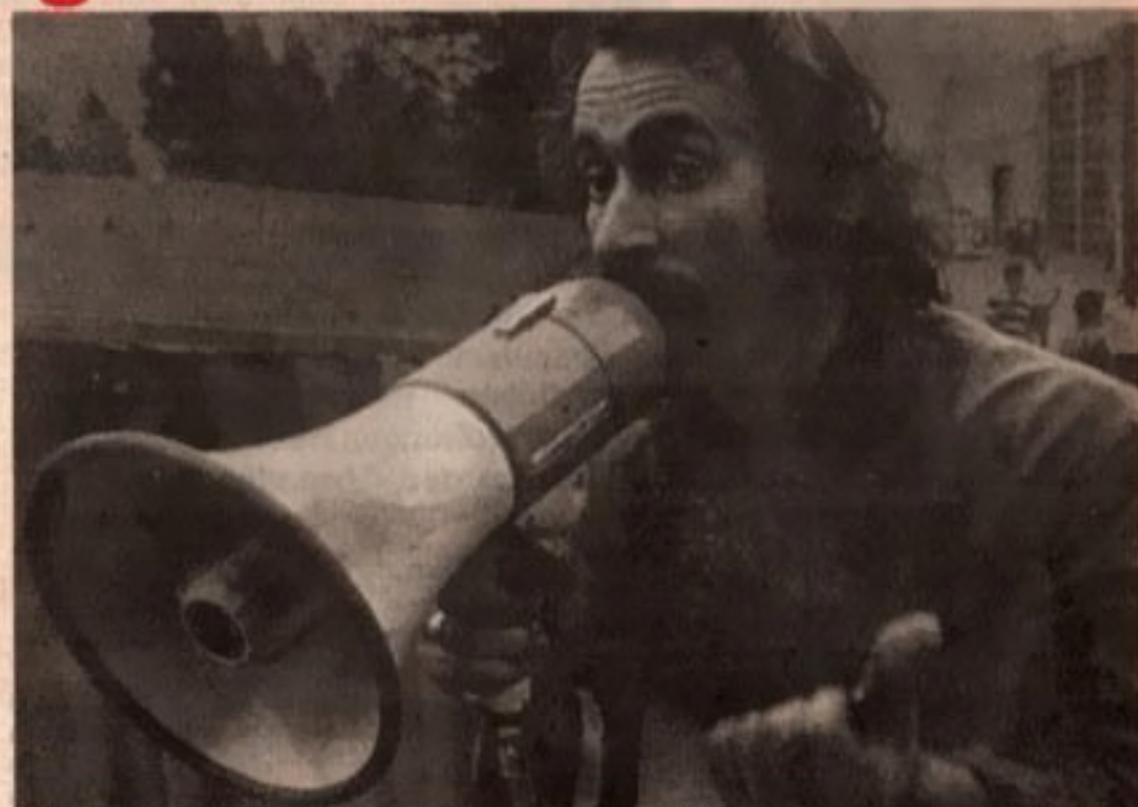
Der ehemalige Streikführer bei Ford in Köln, der türkische Kollege Bahar Targün soll jetzt in die Türkei und damit in die Hände der türkischen Geheimdienste, abgeschoben werden. Aufgrund seiner Aktivitäten in der BRD kann das für ihn den Tod bedeuten. (Siehe Berichterstattung über den faschistischen Terror in der Türkei).

Nach seiner aktiven Rolle bei den Ford-Streiks in den frühen siebziger Jahren hat der Staatsapparat systematisch versucht, B. Targün zu kriminalisieren. Nach der Entlassung bei Ford hat er in einer anderen Firma, Inhaber ein türkischer Faschist, gearbeitet. Hier wurde er von eben diesem Inhaber der räuberischen Erpressung beschuldigt. Einziger Zeuge ebenfalls der Inhaber. Er wurde zu sechseinhalb Jahren Knast verurteilt.

Inzwischen wurde er nach Nürnberg in den Knast überführt, da hier über seine Ausweisung verhandelt werden soll (das Bundesamt für Asylwesen befindet sich in Zirndorf, nahe Nürnberg).

Nach „Verbüßung" von 50 % der Strafe kann ein ausländischer Kollege von der BRD ausgewiesen werden. Mittlerweile sitzt B.Targün nun schon fast vier Jahre im Knast und hat im Juni 1976 einen Asylantrag gestellt. Bisher ist in der Sache noch nichts entschieden worden.

Dies ist wiederum ein klassischer Fall von politischer Unterdrückung und Abschiebung eines ausländischen Linken.



Genosse Bahar Targün

Das Nürnberger Ausländer-Komitee, das sich anläßlich der 1. Mai-Aktionseinheit hier gegründet hat, hat nun eine Resolution dagegen verabschiedet und eine Unterschriftenaktion in der Stadt angefangen. In dem Komitee arbeiten folgende Gruppen und Organisationen mit: Deutsch-Spanische Freundschafts-Gesellschaft, PSOE-Spanier, Türkischer Arbeiterverein, KKE-Griechen, ESG, Arbeiterbund für den Wiederaufbau, KB und die Rote Hilfe. Als nächstes soll in diesem Kreis auch die Mitarbeit an der Russell-Initiative diskutiert werden.

Auch der Fall von B.Targün ist sicherlich ein weiterer Fall für das Russell-Tribunal.

Auf der 16. Bundeskonferenz der „SJD" - Die Falken" wurden einstimmig eine Solidaritätsresolution mit B. Targün verabschiedet („Rote Fahne", 1.6.77).

KB/ Gruppe Nürnberg



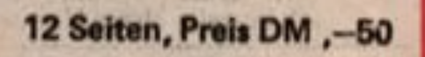
Der Bullenüberfall auf den Göttinger ASTA erzeugte eine breite Protestwelle unter den Studenten. Eine Übersicht hierüber sowie über die Studenten-Streiks gibt die neu erschienene Solidarität. Weiteres Thema: 10 Jahre Studentenbewegung.

30 Seiten, Preis DM 1.–





Schulstreik Landesweit! unter diesem Motto fanden in Hamburg breite Streiks und Demonstrationen statt, die sich gegen das reaktionäre Schulgesetz richten. Der REBELL gibt in seiner Extra-Ausgabe eine Übersicht über die Aktivitäten.



12 Seiten, Preis DM ,–50



Die Broschüre enthält eine komplette Zusammenfassung des Programms der RUSSELL-Veranstaltung vom 7. Mai in der Ernst-Merck-Halle

24 Seiten Preis DM 1.–

Darmstadt: Türkischen Arbeitern Räume gekündigt

Dem türkischen Arbeiterverein wurde vorigen Monat die Kündigung seiner Räume durch die Stadt Darmstadt ausgesprochen. Angeblich werden die Räume dringend für den Schulpsychologen der „Schulinsel" benötigt. Auf einer Sitzung des „Initiativkreises für ausländische Mitbürger" verwahrte sich Schäfer, der Schulamtsleiter, dagegen, daß der Eindruck entstehen könnte, die Kündigung sei gegen den türkischen Arbeiterverein gerichtet. Daß dieses Geschwätz nicht der Wahrheit entspricht, zeigte sich deutlich beim SPD-Bürgergespräch vor den Kommunalwahlen, als die Türken ihr Anliegen vortragen wollten. Dort wurden sie nämlich darauf hingewiesen, daß dies eine Veranstaltung für die Bürger der Stadt Darmstadt sei, nicht aber für ausländische Arbeitnehmer („Darmstädter Echo", 7.4.77).

Schließlich wurde den türkischen Arbeitern auch noch der Vorwurf der mangelnden Eigeninitiative bei der Beschaffung von Ersatzräumen gemacht.

Der türkische Arbeiterverein selbst meint zu der Kündigung: *„Die Stadt will uns nicht helfen, sondern unser Zentrum kaputt machen".*

Daß der Grund für die Kündigung nicht nur Ausländerfeindlichkeit ist, sondern, daß sich diese Maßnahme ganz klar gegen die fortschrittliche Politik des türkischen Arbeitervereins richtet, wird daran deutlich, daß die Kündigung einige Wochen nach einer Demonstration ausgesprochen wurde, an der sich u.a. der türkische Arbeiterverein beteiligte. Der Anlaß der Demonstration war ein Treffen der führenden Köpfe der türkischen Faschisten (die „Grauen Wölfe") in Darmstadt.

Dem bürgerlichen Staat geht es also darum, mit allen Mitteln zu verhindern, daß die ausländischen Genossen auch bei uns ihren Kampf gegen faschistische Unterdrückung führen. Aber, so einfach werden wir es ihnen nicht machen!

KB/ Gruppe Darmstadt

Keine Abschiebung des CISNU-Genossen

Wir drucken im folgenden einen Aufruf der Kölner CISNU gegen die Abschiebung eines ihrer Mitglieder ab:

Köln, den 9.5.77

Neue Repression gegen fortschrittlichen Ausländer !

Am 20.4. 77 wurde ein iranischer Kommilitone, Mitglied der CISNU, bei einer Nacht- und Nebelaktion von der Hürther Polizei aus seinem Zimmer geholt und in "Sicherungshaft" genommen. Am folgenden Tag wurde er in einem Eilverfahren im Amtsgericht Brühl vor den Richter geführt. Ihm wurde angedroht, in den Iran abgeschoben zu werden, was für ihn den sicheren Tod bedeuten würde. Grund der Abschiebung : Er hatte seine Studienrichtung zweimal gewechselt. Daß der Kommilitone sich von einer Anwältin vertreten ließ, schien den Behörden völlig gleichgültig zu sein. Er wurde dann gegen eine Kaution von 3000 DM unter der Bedingung freigelassen, die BRD innerhalb von zwei Wochen zu verlassen "Freiwillig" ! ansonsten würde er in den Iran abgeschoben. Es ist bekannt, daß das ohnehin schon reaktionäre Ausländergesetz inzwischen in unerträglichem Maße verschärft worden ist. Laut den neuen Verwaltungsbestimmungen steht es ab jetzt jeder Ausländerbehörde frei – früher dem Bundesamt für ausländische Flüchtlinge in Zirndorf – einen Ausländer abzuschieben, selbst in ein Land, in welchem er politisch verfolgt wird !

Gegen diese Willkürmaßnahmen der Hürther Polizei führte die CISNU sofort Unterschriftenaktionen durch (ca. 700 Unterschriften wurden gesammelt) und legte der UNI Voll-Versammlung Köln am 4.5. 77 eine entsprechende Resolution vor mit den Forderungen :

- sofortige und bedingungslose Rückgängigmachung der Ausweisung !
- Gewährung einer Aufenthaltserlaubnis für den Kommilitonen !
- Unterbindung jeglicher Repressionen gegen ihn !

Diese Resolution ist einstimmig verabschiedet worden !

Inzwischen ist dem iranischen Kommilitonen vom Verwaltungsgerichter eine weitere zweiwöchige Aufenthaltsfrist ausgestellt worden, das wohl auf den Druck der Öffentlichkeit (Unterschriften, Protesttelegramme, Veröffentlichung in der Lokalpresse, sowie die Stellungnahme einen Hürther SPD-Funktionärs, der sich höchst persönlich um den Fall kümmern wollte,) zurückzuführen ist.

Die CISNU fordert alle freiheitsliebenden und demokratisch gesinnten Menschen auf, von allen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten Gebrauch zu machen, um die Abschiebung des Kommilitonen rückgängig zu machen!

Verhindert die Abschiebung und richtet Euren Protest an :

An das
Innenministerium
von Nordrhein-Westfalen
Elisabeth-Str. 5

4000 Düsseldorf

Die Kinderladenbewegung 1967—1970

Vorbemerkung

Wie schon in der Auseinandersetzung mit den Vorstellungen des englischen Pädagogen A.S. Neill angekündigt (AK 102), setzen wir uns in diesem ARBEITERKAMPF mit den praktischen Versuchen einer Antiautoritären Erziehung bzw. Sozialistischen Erziehung auseinander, die sich seit 1967 im Zuge der Studentenrevolte in den Kinderläden entwickelt haben.

Wir meinen, daß einerseits die verschiedenen Initiativen, die heute wieder verstärkt mit dem Anspruch arbeiten, eine fortschrittliche Erziehung zu praktizieren, aus diesen Erfahrungen lernen können. Andererseits wird der Kampf für eine nicht-repressive, fortschrittliche Erziehung gerade angesichts des sich verschärfenden Drucks auf die Kinder in den verschiedenen bürgerlichen Erziehungseinrichtungen zunehmend wichtiger.

Der Beginn der Kinderladenbewegung

In der Entwicklung der Kinderladenbewegung 1967/68 fließen zwei Entwicklungstendenzen der damaligen antikapitalistischen Bewegung zusammen:

1. In die damaligen Aktivitäten gegen die Repression an den Universitäten (und darüber hinaus) flossen sehr stark Analysen über Entstehung und Verewigung „autoritärer Strukturen" durch die Schaffung „autoritärer Persönlichkeiten" ein. Initiatoren der Kinderladenbewegung stellen die Auswirkungen dieser Analysen auf die Überlegungen der APO zum Problem der Kindererziehung so dar: *„In der Erkenntnis, daß die bürgerlichen Erziehungsmethoden bei Kindern die Weichen stellen für angepaßtes und damit autoritäres Verhalten und damit in einem Zirkelprozeß für die Beibehaltung gegebener Zustände und Verhältnisse sorgen, gewinnt der Erziehungsbereich wachsende Bedeutung"* (Kinderläden, Revolution der Erziehung oder Erziehung zur Revolution , im folgenden: „Kinderläden", rororo 1340, Seite 115). Erstes Ergebnis dieser Überlegungen war der Versuch von SDS-Genossen, in Kommunen ihr „angepaßtes Verhalten" zu bearbeiten und damit verbunden alternative Kindererziehung zu entwickeln. Dabei tat sich den Genossen auch sehr bald der Widerspruch zwischen der von ihnen beabsichtigten Erziehung und der in den herkömmlichen Erziehungseinrichtungen auf, der organisatorische Schritte zum Aufbau alternativer Erziehungseinrichtungen nahelegte.
2. Eine zweite, wohl etwas in Vergessenheit geratene Quelle der Kinderladenbewegung waren die Probleme der SDS-Genossinnen, insbesondere derer, die Kinder hatten. Im Westberliner „Aktionsrat zur Befreiung der Frau" wurde die Auseinandersetzung darum geführt und sehr schnell die Forderung nach Einrichtungen kollektiver Erziehung erhoben.

Wir wollen uns deshalb zunächst einmal mit den Aktivitäten der Kommune 2 und des Aktionsrates beschäftigen.

Kollektive Erziehung in der Kommune 2

Ansatzpunkt für die Entwicklung der Kommunen war der Widerspruch zwischen politischer Arbeit und politischen Ansprüchen der Genossen und ihrem „Alltagsleben". Mitglieder der Kommune 2 beschreiben diesen Widerspruch so: *„Während wir von einer befreiten Gesellschaft träumten und uns romantisch mit den Guerillas in Lateinamerika identifizierten, herrschten in unserem Alltagsleben kaum gebrochen die Normen und Zwänge der kapitalistischen Gesellschaft. Deutlich wurde das an der Situation der Frauen im SDS, die für die politischen Diskussionen der Männer den dekorativen Rahmen hergaben und im übrigen auf die Privatsphäre verwiesen waren"* (Christel Bookhagen, Eike Hemmer, Jan Raspe, Eberhard Schultz, Kommune 2, Kindererziehung in der Kommune, in: Kursbuch 17, Seite 150 f.). Sehr realistisch beschreiben die Genossen im folgenden das mulmige Gefühl, das sie bei ersten Auseinandersetzungen mit Polizei, Staatsgewalt, Professoren etc. beschlich und setzen sie in Beziehung zu ihrem Anspruch: *„Aus unserer theoretisch erfaßten Radikalität, alle bestehenden Verhältnisse umwälzen zu wollen, und der Notwendigkeit, unser eigenes Milieu zu schaffen, um uns psychisch fähiger zur Rebellion zu machen, entstand die Idee, in Wohnkollektiven zusammenzuziehen"* (Kursbuch 17, Seite 151). Schon in der ersten Phase der Kommunegründung entwickelte sich eine Zweiteilung. Während die Kommune 1 um Fritz Teufel sich mit ihren Aktionen mehr um die Lächerlichmachung der Justiz und anderer bürgerlicher Institutionen bemühten (siehe AK 104), wollte die Kommune 2 eher einen Beitrag zur „Revolutionierung des bürgerlichen Individuums" leisten. Naturgemäß stellte sich dann auch diese Kommune als erste dem Problem einer kollektiven Kindererziehung.



Schwerpunkt der ersten Schritte in der Kindererziehung waren dabei: Abbau der Fixierung der Kinder auf eine bzw. zwei Bezugspersonen, Erweiterung des kindlichen Freiheitsspielraums, Bejahung der kindlichen Sexualität.

„In der ersten Zeit schwebte uns als Ziel unserer kollektiven Erziehung vor, allmählich die Fixierung der Kinder an ihre jeweiligen Eltern aufheben zu können. Die Kinder sollten die Möglichkeit erhalten, intensivere Beziehungen zu mehreren Erwachsenen aufzunehmen und sich mit ihren Wünschen und Ängsten auch an andere als an ihre Eltern zu wenden. Leitbild war, die Kinder zur Selbständigkeit zu erziehen" (Kursbuch 17, Seite 156).

Schon dieser erste Schritt warf Probleme auf. Eine Reihe von Kommunemitgliedern gingen sehr schematisch an die Auflösung der Fixierung heran: *„Wenn vor dem Einschlafen ein Kind nach einem bestimmten Erwachsenen verlangte, bekam es oft zu hören: ‚Der ist heut nicht dran!'"* Das „Prinzip" wurde über die Wünsche des Kindes gestellt.

Ein zweites Problem war das zumeist sehr „intellektuelle" Herangehen, insbesondere der Genossen, auf anscheinend unverständliche Handlungen der Kinder auf: *„Wenn die Kinder absichtlich Essen vom Tisch fegten oder ins Zimmer pinkelten, fragten die Männer ärgerlich: ‚Warum machst du das?' oder: ‚Was soll denn das?' Wir begriffen nur allmählich, daß das scheinbar mutwillige Zerstören von Essen Signalcharakter hatte, daß uns die Kinder etwas damit zeigen wollten, daß wir während des Essens immer nur unter uns Erwachsenen gesprochen und sie nicht beachtet hatten"* (Kursbuch 17).

Grundsätzlich bemühte sich die Kommune 2, den Kindern *„einen weitaus größeren Spielraum als in der bürgerlichen Familie"* zu gewähren. *„Wir versuchten, ihre Spiele so wenig wie möglich zu beeinflüssen und uns ihnen nicht mit gekauftem Spielzeug und Geschichtenerzählen aufzudrängen"* (Kursbuch, Seite 160). Dies ist sicherlich ein „klassisch" antiautoritärer Standpunkt: Das Kind lernt und entwickelt sich am besten, wenn es allein gelassen wird in seinem Freiheitsspielraum. Wo diesem Freiheitsspielraum Grenzen zu setzen waren, wehrte sich die Kommune 2, dies durch irgendwelche Tricks den Kindern nahe zu bringen: *„Wir (haben) dann lieber klare Verbote ausgesprochen (und versucht, sie zu begründen)..."* (Kursbuch, Seite 160).

Was die kindliche Sexualität anbetrifft, versuchte die Kommune 2 – zumindest verbal – die Sexualität des Kindes zu bejahen, d.h. das sexuelle Interesse der Kinder nicht durch Einschüchterungen und Verbote zu hemmen. Die Kinder beschäftigten sich so mit lebhaftem Interesse mit den eigenen Geschlechtsteilen und denen der Erwachsenen (wobei die Hemmungen der Erwachsenen sehr deutlich zu Tage traten). Angesichts der Zusammensetzung der Kommune (zwei Kinder, sieben Erwachsene) stellte sich dabei aber schnell das Problem ein, daß die Kinder versuchten, die Sexualität der Erwachsenen nachzuahmen, was naturgemäß erfolglos blieb.

Insbesondere aus diesem letzten Punkt zog die Kommune 2 die Konsequenz, daß das Zusammenleben von wenigen Kindern mit vielen Erwachsenen noch nicht die beste Lösung des Problems kollektiver Kindererziehung war, sondern daß für die Kinder Kinderkollektive geschaffen werden müßten. Bestärkt wurden sie in dieser Einsicht durch die Erfahrung der Kommunekinder in dem städtischen Kindergarten, in dem sie tagsüber untergebracht waren:

„Unsere eigenen Beobachtungen beim Hinbringen und Abholen der Kinder zeigte uns, daß der Kindergarten nichts anderes war als eine Aufbewahr- und Dressuranstalt. Die Kinder waren in winzigen Zimmern zusammengepfercht. Die Spielmöglichkeiten waren weitgehend begrenzt auf das Spielen an Tischen. Es gab keinen Schlafraum, sondern mittags wurden militärähnliche Feldbetten in die Zimmer gestellt und nach der Mittagsruhe wieder weggeräumt. Eine einzige Kindergärtnerin mußte sich um mindestens zwölf Kinder (manchmal über 20) kümmern. Unter diesen Bedingungen konnte sie bei subjektiv bestem Willen unmöglich auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen". Diese Schilderung trifft sicherlich auch heute noch auf die meisten Kindertagesstätten der BRD zu!

Die Kommune 2 veröffentlichte ihre ersten Erfahrungen mit kollektiver Kindererziehung kontinuierlich. Anfang 1968 legte sie den Erfahrungsbericht eines Moskauer Kinderkollektivs der 20-er Jahre wieder auf, *„um die Diskussion über die Probleme der Kleinkindererziehung zu intensivieren"* (Kursbuch, Seite 171).

Der Aktionsrat zur Befreiung der Frau

Der Westberliner „Aktionsrat zur Befreiung der Frau" wurde im Januar 1968 gegründet. In ihm durften zunächst keine Männer mitarbeiten. Die Frauen begründen diesen Schritt damit, daß es für sie Probleme gibt, *„die bisher von keiner Partei, von keiner linken Organisation artikuliert, geschweige denn ernst genommen worden sind. Frauen haben das Bedürfnis, endlich nicht mehr benachteiligt zu werden, sie können sich nicht so uneingeschränkt für ihre Karriere einsetzen wie der Mann. Der individuelle Rettungsversuch, keine Kinder zu kriegen, überbrückt auch nicht das gesellschaftliche Bild von der Frau mit Kind und deren allgemein gesellschaftliche Diffamierung. So sind Frauen darauf angewiesen, die Arbeit anzunehmen, die übrig bleibt, die schlecht bezahlt ist oder das sogenannte ‚Private' zum Beruf zu machen als Kindergärtnerin oder als Straßenmädchen. Sie sind ökonomisch benachteiligt und deshalb doppelt angewiesen auf den Mann, auf die Gesellschaft, wenn sie Kinder haben".* Von daher entwickelt der Aktionsrat die Forderung nach einer Kollektivierung der Kindererziehung:

„Deshalb wollen sie aus dem Mittel ihrer Unterdrückung - den ins Private verdrängten Kindern – ein Kampfmittel gegen die bestehende Gesellschaft machen, wollen durch sie das arbeitsteilige Leistungsprinzip dieser Gesellschaft angreifen. Sie hören auf, die Kindererziehung isoliert privat zu regeln und beginnen, Kindergärten zu gründen" (Erklärung des Aktionsrates und des Arbeitskreises „Emanzipation" im „Republikanischen Club" vom April 1968, nach „Kinderläden", Seite 116).

Ziel war der Aufbau von Kinderläden, die eine Alternative zu bestehenden Einrichtungen darstellten, und damit verbunden eine Entlastung der Frauen von der Kindererziehung: *„Die freigesetzte Arbeitskraft und -zeit sollte, für die theoretische und praktische Erziehungsarbeit genutzt, den politischen Bewußtwerdungsprozeß einleiten"* (Flugblatt des Aktionsrates vom Januar 1968).

Kinderläden 1968/69: Der Anspruch

Von besonderer Bedeutung für eine organisatorische Wendung der bisher abgelaufenen Diskussion war der Vietnamkongreß in Westberlin im Februar 1968. Die Genossinnen hatten ihre Kinder mitgebracht. Diesmal allerdings liefen sie nicht vereinzelt und verängstigt herum, sondern spielten – unter Beteiligung insbesondere von Frauen aus dem Aktionsrat – in der TU-Vorhalle Demonstration u.a.

Diese positive Erfahrung ermunterte zur Gründung von zunächst drei Kinderläden in Westberlin, denen bald weitere folgten. Insgesamt soll es seitdem in der BRD und Westberlin ca. 1.000 Kinderladenkollektive gegeben haben.

In Westberlin übernahm zunächst der Aktionsrat zur Befreiung der Frau die Koordinierung der entstehenden Projekte, was allerdings nicht heißt, daß nur Frauen in den Kinderläden arbeiteten. Die Zielsetzung wurde so zusammengefaßt:

„1. Erarbeitung revolutionärer Erziehungsmethoden und Schaffung eines emanzipatorischen Gegenmodells, das zum Kampf gegen die Institutionen benützt und später weniger privilegierten Frauen zugänglich gemacht werden sollte". Also eine eindeutige Konzeption als Alternative zu den herkömmlichen repressiven Erziehungseinrichtungen. Von dieser Alternative erwartete man sich (und erhielt ihn zeitweise auch) Zustimmung und Zustrom aus anderen Teilen der Bevölkerung. Dahinter steckt sicherlich die Annahme der damaligen Bewegung, die Schaffung von Gegeninstitutionen (Kinderläden, Kommunen usw.) würde die Bevölkerung über die APO hinaus erfassen.

„2. Aufhebung der Isolation der Frauen mit Kindern". Also die wesentliche Forderung des Aktionsrates.

„3. Die Kinder sollen sich im Kollektiv emanzipieren, wodurch auch ihre Isolation beendet wird". Also der Schritt über die „kollektive Erziehung" in der Kommune" hinaus (alle Zitate nach „Kinderladen", Seite 27).

... gegen pädagogische Inseln

Der gesellschaftsverändernde, antikapitalistische Ansatz der Kinderläden hebt sich sehr deutlich gegenüber dem ab, was in hoher Auflage von bürgerlichen Verlagen als „antiautoritäre Erziehung" propagiert worden ist, gegen das Modell „Summerhill" des englischen Pädagogen A.S. Neill. Neills Schriften wurden wohl in den meisten Kinderladenkollektiven gelesen. Bei denjenigen, die ihre Meinung dazu veröffentlicht haben, fand er wenig Freunde. Exemplarisch sei hier nur die Meinung eines Westberliner Kinderladens dargestellt:

„1. Neill-Kinder kommen fast ausschließlich aus privilegierten Schichten und haben begüterte Eltern, denn nur diese sind in der Lage, das hohe monatliche Schulgeld aufzubringen. 2. Summerhill-Kinder leben in einer nahezu konfliktfreien Welt. Es werden kaum Kategorien zur Bewältigung von Konflikten angeboten... 3. Neills Begriff von Freiheit hat da ein Ende, wo durch das Verhalten der Kinder die Schule in die Gefahr gerät, vom zuständigen Ministerium geschlossen zu werden... 4. Neill erzieht zur totalen Anpassung, denn nur um diesen Preis ist sein versprochenes Glück zu verwirklichen" („Kinderläden", Seite 47 f.).

Der gesellschaftsverändernde Anspruch der Kinderläden war natürlich untrennbar verbunden mit der Entwicklung der damaligen antikapitalistischen Bewegung und der in ihr vertretenen Positionen. Insofern spiegelt sich in der Entwicklung der Kinderladenbewegung 1968/69 die Entwicklung der APO wieder.

... zwischen „Selbstregulierung"

Dem breiten Raum entsprechend, den in der APO psychoanalytische Vorstellungen einnahmen, war die Kinderladenbewegung zunächst sehr stark orientiert auf die Verhinderung der Bildung „autoritärer Charaktere", auf die Befreiung der kindlichen Sexualität, die Bewältigung der Aggressivität der Kinder. Entsprechend der Absicht, eine Gegeninstitution zu schaffen, befaßte man sich zunächst mit der Entwicklung „im Kind", d.h. psychoanalytischen Fragen, während die Frage einer Erziehung zur Auseinandersetzung mit der kapitalistischen Umwelt vernachlässigt wurde.

So ist z.B. der Erfahrungsbericht des Westberliner Kinderladens S., gegründet Anfang 1968, gespickt mit Zitaten von Sigmund und Anna Freud, Wilhelm Reich etc. („Kinderläden", Seite 51 ff.).

Den Einfluß solcher Theorien macht der Journalist Gerhard Bott, selbst einige Zeit Anhänger der Kinderladenbewegung (und deshalb massiver Hetze ausgesetzt) deutlich,

Fortsetzg. Seite 2



wenn er schreibt: *„Wilhelm Reich (von der linken Studentenbewegung wiederentdeckt und heute von einer wachsenden Zahl von Experten als bedeutendster Pschoanalytiker neben Freud anerkannt) verdanken die Kinderläden die Erkenntnis, daß autoritäre ebenso wie totalitäre Gesellschaft eine lustfeindliche Sexualmoral verordnen, um den (lebensfeindlichen) Zwang des Systems aufrechtzuerhalten"* („Erziehung zum Ungehorsam", Seite 11).

Wie sich diese Position im Konkreten ausformte, zeigt die Analyse eines Westberliner Kinderladens: Die Genossen kritisieren die repressive Methode der frühkindlichen „Sauberkeitserziehung" in der herkömmlichen bürgerlichen Pädagogik und beschreiben die Bedeutung des Widerstandes des Kindes. Weiter: *„Wegen der tatsächlichen Übermacht der Erzieher wird der Widerstand endlich gebrochen, die Analbedürfnisse werden ... verdrängt, später im Unterbewußtsein mit den Verboten der prägenitalen und genitalen Phase* (d.h. dem Verbot der Betätigung von Kleinkindern an ihren Geschlechtsorganen, d.Red.) *verbunden, wodurch gleichzeitig die Verbindung von Sexualität und Schmutz hergestellt ist".* Das Ergebnis: *„Der so entstandene Anal- oder Zwangscharakter wird im Kapitalismus zum vorherrschenden Typus".*

Und die Eigenschaften dieses Charakters *„werden für die Ziele des um sich greifenden Kapitalismus eingesetzt, wie Eroberungskriege, Rassendiskriminierung etc."* („Kinderläden", Seite 53).

An dieser Analyse ist sicherlich richtig, daß die Unterdrückung natürlicher Bedürfnisse und Äußerungen des Kindes diesem über Jahre verunmöglicht bzw. schwer macht, mit aufrechtem Gang durch die Welt zu gehen, es sehr leicht geneigt macht, sich Druck zu fügen. Es ist das wesentliche Verdienst der Kinderläden, den Zusammenhang zwischen kindlicher Bedürfnisbefriedigung und der Fähigkeit des Kindes zu Widerstand in und gegen seine Umwelt deutlich gemacht zu haben.

Falsch ist es allerdings, die freie Befriedigung der Bedürfnisse zum wesentlichen Schlüssel einer Erziehung zum Widerstand zu erklären, die Auseinandersetzung der Kinder mit der kapitalistischen Umwelt hinten an zu stellen. Beispielhaft sei hier das Konzept der „Selbstregulierung" eines Frankfurter Kinderladens erwähnt:

„Unser Erziehungsprojekt beruht auf dem Prinzip der Selbstregulierung der kindlichen Bedürfnisse, d.h. das Kind soll in jedem Alter und auf allen Lebensgebieten (wie Essen, Schlafen, Sexualität, Sozialverhalten, Spielen, Lernen usw.) seine Bedürfnisse frei äußern und selbst regulieren können, es soll Gelegenheit haben und darin unterstützt werden, seine Interessen individuell und kollektiv zu erkennen und angemessen zu vertreten" (Erziehung zum Ungehorsam, Seite 47).

Was den Zusammenhang zwischen „Selbstregulierung" und Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Umwelt angeht, vertritt das Kollektiv die Ansicht, daß erst *„die im Kollektiv gewonnene Erfahrung, die erlernte Fähigkeit, Interessen wahrzunehmen und Bedürfnisse zu befriedigen"*, die Kraft gibt, *„dafür zu kämpfen, daß ein solches Verhalten für alle möglich wird"* (Erziehung zum Ungehorsam, Seite 60). D.h.: Erst sollen die Kinder im Kollektiv zur (mehr oder weniger solidarischen) Befriedigung ihrer Bedürfnisse befähigt werden, und danach erst zur Auseinandersetzung mit der Umwelt. Zwei Dinge, die in fortschrittlicher Erziehung untrennbar zusammengehören, wurden getrennt.

Zum zweiten waren die meisten Kinderläden von der falschen Annahme geprägt, die Selbstregulierung der kindlichen Bedürfnisse werde sich im Selbstlauf durchsetzen, man solle möglichst weitgehend auf pädagogische Eingriffe verzichten. So wurde erst die Auseinandersetzung mit den Kindern angegangen, wenn es besonders unsolidarisch zuging, z.B. ein größeres Kind auf ein kleineres brutal einschlug. – Ein zielgerichtetes Eingreifen der Erwachsenen in die Aggressivität, Sozialverhalten etc. der Kinder wurde weitgehend abgelehnt.

Die Folgen dieser Fehleinschätzungen zeigten sich sehr bald und sollten zu einer Änderung des Konzepts führen: *„Es bestand die große Gefahr, daß die einzelnen Läden zur reinen Selbstzweckorganisation regreddierten* (d.h. herunterkamen, d. Red.), *ihr pädagogisches Konzept über den psychoanalytischen Ansatz nicht hinausginge und den Zusammenhang zur politischen Realität damit verlöre"* („Kinderläden", Seite 35). Hinzu kam, daß mit der Entwicklung von Kinderladenprojekten bei vielen Eltern die Isolation in der Kleinfamilie aufbrach: *„Alte Ehen und Zweierbeziehungen brachen auseinander, Wohnkollektive und neue Beziehungen brachten für die einzelnen neue Schwierigkeiten und Belastungen mit sich, die nur ansatzweise kollektiv gelöst werden konnten".*

Hier zeigte sich, daß die Kollektivierung der Kindererziehung auch massiv Kleinfamilie, Zweierbeziehung usw. in Frage stellte und auch für die Eltern die Frage alternativer Lebensformen auf die Tagesordnung stellte. Die Bewältigung dieser Frage ging teilweise zu Lasten der Arbeit in den Kinderläden, was zur Fluktuation von Erziehern bzw. Bezugspersonen, Ratlosigkeit der Eltern etc. führte.

Der „Aktionsrat zur Befreiung der Frau", der in Westberlin die Kinderladenbewegung vereinheitlichen sollte, hatte diese Aufgabe offenbar nicht lösen können. Einerseits war eine gemeinsame Diskussion und Vereinheitlichung der Kinderläden auf pädagogische und politische Positionen ausgeblieben, was zur oben beschriebenen Isolation der Projekte voneinander geführt hatte.

Andererseits wurden insbesondere die Frauen von der Arbeit in den Kinderläden derartig in Anspruch genommen, daß für andere politische Auseinandersetzungen kaum noch Raum blieb – ganz im Gegensatz zur erklärten Absicht des Aktionsrates, durch die Kollektivierung der Kindererziehung die Möglichkeiten der Frauen zur politischen Auseinandersetzung zu vergrößern.

All diese Probleme setzten 1968/69 eine Umorientierung der Bewegung auf die Tagesordnung.



... und wie es weiterging: Die sozialistischen Kinderläden

Die Antwort auf die Schwierigkeiten der ersten Kinderläden war das Konzept „sozialistischer Kinderläden", das sich verstärkt seit Sommer 1968 entwickelte.

Diese Kinderläden rückten zunächst ab von der starken psychoanalytischen Orientierung der antiautoritären Kinderläden und ergänzten die dort praktizierte freie Form des Umgangs mit den kindlichen Bedürfnissen durch eine politische Erziehung, die die Kinder zur Auseinandersetzung mit und zum Widerstand gegen die kinderfeindliche kapitalistische Umwelt befähigen sollte.

Darüber hinaus stellten sie sich die Aufgabe, die Kinderläden zu einer politischen Bewegung zu machen, d. h. Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch der einzelnen Projekte wurde organisiert, um die Kinderläden in den Zusammenhang der antikapitalistischen Bewegung zu stellen.

Diese richtigen Ansätze fanden insbesondere nach einer Arbeitskonferenz im April 1969 eine Zuspitzung in die falsche Richtung. Im Zuge der verstärkten Orientierung der APO auf die Kämpfe der Arbeiter rückte allerdings die Bemühung um die Festigung der Basis der Kinderladenbewegung (Eltern, Erzieher, Kinder etc.) in den Hintergrund gegenüber Projekten, die ohne Basis in diversen Arbeiterbezirken versuchten, Kinder- und Schülerläden zu Keimzellen einer Arbeiterjugendbewegung und Ausgangspunkt der Poliitsierung von Arbeitereltern zu machen.

Auf pädagogischer Ebene schlug sich diese Entwicklung darin nieder, daß das konkrete Ansetzen an den Bedürfnissen, Interessen und Erfahrungen der Kinder ersetzt wurde durch eine aufgesetzte „Erziehung zum Klassenkampf".

Die Kinderladenbewegung zur Bewegung machen!

Die Umorientierung der Kinderläden begann Mitte 1968 mit der Gründung des Zentralrates der Sozialistischen Kinderläden in Westberlin, der in Nachfolge des Aktionsrates zur Befreiung der Frau die Verantwortung für die Kinderläden übernahm.

In seinen ersten Erklärungen legte er das Schwergewicht darauf, die Kinderladenbewegung als politische Bewegung zu verstehen – in Abgrenzung zu aufkommenden Positionen, die Kinderläden als Selbstzweck bzw. als reine Selbsthilfeorganisationen betrachteten: *„Die Aufgabe einer Bewegung, die versucht, die Massen zu erreichen, wäre es, an den unmittelbaren Interessen, Wünschen und Hoffnungen anzuknüpfen. Das bedeutet, daß weite Bereiche, die heute noch zur Privatsphäre zählen, in die politische Arbeit mit aufgenommen werden müssen"* (Anleitung für eine revolutionäre Erziehung, Nr. 1). Kinderläden wurden begriffen als Versuche, *„die vorhandenen gesellschaftlichen Tendenzen zum kollektiven Leben und Arbeiten bewußt freizusetzen und zu organisieren"* (ebenda, S. VII).

Dieser Anspruch steht durchaus in Übereinstimmung mit dem erklärten Ziel der Gründer der ersten Kinderläden, das Problem der Kindererziehung aus der Privatsphäre der Frauen bzw. der Kleinfamilien herauszuholen.

Entsprechend wertete der Zentralrat die bisherige Arbeit der Kinderläden durchaus positiv. Kritisiert wurde, daß die Arbeit jedoch immer in Gefahr stand (durch Isolation etc., s. o.), *„vom System integriert zu werden"* (ebenda, S. VII). Dieser Gefahr, so der Zentralrat, kann die Bewegung nur entgehen, *„wenn die politisch bewußtesten Gruppen immer wieder den Zusammenhang zu allen anderen Bereichen der Gesellschaft herstellen"* (ebenda, S. VII). Durch den Zentralrat sollte eine gemeinsame Diskussion und Organisierung der Kinderläden geschaffen werden und der Zusammenhang mit der gesamten anti-kapitalitischen Bewegung hergestellt und gesichert werden.

Diese richtige Orientierung fand ihren Niederschlag in den ersten Aktivitäten des Zentralrates. Es wurde mit den „Anleitungen für eine revolutionäre Erziehung", die der Zentralrat herausgab, ein Organ geschaffen, in dem pädagogische Erfahrungen der Bewegung veröffentlicht wurden.

Des weiteren forderte der Zentralrat für alle Westberliner Kinderläden eine über ihn zu verteilende finanzielle Unterstützung in Höhe von DM 80.000,–. Als der Senat dies ablehnte und stattdessen (als Spaltungsmanöver) die Unterstützung einzelner ausgewählter Projekte unter Umgehung des Zentralrates anbot, wurde dies abgelehnt.

Politische Erziehung in den Kinderläden

Die neue pädagogische Orientierung der Kinderläden beschreibt der Sozialistische Kinderladen Berlin-Kreuzberg in Abgrenzung zur bisherigen Praxis so: *„Die Arbeit der Kinderläden darf sich nicht allein an der Phase frühkindlicher Sozialisation orientieren. Man muß diese Arbeit als erste Stufe eines das ganze Leben umfassenden kritischen Sozialisierungsprozesses begreifen ... Die Kinderläden können deshalb nicht nur psychoanalytisch begründen, sondern müssen ihre Arbeit auch auf ihre gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen hin verstehen und entwerfen. Die Erziehung in den Kinderläden kann deshalb nicht neutral sein. Sie muß politisch sein. Erziehung zur „freien Sexualität" allein wird die von der Gesellschaft produzierten autoritären Charaktere nicht verhindern"* (Erziehung und Klassenkampf, Nr. 3, 1969).

Die praktischen Konsequenzen dieser Orientierung schlagen sich in vier Prinzipien der Erziehung nieder:

1. *„Antiautoritäre Erziehung gegen bürgerliche Dressur und laissez-faire-Erziehung".* Dies heißt zum einen die radikale Absage an die herkömmliche repressive bürgerliche Pädagogik, zum anderen aber auch an das Prinzip der Selbstregulierung, das bisher in den Kinderläden angewandt wurde. *„Erziehung hat es mit der ‚Sicherung, Beeinflussung einer bestimmten körperlichen, geistigen und sozialen Entwicklung des Kindes' zu tun".* D. h. für den Erzieher steht die Aufgabe, sich mit dem Kind bewußt um dessen Bedürfnisse auseinanderzusetzen.
2. *„Lernen aus Liebe gegen technokratisches Leistungsprinzip".* Gemeint ist damit die *„Entfaltung von Lust am Denken und Sprechen, am Beobachten und Erkennen, am Arbeiten und Konstruieren, am Zählen und Messen, am Singen, Malen und Tanzen".*
3. *„Sozialistische Kollektiverziehung gegen kapitalistische Anpassung".* Dies heißt für die Kinderläden, daß den Kindern die Wirklichkeit um sie herum vermittelt wird: *„Am Plötzensee, am Fabriktor, am Hinterhof, an der Dahlemer Villa, am Trümmergrundstück, an der Vietnam-Demonstration, am brüllenden Parkwächter, am Kind, das geschlagen wird, kommt ein sozialistischer Kinderladen ohne historisch-materialistische Erklärung nicht vorbei. Spekulation und idealistische Märchen helfen da nicht. Allein die nüchterne Aufklärung über das, was ist, und die Ermutigung zu kollektivem Widerstand gegen Herrschaft und Unterdrückung".*
4. *„Erziehung der Erzieher gegen Autoritätsfimmel und pädagogische Selbstüberschätzung".* Gemeint ist damit die ständige Anforderung an die Erzieher, selbst im Kinderladen zu lernen und ihre Praxis zu verändern (alle Zitate: Erziehung zum Ungehorsam).

Bedrohte Existenzgrundlage

Begleitet war diese erste Phase der politischen und pädagogischen Umorientierung mit dem Versuch, die finanzielle Grundlage der Kinderläden zu sichern. Bisher hatten sich diese Läden wesentlich aus Beiträgen der Eltern finanziert, entsprechend der Konzeption als Selbsthilfeprojekte. Dabei trugen „liberale" und etwas betuchtere Eltern offenbar den größten Anteil.

Die ersten Versuche, von den Behörden finanzielle Unterstützung zu bekommen, waren nur in einzelnen Bezirken erfolgreich. Was über den Tisch kam, waren einmalige Zuschüsse von DM 700,– oder 800,–.

Die in Westberlin zwischen dem Zentralrat und dem Senat geführten Verhandlungen um einen Zuschuß von DM 80.000,– für alle Läden stellte vorerst für die Kinderläden eine etwas längerfristige Perspektive der Existenzsicherung dar.

Als sich immer deutlicher abzeichnete, daß der Senat darauf aus war, nur einzelne Projekte, aber nicht alle Kinderläden zu fördern, erklärte ein Großteil der Kinderläden in einer Resolution: *„Die unterzeichnenden Läden sehen sich deshalb gezwungen, ihre Arbeit endlich als radikale zu verstehen und gegen die Interessen der Herrschenden und ohne ihre Unterstützung zu organisieren. Sie werden deshalb den an den Senat gerichteten Unterstützungsantrag zurückziehen und das den einzelnen Läden von den Bezirksämtern zugestandene Geld zentral verteilen"* (West-Berliner Kinderläden, S. 230).

Für die Kinderläden blieb also mithin das Problem der Finanzierung ungelöst. Sie waren im wesentlichen einzig und allein darauf angewiesen, was sie aus eigenen Mitteln oder denen von Sympathisanten bzw. auf Schleichwegen von Behörden, Unis etc. aufbringen konnten.

Die Arbeitskonferenz des SDS vom April 1969

In diese Situation (beginnende Umorientierung der Kinderläden, Unklarheit über die materielle Grundlage der Projekte) fällt die Arbeitskonferenz des SDS vom April 1969, die sich mit Fragen der Kindererziehung befaßte.

Ausgangspunkt für die Konferenz waren der Mangel an politischer Erziehung in den bisherigen Kinderläden und die Isolierung einiger Projekte, die ja schon beschrieben wurde.

Für die sozialistische Erziehung setzte die Konferenz folgende Ziele: *„Sozialistische Erziehung will dem Kind ebenso wie die antiautoritäre das bürgerliche Triebschicksal ersparen ... Allerdings beruhigt sie sich nicht bei dem Faktum, daß eine veränderte Umwelt veränderte Kinder schafft, sondern sie will diese Kinder befähigen, die Umwelt nach gesellschaftlichen Interessen selbst zu verändern".* Schwerpunkt dieser verändernden Auseinandersetzung der Kinder mit der Umwelt sollte der Schulkampf sein, d. h. *„die Auseinandersetzung mit autoritär erzogenen Schülern und repressiven Lehrern".*

Um dies zu erreichen, sollten die Kinderläden – wie schon seit Mitte 1968 begonnen (s. o.) mit dem *„bürgerliche(n) Tabu der Apolitizität der Kinder"* aufräumen, indem die Kin-

Fortsetzg. Seite 3



Fortsetzg. von S. 2

der befähigt werden, *„mit Sexualaufklärung und Verbreitung politischer Information die Auseinandersetzung unter den ‚Kindermassen' in staatlichen Kinderläden, auf Kinderspielplätzen und Hinterhöfen aufzunehmen"*.

Ziel dieser Erziehung: *„Im sozialistischen Kinderkollektiv muß das Kind in der gemeinsamen Arbeit an Agitations- und Informationsmaterial im politischen Kindertheater- und -spiel sozialistische ‚Kampfformen' lernen, die sich in ändernden Kampf-Phasen als vom Ich modifizierbar erweisen"* ((West)-Berliner Kinderläden, S. 225 f.).

Gerade die letzte Aussage macht deutlich, daß es den Genossen (noch) nicht darum ging, den Kindern irgendwelche Vorstellungen vom Klassenkampf aufzusetzen, sondern Erfahrungen über die Klassenrealität zu vermitteln, mit denen die Kinder etwas anfangen können – nichts anderes ist damit gemeint, daß das „Ich", das Kind Positionen „modifizieren", d. h. entsprechend der realen Entwicklung verändern, können soll.

Im Rahmen dieses Konzeptes wurde dann sehr starkes Gewicht auf die Entwicklung praktischer Ansätze gelegt, durch die den Kindern Klassenrealität vermittelt werden konnte, z. B. Fabrikbesichtigungen, Gerichtsbesuche, Invasion von Hinterhöfen etc.

Das eigentliche Problem, daß aus dieser Umorientierung folgte, lag woanders: Es war gerade nicht diskutiert worden, wie man, anknüpfend an den Erfahrungen, Bedürfnissen und Interessen der Kinder, gesellschaftliche Realität vermittelt, sondern es war diskutiert worden, was ein Kind über die Klassenrealität wissen m u ß – und von daher die politischen Inhalte der Erziehung bestimmt worden. Dies war der Ansatzpunkt für eine „sozialistische Erziehung", die den Kindern zunehmend linke „Lernziele" aufsetzte.

Dieses Herangehen schlug sich auch darin nieder, wie die SDS-Konferenz die Probleme der Elternarbeit der Kinderläden behandelte. Es wurde festgestellt, daß sich bei der Aufarbeitung der Probleme der Kinder in den Kollektiven gezeigt hatte, daß diese in der Regel *„auf Ehekrisen und psychische Probleme der Eltern zurückgehen"*. Diese Erkenntnis hatte verstärkt zu *„Ehekrisen und ‚Massenflucht' in die Kommunen"* geführt. Dabei habe sich gezeigt, daß viele Eltern lediglich den Anspruch entwickeln, ihre psychischen Probleme zu lösen.

Aus dieser Erfahrung entwickelte die Konferenz die Forderung, die Elternkollektive bzw. die Kommunen, in denen viele Eltern zusammengezogen waren, sollten parallel zur Kinderarbeit *„allgemeinpolitische Fragen"* bearbeiten und *„Aktionen, die über das unmittelbare Elterninteresse hinausgehen"*, kollektiv vorbereiten (alle Zitate: (West-) Berliner Kinderläden, S. 228).

interesse hinausgehen", kollektiv vorbereiten (alle Zitate: (West-) Berliner Kinderläden, S. 228).

So richtig es ist, daß linke Eltern nicht nur in ihrem Kinderladen vor sich hin erziehen können, von daher auch für sie die Beteiligung an anderen Ecken des antikapitalistischen Kampfes notwendig ist, engte die Konferenz diese Stoßrichtung sehr schnell auf die Zusammenarbeit mit den „Betriebsbasisgruppen", die von der APO angestrebt wurden, ein.

Folgerichtig forderte die Konferenz dann auch die *„Trennung von den liberalen Eltern in den Läden"* ((West-)Berliner Kinderläden, S. 229), ein Beschluß, der neben den politischen Konsequenzen für die Bewegung vor allen Dingen auch die finanziellen Möglichkeiten der Läden, zu deren Unterhalt gerade besser verdienende „liberale Eltern" einen wesentlichen Teil beigetragen hatten, weiter einschränken sollte.



„Das ist ein Vietkong mit MG. Sie werden hinterlistig ermordet. Die Amis sind feige. Das vietnamesische Volk ist fleißig. Der Ami zerstört immer wieder die Felder, die Krankenhäuser und Schulen in Vietnam. Die sollen ihren Mut nicht verlieren. Sie sollen sich gut verstecken und gut verbarrikadieren. Die Amis schießen mit Napalmbomben. Das ist grausam. Die Vietnamesen bekommen Waffen aus der DDR." (Junge, 13 Jahre)

... und die Folgen

Wie diese Beschlüsse der Arbeitskonferenz des SDS umgesetzt wurden, wollen wir an zwei Beispielen verdeutlichen.

Der oben schon zitierte Sozialistische Kinderladen Berlin-Kreuzberg, der sich um die Entwicklung einer politischen Erziehung in den Kinderläden durchaus verdient gemacht hatte, kam nach der Arbeitskonferenz zu der Ansicht, *„daß eine Kinderladeninsel in einem bürgerlichen Viertel Berlin-Schönebergs keine politische Zukunft"* habe (Erziehung zum Ungehorsam, S. 64), und entschloß sich zum Umzug nach Kreuzberg, einem Arbeiterviertel. Für die dort zu beginnende Arbeit stellte er sich sechs Aufgaben:

„1. Es gilt, Stützpunkte in den Arbeitervierteln zu gründen, am besten durch die Verlegung der schon bestehenden Kinderläden in Arbeiterbezirke.

„1. Es gilt, Stützpunkte in den Arbeitervierteln zu gründen, am besten durch die Verlegung der schon bestehenden Kinderläden in Arbeiterbezirke.

2. Diese Stützpunkte müssen ... politische Arbeit unter den Kindermassen beginnen.

3. Die Formen der Organisation der Arbeiterkinder sind: freie Kindergruppen, Kinderclubs, proletarische Kindergärten, proletarische Schulzellen.

4. Unser Ziel ist die Politisierung der Arbeiterfamilie und die Entfaltung des Volksschulkampfes.

5. Wir müssen unsere Kinder zu disziplinierten kommunistischen Intellektuellen entfalten, die bereit sind, sich den Zielen der Arbeiterklasse unterzuordnen.

6. Die Arbeit unter den Elternmassen muß zusammengehen mit der Elternarbeit" (Erziehung zum Ungehorsam, S. 65).

In der Praxis war keines dieser Ziele zu verwirklichen, so daß der Kinderladen selbst feststellte, daß es ihm lediglich gelungen sei, *„eine zwischen 10 und 60 Arbeiterkindern fluktuierende Gruppe zu betreuen"* (ebenda, S. 70). In einer Analyse ihrer Erfahrungen kommen die Genossen zu dem Schluß, den Hauptfehler gemacht zu haben, *„die Grundfragen der Arbeit mit Arbeiterkindern nicht aus der Lage des Proletariats im Kapitalismus und aus der politischen Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung selbst abgeleitet zu haben ... Wir überschätzten die Macht des Bewußtseins der Kinder und negierten zu sehr die Macht der Verhältnisse, die der Produktionsprozeß vermittels Schule und Familie für das proletarische Kind ständig reproduziert"* (ebenda, S. 71).

Schülerladen „Rote Freiheit"

Die Orientierung auf die Gewinnung von Arbeiterkindern durch die Kinderläden insbesondere für den

Schülerladen „Rote Freiheit"

Die Orientierung auf die Gewinnung von Arbeiterkindern durch die Kinderläden insbesondere für den

„Schulkampf" ließ ab 1969 eine Reihe von Schülerladenprojekten entstehen, die sich die gezielte Arbeit mit Schulkindern zur Aufgabe stellten.

Der bekannteste dieser Schülerläden ist sicherlich der Schülerladen „Rote Freiheit" in Kreuzberg, der um die Jahreswende 1969/70 arbeitete. Seine Arbeit ist sicherlich exemplarisch für die einer Reihe von Schülerläden am Ende der Kinderladenbewegung.

Der Schülerladen begann als Projekt einer Reihe von Psychologiestudenten der FU Westberlin (mit etwas finanzieller Unterstützung der Uni und „wissenschaftlicher Begleitung" durch einen fortschrittlichen Professor). Die Gruppe setzte sich vor Gründung des Ladens zwar mit der bisherigen Kinderladenbewegung auseinander, gibt aber selbst zu, daß sie nicht in der Lage war, *„diese Ansätze kritisch folgenreich aufzuarbeiten"* (Schülerladen „Rote Freiheit", S. 18). Weder vor Gründung des Schülerladens noch zur Zeit seines Bestehens hat ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch, ein gegenseitiges Lernen von den verschiedenen Gruppen und Initiativen in Westberlin stattgefunden – was deutlich auf die gegenseitige Isolation der Projekte gegen Ende der Kinderladenbewegung hinweist.

Ziel der Arbeit im Kinderladen sollte es sein, *„modellhaft-exemplarisch eine politische Didaktik der Agitation von Arbeiterkindern zu schaffen"*. Die Studenten verstanden dies als *„wissenschaftlichen Beitrag zur Politisierung der Arbeiterklasse und zur Rekonstruktion des Klassenbewußtseins"* (ebenda, S. 40). Der dahinter stehende Gedanke war, durch die Schaffung von *„vielen Grundeinheiten nach Art der Kinder-, Schüler- oder Lehrlingsläden ... kontinuierlich eine sozialistische Jugendorganisation"* zu entwickeln (ebenda, S. 49).

Dieses Ziel sollte dadurch erreicht werden, daß den Kindern konkret vermittelt wird, was Kapitalismus ist. Geplant waren u. a. Besuche von Villenvierteln, um den Unterschied zwischen arm und reich zu verdeutlichen, Besuche in Eingangshallen von Banken, um zu zeigen, wo das Geld ist, Besuche von Gerichtsverhandlungen, um ihnen die Klassenjustiz zu verdeutlichen u. v. m. (ebenda, S. 43). Hinzu sollte die Vorbereitung auf den „Schulkampf" kommen. Dabei sollten die Kinder *„gegen repressive Behandlung und Verhaltensvorschriften zu protestieren in der Lage sein, sollten gegen sinnlos restriktive und verdummende Unterrichtsformen und Zeitschemata angehen können, sollten den Lehrern, wenn sie reaktionär und autoritär sein sollten, Kritik und kollektiven Widerstand leisten können"* (S. 49/50).

Eine Zusammenarbeit und Auseinandersetzung mit den Eltern war vom Schülerladen nicht geplant. Zur Begründung heißt es: *„Der in Berlin zeitweilig propagierte Familienkampf verkennt einen subjektiven und vorpolitischen Interessengegensatz zwischen erwachsenem und jugendlichem Proletariat als Klassenantagonismus im Proletariat selbst; die objektive Interessenidentität der in derselben Klassenlage Unterdrückten wird damit bürgerlich übersehen; die Arbeiterklasse wird sogar zuungunsten einheitlich solidarischer Kampfaktion mindestens in zwei Hälften gespalten"* (ebenda, S. 51). Ein sehr schön wissenschaftlich ausgedrückter Standpunkt des heutigen KBW: Der Kampf gegen die Unterdrückung der Kinder (bzw. der Frau) in der Familie spaltet die Arbeiterklasse ...

... und die Praxis

Der Schiffbruch des Schülerladens mit diesem Konzept war total. Zunächst zeigte sich, daß die Betreuer im Schülerladen kaum in der Lage waren, auf die Betätigungswünsche der Kinder einzugehen: „ ... *selbst*

mit diesem Konzept war total. Zunächst zeigte sich, daß die Betreuer im Schülerladen kaum in der Lage waren, auf die Betätigungswünsche der Kinder einzugehen: „ ... *selbst*

auf dem oberflächlichen Niveau des Handwerkens, Malens, Spielens, Beschäftigens der Kinder blieben wir anfänglich hinter den gestellten Ansprüchen pädagogischer Art zurück, denn wir waren zum Teil handwerklich und technisch nicht geschickt genug, etwas phantasielos, oft unbeholfen und konnten Aktivitäten nach dem Wunsch der Kinder nicht hinreichend unterstützen" (ebenda, S. 29).

Die nächsten Schwierigkeiten taten sich auf, als es um das Sozialverhalten der Kinder ging. Die Betreuer versuchten immer wieder, in „ruhiger Atmosphäre" politische Gespräche am gedeckten Kaffetisch mit den Kindern zustande zu bringen. *„Aber auch diese Versuche schlugen meist fehl: die Kinder stritten sich um die beste Tasse, sie wollten weniger reden und zuhören, als sich rumbalgen oder rauchen"* (ebenda, S. 63).

Hier schlägt sich deutlich nieder, daß die Gründer des Schülerladens eben bei der ganzen Konzeption des Ladens von ihrer Vorstellung einer „Politisierung der Arbeiterkinder" ausgegangen sind, nicht aber von dem „Gegenstand", mit dem sie sich beschäftigen wollten, von den Kindern, ihren Bedürfnissen, Interessen, Problemen und Erfahrungen.

Dies wird auch deutlich an den Punkten, auf die sich das Schülerladenkollektiv sehr gezielt vorbereitet hatte: der Vermittlung gesellschaftlicher Realität. So sollten mit den Kindern andere Wohnbezirke, insbesondere Villengegenden besichtigt werden, *„um ihnen durch die Wohnsituation Klassengegensätze sinnlich erfahrbar zu machen ... Als es daran ging, konkret zu planen, wohin wir fahren wollten, hatten wir keinerlei genaue Vorstellungen anzubieten, die Kinder machten aber jede Menge Vorschläge: Sie wollten in den Zoo, auf die Sternwarte, zur Gedächtniskirche und auf den Kreuzberg. Das schien uns alles nicht so günstig, weil es politische Vermittlung kaum zuläßt"* (ebenda, S. 66).

Das Ende der Kinderladenbewegung

Diese letzten Erfahrungen der Kinderladenbewegung endeten mit der Schließung der meisten Läden. In den meisten Fällen waren schlichtweg die finanziellen Mittel erschöpft, um in den isolierten Projekten weiterzumachen. Projekte, die sich die Existenzgrundlage gesichert hatten, z. B. durch Unterstützung als Uni-Kindertagesstätte, haben weitermachen können.

Das Ende der Kinderläden steht allerdings darüber hinaus in engem Zusammenhang mit dem Versacken der Studentenrevolte, der antikapitalistischen Bewegung, die 1967 begann.

Die Umorientierung der Kinderladenbewegung nach der Arbeitskonferenz des SDS 1969 war nichts anderes gewesen als der Niederschlag der grundsätzlichen Umorientierung der APO auf die Betriebsarbeit, auf die Entwicklung des Klassenbewußtseins der westdeutschen Arbeiter zu einem sozialistischen Bewußtsein, später auf den „Parteiaufbau". So kommt der schon mehrfach zitierte Kinderladen in Kreuzberg zu der Schlußfolgerung: „Proletarische Erziehung kann sich als eine Erziehung zum Klassenkampf nur im Zusammenhang revolutionärer Organisationen des Proletariats selbst entfalten" (Erziehung zum Ungehorsam, S. 71). In dem Maße, in dem sich zeigte, daß die Praxis der sozialistischen Kinder- und Schülerläden wenig Einfluß auf die Gewinnung von Arbeiterkindern geschweige denn Arbeitereltern hatte, andererseits die Kosten der Projekte kaum zu bestreiten waren, wurden sie aufgegeben.

Der erste Versuch linker Erzie-

denn Arbeitereltern hatte, andererseits die Kosten der Projekte kaum zu bestreiten waren, wurden sie aufgegeben.

Der erste Versuch linker Erzie-

hung in der BRD, die Kinderladenbewegung, war noch keine Bewegung, der es innerhalb ihrer „Lebenszeit" gelingen konnte, sich sowohl eine materielle Basis als auch eine kontinuierliche politische und pädagogische Basis zu schaffen. Die Bewegung bewegte sich materiell immer am Existenzminimum, bei der inhaltlichen Arbeit entwickelte sie sich widersprüchlich, ohne jeweils die bisher gemachten Erfahrungen auswerten zu können, wie der Pendelschlag der Bewegung 1968/69 von der psychoanalytischen Orientierung zur „Erziehung zum Klassenkampf" sehr deutlich zeigt.

Allerdings: Diese Bewegung hat unzählige Erfahrungen gemacht und eine Tradition linker Erziehung in der BRD begründet, an der es anzuknüpfen gilt!

Hetze aus allen Rohren

Die Kinderladenbewegung hat sich während ihres gesamten Bestehens einer Hetzkampagne erwehren müssen, die in breiten Kreisen der Bevölkerung den Eindruck erweckte, die Kinderläden seien eine Kombination von „Roter Kaderschmiede" und Kinder-Puff. Bei dieser Hetze lassen sich zwei Linien erkennen: Die Springer-Presse, CDU und andere Reaktionäre geifern unter dem Motto: „Die Kommunisten erziehen unsere Kinder durch freie Liebe zu Anarchisten". Demgegenüber steht die etwas wissenschaftlich verbrämte Hetze „liberaler" Presseorgane etc., die darauf abfährt, daß die Kinderläden die Kinder zu psychisch deformierten Krüppeln erziehen würden.

Die Reaktion hetzt plump und braun

Die Hetze der Reaktion gegen die Kinderladenbewegung läßt sich am besten am Beispiel der konzertierten Aktion von Springer-Presse, CDU, reaktionären Professoren etc. gegen den Schülerladen „Rote Freiheit" dokumentieren.

Die Kampagne gegen den Schülerladen begann damit, daß Mitglieder reaktionärer Kreise an der FU die Protokolle der Arbeit im Schülerladen schlichtweg klauten. Den publizistischen Startschuß gab die „Notgemeinschaft für eine Freie Universität", ein rechtsradikaler Professorenklüngel, mit einem Pamphlet, in dem es heißt: *„In diesem von Prof. Holzkamp geleiteten Projekt kam es u.a. für die zehn- bis zwölfjährigen Kinder zu einer Fickstunde"* (zit. nach: Schülerladen „Rote Freiheit", S.394). Diese „Fickstunde" taucht in keinem der inzwischen veröffentlichten Protokolle auf!

Nächster Aktivist der Hetzkampagne war ein „Demokratisches Zentrum", ebenfalls ein rechter Klüngel, der Protokolle des Ladens, teilweise gefälscht, an die Presse weitergab. Im Begleitschreiben stand u.a., man habe sich zur Verschickung der Protokollauszüge entschlossen, *„um Ihnen zu zeigen, was für ein Saustall aus den Steuergroschen der Berliner Werktätigen betrieben wird. Unter der Anleitung und dem ständigen Druck sogenannter ‚Erzieher' werden hier Kinder verdorben, um aus ihnen rote Revolutionäre zu machen"* (a.a.O., S.396).

In trauter Arbeitsteilung bringt die CDU die Hetze gegen den Schülerladen in das Westberliner Abgeordnetenhaus ein, und die Presse zieht vom Leder. Dabei rückt einerseits die Sexualerziehung des Ladens ins

Schußfeld: *„Ob die bekanntgewordenen Protokolle bereits ausreichen, den Nachweis des Verbrechens unzüchtiger Handlungen mit abhängigen Kindern zu führen, dürfte wohl sehr zweifelhaft sein. Für die Erfüllung vieler Straftatbestände des Sexualstrafrechts ist der Nachweis erforderlich, daß der Täter in wollüstiger Absicht gehandelt hat"* („Berliner Morgenpost", 9.4.70). Zweck dieser angeblichen „Sexualverbrechen" im Schülerladen – so die braune Hetze – sei die „Bolschewisierung" unserer Kinder! So heißt es in der Stellungnahme des Präsidenten des westdeutschen „Kinderschutzbundes", Becker: *„Wir wenden uns mit Nachdruck gegen alle Versuche, Kinder systematisch zu bolschewisieren, ihnen Widerstand gegen Staat und Gesellschaft zu indoktrinieren und sie zu sexueller Libertinage zu führen"* (Becker, zit. nach „Tagesspiegel" vom 14.4.1970).

Nur folgerichtig erhob dann im Westberliner Abgeordnetenhaus der CDU-Abgeordnete Klein die Forderung nach Berufsverboten für die Betreuer des Kinderladens: *„Es sind dieses eine ganz neue Sorte, so sage ich, von Kriminellen, es sind Schreibstubentäter, genauer gesagt, es sind Studierzimmertäter. Vor diesen Leuten sollte die Staatsaufsicht sehr vorsichtig sein, sie sollte sie genau beobachten und sie sollte unter Umständen mit den Mitteln zunächst einmal gegen sie vorgehen, die das Beamtenrecht ihr an die Hand gibt"* (zit. nach: Schülerladen „Rote Freiheit", S.448).

Die „Liberalen" machen auf wissenschaftlich

Neben dieser plumpen Hetze steht die etwas feinere Methode von Blättern wie „Stern", „Spiegel" usw., die ja gerade zu Zeiten der Kinderladenbewegung sich zum „Fürsprecher" von Liberalisierungsprozessen machten und entsprechend natürlich nicht dummdreist und dämlich Sexualerziehung zum bolschewistischen Teufelswerk erklären konnten.

Ihre Hetze gegen die Kinderläden fußte im wesentlichen darauf, die Initiatoren der Bewegung zu Spinnern und die Praxis der Erziehung für das Kind schädlich zu erklären. Wie das läuft, zeigt eine Titelgeschichte des „Stern" aus dem Jahre 1969. Über einen Kinderladerversuch in Westberlin-Neukölln heißt es u.a.: *„Jim Kruse und seine Genossen sind mit ihrem Kinderladen bewußt ins Arbeiterviertel Neukölln gegangen. Sie wollten ihre Kinder zusammen mit Arbeiterkindern erziehen, um endlich eine Verbindung zu den Werktätigen zu bekommen. Aber heute gibt er zu: ‚Politisch sind wir gescheitert - Die Arbeiter schikken ihre Kinder lieber in den Senatskindergarten. Ihnen ist es bei uns zu dreckig'. Auch legen gerade die Arbeiter, so mußte er erkennen, großen Wert auf artige Kinder"* („Stern", 9/69).

Oder es wird die abenteuerliche Behauptung aufgetischt, die Kinderladeneltern hätten „Partnertausch" betrieben, weil *„die Kinder nicht ‚auf ein bestimmtes Elternpaar fixiert werden sollen' "*. Alles unter dem Motto: Ein paar komische Leute haben da etwas Irres ausgekocht.

Und das, was da ausgekocht worden ist, wird dann im zweiten Schritt als ungemein schädlich für die Kinder heruntergemacht: *„Ein fünfjähriger Junge nahm ... ein dreijähriges Mädchen mit auf die Toilette und zog sie dort aus"* (Beim „Stern" ist immer der Mann der Aktive, auch wenn er erst fünf ist!). *„Bei Geschlechtsspielen verletzte er sie"*. Angesichts der Verletzungen, die sich so manches herkömmlich erzogene



Kind schon bei Spielplatzraufereien holt, ein ziemlich absurdes Beispiel für „Kindesschädigung".

Und so hat der „Stern" dann auch noch seinen Wissenschaftler in Hinterhand, der, ohnehin angeblich schon mit der angeknacksten Psyche von APO-Leuten befaßt, schon 1969 Kinder aus Kinderläden als Patienten gehabt haben soll: *„Mißtrauischer als der Senat betrachtet der Psychiater Dr. Günter Ammon, bei dem viele APO-Leute ihr Seelenheil wiedererlangen wollen, die Kinderläden, die Kinderladen-Idee ... Dr. Ammons jüngste Patienten sind Kinder aus antiautoritären Kinderläden, mit seelichen Störungen"* (alle Zitate aus „Stern", 9/69).

1977: die Methoden sind geblieben

Die von der bürgerlichen Presse 1967-70 eingeübten Methoden der Hetze gegen linke Erziehung sind bis heute geblieben, wenn auch die Hetzkampagne mangels geeigneter Ansätze noch nicht das damalige Ausmaß hat.

Bekannt sind die allwöchentlichen „Enthüllungen" der Springerpresse über Kinderhäuser, Lehrer, Erzieher etc., die irgendwo Kinder indoktrinieren sollen, bekannt der Sturm auf den Sexualkundeunterricht an den Schulen, mit dem unsere Kinder angeblich „bolschewisiert" werden sollen.

Und auch Organe wie „Spiegel", „Stern", „Eltern" sind ihrer Tradition treu geblieben. So läßt sich Peter Brügge im „Spiegel" aus: *„Wo aber das antiautoritäre Prinzip bloß die Kleinfamilie benebelte, als wattiges, grenzenloses, unkontrolliertes Gewährenlassen, muten die wehrlosen Objekte häufig nicht nur benachteiligt an, sonder beschädigt"* („Spiegel", 18/77).

Als der „Stern" 1969 seine Angriffe losließ, besuchte ihn ein Kinderladen in den Redaktionsräumen. der „Spiegel" bekam „nur" einen wütenden Leserbrief aus einer „antiautoritären" Schule. Aber das muß ja nicht so bleiben!

Aus den Erfahrungen der Kinderladenbewegung lernen



Mit der Kinderladenbewegung wurden zum ersten Mal in der BRD auf breiterer Ebene Erziehungseinrichtungen geschaffen, die versuchten, eine Alternative zur repressiven bürgerlichen Erziehung in herkömmlichen Heimen, in der Schule und in vielen Elternhäusern zu schaffen.

Die vielfältigen Erfahrungen dieser Bewegung, ihre ganze Entwicklung werfen eine Reihe von Fragen auf, die für eine alternative, linke Erziehung in der BRD, die ja verstärkt wieder von Initiativen betrieben wird, von Interesse sind.

Linke Erziehung - gegen die Repression gegen Kinder!

Die Kinderläden haben erkannt, welche Bedeutung die Unterdrückung kindlicher Bedürfnisse, wie sie in der gängigen bürgerlichen Erziehung betrieben wird, für die Entwicklung des Kindes hat: Frühzeitig wird ihnen Selbstbewußtsein, selbständiges Handeln und offensives Vertreten der eigenen Interessen verunmöglicht.

Entsprechend muß sich eine linke Erziehung die Aufgabe einer sehr weiten Ermöglichung der Bedürfnisbefriedigung bei Kindern stellen. Dabei können die Kinder allerdings nicht – wie vom „Urvater" der bürgerlichen ‚antiautoritären Erziehung", A.S. Neill, propagiert, aber auch mit dem Prinzip der „Selbstregulierung" in diversen Kinderläden praktiziert – bei der Bedüfnisbefriedigung allein gelassen werden im Vertrauen, sie würden Interessenkonflikte und Widersprüche schon von sich aus lösen. Gerade ein solches Alleinlassen führt dazu, daß sich in Kinderkollektiven zunächst einmal der Stärkere durchsetzt, und der Unterlegene kaum Möglichkeiten erlernt, sich zur Wehr zu setzen - kurz, daß solidarisches Sozialverhalten nicht oder schwer entwickelt werden kann.

Linke Erziehung – Erziehung zum Widerstand!

Im Verlauf der Kinderladenbewegung wurde sehr deutlich, daß linke Erziehung sich nicht allein mit dem Problem kindlicher Bedürfnisbefriedigung auseinandersetzen muß, sondern daß diese Bedürfnisse in einer bestimmten gesellschaftlichen Realität befriedigt werden, mit der das Kind sich auseinandersetzen muß.

Dabei geht es einerseits um die Vermittlung sehr vieler Erfahrungen mit dieser Umwelt und damit von Wissen um die Realität des Kapitalismus (und insbesondere seiner Kinderfeindlichkeit). Andererseits darum, den Kindern deutlich zu machen, daß Widerstand gegen diese Zustände notwendig und möglich ist, daß er praktiziert wird und daß das Kind selbst mit dem, was es gelernt hat, mit seiner Selbstständigkeit und Kritikfähigkeit, auch Widerstand leisten kann, daß es andere Kinder überzeugen kann etc, ob es sich nun um eine so hautnahe Sache wie anstehende Schulgesetze oder zunächst etwas entferntere wie den Kampf gegen Atomkraftwerke handelt.

Eine solche politische Erziehung unterscheidet sich von der Praxis der „Erziehung zum Klassenkampf", wie sie am Ende der Kinderladenbewegung praktiziert wurde. Im Mittelpunkt kann nicht ein Katalog stehen: Ein linkes Kind muß gegen ... ,... , kämpfen, sondern die Frage, an welchen Punkten ich ausgehend von den Erfahrungen des Kindes mit ihm politische Erfahrungen organisieren kann. Das heißt z.B., daß ich nicht auf jede Demonstration mit dem Kind gehe egal ob es nun wirklich weiß, warum demonstriert wird, in welchem Zusammenhang diese Demonstration zu seinen eigenen Interessen steht. Alles andere eine Beteiligung des Kindes an jedem Stück Klassenkampf egal ob das Kind diese Sache schon durchschaut hat – wäre in der Tat „Indoktrination". Und das Ergebnis wäre sicherlich nicht ein Kind, das den eigenen Kopf gebraucht.

Linke Erziehung – und die Folgen für die „Familie"

In der Kinderladenbewegung hat sich sehr eindeutig gezeigt, daß eine kollektive, linke Kindererziehung auch wesentliche Konsequenzen für die Kleinfamilie, für Zweierbeziehungen etc. hat.

Nicht umsonst ist diese Bewegung entstanden aus der Unzufriedenheit von Leuten mit ihrer Wohnsituation, die sie in die Gründung einer Kommune wendeten, und mit der Erfahrung vieler Frauen, daß ihnen die Kindererziehung als Privatsache und zusätzliche Unterdrückung aufs Auge gedrückt wird.

Es zeigte sich einerseits, daß die Kinderläden die Kinder ermutigten, sich gegen die „Behandlung als Kind", die es durch Erwachsene erfährt, zu wehren, z.B. Vernachlässigung dadurch zu kritisieren, daß Lärm gemacht oder das Essen vom Tisch gefegt wurde. Es zeigte sich andererseits im wesentlichen über Diskussionen in den Elternkollektiven – welche Rückwirkungen Schwierigkeiten der Eltern auf die Kinder haben, daß oftmals für das Kind unerträgliche Verhältnisse geschaffen werden.

Hier wurde – „selbst" bei damals linken Eltern - ein ungleichberechtigtes Verhältnis zwischen Erwachsenen und Kind deutlich: Die Kinder werden permanet damit konfrontiert, daß Erwachsene eben „Erwachsenengespräche" führen, daß aus heiterem Himmel, oder zumindest undurchschaubar, zu Hause Widersprüche auftreten etc.

Die Beschäftigung mit diesem Problem der Rückwirkung der kollektiven Erziehung auf die Familie ist von der Kinderladenbewegung sehr schnell fallengelassen worden, als sich zeigte, daß viele Eltern versuchten, die bei ihnen auftretenden Probleme individuell bzw. in Kommunen mit mehr oder weniger psychologischen Methoden zu lösen. Am Ende der Kinderladenbewegung fällt unter Einwirkung auf die Familie nur noch die „Politisierung" der Arbeitereltern.

Genauso fallengelassen wurde die Frage nach der Bedeutung kollektiver Kindererziehung für die Emanzipation der Frau, nachdem in der Anfangsphase der Bewegung der Aufbau der Kinderläden gerade nicht dazu geführt hatte, den Frauen mehr Raum für andere politische Tätigkeit zu geben.

Auf der Begründung für dieses Fallenlassen wichtiger Fragen tritt heute – immerhin sieben Jahre danach – der KBW immer noch 'rum: Die Beschäftigung mit diesen Problemen trägt Spaltung in die Elternhäuser und Familien und schadet dem antikapitalistischen Kampf.

Für uns heißt es demgegenüber, daß eine kollektive, linke Erziehung gerade die bisherigen Formen der Erziehung in der Familie und damit auch die Funktion dieser Einrichtung in Frage stellt und deshalb auch Gegenstand der Auseinandersetzung sein muß. Von daher ergibt sich die Notwendigkeit, die Diskussion um Verhaltensweisen in der Familie zum Gegenstand der Elternarbeit zu machen, um zu verhindern, daß die Kinder zwischen kollektiver Erziehung und ev. entgegengerichteter Erziehung im Elternhaus hin- und hergerissen werden.

Linke Erziehung – Bestandteil der antikapitalistischen Bewegung

Die Kinderladenbewegung war seit Beginn ein fester Bestandteil der antikapitalistischen Bewegung der Jahre 1967-70.

Ihr Problem als Bewegung lag im wesentlichen darin, daß die Auseinandersetzung zwischen den Projekten häufig abbrach und damit verbunden auch der Zusammenhang zu den anderen Kämpfen dieser Jahre.

Die Bewegung hatte sich zunächst darauf orientiert, durch die bloße Schaffung antiautoritärer „Gegeneinrichtungen" immer mehr Menschen zu gewinnen und zu einer breiten Strömung zu werden. Zwar wurden in der Folgezeit eine Reihe von Kinderläden eingerichtet, die aber im Wesentlichen im Rahmen ohnehin schon politisch interessierter Menschen blieben. Dieses Vertrauen auf raschen Zulauf ließ für die Kinderläden die Aufgabe der gemeinsamen Diskussion um die Praxis in den Läden etc. und gemeinsamen Handelns in den Hintergrund treten, was sich in der relativen Isolierung der Projekte im Sommer 1968 zeigte.

Die folgenden Schritte zur Behebung dieser Misere brachten zunächst einmal positive Veränderungen: Es wurde – zumindest in Westberlin – ein zentrales Koordinationsgremium der Läden gegründet, es wurde eine pädagogische Zeitschrift herausgegeben und das Problem der schmalen finanziellen Decke der Initiativen angegangen. Diese Ansätze wurden allerdings sehr schnell überholt, als in der Kinderladenbewegung die Frage danach einsetzte, welche gesellschaftliche Basis Kinderläden eigentlich hätten und entsprechend der zunehmenden Orientierung der APO auf eine Überwindung der Uni, Schule etc. durch „Betriebsarbeit" den Kinderläden die Aufgabe gestellt wurde, die Arbeiterkinder und -eltern zu gewinnen. Abhängig davon, inwieweit Arbeiterkinder und Arbeitereltern überhaupt angesprochen werden konnten, mußten die meisten Projekte unter chronischem Geldmangel leidend bald aufgeben.

Diese Erfahrungen drängen für Initiativen linker und fortschrittlicher Erziehung unserer Meinung nach einige Konsequenzen auf:

-Es gilt, den Erfahrungsaustausch (sowohl in pädagogischer Hinsicht als auch was die finanziellen Probleme der meisten Projekte angeht) zwischen allen Initiativen, die sich mit fortschrittlicher Erziehung befassen, oder Menschen, die sonstwie Interesse an fortschrittlicher Pädagogik haben, zu organisieren.

- Es gilt, verstärkt dafür zu sorgen, daß die Erfahrungen fortschrittlicher Erziehung verbreitet werden, der repressiven und reaktionären Praxis der bürgerlichen Erziehung entgegengesetzt werden. Nur dmit wird man mehr Menschen für eine linke Erziehung gewinnen.

-Es gilt, den Initiativen linker Erziehung eine materielle Basis zu schaffen. Gerade die Erfahrung der Kinderladenbewegung zeigt, daß die finanzielle Sicherung der Projekte die einzige Grundlage für eine längerfristige und kontinuierliche pädagogische und politische Arbeit ist. Heute schon ist festzustellen, daß die bestehenden Initiativen entschiedener als die Kinderläden ihre finanziellen Forderungen – insbesondere an den bürgerliche Staat – erheben und auch – auf verschiedensten Wegen – durchsetzen. (Auch ein Punkt, in dem die einzelnen Projekte einiges voneinander lernen können).

Tatsache ist, daß die meisten der Kinderläden der Bewegung 1967-70 haben schließen müssen. Tatsache ist aber auch, daß durch das Beispiel der Kinderläden etc. viele Menschen für eine fortschrittliche Kindererziehung gewonnen worden sind. Einige unentwegte Initativen (bzw. solche, die sich Geld für ihre Arbeit beschaffen konnten) haben weitergemacht, neue sich in den letzten Jahren gegründet. Für diese Initiativen steht die Aufgabe, fortschrittliche Erziehung in der BRD wieder zur Bewegung zu machen.

Wir sind dabei!

Kinderkommission